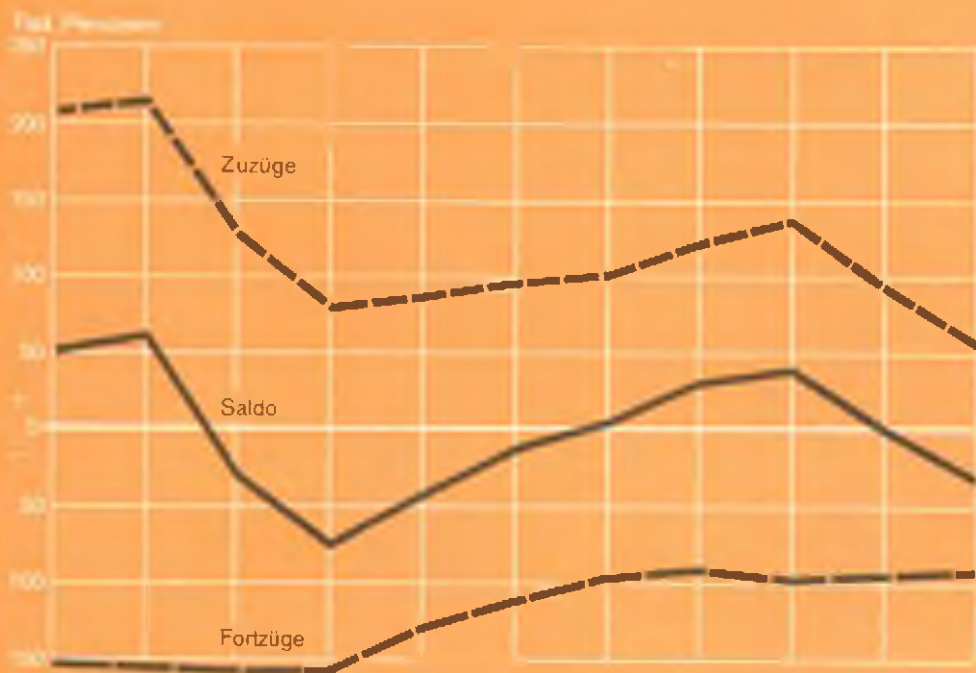


Statistisch-prognostischer Bericht 1982/83

Heft 10

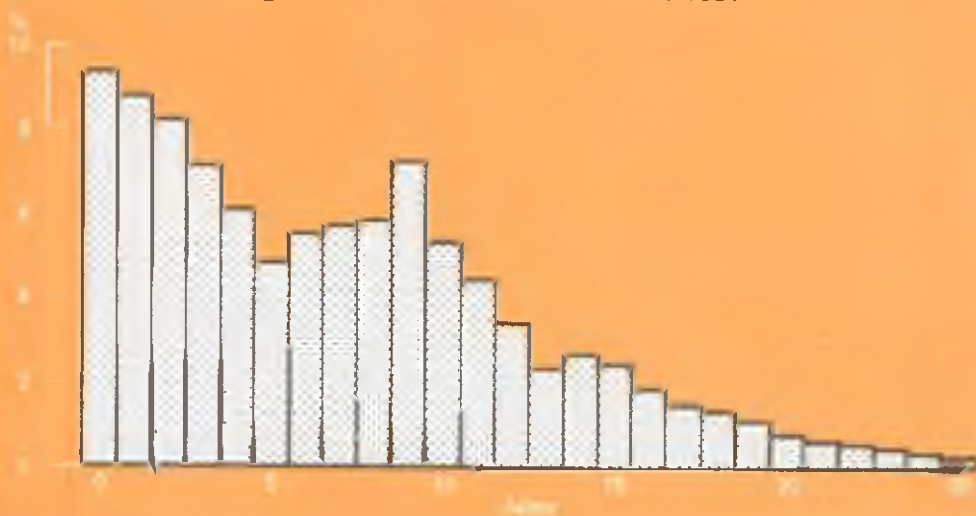
Wanderungsbewegung der Ausländer



Gesamtkonjunkturindikator



Alter der Ausrüstungen im Verarbeitenden Gewerbe 1981



Baden-
Württemberg



Statistisch-prognostischer Bericht 1982/83

Daten - Analysen - Perspektiven

**Herausgegeben von der Landesregierung
Baden - Württemberg in Zusammenarbeit mit dem
Statistischen Landesamt**

Vorwort

Die Landesregierung legt mit dem Statistisch-prognostischen Bericht 1982/83 den zehnten Band dieser Reihe vor.

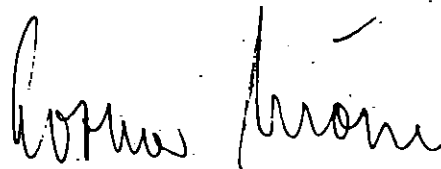
Neue Untersuchungsbereiche werden im diesjährigen Bericht durch die Analysen "Investitionsentwicklung und Altersstruktur des Produktionskapitals", "Konkurrenzsituation Baden-Württembergs auf dem Weltmarkt" und "Struktur der Forschungskapazitäten im öffentlichen Bereich und in der Wirtschaft" erschlossen. Sie liefern in dieser Zusammenstellung erstmalig Ergebnisse für Baden-Württemberg. Im Hinblick auf die Erfordernisse und die Notwendigkeit eines grundlegenden Strukturwandels sind besonders die Ergebnisse dieser Analysen von großer politischer Bedeutung. Aber auch die übrigen Schwerpunktbereiche und Analysen des Berichts – zum Beispiel die Untersuchungen zur Struktur und Entwicklung des Fremdenverkehrs, zu den Eigentums- und Pachtverhältnissen in der Landwirtschaft, zu Vermögensverhältnissen von Haushalten, zum Wanderungsverhalten der Ausländer, zur Berufsausbildung im dualen System oder zu den Entwicklungen im Fachhochschulbereich – stellen immer wieder wichtige Basismaterialien dar, die für die Ausgestaltung der Politik der Landesregierung von Bedeutung sind.

Der vorliegende Bericht verdeutlicht auch, daß das Statistische Landesamt Baden-Württemberg wiederum mit größter Sorgfalt und hervorragendem Sachverstand Daten und Statistiken zusammengetragen und ausgewertet hat, die einen Rückblick geben und Trends aufzeigen. Der Bericht wird den politisch Verantwortlichen in Landtag und Regierung eine zuverlässige Datensammlung und informative Analysen zur Verfügung stellen, die zugleich Grundlagen für verantwortungsbewußte politische Entscheidungen sein werden. Auch der zehnte Bericht in dieser Reihe verdeutlicht Situationen und Entwicklungen im Lande und weist auf mögliche Tendenzen hin. Nicht zuletzt sollen damit auch die Bürger über einzelne Schwerpunkte der Landespolitik aus statistisch-analytischer Sicht informiert werden.

Diesen Zielen dient der Statistisch-prognostische Bericht 1982/83, dessen breites Informationsangebot eine solide Hilfestellung für Entscheidungen ist.

Im Namen der Landesregierung danke ich dem Präsidenten des Statistischen Landesamtes, Herrn Prof. Dr. Max Wingen und seinen Mitarbeitern für die Erarbeitung des Berichts 1982/83.

Stuttgart, im Juli 1983



Ministerpräsident
Lothar Späth



Inhalt

	Seite
Vorwort	3
Teil I Rückblick 1982 — Ausblick 1983	7
Teil II Einzeluntersuchungen zu politischen Schwerpunktbereichen	23
1. Wirtschaft	23
1.1 Investitionsentwicklung und Altersaufbau des Produktionskapitals	23
1.2 Die Konkurrenzsituation Baden-Württembergs auf dem Weltmarkt	38
1.3 Struktur und Entwicklung des Fremdenverkehrs	58
2. Wandlungen in den Eigentums- und Pachtverhältnissen der Landwirtschaft	71
3. Sozialstruktur	82
3.1 Zur Entwicklung wichtiger Vermögensbestandteile privater Haushalte	82
3.2 Das Wanderungsverhalten der Ausländer	100
4. Bildung und Forschung	109
4.1 Die Berufsausbildung im dualen System	109
4.2 Entwicklungen im Fachhochschulwesen	117
4.3 Struktur der Forschungskapazitäten im öffentlichen Bereich und in der Wirtschaft	125
Anhang	149

Teil I

Rückblick 1982 - Ausblick 1983

Im Jahr 1982 konnte das Land Baden-Württemberg auf sein 30jähriges Bestehen zurückblicken¹. 1952 war die für die Bundesrepublik bis heute einzigartig gebliebene Länderneuregelung durch Zusammenschluß der Länder Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern zu einem neuen Bundesland erfolgt. Nach diesen drei Jahrzehnten kann das Land auf vielen wichtigen Gebieten herausragende Ergebnisse vorweisen. Allerdings sind derzeit wie in der Bundesrepublik und der Weltwirtschaft so auch im Land die Auswirkungen eines vielfältigen Strukturwandels zu spüren.

Die erhoffte wirtschaftliche Belebung trat 1982 noch nicht ein, vielmehr waren auf fast allen Gebieten rückläufige Entwicklungen zu verzeichnen. Im Jahr 1982 nahm die Bevölkerung des Landes - erstmals seit 1976 - wieder ab, und zwar um 0,2 % auf 9,27 Mill. Personen, ursächlich war insbesondere ein Wanderungsdefizit bei den Ausländern, das weniger durch die Zahl der Fortzüge als durch eine stark gesunkene Zahl der Zuzüge bewirkt wurde. Bei anhaltend schlechter Arbeitsmarktlage dürfte diese Tendenz auch 1983 anhalten, so daß auch in diesem Jahr die Bevölkerungszahl leicht abnehmen könnte. Die Situation im Verarbeitenden Gewerbe war durch eine Fortsetzung der konjunkturellen Abschwächung gekennzeichnet. Im Jahresdurchschnitt fiel die Produktion um 2,6 % - ebenso stark wie bundesweit - unter das Vorjahresniveau, die Zahl der Beschäftigten verminderte sich mit 3,4 % fast in gleichem Maße wie im Bundesgebiet (- 3,6 %), nachdem das Auftragsvolumen sowohl aus dem Inland (- 1,5 %) wie aus dem Ausland (- 3,9 %) rückläufig war. Weniger stark als im Bundesgebiet war Baden-Württemberg von der Rezession in der Bauwirtschaft betroffen, im Bauhauptgewerbe sank die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden um 2,6 % (Bundesgebiet - 5,7 %), entsprechend weniger stark mußte die Zahl der Beschäftigten zurückgenommen werden (- 1,5 %, Bundesgebiet - 6,0 %).

Die bei verminderter Auslastung schlechter gewordene Ertrags- und Finanzierungssituation der Unternehmen äußerte sich in einem nochmaligen starken Anstieg der Insolvenzen. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen stieg um 44 % (Bundesgebiet + 40 %), doch war die Insolvenzhäufigkeit - bezogen auf je 10 000 Unternehmen - in Baden-Württemberg mit einem Wert von 51 nach wie vor unter allen Bundesländern am geringsten (Bundesdurchschnitt: 71). Auch in den ersten Monaten dieses Jahres ist die Zahl der Konkurs- und Vergleichsverfahren weiter angestiegen. (Schaubild 1).

Auch die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich 1982 nochmals verschlechtert, im Jahresdurchschnitt stieg die Zahl der Arbeitslosen - die im Jahresdurchschnitt 1982 bei 182 400 Personen lag - mit einer Rate von + 51,0 % etwas schneller als im Bundesdurchschnitt (+ 44,2 %), doch lag die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote mit 4,8 % weiterhin deutlich unter derjenigen des Bundesgebietes (7,5 %). Auch 1983 wird die Arbeitsmarktlage unbefriedigend sein. Ende April waren in Baden-Württemberg mit 232 000 Personen 38 % mehr Arbeitslose registriert als ein Jahr zuvor. Selbst bei der in diesem Jahr sich abzeichnenden konjunkturellen Besserung ist für 1983 im Jahresdurchschnitt kein erheblicher Rückgang der Arbeitslosigkeit zu erwarten, zumal die Unternehmen auf eine verbesserte Wirtschaftslage in aller Regel wegen freier Personalkapazitäten erst verzögert mit Neueinstellungen reagieren.

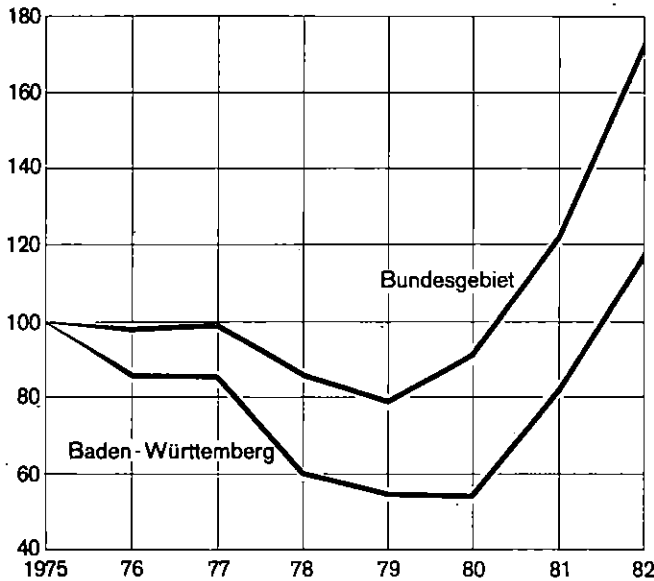
Gedrückt war 1982 insbesondere die inländische Nachfrage. Bei abermals gesunkenen Realeinkommen der Arbeitnehmer war der private Verbrauch, wie bereits 1981, real rückläufig (bundesweit - 2,3 %), was sich auch im Rückgang der realen Einzelhandelsumsätze dokumentiert, die in Baden-Württemberg allerdings weniger stark zurückgingen (real - 2 %) als bundesweit (knapp - 5 %). Obwohl sich für 1983 die realen Einkommen der Arbeitnehmer nicht erhöhen dürften, zeichnet sich ein besseres Konsumklima ab, insbesondere für langlebige Konsumgüter wie PKW.

¹ Aus diesem Anlaß hat das Statistische Landesamt die Broschüre "30 Jahre Baden-Württemberg im Spiegel der Statistik" herausgegeben.

Schaubild 1

Entwicklung der Insolvenzen¹⁾ von Unternehmen im Bundesgebiet und Baden-Württemberg

1975 = 100



1) Konkurs- und Vergleichsverfahren ohne Anschlußkonkurse, denen ein eröffnetes Vergleichsverfahren vorausgegangen ist.

Die Ausrüstungsinvestitionen gingen 1982 bundesweit real um 7 % zurück, etwa in der gleichen Größenordnung dürfte auch der Rückgang in Baden-Württemberg sein. Seit dem Spätherbst belebte sich die inländische Nachfrage nach Investitionsgütern im Zusammenhang mit dem Fristablauf der Investitionszulage zum Jahresende. Ein daraufhin befürchtetes ausgesprochenes Auftragsloch im Frühjahr blieb zudem aus. Das Frühjahrsgutachten der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V. erwartet entsprechend für 1983 einen realen Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen von + 1 % (Tabelle 1).

Die realen Bauinvestitionen gingen 1982 bundesweit um 4,5 % zurück, dieser Rückgang dürfte in Baden-Württemberg, wie die geleisteten Arbeitsstunden des Bauhauptgewerbes zeigen, geringer gewesen sein. Im Wohnungsbau, aber auch im gewerblichen Hochbau haben die öffentlichen Förderungsmaßnahmen inzwischen gegriffen. Im ersten Quartal von 1983 lagen so die wertmäßigen Auftragseingänge im Hochbau in Baden-Württemberg um + 9,6 % über dem Vorjahresstand. Dagegen deuten die entsprechenden Daten des Tiefbaus (+ 14,6 %) vor dem Hintergrund des extrem niedrigen Vorjahresniveaus noch auf keine nachhaltige Belebung hin, insbesondere wegen der schwierigen Haushaltssituation der hier maßgeblichen öffentlichen Auftraggeber, vor allem der der Gemeinden. Das Frühjahrsgutachten erwartet bundesweit eine reale Zunahme der gesamten Bauinvestitionen um 3 %.

Allein von der außenwirtschaftlichen Seite her kamen 1982 noch spürbare konjunkturelle Impulse, die allerdings im Jahresverlauf deutlich nachließen. Der Export in Baden-Württemberg stieg mit nominal 8,8 % (real gut 3 %) etwas stärker als bundesweit (+ 7,8 %) an. In der Leistungsbilanz der Bundesrepublik konnte so 1982 wieder ein Überschuß von 8,1 Mrd. DM erzielt werden, nachdem das Vorjahr noch ein Defizit von 15 Mrd. DM ergeben hatte. Dazu beigetragen hatte, daß die wertmäßigen Einfuhren konjunkturbedingt und durch geringere Importe von Energieträgern 1982 im Bundesgebiet nur wenig stiegen (+ 1,6 %), in Baden-Württemberg stagnierten (- 0,5 %). Mit maßgeblich für den raschen Umschwung der Leistungsbilanz war aber auch, daß die Einfuhrpreise kaum noch stiegen, was durch die höhere Bewertung der DM und durch sinkende Weltmarktpreise für Rohstoffe und insbesondere für Erdöl bewirkt wurde. Das reale Austauschverhältnis im Außenhandel (Terms of Trade) hat sich so 1982 zum ersten Mal seit vier Jahren merklich, und zwar um 4 % verbessert. Für 1983 erwartet das Frühjahrsgutachten bei einer weiteren Verbesserung der Terms of Trade einen noch deutlicheren Leistungsbilanzüberschuß von 15 Mrd. DM, obwohl eine Stagnation der realen Ausfuhr und gleichzeitig eine minimale Erhöhung der realen Einfuhr erwartet wird. Auch die Entwicklung der ausländischen Bestellungen im baden-württembergischen Verarbeitenden Gewerbe spricht für eine gedämpfte Exportentwicklung, im ersten Quartal trat gegenüber dem allerdings noch hohen Stand des Vorjahres ein mäßiger realer Rückgang ein (- 5,5 %).

Der verringerte Kostendruck von der Einfuhrseite her, der sich über die einzelnen Produktions- und Handelsstufen hinweg auswirkte, hat auch mit dazu beigetragen, daß 1982 die Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt nur noch um 5,3 % gestiegen waren, wobei insgesamt gesehen die Tendenz im Jahresverlauf nach unten gerichtet war. Diese Entwicklung setzte sich nach 1983 weiter fort, im April lag der Preisindex für die Lebenshaltung noch 3,4 % über dem Vorjahresstand. Der vom Frühjahrsgutachten prognostizierte jahresdurchschnittliche Anstieg um 3 % erscheint so erreichbar.

Insgesamt gesehen hat Baden-Württemberg das Rezessionsjahr 1982 etwas besser überstanden, als dies im Bundesdurchschnitt der Fall war. So konnte Baden-Württemberg ein - wenn auch bescheidenes - Plus beim realen Bruttoinlandsprodukt verzeichnen (+ 0,1 %), während bundesweit ein Rückgang eintrat (- 1,0 %). Hierbei haben mehrere Faktoren zusammengewirkt: das im Verarbeitenden Gewerbe des Landes etwas weniger rückläufige Arbeitsvolumen (gemessen an den geleisteten Arbeiterstunden: - 4,7 % gegenüber - 5,1 % im Bundesgebiet), das deutlich weniger als im Bundesgebiet gesun-

kene Arbeitsvolumen im Bauhauptgewerbe, der geringere reale Umsatzrückgang im Einzelhandel sowie die besonders in Baden-Württemberg überdurchschnittlich gute Ernte.

Für 1983 erwartet das Frühjahrsgutachten ein reales Wachstum des BIP um 0,5 %. Ein selbsttragender Aufschwung, der anders als in früheren Konjunkturzyklen nicht vom Export, sondern allein von der inländischen Nachfrage kommen könnte, wird allerdings nicht erwartet, jedoch zumindest eine Belebung. Insgesamt gesehen könnte das Wirtschaftswachstum auch 1983 in Baden-Württemberg etwas stärker ausfallen als im Bundesdurchschnitt. Von der leichten Belebung der Investitionstätigkeit der Unternehmen dürften das baden-württembergische Verarbeitende Gewerbe mit seinem hohen Anteil an der Investitionsgütererzeugung besonders profitieren, auch die Belebung des Wohnungsbaus könnte hier besonders kräftig sein. Risikobehaftet bleibt aber die weitere Exportentwicklung. Hier ist auch zu berücksichtigen, daß von der erwarteten weiteren Konjunkturbelebung der westlichen

Industrieländer die exportorientierten heimischen Investitionsgüterhersteller nicht überdurchschnittlich profitieren dürften, da nach Aussage des Frühjahrsgutachtens in den meisten Ländern die kurzfristige Wirtschaftsentwicklung nicht von einer Investitionsbelebung bestimmt wird, sondern gegenwärtig vorwiegend von der Konsumbelebung und vom Wohnungsbau ausgeht.

Als ein Beitrag zu der Bewältigung des Strukturwandels hat die Landesregierung am 14./15. Dezember 1982 den Kongreß "Zukunftschancen eines Industrielandes" einberufen. Die hier unter anderem vorgestellten Ergebnisse der drei Expertenkommissionen "Forschungsförderung"², "Exportförderung" und "Neue Kommunikationstechniken" gaben der Landesregierung Entscheidungshilfen zur weiteren Gestaltung der Rahmenbedingungen.

² Siehe hierzu auch Teil II 4.3, Struktur der Forschungskapazitäten im öffentlichen Bereich und in der Wirtschaft.

Tabelle 1

Vergleich wirtschaftlicher Vorhersagen für das Bundesgebiet

Merkmal	Einheit	1982		1983			
		Prognosen des Sachverständigenrats ¹⁾	Ist ²⁾	Prognosen			
				Sachverständigenrat ¹⁾	RW ³⁾	DIW ⁴⁾	Frühjahrs-gutachten ⁵⁾
Erwerbstätige	Veränderung gegen Vorjahr in %	- 1,5	- 1,8	- 1,5	- 2	- 2	- 1,5
Arbeitslose	Mill.	1,65	1,83	2,5	2,4	2,3	2,35
Verwendung des Sozialprodukts (real)	Veränderung gegen Vorjahr in %						
Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen	"	+ 0,5	- 1,1	+ 1	- 0,5	- 0,5	+ 0,5
Privater Verbrauch	"	- 0,5	- 2,3	- 1	- 0,5	- 0,5	± 0
Staatsverbrauch	"	+ 1,0	- 0,1	+ 0,5	± 0	+ 0,5	± 0
Anlageinvestitionen	"	- 3,5	- 5,6	+ 4	- 0	+ 1	+ 2
Ausfuhr	"	+ 6,0	+ 3,5	+ 2,5	- 1,5	- 0	+ 0
Einfuhr	"	+ 3,0	+ 0,5	+ 2	- 1	± 0	+ 0,5
Preisentwicklung	"						
Privater Verbrauch	"	+ 5,5	+ 5,3	+ 4	+ 3,5	+ 3,5	+ 3
Bruttosozialprodukt	"	+ 4,0	+ 4,8	+ 3,5	+ 4	+ 3,5	+ 3,5
Verteilung des Volkseinkommens (nominal)	"						
Volkseinkommen	"	+ 4,5	+ 3,4	+ 4	+ 2,5	+ 3	+ 3,5
Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit	"	+ 3,0	+ 2,3	+ 2,5	+ 2	+ 2	+ 2
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	"	+ 8,5	+ 6,7	+ 7,5	+ 5	+ 5,5	+ 7,5
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	"	+ 4,0 ⁶⁾	+ 2,5	+ 2,5 ⁶⁾	-	+ 2,5	+ 2,5
Leistungsbilanzsaldo	Mrd. DM	- 10	+ 8,1	-	+ 11	+ 1	+ 15

1) Zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung; 1982: (November/Dezember 1981); 1983: (November/Dezember 1982). - 2) Vorläufiges Ergebnis. - 3) Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (Februar 1983). - 4) Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Januar/Februar 1983). - 5) Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Frühjahr 1983 (Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V.). - 6) Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

Bevölkerungsbewegung

Der leichte Bevölkerungsrückgang im Jahre 1982 war – wie auch derjenige in den Jahren 1974 bis 1976 – durch ein Wanderungsdefizit verursacht (– 24 400 Personen), zu dem vornehmlich die Ausländer (– 36 900) beitrugen, während der Wanderungssaldo bei den Deutschen positiv blieb (12 600). Der Geburtenüberschuß (Saldo der Lebendgeborenen und Gestorbenen) belief sich auf 7100 Personen, wobei wie in den Vorjahren bei den Deutschen ein Geburtendefizit (– 6800), bei den Ausländern ein Geburtenüberschuß (13 800) zu verzeichnen war. Unter Berücksichtigung von rund 2500 Einbürgerungen belief sich die Anzahl der Ausländer 1982 auf 916 900, das sind 9,9 % der Gesamtbevölkerung; 1981 waren es noch 942 400 oder 10,1 % (Tabelle 2).

Im einzelnen ergaben sich bei der natürlichen Bevölkerungsentwicklung vergleichsweise geringe Veränderungen zum Vorjahr: Die Zahl der Lebendgeborenen nahm um – 0,4 % auf 100 300, die Zahl der Sterbefälle um – 0,8 % auf 93 200 Personen ab. Hervorzuheben ist allerdings, daß bei den Deutschen sich die seit 1978 zu beobachtende Zunahme der Geburten noch fortgesetzt hat (+ 1,6 %), während bei den Ausländern deutlich weniger Geburten registriert wurden als im Vorjahr (– 10,0 %). Die Entwicklung bei den Deutschen ist vornehmlich, das heißt etwa zu zwei Dritteln darauf zurückzuführen, daß die Jahrgangsstärken der Frauen in den Altersgruppen, in denen erfahrungsgemäß die meisten Geburten zu erwarten sind, weiter angestiegen sind. Bei den Ausländern hat neben der Tendenz zu einer Angleichung an das generative Verhalten der Deutschen auch die Nettoabwanderung dieser Bevölkerungsgruppe eine Rolle gespielt.

Der negative Wanderungssaldo resultierte aus einer leichten Zunahme bei den Fortzügen, aber noch mehr aus einer starken Abnahme bei den Zuzügen. Diese Entwicklung betraf sowohl die Deutschen (Fortzüge + 2,3 %; Zuzüge – 8,4 %), vor allem aber die Ausländer (Fortzüge + 3,4 %; Zuzüge – 32,7 %). Über die durchaus vielschichtige Motivation der Wanderungsbewegung von Ausländern informiert Kapitel 3.2. im Teil II; danach dürfte die wirtschaftliche Entwicklung im Lande die wesentliche Rolle gespielt haben, da die gesetzlichen Bestimmungen bezüglich des Familiennachzugs sich nicht geändert haben und so hier keine Beeinflussung der Zuwanderung von Ehegatten und Kindern ausgeübt haben dürften.

Die Unsicherheit über die Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung und die sich hieraus ableitenden Wanderungsbewegungen bei den Ausländern machen eine Beurteilung der zu erwartenden Bevölkerungsentwicklung im Jahr 1983 besonders schwierig. Wenn man davon ausgeht, daß selbst eine stärkere wirtschaftliche Belebung gerade auch bei den Berufen mit hohem Ausländeranteil keine rasche Verbesserung bringen wird, könnte sich auch 1983 wieder ein negativer Wanderungssaldo bei den Ausländern ergeben. Die zu erwartende Nettoabwanderung bei den Ausländern könnte wieder so groß sein, daß der voraussichtliche traditionelle Zuwanderungsüberschuß bei den Deutschen abermals überkompensiert wird und sich auch für die Gesamtbevölkerung ein Wanderungsdefizit einstellt. In Verbindung mit einem ähnlich leichten Geburtenüberschuß wie 1981 oder 1982 wäre dann für 1983 wieder eine Stagnation bzw. eine leichte Abnahme der Bevölkerungszahl zu erwarten.

Tabelle 2

Bevölkerungsbewegung

Merkmal	1981			1982		
	Personen insgesamt	davon		Personen insgesamt	davon	
		Deutsche	Ausländer		Deutsche	Ausländer
Anzahl						
Lebendgeborene	100 673	83 562	17 111	100 268	84 873	15 395
Sterbefälle	93 979	92 469	1 510	93 197	91 635	1 562
Geburtenüberschuß bzw. -verlust (–)	6 694	– 8 907	15 601	7 071	– 6 762	13 833
Zuzüge } über die Landesgrenze	232 880	121 277	111 603	192 261	117 130	75 131
Fortzüge }	210 600	102 201	108 399	216 645	104 578	112 067
Wanderungssaldo	22 280	19 076	3 204	– 24 384	12 552	– 36 936
Ein- bzw. Ausbürgerung (–)	–	+ 2 734	– 2 734	–	+ 2 450	– 2 450
Bevölkerungszunahme bzw. -abnahme (–)	28 974	12 903	16 071	– 17 313	8 240	– 25 553
Bevölkerungsstand am Jahresende	9 287 921	8 345 497	942 424	9 270 608	8 353 737	916 871

Weiterhin Rückgang der Schüler- und Anstieg der Studentenzahlen

In den ersten Klassen der Grundschulen wurden zu Beginn des Schuljahres 1982/83 rund 93 000 Erstkläßler und damit 2,5 % weniger als im Vorjahr unterrichtet. Die rückläufige Bewegung der Schülerzahl, die schon seit den frühen 70er Jahren als Auswirkung des Geburtenrückgangs zu beobachten ist, hat sich damit weiter fortgesetzt. Da der Tiefpunkt des Geburtenrückgangs erst im Jahr 1978 liegt, ist vor 1984/85 nicht mit einer Wende bei den Erstkläßlern zu rechnen. Insgesamt wurden an den Grundschulen noch 381 000, an den Hauptschulen 259 000 Schüler gezählt, das sind 6,1 bzw. 4,7 % weniger als im vorausgegangenen Jahr. In diesem Zusammenhang ist auch zu beobachten, daß – auch als Konsequenz der Maßnahmen um eine Stärkung und Aufwertung der Hauptschule – die Übergangsquote von der 4. Grundschulklasse in die Hauptschule wieder angestiegen ist, und zwar von 40,6 % auf 43 %. Dies wirkte sich bei den Gymnasien aus, für die die Übergangsquote von 29,2 % auf 26,5 % abnahm. Die Realschulen waren bei einem Rückgang der Quote von 26,3 % auf 25,7 % kaum davon berührt. Da sich die Oberstufe der Gymnasien noch aus den geburtenstarken Jahrgängen zusammensetzt, diese aber aus den Realschulen in größerem Umfang schon entlassen wurden, betrug der Rückgang der Schüler zum Vorjahr trotz der unterschiedlichen Entwicklung der Übergangsquoten in beiden Schularten knapp 4 %. Der Bestand umfaßt derzeit 324 000 Gymnasiasten und 243 000 Realschüler. Bei den Sonderschulen ergab sich ein Rückgang um 4,6 % auf 53 000 Schüler. Die Gesamtschülerzahl des Schuljahres 1982/83 liegt mit rund 1,291 Mill. um 4,7 % unter dem Vorjahr. Von den Gymnasien sind im Sommer letzten Jahres rund 36 000 Abiturienten abgegangen, das sind 2000 (7 %) mehr als 1981.

An den beruflichen Schulen werden im Schuljahr 1982/83 rund 442 300 Schüler unterrichtet, das sind 2800 (- 0,6 %) weniger als im Vorjahr. In den Berufsschulen lag die Schülerzahl mit 276 200 erstmals seit längerem niedriger als im Vorjahr (- 3,2 %). Dagegen hielten die Zunahmen bei den wichtigsten beruflichen Vollzeitschulen an (Berufsfachschulen + 2,7 %, berufliche Gymnasien + 3,6 %, Berufskollegs + 14,2 %).

Auch 1982 konnten die Betriebe und die Verwaltungen in Baden-Württemberg die gestiegene Nachfrage nach Lehrstellen trotz wirtschaftlicher Rezession auffangen³. Im einzelnen wurden 97 000 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen, das sind 2,3 % mehr als 1981. Die Zahl der unversorgten Lehrstellenbewerber

lag zwar mit 3400 höher als ein Jahr zuvor, doch ist zu beachten, daß ihnen 4000 offene Ausbildungsstellen gegenüberstanden.

An den 61 Hochschulen (einschließlich Fachhochschulen ohne Bundesfachhochschulen) in Baden-Württemberg haben sich im Wintersemester 1982/83 rund 27 900 Studenten neu eingeschrieben, darunter 18 200 an den Universitäten. Die Gesamtzahl der Studenten belief sich auf 171 400 Personen, das sind 5,9 % mehr als vor einem Jahr. An den Universitäten waren 116 400 Studenten eingeschrieben, an den Fachhochschulen⁴ (ohne diejenigen des Bundes in Baden-Württemberg) 35 300 und an den Pädagogischen Hochschulen 12 200.

Wie bereits im laufenden Schuljahr wird auch im Schuljahr 1983/84 die Zahl der Schüler in allen allgemeinbildenden Schularten aufgrund der zunehmend geringer besetzten Altersjahrgänge abnehmen. Im einzelnen kann davon ausgegangen werden, daß die Zahl der Erstkläßler um rund 1000 (- 1 %) zurückgeht. An den Grundschulen wird der Rückgang der Schülerzahlen 11 000 betragen (- 3 %); stärker wird wohl der Rückgang bei den Hauptschulen (16 000 bzw. - 6 %) und bei den Realschulen (13 000 bzw. - 5 %) ausfallen. An den allgemeinbildenden Gymnasien dürfte der Rückgang wegen der stark besetzten Altersjahrgänge der Oberstufe bei 13 000 Schülern (- 4 %) liegen.

Bei den beruflichen Schulen ist im Teilzeitbereich eine weitere Abnahme der Schülerzahlen zu erwarten. Bei den beruflichen Vollzeitschulen ist mit einer insgesamt gleichbleibenden hohen Schülerzahl zu rechnen. Die Versorgung der Schulabgänger mit Ausbildungsplätzen ist auch 1983 vordringlich, da mit rund 100 000 etwas mehr Lehrstellenbewerber als im Vorjahr zu erwarten sind und für die Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung keine rasche Verbesserung in Aussicht steht. Erst zum Jahresende kann abschließend beurteilt werden, wieviel Ausbildungsverträge abgeschlossen wurden.

Die Zahl der Studienanfänger und Studenten dürfte weiter steigen, da zum Schuljahresende allein an den allgemeinbildenden Gymnasien rund 29 000 Abgänger mit Hochschulreife zu erwarten sind; hinzu kommen Studienanfänger als Absolventen früherer Schuljahre. Damit wird die Zahl der Studierenden aller Voraussicht nach an den Hochschulen im Wintersemester 1983/84 bei über 180 000 liegen, davon knapp 130 000 an den Universitäten.

1982 zunehmende Arbeitslosigkeit

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich 1982 in Baden-Württemberg wie im gesamten Bundesgebiet nochmals deutlich verschärft, und

³ Siehe hierzu auch Teil II 4.1, Die Berufsausbildung im dualen System.

⁴ Siehe hierzu auch Teil 4.2, Entwicklung im Fachhochschulwesen.

Tabelle 3

Indikatoren zur Arbeitsmarktentwicklung

Nachweis	Einheit	1982					1983
		1. Vierteljahr	2. Vierteljahr	3. Vierteljahr	4. Vierteljahr	Jahresdurchschnitt	1. Vierteljahr
Arbeitslose (Voll- und Teilzeitarbeit)	Anzahl Veränderung zum Vorjahr in %	180 929 + 57,5	163 547 + 56,2	181 342 + 46,3	213 946 + 42,5	182 365 + 51,0	249 065 + 37,7
Arbeitslosenquote (Voll- und Teilzeitarbeit)	%	4,6 ¹⁾	4,3 ¹⁾	4,9 ¹⁾	6,0 ¹⁾	4,8	6,3 ¹⁾
Kurzarbeiter	Anzahl Veränderung zum Vorjahr in %	110 034 + 74,7	95 048 + 44,8	72 583 + 73,2	181 530 + 102,7	114 817 + 76,6	192 736 + 75,2
Offene Stellen (Voll- und Teilzeitarbeit)	Anzahl Veränderung zum Vorjahr in %	25 512 - 45,6	23 568 - 51,3	18 836 - 53,0	12 178 - 54,2	20 573 - 50,2	12 880 - 49,5

1) Stand: jeweils zum Quartalsende.

zwar aus zwei Gründen. Zum einen führte die sich weiter verschlechternde konjunkturelle Situation mit der Folge von Produktionsrückgängen, Betriebseinschränkungen und Konkursen dazu, daß die Beschäftigtenzahlen beim Verarbeitenden Gewerbe um 3,4 % und beim Bauhauptgewerbe um 1,5 % niedriger lagen als 1981; eventuelle Beschäftigtenzunahmen bei den Dienstleistungen sind sicherlich nicht so hoch gewesen, um diese Abnahmen auszugleichen. Zum anderen ist die Zahl der Erwerbspersonen durch den Berufseintritt stärkerer Geburtsjahrgänge bei gleichzeitiger Berufsbeendigung schwächerer Jahrgänge nochmals angestiegen, und zwar trotz der bereits erwähnten Nettoabwanderung von Ausländern. Im Jahresdurchschnitt wurden 1982 rund 182 400 Arbeitslose registriert, das sind 51,0 % mehr als im Vorjahr. Die Tatsache, daß bei einer Betrachtung der vier Quartale sich die Zunahme zu den Vorjahresquartalen jeweils verlangsamt (von + 57,5 % über + 56,2 % und + 46,3 % auf + 41,8 %), gibt von sich aus noch keinen Anlaß zu einer optimistischen Bewertung, da bereits in den beiden letzten Quartalen des Jahres 1981 die Arbeitslosenzahlen besonders stark zugenommen haben (Tabelle 3). Weiterhin ist zu bedenken, daß zwischen den Monaten Januar und Dezember 1982 sich die Arbeitslosenzahl um rund 41 400 oder 22,0 % auf 229 100 erhöht hat.

Im Vergleich zum Bundesdurchschnitt (+ 44,2 %) war die Zunahme 1981/82 der Arbeitslosen im Land (+ 51,0 %) stärker, doch lag die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote im Land mit 4,8 % (1981: 3,3 %) nach wie vor deutlich unter derjenigen des Bundesgebietes (7,5 %; 1981: 5,5 %).

Die Dramatik der Arbeitsmarktsituation wird zusätzlich dadurch deutlich, daß sich zwischen 1981 und 1982 die Zahl der gemeldeten offenen Stellen auf 20 600 halbiert und damit den niedrigsten Stand seit 1953 erreicht hat. 1982 entfielen auf eine offene Stelle 8,9 Arbeitslose (1981: 2,9) – im Bund waren es mit 17,5 doppelt so viele (1981: 6,1).

Bei den Kurzarbeitern war der Anstieg in Baden-Württemberg mit 76,6 % nur geringfügig höher als im Bundesdurchschnitt (74,8 %); im 2. Halbjahr war er im Land mit + 93,3 % sogar wesentlich geringer (Bundesgebiet + 114,9 %). Gleichwohl war der Anteil Baden-Württembergs am Bundesgebiet bei den Kurzarbeitern auch 1982 mit 18,9 % höher als bei den Arbeitslosen (9,9 %). Die Problematik der gegenwärtigen Arbeitsmarktlage verdeutlicht auch die Tatsache, daß im vergleichbaren Krisenjahr 1975 die Zahl der Kurzarbeiter (184 800) diejenige der Arbeitslosen (128 100) übertraf, jedoch 1982 trotz der geschilderten Zunahme zum Vorjahr um 75 % mit 114 800 deutlich weniger Kurzarbeiter als Arbeitslose (182 400) zu verzeichnen waren (Schaubild 2). Der Schwerpunkt der Kurzarbeit lag 1982 – erstmals seit längerem – beim Maschinenbau (25 600 Kurzarbeiter), und zwar vor der Elektrotechnischen Industrie (20 100) sowie Textil und Bekleidung (7300).

Betrachtet man die Entwicklung der Arbeitslosigkeit einzelner Problemgruppen, so ergibt sich für den Dezember 1982 folgendes Bild: Die Arbeitslosenquote dieses Monats (Durchschnitt: 6,0 %) war bei den Frauen (7,1 %) nach wie vor höher als bei den Männern (5,3 %); überdurchschnittlich blieb

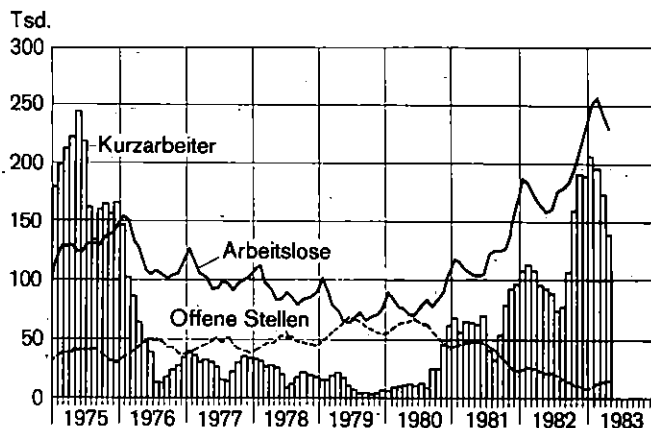
auch die Arbeitslosenquote bei den Ausländern (10,0 %) und bei den Jugendlichen unter 20 Jahre (7,1 %). Anders als in früheren Jahren wichen die Veränderungen zum entsprechenden Vorjahresmonat bei den einzelnen Personengruppen vom Durchschnitt (+ 37,0 % auf 229 100 Arbeitslose insgesamt) vergleichsweise wenig ab. So betrug die Zunahme bei den Männern 40,5 % (auf 119 400), bei den Frauen 33,3 % (auf 109 700), bei den Jugendlichen 35,4 % (auf 22 500) und bei den Ausländern 35,0 % (auf 47 800). Mit einer Zunahme um 27 % verzeichnete die Gruppe der Schwerbehinderten dagegen einen unterdurchschnittlichen Anstieg. Hervorzuheben ist vor allem auch der Verlauf bei den Arbeitslosen "59 Jahre und älter". Hier war eine Abnahme um rund 3 % (Vorjahr: + 72 %) auf 8900 zu verzeichnen.

Die Entwicklung der ersten drei Monate des Jahres 1983 deutet noch nicht auf eine nachhaltige Entlastung der Arbeitsmarktsituation hin. Der Rückgang der Arbeitslosen zwischen Januar und März um 10 700 auf 240 300 bzw. die Verminderung der Arbeitslosenquote von 6,6 auf 6,3 % hat vor allem saisonale Gründe, denn nach Schätzungen des Landesarbeitsamtes stieg die Zahl der Arbeitslosen saisonbereinigt um 15 000. Lediglich der im Vergleich zum Vorjahr schnellere Rückgang bei den Kurzarbeitern bzw. die etwas schnellere Zunahme bei den offenen Stellen mag Anlaß zu einer weniger pessimistischen Beurteilung geben. Auch wenn sich hieraus Signale für eine Verbesserung der Beschäftigungssituation im Laufe des Jahres 1983 abzeichnen sollten, so darf daraus keine entscheidende Verbesserung bei den Arbeitslosen für 1983 abgeleitet werden. Zum einen reagieren Unternehmen auf eine wirtschaftliche Belebung wegen der Nutzung vorhandener freier Personalkapazitäten verzögert mit Neueinstellungen, weshalb es nicht verwundert, daß in den ersten beiden Monaten die Beschäftigtenzahl beim Verarbeitenden Gewerbe um 4,4 % und beim Bauhauptgewerbe um 1,1 % gegenüber dem Vorjahr abnahm. Zweitens ist auch für 1983 wieder mit einer demographisch bedingten Zunahme der Erwerbspersonen zu rechnen, die möglicherweise nicht durch Nettoabwanderungen ausländischer Erwerbspersonen kompensiert wird. Daraus leitet sich unter anderem auch ab, daß die unter 20jährigen Berufsanfänger nach wie vor zum besonders gefährdeten Personenkreis zählen dürften⁵. Eine Prognose des IAB weist aus, daß die Arbeitslosen in Baden-Württemberg um 48 000 auf rund 230 000 und damit um etwa gleich viel wie im Bundesgebiet (+ 26 %) zunehmen könnten. Baden-Württemberg würde danach mit einer Arbeitslosenquote von 6,0 % aber nach wie vor das Bundesland mit den niedrigsten Arbeitslosen-

⁵ Siehe hierzu auch G.-R. Rückert, P. Linder, Berufschancen der jungen Generation in Baden-Württemberg. Materialien und Berichte der Familienwissenschaftlichen Forschungsstelle im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg Heft 6, Stuttgart 1983.

Schaubild 2

Entwicklung des Arbeitsmarktes



164 83

quoten bleiben und erheblich unter dem Bundesdurchschnitt von 9,4 % liegen. Für das Bundesgebiet rechnet das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (im Einklang mit anderen Instituten) mit 2,3 Mill. Arbeitslosen.

Konjunkturelle Abwärtsbewegung im Verarbeitenden Gewerbe

Die zur Jahresmitte 1982 erhoffte konjunkturelle Besserung trat nicht ein. Statt dessen mündete die im Frühsommer 1980 begonnene konjunkturelle Abschwächung, die bis zum ersten Quartal von 1982 noch durch eine starke Auslandsnachfrage gebremst wurde, in die neben der Rezession Mitte der 70er Jahre längste Stagnation.

Die realen Auftragseingänge lagen 1982 um 2,3 % unter dem Vorjahresstand, der bereits 1981 rückläufig (- 1,5 %) gewesen war (Tabelle 4). Dabei entwickelten sich Inlands- und Auslandsnachfrage tendenziell eher gegenläufig. Während sich der im ersten Quartal noch überaus starke Rückgang der Inlandsnachfrage bereits zum dritten Quartal hin etwas abschwächte (hier wie im folgenden gemessen am jeweiligen Vorjahreszeitraum) und gegen Jahresende - insbesondere im Dezember - durch die auslaufende Investitionszulage ein Plus verzeichnete, waren die ausländischen Ordereingänge, die im 1. Quartal noch eine hohe Zuwachsrate auswiesen, stark nach unten gerichtet (4. Quartal: - 10,4 %). Im Jahresdurchschnitt lagen sowohl die inländischen (- 1,5 %) wie auch die ausländischen Aufträge (- 3,9 %) unter dem Stand von 1981.

Überdurchschnittlich war der Nachfragerückgang in der Grundstoff- und Produktionsgütererzeugung (- 3,5 %), hier ging eine stabile Auslandsnachfrage (+ 0,8 %) einher mit einem starken Rückgang der inländischen Ordertätigkeit (- 4,9 %). Relativ gut behaupten konnte sich als größte Grundstoffbranche die Chemische Industrie (insgesamt - 0,3 %).

Mäßig fiel der Bestellrückgang in der Investitionsgütererzeugung aus (- 1,7 %), der nur vom Ausland herrührte (Inland + 1,0 %, Ausland - 5,1 %). Daß in dieser Hauptgruppe der Nachfragerückgang nur unterdurchschnittlich war, ist auf die Entwicklung im Fahrzeugbau (+ 14,5 %) zurückzuführen, wo Inlandsbestellungen (+ 19,3 %) wie Auslandsbestellungen (+ 11,1 %) über dem Vorjahresstand lagen. Demgegenüber wiesen vor allem der Maschinenbau (- 8,1 %), aber auch die Elektrotechnik (- 2,5 %) überdurchschnittliche Bestellrückgänge auf. Größere Auftragseinbußen erlitt auch die Verbrauchsgütererzeugung (- 3,5 %), vor allem bedingt durch die schwächere Inlandsentwicklung (- 4,3 %), während die Auslandsnachfrage stabil war (+ 0,7 %). Überdurchschnittlich betroffen war das Textilgewerbe (- 7,8 %).

Als Folge der insgesamt gesehen rückläufigen Nachfrage lag die Produktion, wie bereits 1981, unter dem Vorjahresstand (- 2,6 %). Dabei waren im Grundstoff- und Produktionsgüterbereich die Produktionseinbußen relativ geringer (- 2,0 %) als im Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes. Den durch die Rezession im Baugewerbe betroffenen Bereichen Steine und Erden (- 8,0 %) und Holzbearbeitung (- 5,8 %) stand die positive Entwicklung in der Chemischen Industrie gegenüber (+ 3,1 %). Auch in der Investitionsgütererzeugung (- 2,6 %) war die Produktionsentwicklung stark differenziert. Einem Plus beim Fahrzeugbau (+ 2,9 %) standen erhebliche Produktionseinbußen beim Maschinenbau (- 5,2 %), bei der Elektrotechnik (- 4,7 %) und der Feinmechanik/Optik (- 7,0 %) gegenüber. Ungebrochen weiter expansiv war die

Tabelle 4

In- und ausländische Nachfrageentwicklung 1982

Wirtschaftsbereich Wirtschaftsgruppe	Auftragseingang (1980 = 100)		Umsatz	
	Veränderung 1982/1981		insgesamt	Veränderung 1982/1981
	Wertindex	Volumenindex		
	%		Mill. DM	%
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	+ 2,1	- 2,3	218 705,9	+ 2,7
Inland	+ 3,0	- 1,5	154 951,3	+ 1,1
Ausland	+ 0,3	- 3,9	63 754,6	+ 6,7
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	- 0,1	- 3,5	39 702,5	+ 0,6
Inland	- 1,4	- 4,9	31 907,0	- 0,4
Ausland	+ 4,2	+ 0,8	7 795,5	+ 5,0
Chemische Industrie	+ 3,3	- 0,3	14 524,5	+ 3,4
Inland	+ 2,1	- 1,6	10 173,1	+ 2,0
Ausland	+ 5,9	+ 2,7	4 351,4	+ 7,0
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	+ 3,2	- 1,7	123 129,1	+ 3,3
Inland	+ 6,3	+ 1,0	75 008,3	+ 1,2
Ausland	- 0,8	- 5,1	48 120,8	+ 6,7
Maschinenbau	- 2,7	- 8,1	32 333,0	+ 0,9
Inland	+ 4,8	- 1,4	17 458,9	+ 0,4
Ausland	- 10,4	- 15,2	14 874,0	+ 1,3
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kfz. usw.	+ 20,7	+ 14,5	36 732,0	+ 7,7
Inland	+ 26,7	+ 19,3	19 755,9	+ 0,4
Ausland	+ 16,5	+ 11,1	16 976,1	+ 17,7
Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	+ 0,8	- 2,5	31 750,6	+ 1,4
Inland	+ 2,7	- 0,7	22 058,0	+ 2,1
Ausland	- 3,0	- 6,3	9 692,6	- 0,1
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren	+ 0,7 ¹⁾	- 3,7 ¹⁾	6 491,6	- 0,4
Inland	+ 1,9 ¹⁾	- 2,5 ¹⁾	4 078,9	- 1,8
Ausland	- 1,0 ¹⁾	- 5,3 ¹⁾	2 412,8	+ 2,1
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	-	- 3,5	37 581,1	+ 2,1
Inland	- 0,9	- 4,3	31 216,4	+ 1,0
Ausland	+ 4,6	+ 0,7	6 364,6	+ 8,2
Textilgewerbe	- 4,0	- 7,8	10 228,3	+ 0,3
Inland	- 4,2	- 8,1	8 015,7	- 1,5
Ausland	- 3,5	- 6,9	2 212,6	+ 7,4
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	-	-	18 293,3	+ 4,2
Inland	-	-	16 819,6	+ 3,6
Ausland	-	-	1 473,7	+ 11,8

1) Ohne Herstellung von Uhren.

Tabelle 5

Strukturdaten des Verarbeitenden Gewerbes 1982

Wirtschaftsbereich Wirtschaftsgruppe	Beschäftigte		Arbeiterstunden		Produktion		Exportquote		Erzeugerpreise 1976=100 ¹⁾
	insgesamt MD 2)	Ver- änderung 1982/81	insgesamt	Ver- änderung 1982/81	Index MD 2)	Ver- änderung 1982/81	1982	1981	Ver- änderung 1982/81
	1000	%	Mill.	%	1970=100	%			
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	1 415 383	- 3,4	1 554 913	- 4,7	118,9	- 2,6	29,2	28,0	+ 4,8
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1 67 058	- 2,3	185 991	- 5,6	119,3	- 2,0	19,6	18,8	+ 3,6
Chemische Industrie	63 668	+ 1,0	56 018	- 3,2	153,1	+ 3,1	30,0	29,0	+ 4,0
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	884 309	- 2,8	940 376	- 4,1	125,9	- 2,6	39,1	37,8	+ 5,6
Maschinenbau	252 120	- 2,7	266 243	- 5,3	102,6	- 5,2	46,0	45,8	+ 6,2
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kfz. usw.	210 730	- 0,3	251 453	- 0,1	150,1	+ 2,9	46,2	42,3	+ 6,2
Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	228 390	- 4,6	218 922	- 6,2	132,0	- 4,7	30,5	31,0	+ 3,5
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren	58 656	- 4,8	61 083	- 5,3	99,8	- 7,0	37,2	36,3	+ 3,5
Verbrauchsgüterproduzierendes Gewerbe	306 811	- 5,3	361 432	- 6,0	100,5	- 3,1	16,9	16,0	+ 3,6
Textilgewerbe	86 845	- 7,1	104 257	- 6,4	84,7	- 3,2	21,6	20,2	+ 4,4
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	57 205	- 4,0	67 114	- 4,9	122,1	- 2,6	8,1	7,5	+ 6,7

1) Erzeugerpreise gewerblicher Produkte, ohne Mehrwertsteuer. - 2) Monatsdurchschnitt.

Herstellung von Büromaschinen und ADV-Geräten (+ 9,1 %). Überdurchschnittliche Produktionsrückgänge wies auch die Verbrauchsgütererzeugung auf (- 3,1 %), hier haben insbesondere die Bekleidungsindustrie (- 8,0 %), die Lederverarbeitung (- 7,2 %) und die Holzverarbeitung (- 9,9 %) hohe Einbußen erlitten. Gesunken ist die Produktion auch im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe (- 2,6 %).

Die langanhaltende konjunkturelle Abwärtsbewegung schlug - anders als noch 1981 - im abgelaufenen Jahr auch verstärkt auf die Beschäftigtenzahl durch, die im Jahresdurchschnitt um 3,4 % zurückging (Tabelle 5). Besonders betroffen waren die Arbeiter (- 4,5 %); die Zahl der Arbeiterstunden fiel kaum stärker ab (- 4,7 %), ein Zeichen dafür, daß bereits in einigen Branchen, so im Textilbereich, kein weiterer Spielraum mehr vorhanden war, noch stärker auf Kurzarbeit auszuweichen. Da der Rückgang der Beschäftigung stärker war als der Produktionsrückgang (- 2,6 %), stieg die statistische Arbeitsproduktivität leicht an (je Beschäftigten + 0,7 %, je Beschäftigtenstunde + 1,4 %). Der reale Umsatz aus eigener Erzeugung ging wie die Produktion um 2,6 % zurück, dabei sank der Inlandsumsatz um 5,0 %.

Der Auslandsumsatz stieg um 2,2%, die hiermit gemessene Exportquote stieg somit 1982 weiter an und erreichte erstmals die 30 %-Marke. Die nochmals schlechtere Kapazitätsauslastung hat

dazu beigetragen, daß die Zahl der Insolvenzen im Verarbeitenden Gewerbe wieder stark anstieg, 1982 wurden 322 Unternehmen zahlungsunfähig, 39 % mehr als im Vorjahr.

Insgesamt gesehen hatte die inländische Nachfrage zu Beginn von 1983 wohl den Tiefpunkt der Krise überschritten. So lagen - allerdings stark beeinflusst durch den Auftragsboom im durch das Auslaufen der Investitionszulage geprägten Dezember - die inländischen Ordereingänge im 4. Quartal um 6,5 % über dem Vorjahresniveau. Im 1. Quartal von 1983 setzte sich diese positive Entwicklung in leicht abgeschwächter Form fort (+ 5,0 %), wobei allerdings offenbar im Januar Nachmeldungen von durch die Investitionszulage induzierten Bestellungen das Bild beeinflussten. Ein ausgeprägtes "Auftragsloch" im Februar und März blieb aber aus. Allerdings konzentrierten sich die inländischen Bestellzuwächse zwar auf die Investitionsgütererzeugung (+ 8,3 %), hier aber vorwiegend auf die PKW-Herstellung (+ 84,7 %), während die Bestellungen im Maschinenbau noch deutlich unter dem Vorjahresniveau lagen (- 6,6 %). Andererseits zeigt die zum Teil deutliche Zunahme der Auftrags- eingänge bei den - auch von der Belebung im Baubereich profitierenden - Grundstoffbranchen sowie bei den Verbrauchsgütern, daß sich die Lage durchaus auf breiterer Front gebessert hat (Tabelle 6). Dagegen sind die Aufträge aus dem Ausland nach wie vor rückläufig (1. Quartal - 5,5 %), und zwar insbeson-

Tabelle 6

Entwicklung des Auftragseingangs und der Produktion

– Veränderung 1. Quartal 1983 gegen 1. Quartal 1982 –

Wirtschaftsbereich Wirtschaftsgruppe	Auftragseingang ¹⁾			Produktion ²⁾
	Volumenindex insgesamt	davon		
		Inland	Ausland	insgesamt
%				
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	+ 1,1	+ 5,0	- 5,5	- 3,4
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	+ 3,5	+ 2,9	+ 5,1	+ 0,2
Investitionsgüterproduzierendes Gewerbe	+ 1,4	+ 8,3	- 7,4	- 5,1
darunter				
Maschinenbau	- 6,7	- 6,6	- 6,7	- 3,5
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kfz. usw.	+ 11,4	+ 62,5	- 16,1	- 7,0
Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	+ 3,4	+ 3,7	+ 2,8	- 9,2
Verbrauchsgüterproduzierendes Gewerbe	- 1,2	- 0,7	- 3,3	- 1,4
darunter				
Textilgewerbe	- 2,0	- 0,4	- 7,3	- 4,5

1) 1980 = 100. – 2) 1970 = 100.

derer bei den Investitionsgütern (- 7,4 %), so daß anders als bei früheren Konjunkturzyklen eine Belebung zur Zeit noch allein von der inländischen Nachfrage her getragen sein dürfte.

Zum Jahresende Belebung der Investitionsneigung⁶

Die Ausrüstungsinvestitionen gingen 1982 bundesweit real um 7 % zurück. Negativ auf die Investitionsneigung hatten sich insbesondere die noch durch den Einbruch der Auslandsnachfrage stark verringerten Absatzchancen ausgewirkt. Die bundesweite Auslastung des Produktionspotentials sank so nach Berechnungen des DIW 1982 auf 85,3 %, ein Wert, der dem des Rezessionsjahres 1975 entsprach. Dies hatte Auswirkungen auf die Ertragslage der Unternehmen. So verharren die Bruttoeinkommen der Produktionsunternehmen saisonbereinigt nach einem leichten Anstieg im ersten Halbjahr 1982 nach Berechnungen der Bundesbank im zweiten Halbjahr weiter auf diesem immer noch tiefen Niveau. Allerdings hat sich 1982 der Anstieg der Lohnstückkosten (in Baden-Württemberg + 3,5 %) erstmals seit 1979 verlangsamt, unterstützt durch die nur mäßigen Einkommenssteigerungen der Arbeitnehmer, während die Erzeugerpreise stärker gestiegen sind (bundesweit + 4,8 %).

⁶ Siehe hierzu auch Teil II 1.1, Investitionsentwicklung und Altersaufbau des Produktionskapitals.

Gegen Jahresende hatten sich allerdings einige Rahmenbedingungen gebessert; rückläufige Zinsen, Kostenentlastungen bei importierten Vorprodukten und eine schwach steigende Konsumneigung seit dem 4. Quartal wirkten zusammen, so daß sich das vom Ifo-Institut ermittelte Geschäftsklima seit Jahresbeginn verbessert hat, das wiederum die Investitionsneigung mitbestimmt. Gegen Jahresende führte das Ablaufen der Bestellfrist im Rahmen der Investitionszulage zu einem Auftragsstoß aus dem Inland bei der heimischen Investitionsgütererzeugung; diese Belebung der Investitionsneigung setzte sich im ersten Quartal dieses Jahres fort (+ 8,3 %), allerdings dürften dabei Nachmeldungen von Dezember-Erträgen das mitenthaltene hohe Januar-Ergebnis nach oben getrieben haben. Allerdings profitierte der Maschinenbau als typische Investitionsgüterbranche von der Belebung im 1. Quartal 1983 nicht mehr (Inlandsaufträge - 6,6 %). Für die Ausrüstungsinvestitionen erwartet das Frühjahrsgutachten einen realen Anstieg von 1 %; selbst wenn dieser Anstieg in Baden-Württemberg nicht höher sein sollte, dürfte die heimische Wirtschaft allein dadurch, daß die Investitionsgütererzeugung hier besonders stark vertreten ist, überdurchschnittliche Wachstumsimpulse erhalten.

Beginnende Stabilisierung bei den Bauinvestitionen

Das Bauhauptgewerbe stand im Verlauf des Jahres 1982 im Zeichen zunehmender Stabilisierung auf teilweise sehr niedrigem Niveau (Tabelle 7). Im Jahresdurchschnitt lagen so die realen Auftragseingänge um knapp 2 % über dem Vorjahresstand, nachdem allerdings 1981 ein drastischer Nachfrageeinbruch (- 18 % gegenüber 1980) erfolgt war.

Im Hochbau erreichte 1982 die Nachfrage das Niveau des Vorjahres nicht ganz (- 1 %), relativ robust zeigte sich jedoch der Wohnungsbau, wo die Aufträge den Vorjahresstand erreichten. Im Tiefbau war dagegen eine deutliche Nachfragesteigerung zu verzeichnen (+ 7 %), allerdings war hier der Einbruch 1981 besonders groß gewesen (- 27 %).

Die Jahresdurchschnittsbetrachtung verdeckt, daß nach einem Rückgang des Auftragsvolumens im 1. Quartal (hier wie nachfolgend stets gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum) bereits im 2. Quartal die Abwärtsentwicklung zum Stillstand kam; im 3. Quartal setzte dann eine Belebung ein (Hochbau + 1 %, Tiefbau + 7 %), die sich im 4. Quartal verstärkt fortsetzte (Hochbau + 16 %, Tiefbau + 23 %). Hierin kommt auch die Verbesserung der Rahmenbedingungen zum Ausdruck, z.B. gesunkene Zinsen am Kapitalmarkt, die Investitionszulage und die wohnungsbaupolitischen Maßnahmen.

Die nach wie vor ungenügende Auslastung im Bauhauptgewerbe führte 1982 zu einem Rückgang der Beschäftigtenzahlen (im Jahres-

durchschnitt - 1,5 %), der allerdings schwächer ausfiel als bei der Zahl der geleisteten Arbeitsstunden (- 2,6%). Weit stärker waren die Folgen der Rezession im Bundesgebiet (Beschäftigte - 6,0 %, Arbeitsstunden - 5,7 %). Im Vergleich zum Bundesgebiet mußten so die heimischen Unternehmen die Beschäftigtenzahl auch im Vergleich zu den Arbeitsstunden weniger stark reduzieren, ein Zeichen dafür, daß in Baden-Württemberg stärker auf Kurzarbeit ausgewichen wurde. Deshalb hat sich in Baden-Württemberg im Baugewerbe 1982 die Zahl der Kurzarbeiter sechsfacht, im Bundesgebiet lediglich gut verdreifacht. Dennoch entfielen 1982 mit einer durchschnittlichen Zahl von 6500 nur 11 % der Kurzarbeiter des Bundesgebiets auf Baden-Württemberg. Die vergleichsweise günstige Lage auf dem Arbeitsmarkt für Bauberufe zeigt sich auch darin, daß im Jahresdurchschnitt auf eine offene Stelle 5 Arbeitslose entfielen gegenüber 24 im Bundesgebiet.

Die Bauwirtschaft reagierte auf die Rezession 1981/82 mit Preissenkungen, so gingen im Jahresdurchschnitt die Preise für Wohnbauten (Rohbauleistungen) um 2,1 %, die Preise im Straßenbau um 4,6 % zurück. Deutlich verschlechtert hat sich die Erlössituation; dies kommt nicht zuletzt dadurch zum Ausdruck, daß die Zahl der Insolvenzen im Baugewerbe 1982 nach der Insolvenzwelle von 1981 nochmals um 8 % auf 247 anstieg.

Zum Jahresende 1982 lagen die realen Auftragsbestände im Hochbau noch knapp 5 %, im Tiefbau 10 % unter dem Vorjahresstand. Zu diesem Zeitpunkt reichten die Auftragsbestände - allerdings unter Einbeziehung der durch Kurzarbeit entstandenen Ausfälle - im Hochbau für eine Beschäftigungsdauer von 5,2 Monaten, im Tiefbau von 4,6 Monaten.

Im 1. Quartal von 1983 lagen die Auftrags-eingänge im Bauhauptgewerbe wertmäßig um 11 % (Hochbau + 9,6 %, Tiefbau + 14,6 %) über dem allerdings sehr gedrückten Vorjahresniveau, so daß sich die Belebung in der Bauwirtschaft zu festigen scheint. Überwiegend profitieren dürfte neben dem durch die Investitionszulage stimulierten gewerblichen Hochbau, wo die Baugenehmigungen im 1. Quartal stark zugenommen haben, auch weiterhin der Wohnungsbau, zumal die massiven Förderungsmaßnahmen durch inzwischen erfolgte weitere Zinssenkungen und den gegenwärtig noch anhaltenden Rückgang der Baupreise gestützt werden. Impulse dürften auch vom Wohnungs- und Städtebauprogramm des Landes ausstrahlen, das mit einem Finanzumfang von 600 Mill. DM die Förderung von 13 400 Wohnungen vorsieht. Im Tiefbau dagegen, der ganz überwiegend von den öffentlichen Haushalten, insbesondere den Gemeinden abhängt, sind wegen der nach wie vor schwierigen Haushaltssituation die weiteren Aussichten eher zurückhaltend zu beurteilen.

Das Frühjahrsgutachten schätzt bundesweit für die realen Bauinvestitionen eine leichte Zunahme (3 %), die in etwa gleicher Höhe auch in Baden-Württemberg zu erwarten ist, wobei zu berücksichtigen ist, daß der bundesweite starke Rückgang von 1982 (- 4,5 %) in Baden-Württemberg deutlich geringer ausgefallen sein dürfte.

Gedämpfte Entwicklung der Exporte

Trotz eines erstmals seit 1975 leicht rückläufigen Welthandelsvolumens sind 1982 die bundesweiten und, sogar noch etwas stärker, die baden-württembergischen Ausfuhren real angestiegen. Die Ausfuhren Baden-Württembergs lagen mit 72,1 Mrd. DM um 8,8 % über

Tabelle 7

Nominale Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe 1982 (1976 = 100)

Zu- bzw. Abnahme (-) gegen Vorjahr in %

Zeitraum	Bauhaupt- gewerbe insgesamt	Hochbau				Tiefbau			
		zu- sammen	darunter			zu- sammen	darunter		
			Woh- nungs- bau	gewerblicher und industrieller Bau	Gebiets- körper- schaften ¹⁾		Straßen- bau	gewerblicher und industrieller Bau	Gebiets- körper- schaften ¹⁾
1. Vierteljahr	- 13,5	- 14,8	- 20,1	- 7,5	- 17,3	- 10,3	- 7,7	10,9	- 18,6
2. Vierteljahr	- 2,8	- 3,6	- 5,5	0,6	- 4,1	- 1,3	4,8	- 4,6	- 10,4
1. Halbjahr	- 7,9	- 9,1	- 12,6	- 3,8	- 10,1	- 5,1	- 0,2	1,9	- 14,0
3. Vierteljahr	- 0,7	- 1,3	1,3	- 12,7	- 1,2	0,5	6,6	37,0	- 15,3
4. Vierteljahr	15,4	13,5	35,4	6,7	- 23,8	20,1	3,3	14,7	24,2
2. Halbjahr	6,6	5,7	16,7	- 3,2	- 12,3	8,5	5,2	26,3	0,4
Jahr	- 1,2	- 2,5	0,6	- 3,5	- 11,1	1,3	2,4	13,4	- 7,2

1) Einschließlich Organisationen ohne Erwerbscharakter sowie öffentliche Auftraggeber.

Tabelle 8

Ausfuhr nach Handelspartnern 1982

Handelspartner	Mill. DM	%	Veränderung gegen Vorjahr in %
Europa	47 305,8	65,6	+ 7,6
davon			
EG-Länder	28 765,6	39,9	+ 8,4
Frankreich	9 950,0	13,8	+ 9,8
Belgien-Luxemburg	2 945,0	4,1	+ 6,2
Niederlande	4 033,7	5,6	+ 3,9
Italien	5 525,7	7,7	- 0,1
Großbritannien	4 480,4	6,2	+ 22,0
Republik Irland	212,9	0,3	+ 4,3
Dänemark	922,1	1,3	+ 18,9
Griechenland	695,7	1,0	+ 10,8
EFTA-Länder ¹⁾	13 335,6	18,5	+ 2,5
Staatshandelsländer ²⁾	2 467,7	3,4	+ 25,1
Übriges Europa	2 737,0	3,8	+ 12,2
Afrika	4 699,0	6,5	+ 0,2
Amerika	10 416,6	14,4	+ 8,2
darunter			
Vereinigte Staaten	8 238,0	11,4	+ 17,1
Asien	8 823,8	12,2	+ 21,2
Australien und Ozeanien	860,0	1,2	+ 15,4
Ausfuhr insgesamt	72 105,2	100	+ 8,8
davon			
Industrialisierte Länder	57 264,3	79,4	+ 8,4
Entwicklungsländer	12 207,6	16,9	+ 7,2
darunter OPEC-Länder ³⁾	6 426,5	8,9	+ 17,1
Staatshandelsländer insgesamt ⁴⁾	2 633,3	3,7	+ 27,1

1) Island, Norwegen, Schweden, Finnland, Schweiz, Österreich, Portugal. - 2) Sowjetunion, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien. - 3) Vereinigte Arabische Emirate, Irak, Iran, Kuwait, Katar, Saudi-Arabien, Algerien, Ecuador, Indonesien, Gabun, Libyen, Nigeria, Venezuela. - 4) Europäischer und asiatischer Ostblock.

dem Wert des Vorjahres (Bundesgebiet: + 7,8 %), unter Ausschaltung der Preissteigerungen betrug der Zuwachs gut 3 %. So gingen 1982 vom Export als einziger positiver Nachfragekomponente erhebliche konjunkturelle Impulse aus. Baden-Württemberg erreichte so 1982 einen Anteil an der bundesweiten Ausfuhr von 16,9 % (1981 : 16,7 %).

Unterdurchschnittlich war insgesamt gesehen die Ausfuhrentwicklung in die europäischen Länder (+ 7,6 %), wobei die Ausfuhr in die EG-Länder etwas stärker war (+ 8,4 %), bei allerdings deutlichen Unterschieden nach Ländern (Tabelle 8). Besonders dynamisch war die Entwicklung mit Großbritannien (+ 22 %), wo zeitweise die reale Wechselkursentwicklung der DM wie auch der dort begonnene Konjunkturaufschwung besonders exportfördernd gewirkt haben dürften, aber auch mit Frankreich (9,8 %). Während die Exporte nach den Niederlanden sich vergleichsweise schleppend entwickelten (+ 3,9 %),

stagnierte der Wert der Exporte nach Italien (- 0,1 %).

Verhalten war das Ausfuhrgeschäft mit den EFTA-Ländern (+ 2,5 %). Die Exporte in die USA - mit einem Anteil von 11 % neben Frankreich (14 %) unser zweitwichtigster Handelspartner - verliefen dagegen außerordentlich expansiv (+ 17,1 %), begünstigt durch den hohen Dollar-Kurs. Die Ausfuhr in die Staatshandelsländer, die im Vorjahr leicht stagnierten, nahmen ebenfalls außerordentlich stark zu (+ 27,1 %). Während die Ausfuhr in die kleineren osteuropäischen Staaten, die mit Verschuldungsproblemen zu kämpfen haben, meist stagnierte, stiegen die Exporte in die Sowjetunion (+ 71,1 %) überaus stark an. Die Ausfuhr in die OPEC-Länder, auf die inzwischen 9 % der Ausfuhr entfallen, entwickelte sich nochmals dynamisch (+ 17,1 %), während die Exporttätigkeit in die nicht der OPEC angehörenden Entwicklungsländer, die von der weltweiten Rezession besonders betroffen waren, zurückfiel (- 1,9 %).

Unter den exportierten Waren hatten erstmals Kraftfahrzeuge den größten Anteil mit 27 % vor dem traditionellen Spitzenreiter, den Maschinenbauerzeugnissen (23 %). Ursächlich war eine besonders expansive Exportentwicklung bei Kraftfahrzeugen (+ 24,6 %), vor allem in die USA und nach Großbritannien, während die Maschinenexporte wertmäßig praktisch stagnierten (+ 0,3 %), was zum Teil auf die schwache weltweite Investitionskonjunktur zurückzuführen ist. Dagegen verlief die Entwicklung bei elektrotechnischen Erzeugnissen (+ 9,0 %) und Textilien (+ 8,8 %) durchschnittlich⁷.

Die Einfuhren haben sich 1982 etwas mehr in andere Bundesländer verlagert, bundesweit stiegen die Einfuhren wertmäßig leicht an (+ 1,6 %), während sie in Baden-Württemberg mit einem Wert von 49,8 Mrd. DM praktisch stagnierten (- 0,5 %). Bei leicht gestiegenen Einfuhrpreisen war die Einfuhr nach Baden-Württemberg so real rückläufig (- 2 %). Diese Entwicklung ist auch in Zusammenhang mit den stark reduzierten Erdöleinfuhren zu sehen; bei leicht rückläufigen Einkaufspreisen lagen die baden-württembergischen Importe wertmäßig rund 13 % unter dem Vorjahresstand. Die Importe von Textilien (+ 1,7 %), elektrotechnischen Erzeugnissen (+ 1,4 %) und Maschinen (+ 0,9 %) übertrafen das Vorjahresergebnis nur geringfügig, worin nicht zuletzt auch die nach wie vor schwache Binnennachfrage zum Ausdruck kommt. Überdurchschnittlich stiegen die Einfuhrwerte bei chemischen Erzeugnissen (+ 4,4 %), Kraftfahrzeugen (+ 3,4 %) und feinmechanischen und optischen Erzeugnissen

⁷ Siehe hierzu auch Teil II 1.2, Die Konkurrenzsituation Baden-Württembergs auf dem Weltmarkt.

(+ 3,3 %). Die Einfuhr aus den EG-Ländern war leicht rückläufig (- 0,9 %), bei allerdings stark unterschiedlicher Entwicklung. Während die Einfuhren aus Frankreich stärker rückläufig waren (- 7,8 %), konnten die Niederlande (+ 4,5 %) und Italien (+ 6,0 %) die Einfuhrwerte deutlich erhöhen. Auch die Bezüge aus den USA (+ 6,8 %) und Japan (+ 6,4 %) und den Staatshandelsländern (+ 13,4 %) stiegen stärker an, während sich die rückläufigen Öleinfuhren in einem starken Absinken der Einfuhr aus den OPEC-Ländern niederschlug (- 21,6 %).

Das Exportgeschäft hatte bereits 1982 in der zweiten Jahreshälfte an Dynamik verloren, entsprechend waren bereits ab dem 2. Quartal die Auslandsbestellungen im Verarbeitenden Gewerbe real unter den Vorjahresstand gesunken. Auch im Hinblick auf die Entwicklung der Ausfuhr für 1983 zeigen die Auftragseingänge aus dem Ausland eine verhaltene Entwicklung an, sie lagen in Baden-Württemberg im 1. Quartal um 5,5 % unter dem allerdings noch hohen Vorjahresniveau. Gestützt werden könnte die Ausfuhr allerdings im späteren Verlauf des Jahres durch einen erwarteten weiteren konjunkturellen Aufschwung in den USA und anderen westlichen Industrieländern (Tabelle 9). Verhalten dürfte sich dagegen das Ausfuhrgeschäft mit Frankreich als unserem wichtigsten Handelspartner gestalten, wo sich durch den Sparkurs der dortigen Regierung und die abermalige kräftige Abwertung des Franc gegenüber der DM im März die Exportaussichten verschlechtert haben. Ähnliches gilt für die OPEC-Länder, die durch die rückläufigen Exporterlöse zu einer Anpassung

ihrer Einfuhren gezwungen sein werden. Das Frühjahrsgutachten erwartet real eine Stagnation der bundesweiten Ausfuhren.

Nachlassender Druck der Importpreise dämpft Teuerungstendenzen

Die im November/Dezember 1981 erkennbare leichte Dämpfung des Preisauftriebs verstärkte sich 1982. Mit der Verbesserung der Leistungsbilanz ab September 1981 war eine positive Entwicklung des DM-Wechselkurses gegenüber den EWS-Währungen - nicht jedoch dem Dollar - einhergegangen, durch die der ungewöhnlich heftige Preisdruck, der zum Teil von der Einfuhrseite herrührte, stark abgeschwächt wurde. Die Einfuhrpreise waren so am Jahresende 0,8 % über dem Vorjahresstand. Dies hatte auch zur Folge, daß sich 1982 die Terms of Trade der Bundesrepublik, die seit 1979 gesunken waren, wieder verbesserten. Die rezessionsbedingte schwache Nachfrage der Industrieländer nach Rohstoffen und Mineralölprodukten hatte ein weltweites Überangebot zur Folge, das massive Preiseinbrüche, vor allem an den Ölmärkten, auslöste. Bedingt durch die fortdauernde Aufwertung des Dollars gegenüber der DM kam die Senkung der überwiegend in Dollar notierten Ölpreise dem deutschen Verbraucher jedoch nicht in vollem Umfang zugute. Während für 1981 noch ein Anstieg des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte um 5,9 % gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen war, sank die Teuerungsrate im Durchschnitt 1982 auf 5,3 % (Tabelle 10). Hatte die Veränderungsrate des Index gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat im

Tabelle 9

Daten zur internationalen Wirtschaftsentwicklung

Land	Anteil an der Ausfuhr Baden-Württembergs 1982	Veränderung des Außenwerts der DM gegenüber Ende 1981 ¹⁾	Saldo der Leistungsbilanz 1982	Veränderung gegen Vorjahr			
				Brutto-sozialprodukt real	Verbraucherpreise	Brutto-sozialprodukt real	Verbraucherpreise
	%	Mrd. \$	%				
Bundesrepublik Deutschland	-	-	+ 3	- 1,1	+ 5,3	+ 0,5	+ 3
Frankreich	13,8	+ 15,0	+ 11,5	+ 1,6	+ 11,6	± 0	+ 9,5
Italien	7,7	+ 10,8	- 5,5	- 0,3	+ 16,6	± 0	+ 15
Niederlande	5,6	+ 1,7	+ 6,25	- 1,5	+ 6,0	± 0	+ 3,5
Belgien	4,1	+ 16,4	- 4,0	- 1,0	+ 8,7	± 0	+ 7,5
Luxemburg				- 0,25	+ 9,4	-	-
Großbritannien	6,2	+ 19,9	+ 4,5	+ 1,1	+ 8,6	+ 2	+ 5
Schweiz	7,8	+ 6,7	+ 3,5	- 1,3	+ 5,6	± 0	+ 3,5
Österreich	5,3	+ 0,3	- 0,5	+ 1,1	+ 5,4	+ 1	+ 3,5
USA	11,4	- 6,2	- 8,75	- 1,7	+ 6,1	+ 2	+ 3,5
Japan	1,6	+ 2,0	+ 6,5	+ 3,0	+ 2,7	+ 3	+ 2

1) Stand März 1983 (Monatsdurchschnitt). - 2) Gemeinsame Schätzung von DIW Berlin, HWWA Hamburg, Ifo München, RWI Essen und IfW Kiel (Frühjahrgutachten 1983).

Januar noch + 6,0 % betragen, fiel sie bis März auf + 5,2 %. Obwohl in einigen Teilbereichen der Lebenshaltung, z.B. bei Mieten und Nahrungsmitteln überdurchschnittliche Verteuerungen verzeichnet wurden, hatte unter anderem die Eindämmung der Energiekosten eine stabilisierende Wirkung auf den Gesamtindex. Doch von April an zogen die Preise auf dem Energiesektor erneut an. Die Erhöhung der Branntwein- und Tabaksteuer sowie der Postgebühren kamen als preiserhöhende binnenwirtschaftliche Faktoren hinzu, so daß der Index im Juli 5,8 % über dem Vorjahreswert lag. Danach führten die durch die guten Ernteerträge, rückläufigen Heizölpreise und die - teils durch stabile Einfuhrpreise, teils durch die schlechte Konjunkturlage bedingten - schwächeren Steigerungen der Erzeuger- bzw. Großhandelspreise dazu, daß sich die Anstiegsrate der Verbraucherpreise bis zum Dezember auf + 4,7 % reduzierte.

Die Verlangsamung des Preisauftriebs hat sich auch in den ersten Monaten dieses Jahres fortgesetzt. Der Verbraucherpreisindex lag im April 3,4 % über dem Niveau des Vorjahresmonats.

Da von den Einfuhrpreisen und, insbesondere von den Rohölpreisen keine preistreibenden Effekte zu erwarten sind und andererseits die Tarifabschlüsse unter der Preissteigerungsrate

liegen, ist für dieses Jahr eine niedrige Steigerung der Verbraucherpreise zu erwarten, auch wenn die geplante Mehrwertsteuererhöhung Mitte des Jahres von 13 auf 14 % preis erhöhend wirken wird. Der vom Frühjahrsgutachten prognostizierte jahresdurchschnittliche Anstieg der Verbraucherpreise um 3 % erscheint so erreichbar.

Private Nachfrage gebremst

Die nominalen Gehalts- und Lohnsteigerungen fielen 1982 deutlich niedriger aus als im Vorjahr. So erhöhte sich in Baden-Württemberg der Index der Bruttomonatsverdienste aller Angestellten in der Industrie, im Handel, bei Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe von Oktober 1981 bis Oktober 1982 um 4,2 %. Im Oktober hatten die männlichen Angestellten ein durchschnittliches Bruttogehalt von 3923 DM (+ 4,1 %), ihre Kolleginnen verdienten 2528 DM (+ 4,5 %).

Im gleichen Zeitraum erhöhten sich die Bruttostundenverdienste aller in der Industrie beschäftigten Arbeiter, gemessen am Index der durchschnittlichen Bruttostundenverdienste, um 4,1 %. Im vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres waren es noch 5,3 %. Der Index der durchschnittlichen Bruttowochenverdienste ist allerdings nur um 1,6 % gestiegen. Diese unterschiedliche Entwicklung ist auf die kon-

Tabelle 10

Entwicklung ausgewählter Preisindizes 1982 (1976 = 100)

Veränderung gegen Vorjahr in %

Monat	Außenhandel		Landwirtschaft ¹⁾		Industrie	Handel		Wohnungsbau	Lebenshaltung
	Einfuhrpreise	Ausfuhrpreise	Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte	Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel	Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ¹⁾ (Inland)	Großhandelsverkaufspreise ¹⁾	Einzelhandelspreise ²⁾	Preisindex für	
								Bauleistungen an neuen Wohngebäuden ²⁾	die Lebenshaltung ³⁾
Bundesgebiet ⁴⁾								Baden-Württemberg	
Januar	+ 6,9	+ 5,9	+ 8,8	+ 7,1	+ 8,5	+ 10,0	+ 5,6	-	+ 6,0
Februar	+ 4,6	+ 5,6	+ 7,2	+ 6,6	+ 7,7	+ 8,4	+ 5,4	+ 1,9	+ 5,8
März	+ 3,9	+ 5,4	+ 6,2	+ 5,3	+ 6,7	+ 6,3	+ 4,7	-	+ 5,2
April	+ 3,1	+ 5,2	+ 5,7	+ 5,2	+ 6,3	+ 6,2	+ 4,8	-	+ 5,1
Mai	+ 0,5	+ 4,6	+ 6,4	+ 4,8	+ 5,9	+ 7,3	+ 5,0	+ 0,5	+ 5,5
Juni	- 0,4	+ 4,0	+ 6,6	+ 4,8	+ 6,1	+ 7,8	+ 6,1	-	+ 6,0
Juli	- 1,5	+ 3,7	+ 5,1	+ 3,6	+ 5,4	+ 7,2	+ 5,9	-	+ 5,8
August	- 2,9	+ 3,3	+ 5,2	+ 2,8	+ 4,8	+ 4,4	+ 5,5	+ 0,3	+ 5,2
September	- 0,6	+ 3,5	+ 1,9	+ 2,3	+ 4,8	+ 3,3	+ 5,1	-	+ 5,0
Oktober	+ 1,7	+ 3,5	- 0,3	+ 2,7	+ 4,6	+ 3,6	+ 5,1	-	+ 5,0
November	+ 2,7	+ 3,4	- 1,2	+ 3,1	+ 4,1	+ 3,2	+ 4,8	- 0,1	+ 4,8
Dezember	+ 0,8	+ 3,0	- 1,2	+ 3,0	+ 3,6	+ 2,6	+ 4,6	-	+ 4,7
Jahresdurchschnitt	+ 1,5	+ 4,2	+ 4,1	+ 4,2	+ 5,6	+ 5,7	+ 5,2	+ 0,6	+ 5,3

1) Ohne Umsatz- (Mehrwert-) steuer. - 2) 1980 = 100; einschließlich Umsatz- (Mehrwert-) steuer. - 3) Aller privaten Haushalte. - 4) Quelle: Statistisches Bundesamt.

junkturbedingte, insbesondere durch die Zunahme der Kurzarbeit hervorgerufene geringere Zahl der bezahlten Wochenstunden zurückzuführen (- 2,3 %). Den Arbeiterinnen wurde im Durchschnitt ein Bruttowochenverdienst von 456 DM ausgezahlt (+ 1,6 %), ihren männlichen Kollegen 649 DM (+ 2,0 %).

Für den Lebensstandard ist jedoch weniger die nominelle Steigerung der Bruttoverdienste entscheidend als vielmehr der reale, also von Preissteigerungen bereinigte Lohnzuwachs, der mit Hilfe des Reallohnindex ausgedrückt wird. Errechnet wird dieser Index, indem der Index der Bruttowochenverdienste der Arbeiter mit dem Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen deflationiert wird. Aufgrund relativ niedriger Nominallohnleistungen bei gleichzeitig relativ hohem Preisanstieg war im Juli 1982 ein Rückgang der realen Bruttowochenverdienste gegenüber dem Vorjahr um 2,4 % zu verzeichnen. Auch 1981 war bereits ein Rückgang zu verzeichnen (- 2 %). Entsprechend nahm die Kaufkraft ab, wobei zusätzlich noch berücksichtigt werden muß, daß die Belastung durch Steuern und Sozialabgaben tendenziell gestiegen ist.

Die private Nachfrage war nicht nur durch die rückläufigen Reallöhne, sondern auch durch andere Faktoren negativ beeinflusst, vor allem durch den konjunkturbedingten Rückgang der Zahl der Erwerbstätigen, der allerdings in Baden-Württemberg (- 1,5 %) etwas mäßiger ausfiel als bundesweit (knapp - 2 %).

Der private Verbrauch hat bundesweit 1982 um 2,3 % abgenommen, nachdem er bereits im Vorjahr rückläufig war (- 1,2 %). Entsprechend waren auch die Umsätze des Einzelhandels in Baden-Württemberg rückläufig (real - 2 %), allerdings weniger als bundesweit (fast - 5 %).

Auch für 1983 sind von der Einkommenseite her wie auch von Seiten der Beschäftigung wegen der Zahl der Arbeitslosen keine Impulse zu erwarten, so daß insgesamt gesehen das reale verfügbare Einkommen der privaten Haushalte, auch angesichts der Kürzungen bei den Einkommensübertragungen, rückläufig sein dürfte. Allerdings hat sich, wie z.B. die Gesellschaft für Konsumforschung feststellte, das Konsumklima seit Jahresbeginn deutlich gebessert, insbesondere was die geplante Anschaffung langlebiger Gebrauchsgüter angeht. Erste Anzeichen für eine Belebung im PKW-Bereich liegen bereits vor. Dies würde eine weitere Verminderung der Sparquote bedeuten, die im 4. Quartal 1982, auch angesichts geringerer Zinserträge, bereits leicht gesunken ist. Das Frühjahrsgutachten nimmt dementsprechend an, daß sich der private Verbrauch 1983 auf dem Niveau des Vorjahres stabilisiert.

Öffentliche Finanzen

Das Jahr 1982 brachte drei Nachtragshaushalte. So wurde der Staatshaushaltsplan Baden-Württembergs für das Jahr 1982 einschließlich des Dritten Nachtrags im Oktober vergangenen Jahres auf 32,265 Mrd. DM festgestellt. Im einzelnen wurden dabei die Steuern und steuerähnlichen Einnahmen mit 22,3 Mrd. DM, die Verwaltungseinnahmen mit 1,6 Mrd. DM und die übrigen Einnahmen mit 8,4 Mrd. DM veranschlagt. Bei den Ausgaben wurden u.a. 12,7 Mrd. DM für Personalausgaben und 4,7 Mrd. DM für Investitionen vorgesehen.

Der Erste und der Zweite Nachtrag wurden im Januar bzw. März 1982 festgestellt. Inhaltlicher Schwerpunkt des Ersten Nachtrags war ein Wohnungsbausonderprogramm mit einem Bewilligungsvolumen von 170 Mill. DM zur Förderung von 6000 Wohnungen sowie ein kommunales Investitionsprogramm mit einem Fördervolumen von 100 Mill. DM.

Die Notwendigkeit eines Zweiten Nachtrags ergab sich aus erheblichen Steuermindereinnahmen und zwangsläufigen Mehrausgaben, die zu einer Deckungslücke von insgesamt 1,15 Mrd. DM führten. Der Ausgleich erfolgte ohne zusätzliche Neuverschuldung im Rahmen eines umfassenden Sparkonzepts. In diesem Nachtrag wurde der ursprüngliche Etat aber auch um knapp 495 Mill. DM nach unten korrigiert.

Der Dritte Nachtrag war wegen zwangsläufiger Mehrausgaben von rund 185 Mill. DM erforderlich, die durch weitere Einsparungen und - in geringem Umfang - Mehreinnahmen weitgehend ausgeglichen werden konnten.

Der Doppelhaushalt 1983/84 wurde mit einem Haushaltsvolumen von 32,76 Mrd. DM für das Jahr 1983 und einem Volumen von 33,98 Mrd. DM für das Jahr 1984 am 23. März 1983 verabschiedet. Damit wurde für das Haushaltsjahr 1983 eine bereinigte Wachstumsrate der Ausgaben von 0,7 % und für das Jahr 1984 von 2,9 % gegenüber dem Vorjahr zugrundegelegt. Steuern und steuerähnliche Einnahmen wurden für das Jahr 1983 in Höhe von 22,47 Mrd. DM und für das Jahr 1984 in Höhe von 24,25 Mrd. DM veranschlagt. Von den geplanten Gesamtausgaben des Jahres 1983 entfallen u.a. 39,6 % auf Personalausgaben (12,96 Mrd. DM) und 14,2 % auf Investitionen (4,646 Mrd. DM). Etwas geringer soll mit 39 % (13,25 Mrd. DM) der Anteil der Personalausgaben im Jahr 1984 sein, während der Anteil der Investitionen mit 14,4 % (4,9 Mrd. DM) etwas höher sein wird.

Die Personalausgaben werden damit 1983 um 2 % und 1984 um 2,2 % wachsen, während bei den Investitionen Zunahmen von 4 % bzw. 5,5 % geplant sind. Die Nettokreditaufnahme soll im Jahr 1983 auf 2,0 Mrd. DM (1982 : 2,2 Mrd. DM) und 1984 auf 1,3 Mrd. DM zurückgeführt werden.

Bei den Gemeindefinanzen waren 1982 nur leicht steigende Einnahmen und Ausgaben kennzeichnend. Die Nettoeinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände aus Steuern stiegen so 1982 gegenüber dem Vorjahr um rund 115 Mill. DM oder 1,4 % auf rund 8,5 Mrd. DM. Für denselben Vorjahreszeitraum wurde hier ein Rückgang um - 0,7 % verzeichnet. Bei den Gesamteinnahmen der Gemeinden war im angegebenen Zeitraum ein Anstieg um 1,8 % auf rund 28,4 Mrd. DM zu verzeichnen. Gleichzeitig gingen aber die Investitionsausgaben der Gemeinden deutlich zurück. So gaben die Gemeinden für Baumaßnahmen um 12,6 % weniger aus als im Vorjahr. Sie investierten rund 5,48 Mrd. DM in Baumaßnahmen gegenüber 6,27 Mrd. DM im Jahr 1981. Entsprechend ging der Anteil der Baumaßnahmen an den Gesamtausgaben zurück. So betrug dieser Anteil 1981 noch 22,1 %, während für 1982 ein Anteil von 18,9 % festzustellen war. Die Gesamtausgaben lagen mit rund 28,97 Mrd. DM um 2,1 % über dem Vorjahresniveau.

Teil II

Einzeluntersuchungen zu politischen Schwerpunktbereichen

1. Wirtschaft

1.1 Investitionsentwicklung und Altersaufbau des Produktionskapitals

Moderne Produktionsanlagen sind Voraussetzung für Wettbewerbsfähigkeit

Die Entwicklung des Anlagevermögens gewinnt im Hinblick auf die Zuführung neuer Technologien in den Produktionsapparat zur Beibehaltung der Wettbewerbsfähigkeit und zur Produktivitätssteigerung der Wirtschaft angesichts einer auf dem Binnen- und Außenmarkt verschärften ausländischen Konkurrenz zunehmend an Bedeutung. Insbesondere rückt, hervorgerufen durch Phasen nachlassender Investitionstätigkeit in den vergangenen Jahren, der Altersaufbau und der Modernitätsgrad der Anlagen immer mehr in den Vordergrund des Interesses. Entsprechend benötigt man zur Beobachtung struktureller Verschiebungen des Wirtschaftsgefüges differenzierte Informationen über den Produktionsfaktor Kapital.

Da statistische Unterlagen mit Angaben über Kapitalbestände nicht vorliegen, müssen die Anlagevermögensgrößen auf indirektem Wege berechnet werden. Hierbei wird von der Überlegung ausgegangen, daß sich der heute vorhandene Kapitalbestand aus den Anlageinvestitionen der Vergangenheit - abzüglich der Abgänge - zusammensetzt. Die Beobachtung der Anlageinvestitionen ist somit nicht nur unter konjunkturellen, sondern ebenso unter strukturellen Gesichtspunkten von Bedeutung, da sie die Kapazität und Effektivität des Produktionsfaktors "Kapital" bestimmen. Als Anlageinvestitionen gelten dabei die Käufe der Unternehmen, des Staates und der privaten Organisationen ohne Erwerbcharakter von dauerhaften reproduzierbaren Gütern (einschließlich selbsterstellter Anlagen), die der Erhaltung, Erweiterung oder Verbesserung des im Produktionsprozeß eingesetzten Kapitalstocks dienen. Hinzugerechnet werden auch Wohngebäude, und zwar auch dann, wenn sie sich im Eigentum von privaten Haushalten befinden¹.

¹ Nicht zu den Anlageinvestitionen gehört der Grund und Boden. Bei Gebäuden wird so nur der Gebäudewert, nicht aber der Wert des Grundstückes berücksichtigt. Weiterhin werden dauerhafte Güter, die von privaten Haushalten gekauft werden, nicht hinzugerechnet, ebenso nicht dauerhafte militärische Güter.

Die nachfolgend vorgelegten Daten zur Struktur und zur Entwicklung des Produktivvermögens des Landes - insbesondere auch im Hinblick auf die Entwicklung seiner Effektivität - sind Ergebnisse einer eigenen Schätzung des Statistischen Landesamtes, die hier erstmals in der Differenzierung nach Wirtschaftsbereichen vorgelegt werden. Für das umfangreiche Berechnungssystem - das im Anhang dargestellt wird - wurden vom Statistischen Bundesamt zahlreiche Informationen zur Verfügung gestellt, die zum Teil über speziell für diese Untersuchung durchgeführte Sonderrechnungen erstellt wurden². Bei diesen Berechnungen wie auch bei der Analyse der Investitionstätigkeit wurde auf die Angaben des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (Vorsitz beim Statistischen Landesamt Baden-Württemberg) zu den Bruttoanlageinvestitionen zurückgegriffen, die allerdings noch durch eigene Schätzungen in das Gesamtsystem eingepaßt werden mußten. Nach Wirtschaftsbereichen differenzierte Investitionsdaten wurden im Arbeitskreis für alle Länder bis 1980 ermittelt. Für 1981 liegen für die Gesamtwirtschaft erste Ergebnisse vor, die erst nach Vorliegen aller Basisstatistiken differenziert werden können.

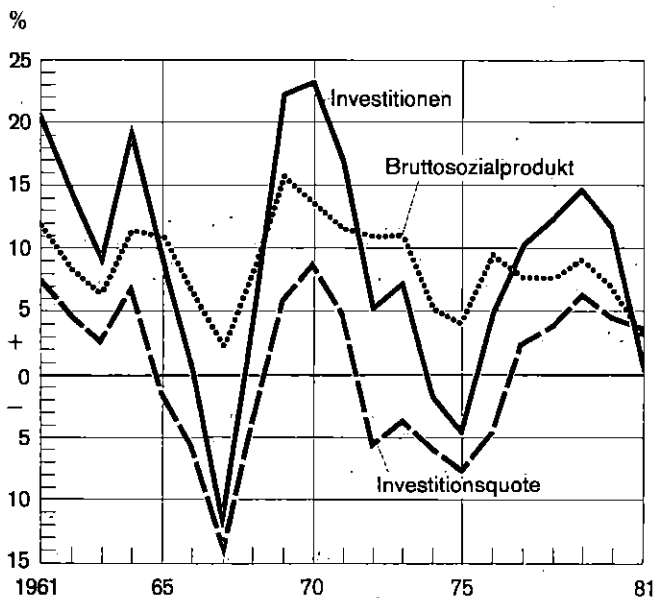
Investitionsentwicklung im Land günstiger

In Baden-Württemberg wurden 1980 in jeweiligen Preisen rund 56,8 Mrd. DM investiert (1960: 10 Mrd. DM). Während die Anlageinvestitionen für das Jahr 1980 damit im Land über 5mal höher waren als 1960, stiegen sie im Bundesgebiet im selben Zeitraum nur um das 4,5-fache. Infolge dieses

² Zur Berechnungsmethode des Anlagevermögens vgl.: Walter, I.: Zur Anlagevermögensberechnung Baden-Württembergs, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 1/1982; Lützel, H.: Das reproduzierbare Anlagevermögen in Preisen von 1962, Wirtschaft und Statistik Heft 10/1971; Stahmer, C.: Reproduzierbares Anlagevermögen nach Wirtschaftsbereichen, Wirtschaft und Statistik Heft 6/1979. Die Anlagevermögensgrößen für das Bundesgebiet stammen aus: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe S 5: Revidierte Ergebnisse 1960 - 1981 sowie Wirtschaft und Statistik 8/1982, S. 551.

Schaubild 1

Veränderungsraten der Investitionen, des Bruttosozialprodukts und der Investitionsquote in jeweiligen Preisen



153 83

stärkeren Wachstums erhöhte sich der Anteil Baden-Württembergs an den Anlageinvestitionen des Bundesgebiets von 14 % auf 17 %. Die Entwicklung verlief dabei in zwei Zeitphasen. So betragen die Zunahmen der Bruttoanlageinvestitionen im Zeitraum von 1960 bis 1970 rund 171 % und im Zeitraum von 1970 bis 1980 dagegen nur noch 106 %. Für das Bundesgebiet erhält man entsprechend 134 % bzw. 96 %. Im Laufe der 70er Jahre wurde also deutlich weniger investiert als noch in den 60er Jahren.

Die jährlichen Veränderungsdaten der vergangenen 20 Jahre zeigen dabei besonders eindrucksvoll den im Vergleich zur Entwicklung des Bruttosozialprodukts konjunktur-reagiblen Verlauf der Anlageinvestitionen (Schaubild 1). Im Verlauf der 70er Jahre sind die Schwankungen bei beiden Größen allerdings deutlich geringer geworden, und das Entwicklungsniveau sinkt erheblich ab. Insbesondere bleiben die Investitionen zwischen 1972 und 1976 und damit über einen Zeitraum von 5 Jahren in ihrer Entwicklung hinter dem Bruttosozialprodukt zurück. Mit einer gewissen Verzögerung zur wirtschaftlichen Erholung nehmen die Investitionsausgaben dann stärker und über mehrere Jahre zu, (1978: + 12,2 %, 1979: + 14,7 %, 1980: + 11,6 %), und zwar in Baden-Württemberg etwas stärker als im Bundesdurchschnitt (9,6 %; 14 %; 10,9 %). Diese verdeutlichen das hohe Gewicht der strukturellen Entwicklungskomponente: Die zunächst pessimistische und dann abwartende Haltung aus der Zeit der Investitionslücke wird abgelöst von

durch technischen Wandel und Kostenkalkulation verstärkt geforderte Investitionsanstrengungen. Zu Beginn der 80er Jahre gewinnt aber die konjunkturelle Komponente, also die Orientierung an der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, zwangsläufig wieder die Oberhand: 1981 stagnieren die Investitionen (+ 0,5 %; Bundesgebiet: + 0,8 %), und 1982 gehen sie im Bundesdurchschnitt nach ersten Schätzungen (Ifo-Institut) um -4 % zurück.

In der Gliederung nach Anlagearten entfielen 1980 von den gesamten Anlageinvestitionen (in jeweiligen Preisen) rund 20,8 Mrd. DM und damit 37 % auf Ausrüstungen und 36 Mrd. DM auf Bauinvestitionen (63 %)³. Die Ausrüstungsinvestitionen nahmen mit einem Wachstum von über 480 % seit 1960 etwas stärker zu als die Bauinvestitionen mit rund 450 %. Zu einem entsprechenden Ergebnis kommt man auch für das Bundesgebiet, jedoch nahmen hier die Ausrüstungen nur um 372 % und die Bauten um 352 % zu.

Von den gesamten Anlageinvestitionen entfiel 1980 ein Viertel auf den Wirtschaftsbereich Wohnungsvermietung und ein Fünftel auf das Verarbeitende Gewerbe (Tabelle 1). Während es sich aber bei der Wohnungsvermietung hierbei ausschließlich um Bauten handelt - durchaus ähnlich liegen die Verhältnisse beim nächstgrößeren Bereich Staat - bestehen die Anlageinvestitionen des Verarbeitenden Gewerbes zu fast 80 % aus Ausrüstungen, wobei dieser Anteil in den 70er Jahren noch deutlich zugenommen hat. Auch in den Bereichen Handel und besonders im Verkehr ist das Gewicht dieser Anlageart gewachsen. Im viertgrößten Bereich der Dienstleistungen sind Bauten und Ausrüstungen gleichverteilt, wobei Investitionshöhe und -struktur hier durch das Leasing besonders beeinflusst sind, worauf nachfolgend noch eingegangen wird.

Investitionsquoten nach wie vor zu gering

1980 wurde etwa ein Viertel (24 %) des gesamten nominalen Bruttosozialprodukts für die Erhaltung, Erneuerung und Erweiterung des Anlagebestandes verwendet. Auch dieser Anteil liegt über der Bundesquote von 23 %. Der Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttosozialprodukt wird üblicherweise als Investitionsquote bezeichnet. Diese Quote sagt somit aus, wieviel von der wirtschaftlichen Gesamtleistung innerhalb eines Jahres zum Ersatz, zur Vermehrung und damit zur Steigerung der Modernität der volkswirtschaft-

3 Die Ausrüstungen umfassen dabei Maschinen, maschinelle Anlagen, Fahrzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattungen sowie ähnliche Anlagegüter, die nicht fest mit Bauten verbunden sind. Zu den Bauten zählen dagegen Gebäude und sonstige Bauten wie Straßen, Brücken, Tunnels, Staudämme, Flugplätze, Stahl- und Holzkonstruktionen, Versorgungs- und Rohrleitungen sowie mit den Bauten fest verbundene Einrichtungen.

Tabelle 1
Investitionen in Baden-Württemberg nach Wirtschaftsbereichen

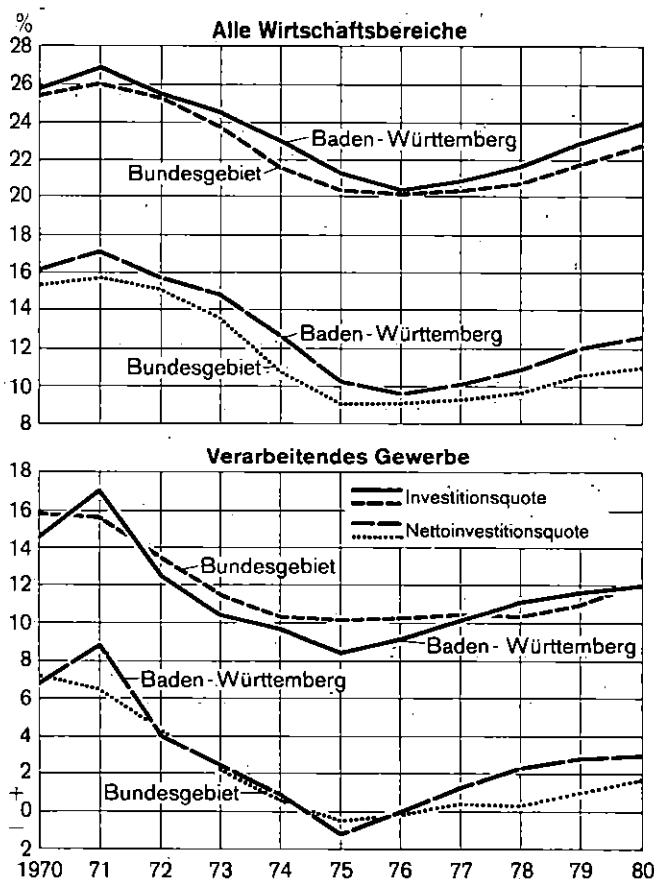
Wirtschaftsbereiche bzw. Sektoren	Investitionen 1980	Anteil am Insgesamt	Anteil der Ausrüstungen an den Investitionen	
			1980	dagegen 1970
	Mrd. DM	%		
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1,4	2,4	77,2	76,6
Warenproduzierendes Gewerbe	15,5	27,3	71,6	67,9
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	2,8	4,9	41,0	46,1
Verarbeitendes Gewerbe	11,5	20,2	77,5	69,5
Baugewerbe	1,3	2,2	84,8	85,8
Handel	2,4	4,2	59,1	57,7
Verkehr	3,0	5,2	58,6	50,0
Dienstleistungen ¹⁾	9,2	16,2	48,6	61,7
Wohnungsvermietung	14,6	25,7	—	—
Staat	9,8	17,2	8,9	6,1
Alle Wirtschaftsbereiche ²⁾	56,8	100	36,6	36,5
darunter				
Unternehmen zusammen	46,1	81,1	43,0	42,0

1) Ohne Wohnungsvermietung. — 2) Einschl. privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.

lichen Produktionsmittel verwendet werden. In der Rezession war sie auf 20 % (1976) abgesunken. Konjunkturbedingt, aber auch durch langfristig wirksame Faktoren beeinflusst, lag der Anteil des Sozialprodukts, der der Reinvestition sowie dem Ausbau und der Verbesserung des Sachanlagenbestandes dient, anfangs der 80er Jahre trotz des Wiederanstiegs noch unter den Quoten, wie sie Anfang der 70er Jahre (1970: 26 %; 1971: 27 %) üblich waren (Schaubild 2).

Die Höhe der Investitionsquote der Wirtschaftsbereiche ist stark abhängig von der Zusammensetzung der Investitionen nach Bauten und Ausrüstungen und gibt somit allein noch keinen Hinweis auf die Intensität investiver Anstrengungen. Ein Indikator hierfür ist allerdings die Entwicklung dieser Quote (Anhangtabelle 1). So liegt im Verarbeitenden Gewerbe der Anteil der Anlageinvestitionen an der Bruttowertschöpfung strukturell bedingt mit 12 % im Jahr 1980 deutlich niedriger als in der Gesamtwirtschaft (24 %). Betrachtet man hier die Entwicklung der Investitionsquoten, so ist bis 1971 ein deutlicher Anstieg auf rund 17 % festzustellen (Bundesgebiet: 16 %). Der besonders in Baden-Württemberg scharfe Investitionseinbruch von 1971/72 sowie die bis 1975 rückläufigen Investitionen führten, schließlich dazu, daß 1975 nur noch 8 % der Bruttowertschöpfung in diesem Bereich investiert wurden (Schaubild 2). Ab 1976 wurde zwar von der Bruttowertschöpfung eines Jahres wieder deutlich mehr für den Ersatz und die Erweiterung der Produktionsmittel verwendet, auch war die Erholung stärker als im Bund, der Stand vom Anfang des Jahrzehnts wurde jedoch nicht mehr erreicht.

Schaubild-2
Anteil der Investitionen und Nettoinvestitionen am Bruttozialprodukt und an der Bruttowertschöpfung in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet¹⁾



1) Die Werte für das Bundesgebiet wurden aus Daten des Statistischen Bundesamtes errechnet.

Während die Investitionsquote den Teil des Sozialprodukts angibt, der sowohl der Reinvestition wie dem Ausbau und der Verbesserung des Sachanlagenbestandes dient, gibt die Nettoinvestitionsquote Auskunft über die Bedeutung des Teils, der für Erweiterungsinvestitionen eingesetzt wird. Bei den zunächst betrachteten Bruttoinvestitionen wurde die Wertminderung der vorhandenen Anlagen durch Verschleiß und Veralten nicht berücksichtigt, bei der Nettoinvestitionsquote wird diese Wertminderung über die Abschreibungen jedoch in Rechnung gestellt. Generell zeigt sich, daß in ausrüstungintensiven Wirtschaftsbereichen im Vergleich zu den bauintensiven Bereichen der jeweils kleinere Teil der Investitionen zur Erweiterung verwendet wird, da hier wegen der schnelleren Wertminderung der Anlagen die Ersatzinvestitionen und damit die Abschreibungen höher sind. In Baden-Württemberg wurden im Durchschnitt der Gesamtwirtschaft 1980 rund 10 % des Bruttosozialprodukts für Investitionen, die über den Ersatzbedarf hinausgehen, verwendet, gegenüber rund 14 % im Jahr 1970 (vgl. dazu Schaubild 2 und Anhangtabelle 1). Eine deutliche Abnahme der Nettoinvestitionen kann für alle betrachteten Wirtschaftsbereiche mit Ausnahme des Bereichs Dienstleistungen - hier spielt das Leasing eine Rolle - verzeichnet werden, jedoch sind für die einzelnen Wirtschaftsbereiche Besonderheiten festzustellen. Besonders hohe Nettoinvestitionsquoten wurden für die Wohnungsvermietung errechnet, was auf niedrigere Abschreibungen bei den Bauten zurückzuführen ist. Auffallend ist hier, daß die Quote bis 1972 ansteigt, danach aber kontinuierlich abnimmt. Erst Ende der 70er Jahre kann dann wieder eine leicht steigende Tendenz erkannt werden. Strukturell bedingt niedriger sind die Nettoinvestitionsquoten in den gewerblichen Bereichen, so wurden im Verarbeitenden Gewerbe 1970 rund 7 % (1971 rund 9 %) der Bruttowertschöpfung für Erweiterungsinvestitionen verwendet. In den folgenden Jahren ist hier eine gravierende Abnahme dieser Quote zu verzeichnen bis schließlich im Jahr 1976 die Abschreibungen, sogar etwas höher waren als die Nettoinvestitionen des Jahres. Der Anlagenbestand wurde also nicht nur nicht erweitert, sondern sogar etwas abgebaut. Nachfolgend steigt die Quote bis 1979 auf 3 %, um dann auf diesem vergleichsweise niedrigen Niveau zu verharren. Jedoch zeigt hier der Vergleich mit den entsprechenden Bundeswerten für das Verarbeitende Gewerbe, daß in Baden-Württemberg jeweils in Aufschungsphasen mehr investiert wurde als im Bundesdurchschnitt. So wurden im Bundesgebiet in den Jahren 1970 und 1971 rund 7 % bzw. 6 % und im Jahr 1980 rund 2 % der Bruttowertschöpfung für Erweiterungsinvestitionen eingesetzt.

Generell zeigt der Vergleich der beiden Investitionsquoten, daß der Investitionsrückgang in den 70er Jahren durch das Nachlassen - im Verarbeitenden Gewerbe sogar

durch den zeitweise völligen Ausfall (1974 bis 1976) - der Erweiterungsinvestitionen hervorgerufen wurde.

Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen vorherrschend

Dieser Zusammenhang erschließt sich auch bei einer Untersuchung der Entwicklung der sogenannten Ersatzquote. Sie gibt Auskunft darüber, wie groß der Anteil der Ersatzinvestitionen für verbrauchte Anlagen an den gesamten Investitionen ist. Der Ersatzbedarf für verbrauchte Anlagen wird dabei über die Abschreibungen gemessen. Die in dieser Weise ermittelte Ersatzquote (Anteil der Abschreibungen an den Investitionen) belief sich 1980 für die Gesamtwirtschaft auf rund 54 % in Baden-Württemberg und auf 58 % im Bundesgebiet. Diese Quote war Anfang der 70er Jahre deutlich niedriger. Die niedrigste Rate wurde im Jahr 1971 mit 42 % festgestellt. Sie stieg in den Jahren danach fortwährend an bis auf 59 % im Jahr 1976, um danach wieder etwas zu sinken. Auch hier zeigt sich somit, daß im Laufe der 70er Jahre der Anteil der Ersatzinvestitionen zunahm, während die Erweiterungsinvestitionen zurückgingen. Dabei liegt die Ersatzquote für Baden-Württemberg aber deutlich unter der Quote für das Bundesgebiet und umgekehrt der Anteil für Erweiterungen darüber, was die stärkere Investitionstätigkeit im Land zum Ausdruck bringt (Schaubild 3).

Eine relativ niedrige Ersatzquote ist für die Bereiche festzustellen, in denen Bauten den überwiegenden Anteil haben, da die Abschreibungen hier wesentlich geringer sind als bei den Ausrüstungen. Dies sind im wesentlichen die Bereiche Wohnungsvermietung und Staat, die auch die relativ niedrige Quote der Gesamtwirtschaft bestimmen (Anhangtabelle 1).

Die Bereiche Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe, Handel und Verkehr liegen dagegen deutlich über dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt. So wurde 1971 im Verarbeitenden Gewerbe weniger als die Hälfte der Investitionen für den Ersatz verbrauchter Anlagen eingesetzt (49 %), während in den Jahren 1975 und 1976 die Abschreibungen sogar höher als die Zugänge zum Anlagenbestand waren. Die getätigten Investitionen dienten also ausschließlich zum Ausgleich der verschleiß- und altersbedingten Wertminderung der Anlagen und reichten selbst hierfür nicht einmal aus. In den folgenden Jahren nimmt die Ersatzquote dann jedoch wieder ab und beträgt im Jahr 1980 rund 74 %. Der Ersatz an Anlagen beläuft sich also in diesem Bereich 1980 auf knapp drei Viertel der Investitionen. Vergleicht man die baden-württembergischen Werte mit den Werten des Bundesgebiets, so war der Ersatzbedarf in Baden-Württemberg nahezu ausnahmslos deutlich niedriger als im Bundesdurchschnitt. Im Verarbeitenden Gewerbe des Landes wurde

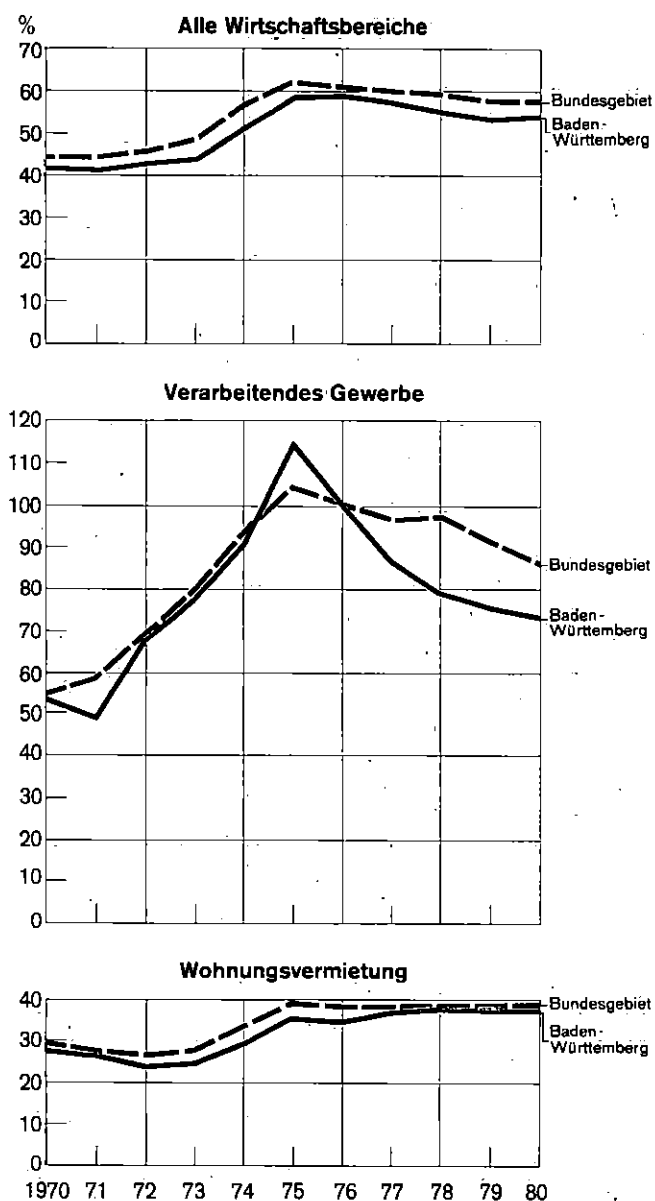
also mehr in Erweiterungsinvestitionen investiert, was für den Investitionsschub 1977 bis 1980 besonders markant ist.

Als Folge der allgemeinen Nachfrageschwäche und der niedrigen Kapazitätsauslastung sind in den 70er Jahren in der gesamten Wirtschaft Erweiterungsbestrebungen deutlich in den Hintergrund getreten (siehe Anhang). Eine Ausnahme macht hier der Dienstleistungsbereich, was aber auf die wachsende Bedeutung des Leasing zurückzuführen ist, das seinerseits eine Konsequenz der Bemühungen der Unternehmen um Kostensenkung und -flexibilität ist. Bei den Investitionen dominieren seither die Ersatzbeschaffung und das Rationalisierungsmotiv, für die die Gesichtspunkte der Kostensenkung und Modernisierung des Produktionsapparats ausschlaggebend sind. Der Zwang zur Umsetzung technischer Neuerungen und zur Anpassung der Produktionskapazitäten an den auch weltweit geltenden technologischen Standard hat stark den Investitionsschub der Jahre 1977/80 bestimmt, und dies besonders stark in Baden-Württemberg. In den beiden ersten Jahren (1981/82) dieses Jahrzehnts sind diese Bemühungen aber wieder erlahmt.

Verarbeitendes Gewerbe besonders betroffen

Bedenkt man, daß rund 45 % der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung Baden-Württembergs im Verarbeitenden Gewerbe erwirtschaftet werden, erscheint es zweckmäßig, diesen Bereich etwas differenzierter nach einzelnen Branchen zu betrachten. Dazu muß aber auf Daten der Investitionserhebung im Produzierenden Gewerbe zurückgegriffen werden. Da in dieser Statistik jedoch nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten erfaßt werden, ergibt sich zwangsläufig eine Abweichung von den bisher betrachteten Daten aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Die Aussagen über die Entwicklung im Laufe der 70er Jahre werden davon aber kaum berührt. So zeigen auch die Ergebnisse der Investitionserhebung, daß nach einem Investitionsboom in den Jahren 1969/70 die Investitionsneigung bereits ab 1972 absackte. Die Investitionsbereitschaft nahm anschließend über einen Zeitraum von vier Jahren laufend ab. Die höchsten Investitionsausfälle waren bei den Grundstücks- und Bauinvestitionen zu verzeichnen, wo sich das Volumen nahezu halbierte. Dagegen waren die Schwächen bei den Ausrüstungen schneller überwunden, so daß die Verluste bis 1975 wieder ausgeglichen wurden. Dieses unterschiedliche Investitionsverhalten läßt darauf schließen, daß die verschleißbedingten Ersatzinvestitionen, die sich hauptsächlich bei den Ausrüstungen niederschlagen, wenigstens insoweit getätigt wurden, wie es die Aufrechterhaltung der Kapazitäten trotz gesunkenem Auslastungsgrad erforderlich machte. Ein Teil davon wird zweifellos auch in Rationalisierungsinvestitionen bestanden haben, die durch den damals besonders hohen Kosten-

Schaubild 3
Ersatzquote für Baden-Württemberg und das Bundesgebiet¹⁾



1) Die Werte für das Bundesgebiet wurden aus Daten des Statistischen Bundesamtes errechnet.

152 83

druck verstärkt und möglicherweise auch zeitlich vorgezogen durchgeführt wurden. Die eigentliche Investitionslücke bestand demnach bei den Erweiterungsinvestitionen. Nennenswerte Kapazitätsausweitungen waren erst wieder ab 1977 zu beobachten⁴. Ein beträchtlicher Investitionsschub vor allem bei den Ausrüstungen in den Jahren 1978 und 1979 ließ die Investitionen jeweils um 15 % steigen. Diese in Gang gekommene Investitionsgüterkonjunktur schwächte sich jedoch 1980 ab (+ 9,3 %) und kam 1981 zum Erliegen (+ 1,3 %).

4 Vgl. Steiger, H. H., Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 5/Mai 1980, S. 143 ff. Siehe dazu auch: H. Sinn, Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe 1980, ebenda, Heft 3/März 1982; ders., Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe 1981, ebenda, Heft 1/Januar 1983, S. 11.

In den großen Wirtschaftsbereichen war das Investitionsverhalten recht unterschiedlich. So nahm im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe - in dem rund drei Fünftel der Investitionen des Verarbeitenden Gewerbes getätigt werden - die Investitionsneigung bereits 1971 ab, während alle anderen Bereiche noch mehr oder weniger starke Investitionssteigerungen verzeichneten: Die Investitionsneigung verringerte sich dann 1972 im Investitionsgüterbereich nochmals stärker und wurde von ähnlich hohen Rückgängen im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe begleitet. Dagegen wurden die Investitionsausgaben im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe erst ab 1973 und im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe sogar erst ab 1974 gekürzt. Bereits 1976 war in beiden Bereichen eine starke Erholung zu verzeichnen, die allerdings in den Folgejahren nicht anhielt. Der 1977 einsetzende Investitionsschub wurde vielmehr bestimmt durch das Investitionsgüter produzierende Gewerbe sowie durch den Grundstoff- und Produktionsgüterbereich. Die großen Investitionsgüterbranchen Maschinenbau, Fahrzeugbau, Elektrotechnik sowie der Stahl- und Leichtmetallbau und die EBM-Warenherstellung weiteten ihre Investitionsausgaben überdurchschnittlich stark aus. Da dieser Bereich traditionell die stärksten zyklischen Bewegungen hat, deutete sich der Umschwung 1980 hier auch schon deutlich an (+ 6,7 %). Allerdings beeinflussen immer wieder Sonderentwicklungen im besonders bedeutsamen Straßenfahrzeugbau - hier werden rund ein Fünftel aller Investitionen des Verarbeitenden Gewerbes getätigt - die generellen Tendenzen. Die 1981 hier positiven Entwicklungen überdecken beim Bereichsdurchschnitt (2,9 %) die Rückgänge der wichtigen großen Branchen Maschinenbau und Elektrotechnik (vgl. Anhangtabelle 2).

Die Investitionen in Grundstücken und Bauten, die vor allem 1979 und 1980 im Verarbeitenden Gewerbe erheblich waren und Kapazitätserweiterungen signalisierten, sind 1981 wieder rückläufig. Auch das Wachstum der Ausrüstungen hat entscheidend nachgelassen. Der den Investitionsschub Ende der 70er Jahre bestimmende technologische Innovationsdruck trotz mäßiger Konjunktorentwicklung konnte somit in der rezessiven Wirtschaftsphase der Jahre 1981/82 nicht weiter aufrecht erhalten werden.

Zunehmende Bedeutung des Leasing

Neben den eigentlichen Investitionen, die sich als aktivierte Bruttozugänge auf den Sachanlagekonten niederschlagen, sind aber auch gemietete und gepachtete Sachanlagen von Interesse, zumal ihre Bedeutung ständig steigt. Diese Güter werden nämlich in der Regel beim Vermieter aktiviert und nicht beim Anwender, also dem Mieter, in dessen Produktionsprozeß sie eingehen. Hier treten vielmehr an die Stelle der Anschaffungskosten,

die beim Kauf von Maschinen, Fahrzeugen, Datenverarbeitungsanlagen, Betriebsgebäuden usw. zu aktivieren wären, die Leasing-Raten für die gemieteten Leasinggüter. Während somit die Leasing-Güter in der Summe der Investitionen enthalten sind, führen sie zu einer Verschiebung in der Bedeutung der Sektoren. So ist der starke Investitionsanstieg im Dienstleistungsbereich im wesentlichen hierauf zurückzuführen.

Die Anschaffungswerte der im Verfahren des Leasing neu vermieteten Anlagen summierten sich beispielsweise für das Jahr 1980 - laut der Investitionserhebung des Ifo-Instituts⁵ - für das Bundesgebiet auf rund 13,2 Mrd. DM und lagen damit um 12,4 % über dem Ergebnis von 1979. Das Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Bruttoanlageinvestitionen (ohne Wohnbauten) des Bundesgebiets von nominal 10,8 % wurde damit erneut übertroffen, allerdings knapper als bisher üblich. Der Anteil der gemieteten Anlagen an den Gesamtinvestitionen ist dadurch im Jahr 1980 auf 5,1 % gestiegen gegenüber 2,1 % 1971. Die inzwischen erreichte volkswirtschaftliche Relevanz der Anlagenvermietung ist aber auch am Wert ihres Anlagebestandes abzulesen. Zum 31. Dezember 1980 addierten sich die Anschaffungswerte der im Verfahren von Finanzierung- und Hersteller-Leasing vermieteten Wirtschaftsgüter im Bundesgebiet - laut Ifo-Institut - auf rund 48 Mrd. DM, verteilt auf 900 000 Verträge.

Der weitaus größte Teil der Investitionen im Bereich der Anlagenvermietung entfiel 1980, wie schon in früheren Jahren, auf Büromaschinen und Datenverarbeitungsanlagen (34 %) und auf Fahrzeuge (20 %). Produktionsmaschinen sowie komplette Produktions- und Versorgungsanlagen haben einen Anteil von 13 %, ebenso wie die Produktions- und Lagerhallen einschließlich Energieanlagen. Auf Nachrichten- und Signaltechnik sowie medizinische Geräte entfallen 10 %, auf Geschäfts- und Bürogebäude knapp 5 %. Der größte Teil dieser Investitionen ging in das Verarbeitende Gewerbe (1980: 37,7 %) und in den Handel (1980: 22,4 %). Aber auch der Sektor "sonstige Dienstleistungen", ein Konglomerat von Gewerbebezweigen, das vom Hotel- und Gaststättengewerbe über Rundfunkanstalten bis zu mittelständischen Selbständigen wie Ärzten, Rechtsanwälten, Architekten, Steuerberatern, Friseuren usw. reicht, gehört zu den bedeutenden Anlagemietern. Bedeutende Kunden der Vermietungsunternehmen sind weiterhin der Sektor Energieversorgung und Bergbau (11 %), das Verkehrsgewerbe (6 %), die Bauwirtschaft (6 %), die Kreditinstitute und Versicherungen (2,5 %) sowie der Staat (1 %). Die Untersuchung der sektorspezifischen Verbreitung der Anlage-

⁵ Arno Städtler: Leasing: Schwierige Zeiten - gut gemeistert, Ifo-Schnelldienst 1-2/82, Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München; vgl. auch: ders. Wachstumsbranche Leasing, Ifo-Schnelldienst 2/79.

miete anhand von "Leasing-Quoten" zeigt, daß sich der Handel in Relation zu den selbst-bilanzierten Bauten und Ausrüstungen mit Abstand am intensivsten der Mietfinanzierung bedient. Seine Leasing-Quote betrug 1980 - laut Ifo-Institut - rund 18 %. Mit Abstand folgt das Baugewerbe mit einer Leasing-Quote von 10 %. Je rund 8 % Anteil an den eigenen Anlageinvestitionen erreichen die Mietanlagen im Verarbeitenden Gewerbe und in der Energiewirtschaft einschließlich Bergbau. Es folgen die Kreditinstitute und Versicherungen (7 %) sowie der Verkehrssektor mit einer Quote von rund 3 %.

Seit 1977 werden bei den Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes auch auf Länderebene die Aufwendungen für gemietete und gepachtete Sachanlagen erfaßt. Auch hier lagen seit 1979 die Zuwachsraten der Leasing-Aufwendungen jeweils stets deutlich über denen der Gesamtinvestitionen. So wuchsen auch 1981 die Leasing-Aufwendungen kräftig auf 2,1 Mrd. DM (+ 11,9 %), so daß ihr Anteil an den aktivierten Gesamtinvestitionen von 19 % im Jahr 1977 auf 22 % zunahm.

Mit 1,3 Mrd. DM entfielen beispielsweise 1981 mehr als drei Fünftel aller Leasing-Aufwendungen im Verarbeitenden Gewerbe auf den Investitionsgüterbereich. Als besonders "leasing-freundlich" zeigten sich der Maschinenbau, die Elektrotechnik und der Straßenfahrzeugbau, die zusammen ca. die Hälfte der gesamten Leasing-Aufwendungen auf sich verteilten.

Nahezu 780 Mrd. DM Produktivvermögen

Investitionen und Bestand an Produktionsmitteln stehen in unmittelbarer Beziehung, da das Anlagevermögen eines Jahres aus den aufkumulierten Investitionen aller früheren Jahre - bereinigt um die Abgänge - besteht. Die in den 70er Jahren zunächst stark nachlassende und dann vergleichsweise mäßige Investitionstätigkeit - die inzwischen wieder abflachte, aber sich im laufenden Jahr schätzungsweise wieder aktiviert - beeinflußt somit Höhe, Struktur und Leistungsfähigkeit des Produktivvermögens und damit des Produktionsfaktors Kapital ganz entscheidend. Insbesondere rückt infolge der damit verbundenen unzureichenden Zuführung neuer Technologien der Modernitätsgrad der Anlagen und der Altersaufbau des Kapitalstocks immer mehr in den Vordergrund des Interesses.

Das Bruttoanlagevermögen bzw. der Kapitalstock⁶ gibt an, wieviel Ausrüstungen und

Bauten für Produktionszwecke zur Verfügung stehen. Da die Bruttogröße alle an einem Stichtag noch im Betrieb befindlichen dauerhaften Produktionsmittel unabhängig von ihrem Alter enthält, ist sie ein Indikator für die Kapazität des Kapitalstocks im Sinne des physischen Leistungspotentials des Anlagevermögens⁷. Das gesamte Bruttoanlagevermögen Badens-Württembergs betrug (in konstanten Preisen von 1976) Anfang 1981 rund 866,4 Mrd. DM. Davon entfielen 11,4 % oder 89 Mrd. DM auf den öffentlichen Tiefbau. Da die öffentlichen Tiefbauten überwiegend für die allgemeine Nutzung erstellt werden, während das sonstige Anlagevermögen in erster Linie in den Sektoren eingesetzt wird, für die es geschätzt wurde, ist es zweckmäßig, bei der weiteren Interpretation der Ergebnisse vom öffentlichen Tiefbau abzusehen.

Für unmittelbare Produktionszwecke stand somit Anfang 1981 ein Anlagenbestand in Höhe von 777,4 Mrd. DM zur Verfügung. Das Bruttoanlagevermögen hat sich damit gegenüber 1960 fast verdreifacht (+ 183 %). Seit 1970 stieg es um 60 %. Seit 1970 wurden von Unternehmen, Staat und privaten Organisationen rund 392 Mrd. DM in Ausrüstungen und Bauten investiert. Diesen Zugängen standen durch Überalterung ausscheidende Investitionsgüter in Höhe von 99,2 Mrd. DM gegenüber, so daß die Produktionskapazität um 293 Mrd. DM ausgebaut wurde (+ 60 %). Im Durchschnitt der gesamten Wirtschaft entfiel 1981 ein knappes Viertel (etwa 24 %) des Produktionsvermögens auf Ausrüstungen, das entspricht 187 Mrd. DM. Hier vergrößerte sich die Kapazität durch Zugänge an Maschinen, maschinellen Anlagen, Fahrzeugen, Büroausstattungen usw. seit 1970 um insgesamt 75,1 Mrd. DM (+ 67 %). Dabei wurden rund 157,4 Mrd. DM investiert, während Ausrüstungen in Höhe von rund 82,3 Mrd. DM abgingen. Für Gebäude und sonstige Bauten, die mit über drei Vierteln den weitaus größten Teil des gesamten wirtschaftlichen Produktivvermögens ausmachen, wurden seit 1970 etwa 251,5 Mrd. DM eingesetzt, während hier Abgänge in Höhe von 16,9 Mrd. DM errechnet wurden. Der Bestand an Bauten betrug so 1981 rund 590,9 Mrd. DM (+ 66 %).

Während das Bruttoanlagevermögen in der Gesamtwirtschaft im Zeitraum 1960 bis 1970 jahresdurchschnittlich um 5,8 % zunahm, lag diese Rate seit 1970 bei 4,4 %. Dabei verringerten sich die Zunahmen gegenüber dem Vorjahr im Verarbeitenden Gewerbe besonders stark von + 8,7 % im Jahr 1972 auf schließlich nur noch 1,2 % (1976), um dann bis 1981 auf wiederum 3,5 % anzusteigen. Diese Zunahmen dürften wiederum abflachen. Bei der Be-

⁶ Das Bruttoanlagevermögen gibt den Bestand jeweils am Jahresanfang an, der Kapitalstock ist der Bestand im Jahresdurchschnitt. Diese Größe wird für die Berechnung weiterführender Indikatoren (Kapitalintensität, Kapitalkoeffizient) herangezogen, während das Bruttoanlagevermögen dem jeweils ein Jahr aktuelleren Nachweis dient und sich außerdem zur Umrechnung in Nettogrößen besser eignet.

⁷ Die Anlagegüter werden hier für die ganze Dauer ihrer Nutzung mit ihrem Neuwert nachgewiesen. Erst mit dem Ausscheiden der Anlagegüter aus dem Produktionsprozeß, beispielsweise durch Verschrottung oder Abbruch, ist die Leistungsabgabe beendet.

Tabelle 2

Bruttoanlagevermögen für Baden-Württemberg in Preisen von 1976 zu Beginn des Jahres 1981

Wirtschaftsbereiche bzw. Sektoren	Anlagen			Ausrüstungen			Bauten		
	ins- gesamt	Anteil	Ver- änderung 1981/1970	ins- gesamt	Anteil	Ver- änderung 1981/1970	ins- gesamt	Anteil	Ver- änderung 1981/1970
	Mrd. DM	%		Mrd. DM	%		Mrd. DM	%	
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	31,4	4,0	+ 20,3	13,9	7,5	+ 40,4	17,5	3,0	+ 8,0
Warenproduzierendes Gewerbe	185,0	23,8	+ 55,9	109,3	58,6	+ 52,4	75,8	12,8	+ 61,3
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	37,8	4,8	+ 72,2	14,9	8,0	+ 62,0	22,9	3,9	+ 81,6
Verarbeitendes Gewerbe	135,0	17,4	+ 54,5	87,1	46,7	+ 55,8	47,9	8,1	+ 52,1
Baugewerbe	12,2	1,6	+ 29,8	7,3	3,9	+ 10,6	4,9	0,8	+ 77,0
Handel	29,6	3,8	+ 64,4	10,6	5,7	+ 65,6	19,0	3,2	+ 63,8
Verkehr	42,7	5,5	+ 64,9	17,8	9,5	+ 56,1	24,9	4,2	+ 71,7
Dienstleistungen ¹⁾	68,5	8,8	+ 129,1	25,3	13,6	+ 261,4	43,2	7,3	+ 88,6
Wohnungsvermietung	330,1	42,5	+ 56,3	—	—	—	330,1	55,9	+ 56,3
Staat	71,5	9,2	+ 66,3	7,9	4,2	+ 92,7	63,7	10,8	+ 63,3
Alle Wirtschaftsbereiche ^{2) 3)}	777,4	100	+ 60,4	186,5	100	+ 67,4	590,9	100	+ 58,3
darunter									
Unternehmen zusammen	687,4	88,4	+ 59,9	176,9	94,9	+ 66,4	510,6	86,4	+ 57,8

1) Ohne Wohnungsvermietung. — 2) Einschl. privater Organisationen ohne Erwerbscharakter. — 3) Ohne öffentlichen Tiefbau.

trachtung der Entwicklung des Anlagevermögens ist aber zu beachten, daß eine Abnahme der Steigerungsrate des Anlagevermögens neben einer Abschwächung der Investitionstätigkeit durch das gleichzeitige Ansteigen der Abgänge — also das Ausscheiden überalterter Anlagen aus dem Vermögensbestand — verstärkt wird. Dies ist auf die zuvor hohen Investitionen (in den 50er und 60er Jahren) zurückzuführen, da diese Anlagegüterjahrgänge — und hier vor allem der Ausrüstungen — nun nach und nach aus dem Bestand ausscheiden.

Die Anlagevermögensbestände der einzelnen Unternehmensbereiche sind von sehr unterschiedlicher Bedeutung (Tabelle 2 und Anhangtabelle 3), was insbesondere von der Größe der Bereiche, der Kapitalintensität des für sie typischen Produktionsprozesses sowie von der Zusammensetzung ihres Produktivkapitals nach Ausrüstungen und Bauten abhängt. Den mit Abstand größten Anteil am Bruttoanlagevermögen aller Wirtschaftsbereiche hat mit 42,5 % die Wohnungsvermietung. Ihr Anteil liegt im Land leicht höher als im Bundesgebiet, was auf einen hier etwas höheren Wohnungsbestand hinweist.

Das Bruttoanlagevermögen des Verarbeitenden Gewerbes als dem zweitgrößten Bereich erreichte in Preisen von 1976 Anfang 1981 einen Betrag von 135,0 Mrd. DM, was einem Anteil von 17,4 % entspricht. Die Zunahme gegenüber 1970 liegt bei 54,5 %, womit der Bundesdurchschnitt von 45 % erheblich übertroffen wird. Im einzelnen standen hier den

Zugängen von 92,8 Mrd. DM Abgänge in Höhe von 44,4 Mrd. DM gegenüber. Die vergleichsweise mäßigen Größenordnungen des Produktionskapitals dieses Bereichs ergeben sich aus dem Sachverhalt, daß mit 64,5 % fast zwei Drittel seiner Anlagen aus Ausrüstungen bestehen. Ihr Gewicht hat gegenüber 1970 (57,4 %) noch erheblich zugenommen. Im Bundesdurchschnitt stieg der entsprechende Anteil nur von 59,3 % auf 61,2 % im Jahr 1981 (Anhangtabelle 4). In Baden-Württemberg wurde also in den 70er Jahren im Verarbeitenden Gewerbe die strategisch wichtige Komponente des Produktionskapitals, das Ausrüstungsvermögen, erheblich stärker ausgebaut und damit auch stärker dem neuesten technischen Stand angepaßt als im Bundesdurchschnitt.

Das Anlagevermögen für das Dienstleistungsgewerbe ist von 1970 bis 1981 weit überdurchschnittlich, und zwar um 129 % (38,6 Mrd. DM) auf 68,5 Mrd. DM angewachsen. Dabei hat der Anteil der Ausrüstungen an den Anlagen insgesamt von 1970 bis 1981 somit von 23,4 % auf 37 % zugenommen. Es wurde von 1970 bis 1980 damit wesentlich mehr in Maschinen, maschinelle Anlagen, Büroeinrichtungen und sonstige Ausrüstungen investiert als in Bauten. Ein besonders großer Anstieg war hier in der zweiten Hälfte der 70er Jahre zu verzeichnen (von 1970 bis 1975 rund 62 %, zwischen 1975 und 1981 rund 126 %). Dieser starke Zuwachs dürfte vor allem auf die bereits erwähnte starke Ausweitung des Leasing-Geschäfts zurückzuführen sein. Der Anteil

des Anlagevermögens des Wirtschaftsbereichs Dienstleistungen an dem Bruttoanlagevermögen der Gesamtwirtschaft vergrößerte sich so von 6,2 % im Jahr 1970 auf 8,8 % im Jahr 1981. Betrachtet man die Ausrüstungen, so kann für 1970 ein Anteil von 6,3 % festgestellt werden und für 1981 ein Anteil von 13,6 %.

Kapitalintensität in 10 Jahren um 50% gestiegen

Zur Analyse der Produktionstätigkeit und des Einsatzes der Produktionsfaktoren im Produktionsprozeß werden die beiden Indikatoren Kapitalintensität und Kapitalkoeffizient herangezogen.

Das Verhältnis, in dem die beiden Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit im Produktionsprozeß kombiniert werden, also das Verhältnis von Kapitalstock zu Erwerbstätigen, wird als Kapitalintensität bezeichnet. Sie mißt den durchschnittlichen Kapitaleinsatz je Erwerbstätigen und ist mitbestimmend für die Höhe des Anlagevermögens in den Bereichen. Es handelt sich hier um eine Kennziffer für die Kapitalisierung und damit Technisierung des Produktionsprozesses. Dabei ist eine höhere Kapitalintensität keineswegs identisch mit einer höheren technischen oder gar ökonomischen Effizienz des Produktionsprozesses. Sie ist vielmehr primär abhängig vom erstellten Produkt und von der Art des zu seiner Erstellung erforderlichen Produktionsverfahrens. Die Relation der Kapitalintensität der Bereiche zueinander ist damit zugleich ein Indikator für das Gewicht des Produktionsfaktors Arbeit im jeweiligen Pro-

duktionsprozeß. Zwar nicht die Höhe, wohl aber die Entwicklung dieser Kennziffer gibt Hinweise auf eine mehr oder weniger zügige Adaption technischer Neuerungen.

Die Kapitalintensität für die gesamte Wirtschaft Baden-Württembergs nahm seit 1970 um 50 % zu und betrug 1980 im Durchschnitt 178 000 DM (Tabelle 3). Im Bundesgebiet stieg die Kapitalintensität gleichfalls um rund 50 % auf 182 900 im Jahr 1980 an. Im Zeitraum von 1960 bis 1970 nahm die Kapitalintensität dagegen noch um 66 % in Baden-Württemberg und um 70 % im Bundesgebiet zu.

Die Höhe der gesamtwirtschaftlichen Kapitalintensität wird von dem Bereich Wohnungsvermietung als auch generell von den Bereichen bestimmt, in denen Bauten bzw. mit Bauwerken verbundene Anlagen eine große Rolle spielen. Dies ist in den Bereichen Verkehr, besonders aber bei "Energie- und Wasserversorgung und Bergbau" der Fall. Dieser Bereich ist in Baden-Württemberg mehr als doppelt so kapitalintensiv wie im Bundesgebiet (Tabelle 3). Dies ist darauf zurückzuführen, daß der Anteil der Anlagen der Energie- und Wasserversorgung des Landes mit 14,7 % am gesamten Bruttoanlagevermögen dieses Bereichs im Bund wesentlich höher ist als der entsprechende Anteil bei den Erwerbstätigen (6,4 %). Bei den Ländern mit einem hohen Strukturanteil des arbeitsintensiven Bergbaus sind die Relationen umgekehrt.

Eine wesentlich niedrigere Kapitalintensität errechnet sich für das Verarbeitende Gewerbe. Sie ist im Land um 55,1 % von 47 600 DM im

Tabelle 3

Kapitalintensität und Kapitalkoeffizient für Baden-Württemberg und das Bundesgebiet

Wirtschaftsbereiche bzw. Sektoren	Kapitalintensität				Kapitalkoeffizient			
	Baden-Württemberg		Bundesgebiet		Baden-Württemberg		Bundesgebiet	
	1970	1980	1970	1980	1970	1980	1970	1980
	1000 DM				1970	1980	1970	1980
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	70,9	138,3	81,5	144,8	5,88	6,99	6,09	6,43
Warenproduzierendes Gewerbe	53,3	82,2	60,9	96,9	1,59	1,80	1,77	2,04
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	704,0	1 236,4	327,2	565,5	6,70	6,91	5,03	5,88
Verarbeitendes Gewerbe	47,6	73,8	55,8	86,8	1,45	1,64	1,64	1,84
Baugewerbe	26,4	36,1	19,9	27,8	0,82	0,93	0,69	0,77
Handel	41,9	63,4	40,7	58,7	1,45	1,78	1,48	1,68
Verkehr	148,4	222,4	162,4	244,1	4,12	4,13	4,13	4,36
Dienstleistungen ¹⁾	590,4	737,9	536,3	687,0	14,00	13,72	12,13	11,73
Staat	113,6	134,2	80,5	94,3	3,25	3,49	2,31	2,58
Alle Wirtschaftsbereiche ^{2) 3)}	118,7	178,0	121,2	182,9	3,36	3,84	3,36	3,80
darunter								
Unternehmen zusammen	118,7	185,2	127,0	201,0	3,32	3,72	3,63	4,06

1) Einschl. privater Wohnungsvermietung. — 2) Einschl. Organisationen ohne Erwerbscharakter. — 3) Ohne öffentlichen Tiefbau.
Quelle: Die Bundeswerte wurden nach Angaben des Statistischen Bundesamtes errechnet.

Jahr 1970 auf 73 800 DM im Jahr 1980 angestiegen, im Bundesgebiet erreichte sie 55 800 DM im Jahr 1970 und 86 800 DM im Jahr 1980 (+ 55,6 %). Im Verarbeitenden Gewerbe wird somit in Baden-Württemberg weniger Kapital je Erwerbstätigen eingesetzt als im Bundesdurchschnitt. Die Bruttowertschöpfung dieses Bereichs ist allerdings zwischen 1970 und 1980 im Land mit + 29,4 % wesentlich stärker gestiegen ist als im Bundesgebiet (+ 24,1 %). Entsprechend der im Land besonders starken Spezial- und Veredlungsfertigung werden die Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit hier in einem etwas anderen Verhältnis eingesetzt als im Bundesdurchschnitt, wobei diese spezifische Produktionsstruktur die leistungsfähigere ist. Dies ergibt sich auch, wenn man die Entwicklung der Kapitalintensität zwischen 1970 und 1980 genauer untersucht. So hat sich hier der Abstand zwischen dem Bundesgebiet und Baden-Württemberg zwar vergrößert. Dies aber ist zurückzuführen auf ein in Baden-Württemberg mit 46 % deutlich stärkeres Ansteigen des Kapitalstocks als im Bundesgebiet (+ 39 %) bei gleichzeitig erheblich geringerem Beschäftigtenabbau (Abnahme Erwerbstätige: Baden-Württemberg - 5,8 %, Bundesgebiet - 11,0 %). Diese Entwicklungskonstellation in Baden-Württemberg ist zweifellos günstiger zu bewerten als die im Bundesgebiet. Sie ist zu erklären durch eine günstigere Branchenstruktur in Verbindung mit der besonderen Qualifikation des Produktionsfaktors Arbeit. Sie unterstützt zugleich die These, daß die Modernisierung des Kapitalstocks der Sicherung der Arbeitsplätze dient.

Bei Analysen der Produktionstätigkeit wird vielfach das Produktionsergebnis den eingesetzten Produktionsfaktoren gegenübergestellt, um eine Vorstellung über die Effizienz des Produktionsprozesses zu bekommen. Dabei wird das Verhältnis von Kapitalstock zur Bruttowertschöpfung bzw. zum Bruttoinlandsprodukt als Kapitalkoeffizient bezeichnet. Der Kapitalkoeffizient gibt den Wert der eingesetzten Produktionsanlagen im Verhältnis zum Produktionsergebnis an. Der Kapitalkoeffizient betrug im Jahr 1980 in Baden-Württemberg 3,8. Der Wert des Kapitalstocks war damit nahezu viermal so groß wie das Bruttoinlandsprodukt. Derselbe Wert wurde auch für das Bundesgebiet festgestellt. Um also eine Produktionseinheit zu erstellen, ist im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt sowohl im Land wie im Bundesdurchschnitt ein rund 4mal höherer Kapitaleinsatz erforderlich. Im Jahr 1970 betrug der Kapitalkoeffizient für alle Wirtschaftsbereiche (ohne öffentlichen Tiefbau) noch 3,4; es wurde 1980 also mehr Kapital eingesetzt als 1970.

Der Anstieg gegenüber 1970 ist darauf zurückzuführen, daß in Baden-Württemberg der Kapitalstock im Zeitraum 1970 bis 1980 um 53 % anstieg, während das Bruttoinlandsprodukt demgegenüber um 34 % anstieg. Der Kapi-

talstock des Bundesgebiets stieg im selben Zeitraum um 49 % und das Bruttoinlandsprodukt um 32 %.

Bei diesen gesamtwirtschaftlichen Durchschnittsdaten ist aber auch hier wiederum zu beachten, daß die Höhe des Kapitalkoeffizienten sowohl von dem Bereich Wohnungsvermietung als auch generell von dem kapitalintensiven Bereich Bauten bestimmt wird (Tabelle 3). So beträgt der Wohnungsbestand fast das 30-fache (29) der Bruttowertschöpfung des Bereichs Wohnungsvermietung. Ein überdurchschnittlich hoher Kapitaleinsatz ist auch in den Bereichen Energie- und Wasserversorgung (einschließlich Bergbau) sowie in der Land- und Forstwirtschaft und im Verkehr erforderlich. Der Kapitalkoeffizient für die Unternehmen ohne Wohnungsvermietung betrug 1980 für Baden-Württemberg 2,1 und für das Bundesgebiet 2,4. Im Unternehmensbereich wurde damit in Baden-Württemberg etwas weniger Kapital eingesetzt, um eine Produktionseinheit zu erstellen, als im Bundesgebiet.

Im Verarbeitenden Gewerbe stieg der Kapitalstock von 1970 bis 1980 um 46 %, während die Bruttowertschöpfung um rund 29 % anstieg, so daß der Kapitalkoeffizient im Jahr 1970 knapp 1,5 betrug und 1980 gut 1,6. Gleichzeitig stieg der Kapitalstock im Bundesgebiet um 39 % und die Bruttowertschöpfung um 24 %. Im Bundesdurchschnitt betrug der Kapitalkoeffizient im Jahr 1970 daher 1,6 und 1980 etwa 1,8. Es wird hier deutlich, daß im Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes in Baden-Württemberg weniger Kapital zur Erzielung der wertmäßig gleichen Bruttowertschöpfung eingesetzt werden muß als im Bundesgebiet, was auf die vom Bundesdurchschnitt abweichende Struktur innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes des Landes zurückzuführen ist.

Der Altersaufbau des Anlagevermögens

Für die Beurteilung der Effektivität des Produktivvermögens spielt nicht nur das Kapitalniveau, sondern auch der Altersaufbau eine ebenso wichtige Rolle. Jüngere Anlagen enthalten in der Regel den jeweils neuesten Stand der Technik sowohl im Hinblick auf das Produktionsverfahren wie auch mit Blick auf das herzustellende Produkt.

Das Anlagevermögen setzt sich zu jedem Zeitpunkt aus einer Anzahl von Anlagevermögensteilen verschiedener Investitionsjahrgänge zusammen. Die Größe und die Nutzungsdauer jedes Investitionsjahrganges bestimmen dabei den Altersaufbau. So erlaubt unter anderem die Kenntnis des Altersaufbaus des Anlagevermögens Rückschlüsse auf die Effizienz des Produktionsapparates und auf die Notwendigkeit von Ersatzinvestitionen. Im einzelnen läßt die Darstellung der Altersstruktur erkennen, wieviel Prozent des im Berichtsjahr

vorhandenen Anlagevermögens beispielsweise vor 1961, zwischen 1970 und 1975 oder im Jahr 1980 investiert wurden bzw. wieviel Prozent des Anlagevermögens im Berichtsjahr beispielsweise fünf Jahre, zehn Jahre alt oder älter ist.

So bestand Anfang 1981 trotz der enormen Zunahme der Investitionen in den 60er Jahren noch ein beträchtlicher Teil des Anlagevermögens aus Investitionsgütern vor 1960, die zum Teil sogar vor dem 2. Weltkrieg investiert worden sein dürften. Dies gilt in erster Linie für das Bauvermögen, da Bauten eine wesentlich längere ökonomische Nutzungsdauer haben als Ausrüstungen. So wurde im Durchschnitt der Gesamtwirtschaft ein Drittel (34,1 %) aller Bauten vor 1961 erstellt (Tabelle 4), in der Land- und Forstwirtschaft sind es sogar zwei Drittel.

Zwischen 1975 und 1981 wurden 21 % des gesamten Bauvermögens gebildet, wobei für die einzelnen Wirtschaftsbereiche teilweise ein günstiger Altersaufbau festgestellt werden

kann. So wurden bei den Dienstleistungen (ohne Wohnungsvermietung) beispielsweise 31 % und in der Energiewirtschaft 27 % des Bauvermögens nach 1975 erstellt, während es im Verarbeitenden Gewerbe lediglich 19 % waren.

Erwartungsgemäß ist, da die Ausrüstungen eine wesentlich kürzere Nutzungsdauer haben als die Bauten, der Altersaufbau der Ausrüstungen günstiger. Vom Ausrüstungsvermögen insgesamt wurden nur 5,0 % des vorhandenen Anlagevermögens vor 1961 beschafft. Weit unter dem Durchschnitt liegen hier die Bereiche Baugewerbe, Handel und Dienstleistungen. Deutlich über dem Durchschnitt liegen dagegen die Energiewirtschaft (8,5 %) sowie der Verkehr (9,9 %). Im Verarbeitenden Gewerbe wurden 5,4 % des Ausrüstungsvermögens vor 1961 beschafft. Zwischen 1975 und 1981 wurden im Durchschnitt der Gesamtwirtschaft 48 % und damit knapp die Hälfte des Ausrüstungsvermögens gebildet. In den einzelnen Wirtschaftsbereichen errechnen sich aber vom gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt abwei-

Tabelle 4

Altersaufbau des Bruttoanlagevermögens für Baden-Württemberg 1981

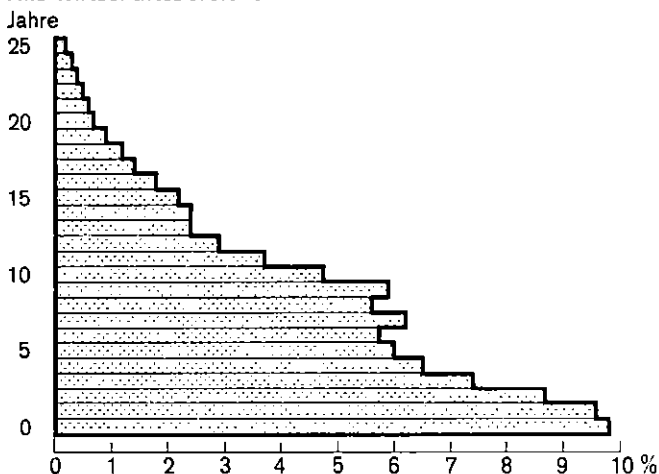
Wirtschaftsbereiche bzw. Sektoren	Bruttoanlagevermögen im Alter von ... bis ... Jahren					
	bis 5	5 – 10	10 – 15	15 – 20	über 20	über 10
	in % des Bestandes Anfang 1981					
Ausrüstungen						
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	36,4	29,3	20,2	9,6	4,4	34,2
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	28,8	35,7	16,4	10,4	8,6	35,4
Verarbeitendes Gewerbe	39,7	29,0	18,1	7,9	5,4	31,3
Baugewerbe	50,0	35,3	11,1	2,5	1,1	14,6
Handel	51,5	31,5	11,4	3,9	1,6	16,9
Verkehr	33,4	30,7	16,2	9,7	9,9	35,8
Dienstleistungen ¹⁾	62,9	23,9	9,1	3,1	1,0	13,2
Staat	37,8	31,1	16,2	9,5	5,2	30,9
Alle Wirtschaftsbereiche ^{2) 3)}	42,0	29,4	16,0	7,5	5,0	28,4
darunter						
Unternehmen zusammen	42,3	29,3	16,0	7,4	5,0	28,3
Bauten						
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	6,9	6,5	10,3	9,6	66,7	86,6
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	22,7	20,1	16,3	13,6	27,3	57,2
Verarbeitendes Gewerbe	16,4	20,0	18,5	11,7	33,6	63,8
Baugewerbe	14,4	27,0	19,2	24,4	14,8	58,4
Handel	18,8	18,3	18,3	15,0	29,4	62,7
Verkehr	21,9	23,5	15,7	13,5	25,4	54,5
Dienstleistungen ¹⁾	26,2	20,0	13,5	15,1	25,0	53,6
Wohnungsvermietung	16,8	18,2	15,2	13,8	36,0	65,0
Staat	17,3	19,2	17,6	14,4	31,4	63,4
Alle Wirtschaftsbereiche ^{2) 3)}	17,7	18,6	15,8	13,9	34,1	63,7
darunter						
Unternehmen zusammen	17,8	18,6	15,4	13,7	34,5	63,7

1) Ohne Wohnungsvermietung. — 2) Einschl. privater Organisationen ohne Erwerbscharakter. — 3) Ohne öffentlichen Tiefbau.

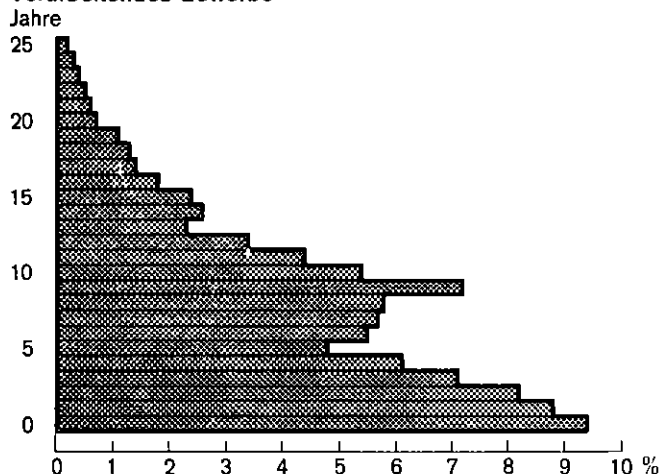
Schaubild 4

Altersstruktur der Ausrüstungen ¹⁾

Alle Wirtschaftsbereiche



Verarbeitendes Gewerbe



1) Stand: Anfang 1981

170 83

chende Werte. So wurden bei den Dienstleistungsunternehmen ohne Wohnungsvermietung 71,2 % der Ausrüstungen nach 1975 beschafft, im Verarbeitenden Gewerbe 44,5 % und in der Energiewirtschaft sogar nur 35,7 %.

Die Alterspyramiden für den Ausrüstungsbestand der Gesamtwirtschaft und des Verarbeitenden Gewerbes (Schaubild 4) zeigen deutlich, daß die (asymptotische) Pyramidenform als Ausdruck einer möglichst günstigen Zusammensetzung des Produktivkapitals - da hier die aktuellsten Jahrgänge ein hohes Gewicht haben - nur bis Anfang der 70er Jahre besteht. In der Gesamtwirtschaft geht sie dann in einen stufenförmigen Aufbau über, bei dem sich Phasen der stagnierenden Modernisierung mit solchen einer Steigerung abwechseln. Beim Verarbeitenden Gewerbe ist darüber hinaus

ein Einbruch im Bestand jeweils moderner Ausrüstungsjahrgänge zu verzeichnen. Diese Diskontinuität im Altersaufbau des Produktivvermögens bewirkt neben der unzureichenden Einführung neuer Technologien im aktuellen Jahr eine Zunahme des Gewichts älterer Jahrgänge. Beide Komponenten beeinträchtigen die Effektivität des Kapitalstocks, zumal Modernisierungsphasen den Ausfall kaum ausgleichen können. So bestand das Bruttoausrüstungsvermögen Anfang 1970 zu 43 % aus Gütern mit einem Alter bis zu 5 Jahren, 30,8 % waren zwischen 5 und 10 Jahre und 26,2 % waren über 10 Jahre alt (Tabelle 5). 1981 tritt hier trotz der wieder stärkeren Investitionstätigkeit Ende der 70er Jahre eine leichte Verschlechterung gegenüber 1970 zu Tage. Der Anteil der bis zu fünf Jahre alten Ausrüstungen sank auf 42 %, während der Anteil der über 10 Jahre alten Güter auf 28,4 % anstieg. In einzelnen Wirtschaftsbereichen muß jedoch eine noch deutlichere Verschlechterung des Altersaufbaus verzeichnet werden. So waren im Verarbeitenden Gewerbe 1970 rund 44 % der Ausrüstungen bis zu 5 Jahre alt, während es 1981 nur noch 40 % waren. Umgekehrt waren hier 1970 rund 27 % über 10 Jahre im Bestand, 1981 aber rund 31 %.

Modernitätsgrad gesunken

Die nicht nur technische, sondern auch ökonomische Effizienz des Anlagevermögens hängt also vom möglichst hohen Anteil moderner und damit jüngerer und technisch hochstehender Anlagen ab. Ein Indikator hierfür ist neben dem Altersaufbau auch der sogenannte Modernitätsgrad, der über den Vergleich der beiden Größen Bruttoanlagevermögen und Nettoanlagevermögen ermittelt wird. Der Vergleich zwischen dem Brutto- und Nettoanlagevermögen gibt Aufschluß über den Altersungsprozeß der Anlagen.

Im Bruttoanlagevermögen werden alle Anlagebestände unabhängig von ihrem Alter erfaßt, es werden nur die tatsächlichen physischen Abgänge in Abzug gebracht. Demgegenüber wird beim Nettoanlagevermögen zusätzlich die ökonomische Wertminderung durch Verschleiß und Alterung in Rechnung gestellt. Dies erfolgt über kalkulatorische Abschreibungen, die unter Wirtschaftlichkeits- und Bewertungsgesichtspunkten den Werteverzehr der Ausrüstungen und Bauten durch Nutzung und Alterung berücksichtigen. Das Nettoanlagevermögen ist daher stets niedriger als das Bruttoanlagevermögen⁸. Dies ist um so

⁸ Das Nettoanlagevermögen (in konstanten Preisen von 1976) betrug Anfang 1981 in Baden-Württemberg 530 Mrd. DM (ohne öffentlichen Tiefbau). Davon entfielen 103 Mrd. DM (19,5%) auf Ausrüstungen, die einer schnelleren Wertminderung unterliegen als Bauten, deren Bedeutung für das Nettoanlagevermögen entsprechend hoch ist (80,5%, das entspricht 427 Mrd. DM). Gegenüber 1970 nahm das Nettoausrüstungsvermögen mit 62% stärker als das gesamte Nettoanlagevermögen (+ 57%) zu, und zwar in Baden-Württemberg stärker als im Bundesgebiet (56%).

mehr der Fall, je länger sich die Anlagen im Bestand befinden. Das Verhältnis von Nettoanlagevermögen zu Bruttoanlagevermögen drückt damit aus, wieviel Prozent des Vermögens noch nicht durch Verschleiß im Wert gemindert sind bzw. noch nicht abgeschrieben sind. Ein hoher Anteil des Nettoanlagevermögens am Bruttoanlagevermögen ist danach ein Indikator für die zeitnahe Zusammensetzung des Produktivvermögens. Diese Kennziffer wird Modernitäts- oder Gütegrad genannt.

Zwischen 1960 und 1970 lag der Schwerpunkt der Modernisierung im Verarbeitenden Gewerbe sowie in den Bereichen Verkehr und Staat bei den Ausrüstungen, in den übrigen Bereichen beim Bauvermögen. Diese Tendenzen setzten sich infolge der starken Investitionstätigkeit Anfang der 70er Jahre verstärkt fort, und zwar bei den Ausrüstungen bis 1972 und bei den Bauten - hier zog jetzt auch das Verarbeitende Gewerbe nach - noch bis 1973. Entsprechend hat der Anteil der jüngeren Anlagen am gesamtwirtschaftlichen Produktivvermögen Anfang der 70er Jahre ständig zugenommen, so daß sich der Modernitätsgrad bis auf 70 im Jahr 1973 verbesserte. Aufgrund der schwachen Investitionstätigkeit der folgenden Jahre ist diese Aufwärtsentwicklung des Modernitätsgrades nicht nur zum Stillstand gekommen, sondern nahm sogar bis auf 68 im Jahr 1981 ab. Eine Verschlechterung des Modernitätsgrades kann dabei sowohl für das Bauvermögen als auch, und zwar in wesentlich stärkerem Ausmaß, für das Ausrüstungsvermögen festgestellt werden. Da neue Technologien jedoch vorwiegend über das Ausrüstungsvermögen in den Produktionsprozeß eingehen, ist der Gütegrad für Maschinen, maschinelle Anlagen, Büroeinrichtungen und ähnliche Anlagen von besonderem Interesse. So kann für das Ausrüstungsvermögen des Verarbeitenden Gewerbes bis 1972 eine Zunahme des Moderni-

tätsgrades bis auf 59 festgestellt werden, danach folgt eine überdurchschnittlich starke Abnahme bis auf 52,5 im Jahr 1978. Ab 1979 ist durch die wieder anziehende relativ starke Investitionstätigkeit in den Jahren 1978 bis 1980 dann wieder eine Verjüngung des Ausrüstungsvermögens zu verzeichnen auf 53,6 (1981), womit allerdings der frühere Gütegrad noch nicht wieder erreicht ist (Schaubild 5 und Anhangtabelle 5). Diese Entwicklung kann im wesentlichen auch für das Bundesgebiet verzeichnet werden. In Phasen steigender Modernisierung vollzieht sich allerdings die Entwicklung im Land stärker als im Bundesdurchschnitt. Dies ist besonders auffällig in der Phase ab 1978. Das Verarbeitende Gewerbe Baden-Württembergs modernisierte sowohl sein Ausrüstungsvermögen wie auch sein Bauvermögen intensiver als das des Bundesgebiets⁹ und als der Durchschnitt der Gesamtwirtschaft.

Bei der Beurteilung des Modernitätsgrades der Ausrüstungen ist aber zu berücksichtigen, daß gemietete Anlagen ebenfalls in den Produktionsprozeß eingehen, aber diese Investitionen teilweise im Wirtschaftsbereich Dienstleistungsunternehmen verbucht werden, obwohl die entsprechenden Investitionsgüter in anderen Wirtschaftsbereichen eingesetzt werden. Wie schon erwähnt, gewinnt das Leasing sowohl im Verarbeitenden Gewerbe als auch im Handel, in der Energiewirtschaft und im Baugewerbe gerade auch in den letzten Jahren fortwährend an Bedeutung, so daß der Modernitätsgrad der Anlagen hier durchaus etwas höher sein dürfte, als er ausgewiesen wird.

⁹ Diese Ergebnisse bestätigt auch ein nach Abschluß der Analysearbeiten erschienener Beitrag über den Altersaufbau des Anlagevermögens im Bundesgebiet. Siehe dazu: C. Stahmer, Altersaufbau des Anlagevermögens nach Wirtschaftsbereichen, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 4/1983.

Tabelle 5

Anteil der bis zu 5 Jahre alten Ausrüstungsgüter in Baden-Württemberg

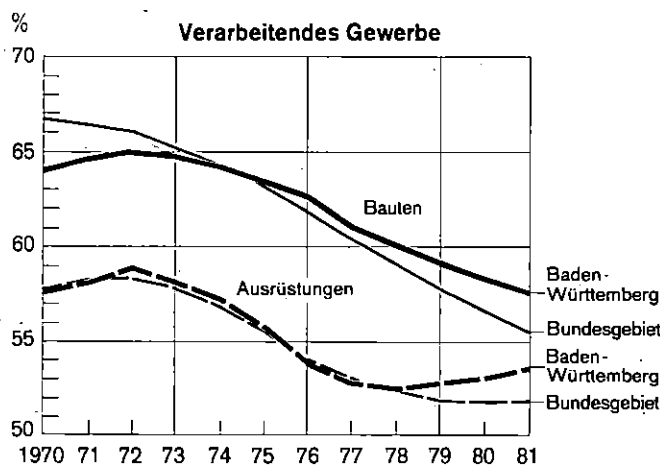
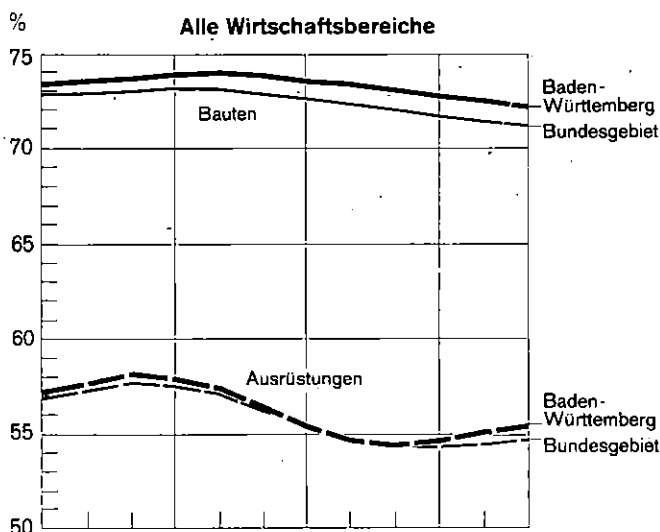
Wirtschaftsbereiche bzw. Sektoren	Zu Beginn des Jahres in %						
	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	37,5	35,4	35,1	35,7	34,9	36,0	36,4
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	40,0	40,5	39,1	35,9	33,4	30,1	28,8
Verarbeitendes Gewerbe	44,3	37,5	35,9	34,7	35,1	36,7	39,7
Baugewerbe	55,6	51,6	47,3	42,3	41,4	46,9	50,0
Handel	55,1	53,2	51,7	50,6	49,1	50,5	51,5
Verkehr	40,5	39,8	37,8	35,6	33,6	33,4	33,4
Dienstleistungen ¹⁾	54,7	55,0	55,8	58,1	59,9	63,7	62,9
Staat	42,2	42,5	41,0	40,2	39,3	38,2	37,8
Alle Wirtschaftsbereiche ^{2) 3)}	44,6	42,6	39,7	38,8	38,8	40,4	42,0
darunter							
Unternehmen zusammen	45,1	42,7	39,8	38,8	38,9	40,6	42,3

1) Ohne Wohnungsvermietung. — 2) Einschl. privater Organisationen ohne Erwerbscharakter. — 3) Ohne öffentlichen Tiefbau.

In diesem Zusammenhang ist die Entwicklung des Modernitätsgrades der Ausrüstungen des Bereichs Dienstleistungsunternehmen von Bedeutung. Er steigt Anfang der 70er Jahre bis auf 63 (1971), nimmt aber danach auf 60,6 im Jahr 1975 ab. Ab 1976 ist jedoch eine kontinuierliche deutliche Verbesserung des Modernitätsgrades bis auf 64,2 im Jahr 1981 festzustellen. Es wird also hier ein höheres Niveau als 1971 erreicht. Dies dürfte nicht zuletzt auf die Ausweitung des Leasings zurückzuführen sein. Für das Bundesgebiet ist ein entsprechendes Ergebnis festzustellen, jedoch liegen die baden-württembergischen Werte über dem Bundesdurchschnitt. Betrachtet man allerdings den Modernitätsgrad des zusammengefaßten gewerblichen Bereichs, in den auch die Leasing-Unternehmen eingehen, so kann auch hier ab 1972 ein Rückgang des Gütegrades festgestellt werden. So wird für das Jahr 1970 rund 57,1 und 1981 rund 55,5 verzeichnet. Es ist daher davon auszugehen, daß selbst bei

Schaubild 5

Modernitätsgrad der Ausrüstungen und Bauten für Baden-Württemberg und das Bundesgebiet¹⁾



1) Die Werte für das Bundesgebiet wurden aus Daten des Statistischen Bundesamtes errechnet.

Berücksichtigung der Anlagenmietung in den betrachteten Bereichen der Modernitätsgrad aller im Produktionsprozeß vorhandenen Anlagen heute niedriger ist als noch 1970.

Durch die neuerliche Investitionsschwäche in den Jahren 1981/82 dürfte sich der Altersaufbau und damit auch der Modernitätsgrad des Kapitalstocks wiederum verschlechtern haben. Es bleibt abzuwarten, inwieweit Tendenzen einer sich für 1983 abzeichnenden Investitionsbelebung diesen Effekt kompensieren oder gar überkompensieren werden.

Zusammenfassung

- In Baden-Württemberg wurden 1980 rund 56,8 Mrd. DM investiert gegenüber 10 Mrd. DM 1960. Der Anteil Baden-Württembergs am Bundesgebiet stieg in dieser Zeit von 14 % auf 17 %. Zwischen 1970 und 1980 wurde deutlich weniger investiert als in den 60er Jahren, und zwar in Baden-Württemberg 106 % gegenüber 171 % und im Bundesgebiet 96 % gegenüber 134 %.
- Von den gesamten Anlageinvestitionen entfielen 20,8 Mrd. DM oder 37 % auf Ausrüstungen und 36 Mrd. DM (63 %) auf Bauten. Ein Viertel aller Investitionen wurde im Bereich Wohnungsvermietung investiert (ausschließlich Bauten), ein Fünftel im Verarbeitenden Gewerbe (zu 80 % Ausrüstungen).
- Mit dem Betrag von 56,8 Mrd. DM wurde 1980 ein knappes Viertel (24 %) des erwirtschafteten Bruttosozialprodukts (nominal) für Ersatz, Verbesserung und Ausbau des Sachanlagenbestandes verwendet (Bundesgebiet 23 %), - 1970 lag dieser Anteil noch bei 26 %. Durch den hohen Anteil an Ausrüstungen liegt diese Investitionsquote im Verarbeitenden Gewerbe strukturell bedingt niedriger. Wegen des starken Investitionseinbruchs Mitte der 70er Jahre unterlag sie hier starken Schwankungen von 17 % im Jahr 1970 (Bundesgebiet: 16 %) über 8 % 1975 auf 12 % im Jahre 1980 (Bundesgebiet: 12 %).
- Die sogenannte Nettoinvestitionsquote ermittelt den Investitionsanteil im Verhältnis zur gesamtwirtschaftlichen Leistung, der zur Erweiterung des Anlagebestandes verwendet wird. Sie ging für die Gesamtwirtschaft deutlich zurück von 14 % im Jahr 1970 auf 10 % 1980. Besondere Einbußen verzeichnet das Verarbeitende Gewerbe (1971: 9 %, 1978 bis 1980: rund 3 %), wobei aber im Land speziell in Aufschwungsphasen ein etwas höherer Teil der Bruttowertschöpfung für Erweiterungsinvestitionen eingesetzt wurde als im Bundesgebiet (1971: 6 %, 1980: 2 %).

- Die Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen gewannen demgegenüber an Bedeutung. Die Ersatzquote (Anteil der Abschreibungen an den Investitionen) der Gesamtwirtschaft stieg von 42 % im Jahr 1971 auf 54 % 1980 (Bundesgebiet: 58 %).
- Wegen der starken verschleiß- und altersbedingten Wertminderung von Ausrüstungen liegt die Ersatzquote im Verarbeitenden Gewerbe besonders hoch. 1980 wurden rund drei Viertel der Investitionen für den Ersatz verbrauchter Anlagen eingesetzt (gegenüber knapp 50 % 1971). Im Bundesdurchschnitt waren es sogar 86 %. Im Verarbeitenden Gewerbe Baden-Württembergs wurde besonders im Investitionsschub 1977 bis 1980 stärker in Erweiterungsinvestitionen investiert als im Bundesgebiet.
- Neben den eigentlichen Investitionen, die sich als aktivierte Bruttozugänge auf Sachanlagenkonten niederschlagen, gewinnen gemietete und gepachtete Sachanlagen in den vergangenen Jahren an Bedeutung. Sie werden bei den Vermietern aktiviert, was die Sonderentwicklungen des Dienstleistungssektors erklärt. Der Anteil der gemieteten Anlagen an den Gesamtinvestitionen ist im Bundesdurchschnitt - laut Ifo-Institut - von 2,1 % im Jahr 1971 auf 5,1 % im Jahr 1980 angestiegen. Der größte Teil dieser Investitionen ging in das Verarbeitende Gewerbe (37,7 %) und in den Handel (22,4 %), er entfiel auf Büromaschinen und Datenverarbeitungsanlagen (34 %) sowie auf Fahrzeuge (20 %).
- Die Kumulation aller Investitionen ergibt - bereinigt um die Abgänge - das Bruttoanlagevermögen (Jahresanfang) bzw. den Kapitalstock (Jahresdurchschnitt). Es gibt die Kapazität an Ausrüstungen und Bauten für Produktionszwecke an. Das Produktivvermögen Baden-Württembergs (ohne öffentlichen Tiefbau) betrug Anfang 1981 in konstanten Preisen von 1976 rund 777,4 Mrd. DM (Anteil am Bundesgebiet: 16,2 %) und stieg damit seit 1970 um 60 % (1960 bis 1970: 76 %). Es bestand zu rund drei Vierteln aus Bauten, zu einem knappen Viertel (24 %) aus Ausrüstungen.
- Größter Sektor ist die Wohnungsvermietung mit 42,5 %, das Verarbeitende Gewerbe als zweitgrößter Sektor erreicht einen Anteil von 17,4 %. Davon entfallen fast zwei Drittel (64,5 %) auf Ausrüstungen. Ihr Gewicht ist gegenüber 1970 (57,4 %) erheblich gestiegen, und zwar stärker als im Bundesgebiet (von 59,3 % auf 61,2 %). In Baden-Württemberg wurde also das Ausrüstungsvermögen im Verarbeitenden Gewerbe stärker ausgebaut und damit nach dem neuesten Stand angepaßt als im Bundesdurchschnitt.
- Je Erwerbstätigen werden 1981 im Durchschnitt der Gesamtwirtschaft 178 000 DM eingesetzt und damit 50 % mehr als 1970 (Bundesgebiet: 182 900 DM; + 50 %). Der Kapitalkoeffizient; also das Verhältnis von Kapitalstock zum Bruttoinlandsprodukt, beträgt im Land und im Bundesgebiet knapp 4. Um also eine Produktionseinheit zu erstellen, ist im Durchschnitt ein rund 4mal höherer Kapitaleinsatz erforderlich.
- Zur Beurteilung der Effizienz des Produktionsvermögens spielt der Altersaufbau eine wichtige Rolle. Die nicht nur technische, sondern auch ökonomische Effizienz hängt vom möglichst hohen Anteil moderner Anlagen ab. So bestand das Bruttoausrüstungsvermögen Anfang 1970 zu 43 % aus Gütern mit einem Alter bis zu 5 Jahren, 26,2 % waren über 10 Jahre alt; 1981 betragen die entsprechenden Anteile 42 % bzw. 28,4 %.
- Im Verarbeitenden Gewerbe hat sich der Altersaufbau trotz der stärkeren Investitionstätigkeit Ende der 70er Jahre noch deutlicher verschlechtert. So sank der Anteil der bis zu 5 Jahre alten Ausrüstungen von 44 % (1970) auf 40 % (1981), umgekehrt nahm der Anteil der über 10 Jahre alten Ausrüstungen von 27 % auf 31 % zu.
- Der Modernitätsgrad - ein weiterer Indikator für die zeitnahe Zusammensetzung des Produktivkapitals (er gibt das Verhältnis von Netto- zu Bruttoanlagevermögen an) - weist allerdings aus, daß das Ausrüstungsvermögen des Verarbeitenden Gewerbes Baden-Württembergs mit 54 % etwas günstiger zusammengesetzt ist als im Bundesdurchschnitt (52 %). Wegen des stärkeren Investitionsschubs Ende der 70er Jahre in Baden-Württemberg verschlechterte sich die Altersstruktur dieses Bereichs im Land weniger stark als im Bundesgebiet. Ausgehend von einem Modernitätsgrad von jeweils 58 % im Jahr 1970 sank dieser in Baden-Württemberg auf 54 %, im Bundesgebiet aber auf 52 % (1981).

1.2 Die Konkurrenzsituation Baden - Württembergs auf dem Weltmarkt

Die Gefährdung der bundesdeutschen, ja der europäischen Wettbewerbsfähigkeit ist in den letzten Jahren zusehends deutlich geworden. Die hiermit verbundenen Fragen sind insbesondere auch für Baden-Württemberg von Relevanz, das sich innerhalb der Bundesrepublik Deutschland durch eine überdurchschnittlich hohe Exportintensität auszeichnet; so entfielen 1981 in Baden-Württemberg auf jeden Einwohner (rein rechnerisch) exportierte Waren im Werte von 7148 DM - das ist über ein Zehntel mehr als im Bundesdurchschnitt (6431 DM je Einwohner). In Baden-Württemberg selbst ist nach Berechnungen des Statistischen Landesamtes etwa jeder sechste Erwerbstätige direkt oder indirekt vom Export abhängig; im Verarbeitenden Gewerbe ist es sogar jeder dritte¹. Die Bedeutung Baden-Württembergs als internationaler Handelspartner wird dadurch unterstrichen, daß dieses Land, in dem etwa 0,2 % der Weltbevölkerung leben, rund 1,5 % der Weltexporte bestreitet; bei sechs Warenarten beträgt der Anteil Baden-Württembergs sogar ein Zehntel oder mehr.

Die Problematik der Wettbewerbsfähigkeit wird jedoch bereits dadurch unterstrichen, daß seit Mitte der siebziger Jahre und vor allem in den letzten Jahren Baden-Württemberg bzw. die Bundesrepublik Deutschland - trotz einer Steigerung der Exportaktivitäten (abzulesen aus den jeweiligen Exportquoten) - Weltmarktanteile verloren haben. So fiel der Anteil Baden-Württembergs an den Weltexporten von 2,0 % (1973) über 1,8 % (1977 bis 1979) auf 1,5 % im Jahre 1981. Dabei ist zu bemerken, daß der sprunghafte Rückgang der Weltmarktanteile zwischen 1973 und 1974 von 2,0 auf 1,7 % vornehmlich auf die ölpreisbedingten nominalen Exportsteigerungen der OPEC-Staaten zurückzuführen war, während der abermalige Rückgang zu Beginn der 80er Jahre eher auf Verschiebungen zugunsten außereuropäischer Konkurrenten beruhte.

Im Zusammenhang mit dieser Konkurrenzsituation muß auch darauf hingewiesen werden, daß die genannten Verluste bei den Weltexportanteilen nicht unbedingt mit einer nachlassenden Exportorientierung zusammenhängen muß. Neben der schon erwähnten anhaltenden Steigerung der Exportquoten - definiert als Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz des Verarbeitenden Gewerbes - ist auch zu erwähnen, daß die Außenhandelsüberschüsse der Bundesrepublik Deutschland in den 70er Jahren durchaus andere Entwicklungen nahmen als die Weltexportanteile. Beispielsweise erreich-

te der Außenhandelsüberschuß der Bundesrepublik 1974 mit 50,8 Mrd. DM den höchsten Wert während der 70er Jahre, obwohl in diesem Jahr erstmals ein starker Rückgang der bundesdeutschen Weltexportanteile von 11,6 auf 10,6 % zu verzeichnen war. In den bisherigen Jahren des achten Jahrzehnts ging zwar 1980 die Verminderung der Weltexportanteile von 10,3 auf 9,6 % parallel zu einem starken Rückgang des Außenhandelsüberschusses von 22,4 auf 8,9 Mrd. DM, doch hat die Zunahme im Jahre 1981 auf 27,7 Mrd. DM den Rückgang der Weltexportanteile auf 8,9 % nicht verhindern können. Insofern kann die Tatsache, daß der Außenhandelsüberschuß 1982 die Rekordhöhe von 51,2 Mrd. DM erreichte, nicht unbedingt schon Anlaß zu einer entsprechenden Verbesserung bei den Weltexportanteilen geben.

Im Vorgriff auf eine detailliertere und differenziertere Untersuchung ist in Schaubild 1 für die sechs Warenarten mit den höchsten, jeweils über 10 % liegenden Weltexportanteilen Baden-Württembergs aufgeführt, wie sich die veränderte Konkurrenzsituation für dieses Land ausgewirkt hat. Hierbei zeigt sich aber bereits eine erhebliche Differenzierung bei den einzelnen Exportartikeln, die - zumindest bis 1980 - vor einer Pauschalisierung warnen sollten. So ergaben sich bei drei der in Schaubild 1 aufgeführten Warenarten sogar beträchtliche Erhöhungen der baden-württembergischen Anteile an den jeweiligen Weltexporten zwischen 1975 und 1980 (Druckereimaschinen, Spezialfahrzeuge, Optische Instrumente). Insbesondere waren die Anteilsverbesserungen bei diesen Exportartikeln stärker als die Anteilsverluste bei Werkzeugmaschinen oder bei den "sonstigen Maschinen", woraus sich eben auch Strukturveränderungen der baden-württembergischen Industrie selbst ablesen lassen, die ihrerseits jedoch auch Reaktionen auf Signale des Weltmarkts darstellen. Der hieraus ablesbaren Differenziertheit soll diese Untersuchung auch Rechnung tragen.

Entsprechend der Bedeutung der Exporte für die Wirtschaftsentwicklung Baden-Württembergs wurde im letztjährigen Statistisch-prognostischen Bericht (1981/82) neben der Konkurrenzsituation zu ausländischen Anbietern auf den bundesdeutschen Inlandsmärkten auch die Stellung des Landes auf wichtigen Auslandsmärkten diskutiert. Die vorliegende Untersuchung baut hierauf auf und bringt - erstmals für dieses Bundesland - eine Übersicht über die Entwicklung der Weltexportanteile Baden-Württembergs und seiner wichtigsten Konkurrenten auf wichtigen Weltmärkten sowie für 1980 eine detailliertere, länderspezifische Betrachtung der Konkurrenzsituation in einzelnen Absatzmärkten (Importregionen) aus der Sicht Baden-Württembergs. Baden-Württemberg wird dabei in der Regel als eine eigenständige Volkswirtschaft aufgefaßt und in Konkurrenz zu anderen Staaten sowie zu den übrigen Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland gesehen. Dabei wird natür-

¹ Die Berechnungen zur Exportabhängigkeit basieren unter anderem auf der Input-Output-Tabelle Baden-Württemberg. Vgl. dazu: W. Müzenmaier: Direkte und indirekte Exportabhängigkeit der Wirtschaftsbereiche, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 7/1980.

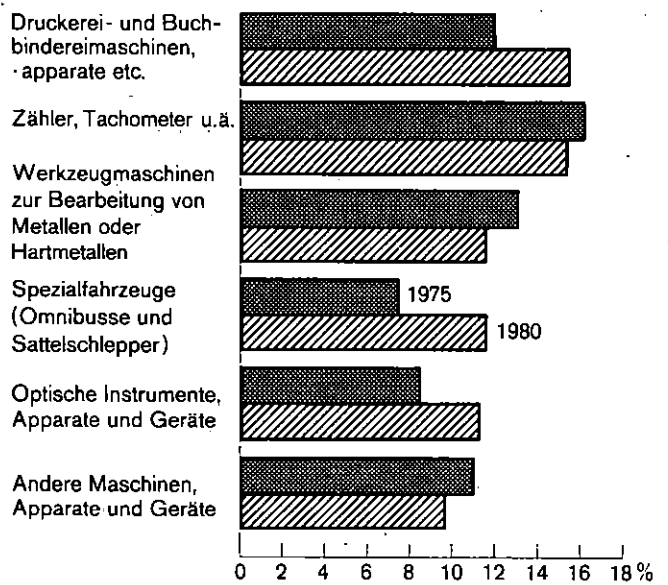
lich nicht verkannt, daß Baden-Württemberg in die nationale Arbeitsteilung der Bundesrepublik Deutschland eingepaßt ist bzw. für alle Bundesländer gleiche oder sehr ähnliche Rahmenbedingungen für die internationalen Außenhandelsbeziehungen bestehen und mithin die "Konkurrenz" zwischen Baden-Württemberg und den anderen Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland ganz anders zu beurteilen ist als diejenige zu anderen Staaten. Auch ist zu beachten, daß bei diesen Daten keine "Export-Import-Beziehungen" zwischen Baden-Württemberg und den anderen Bundesländern untersucht werden können.

Die nachfolgenden Untersuchungen basieren auf einem Datensystem, für das umfangreiche, im Anhang detailliert beschriebene Sonderaufbereitungen erforderlich waren. Unter anderem hat das Statistische Bundesamt für die Umstellung der Daten aus der nationalen Außenhandelsstatistik auf die internationale Systematik der UN-Statistiken Leitbänder zur Verfügung gestellt.

Im folgenden Abschnitt wird die Entwicklung der Anteile Baden-Württembergs am Weltexport insgesamt seit 1970 dargestellt, und zwar untergliedert nach drei Zeitphasen, deren Festlegung sich aus den Änderungen in den Rahmenbedingungen für den internationalen Handel ergibt. Dabei wird auch auf die Anteilsentwicklung der wichtigsten Konkurrenzländer und der anderen Bundesländer eingegangen. Anschließend wird diese Analyse nach Waren weiter differenziert: Zunächst wird dazu für

Schaubild 1

Exportgüter Baden-Württembergs mit besonders hohen Weltmarktanteilen 1975 und 1980



110 83

die von der Datenlage her aktuellsten Jahre 1979/80 die internationale Konkurrenzsituation der Bundesrepublik und Baden-Württembergs im Verhältnis zu den jeweils sechs wichtigsten Konkurrenzländern näher untersucht, und zwar für diejenigen 30 Produktgruppen, bei denen Baden-Württemberg einen Weltmarktanteil von über 5 % aufweist. Für Warengruppen, bei denen sich in der Vergangenheit be-

Tabelle 1

Daten zur Ausfuhr der 17 wichtigsten Exportnationen

Land	Exportvolumen		Anteil am Weltexport		Export je Einwohner	
	1980	1981	1980	1981	1980	1981
	Mill. DM		%		DM je Einwohner	
Vereinigte Staaten	401 824	528 250	11,0	11,8	1 739	2 262
Bundesrepublik Deutschland	350 328	396 898	9,6	8,9	5 690	6 431
darunter Baden-Württemberg	59 287	66 299	1,6	1,5	6 421	7 148
Japan	235 767	342 498	6,5	7,7	2 019	2 936
Großbritannien und Nordirland ¹⁾	208 173	249 700	5,7	5,6	3 707	4 460
Frankreich	201 774	228 866	5,5	5,1	3 755	4 241
Saudi-Arabien	198 582	271 742	5,4	6,1	22 163	29 157
Italien	142 924	170 124	3,9	3,8	2 505	2 974
Sowjetunion	139 138	179 051	3,8	4,0	524	669
Niederlande	133 470	154 720	3,7	3,5	9 439	10 865
Belgien/Luxemburg	116 407	125 376	3,2	2,8	11 390	12 268
Kanada	114 846	159 466	3,1	3,6	4 797	6 587
Schweden	56 033	63 868	1,5	1,4	6 743	7 676
Schweiz	53 637	60 803	1,5	1,4	8 381	9 398
Irak	50 858	23 954	1,4	0,5	3 891	1 770
Südafrika	46 591	47 135	1,3	1,1	1 591	1 564
Nigeria	45 657	45 290	1,3	1,0	592	569
Libyen	40 107	35 929	1,1	0,8	13 459	11 590
Übrige Länder	1 110 884	1 375 330	30,5	30,8	x	x
Welt	3 647 000	4 459 000	100	100	x	x

1) Angaben für 1981 geschätzt.

sonders interessante Verschiebungen im internationalen Wettbewerbsgefüge ergeben haben, wird die Analyse auf die Jahre 1971 bis 1980 ausgedehnt. In einem vierten Abschnitt wird für wichtige baden-württembergische Exportprodukte die Situation auf den jeweils sechs wichtigsten Auslandsmärkten (Importländer) für das Jahr 1980 näher analysiert; dazu werden die Exporte Baden-Württembergs und der anderen Bundesländer in diese Länder im Verhältnis zu den jeweils weltweit wichtigsten 16 Exportkonkurrenten einbezogen.

Die Position auf dem Weltmarkt

Im Jahre 1981 erreichten die Exporte der Bundesrepublik Deutschland an den gesamten Weltexporten einen Anteil von 8,9 %, womit die Bundesrepublik hinter den USA (11,8 %), aber noch vor Japan (7,7 %) die zweite Stelle einnahm (Tabelle 1). Der Anteil Baden-Württembergs an den Weltexporten belief sich auf 1,5 % - dies entspricht Platz 12 und bedeutet einen höheren Weltmarktanteil als z.B. derjenige Schwedens oder der Schweiz (je 1,4 %), Südafrikas oder Australiens (je 1,1 %), Nigerias oder Spaniens (je 1,0 %). Bei dieser Betrachtung würde übrigens auf die anderen Bundesländer mit einem Anteil von 7,4 % der dritte Platz hinter Japan (7,7 %), aber noch vor Saudi-Arabien (6,1 %), Großbritannien (5,6 %) oder Frankreich (5,1 %) entfallen. Diese Zahlen dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß damit Baden-Württemberg (wie auch die anderen Bundesländer) im Laufe der 70er und beginnenden 80er Jahre an Boden verloren haben. Für eine entsprechende Analyse können die nachfolgenden drei Phasen unterschieden werden; die Phaseinteilung orientiert sich an der bereits geschilderten stufenweisen Reduzierung der bundesdeutschen bzw. baden-württembergischen Weltexportanteile und spiegelt unterschiedliche internationale Einflußkomponenten wider.

1970 bis 1973

Anfang der 70er Jahre lag der Anteil Baden-Württembergs am Weltexport bei 2 %, derjenige der anderen Bundesländer bei 9 bis 10 % (Tabelle 2). In dieser Zeit konnte die Bundesrepublik - nicht zuletzt auch aufgrund ihrer exportbegünstigenden Wechselkurse - fast das Niveau der US-amerikanischen Exporte erreichen; die USA hielten in dieser Zeit einen Weltexportanteil von 13,6 bis 12 % mit eher fallender Tendenz. Der Abstand des bundesdeutschen Exportvolumens zu denjenigen der drei folgenden Handelsnationen, das sind Japan (tendenziell steigender Anteil von gut 6 auf knapp 7 %), Frankreich (steigende Tendenz von 5,7 bis 6,2 %) und Großbritannien (fallende Tendenz von 6,2 auf 5,3 %) war in den genannten Jahren 1970 bis 1973 beachtlich. Der Weltexportanteil der in Tabelle 2 genannten zehn wichtigsten Industrienationen ging leicht von 63,4 % auf 61,8 % zurück.

1974 bis 1979

Zwischen 1973 und 1974 fiel der Anteil Baden-Württembergs am Weltexport von 2,0 auf 1,7 %, und derjenige der anderen Bundesländer ging von 9,6 auf 8,9 % zurück. Vergleichbare Entwicklungen ergaben sich - abgesehen von Japan - auch für die anderen Industrienationen. Wie Tabelle 2 zeigt, reduzierte sich der Anteil der zehn wichtigsten westlichen Industrienationen am Weltexport von 61,8 % (1973) auf 57,0 % (1974). Dieser Rückgang der Weltexportausfuhren westlicher Industrienationen ist wesentlich auf die nominal stark gestiegenen Rohölausfuhren zurückzuführen, die hauptsächlich zu der starken Steigerung des gesamten Weltexports 1973/74 um 41 % und vor allem zu einer Verschiebung zugunsten der Exporte aus OPEC-Staaten führte. Beispielsweise hat Saudi-Arabien zwischen 1972 und 1974

Tabelle 2

Anteil Baden-Württembergs, anderer Bundesländer sowie der zehn wichtigsten westlichen Industrienatio-

Jahr	Welt-export	Export Baden-Württemberg	Anteil am								
			Baden-Württemberg	andere Bundesländer	USA	Japan	Großbritannien	Frankreich	Kanada	Niederlande	Belgien und Luxemburg
Mill. DM		%									
1970	1 144 866	22 641	2,0	9,0	13,6	6,2	6,2	5,7	5,3	3,8	3,7
1971	1 219 780	23 675	1,9	9,2	12,5	6,9	6,4	5,8	5,1	4,0	3,6
1972	1 336 300	26 535	2,0	9,2	12,0	6,9	5,9	6,2	4,9	3,9	3,9
1973	1 544 700	30 803	2,0	9,6	12,4	6,4	5,3	6,2	4,4	4,2	3,9
1974	2 176 600	37 283	1,7	8,9	11,7	6,6	4,6	5,5	3,9	3,9	3,4
1975	2 146 800	35 917	1,7	8,6	12,3	6,4	5,0	5,9	3,7	4,0	3,3
1976	2 491 900	41 942	1,7	8,6	11,6	6,8	4,7	5,6	3,9	4,1	3,3
1977	2 608 500	45 575	1,8	8,7	10,7	7,2	5,1	5,6	3,7	3,9	3,3
1978	2 613 900	47 698	1,7	9,1	11,0	7,5	5,5	6,9	3,5	3,9	3,4
1979	3 010 000	53 109	1,8	8,7	11,1	6,3	5,5	6,0	3,4	3,9	3,4
1980	3 647 000	59 287	1,6	8,0	11,0	6,5	5,7	5,5	3,1	3,7	3,2
1981	4 459 000	66 299	1,5	7,4	11,8	7,7	5,6	5,1	3,6	3,5	2,8

seinen Anteil an den Weltmarktexporten von 1,3 über 1,6 auf 4,2 % erhöht; 1981 war diese Nation mit einem Anteil von 6,1 % an den Weltexporten die fünfthöchste Exportnation, während sie 1973 erst an 14. Stelle lag.

In den Jahren 1975 bis 1979 konnten Baden-Württemberg und die anderen Bundesländer ihre Weltmarktstellung in etwa auf dem Niveau des Jahres 1974 halten. Die beiden anderen führenden Exportnationen (USA und Japan) mußten zwischen 1974 und 1979 leichte Verluste ihrer Weltmarktpositionen hinnehmen, wobei dieser Prozeß bei den USA relativ kontinuierlich verlief (insbesondere zwischen 1975 und 1978), während Japan bis 1978 einen Ausbau auf 7,5 % erzielte, im Folgejahr 1979 aber auf 6,3 % zurückfiel. Da die anderen wichtigen Industrienationen (vor allem Großbritannien, Frankreich, Italien) im genannten Zeitraum ihre Weltmarktanteile recht kontinuierlich ausbauen konnten, nahm der Anteil der zehn wichtigsten Industrienationen am Weltexport ebenfalls wieder leicht von 57,0 % (1974) auf 59,4 % (1978) zu, um dann - parallel zum genannten Rückgang Japans - auf 57,5 % (1979) abzunehmen.

1980/81

In den beiden ersten Jahren des achten Jahrzehnts gingen die Weltmarktanteile der bundesdeutschen (und darunter baden-württembergischen) Exporte wieder zurück, und zwar in einem stärkeren Ausmaß als es den Anteilsverlusten zwischen 1973 und 1975 entspricht; dies gilt insbesondere für die anderen Bundesländer (Tabelle 2). Die Gründe für die Anteilsverluste der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1979 und 1981 um 1,6 Prozentpunkte auf 8,9 % (bzw. Baden-Württembergs um 0,3 Prozentpunkte auf 1,5 %) sind andere möglicherweise gravierendere als damals, denn es erfolgte eine relativ einseitige Um-

schichtung zwischen den Industrienationen: Für die anderen westeuropäischen Industrienationen (außer Großbritannien) ergab sich eine ähnliche Entwicklung wie für die Bundesrepublik Deutschland, doch konnten die beiden führenden nichteuropäischen Industrienationen in diesen zwei Jahren ihre Weltmarktposition weiter ausbauen und dadurch den Rückgang der Weltexportanteile westlicher Industrienationen (1979: 57,5 %; 1981: 55,6 %) in Grenzen halten. Der Weltexportanteil der USA nahm zwischen 1979 und 1981 von 11,1 auf 11,8 % zu, derjenige Japans sogar von 6,3 % auf 7,7 %. Bemerkenswert bei der japanischen Entwicklung ist vor allem der Anstieg um 1,2 Prozentpunkte 1980/81, der mehr beinhaltet als ein Aufholen der Weltmarktverluste zwischen 1978 und 1980. Hierin spiegelt sich durchaus eine fast "kontinentale" Herausforderung (Japan und USA gegenüber Europa) wider, deren Auswirkungen auf die Bundesrepublik bzw. auf Baden-Württemberg beträchtlich sind.

Für eine Beurteilung der genannten globalen Weltmarktverluste Baden-Württembergs ist es von besonderem Interesse zu untersuchen, wie die Entwicklung der Weltmarktstellung Baden-Württembergs und seiner Konkurrenten bei den wichtigen baden-württembergischen Exportgütern war. Nachfolgend wird hierzu zunächst die Konkurrenzsituation und ihre Entwicklung 1979/80 für diejenigen Waren analysiert, bei denen Baden-Württemberg hohe Weltmarktanteile aufweist. Sodann wird für einige ausgewählte Waren ein Überblick über die Entwicklung der Weltmarktanteile Baden-Württembergs, der Bundesrepublik Deutschland und der wichtigsten ausländischen Konkurrenten seit 1971 gegeben; in diese Untersuchung werden vornehmlich diejenigen Waren einbezogen, bei denen sich in diesem Zeitraum aus der Sicht Baden-Württembergs besonders bemerkenswerte Verschiebungen in der Konkurrenzsituation ergeben haben. Entsprechend der Bedeutung für Baden-Württemberg werden nachfolgend nur Waren der Gruppe Maschinenbauerzeugnisse, elektrotechnische Erzeugnisse, Fahrzeuge und sonstige bearbeitete Waren (SITC II- Positionen 7 und 8) untersucht.

Die Konkurrenzsituation bei den wichtigsten baden-württembergischen Exportgütern 1979/80

In Anhangtabelle 6 ist die internationale Konkurrenzsituation für diejenigen Waren aufgeführt, bei denen Baden-Württemberg eine hervorgehobene Bedeutung im Rahmen des internationalen Handels hat². Es handelt sich hierbei

² Zur Methode der Berechnung dieser Daten vgl. Statistisch-prognostischer Bericht 1981/82, Teil II, Kapitel 3.1. Im einzelnen mußten hierzu die Daten für den Export Baden-Württembergs auf die internationale Systematik SITC II umgestellt werden; diese Daten sind auf DM-Basis voll mit entsprechenden Daten des Statistischen Bundesamtes für die Bundesrepublik vergleichbar und können somit zur Umrechnung auf die Daten der UN bezüglich des Welthandels auf Dollar-Basis in dieser Systematik SITC II verwendet werden.

nen am Weltexport

Weltexport				
Schweden	Italien	Schweiz	aufgeführte Länder zusammen	nachrichtl. Saudi-Arabien
%				
2,2	4,2	1,6	63,4	0,8
2,1	4,3	1,6	63,4	1,1
2,1	4,5	1,7	63,0	1,3
2,1	3,9	1,6	61,8	1,6
1,9	3,6	1,4	57,0	4,2
2,0	4,0	1,5	58,4	3,2
1,9	3,7	1,5	57,3	3,9
1,7	4,0	1,5	57,2	3,7
1,7	4,3	1,8	59,4	3,1
1,7	4,4	1,6	57,5	3,9
1,5	3,9	1,5	55,3	5,4
1,4	3,8	1,4	55,6	6,1

in der Regel um Waren, bei denen der Anteil Baden-Württembergs am Weltexport 1980 5 % und mehr betrug; darüber hinaus sind einige andere Waren aufgenommen, bei denen Baden-Württemberg kleinere Weltmarktanteile aufwies, die aber aus anderen Gründen bedeutsam sind und deshalb in den folgenden Kapiteln auch noch behandelt werden – sei es wegen ihrer absoluten Bedeutung (zum Beispiel Lastkraftwagen), wegen eines besonders starken Konkurrenzdrucks (zum Beispiel Musikinstrumente) oder wegen interessanter regionaler Märkte (zum Beispiel Landwirtschaftsmaschinen oder Möbel). Die in dieser Tabelle aufgeführten 30 Waren umfaßten 1980 rund 58 % des baden-württembergischen Exportvolumens.

Bei 17 dieser 30 Warenarten war die Bundesrepublik Deutschland 1980 das wichtigste Exportland der Welt; 1979 waren es noch 18 Warenarten, doch wurde Japan 1980 der zweitwichtigste Exporteur an Personenkraftwagen. Die Hauptkonkurrenten der Bundesrepublik Deutschland auf dem Weltmarkt sind – ungefähr in dieser Reihenfolge – die USA, Japan, Großbritannien, Frankreich, Italien, die Schweiz und Schweden; bei einigen Waren sind auch noch die Niederlande, Belgien/Luxemburg, Österreich, Finnland, Kanada, Hongkong, Südkorea, Jugoslawien und Irland zu nennen. Im allgemeinen entfallen bei den aufgeführten Warenarten auf Baden-Württemberg, die anderen Bundesländer sowie die sechs wichtigsten internationalen Konkurrenten drei Viertel bis neun Zehntel des gesamten Weltexports. Bei den sechs nachfolgend aufgeführten Warenarten ist die Stellung Baden-Württembergs auf dem Weltmarkt nach wie vor so groß, daß dieses Land 1980 rund ein Zehntel oder mehr des Weltexportvolumens bestritt.

Bei den Druckerei- und Buchbindereimaschinen, -apparaten und -geräten entfielen 1980 auf Baden-Württemberg 15,5 % aller Weltexporte, womit dieses Bundesland hinter den anderen Bundesländern (22,2 %) und den USA (19,5 %) auf Platz drei lag. Die Entwicklung zwischen 1979 und 1980 war geprägt durch Anteilsverluste Baden-Württembergs und der anderen Bundesländer um 0,7 bzw. 1,3 Prozentpunkte, wovon neben den USA (+ 0,5 Prozentpunkte) und Großbritannien (+ 0,7 Prozentpunkte) vor allem Japan profitierte (+ 1,4 Prozentpunkte), das gleichwohl mit einem Weltexportanteil von 5,2 % im Jahre 1980 (noch) nicht zu den stärksten Konkurrenten Baden-Württembergs zählte.

Bei den Werkzeugmaschinen zur Bearbeitung von Metallen oder Hartmetallen konnte Baden-Württemberg 1980 sogar seinen dritten Platz (11,6 % mit + 0,4 Prozentpunkten gegenüber 1979) hinter den anderen Bundesländern (17,7 %, - 1,1 Prozentpunkte) und Japan (14,0 %, + 0,2 Prozentpunkte) festigen, wenngleich die USA (11,4 %, + 0,9 Prozentpunkte) stark aufgeholt haben.

Den dritten Platz ebenfalls halten konnte Baden-Württemberg bei den Anderen nichtelektrischen Maschinen, Apparaten, Geräten, Werkzeugen und Werkzeugmaschinen, obwohl ein Rückgang um 0,6 Prozentpunkte zu einem Absinken seines Weltexportanteils auf unter ein Zehntel (9,7 %) führte. Die anderen Bundesländer konnten ihre Spitzenstellung (19,4 %) behaupten, die wichtigsten Konkurrenzländer – allen voran USA (18,6 %) und Italien (8,8 %) – zum Teil beachtlich ausbauen.

Demgegenüber haben gewisse Anteilsverluste bei Spezialfahrzeugen (das sind vor allem Kraftomnibusse und Sattelschlepper) dazugeführt, daß Baden-Württemberg zwischen 1979 und 1980 vom dritten auf den vierten Platz zurückgefallen ist. Hier konnten die anderen Bundesländer ihre Spitzenposition (16,1 auf 18,2 %) ausbauen, und Japan konnte sich durch eine Zunahme von 11,9 auf 15,7 % auf die zweite Stelle vor die USA schieben, deren Anteil an den Weltexporten von 14,9 auf 13,1 % zurückging. Fast gleich hoch waren die Anteilsverluste Baden-Württembergs (13,8 auf 11,6 %).

Noch dramatischer sind die Verluste Baden-Württembergs zwischen 1979 und 1980 bei den Optischen Instrumenten, Apparaten und Geräten zu beurteilen. Hier waren die Anteilsverluste Baden-Württembergs mit 3,8 Prozentpunkten (auf 11,3 %) stärker als diejenigen Japans (- 1,7 Punkte auf 20,9 %), der anderen Bundesländer (- 1,6 Punkte auf 14,4 %) oder der USA (- 0,8 Punkte auf 13,0 %), die damit 1980 einen höheren Exportanteil aufwiesen als Baden-Württemberg. Möglicherweise ist diese für Baden-Württemberg besonders schlechte Entwicklung in engem Zusammenhang mit einer Exportoffensive des Nachbarlandes Schweiz zu sehen, die ihre Weltexportanteile zwischen 1979 (3,2 %) und 1980 (12,2 %) stark ausbauen konnte und sich damit auf Platz vier vorgeschoben hat.

Trotz leichter Anteilsverluste um 0,8 Prozentpunkte blieb Baden-Württemberg dagegen bei Gas-, Flüssigkeits- und Elektrizitätszählern, Tachometern, Taxametern und anderen Zählern auch 1980 das weltweit wichtigste Exportland. 15,4 % aller Exporte wurden 1980 von Baden-Württemberg bestritten, und 14,6 % von der Schweiz, die stärkere Einbußen zu verzeichnen hatten. Japan hat sich bei dieser Warenart 1979/80 etwas zurückgezogen (- 1,4 Prozentpunkte) und liegt nun mit 10,2 % Weltexportanteil hinter Großbritannien (11,2 %), den anderen Bundesländern (10,8 %) und Frankreich (10,3 %) auf Platz sechs.

Unter den Waren, bei denen Baden-Württemberg weniger als ein Zehntel der Weltexporte bestreitet, sind die folgenden von gewissem Interesse, weil eine starke Auslandskonkurrenz 1979/80 zu größeren Marktanteilsverlusten ge-

führt hat. Bei den Maschinen, Apparaten und Geräten zur Papier- und Papierhalbstoffherstellung haben vornehmlich Exportoffensiven angelsächsischer Länder (USA + 1,2 Punkte auf 12,3 %; Großbritannien + 2,1 Punkte auf 8,9 %; Kanada + 2,4 Punkte auf 7,4 %) dazu geführt, daß neben anderen europäischen Staaten auch der Marktführer "andere Bundesländer" (- 1,8 Punkte auf 20,3 %) sowie Baden-Württemberg (- 1,0 Punkte auf 6,4 %) Anteile an den Weltexporten verloren haben. Ebenfalls aufgrund einer starken angelsächsischen Konkurrenz, noch mehr aber durch Exportausweitungen Japans mußte die Bundesrepublik bei den Elektrischen Maschinen, Apparaten und Geräten 1979 starke Verluste auf den Weltmärkten in Kauf nehmen. Die anderen Bundesländer haben ihre Spitzenstellung von 1979 (16,5 %) nach einem Rückgang auf 13,4 % im Jahre 1980 an die USA (16,4 %) und Japan (16,0 %) verloren, die ihre Weltexportanteile um 1,2 bzw. 2,7 Prozentpunkte erhöhten.

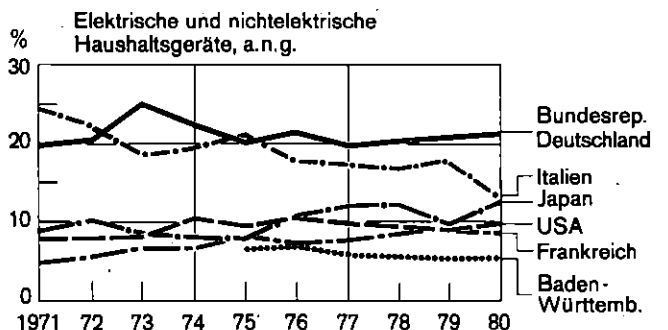
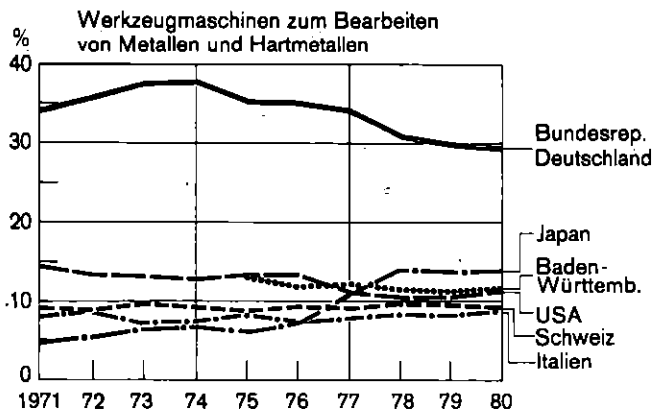
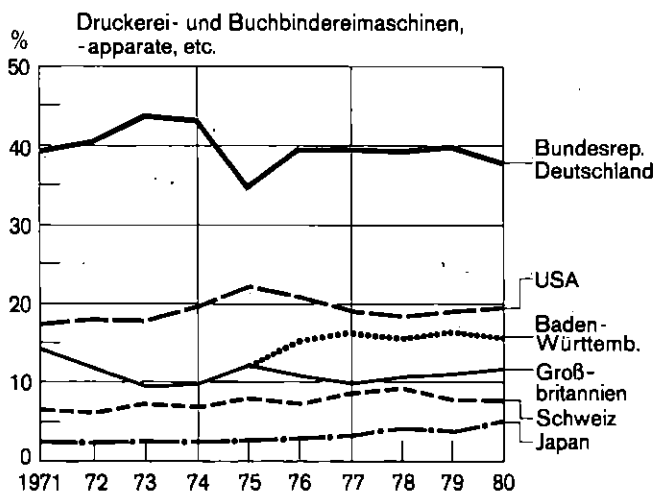
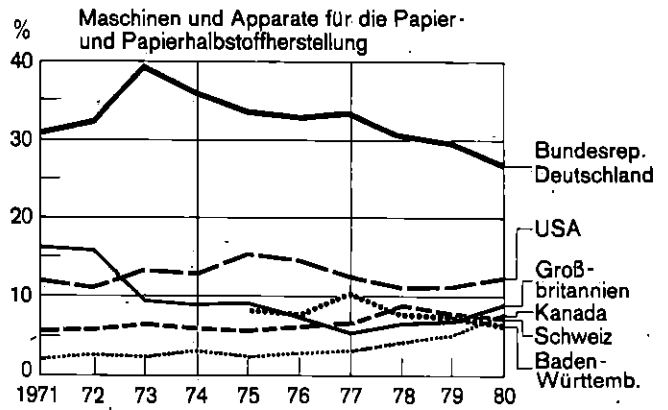
Baden-Württemberg, das 1979 (6,6 %) noch einen fast gleich hohen Weltexportanteil wie Großbritannien hatte (6,9 %), verlor 1980 1,0 Prozentpunkte, während Großbritannien um 2,1 Prozentpunkte auf 9,0 % zulegen konnte. Schließlich können die baden-württembergischen Verluste von Weltexportanteilen bei Uhrmacherwaren (- 0,8 Prozentpunkte auf 5,2 %) und vor allem bei Musikinstrumenten (- 1,1 Prozentpunkte auf 4,0 %) vornehmlich auf einen starken Ausbau der Konkurrenz aus Fernost zurückgeführt werden, da die anderen europäischen Konkurrenten oder die USA ihre Weltmarktanteile entweder knapp halten (vor allem Musikinstrumente) oder aber durchweg zurücknehmen mußten (Uhren). Bei den Musikinstrumenten hat Japan seine führende Position um 4,0 Prozentpunkte auf 26,1 % Weltexportanteil ausbauen können. Bei den Uhrmacherwaren, bei denen die Schweiz nach wie vor der weltweit wichtigste Exporteur blieb, waren es zwar "nur" + 2,7 Prozentpunkte (auf 23,1 %), doch haben Hongkong (+ 4,7 Prozentpunkte auf 22,4 %) und auch Südkorea (+ 0,3 Prozentpunkte auf 2,5 %) ebenfalls stark zugelegt.

Herausragende Veränderungen in der internationalen Konkurrenzsituation 1971 bis 1980

Der Rückgang bundesdeutscher bzw. baden-württembergischer Weltexportanteile bei einigen der genannten Waren zwischen 1979 und 1980 muß teilweise im Zusammenhang mit schon längere Zeit anhaltenden Verschiebungen der weltweiten Konkurrenzsituation gesehen werden; in einigen anderen Fällen ist jedoch diese kurzfristige Entwicklung anders zu beurteilen als die längerfristigen Tendenzen. Außerdem sind, wie bereits bei der Kommentierung von Schaubild 1 angedeutet, in der langfristigen Entwicklung starke Unterschiede zwischen den einzelnen Waren festzustellen. Zur Erhellung entsprechender Entwicklungsmu-

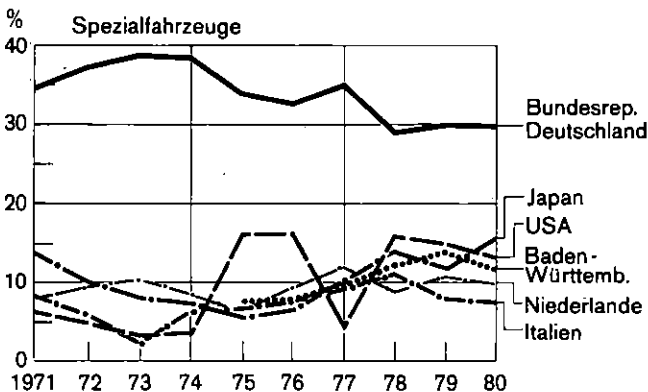
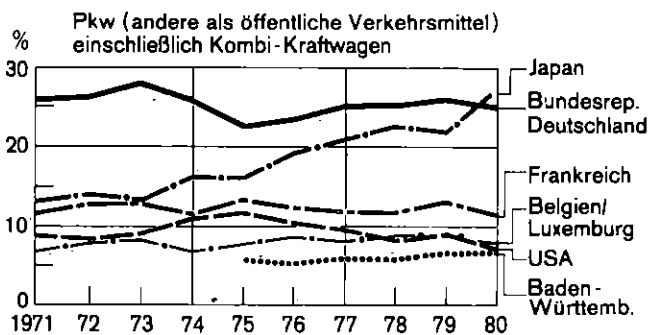
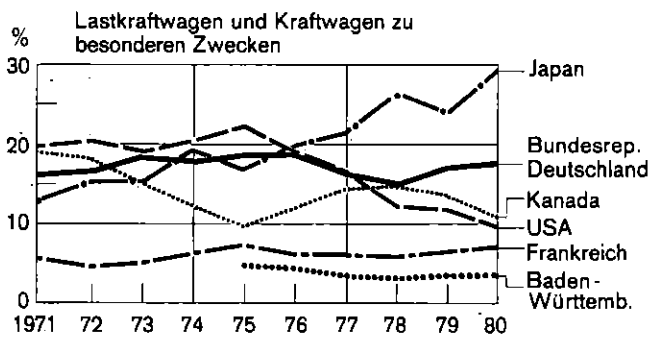
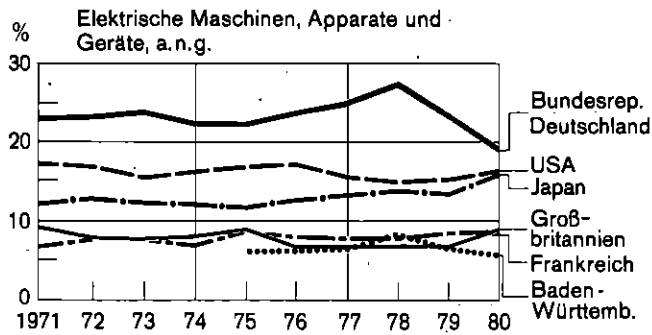
Schaubild 2

Entwicklung der Weltexportanteile der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Württembergs sowie der vier wichtigsten Konkurrenzländer¹⁾



¹⁾ Geordnet nach der Höhe des Weltexports 1980.
120 83

Entwicklung der Weltexportanteile der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Württembergs sowie der vier wichtigsten Konkurrenzländer¹⁾



¹⁾ Geordnet nach der Höhe des Weltexports 1980.
120 83

ster wird nachfolgend die Weltexportentwicklung bei einigen Waren näher untersucht; aus Platzgründen werden dabei nur solche Waren einbezogen, bei denen sich mittelfristig besonders auffallende Verschiebungen ergeben haben. Es sind naturgemäß teilweise andere als die zuvor für 1979/80 kommentierten. Die Untersuchung bezieht sich auf die Jahre 1971 bis 1980; baden-württembergische Daten können allerdings erst ab 1975 einbezogen werden (vgl. im einzelnen Schaubild 2).

Bei Maschinen und Apparaten für die Papier- und die Papierhalbstoffherstellung blieb die Bundesrepublik Deutschland auch 1980 noch der weltweit mit Abstand wichtigste Exporteur, obwohl seit 1973 (Weltexportanteil 39,3 %) ein fast kontinuierlicher, dramatischer Rückgang bis auf zuletzt 26,7 % im Jahre 1980 erfolgte. Für Baden-Württemberg ergab sich eine nahezu parallele Entwicklung. Die anderen traditionellen Anbieter auf dem Weltmarkt wie USA (1980: 12,3 %), Großbritannien (8,9 %), Schweiz (7,2 %) und Schweden (7,1 %) konnten demgegenüber (auf das ganze gesehen) in diesem Zeitraum ihre Position halten, wobei noch zu erwähnen wäre, daß die starke Zunahme des bundesdeutschen Weltmarktanteils zwischen 1971 und 1973 dem Weltmarktverlust Großbritanniens genau gleichkam. Demgegenüber war der starke Verlust bundesdeutscher Weltexportanteile nach 1973 auf ein Vordringen bislang kleinerer Konkurrenten zurückzuführen. Neben Italien (1973: 4,4 %; 1980: 6,4 %) und Finnland (3,4 %/6,1 %) und Frankreich (3,4 %/ 5,7 %) ist dabei vor allem Kanada hervorzuheben, das seinen Weltexportanteil zwischen 1973 (2,4 %) und 1980 (7,4 %) mehr als verdreifachte. Japan hat besonders stark zwischen 1972 (1,8 %) und 1978 (4,3 %) an Bedeutung gewonnen, sich anschließend jedoch offensichtlich wieder etwas zurückgezogen und war so 1980 (3,6 %) kein besonders gewichtiger Konkurrent bei diesen Maschinen.

Dies ist bei den Druckerei- und Buchbinde-reimaschinen und -apparaten, einer weiteren Domäne des bundesdeutschen Exports, anders. Dort waren die Anteilsverluste der Bundesrepublik Deutschland bei den Weltexporten viel geringer. Zwar ergab sich nach dem Höhepunkt 1973 (43,7 %) und 1974 (43,2 %) im Jahre 1975 ein starker Einbruch auf 34,7 %, von dem die USA, Großbritannien und verschiedene westeuropäische Staaten profitierten, doch konnte dieser Rückgang 1976 etwa zur Hälfte wieder kompensiert werden. Bis 1979 (39,7 %) konnte dann der Weltexportanteil gut behauptet werden. Der abermalige Rückgang auf 37,7 % im Jahre 1980 erklärt sich zumindest rein rechnerisch durch einen fast gleich hohen Anstieg Japans (1979: 3,8 %; 1980: 5,2 %), das bis dahin seine Position nur langsam ausgebaut hat; es wird von Interesse sein, ob hiermit eine Offensive Japans auch bei diesen Maschinen eingeläutet wird. Baden-Württemberg konnte - parallel zur

Bundesentwicklung - seine hervorgehobene Position auf dem Weltmarkt im wesentlichen behaupten (1980: 15,5 %).

Die Werkzeugmaschinen zum Bearbeiten von Metallen und Hartmetallen sind ein nahezu klassisches Beispiel für die japanische Strategie einer vergleichsweise raschen, aber punktuellen Eroberung spezieller Märkte. Zwischen 1976 und 1978 verdoppelte Japan seinen Anteil an den Weltexporten bei Werkzeugmaschinen von 7,2 auf 14,0 %, nachdem in den vorangegangenen Jahren nur relativ leichte, aber kontinuierliche Zunahmen (1971: 4,7 %) zu verzeichnen waren; in den Jahren nach 1978 konnte dieser hohe Weltmarktanteil gehalten werden, womit Japan sich seit 1978 hinter der Bundesrepublik Deutschland (bzw. den anderen Bundesländern), aber vor den USA und Baden-Württemberg auf Platz 2 angesiedelt hat. Der genannte stürmische Aufschwung 1976/78 ging zunächst zu Lasten der USA (1976: 13,4 %; 1978: 10,5 %) und der Bundesrepublik Deutschland (35,2 %; 31,0 %); während die USA in den Jahren der japanischen Konsolidierung auf höherem Niveau wieder leicht an Boden gewinnen konnten (1980: 11,4 %), hielt der Prozeß eines Rückgangs der Weltexportanteile für die Bundesrepublik Deutschland an (1980: 29,3 %), da auch andere europäische Staaten wie Italien und Großbritannien ihre Exporte überdurchschnittlich stark ausbauten. Baden-Württemberg hat diese Entwicklung bundesdeutscher Marktanteile einbüßen nicht im genannten Ausmaß mitgemacht, sondern den Anteil des Jahres 1976 (11,9 %) auch 1980 noch ungefähr gehalten (11,6 %).

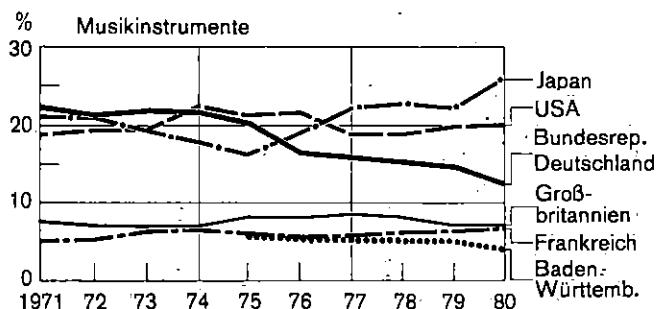
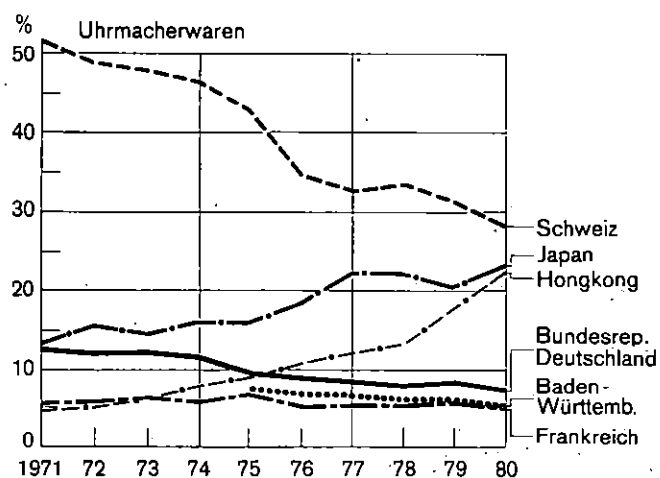
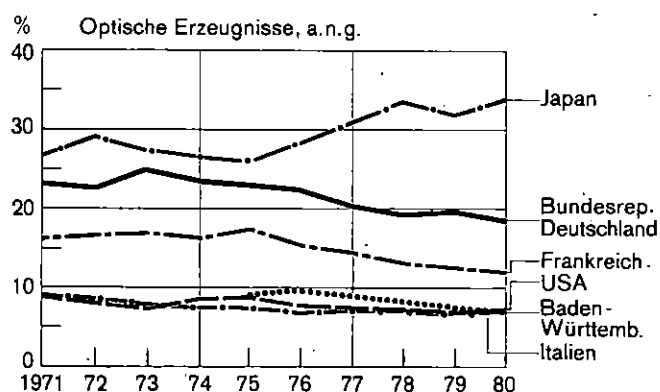
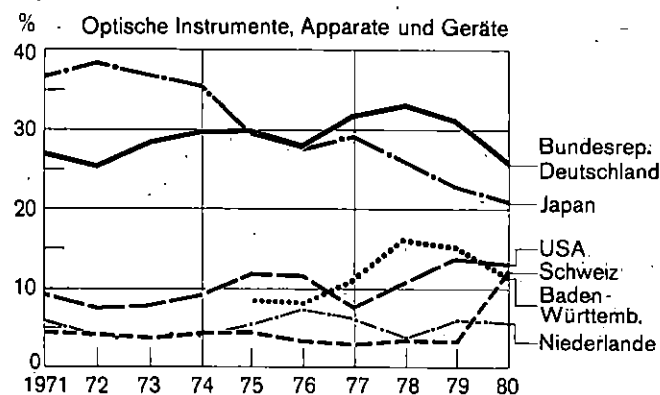
Die (vornehmlich elektrischen) Haushaltsgeräte sind ein Beispiel für Waren, bei denen japanische Offensiven die Position der Bundesrepublik Deutschland bislang weniger stark tangierten als diejenigen anderer Konkurrenten. Bei dieser Warengruppe hat Japan zwischen 1975 und 1977 den Weltexportanteil von 7,9 auf 12,0 % ausgeweitet; nach einem gewissen Rückgang 1979 hält dieses Land 1980 mit 12,6 % Platz 3 knapp hinter Italien (12,8 %). Italien, das bis etwa 1975 mit der Bundesrepublik Deutschland um die Vormachtstellung beim Weltexport konkurrierte, fiel von 21,0 % (1975) auf 12,8 % (1980) zurück, und zwar ziemlich parallel zum Vordringen Japans wie auch Hongkongs (1971: 0,5 %; 1975: 1,5 %; 1980: 5,1 %).

Die Bundesrepublik Deutschland konnte demgegenüber ihre inzwischen führende Stellung zumindest bis 1980 (21,1 %) gegenüber 1975 (20,1 %) sogar noch ausbauen. Entgegen diesem Bundestrend hat Baden-Württemberg nach 1975 (6,4 %) an Boden verloren (1980: 5,4 %).

Eine Produktgruppe, bei der die Bundesrepublik Deutschland ihre weltweite Vorrangstellung einzubüßen droht bzw. Baden-Württemberg inzwischen auf Platz 6 hinter Frankreich und Großbritannien zurückgefallen ist, sind

Noch: Schaubild 2

Entwicklung der Weltexportanteile der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Württembergs sowie der vier wichtigsten Konkurrenzländer¹⁾



1) Geordnet nach der Höhe des Weltexports 1980.
121 83

die elektrischen Maschinen, Apparate und Geräte, zu denen in der vorliegenden Abgrenzung z.B. Batterien und Akkumulatoren, Glühlampen und Entladungslampen, elektrische Ausrüstungen für Verbrennungsmotoren und Fahrzeuge, Elektrowerkzeuge und verschiedene andere elektrische Maschinen, Apparate und Geräte gehören. Noch mehr als Japan hat die Bundesrepublik bei diesen elektrischen Maschinen zwischen 1975 (22,2 %) und 1978 (27,2 %) ihren Anteil an den Weltexporten zu Lasten u.a. der USA und Großbritanniens ausgebaut. Während jedoch Japan bis 1980 seinen Weltmarktanteil weiter erhöhen bzw. die USA und Großbritannien inzwischen wieder die Anteilswerte des Jahres 1975 erreichen konnten, hat die Bundesrepublik Deutschland seit 1978 binnen zweier Jahre über 8 Prozentpunkte verloren (1980: 19,0 %). Damit ist der Vorsprung gegenüber den USA (16,4 %) und Japan (16,0 %) erheblich zusammengesmolzen, nachdem 1978 die Bundesrepublik noch ungefähr einen gleich hohen Weltexportanteil hatte wie Japan und die USA zusammen. Baden-Württemberg hat sich diesem Bundes-trend nicht entzogen; es hat gegenüber 1978 (8,4 %) fast drei Prozentpunkte eingebüßt und so 1980 (5,6 %) einen geringeren Weltexportanteil aufgewiesen als 1975 (6,1 %).

Das Vordringen Japans auf verschiedenen, vornehmlich europäischen und amerikanischen Märkten wurde in letzter Zeit besonders stark bei den Straßenfahrzeugen diskutiert. Exportoffensiven auf breiter Front haben Japan zunächst (1976) bei Lastkraftwagen einschließlich Kraftwagen für besondere Zwecke, dann auch bei Personenkraftwagen (1980) zum weltweit wichtigsten Exporteur von Straßenfahrzeugen gemacht. Während bei den Exporten von Personenkraftwagen im Jahre 1980 die Bundesrepublik Deutschland (24,8 %) noch relativ nahe bei Japan (27,4 %) lag, beträgt der Abstand bei den Lastkraftwagen (Bundesrepublik Deutschland: 17,7 %, Japan: 29,5 %) inzwischen fast 12 Prozentpunkte - das ist mehr als der Weltmarktanteil des drittgrößten Exporteurs (Kanada). Lediglich bei den Spezialfahrzeugen - das sind vornehmlich Kraftomnibusse und Sattelschlepper - blieb die Bundesrepublik Deutschland auch 1980 weltweit an der Spitze und erlangte mit einem Weltexportanteil von 29,8 % mehr als Japan (15,7 %) und die USA (13,1 %) zusammen.

Was die Entwicklung im einzelnen anbelangt, so haben vornehmlich die USA durch die japanische Offensive an Boden verloren. Bei den Lastkraftwagen wurde der US-amerikanische Anteil an den Weltexporten zwischen 1975 (22,3 %) und 1980 (9,8 %) mehr als halbiert; diesem kontinuierlichen Rückgang um 12,5 Prozentpunkte entsprach eine etwa gleich starke Zunahme Japans von 16,7 auf 29,5 %. 1978 stellte sich dann auch bei den kanadischen Exportanteilen ein Rückgang von 14,7 auf 10,8 % ein, von dem (rein rechnerisch)

die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich profitierten; die Bundesrepublik Deutschland konnte durch eine Verbesserung der Weltmarktanteile zwischen 1978 (15,0 %) und 1980 (17,7 %) nicht nur den Rückgang zwischen 1976 (18,6 %) und 1978 fast wieder kompensieren und damit wieder die Weltmarktanteile der frühen siebziger Jahre erreichen, sondern sich auch deutlich wieder an die zweite Stelle setzen - nun aber nicht mehr hinter den USA, sondern hinter Japan.

Auch bei den Personenkraftwagen hat die Exportausweitung Japans bislang die nordamerikanischen Konkurrenten stärker getroffen, doch sind Gefahren für Westeuropa hier schon deutlicher zu erkennen. Zwischen 1975 und 1978 erhöhten sich die Weltexportanteile Japans von 16,1 auf 22,6 %, während diejenigen der USA von 11,6 auf 8,2 % bzw. Kanadas von 11,6 auf 8,8 % abnahmen. Die Bundesrepublik Deutschland konnte von diesen Verlusten Nordamerikas bis dahin sogar profitieren und ihre Weltmarktanteile von 22,5 auf 25,2 % ausbauen, freilich ohne die Einbußen zwischen 1973 und 1975 wieder ganz kompensieren zu können. Die nach einem zwischenzeitlichen leichten Rückgang 1979/80 wieder stark von 21,7 auf 27,4 % angestiegenen Exportanteile Japans trafen dann aber auch Westeuropa; im einzelnen gingen die Weltmarktanteile der Bundesrepublik Deutschland um 1 Prozentpunkt auf 24,8 % zurück, diejenigen Frankreichs sogar um 1,5 Punkte auf 11,5 %; bei den USA betrug dieser Verlust 1,7 Punkte mit dem Ergebnis, daß diese führende Industrienation 1980 bei den PKW-Exporten einen Anteil von nur noch 7,2 % erlangte, mit dem es genau zwischen Belgien/Luxemburg (7,8 %) und Baden-Württemberg (6,6 %) an 5. Stelle lag.

Bei den Spezialfahrzeugen lassen sich aufgrund der aus Sonderaufträgen resultierenden starken jährlichen Schwankungen der Exporte und damit auch der nationalen Exportanteile keine ganz klaren Linien erkennen. Generell kann jedoch gesagt werden, daß die Zunahme der bundesdeutschen Weltexportanteile zwischen 1971 und 1973 um 4 Prozentpunkte auf 38,6 % einhergingen mit Verlusten Japans und der USA und daß der Rückgang zwischen 1974 (38,4 %) und 1976 (32,5 %) im wesentlichen durch US-amerikanische Exportsteigerungen bedingt war, während der dann bis 1980 (29,8 %) relativ moderate Abbau mit der seit 1976 wieder einsetzenden Exportoffensive Japans zusammenhängen dürfte. Japan hat 1980 mit einem Weltexportanteil von 15,7 % erstmals wieder sein Ergebnis von 1971 (13,8 %) übertroffen und sich wieder auf die zweite Position hinter die Bundesrepublik Deutschland gesetzt, ohne deren führende Position bislang ernsthaft zu gefährden; gleichwohl sind bei diesen Spezialfahrzeugen die Verluste der Bundesrepublik vergleichsweise am höchsten (Rückgang um fast 9 Prozentpunkte beim Weltexportanteil).

Bezüglich der Bedeutung baden-württembergischer Kraftfahrzeugexporte innerhalb der skizzierten weltweiten Entwicklung ist zum einen auf das Gewicht Baden-Württembergs innerhalb der bundesdeutschen Exporte hinzuweisen. Dies ist wie erwähnt besonders bei Personenkraftwagen und Spezialfahrzeugen recht groß, weshalb weniger von einer Entwicklung im Bundestrend als von einer starken Beeinflussung der Bundesentwicklung durch Baden-Württemberg gesprochen werden muß. Auf diesem Hintergrund ist es besonders bemerkenswert, daß Baden-Württemberg die Bundesentwicklung, die bei Kraftfahrzeugen trotz starker Konkurrenz insgesamt nicht schlecht war, noch übertroffen hat. So war bei den Personenkraftwagen, wo die Weltexportanteile zwischen 1976 und 1980 um 1,4 Punkte auf 6,6 % zunahm, ein relativ starker Anstieg für Baden-Württemberg zu verzeichnen, während der Anteil der anderen Bundesländer bei 18,2 % stagnierte. Bei den Lastkraftwagen ist die Entwicklung Baden-Württembergs zwischen Mitte und Ende der 70er Jahre etwas günstiger verlaufen als im Bundesdurchschnitt. Gleichermäßen ist bei den Spezialfahrzeugen festzustellen, daß seit Mitte der 70er Jahre Baden-Württemberg wie Japan, wenn auch nicht im gleichen Ausmaß, seine Anteile an den Weltexporten ausweiten konnte (1975: 7,5 %; 1980: 11,6 %), während die Bundesrepublik ohne Baden-Württemberg im selben Zeitraum Anteilsverluste um gut 8 Prozentpunkte in Kauf nehmen mußte (1975: 26,3 %; 1980: 18,2 %).

Ein Beispiel für eine Produktgruppe, bei der Japan in den 70er Jahren Marktanteile verloren bzw. sich schrittweise und relativ kontinuierlich aus dem Weltmarkt zurückgezogen hat, sind die optischen Instrumente, Apparate und Geräte. Während Japan bei diesen Artikeln 1971 mit einem Weltexportanteil von 36,8 % noch mit 10 Prozentpunkten vor der Bundesrepublik Deutschland an der Spitze aller Exporteure lag, erlangte es 1980 nur noch 20,9 %; dies sind fast 5 Prozentpunkte weniger als die Bundesrepublik Deutschland, die seit 1975 die höchsten Exporte aller Staaten aufweist.

Die gute Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland, vor allem zwischen 1976 und 1978, war vornehmlich durch starke Exportanstrengungen Baden-Württembergs geprägt, das in diesem Zeitraum seinen Weltexportanteil von 8,1 auf 16,3 % verdoppelte bzw. den Anteil an den bundesdeutschen Exporten von gut ein Viertel auf die Hälfte steigerte; 1978 war Baden-Württemberg zusammen mit den anderen Bundesländern hinter Japan der zweitwichtigste Exporteur überhaupt. Der dann bis 1980 erfolgte Rückgang der bundesdeutschen Exportanteile um über 7 Prozentpunkte war dann aber auch überproportional stark durch entsprechende Entwicklungen Baden-Württembergs geprägt - mit der Folge, daß die 1979/80 stark expandierende Schweiz (von 3,2 auf

12,2 %) und die USA Baden-Württemberg auf Platz 5 verdrängt haben. Auffallend ist im übrigen der seit 1978 fast parallele Rückzug der führenden Exporteure (Bundesrepublik mit Baden-Württemberg sowie Japan) vom Weltmarkt, wovon ausschließlich westliche Industriestaaten profitierten.

Ganz anders ist demgegenüber die Entwicklung bei optischen Erzeugnissen wie Linsen, Prismen, Spiegeln, Brillen und Brillenfassungen. Hier ist für den 1971 (26,9 %) bereits führenden Exporteur Japan eine kontinuierliche Festigung bzw. Verbesserung der Marktposition bis auf 33,8 % im Jahre 1980 zu beobachten, die mit einer ebenso schrittweisen Abnahme der Weltmarktanteile bei den Konkurrenten aus Westeuropa (Bundesrepublik Deutschland mit Baden-Württemberg, Frankreich und Italien) sowie aus den USA einherging.

Auch bei den Uhrmacherwaren hat Japan zwischen 1971 und 1980 seinen Anteil an den Weltexporten von 13,3 % auf 23,1 % stark ausgebaut, wobei das Tempo nur durch dasjenige Hongkongs (von 4,8 auf 22,4 %) übertroffen wurde. Diese fernöstlichen Exportoffensiven betrafen aber vor allem die Schweiz, die 1971 noch 51,5 % aller Exporte bestritt, inzwischen mit einem Weltexportanteil von 28,2 % (1980) nur noch relativ knapp vor beiden Konkurrenten aus Fernost liegt. Die Verluste der anderen westeuropäischen Anbieter hielten sich demgegenüber in Grenzen, wenngleich für die Bundesrepublik Deutschland ein relativ deutlicher Rückgang von 12,6 % (1971) auf 7,2 % (1980) zu konstatieren ist. Im Zeitraum 1975 bis 1980 war dieser Rückgang allein durch das wichtigste Bundesland, nämlich Baden-Württemberg, geprägt, dessen Weltmarktanteile sich von 7,5 auf 5,2 % reduzierten und in diesem Bundesland wegen der regionalen Konzentration der Produktionsstätten zu recht markanten Problemen geführt hat; die anderen Bundesländer konnten ihren Anteil von 2 % dagegen halten.

Wiederum anders für die Bundesrepublik und Baden-Württemberg sind die Auswirkungen der japanischen Exportsteigerungen bei Musikinstrumenten zu werten, die Mitte der 70er Jahre einsetzte. Japan hat zwischen 1971 und 1975 - im Gegensatz zu den beiden anderen führenden Exportnationen USA und Bundesrepublik Deutschland - seine Weltexportanteile von 21,1 auf 16,3 % abgebaut, in der Folgezeit jedoch wieder stark erhöht (1980: 26,1 %). Während über die 70er Jahre hinweg der Anteil der USA an den Weltexporten relativ konstant um 20 % blieb, hat vor allem die Bundesrepublik Deutschland im Ausmaß der japanischen Expansion seit 1974 (21,6 %) an Boden verloren (1980: 12,5 %). Baden-Württemberg hat sich dabei noch vergleichsweise gut gehalten. Während nämlich die Bundesrepublik insgesamt zwischen 1975 (20,2 %) und 1979 (14,5 %) fast 6 Prozentpunkte eingebüßt hat, ging der Anteil Baden-Württembergs

in dieser Zeit lediglich um 0,5 Prozentpunkte auf 5,1 % zurück. 1979/80 war dann allerdings der Rückgang Baden-Württembergs auf 4,0 % (- 1,1 Punkte) stärker als derjenige der anderen Bundesländer (- 0,9 Punkte).

Konkurrenzsituation gegenüber wichtigen Exportländern auf bedeutenden Auslandsmärkten

Für eine Beurteilung der Weltmarktsituation Baden-Württembergs ist es des weiteren interessant zu wissen, auf welche ausländischen Konkurrenten Baden-Württemberg mit seinen wichtigsten Exportgütern in den jeweils bedeutendsten Importländern trifft. Für eine diesbezügliche Untersuchung sind nachfolgend waren- und länderspezifische Importdaten aus UN-Statistiken (in US-\$) sowie vergleichbare Exportdaten für Baden-Württemberg und die Bundesrepublik (in DM) zugrundegelegt³. Mit Hilfe der baden-württembergischen Exportdaten wurden die von Baden-Württemberg in die Auslandsmärkte exportierten Werte berechnet (vgl. Anhang).

³ Die Daten Baden-Württembergs (auf DM-Basis) entstammen einer Sonderaufbereitung des Statistischen Landesamtes für die Exporte nach der Systematik SITC II; diese Sonderaufbereitung konnte nur deshalb durchgeführt werden, weil das Statistische Bundesamt die für die maschinelle Aufbereitung benötigten Zusatzprogramme zur Verfügung stellte.

Aus verschiedenen datentechnischen Gründen, die im einzelnen im Anhang genannt sind, konnten in diese Untersuchung nicht alle für die Exportindustrie Baden-Württembergs wichtigen Waren einbezogen werden. Insofern ist die Untersuchung punktueller Natur, das heißt einige wichtige Auslandsmärkte können nicht hinsichtlich ihrer Konkurrenzsituation untersucht werden.

Dem Thema entsprechend werden die für die baden-württembergischen Exportprodukte wichtigsten Auslandsmärkte (Importländer) untersucht; es handelt sich hierbei in der Regel um Märkte in EG-Ländern, in den Nachbarländern Schweiz und Österreich und in den USA. Bei einzelnen Waren gehören aber auch Japan, Brasilien, Jugoslawien, Schweden oder Saudi-Arabien zu den wichtigsten Abnehmerländern. Alle Angaben beziehen sich auf das Jahr 1980.

Die in den nachfolgenden Ausführungen angegebenen Anteilswerte beinhalten stets den Anteil der einzelnen Exportländer an den Importen des jeweiligen Verbrauchslandes, drücken also nicht den Marktanteil im eigentlichen Sinne aus, da hierzu auch die Produktion des importierenden Landes selbst für den Inlandsabsatz gehört.

Bei dieser detaillierten, länder- und waren-spezifischen Untersuchung der internationa-

Tabelle 3

Internationale Konkurrenzsituation Baden-Württembergs auf wichtigen Auslandsmärkten bei Druckerei-

Exportregion ¹⁾	Weltexport		Importland ²⁾					
			USA		Großbritannien		Frankreich	
	Mill. US-\$	% ³⁾	Mill. US-\$	% ⁴⁾	Mill. US-\$	% ⁴⁾	Mill. US-\$	% ⁴⁾
Alle Exportländer	3 525,9	100	373,9	100	373,4	100	304,3	100
darunter aus								
Baden-Württemberg	546,6	15,5	64,7	17,3	55,2	14,8	52,1	17,1
anderen Bundesländern	782,4	22,2	78,7	21,0	86,8	23,2	81,6	26,8
USA	686,6	19,5	x	x	73,2	19,6	51,6	17,0
Großbritannien	413,6	11,7	49,0	13,1	x	x	25,5	8,4
Schweiz	266,9	7,6	20,8	5,6	27,5	7,4	28,0	9,2
Japan	184,4	5,2	60,7	16,2	21,0	5,6	4,8	1,6
Italien	176,3	5,0	51,1	13,7	20,4	5,5	26,1	8,6
Frankreich	138,8	3,9	8,1	2,2	31,6	8,5	x	x
Schweden	89,3	2,5	14,5	3,9	14,5	3,9	10,6	3,5
Niederlande	64,7	1,8	1,5	0,4	15,7	4,2	4,5	1,5
Belgien/Luxemburg	35,3	1,0	3,7	1,0	5,4	1,4	4,0	1,3
Dänemark	25,2	0,7	0,6	0,2	2,8	0,7	1,6	0,5
Kanada	24,4	0,7	8,6	2,3	2,7	0,7	0,4	0,1
Österreich	21,6	0,6	0,2	0,1	2,9	0,8	0,3	0,1
Australien	13,1	0,4	0,2	0,1	0,6	0,2		
Singapur	13,1	0,4	0,0	0,0	0,1	0,0		
Spanien	12,9	0,4	0,6	0,2	0,5	0,1	2,8	0,9
Hong-Kong	6,9	0,2	1,3	0,3	0,1	0,0		

1) In Spalte 1 sind die Weltexporte der in der Vorspalte genannten Exportregionen aufgeführt; nichtdeutsche Exportländer sind nach dem Umsatz in 3 Spalten 3 ff. ist zu beachten, daß die Summe der Weltimporte (3 652,0 Mill. US-\$) von den Weltexporten (3 525,9 Mill. US-\$) geringfügig abge-
 2) Die Importländer sind nach dem Umfang ihrer Importe aus Baden-Württemberg geordnet.
 3) Anteil der Exporte der
 4) Anteil der Importe aus den in der Vorspalte aufgeführten Exportregionen am Import des in der Kopfzeile genannten Importlandes.

len Konkurrenzsituation handelt es sich um eine für Baden-Württemberg erstmalige Datenzusammenstellung und somit um Ergebnisse, die prinzipiell neu sein dürften. Es erscheint deshalb erforderlich, bei der Zahlenkommentierung sich eng an die entsprechenden Tabellen zu halten und keine "Generallinie" aufzuzeigen, zumal sich eine solche wegen der Eigenheit der Absatzmärkte nicht immer einfach herauskristallisiert. Die Tabellen sind; soweit nicht anders vermerkt, im Anhang aufgeführt (Anhangtabellen 7 bis 18).

Ländwirtschaftliche Maschinen

Die landwirtschaftlichen Maschinen (ohne Ackerschlepper) gehören zu denjenigen Maschinen, bei denen der Ausfuhrabsatz regional relativ eng begrenzt ist. So tauschen die USA und Kanada - was aus Anhangtabelle 7 nur teilweise hervorgeht - landwirtschaftliche Maschinen größtenteils untereinander⁴,

⁴ In Anhangtabelle 7 ist zu beachten, daß aus den im Anhang genannten Gründen in Spalte 1 die Angaben des Exportlandes, in den Spalten 3 ff. dagegen die Angaben des Importlandes aufgeführt sind. Statistische Differenzen in den UN-Statistiken führen dazu, daß die US-Importe aus Kanada etwas höher ausgewiesen wurden als die kanadischen Exporte insgesamt.

und Buchbindereimaschinen 1980

Japan		Niederlande		Schweiz	
Mill. US-\$	% ⁴⁾	Mill. US-\$	% ⁴⁾	Mill. US-\$	% ⁴⁾
138,1	100	184,9	100	115,5	100
38,7	28,0	31,1	16,8	22,6	19,6
38,5	27,9	57,9	31,3	58,4	50,6
25,7	18,6	26,9	14,5	8,5	7,4
5,2	3,8	18,0	9,7	5,1	4,4
7,7	5,6	27,9	15,1	x	x
x	x	5,3	2,9	2,6	2,3
10,6	7,7	3,9	2,1	3,2	2,8
0,2	0,1	2,7	1,5	7,6	6,6
3,2	2,3	1,9	1,0	3,5	3,0
0,9	0,7	x	x	0,7	0,6
0,6	0,4	3,1	1,7	0,5	0,4
0,4	0,3	0,7	0,4	0,9	0,8
0,2	0,1	1,3	0,7	0,0	0,0
0,0	0,0	0,3	0,2	0,7	0,6
0,0	0,0	0,1	0,1	.	.
0,0	0,0	0,0	0,0	.	.
.	.	0,2	0,1	0,1	0,1
0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

fang ihrer Weltexporte geordnet. Bei Vergleichen mit den Werten der weicht. - 2) In den Spalten 3 ff. sind die Importe der in der Kopfzeile in der Vorspalte aufgeführten Exportregionen am Weltexport. -

und die Bundesrepublik Deutschland als zweitwichtigster Exporteur der Welt liefert vornehmlich an europäische Abnehmer. Baden-Württemberg weist bei landwirtschaftlichen Maschinen einen relativ geringen Weltmarktanteil (2,4 %) auf, erreicht aber bei den Nachbarländern Schweiz und Österreich mit 16,1 % bzw. 14,4 % relativ hohe Marktanteile. Das Bundesland liegt auf diesen Märkten jeweils an zweiter Stelle hinter den anderen Bundesländern, aber vor Italien und Frankreich. Der quantitativ bedeutendste Abnehmer baden-württembergischer Landwirtschaftsmaschinen (34,9 Mill. US-\$) ist Frankreich, der dritt wichtigste Importeur dieser Maschinen überhaupt; Baden-Württemberg liegt auf diesem Markt mit einem Anteil von 6,1 % an 7. Stelle aller Importeure. Beim weltweit wichtigsten Importeur, den USA, beträgt der Marktanteil gerade 1 %; wegen der dominierenden Bedeutung von Importen aus Kanada (79 %) erlangen die zweit- und dritt wichtigsten Importeure (andere Bundesländer mit 3,6 % und Großbritannien mit 3,1 %) auch kein sehr viel höheres Gewicht. Auf den genannten Märkten war Japan 1980 nur in den USA (1,3 %) oder Frankreich (2,1 %) ein quantitativ gewichtiger Konkurrent.

Maschinen für die Textil- und Lederindustrie

Der weltweit mit Abstand wichtigste Exporteur für Textil- und Ledermaschinen (Anhangtabelle 8) ist die Bundesrepublik Deutschland (27,8 %). Die anderen Bundesländer allein erreichten 1980 gut 20 %, gefolgt von der Schweiz (15,1 %), Japan (14,2 %), Italien (9,8 %), Baden-Württemberg (7,7 %), den USA (7,7 %) und Großbritannien (7,4 %). Betrachtet man in Anhangtabelle 8 die wichtigsten Abnehmer baden-württembergischer Textil- und Ledermaschinen⁵, so fällt auf, daß Baden-Württemberg für Jugoslawien (13,9 %) hinter den anderen Bundesländern der zweitwichtigste Exporteur, für die Schweiz (12,8 %), für Italien (16,1 %) und für Frankreich (13,1 %) der dritt wichtigste Exporteur ist. In diesen kontinentaleuropäischen Ländern ist die Konkurrenz aus Japan und den USA relativ gering. Bereits in Großbritannien sind jedoch die Importe aus den USA (dritte Stelle hinter den anderen Bundesländern und Italien) und Japan (vierte Stelle) bedeutender als die Importe aus Baden-Württemberg (9,3 %). Auf dem US-amerikanischen Markt liegt die Schweiz (22,8 %) vor den anderen Bundesländern (21,7 %), Japan (14,9 %), Italien (7,3 %) und Baden-Württemberg (6,3 %). Unter den hier aufgeführten, für Baden-Württemberg wichtigen Absatzmärkten erreichte Japan - abgesehen vom US-Markt (Importanteil

⁵ Es ist darauf hinzuweisen, daß Österreich und die Sowjetunion eigentlich gewichtigere Importeure sind als Jugoslawien, doch sind hierfür keine UN-Zahlen verfügbar.

14,9 %) - durchweg Anteile an den Importen, die weit unter Weltmarktanteil dieses Lands von 14,2 % liegen; dies erklärt sich durch die sehr viel höheren Marktanteile in Südkorea, Hongkong und anderen Fernoststaaten, bei denen wiederum europäische Anbieter (einschließlich der Bundesrepublik Deutschland) keine hervorgehobene Bedeutung haben.

Druckerei- und Buchbindereimaschinen

Bei den Druckerei- und Buchbindemaschinen hat Baden-Württemberg in mehrerer Hinsicht eine herausragende Stellung auf dem Weltmarkt inne (Tabelle 3). Zum einen erreichte Baden-Württemberg 1980 bei diesen Maschinen unter allen seinen Exportprodukten mit 15,5 % den höchsten Weltmarktanteil, und zwar hinter den anderen Bundesländern (22,2 %) bzw. den USA (19,5 %), aber verhältnismäßig deutlich vor Großbritannien (11,7 %), der Schweiz (7,6 %), Japan (5,2 %) bzw. Italien (5,0 %). Zum zweiten ist die Attraktivität dieser Maschinen aus Baden-Württemberg auch außerhalb Europas offensichtlich besonders hoch. So sind die USA der wichtigste und Japan (hinter Großbritannien und Frankreich) der viertwichtigste Kunde, vor allem aber liegen in beiden Industrieländern die Import-

anteile Baden-Württembergs über dem Durchschnitt der baden-württembergischen Weltexportanteile für diese Maschinen (Spalte 2) von 15,5 %. Bei den USA ist Baden-Württemberg hinter den anderen Bundesländern (21,0 %) der zweitwichtigste Lieferant mit 17,3 %, noch vor Japan, Italien und Großbritannien, die selbst aber durchweg überdurchschnittlich stark in den USA engagiert sind; für Japan ist Baden-Württemberg gar mit 28,0 % Marktanteil der wichtigste Lieferant vor den anderen Bundesländern (27,9 %), und zwar relativ deutlich vor den geographisch günstiger liegenden USA (18,6 %); die anderen europäischen Konkurrenten sind relativ unbedeutend. Gleichmaßen ist bemerkenswert, daß in den wichtigen europäischen Importländern die Reihenfolge stets andere Bundesländer, Baden-Württemberg, USA lautet, wobei die hervorgehobene Stellung Baden-Württembergs gegenüber anderen europäischen Anbietern und noch mehr gegenüber Japan 1980 nicht gefährdet war. Besonders hoch war dabei der baden-württembergische Anteil in den Nachbarländern Schweiz (19,6 %) und Frankreich (17,1 %).

Werkzeugmaschinen

Auch bei den Werkzeugmaschinen zum Bearbeiten von Metallen und Hartmetallen gehört

Tabelle 4

Internationale Konkurrenzsituation Baden-Württembergs auf wichtigen Auslandsmärkten bei Werkzeug-

Exportregion ¹⁾	Weltexport		Importland ²⁾					
			USA		Frankreich		Großbritannien	
	Mill. US-\$	% ³⁾	Mill. US-\$	% ⁴⁾	Mill. US-\$	% ⁴⁾	Mill. US-\$	% ⁴⁾
Alle Exportländer	11 205,5	100	1 685,6	100	706,5	100	780,0	100
darunter aus								
Baden-Württemberg	1 305,0	11,6	118,0	7,1	117,2	16,6	107,0	13,7
anderen Bundesländern	1 982,9	17,7	199,7	12,0	150,3	21,3	138,9	17,8
Japan	1 588,0	14,0	582,3	35,0	44,1	6,2	81,6	10,5
USA	1 275,0	11,4	x	x	50,0	7,1	136,9	17,6
Schweiz	1 049,0	9,4	110,6	6,6	86,1	12,2	71,2	9,1
Italien	972,6	8,7	55,7	3,3	113,5	16,1	65,3	8,4
Großbritannien	867,4	7,7	163,8	9,8	50,4	7,1	x	x
Frankreich	660,0	5,9	37,1	2,2	x	x	38,6	4,9
Spanien	255,5	2,3	31,5	1,9	22,1	3,1	22,0	2,8
Schweden	240,6	2,1	44,8	2,7	13,1	1,9	26,6	3,4
Belgien/Luxemburg	186,8	1,7	21,8	1,3	19,0	2,7	14,8	1,9
Österreich	171,0	1,5	7,5	0,5	6,5	0,9	12,1	1,6
Kanada	153,3	1,4	99,0	5,9	0,8	0,1	5,6	0,7
Niederlande	130,7	1,2	8,3	0,5	12,9	1,8	20,5	2,6
Jugoslawien	101,7	0,9	4,8	0,3	0,6	0,1	1,6	0,2
Dänemark	68,4	0,6	4,6	0,3	1,3	0,2	8,7	1,1
Singapur	50,7	0,5	15,0	0,9	.	.	0,2	0,0
Südkorea	26,0	0,2	8,3	0,5	0,0	0,0	0,2	0,0

1) In Spalte 1 sind die Weltexporte der in der Vorspalte genannten Exportregionen aufgeführt; nichtdeutsche Exportländer sind nach dem Umfange ihrer Exporte in den Spalten 3 ff. ist zu beachten, daß die Summe der Weltimporte (10 100,5 Mill. US-\$) von den Weltexporten (11 205,5 Mill. US-\$) geringfügig abgegrenzt ist; sie sind nach dem Umfang ihrer Importe aus Baden-Württemberg geordnet. — 3) Anteil der Exporte der Exportregionen an den in der Vorspalte aufgeführten Exportregionen am Import des in der Kopfzeile genannten Importlandes. — 4) Anteil der Importe aus den in der Vorspalte aufgeführten Exportregionen am Import des in der Kopfzeile genannten Importlandes. Aus Gründen fehlender Daten konnte die Sowjetunion nicht untersucht werden; die baden-württembergischen Exporte in dieses Land betru-

Baden-Württemberg zu den führenden Exportnationen (Tabelle 4). Weltweit erreichte Baden-Württemberg 1980 hinter den anderen Bundesländern (17,7 %) und Japan (14,0 %) den dritten Rang mit 11,6 %, noch vor den USA (11,4 %), der Schweiz (9,4 %) und Italien (8,7 %).

Das für Baden-Württemberg wichtigste Importland ist die Sowjetunion, die hier allerdings mangels entsprechender UN-Daten nicht aufgenommen werden konnte; ansonsten lautet die Reihenfolge der wichtigen Importeure USA vor vier westeuropäischen Staaten und Brasilien. Die Konkurrenzsituation auf den einzelnen Auslandsmärkten ist bei diesen Werkzeugmaschinen viel uneinheitlicher als bei anderen Exportgütern. Beispielsweise erlangte Baden-Württemberg auf seinem quantitativ wichtigsten Absatzmarkt (USA) nur einen Marktanteil von 7,1 %, da dieser Markt von Japan recht deutlich beherrscht wird; fast zwei Fünftel aller japanischen Werkzeugmaschinenexporte gehen in die USA; der Importanteil Japans beträgt dort 35 % gegenüber 12 % der anderen Bundesländer und 9,8 % Großbritanniens. Baden-Württemberg hält mit den erwähnten 7,1 % Platz 4 vor der Schweiz und Kanada, das rund zwei Drittel seiner Ausfuhren in die USA liefert.

maschinen zum Bearbeiten von Metallen 1980

Schweiz		Italien		Brasilien	
Mill. US-\$	% ⁴⁾	Mill. US-\$	% ⁴⁾	Mill. US-\$	% ⁴⁾
311,1	100	432,5	100	260,8	100
87,8	28,2	74,8	17,3	73,0	28,0
83,4	26,8	109,8	25,4	69,2	26,5
15,9	5,1	6,6	1,5	13,0	5,0
15,7	5,0	20,0	4,6	31,8	12,2
x	x	62,7	14,5	10,6	4,1
33,5	10,8	x	x	20,1	7,7
21,2	6,8	37,9	8,8	10,3	3,9
20,6	6,6	32,8	7,6	2,3	0,9
5,5	1,8	15,1	3,5	2,0	0,8
5,2	1,7	11,5	2,7	9,7	3,7
1,6	0,5	5,9	1,4	1,7	0,7
9,2	3,0	2,8	0,6	0,5	0,2
0,1	0,0	0,2	0,0	0,4	0,2
3,7	1,2	2,5	0,6	1,7	0,7
0,1	0,0	2,0	0,5	.	.
1,9	0,6	0,5	0,1	0,4	0,2
0,1	0,0	0,0	0,0	.	.
0,0	0,0	0,1	0,0	.	.

fang ihrer Weltexporte geordnet. Bei Vergleichen mit den Werten der weicht. - 2) In den Spalten 3 ff. sind die Importe der in der Kopfzeile in der Vorspalte aufgeführten Exportregionen am Weltexport. -

gen ungefähr 121 Mill. US-\$.

In der Schweiz und in Brasilien ist Baden-Württemberg der bedeutendste Anbieter mit einem überaus bemerkenswert hohen Anteil an den jeweiligen Importen von rund 28 % vor den anderen Bundesländern mit jeweils knapp 27 %. Der Abstand zu den folgenden, geographisch zum Teil günstiger gelegenen Konkurrenten (in der Schweiz Italien mit 10,8 %, in Brasilien die USA mit 12,2 %) ist recht hoch. Japan hielt sich in beiden Ländern (Importanteil je 5 %) offensichtlich noch zurück; die anderen - vornehmlich europäische Konkurrenten - erreichten dort ebenfalls nur selten höhere Anteilswerte. In den EG-Staaten Frankreich, Großbritannien und Italien sind die anderen Bundesländer jeweils führend und Baden-Württemberg liegt an zweiter oder dritter Stelle; ausländische Konkurrenten (meist aus Europa, in Großbritannien jedoch USA und Japan) weisen aber oft ähnlich hohe Anteilswerte auf.

Nichtelektrische Teile und Zubehör für Maschinen, Apparate und Geräte

Diese Position, zu der z.B. Kugellager, Zahnräder, Dichtungen, Armaturen u.ä. zählen, gehört zu den typischen Vorprodukten. Weltweit ist die Bundesrepublik der wichtigste Exporteur (Anhangtabelle 9). Baden-Württemberg erreichte 1980 mit 4,9 % zwar nur Platz 7, ist jedoch (jeweils hinter den anderen Bundesländern) für die Nachbarländer Schweiz und Österreich (jeweils 16 %) der mit Abstand zweitwichtigste Exporteur. Die Konkurrenz aus anderen vornehmlich europäischen Ländern ist relativ gering. Demgegenüber sind, aus der Sicht Baden-Württembergs, die Märkte bei den anderen kontinentaleuropäischen Importländern stärker umkämpft. Baden-Württemberg erreichte hier 1980 überdurchschnittlich hohe Anteile an den Importen (in Frankreich sogar 10 %) und befindet sich in Konkurrenz zu den USA und westeuropäischen Industriestaaten. Japan, das als zweitwichtigstes Exportland besonders stark in die USA, nach Singapur und in die Bundesrepublik Deutschland exportiert, ist in diesen europäischen Staaten noch kein ernsthafter Konkurrent.

Elektrische Geräte zum Schließen, Öffnen, Schützen und Verbinden von Stromkreisen etc.

Auch diese Warengruppe, zu der z.B. Schalter, Relais, Sicherungen, Schalt- und Verteilungstafeln bzw. -schränke gehören, beinhaltet typische Vorerzeugnisse für die Herstellung von Investitionsgütern. Die Situation auf den Auslandsmärkten (Anhangtabelle 10) ist hierbei ähnlich wie bei den nichtelektrischen Maschinenteilen etc.. So erreichte Baden-Württemberg 1980 einen Weltexportanteil von 5,8 % - dies ist Platz 6 - hinter anderen westlichen Industrienationen, doch ist die Bedeutung baden-württembergischer Exporte für die Nachbarländer Schweiz (21,1 %) und Österreich (15,8 %) ungleich größer. Die baden-württem-

bergischen Ausfuhren liegen jeweils an zweiter Stelle hinter den eindeutig dominierenden anderen Bundesländern, aber weit vor ausländischen Konkurrenten. Dies ist bei den anderen für Baden-Württemberg wichtigen Importländern anders. So liegt der Anteil Baden-Württembergs bei den Importen Frankreichs (15,6 %) ähnlich hoch wie in Österreich, doch ist dort die Konkurrenz aus den USA (19,4 %) fast gleich hoch wie diejenige der anderen Bundesländer. In Italien (Baden-Württemberg hat hier einen Importanteil von 10,1 %), Großbritannien und den Niederlanden (je 7,9 %) liegt Baden-Württemberg jeweils an 4. Stelle, wobei die USA und je ein geographisch benachbartes Land gewichtigere Lieferanten sind. Japan, dessen Hauptabnehmer die USA, Südkorea, Singapur und Saudi-Arabien sind, spielte in Europa 1980 eine wesentlich geringere Rolle als Baden-Württemberg.

Haushaltsgeräte

Bei den - vornehmlich elektrischen - Haushaltsgeräten (Anhangtabelle 11) war Baden-Württemberg 1980 der sechstwichtigste Exporteur hinter den anderen Bundesländern, Italien, Japan, den USA und Frankreich, und zwar mit einem Weltexportanteil von 5,4 % noch vor Großbritannien und Hongkong. Zu den wichtigsten Abnehmern dieser Produkte zählen vornehmlich westeuropäische Staaten, bei denen die Marktanteile Baden-Württembergs - abgesehen von Großbritannien - weit über 5 %

liegen. In den in der Tabelle aufgeführten kontinentaleuropäischen Staaten nimmt Baden-Württemberg meist die dritte Stelle hinter Italien oder den anderen Bundesländern ein. In der Schweiz (15,2 %) ist es sogar der zweite Platz vor Italien (12,8 %), und in Österreich (14,1 %) ist der Abstand zu Italien (16,0 %) relativ klein - mit Abstrichen auch in den Niederlanden (11,7 gegenüber 19,6 %). In Belgien/Luxemburg (8,1 %) ist die Konkurrenz aus Frankreich (17,8 %) und den Niederlanden (9,4 %) höher. Großbritannien weist eine abweichende Importstruktur auf; in diesem Land liegen die Exporte aus Italien (32,2 %) weit vor denjenigen aus Frankreich (10,8 %), den anderen Bundesländern (9,8 %), den USA (6 %), Dänemark (5,0 %) und Baden-Württemberg (4,9 %). Allein in Großbritannien erlangte auch Japan, dessen Hauptabnehmer in Nordamerika, Australien, dem Nahen Osten und in Fernost liegen, mit 3,5 % einen nennenswerten Anteil in Europa.

Sonstige elektrische Maschinen, Apparate und Geräte

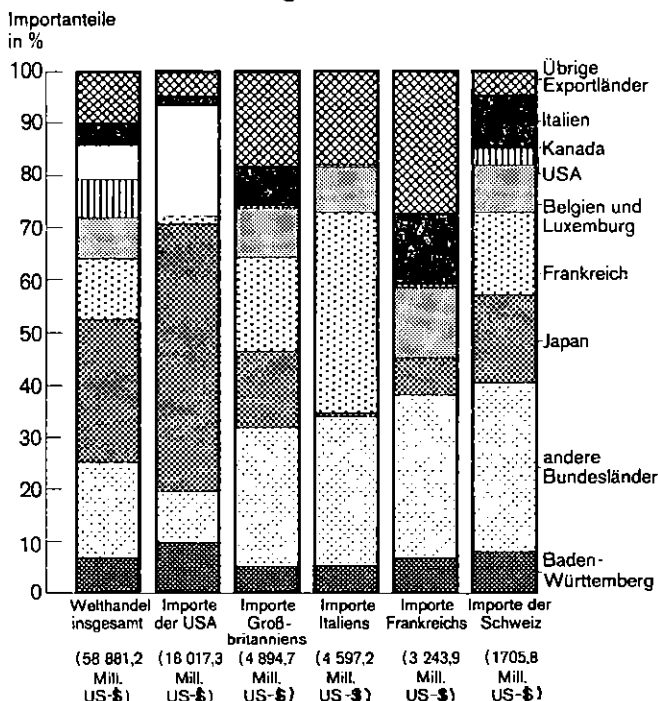
Diese Position umfaßt vor allem Batterien, Akkumulatoren, elektrische Glüh- und -entladungslampen, elektrische Ausrüstungen für Motoren und Fahrzeuge, Elektrowerkzeuge, elektrische Signal- und Verkehrssteuergeräte, Kondensatoren und ähnliches. Der Anteil Baden-Württembergs am Weltexport beträgt 5,5 %; dies entspricht hinter den USA, Japan, den anderen Bundesländern, Großbritannien und Frankreich Platz 6 (Anhangtabelle 12). Wie bei anderen hochentwickelten Vorerzeugnissen stammen auch hier die Hauptabnehmer aus Westeuropa. In Italien (11,6 % knapp vor Frankreich), in der Schweiz (16,1 % weit vor den USA und Frankreich) sowie in Schweden (11,4 % vor Frankreich und den USA) liegt Baden-Württemberg - jeweils hinter den anderen Bundesländern - an zweiter Stelle aller Exporteure. Auf dem französischen Markt liegen die USA (13,6 %) hinter den anderen Bundesländern (17,8 %) etwas günstiger als Baden-Württemberg (12,3 %). Bemerkenswert ist weiterhin, daß in den USA als dem viertwichtigsten Markt Baden-Württembergs dieses Bundesland hinter den unangefochten führenden Japanern (31,6 %), Kanada (8,8 %), den anderen Bundesländern (6,9 %), Großbritannien (4,9 %) und Hongkong (4,4 %) mit einem Marktanteil von 3,7 % immerhin an 6. Stelle liegt. Japan ist bei diesen elektrischen Geräten, außer in den USA, besonders stark auf die Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien, Australien und Saudi-Arabien ausgerichtet. In den hier aufgeführten europäischen Ländern war Japan 1980 stets weniger bedeutend als Baden-Württemberg.

Kraftfahrzeuge

Die weltweit meisten Kraftfahrzeugexporte kamen 1980 aus Japan (27,4 %), gefolgt von den anderen Bundesländern (17,2 %), Frank-

Schaubild 3

Internationale Konkurrenzsituation bei Importen von Personenkraftwagen 1980



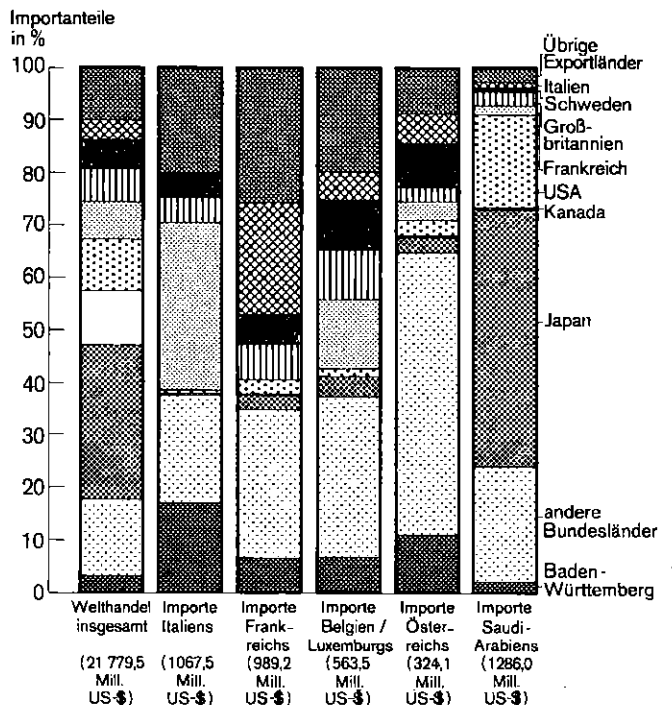
reich (10,1 %), USA (8,1 %), Kanada (7,6 %), Belgien/Luxemburg (6,5 %) und Baden-Württemberg (6,0 %); vgl. Anhangtabelle 13. Der wichtigste Abnehmer baden-württembergischer Kraftfahrzeuge sind die USA. Dieser Importmarkt wird eindeutig von Japan (48,6 %) und Kanada (26,9 %) beherrscht, doch liegt Baden-Württemberg (8,5 %) fast gleichauf mit den anderen Bundesländern (8,9 %) auf Platz 4; Schweden folgt mit 2,4 %. Bemerkenswerterweise erreichen die Anteile Baden-Württembergs bei den wichtigen europäischen Importländern (abgesehen von der Schweiz mit 9,2 %) keine so hohen Werte wie in den USA; gleichwohl liegt das Land auch in Italien und in der Schweiz an 4., in Frankreich an 5. und in Großbritannien an 8. Stelle. Während in den USA die Importe aus Baden-Württemberg und den anderen Bundesländern 1980 etwa gleichgewichtig waren, liegen die anderen Bundesländer in den genannten europäischen Importländern mit Quoten von rund 27 % (Italien, Großbritannien) bis 33 % (Schweiz) bedeutend höher als diejenigen Baden-Württembergs. Die Stärke der bundesdeutschen Kraftfahrzeugexporte in europäische Importländer wird dadurch unterstrichen, daß lediglich auf dem italienischen Markt ausländische Anbieter (hier Frankreich mit 36,8 %) bedeutender waren als bundesdeutsche. Während in Italien und Frankreich fast nur europäische Kraftfahrzeuge angeboten wurden, erlangten die japanischen Importe in Großbritannien und in der Schweiz mit Importquoten von 14,1 % und 15,1 % die dritt- bzw. sogar zweitwichtigste Stelle - und zwar mit erheblichem Abstand zu Baden-Württemberg. In diesen Ländern erreichen die französischen Importe einen Anteil von 14 bis 16 %. Die US-Importe sind in Europa nur in der Schweiz (3,1 %) erwähnenswert; sie liegen durchweg weit unter den baden-württembergischen Importanteilen.

In den Schaubildern 3 bis 5 sind die Importmärkte für Kraftfahrzeuge auch nach den drei wichtigsten Kategorien untergliedert dargestellt, nämlich Personenkraftwagen, Lastkraftwagen und Spezialfahrzeuge (das sind Kraftwagen für den öffentlichen Verkehr sowie Sattelzugmaschinen). Dabei zeigen sich teilweise stark abweichende Strukturen sowohl hinsichtlich der Bedeutung einzelner Länder für baden-württembergische Exporte wie bezüglich der Konkurrenzsituation. So ergibt sich, daß die gute Position Baden-Württembergs in den USA vornehmlich durch Personenkraftwagen bedingt ist, bei denen Baden-Württemberg knapp ein Zehntel aller Importe auf sich vereinigt und etwa gleichauf mit den anderen Bundesländern Platz 4 innehat.

Japan liefert auch bei den PKW's über die Hälfte aller Importfahrzeuge für die USA. Die Bedeutung dieses Marktes für Japan wird im übrigen dadurch unterstrichen, daß 1980 fast drei Fünftel aller japanischen PKW-Exporte in die USA gingen; für Baden-Württemberg beträgt der Exportteil immerhin gute zwei Fünftel.

Schaubild 4

Internationale Konkurrenzsituation bei Importen von Lastkraftwagen 1980



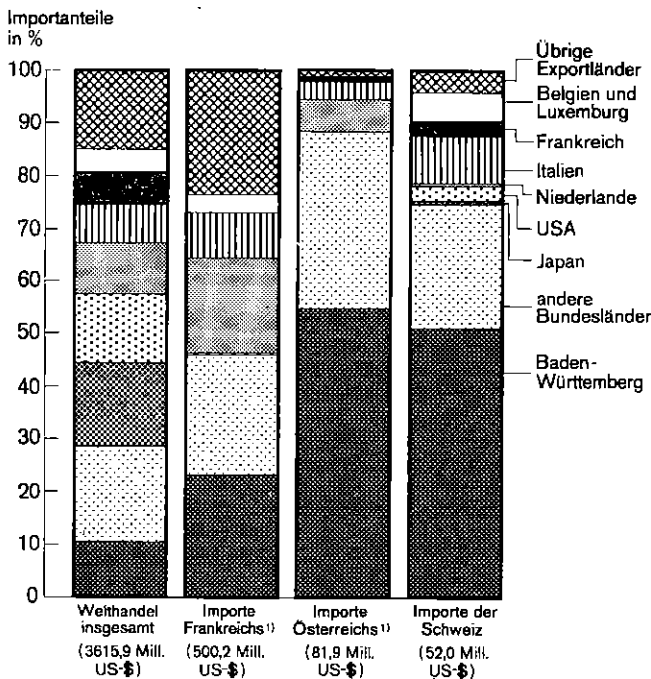
173 83

Während bei PKW's Baden-Württemberg somit auf dem US-Markt überdurchschnittlich stark vertreten ist, insbesondere stärker als auf den europäischen Importmärkten⁶, spielt dieser nordamerikanische Markt bei LKW's und Spezialfahrzeugen für dieses Bundesland keine große Rolle. Umgekehrt sind die Lastkraftwagen und Spezialfahrzeuge Baden-Württembergs in europäischen Importländern relativ stärker vertreten als bei den Personenkraftwagen. Beispielsweise liegt Baden-Württemberg auf seinem wichtigsten LKW-Absatzmarkt, nämlich Italien, hinter Frankreich (knapp ein Drittel) und den anderen Bundesländern (ein Fünftel) mit gut einem Sechstel an dritter Stelle. In Österreich ist es sogar Platz 2 (ein Neuntel) hinter den anderen Bundesländern, auf die freilich über die Hälfte aller Import-LKW's entfällt. In Frankreich und Belgien/Luxemburg erreichten 1980 die anderen Bundesländer jeweils drei Zehntel, Baden-Württemberg etwa ein Fünfzehntel. Die japanische Konkurrenz wies 1980 in Europa für LKW's bei weitem geringere Quoten auf als Baden-Württemberg. Bei einem quantitativ für Baden-Württemberg ebenfalls interessanten Markt, nämlich Saudi-Arabien, ist Japan mit genau der Hälfte aller Import-LKW's jedoch absolut führend vor den anderen Bun-

⁶ Schaubild 3 zeigt übrigens für die Personenkraftwagen in den europäischen Ländern ähnliche Strukturen wie für die Kraftfahrzeuge insgesamt, deren Importmärkte bereits beschrieben wurden.

Schaubild 5

Internationale Konkurrenzsituation bei Importen von Spezialfahrzeugen 1980



1) Für Importe aus Japan sind keine Angaben vorhanden.

174 83

desländern (ein Fünftel) und den USA (ein Sechstel); auf Baden-Württemberg entfiel dagegen gerade ein Fünzigstel aller LKW-Importe⁷.

Bei den Spezialfahrzeugen (Omnibusse, Sattel-schlepper) ist Baden-Württemberg für drei europäische Staaten das wichtigste Exportland. Jeweils über die Hälfte aller entsprechenden Importfahrzeuge Österreichs und der Schweiz kommen aus Baden-Württemberg; in Frankreich, das der mit Abstand wichtigste Abnehmer baden-württembergischer Spezialfahrzeuge ist, ist es fast ein Viertel. Während die anderen Bundesländer in Österreich (ein Drittel) und in der Schweiz (fast ein Viertel) an zweiter Stelle liegen und somit andere Anbieter 1980 nur geringe Importanteile aufwiesen, war der Markt in Frankreich 1980 recht umstritten; hier liegen hinter Baden-Württemberg die anderen Bundesländer; Schweden und die Niederlande mit Importanteilen um ein Fünftel etwa gleich gut im Rennen.

Teile und Zubehör für Kraftfahrzeuge

Bei Kraftfahrzeugzubehör, also typischen hochentwickelten Vorprodukten, ist die Situation so, daß Baden-Württemberg weltweit gut 4 % aller Importe bestreitet, in einigen europä-

⁷ Es muß darauf hingewiesen werden, daß einige weitere, für Baden-Württemberg z.T. wichtigere Märkte des Nahen Ostens bzw. Afrikas (Algerien, Irak, Libyen, Südafrika) mangels geeigneter UN-Daten nicht auch analysiert werden konnten.

ischen Märkten jedoch mit an der Spitze ausländischer Anbieter steht (Anhangtabelle 14). Beispielsweise liegt es in Österreich mit einem Anteil an den Importen von 19,5 % an zweiter Stelle hinter den anderen Bundesländern (52,9 %), in Italien an dritter Stelle (14,5 %) hinter Frankreich und den anderen Bundesländern mit 31,7 % bzw. 30,5 %. In Frankreich ist der dritte Platz hinter den anderen Bundesländern (30,1 %) und Italien (18,3 %) stark umkämpft zwischen Großbritannien, Baden-Württemberg und Spanien (je knapp 10 %). Japan ist bei Kraftfahrzeugzubehör - ähnlich wie Kanada - stark auf den US-Markt ausgerichtet; es liefert dorthin 80 % seiner Exporte und hält einen Marktanteil von 31,6 %, das ist Platz zwei hinter Kanada (37,8 %) und weit vor den anderen Bundesländern (8,2 %). Für Baden-Württemberg sind die USA als weltweit wichtigstem Importeur zwar ein quantitativ gewichtiger Abnehmer, doch ist der Anteil an den US-Importen mit 1,4 % eher bescheiden. Der absolut wichtigste Abnehmer baden-württembergischer Kfz-Teile ist Belgien/Luxemburg; der Anteil Baden-Württembergs an den Importen dieses Wirtschaftsgebiets betrug 6,2 % hinter den anderen Bundesländern, Frankreich, Großbritannien und Schweden.

Möbel

Der weltweit führende Exporteur bei Möbeln (Anhangtabelle 15) ist Italien (21,8 %) vor den anderen Bundesländern (16,4 %). Die verbleibenden Exportländer erreichten weit weniger als 10 %, wobei Baden-Württemberg 1980 mit einem Anteil von 4,1 % an 9. Stelle lag. In den Nachbarländern Schweiz (12,4 %) und Österreich (14,2 %) erlangte Baden-Württemberg jedoch einen weit höheren Anteil; es liegt dort - jeweils hinter den führenden Exportregionen Italien bzw. andere Bundesländer - teilweise recht unangefochten auf Platz 3. Bei den anderen wichtigen Abnehmerstaaten (Niederlande: 7,5 %; Frankreich: 4,3 %) erreichte Baden-Württemberg relativ deutlich hinter dem geographisch günstigeren Belgien/Luxemburg Platz 4. Die sicherlich mit Transportfragen zusammenhängenden regional eng begrenzten Aktionsradien lassen sich für Baden-Württemberg auch daraus ersehen, daß die Exporte in die vier genannten Staaten rund drei Fünftel aller baden-württembergischen Exporte ausmachen. Die insgesamt recht hohen Exporte europäischer Staaten sind im übrigen auch damit zu erklären, daß bei Möbeln auf Westeuropa etwa zwei Drittel aller Weltimporte entfielen - eine bei anderen Waren kaum erreichte Größenordnung.

Medizinische Instrumente, Apparate und Geräte

Etwa ein Fünftel aller medizinischen Instrumente, Apparate und Geräte werden weltweit von den USA exportiert; vgl. Anhangtabelle 16. Die folgenden vier Exportregionen sind

ungefähr gleich stark; es sind dies die anderen Bundesländer (10,8 %), Großbritannien (10,4 %), Japan (10,3 %) und Baden-Württemberg (8,3 %). Ein für Baden-Württemberg besonders interessanter Markt für diese Produkte sind die USA. Sie nehmen nicht nur über ein Fünftel der baden-württembergischen Exporte auf, das Land ist dort - relativ knapp hinter Japan (26,3 %) - mit einem Marktanteil von 21,4 % auch der zweitwichtigste ausländische Anbieter vor den anderen Bundesländern (15,1 %) und weit vor Großbritannien (5,4 %) bzw. der Schweiz (4,8 %). Wie Baden-Württemberg ist auch Japan besonders stark mit seinen Exporten auf die USA ausgerichtet, wie umgekehrt das Hauptabsatzland für die US-Exporte Japan ist. Etwa ein Siebtel aller US-Exporte werden nach Japan geliefert, wo die USA mit einem Anteil von 53,8 % der bedeutendste ausländische Anbieter ist. Mit jeweils rund 8 % folgen dann die anderen Bundesländer und Baden-Württemberg. Bei den für Baden-Württemberg wichtigsten europäischen Abnehmerländern sind - in wechselnder Reihenfolge - die USA und die anderen Bundesländer die wichtigsten Lieferanten. In Italien (12,1 %) und in der Schweiz (16,3 %) liegt dabei Baden-Württemberg jeweils relativ knapp dahinter an dritter Stelle. Auf dem französischen Markt liegen vor Baden-Württemberg (8,1 %) auch noch Irland und Belgien/Luxemburg, auf dem niederländischen (9,7 %) zusätzlich noch Belgien/Luxemburg. Japan ist mit seinen Exporten nach Europa stark auf die Bundesrepublik Deutschland ausgerichtet; 1980 war es außerdem vor allem in Italien (10,4 %) und in Frankreich (6,6 %) ein ernsthafter Konkurrent Baden-Württembergs.

Uhrmacherwaren

Bei Uhren und Uhrenteilen wird der Weltmarkt von der Schweiz, Japan und Hongkong beherrscht, auf die 1980 zusammen fast drei Viertel aller Exporte entfielen (vgl. Anhangtabelle 17).

Zwar mit beachtlichem Abstand, aber immerhin an vierter Stelle liegt mit einem Weltexportanteil von 5,2 % Baden-Württemberg.

Der weltweit wichtigste Importeur an Uhren ist - und dies mag durchaus überraschen - Hongkong mit einem Importvolumen im Jahre 1980 von 1,19 Mrd. US- $\text{\$}$; es ist zu vermuten, daß es sich hierbei um Handelswaren bzw. um Uhrenteile handelt, die dort in Uhren eingebaut werden, um dann wiederum in hohem Maße exportiert zu werden. Die wichtigsten Exporteure nach Hongkong sind Japan und die Schweiz; die Importe aus Baden-Württemberg und den anderen Bundesländern dorthin sind gering. Dagegen hat Baden-Württemberg auf dem Markt des weltweit zweitwichtigsten Importeurs von Uhrmacherwaren, in den USA hinter dem genannten Spitzentrio immerhin Platz 4 inne, wenngleich der Importanteil nur bei 4,2 % liegt. In der Schweiz beträgt

der baden-württembergische Anteil 17,6 % aller Importe, womit das Land durchaus ähnlich hohe Anteile aufweist wie die beiden führenden Anbieter, nämlich Italien (22,7 %) und Frankreich (21,7 %). Japan (6,6 %) und Hongkong (10,4 %) liegen auf diesem Markt relativ weit hinter Baden-Württemberg. Auf den anderen wichtigen europäischen Märkten (Frankreich, Großbritannien, Italien) liegt Baden-Württemberg jeweils an vierter Stelle; hinter den drei weltweit führenden Exporteuren. In Großbritannien, wo die meisten Importuren aus Hongkong kommen, liegt Baden-Württemberg (11,0 %) fast gleichauf mit Japan (13,2 %).

Musikinstrumente

Der weltweit wichtigste Exporteur bei Musikinstrumenten ist Japan mit 26,1 % vor den USA (20,1 %) sowie den anderen Bundesländern (8,5 %); Baden-Württemberg lag 1980 mit 4,0 % auf Platz 8 (Anhangtabelle 18). Die meisten Importe nimmt die Bundesrepublik Deutschland auf vor den USA; auf beiden Märkten ist Japan der weitaus wichtigste ausländische Anbieter. In den USA kommen über 50 % aller Importe aus Japan; für Baden-Württemberg (2,1 %) blieb 1980 hinter anderen Importeuren aus Europa, Fernost und Kanada - wie im Weltdurchschnitt - Platz 8. Es ist wenig verwunderlich, daß auf den europäischen Märkten Baden-Württemberg eine bedeutendere Rolle spielt. Zwar liegt das Land bei den fünf wichtigsten Importländern auch nur auf den Plätzen 6 bis 8, doch erreicht es mit Anteilsquoten von 4,9 % (Großbritannien) bis 7,3 % (Italien) beachtenswerte Importanteile. Im einzelnen sind die regionalen Importstrukturen in den genannten Importländern recht unterschiedlich. Auffallend ist die durchweg führende Stellung der USA auf den genannten europäischen Märkten, während Japan nur in Großbritannien (21,2 %) über einem Fünftel liegt und in Kontinentaleuropa sich die bundesdeutschen Exporteure bislang noch gut behaupteten.

Zusammenfassung

- Im Jahre 1981 bestritt das Bundesland Baden-Württemberg 1,5 % des Weltexportvolumens. Dies ist in Anbetracht der Größe dieses Landes (0,2 % der Weltbevölkerung) recht erstaunlich, doch zeigt die Entwicklung eine abnehmende Tendenz; so betrug der Anteil Baden-Württembergs am Weltexport 1970 bis 1973 noch rund 2,0 % und 1979 immerhin noch 1,8 %. Die anderen Bundesländer mußten seit 1971 (9,2 %) ebenfalls Einbußen etwa in der gleichen Größenordnung hinnehmen (1975: 8,6 %; 1981: 7,4 %).

- Längerfristig betrachtet (1970 bis 1981) muß dieser Rückgang sicherlich im Zusammenhang mit den Exportausweitungen bestimmter Ent-

wicklungsländer, insbesondere auch der OPEC-Staaten gesehen werden, denn der Anteil der elf wichtigsten westlichen Industrienationen am Weltexport reduzierte sich von 63,4 % (1970) auf 55,6 % (1981). Der dramatische Rückgang bundesdeutscher Exportanteile zwischen 1979 und 1981 ist jedoch ungleich stärker durch eine kontinentale Herausforderung Japans und Nordamerikas begründet, von der nahezu alle europäischen Industrieländer betroffen waren. Die USA und Kanada erhöhten zwischen 1979 und 1981 ihren Anteil an den Weltexporten um 1,0 Prozentpunkte auf 15,5 % und Japan gar um 1,4 Prozentpunkte auf 7,7 %, während die acht wichtigsten europäischen Industrieländer 4,3 Prozentpunkte verloren und damit 1981 nur noch 32,4 % der Weltexporte bestritten.

- Eine nähere Untersuchung der für Baden-Württemberg wichtigsten Exportgüter ergibt für 1979/80 zwar durchaus differenzierte Entwicklungen, insgesamt jedoch Weltmarktverluste vornehmlich durch fernöstliche und nordamerikanische Exportoffensiven. Unter den sechs Warenarten, bei denen Baden-Württemberg nach wie vor ein Zehntel oder mehr der Weltexporte bestritt, hat dieses Bundesland bei Werkzeugmaschinen trotz starker Exportanstrengungen Japans und der USA seinen Anteil an den Weltexporten um 0,4 Prozentpunkte auf 11,6 % erhöhen können; die Zunahmen in den Weltexportanteilen der USA (+ 0,9 Prozentpunkte) und Japans (+ 0,2 Prozentpunkte) gingen - rein rechnerisch - ausschließlich zu Lasten der anderen Bundesländer.

Demgegenüber mußten bei den beiden anderen, für Baden-Württemberg besonders wichtigen Maschinenerzeugnissen Anteilsverluste in Kauf genommen werden. Bei den Druckerei- und Buchbindereimaschinen führten vor allem Exportausweitungen Japans (+ 1,4 Prozentpunkte), Großbritanniens (+ 0,7 Prozentpunkte) und der USA (+ 0,5 Prozentpunkte) dazu, daß die Weltmarktanteile Baden-Württembergs um 0,7 Punkte auf 15,5 % bzw. der anderen Bundesländer um 1,3 Punkte auf 22,2 % zurückgingen.

Bei den sogenannten übrigen nichtelektrischen Maschinen, Werkzeugen und Werkzeugmaschinen betraf der Rückgang der führenden Exportregionen nur Baden-Württemberg (- 0,6 Punkte auf 9,7 %), während die anderen Bundesländer ihre Spitzenstellung (19,4 %) halten bzw. die USA und Italien als wichtigste Konkurrenzländer ihre Position ausbauen konnten.

Bei Spezialfahrzeugen wie Omnibussen und Sattelschleppern bewirkte eine Zunahme der Exporte aus Japan wie auch aus den anderen Bundesländern, daß Baden-Württemberg 1980

rund 2,2 Prozentpunkte gegenüber 1979 einbüßte und mit einem Anteil an den Weltexporten von 11,6 % auf den vierten Platz zurückfiel.

Gleichermaßen überdurchschnittlich starke Verluste zwischen 1979 und 1980 mußte Baden-Württemberg bei den optischen Instrumenten und Apparaten hinnehmen; der Rückgang des Weltexportanteils um 3,8 Prozentpunkte auf 11,3 % war durch eine starke Exportoffensive der Schweiz bedingt und betraf Baden-Württemberg im Vergleich zu den an deren Bundesländern, den USA und Japan besonders stark.

Trotz leichter Verluste um 0,8 Prozentpunkte konnte Baden-Württemberg dagegen seine Stellung als weltweit wichtigstes Exportland bei Gas-, Elektrizitäts- und Flüssigkeitszählern, Tachometern und Taxametern (15,4 %) auch 1980 noch halten.

- Unter den Waren, bei denen Baden-Württemberg 1980 zwar weniger als ein Zehntel des Weltexportvolumens aufweist, aber dennoch eine weltweit hervorgehobene Rolle spielt, waren starke Anteilsverluste bei Papiermaschinen, bei elektrischen Maschinen, Geräten und Apparaten, bei Uhren sowie bei Musikinstrumenten zu verzeichnen. Die entsprechende Entwicklung muß jeweils im Zusammenhang mit starken Exportausweitungen aus Fernost und aus den angelsächsischen Ländern gesehen werden.
- Bei einer längerfristigen Betrachtung (1971 bis 1980) kristallisieren sich ebenfalls einige interessante Bewegungen für die Bundesrepublik Deutschland bzw. für Baden-Württemberg heraus. Die Situation ist jedoch bei den einzelnen Exportgütern so differenziert, daß man keine generellen Entwicklungslinien ablesen kann - sowohl für die baden-württembergischen bzw. bundesdeutschen Weltexportanteile wie auch für diejenigen der wichtigsten Konkurrenzländer. Gleichwohl lassen sich langfristig bei einigen Warenarten durchaus Zusammenhänge zwischen einem Vordringen Japans und einem Rückgang auch der bundesdeutschen bzw. baden-württembergischen Weltmarktanteile erkennen. Hierzu zählen unter anderem Werkzeugmaschinen zur Metallbearbeitung, elektrische Maschinen, Apparate und Geräte, Straßenfahrzeuge, optische Erzeugnisse, Uhren und Musikinstrumente. Besonders starke und recht kontinuierliche Anteilsverluste mußte die Bundesrepublik Deutschland bei den Weltexporten folgender Produkte hinnehmen: Maschinen zur Papier- und Papierhalbstoffherstellung (1973: 39,3 %; 1980: 26,7 %), Werkzeugmaschinen zur Metallbearbeitung (1974: 37,9 %; 1980: 29,3 %), Musikinstrumente (1974: 21,6 %; 1980: 12,5 %). Baden-Württembergische Daten liegen hierfür erst ab 1975 vor, sie zei-

gen jedoch, daß dieses Bundesland sich dem Bundestrend in der Regel nicht entziehen konnte.

- In der vorliegenden Untersuchung konnte erstmals - und zwar für 1980 - festgestellt werden, wie die Konkurrenzsituation Baden-Württembergs für wichtige Exportgüter auf den einzelnen Auslandsmärkten aussieht; diese Untersuchung basiert auf umfangreichem, bisher nicht ausgewertetem Datenmaterial. Hinsichtlich der Ergebnisse dürfte wenig überraschend sein, daß in der Regel die Stellung Baden-Württembergs auf den Importmärkten der benachbarten Länder Frankreich, Österreich und Schweiz besonders stark ist. Schon die regionale Herkunft der Konkurrenzländer ist bei den einzelnen Waren durchaus verschieden; generell ist dabei auch zu bemerken, daß die japanische Konkurrenz vornehmlich in den USA, weniger aber auf den europäischen Importmärkten ein sehr starker Konkurrent ist; Ausnahmen sind Personenkraftwagen (in Großbritannien und in der Schweiz), Medizinische Geräte und Instrumente, Uhren und Musikinstrumente. Auf vielen anderen Märkten sind - neben westeuropäischen Ländern - die USA ein stärkerer Konkurrent.
- Die internationale Konkurrenzsituation ist auf den Absatzmärkten insgesamt so differenziert, daß im einzelnen auf die obigen textlichen Ausführungen verwiesen wird. Hervorgehoben seien jedoch einige Märkte in weiter entfernten Ländern, auf denen die baden-württembergische Exportwirtschaft eine bemerkenswert starke Rolle spielt. So liegt Baden-Württemberg bei den Textil- und Ledermaschinenimporten Jugoslawiens (Importanteil 13,9 %) an zweiter Stelle hinter den anderen Bundesländern, ebenso bei den Druckerei- und Buchbindereimaschinenimporten der USA (21,0 %); für Japan ist Baden-Württemberg bei diesen Maschinen sogar der weltweit wichtigste Partner - 28 % aller japanischen Druckerei- und Buchbindereimaschinenimporte kommen aus Baden-Württemberg. Ebenfalls der bedeutendste Handelspartner ist Baden-Württemberg bei den Importen von Werkzeugmaschinen zur Metallbearbeitung in Brasilien und der Schweiz (je 28 %). Schließlich ist Baden-Württemberg bei Medizinischen Instrumenten, Apparaten und Geräten auf dem US-Markt hinter Japan mit einem Importanteil von 21,4 % der zweitwichtigste ausländische Anbieter.

1.3 Struktur und Entwicklung

des Fremdenverkehrs

Der Fremdenverkehr ist in hoch industrialisierten Gesellschaften mit einem hohen Einkommens- und Freizeitniveau zu einem maßgeblichen sozialen und ökonomischen Faktor geworden. Für den einen Teil der Bevölkerung verbindet sich damit der Gedanke an Erholung, Erlebnis und Selbstverwirklichung, für den anderen Teil bildet er die wirtschaftliche Existenzgrundlage oder trägt wesentlich zu dieser bei.

Die ökonomische Bedeutung des Reiseverkehrs läßt sich anhand einiger Zahlen veranschaulichen:

- 1981 wurden im Bundesgebiet im Rahmen der Statistik der Beherbergung im Reiseverkehr rund 210 Mill. Gästeübernachtungen registriert, davon 35 Mill. oder 18 % in Baden-Württemberg.
- In der Zeit von April 1980 bis März 1981 trat - den Ergebnissen des Mikrozensus zufolge - knapp die Hälfte der Bundesbürger (48 %) mindestens eine Urlaubs- und Erholungsreise an, die 5 Tage oder länger dauerte. Für diese Reisen wurden in der Berichtszeit insgesamt 32,6 Mrd. DM aufgewandt.
- Gäste aus dem Ausland haben - nach Mitteilung der Deutschen Bundesbank - in der Bundesrepublik für Urlaubs- und Geschäftsreisen 1981 rund 14,2 Mrd. DM ausgegeben. Gegenüber dem Vorjahr ergab sich damit eine Zunahme um knapp 20 %. Dem stehen für das Jahr 1981 Ausgaben der Bundesbürger im Ausland in Höhe von 40,3 Mrd. DM entgegen, so daß die Reiseverkehrsbilanz insgesamt einen negativen Saldo aufweist.

Neben den unmittelbaren Produktions- und Beschäftigungswirkungen im Dienstleistungsbereich des Beherbergungs- und Gastgewerbes ist mit dem Reiseverkehr auch der Kauf vielfältiger komplementärer Güter und Dienste verbunden, und dies sowohl am Wohnort - zu denken ist an die gesamte Reiseausstattung auch im Hinblick auf die Aktivitäten, die man am Zielort unternehmen will, - wie auch am Urlaubsort. Ausgaben für den Fremdenverkehr haben damit erhebliche Auswirkungen auf Niveau und Struktur der Wirtschaft, und dies auch in regionaler Hinsicht. Gerade der regionale Aspekt spielt in Baden-Württemberg eine große Rolle, da der Fremdenverkehr sich besonders auf die strukturschwa-

chen Räume des Landes konzentriert und hier ein entscheidender Faktor der wirtschaftlichen Existenzsicherung ist (vgl. Schaubild 1 und Anhangtabelle 19). So entfielen 1981 von allen im Lande gezählten Übernachtungen 12 % auf den Kreis Breisgau-Hochschwarzwald und 15 % auf die beiden Kreise Freudenstadt und Calw. Die um die Kreise Waldshut, Lörrach, Schwarzwald-Baar und Ortenau erweiterte Schwarzwaldregion vereinigte mit rund 17 Millionen Übernachtungen fast jede zweite auf sich. Im Gebiet Bodensee-Oberschwaben, mit den Kreisen Konstanz, Bodensee und Ravensburg, spielt der Fremdenverkehr mit 12 % aller Übernachtungen gleichfalls eine entscheidende Rolle, wie auch im Main-Tauber-Kreis (3 %).

Wegen seiner allgemeinen und speziell auch regionalen Bedeutung ist es wichtig, die Entwicklungen des Fremdenverkehrs sorgfältig zu beobachten. Dies insbesondere jetzt, da sich nach Jahrzehnten einer durch begünstigende Faktoren unterstützten nachhaltigen Aufwärtsentwicklung offenbar differenziertere Tendenzen abzeichnen, die über konjunkturelle Einflüsse hinausgehen können. Auf diese dürfte zunächst zurückzuführen sein, daß der Anteil der Reisenden an der Wohnbevölkerung 1980/81 (jeweils von April bis April) mit 48 % um 2 % niedriger lag als 1979/80. Auf Reise und Erholung werden aber wegen des zunehmenden Wertes der Freizeit die Konsumenten auch in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten nicht auf Dauer verzichten wollen, doch könnten sich Verschiebungen ergeben hinsichtlich Zahl, Länge und Qualität der Reisen und Reiseziele. Gleicherweise wird die Erhaltung und Wiederherstellung der Gesundheit ein vorrangiges Ziel bleiben, aber auch hier zeichnen sich durch Änderungen rechtlicher Vorgaben und personeller Dispositionen Umstrukturierungen ab. Auf diese Tendenzen gilt es sich einzustellen, - gleichzeitig mit der Entwicklung neuer Urlaubsangebote, wie sie durch geänderte Anforderungen und Vorstellungen an Urlaub und Reise erforderlich werden. Fremdenverkehrsentwicklung und -politik sind somit keineswegs unabhängig, es bestehen vielmehr vielfältige Verflechtungen mit anderen Bereichen wie der Wirtschafts-, Einkommens- und Arbeitsmarktentwicklung und -politik, mit der Gesundheits-, Verkehrs- und Raumordnungspolitik und nicht zuletzt mit den Wandlungen von Werten und Vorstellungen.

Methodische Vorbemerkungen

Eine Analyse der Entwicklung des Fremdenverkehrs innerhalb der letzten zwei Jahrzehnte anhand der Ergebnisse der Reiseverkehrstatistik ist allerdings nur unter Beachtung der folgenden Einschränkungen möglich.

Die Fremdenverkehrsstatistik¹ wurde von 1960 bis Ende 1980 bundesweit in höchstens 3000 Gemeinden durchgeführt, war also keine flächendeckende Statistik. Die Einbeziehung einer Gemeinde in die Fremdenverkehrsstatistik setzte voraus, daß ihre jährliche Übernachtungszahl einen bundeseinheitlich festgelegten Grenzwert überschritt (bis 1970: - 3000, ab dann: 5000). In größeren Zeitabständen (in der Regel alle fünf Jahre) erfolgte eine Überprüfung der "Berichts-gemeinden". Dabei wurden neuauftretende Fremdenverkehrsgemeinden in die Statistik einbezogen, Gemeinden, die zwischenzeitlich an Bedeutung für den Fremdenverkehr verloren hatten, ausgeschieden. Des weiteren wurde jeweils zum 1. April die Zuordnung der einzelnen Gemeinden nach Gemeindegruppen geprüft. Gegebenenfalls, zum Beispiel bei Neuvergabe, Bestätigung oder Aberkennung eines Prädikates, wurden entsprechende Umsetzungen vorgenommen. Somit war der Kreis der Berichtsorte laufenden Veränderungen unterworfen.

Durch die Änderung des Beherbergungsstatistikgesetzes zum 1.1.1981² entstand ein wandfreien längerfristigen Vergleich fast unmöglich macht. So werden seit dem Berichtsmontat Januar 1981 nur noch Beherbergungsstätten mit neun und mehr Betten erfaßt. Die Erhebung ist nunmehr flächendeckend, das heißt, die Beherbergungsstatistik ist nicht mehr nur auf ausgewählte Fremdenverkehrsgemeinden begrenzt. Andererseits wird auf die Einbeziehung der kleineren Beherbergungsbetriebe mit weniger als neun Betten und auf die Privatquartiere verzichtet³. Diese Neuregelung führt in manchen Fremdenverkehrsgemeinden dazu, daß bis zu 70 % ihrer Beherbergungskapazität in den Ergebnissen keinen Niederschlag mehr finden. Im Landesdurchschnitt sind es immerhin noch rund 30 %, das heißt, daß im Durchschnitt etwa jedes dritte Gästebett mit den dazugehörigen Übernachtungszahlen der statistischen

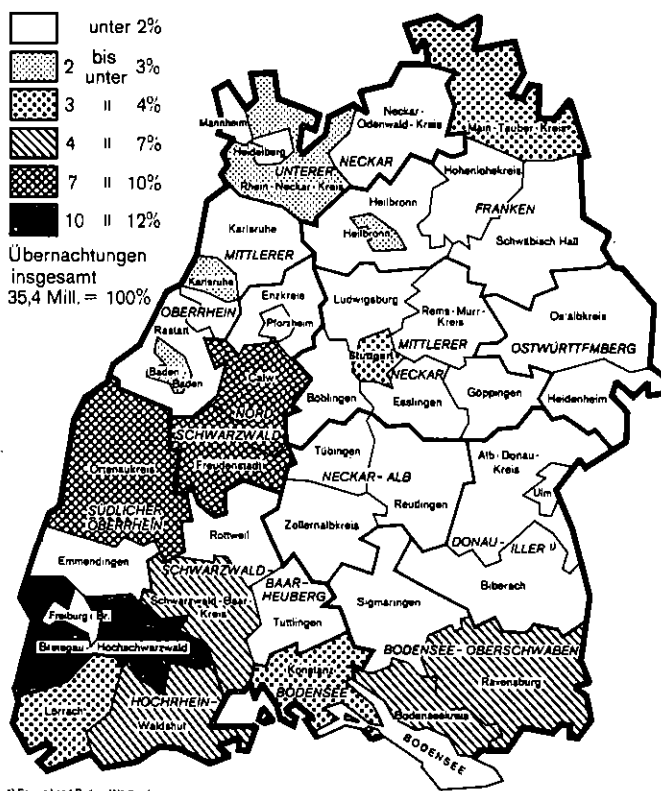
1 Sie basiert auf dem Gesetz über die Durchführung laufender Statistiken im Handel sowie über die Statistik des Fremdenverkehrs in Beherbergungsstätten vom 12.1.1960 (BGBl. I, S. 6), novelliert zum 1.1.1980. Erhoben wurden monatlich die Fremdenmeldungen und Gästeübernachtungen, bei Ausländern in der Untergliederung nach Herkunftsländern, und einmal jährlich, jeweils zum 1. April, die Zahlen der von den Beherbergungsstätten angebotenen Zimmer und Betten.

2 Die Fremdenverkehrsstatistik beruht seitdem auf dem Gesetz über die Statistik der Beherbergung im Reiseverkehr vom 14. Juni 1980, BGBl. I, S. 953. Abgesehen von der monatlichen Statistik der Gästeankünfte und -übernachtungen sieht das Beherbergungsstatistikgesetz nunmehr im Abstand von sechs Jahren eine Erhebung von wesentlichen Ausstattungs- und Qualitätsmerkmalen sowie von Preisangaben bei den Beherbergungsstätten vor.

3 Vgl. dazu Reeb, Albert: Inhalt und Aufbau der neuen Statistik der Beherbergung im Reiseverkehr, in: Wirtschaft und Statistik Heft 12/80, S. 834 - 842.

Schaubild 1

Anteil der Stadt- und Landkreise an den Übernachtungen insgesamt 1981



1) Soweit Land Baden-Württemberg

158 83

Erfassung entzogen wird. Verschiedentlich mußten auch große Apartmenthäuser oder Ferienzentren, die sich in der Regel aus einer Vielzahl kleinerer Eigentumswohnungen zusammensetzen, aus der Berichtspflicht entlassen werden. Entwicklungen bei dieser in verschiedenster Hinsicht an sich aufmerksam zu beobachtenden Unterbringungsform können also nicht mehr weiter verfolgt werden. Insbesondere durch den Wegfall der Betriebe mit weniger als 9 Betten, von dem sich der Gesetzgeber einen besonderen Entlastungseffekt bei den Auskunfts-pflichtigen versprach, gingen wichtige Informationen verloren. Um das von den zuständigen Stellen des Landes Baden-Württemberg schon früh erkannte Informationsdefizit in vertretbaren Grenzen zu halten, wird auf freiwilliger Basis einmal jährlich bei einer beschränkten Zahl von prädikatisierten Fremdenverkehrsgemeinden unter Einbeziehung der Kleinbetriebe und Privatquartiere eine Auswertung der Kurtaxunterlagen vorgenommen. Daneben versuchte die Landesregierung im Rahmen der Vorbereitung eines Zweiten Statistikbereinigungsgesetzes durch entsprechende Initiativen auf eine Verbesserung der Ergebnisse der Statistik hinzuwirken. Wegen der insgesamt unbefriedigenden Situation auf dem Gebiet der Reiseverkehrsstatistiken haben der Gemeindetag und Fremdenverkehrsorganisationen ihre Mitglieder gebeten, ungeachtet der Befragung durch die

amtliche Statistik, bis auf weiteres zusätzlich "örtliche Statistiken" zu führen. Eine Entlastung der Gemeinden durch die neue gesetzliche Regelung im Reiseverkehr ist deshalb praktisch nicht eingetreten. Generell ist also festzuhalten, daß alle Angaben nach der neuen Erfassung auf einem niedrigeren Niveau liegen. Schon zuvor sind durch die Verwaltungsreform, die sich beginnend mit dem Fremdenverkehrsjahr 1971/72 in den Ergebnissen auswirkte, Zeitvergleiche problematisch geworden. Die Gemeindegliederung erforderte es, die Berichtspflicht auf die Gesamtheit aller Ortsteile auszuweiten, auch wenn vorher nur ein Ortsteil als früher selbständige Gemeinde der Meldepflicht unterlag. Dies hatte zur Folge, daß sich einerseits durch Zusammenschlüsse die Zahl der berichtspflichtigen Gemeinden verringerte, andererseits sich aber die Zahl der ankunftspflichtigen Beherbergungsstätten zum Teil erheblich erhöhte. Die Entwicklung im Zeitraum 1971 bis 1975 ist somit nicht ausschließlich auf strukturelle oder konjunkturelle Einflüsse zurückzuführen. Diesen Gegebenheiten muß bei der Interpretation der Zahlen Rechnung getragen werden. Die Verwaltungsreform war im wesentlichen 1975 abgeschlossen, so daß unter diesem Gesichtspunkt methodisch korrekte Vergleiche ab 1976 möglich sind.

Bis 1980 deutliche Zunahme des Fremdenverkehrs

Zwischen 1960/61 und 1979/80 hat der Fremdenverkehr in Baden-Württemberg - abgesehen von den Jahren 1967/68 bzw. 1973/74, in denen sich die allgemein schlechte Wirt-

schaftslage negativ auswirkte, - ständig zugenommen (vgl. dazu Tab. 1 und Schaubild 2). Die Zahl der Gästeankünfte erhöhte sich von 5,8 Mill. auf 9 Mill. (+ 55 %). Die Übernachtungen haben noch stärker zugenommen (+ 73 %), so wurden im Fremdenverkehrsjahr 1979/80 mit 44,9 Mill. Übernachtungen 18,9 Mill. mehr als 1960/61 registriert. Dadurch ergab sich eine Verlängerung der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer der Gäste von 4,5 auf 5 Tage. Zwischen 1975/76 und 1979/80 war sowohl bei den Ankünften als auch bei den Übernachtungen ein kontinuierlicher Aufwärtstrend feststellbar.

Diese Steigerung der Nachfrage nach Beherbergungsleistungen dürfte - ohne einen Anspruch auf Vollständigkeit erheben zu wollen - aus dem Zusammenwirken der folgenden Faktoren resultieren: Baden-Württemberg als Fremdenverkehrsland verfügt über reizvolle und vielseitige Erholungslandschaften, eine Vielzahl an bedeutenden Kulturdenkmälern und infrastrukturell gut ausgestattete Feriengebiete. Hierbei ist insbesondere die leistungsfähige Gastronomie als ökonomische Basis des Fremdenverkehrs zu erwähnen. Es ist gleichzeitig das Bundesland mit den meisten Heilbädern. Die Entwicklung wurde vor allem aber begünstigt durch den Anstieg der verfügbaren Einkommen weiter Bevölkerungskreise bei gleichzeitiger Ausdehnung der Freizeit sowie durch die zunehmende Motorisierung, die es ermöglicht, die Feriengebiete schnell und bequem zu erreichen. Aber auch gezielte Werbemaßnahmen und der hohe Stellenwert, der dem Gut "Urlaub", das heißt dem Abschalten von der Alltagswelt wie auch der Erhaltung des Guts "Gesundheit" in der Präferenzstruktur der privaten Haushalte zukommt, dürften in diesem Zusammenhang von nicht zu unterschätzender Bedeutung gewesen sein. Nicht zuletzt wurde der Fremdenverkehr durch Zuschüsse an die Gemeinden zur Verbesserung der örtlichen Fremdenverkehrsinfrastruktur in Höhe von 120 Mill. DM im Zeitraum von 1971 bis 1981 und durch zinsgünstige Darlehen der Landeskreditbank an Unternehmen des Gastgewerbes nachhaltig unterstützt.

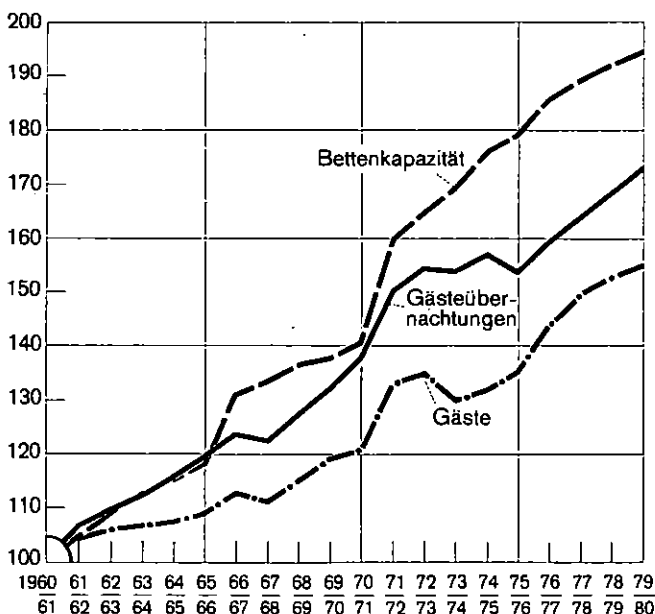
Der Ausdehnung der Nachfrage nach Beherbergungsleistungen stand allerdings fast eine Verdoppelung (+ 94 %) des Bettenangebots gegenüber, so daß die durchschnittliche Bettenausnutzung im Land von 40 % auf 36 % zurückging. Besonders in der ersten Hälfte der 70er Jahre entwickelten sich die Bettenkapazität und die Gäste- und Übernachtungszahlen auseinander (vgl. Schaubild 2).

Die relativ kontinuierliche Aufwärtsentwicklung des Fremdenverkehrs hat sich zu Anfang der 80er Jahre nicht weiter fortgesetzt. Das Ausmaß der Abflachung ist wegen der Neukonzeption der Statistik, die methodisch bedingt niedrigere Zahlen ausweist, nicht genau zu ermitteln. Die Erhebung auf Basis des neuen

Schaubild 2

Entwicklung des Fremdenverkehrs

1960/61 = 100



Berichtskreises weist für die baden-württembergischen Beherbergungsstätten mit neun und mehr Betten 8,6 Mill. Gästeankünfte nach, welche insgesamt 35,4 Mill. Übernachtungen buchten. Bei diesem Gesamtergebnis kann gegenüber dem Vorjahr von einer leichten Zunahme der Gäste bei gleichzeitigem Rückgang der Übernachtungszahlen ausgegangen werden. Somit hat sich die durchschnittliche Verweildauer der Gäste, die 1981 bei 4,1 Tagen lag, gegenüber den Vorjahren verringert. Bemerkenswert ist, daß der trotz aller methodischen Vorbehalte ermittelte Rückgang um - 4 % 1981 gegenüber 1980 sich mit dem realen Umsatzrückgang beim Beherbergungsgewerbe im Rahmen der Gastgewerbestatistik deckt. Es dürften sich hier die Folgen der rückläufigen Realeinkommen weiter Bevölkerungskreise und der damit zusammenhängenden Einsparungen beim Urlaubsbudget abzeichnen. Letzteres könnte sich unter Umständen in einer - mehrfach beobachteten - vergleichsweise höheren Inanspruchnahme der in der Regel preisgünstig angebotenen, aber statistisch seit 1981 nicht mehr erfaßten Kleinbetriebe und Privatquartiere auswirken. So ergab sich beispielsweise im Rahmen der bereits erwähnten, im Auftrag des Landesfremdenverkehrsverbandes durchgeführten Auswertung der Kurtaxunterlagen ausgewählter Gemeinden für 1981 kein Rückgang, sondern eine Stagnation bei den Übernachtungszahlen. Hierbei waren auch die Ergeb-

nisse der Kleinbetriebe und Privatquartiere enthalten. Allerdings ist zu beachten, daß die zugrundegelegten Daten weder repräsentativ noch primär für statistische Zwecke erhoben wurden. Dieses Ergebnis würde im übrigen auch mit der verschiedentlich vertretenen These übereinstimmen, daß wegen des hohen Stellenwertes des Gutes "Urlaubsreisen" "nicht am, sondern im Urlaub", zum Beispiel durch Inanspruchnahme preiswerterer Übernachtungsmöglichkeiten, gespart wird. 1981 entfielen 22,5 Mill. oder 64 % der insgesamt registrierten Übernachtungen auf das Sommerhalbjahr, wobei die Schwerpunkte in den Schulferienmonaten Juli und August mit 4,2 bzw. 4,3 Mill. gemeldeter Übernachtungen lagen.

Fast 40% der Übernachtungen in Heilbädern

Detaillierte Aussagen über den Fremdenverkehr werden durch eine Analyse der Entwicklung in den einzelnen Gemeindegruppen ermöglicht (vgl. Tabelle 2). Hierbei werden, in Anlehnung an das Kurortegesetz,⁴ Heilbäder, Luftkur- und Erholungsorte sowie Großstädte und Sonstige Berichtsgemeinden unterschieden; die Heilbäder sind dabei in Mineral- und Moorbäder, heilklimatische Kur-

⁴ Gesetz über die Anerkennung von Kurorten und Erholungsorten vom 14. März 1972, (GBl. S. 70).

Tabelle 1

Fremdenverkehr nach Fremdenverkehrsjahren

Fremdenverkehrsjahr	Fremdenbetten am 1. April		Ankünfte		Übernachtungen			Durchschnittliche Aufenthaltsdauer Tage
	insgesamt	darunter in Privatquartieren	insgesamt	darunter von Ausländern ¹⁾	insgesamt	darunter von Ausländern	Anteil Badens am Bundesgebiet	
	1000	%	1000	%	1000	%		
430 Berichtsorte								
1960/61	176	28,4	5 812	19,6	25 984	8,9	19,2	4,5
1962/63	191	28,8	6 138	20,0	28 472	8,6	19,4	4,6
1964/65	203	28,6	6 242	20,6	30 005	8,8	19,0	4,8
1965/66	208	27,9	6 330	20,2	31 037	8,6	18,8	4,9
528 Berichtsorte								
1966/67	230	28,7	6 543	20,0	32 105	8,6	19,2	4,9
1968/69	240	28,3	6 674	19,7	33 108	8,8	19,0	5,0
1970/71	247	27,9	7 028	19,3	35 746	8,3	18,5	5,1
712 Berichtsorte ¹⁾								
1971/72	281	28,5	7 706	19,1	39 005	8,2	19,3	5,1
1973/74	298	27,9	7 542	16,9	39 921	7,1	19,9	5,3
1975/76	315	27,9	7 867	17,6	39 889	7,5	17,6	5,1
747 Berichtsorte								
1976/77	327	27,2	8 335	17,8	41 083	7,9	17,9	4,9
1978/79	338	26,0	8 861	17,9	43 759	8,3	18,2	4,9
1979/80	342	26,0	8 989	18,5	44 858	8,7	18,0	5,0

¹⁾ Die Zahl der Berichtsgemeinden ist infolge von Gemeindegemeinschaften zum 1. April 1972 von 712 auf 644, zum 1. April 1974 auf 574 und zum 1. April 1976 auf 467 zurückgegangen.

Tabelle 2

Fremdenverkehr nach Gemeindegruppen 1976 und 1980

Gemeindegruppe	Kalendarjahr	Berichtsgemeinden	Gästebetten am 1. April		Ankünfte			Übernachtungen			Durchschnittliche Aufenthaltsdauer Tage
					insgesamt		darunter von Auslands-gästen	insgesamt		darunter von Auslands-gästen	
					1000	%	1000	%	1000	%	
Großstädte	1976	7	19 451	6,2	1 432	18,1	441	2 755	6,9	755	1,9
	1980	7	19 513	5,7	1 559	17,3	535	3 143	7,0	961	2,0
Heilbäder zusammen	1976	50	100 683	32,0	1 527	19,3	185	15 399	38,7	611	10,1
	1980	52	109 023	31,9	1 868	20,7	219	17 977	39,9	728	9,6
davon											
Mineral- und Moorbäder	1976	31	56 065	17,8	830	10,5	103	8 899	22,4	292	10,7
	1980	32	58 454	17,1	1 009	11,2	126	10 465	23,2	350	10,4
Heilklimatische Kurorte	1976	12	32 908	10,5	478	6,0	52	5 018	12,6	215	10,5
	1980	12	35 797	10,5	563	6,3	53	5 444	12,1	254	9,7
Kneippkurorte	1976	7	11 710	3,7	219	2,8	30	1 482	3,7	103	6,8
	1980	8	14 772	4,3	296	3,3	40	2 068	4,6	124	7,0
Luftkurorte	1976	55	70 101	22,3	1 132	14,3	90	8 659	21,8	354	7,6
	1980	60	82 268	24,1	1 326	14,7	122	9 784	21,7	533	7,4
Erholungsorte	1976	89	42 751	13,6	672	8,5	50	4 612	11,6	244	6,9
	1980	125	59 654	17,4	1 117	12,4	117	6 393	14,2	425	5,7
Sonstige Berichtsgemeinden	1976	266	81 730	26,0	3 159	39,9	637	8 334	21,0	1 066	2,6
	1980	230	71 570	20,9	3 134	34,8	670	7 738	17,2	1 246	2,5
Gemeindegruppen zusammen	1976	467	314 716	100	7 922	100	1 402	39 760	100	3 039	5,0
	1980	474	342 028	100	9 005	100	1 662	45 034	100	3 893	5,0

orte und Kneippkurorte noch tiefer untergliedert. Wegen der Verwaltungsreform und ihrer Auswirkungen kann die Entwicklung erst ab 1976 verfolgt werden.

Zwischen 1976 und 1980 hat der Fremdenverkehr in fast allen Gemeindegruppen zugenommen. Die Zahl der Gäste bzw. der Übernachtungen hat um 14 bzw. 13 % zugenommen, so daß die Verweildauer mit im Durchschnitt 5 Tagen konstant geblieben ist.

Gemessen an den Übernachtungszahlen kommt den Heilbädern mit einem Anteil von fast 40 % - im übrigen auch nach der Umstellung der Statistik - die größte Bedeutung zu. Die baden-württembergischen Heilbäder, welche annähernd den gesamten Indikationsbereich der kurmäßigen, klimatischen, balneologischen und physikalisch-diätetischen Therapie abdecken, erfreuten sich zunehmender Beliebtheit. Hier konnte mit 17 % ein höherer prozentualer Zuwachs an Übernachtungen verzeichnet werden als bei den Gemeindegruppen insgesamt, so daß 1980 auf knapp 18 Mill. Übernachtungen verwiesen werden konnte. Zu beachten ist, daß die Nachfrage nach Beherbergungsleistungen auf dem Kursektor nicht in erster Linie von der Einkommenshöhe oder Urlaubsdauer, sondern von gesundheitlichen Faktoren sowie der ärztlichen Empfehlung bestimmt wird. Aber auch Entscheidungen im politischen Raum bzw. das Verhalten der Sozialversicherungsträger und nicht zuletzt auch psychologische Faktoren

beim Antragsteller spielen hier eine Rolle.⁵ Innerhalb der Gruppe der Heilbäder kommt den Mineral- und Moorbädern, die von 1976 bis 1980 ihre Übernachtungszahlen um 18 % auf 10,5 Mill. steigern konnten, die größte Bedeutung zu. Die stärkste Nachfrageausweitung innerhalb dieser Gemeindegruppe konnten allerdings die - quantitativ nicht so bedeutenden - Kneippkurorte verbuchen, die innerhalb von fünf Jahren ihre Übernachtungszahlen um fast 40 % ausdehnten.

Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Gäste ist bei den verschiedenen Arten von Heilbädern unterschiedlich hoch. Die Gäste in Kneippkurorten bleiben im Durchschnitt (1980) weniger lang (7,0 Tage) als in heilklimatischen Kurorten (9,7 Tage) bzw. in Mineral- und Moorbädern (10,4 Tage). Dies hängt von der Intensität der medizinischen Rehabilitation in der jeweiligen Heilbäderart ab. Außerdem gehen in die ermittelten Durchschnittswerte unterschiedlich lange Kuraufenthalte ein. Sozialkurgäste, die in der Regel in Sanatorien und Kurkliniken untergebracht sind, absolvieren normalerweise eine vierwöchige Kur, während Privatkurgäste, die ihre Kur selbst bezahlen, meist erheblich kürzere Zeit im Kurort verweilen.

⁵ In Rezessionsjahren wurde verschiedentlich beobachtet, daß aus Furcht vor Gefährdung eines Arbeitsplatzes von der Beantragung eines Kuraufenthaltes abgesehen wird.

Räumliche Schwerpunkte der Kurerholung sind der Schwarzwald, wo sich bis auf eine Ausnahme alle heilklimatischen Kurorte des Landes befinden, das Gebiet Hohenlohe-Unterer Neckar mit Bad Mergentheim sowie der Raum Bodensee-Oberschwaben.

Über ein Fünftel der Übernachtungen in Luftkurorten

Neben den Heilbädern kommt den Luftkurorten, deren Anteil an den insgesamt gemeldeten Übernachtungen zwischen 1976 und 1980 jeweils um 22 % schwankte, die größte Bedeutung zu (vgl. Schaubild 3). In den Luftkurorten des Landes, zu den bedeutendsten zählen Baiersbrunn und Feldberg, wurden 1980 rund 9,8 Mill. Gästeübernachtungen gemeldet, das waren 1,1 Mill. oder 13 % mehr als 1976. Dies kommt der Gesamtentwicklung im Land relativ nahe. Durch den Ausbau der Vor-, Nach- und Wintersaison konnten die Luftkurorte bemerkenswerte Steigerungen bei den Übernachtungszahlen verzeichnen. Im Winterhalbjahr 1975/76 zum Beispiel wurden 2,3 Mill. Übernachtungen registriert, 1979/80 hatte sich die Zahl um 26 % auf 2,9 Mill. erhöht. Voraussetzung für diese Entwicklung war der Ausbau der entsprechenden Infrastruktur, wie beispielsweise die Bereitstellung von Skiliften, Langlaufloipen, Eissportplätzen und eines geräumten Spazierwegenetzes.

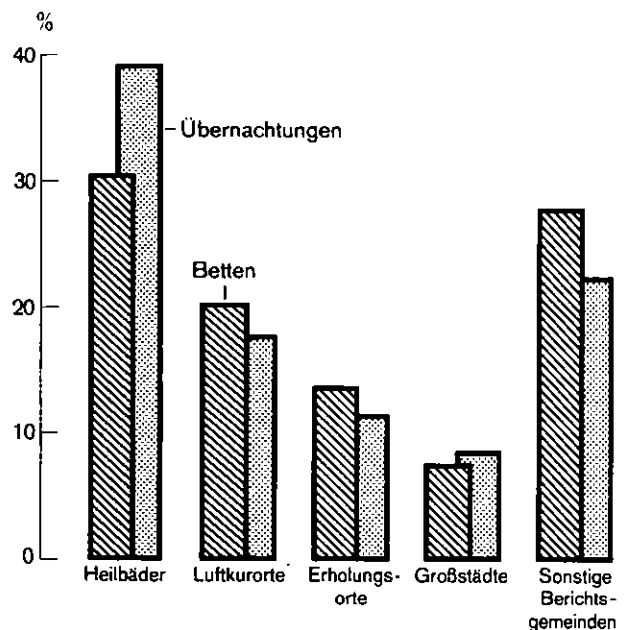
Die Erholungsorte, auf die 1980 rund 14 % der Gästeübernachtungen entfielen, konnten innerhalb von fünf Jahren ihr Bettenangebot sowie ihre Übernachtungszahl um knapp 40 % ausdehnen. Diese überdurchschnittlichen Zuwachsraten sind jedoch zumindest teilweise darauf zurückzuführen, daß immerhin 36 Gemeinden zwischenzeitlich das entsprechende Prädikat verliehen wurde.

Demgegenüber nahm die Zahl der Berichtsorte bei der Gemeindegruppe "Sonstige Berichtsgemeinden" - meist mittlere und kleinere Städte bzw. Ausflugsorte - ab. Bei nahezu unveränderter Zahl der Gästeankünfte ging die der Übernachtungen um rund 7 % zurück. Als Folge verringerte sich die durchschnittliche Verweildauer der Gäste im Berichtszeitraum geringfügig.

Der Anteil der Großstädte an den Übernachtungen insgesamt liegt seit 1976 bei rund 7 %. Einen Schwerpunkt bildet in dieser Gemeindegruppe, genauso wie bei den Sonstigen Berichtsgemeinden der Geschäftsreiseverkehr. Aber auch der Tagungstourismus ist hier von Bedeutung. Während die Zahl der Übernachtungen im Vergleichszeitraum um 14 % zunahm, erhöhte sich die der Ankünfte nur um 9 %. Das Bettenangebot stagnierte nahezu. In dieser Gemeindegruppe liegt die durchschnittliche Verweildauer der Gäste mit rund 2 Tagen deutlich niedriger als im Landesdurchschnitt (1980: 5 Tage).

Schaubild 3

Anteile der einzelnen Gemeindegruppen an den Betten- und Übernachtungszahlen 1981



157 83

Durch die mit der Novellierung des Beherbergungsstatistikgesetzes verbundene Umstellung des Berichtsbereiches hat sich die Bedeutung dieser Gemeindegruppen zueinander zum Teil verschoben. Der Ausfall der Privatquartiere und kleinerer Beherbergungsstätten wirkt sich besonders ungünstig für die Luftkur- und Erholungsorte aus, deren Anteile an den gesamten Übernachtungen gegenüber früher geringer sind und im Jahr 1981 18 % bzw. 11,5 % betragen. Profitiert haben demgegenüber die Sonstigen Berichtsgemeinden, deren Zahl wegen der Flächendeckung der neuen Statistik zunahm und deren Übernachtungsanteil jetzt 23 % beträgt.

Jedes vierte Gästebett in Privatquartieren

Am 1. April 1980 wurden in den Fremdenverkehrsgemeinden Baden-Württembergs insgesamt 342 028 Betten angeboten (vgl. Tabelle 3). Die Kapazität wurde demzufolge seit 1976 um 9 % ausgedehnt. In der Betrachtung nach Betriebsarten wurden überdurchschnittliche Zuwachsraten bei den Hotels (+ 12 %) sowie den Erholungs- und Ferienheimen (+ 25 %) festgestellt. Gleichzeitig konnten diese auch ihre Übernachtungszahlen mit + 18 % bzw. + 16 % überdurchschnittlich stark steigern. In den Ferienhäusern und -wohnungen - eine bei den Urlaubern immer beliebter gewordene Unterbringungsform - wurde zwischen 1976 und 1980 das Bettenangebot sogar mehr als verdoppelt (+ 103 %). Hier stiegen die Übernachtungszahlen um 86 %. Allerdings ist ihr Anteil an der Gesamtkapazität mit knapp 6 % derzeit noch

gering. Bei den Gasthöfen und Privatquartieren stagnierte demgegenüber sowohl das Bettenangebot wie auch die Übernachtungszahlen. In Heilstätten und Sanatorien nahmen die Kapazität mäßig (+ 7 %), die Übernachtungszahlen aber kräftig (+ 19 %) zu.

1980 wurden allein von Hotels, Gasthöfen und Pensionen über die Hälfte aller Gästebetten (54 %) bereitgestellt, auf Privatquartiere entfiel ein Anteil von 26 %. Die Bedeutung der Privatzimmervermietung für das Fremdenverkehrsgeschehen ist in den einzelnen Gemeindegruppen und erst recht in den einzelnen Gemeinden unterschiedlich groß und variiert auch im Jahresverlauf. In den Heilbädern wird rund jedes vierte zur Verfügung stehende Gästebett von Privatvermietern angeboten, bei Luftkurorten bzw. Erholungsorten mehr als jedes dritte. Regionale Schwerpunkte der Privatzimmervermietung sind vor allem der Schwarzwald und das Bodenseegebiet.

Den Privatbetten kommt in der Hochsaison bei relativ hoher Auslastung der Beherbergungsbetriebe durch kurzfristig mögliche Ausweitung des Bettenangebots eine bedeutende Ausgleichsfunktion zu. Von den 8,5 Mill. Übernachtungen des Jahres 1980 entfielen nämlich allein 7 Mill. auf das Sommerhalbjahr, so daß in den Monaten April bis einschließlich September knapp ein Viertel der gesamten Übernachtungen (23 %) in Privatquartieren gebucht wurde. Jeweils rund ein Drittel dieser 7 Mill. Privatzimmerübernachtungen konnte von den Heilbädern (33 %) und den Luftkurorten (32 %) gemeldet werden. Der Anteil der Erholungsorte an diesen Übernachtungen lag bei 24 %.

Wachsendes Interesse für Ferien auf dem Bauernhof

Neben den Privatquartieren erfreut sich auch der Urlaub auf dem Bauernhof seit Jahren steigender Beliebtheit: so wurden bei der Landwirtschaftszählung 1979 (für 1978) in Baden-Württemberg 3128 landwirtschaftliche Betriebe (2,0 % aller landwirtschaftlichen Betriebe) gezählt, die Zimmer oder Ferienwohnungen zur Vermietung an Ferien- oder Kurgäste bereitstellten. Gegenüber der Landwirtschaftszählung für 1971 bedeutet das zwar einen Rückgang um 698 Betriebe oder 18 %, doch ist diese Entwicklung ausschließlich auf den allgemein in der Landwirtschaft zu beobachtenden Strukturwandel zurückzuführen. Die Zahl der Übernachtungen nahm demgegenüber von 1971 bis 1978 um 18 % auf nunmehr rund 1,29 Mill. Übernachtungen zu. Noch deutlicher zeigt sich die Anziehungskraft dieser Urlaubsform, wenn man die durchschnittlichen Übernachtungszahlen je Betrieb einander gegenüberstellt: 1971 hatten die Betriebe im Schnitt 286 Übernachtungen zu verzeichnen, 1978 dagegen bereits 413 (+ 44 %). Dadurch konnten die vorhandenen Kapazitäten besser ausgelastet werden; darüber hinaus hat aber zumindest ein Teil der Betriebe sein Bettenangebot aufgestockt, so daß gleichzeitig mehr Ferien- und Kurgästen Unterkunft geboten werden konnte.

Es kann davon ausgegangen werden, daß sich die positive Entwicklung im Zuge der allgemeinen Tendenz zur preisbewußteren Nachfrage von Urlaubsangeboten auch in den letzten Jahren, für die leider kein statistisches Datenmaterial vorliegt, weiter fortgesetzt hat,

Tabelle 3

Fremdenverkehr nach Betriebsarten 1980

Betriebsart	Übernachtungen				Betriebe ¹⁾ insgesamt	Betten ¹⁾			Durchschnittliche		
	insgesamt	Anteil	Veränderung 1980 gegen 1976	darunter von Aus- lands- gästen		insgesamt	insgesamt	Anteil	Veränderung 1980 gegen 1976	Betten- aus- nutzung	Aufent- halts- dauer
Hotels zusammen	15 284	33,9	18,0	16,1	3 576	108 343	31,7	11,7	38,5	2,8	
Hotels	10 254	22,8	19,5	18,8	1 472	70 456	20,6	11,0	40,0	2,5	
Hotels garnis	5 030	11,2	15,1	10,7	2 104	37 887	11,1	12,8	36,3	4,1	
Gasthöfe	5 637	12,5	3,6	14,2	3 678	62 211	18,2	0,1	24,8	3,3	
Fremdenheime, Pensionen	1 940	4,3	- 3,5	6,0	754	13 861	4,1	- 6,3	38,4	8,9	
Erholungs- und Ferienheime	3 189	7,1	15,8	2,4	305	20 701	6,1	25,1	42,1	6,9	
Heilstätten, Sanatorien	8 565	19,0	19,2	1,0	290	28 948	8,5	7,2	80,8	29,2	
Ferienhäuser und ähnliches	1 926	4,3	86,4	5,5	682	19 412	5,7	102,7	27,1	12,4	
Privatquartiere	8 486	18,8	1,2	3,0	(336) ²⁾	88 552	25,9	1,1	26,2	10,5	
Insgesamt	45 034	100	13,3	8,6	9 621	342 028	100	8,7	36,0	5,0	

1) Jeweils April. - 2) Zahl der Berichtsgemeinden, in denen Privatquartiere zur Verfügung stehen.

bietet doch ein solcher Urlaub gerade für die Stadtbevölkerung und insbesondere für Familien mit Kindern eine gute Gelegenheit, neben der Naturverbundenheit auch die besondere Lebensweise auf einem Bauernhof kennenzulernen. Entscheidend unterstützt und getragen wurden Auf- und Ausbau von Ferien auf dem Bauernhof durch mannigfache Werbe- und Fördermaßnahmen, die von der Beratung der Betriebe bis zur Einführung und Pflege des Gütezeichens "Urlaub auf dem Bauernhof" reichen.

Mißt man die Größe der zimmervermietenden Betriebe am Umfang ihrer landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF), so wird deutlich, daß die Bereitstellung von Zimmern bzw. Ferienwohnungen eine Domäne der klein- bis mittelbäuerlichen Betriebe bildet: 82 % der Übernachtungen entfallen auf Betriebe mit weniger als 20 ha LF, 58 % allein auf Betriebe mit weniger als 10 ha LF, die auf diese Weise ihr Betriebseinkommen steigern konnten. Dementsprechend ist es nicht verwunderlich, daß die Übernachtungszahlen gerade bei den landwirtschaftlichen Unternehmen mit 1 bis unter 5 ha LF (35,3 % aller Übernachtungen) sprunghaft gestiegen sind, und zwar von durchschnittlich 275 im Jahr 1971 auf 432 im Jahr 1978 (+ 57 %). Trotz der Erschließung dieses Betriebszweiges waren 1978 aber 2388 oder 3/4 aller zimmervermietenden landwirtschaftlichen Betriebe auf zusätzliche außerbetriebliche Einkommen angewiesen, die in 1720 Betrieben sogar höher lagen als die betrieblichen Einkünfte (einschließlich Ferien auf dem Bauernhof).

In regionaler Hinsicht konzentriert sich das Angebot der Ferien auf dem Bauernhof weit stärker als das der gewerblichen und privaten Anbieter auf die traditionellen Fremdenverkehrsgebiete des Landes: 2748 oder 88 % aller "Urlaubsbauernhöfe" liegen in den Regionen Nordschwarzwald, Südlicher Oberrhein, Schwarzwald-Baar-Heuberg, Hochrhein-Bodensee und Bodensee-Oberschwaben. Hier war es naturgemäß leichter, die Zimmervermietung in landwirtschaftlichen Betrieben als interessante und preiswerte Alternative zum Gaststätten- und Hotelgewerbe einzuführen und bekanntzumachen, als in solchen Gebieten, die abseits der großen Urlauberströme liegen und dementsprechend auch weniger stark über eine auf die speziellen Anforderungen des Fremdenverkehrs abgestimmte Infrastruktur verfügen.

Übernachtungen ausländischer Gäste mit überdurchschnittlichen Zuwachsraten

Die Entwicklung des Ausländertourismus wird, abgesehen von der preislichen Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Vergleich, maßgeblich davon bestimmt, inwieweit es durch entsprechende Werbemaßnahmen gelingt, den Bekanntheitsgrad inländischer Reiseziele im Ausland zu erhöhen. Die entsprechenden Bemühungen waren offenbar erfolgreich, denn

während die Übernachtungszahlen insgesamt zwischen 1976 und 1980 um 13 % zugenommen haben, konnte bei den Übernachtungen ausländischer Gäste ein weit überdurchschnittlicher Anstieg um 28 % auf 3,9 Mill. registriert werden, womit sich ihr Anteil von 8 % auf 9 % erhöhte. Insbesondere seit 1978 sind die Ausländerübernachtungen stärker gestiegen als die Übernachtungen von Inländern. Dies kann als Hinweis für besondere Entwicklungschancen in diesem Bereich gewertet werden.

Wegen der Novellierung der Statistik kann über die Entwicklung der ausländischen Touristen von 1980 nach 1981 keine Aussage gemacht werden. Allerdings scheint auch die Entwicklung von 1981 auf 1982 - auf die später noch eingegangen wird - darauf hinzuweisen, daß der Ausländertourismus ein durchaus stabilisierendes Element im Fremdenverkehr ist.

Weit überdurchschnittliche Zuwachsraten bei den Übernachtungen ausländischer Gäste verzeichneten in der Betrachtung nach Gemeindegruppen die Erholungsorte (+ 71 %) und die Luftkurorte (+ 49 %). Allerdings ist hier die Bedeutung des Auslandstourismus mit Anteilen an allen Übernachtungen von 6,6 % bzw. 5,0 % noch vergleichsweise gering. Absolut die meisten Übernachtungen ausländischer Gäste wurden in den Sonstigen Berichtsgemeinden gebucht (+ 17 %). 1980 waren es 1,2 Mill., das entspricht in dieser Gemeindegruppe einem Anteil von immerhin 16 %. Die größte Bedeutung haben ausländische Gäste für die Großstädte, hier lag die entsprechende Quote bei 31 %. Mit 961 000 Übernachtungen wurde ein Anstieg gegenüber 1976 um 27 % erreicht. Jede vierte von ausländischen Gästen im Lande getätigte Übernachtung wird aus einer der sieben Großstädte gemeldet. Diese Konzentration macht deutlich, daß der Ausländertourismus in größerem Umfang dem Geschäfts-, Kongreß- und Transittourismus zuzurechnen ist. Hierfür spricht auch, daß die ausländischen Gäste im Durchschnitt nur 2,2 Tage lang in unserem Land bleiben, womit ihre durchschnittliche Aufenthaltsdauer um die Hälfte niedriger ist als die aller Gäste. In Luftkur- und Erholungsorten liegt sie allerdings bei 4 Tagen. Offenbar haben auch Hotels mit hohem Komfort, die vorzugsweise in Ballungsgebieten liegen, durch eigene Werbung einen höheren Bekanntheitsgrad bei ausländischen Gästen erlangt⁶. Ausländische Kurgäste sind in baden-württembergischen Heilbädern nicht häufig anzutreffen; lediglich rund 4 % der Übernachtungen in dieser Gemeindegruppe entfielen im Beobachtungszeitraum auf Gäste aus dem Ausland.

6 Vgl. dazu "Tourismus in der Bundesrepublik Deutschland - Grundlagen und Ziele", Unterrichtung durch die Bundesregierung, Bundestagsdrucksache 7/3840, S. 15.

Tabelle 4

Auslandsgäste nach ausgewählten Herkunftsländern

Ständiger Wohnsitz der Auslandsgäste	Ankünfte		Übernachtungen	
	1980	Veränderung 1980 gegen 1976	1980	Veränderung 1980 gegen 1976
	Anzahl	%	Anzahl	%
Belgien	112 734	+ 1,9	284 724	+ 10,3
Frankreich	138 099	+ 2,6	312 755	+ 6,1
Großbritannien	143 477	+ 63,7	292 885	+ 86,5
Italien	66 618	+ 31,2	126 585	+ 31,5
Niederlande	416 683	+ 27,4	1 022 093	+ 34,3
Österreich	65 858	+ 15,6	139 862	+ 30,6
Schweden	38 651	+ 8,7	67 315	+ 19,6
Schweiz	128 152	+ 7,8	319 577	+ 7,6
Japan	38 924	+ 38,2	66 572	+ 39,7
Vereinigte Staaten von Amerika	220 285	+ 11,8	403 039	+ 14,6

Hinsichtlich der Herkunftsländer der ausländischen Gäste haben sich zwischen 1976 und 1980 nur geringfügige strukturelle Verschiebungen ergeben. Absolut die meisten Gäste kamen in diesem Zeitraum aus den Niederlanden, so daß 1980 aufgrund einer überdurchschnittlichen Zunahme bei den Übernachtungen (+ 34 %) rund jede vierte Ausländerübernachtung von Niederländern gebucht wurde (vgl. Tabelle 4). Jede zehnte Übernachtung entfiel auf einen Gast aus den Vereinigten Staaten von Amerika. Die Anteile der Länder Belgien, Frankreich und Schweiz sind gegenüber 1976 trotz der zwar deutlichen, aber doch unterdurchschnittlichen Steigerungsrate bei den Übernachtungen etwas zurückgegangen und lagen 1980 bei 7 % bzw. jeweils 8 %. Die mit Abstand höchste Zuwachsrates war bei den Übernachtungen britischer Gäste festzustellen. 1980 wurden 293 000 Übernachtungen gemeldet, das sind 87 % mehr als 1976. Eine nicht ganz so ausgeprägte Steigerung wurde im übrigen auch auf Bundesebene registriert.

Reisenden aus Japan erscheint Baden-Württemberg als Reiseland zunehmend attraktiver, wie aus den um 40 % gestiegenen Übernachtungszahlen geschlossen werden kann.

Ausländerreiseverkehr mit regionalen Schwerpunkten

1981 wurden in Baden-Württemberg 1,6 Mill. Ankünfte von ausländischen Gästen gezählt. Hierbei ist zu beachten, daß im Rahmen der Statistik der Beherbergung im Reiseverkehr für eine Einstufung als ausländischer Gast nicht die Staatsangehörigkeit, sondern vielmehr der ständige Wohnsitz bzw. Aufenthaltsort entscheidend ist. Die Übernachtungen

überschritten die 3,5-Millionengrenze. Somit wurde jede sechste der im Bundesgebiet registrierten Übernachtungen ausländischer Gäste in Baden-Württemberg gebucht. Nur die Bundesländer Nordrhein-Westfalen und Bayern wurden mit Anteilen an den insgesamt gemeldeten Übernachtungen von 17 % bzw. 23 % von den Gästen aus dem Ausland noch stärker besucht.

Schwerpunkte des Ausländerreiseverkehrs lagen, wenn man die absoluten Zahlen betrachtet, in Stuttgart und im Ortenaukreis mit jeweils 310 000 Übernachtungen, gefolgt von Heidelberg mit rund 286 000 Übernachtungen. Die Universitätsstadt Heidelberg verzeichnete auch den höchsten Ausländeranteil. Jede zweite Übernachtung entfiel hier auf einen Gast aus dem Ausland. Über dem Landesdurchschnitt von 10 % liegende Anteile konnten in der Regel in den Kreisen, die zu Verdichtungsräumen bzw. Randzonen um Verdichtungsräume zählen, nachgewiesen werden. Hervorzuheben sind hier die Stadtkreise Mannheim (32 %), Pforzheim (29 %) und Karlsruhe sowie der Landkreis Esslingen (jeweils 25 %). Aber auch in der Universitätsstadt Freiburg (23 %) und der Kongreß- und Bäderstadt Baden-Baden (21 %) entfiel noch rund jede fünfte Übernachtung auf einen Gast aus dem Ausland. Bei letzterer dürften allerdings – im Gegensatz zu den erstgenannten Kreisen, wo der Geschäftsreiseverkehr stärker zu Buche schlägt – die Reismotive Urlaub und Erholung stärker im Vordergrund stehen.

Baden-Württemberg: Nach Bayern bedeutendstes Fremdenverkehrsland

Aufgrund der deutlichen und kontinuierlichen Zunahmen der Übernachtungszahlen konnte Baden-Württemberg seine Stellung als nach Bayern bedeutendstem Fremdenverkehrsland der Bundesrepublik behaupten. Der Anteil an den insgesamt gemeldeten Übernachtungen liegt sowohl vor wie nach der Umstellung des Berichtskreises der Beherbergungsstatistik bei rund 18 %, demnach wird rund jede fünfte Übernachtung im Bundesgebiet in baden-württembergischen Beherbergungsstätten gebucht.

Von den bedeutenden Fremdenverkehrsländern der Bundesrepublik Deutschland erzielte Baden-Württemberg im Zeitraum von 1976 bis 1980, wie sich aus Tabelle 5 ergibt, mit 13,3 % die höchste Zuwachsrates bei den Übernachtungen, dicht gefolgt von Nordrhein-Westfalen mit 13,2 und Hessen mit 12,6 %. Bezogen auf die Gesamtentwicklung im Bundesgebiet (+ 10,4 %) wurde auch in Bayern mit einem Steigen der Übernachtungszahlen um 12,1 % ein überdurchschnittliches Ergebnis erzielt. Aufgrund dieser Entwicklung konnte Baden-Württemberg seinen Anteil an den im Bundesgebiet gemeldeten Übernachtungen von 17,6 % auf 18,0 % etwas ausweiten. Unter Einbeziehung der

in Bayern registrierten 73,2 Mill. Gästeübernachtungen ergibt sich somit eindeutig ein regionaler Schwerpunkt des Fremdenverkehrs im Süddeutschen Raum. 1980 wurde aus diesem Gebiet knapp die Hälfte (47 %) aller im Bundesgebiet registrierten Übernachtungen gemeldet.

Von den Gemeindegruppen erreichten von 1976 bis 1980 auf Bundesebene die Großstädte mit 16 % die größte Zuwachsrate, gefolgt von den Erholungsorten (+ 15 %) und den Heilbädern (+ 14 %). Die Übernachtungen in den Luftkurorten haben bundesweit um 8 %, und damit etwas unterdurchschnittlich, zugenommen. In Baden-Württemberg verlief die Entwicklung in den Heilbädern (+ 17 %) und Luftkurorten (+ 13 %) wie auch in den Erholungsorten (+ 39 %) wesentlich positiver als im Bundesdurchschnitt. Die Großstädte des Landes lagen mit 14 % etwas darunter. Auch auf Bundesebene stellen die Heilbäder mit einem Anteil an den Übernachtungen von knapp einem Drittel die bedeutendste Gemeindegruppe dar, ihr Gewicht ist allerdings im Lande etwas größer (40 %). Von der Vielzahl der Patienten, die jährlich von der Rentenversicherung oder der gesetzlichen Krankenversicherung zur Kur geschickt werden, sei es vorbeugend zur Erhaltung von Gesundheit und Arbeitskraft oder zur Wiederherstellung nach Krankheit oder Unfall, "kurt" ein erheblicher Teil in baden-württembergischen Heilbädern. Dies ergibt sich daraus, daß 1980 hiervon mehr als jede fünfte Übernachtung in Baden-Württemberg verzeichnet wurde. Neben Baden-Württemberg mit einem Anteil am Bundesergebnis von 22 % spielen im Heilbäder-Bereich vor allem Bayern (30 %), aber auch Nordrhein-Westfalen und Hessen mit Anteilswerten von 15 % bzw.

14 % eine Rolle. In der Gemeindegruppe der Großstädte trugen 1980 insbesondere Bayern, Nordrhein-Westfalen (Ballungsraum Ruhrgebiet) und Hessen mit Anteilen von 23 % bzw. 21 % und 13 % zu den in der Bundesrepublik gemeldeten 33,3 Mill. Übernachtungen bei. Knapp jede zehnte Übernachtung wurde aus einer Großstadt unseres Landes gemeldet. Bei den Luftkurorten schließlich entfiel auf Baden-Württemberg 1980 jede vierte Übernachtung. Bayern konnte mit 18,3 Mill. Übernachtungen sogar einen knapp doppelt so großen Beitrag leisten.

Im Kalenderjahr 1981 wurden bundesweit von den rund 50 000 Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Betten (ohne Jugendherbergen, Kinderheime und Campingplätze) rund 210 Mill. Übernachtungen gemeldet. Für den zum 1.1.1981 neu abgegrenzten Berichtskreis war dies nach überschlägigen Berechnungen gegenüber dem Jahr 1980 ein nahezu unverändertes Ergebnis. Von den Flächenländern verzeichneten Nordrhein-Westfalen (+ 3 %), Schleswig-Holstein und Niedersachsen (jeweils + 2 %) und Bayern (+ 1 %) mehr Übernachtungen als 1980. In Rheinland-Pfalz (- 1 %), Baden-Württemberg und dem Saarland (jeweils - 4 %) wurden die vergleichbaren Vorjahresergebnisse dagegen nicht erreicht. Hierbei ist allerdings deutlich auf die eingeschränkte Vergleichbarkeit dieser Veränderungsdaten hinzuweisen, da in den einzelnen Bundesländern unterschiedliche Umrechnungsverfahren verwendet wurden.

Fremdenverkehr 1981/82 ohne Schwung

Nachdem schon 1981 die Übernachtungszahlen rückläufig waren, stand auch der Fremdenverkehr des Jahres 1982 unter dem Eindruck

Tabelle 5

Gästeübernachtungen nach Gemeindegruppen in ausgewählten Bundesländern 1980

Land	Gemeindegruppen zusammen			Darunter								
	insgesamt	Anteil	Veränderung 1980 gegen 1976	Heilbäder			Luftkur- und Erholungsorte			Großstädte		
				zusammen	Anteil	Veränderung 1980 gegen 1976	zusammen	Anteil	Veränderung 1980 gegen 1976	zusammen	Anteil	Veränderung 1980 gegen 1976
1000	%		1000	%		1000	%		1000	%		
Schleswig-Holstein ¹⁾	22 741	9,1	- 6,0	1 223	1,5	+ 7,4	3 186	4,2	- 8,5	571	1,7	+ 9,0
Niedersachsen	27 616	11,0	+ 7,4	9 128	11,3	+ 6,2	2 172	2,9	+ 8,4	1 716	5,1	+ 11,9
Nordrhein-Westfalen	30 823	12,3	+ 13,2	12 026	14,9	+ 15,8	7 092	9,3	+ 8,7	6 903	20,7	+ 11,0
Hessen	27 510	11,0	+ 12,6	11 026	13,6	+ 8,5	8 856	11,7	+ 9,6	4 396	13,2	+ 26,9
Baden-Württemberg	45 034	18,0	+ 13,3	17 977	22,2	+ 16,7	16 177	21,3	+ 21,9	3 143	9,4	+ 14,1
Bayern	73 197	29,3	+ 12,1	24 050	29,7	+ 16,9	34 362	45,2	+ 7,7	7 550	22,6	+ 16,9
Bundesgebiet	249 964	100	+ 10,4	80 970	100	+ 13,5	75 974	100	+ 11,2	33 342	100	+ 15,7

1) Fremdenverkehrsjahr.

Tabelle 6

Der Fremdenverkehr nach Gemeindegruppen 1981 und 1982

Gemeindegruppe	Ankünfte			Übernachtungen		
	1981	1982	Veränderung	1981	1982	Veränderung
	1000		%	1000		%
Großstädte	1 538	1 503	- 2,3	3 060	2 955	- 3,4
Heilbäder zusammen	1 709	1 569	- 8,2	14 006	12 416	- 11,4
davon						
Mineral- und Moorbäder	974	890	- 8,6	8 471	7 397	- 12,7
Heilklimatische Kurorte	459	415	- 9,6	3 867	3 500	- 9,5
Kneippkurorte	276	264	- 4,3	1 668	1 520	- 8,9
Luftkurorte	1 057	985	- 6,8	6 296	5 638	- 10,5
Erholungsorte	912	855	- 6,2	4 075	3 756	- 7,8
Sonstige Berichtsgemeinden	3 410	3 259	- 4,4	7 974	7 289	- 8,6
Insgesamt	8 626	8 171	- 5,3	35 412	32 054	- 9,5
darunter Ausländer	1 643	1 631	- 0,7	3 532	3 489	- 1,2

der nach wie vor anhaltenden wirtschaftlichen Stagnation. Im Bundesgebiet wurden mit 196,1 Mill. 7 % weniger Übernachtungen als 1981 gezählt, dabei waren in allen Bundesländern Rückgänge zu verzeichnen. In so bedeutsamen Fremdenverkehrsländern wie beispielsweise Bayern oder Hessen wurden Veränderungsdaten von - 8 % beziehungsweise - 9 % ermittelt. In Baden-Württemberg schließlich wurden 9 % weniger Übernachtungen gemeldet. Das waren - bei insgesamt 8,2 Mill. Gästeankünften - rund 32,1 Mill. Übernachtungen (Tabelle 6). Ein Rückgang ähnlicher Größenordnung ergab sich im übrigen auch im Rahmen einer Auswertung der Kurtaxunterlagen ausgewählter Gemeinden. Hierbei waren allerdings zusätzlich die Kleinbetriebe und Privatquartiere (- 8 %) in die Betrachtung einbezogen. Bemerkenswert ist, daß die Übernachtungen ausländischer Gäste vergleichsweise geringfügig um - 1,2 % zurückgegangen sind.

Von der rückläufigen Entwicklung bei den Übernachtungen war die bedeutende Gruppe der Heilbäder mit einer Abnahme von 11 % besonders betroffen. Hier wirken sich Entscheidungen des Bundesgesetzgebers wie das Kostendämpfungsergänzungsgesetz und das Haushaltsstrukturgesetz wie auch Restriktionen der Krankenkassen und nicht zuletzt die 1981/82 ungünstigere Wirtschaftslage aus. Angesichts der deutlichen Rückgänge der bei den Sozialversicherungsträgern beantragten Kuren⁷ ist von dieser Seite eine baldige positive Trendwende nicht zu erwarten. In die-

ser Gemeindegruppe waren zunächst, also im 1. Halbjahr 1982, von der Abnahme der Übernachtungszahlen neben den Fremdenheimen und Pensionen vor allem Hotels sowie Erholungs- und Ferienheime betroffen. Hier dürften sich die Einschränkungen der Krankenversicherungsträger bei den sogenannten freien Badekuren, auf die die mittelständisch strukturierten Kurheime im wesentlichen angewiesen sind, ausgewirkt haben. Demgegenüber waren die Übernachtungsrückgänge in den Heilstätten und Sanatorien geringer, was wohl zurückzuführen ist auf einen Überhang aus dem Vorjahr an bewilligten, aber noch nicht durchgeführten Kuren. Dieser Überhang scheint seit der Jahresmitte 1982 in den Ergebnissen keinen Niederschlag mehr zu finden angesichts überdurchschnittlicher Übernachtungsrückgänge bei dieser Betriebsart. Die beschriebene Entwicklung im Heilbäderbereich macht es für die Betriebe erforderlich, durch geeignete Maßnahmen alle noch vorhandenen Möglichkeiten zur Kostensenkung und zur Ertragssteigerung auszuschöpfen. Auch in den Luftkurorten (- 10 %) gingen die Übernachtungen deutlich zurück, wie auch in den Erholungsorten (- 8 %). Die durch diese Entwicklung ausgelösten Umsatzrückgänge bei den Beherbergungsstätten wirken sich aufgrund der vielfältigen ökonomischen Verflechtungen neben dem Gastgewerbe auch in anderen Wirtschaftsbereichen, wie zum Beispiel im Einzelhandel und in den sonstigen Dienstleistungsbereichen, negativ aus. Angesichts der beschriebenen Entwicklung kann es insbesondere zwischen den Heilbädern und den Luftkurorten zu verschärftem Wettbewerb um den gesundheitsbewußten Urlauber kommen.

Die vergleichsweise geringsten Verluste bei den Übernachtungszahlen hatten die Großstädte des Landes hinzunehmen (- 3 %). Auch in dieser Gemeindegruppe hat jedoch die

⁷ Im ersten Halbjahr 1982 gingen bei den Rentenversicherungsträgern die Anträge auf Heilverfahren um 27,8% zurück. Bei der Bundesanstalt für Angestellte betrug der Rückgang 32,3%, bei der LVA Baden 21,5% und bei der LVA Württemberg 29%; vgl. dazu: Entwicklung des Fremdenverkehrs in Baden-Württemberg; Landtagsdrucksache 8/2980, S. 6.

Konkurrenz unter den Städten um Kongresse bzw. Gäste an Intensität zugenommen. Ob noch schnellere Verkehrsverbindungen, wie sie beispielsweise durch den verstärkten Ausbau des Intercity-Netzes der Deutschen Bundesbahn ermöglicht werden, in steigendem Maße Übernachtungen im Geschäftsreiseverkehr entbehrlich machen und somit die Entwicklung im Städtetourismus negativ beeinflussen, erscheint allerdings fraglich.

Die Entwicklung des Fremdenverkehrs in den kommenden Jahren wird - angesichts veränderter gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen, anhaltender Probleme auf dem Arbeitsmarkt und kleiner werdender frei verfügbarer Einkommen - auch davon abhängen, inwieweit es gelingt, mittels geeigneter Werbemaßnahmen und Angebote neue Gästegruppen zu gewinnen, ohne dadurch den traditionellen Gästekreis zu vernachlässigen, sowie das Reiseverhalten verstärkt zugunsten des Reiselands Baden-Württemberg zu beeinflussen.

Zusammenfassung

- Zwischen 1960/61 und 1979/80 hatte der Fremdenverkehr in Baden-Württemberg hohe Wachstumsraten zu verzeichnen. Die Zahl der Gästeankünfte erhöhte sich auf 9 Mill. (+ 55 %), und die Übernachtungen nahmen um 73 % auf 44,9 Mill. zu. Damit ergab sich eine Verlängerung der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer der Gäste von 4,5 auf 5 Tage. Der Ausdehnung der Nachfrage nach Beherbergungsleistungen stand allerdings fast eine Verdoppelung (+ 94 %) des Bettenangebots gegenüber, so daß die durchschnittliche Bettenausnutzung im Land von 40 % auf 36 % zurückging.
- Die kontinuierliche Aufwärtsentwicklung des Fremdenverkehrs hat sich zu Anfang der 80er Jahre nicht weiter fortgesetzt. Das Ausmaß der Abflachung zwischen 1980 und 1981 ist aber wegen der zum 1.1.1981 erfolgten Änderung des Beherbergungsstatistikgesetzes, die zu einer vollkommenen Umstellung des Berichtskreises und gleichzeitig des Berichtsweges geführt hat, nicht zu ermitteln. Seitdem werden flächendeckend nur noch Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Betten erfaßt. Dies führt dazu, daß im Landesdurchschnitt rund 30 % der Bettenkapazität in den Ergebnissen keinen Niederschlag mehr finden, was die Aussagefähigkeit dieser Statistik erheblich beeinträchtigt und eine Korrektur dringend nahelegt. Die Erhebung auf Basis des neuen Berichtskreises weist für die baden-württembergischen Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Betten 8,6 Mill. Gäste mit insgesamt 35,4 Mill. Übernachtungen aus. Bei diesem Gesamtergebnis kann schätzungsweise gegenüber dem Vorjahr von einer leichten Zunahme der Gäste bei gleichzeitigem Rückgang der Übernachtungszahlen ausgegangen werden.
- In den Jahren zwischen 1976 und 1980 hat die Zahl der Übernachtungen insgesamt um 13 % zugenommen. Eine überdurchschnittliche Steigerung wurde mit 17 % bei den Heilbädern registriert, so daß hier 1980 auf knapp 18 Mill. Übernachtungen verwiesen werden konnte. Den Heilbädern kommt mit einem Anteil an den Übernachtungen von fast 40 % innerhalb der Gemeindegruppen die größte Bedeutung zu. Räumliche Schwerpunkte der Kurerholung sind der Schwarzwald, das Gebiet Hohenlohe-Unterer Neckar sowie der Raum Bodensee-Oberschwaben.
- Auf die Luftkurorte, die insbesondere in den Winterhalbjahren bemerkenswerte Zunahmen der Übernachtungszahlen vorweisen konnten, entfiel in diesem Zeitraum über ein Fünftel der Übernachtungen. Der Anteil der Großstädte an den in Baden-Württemberg registrierten Übernachtungen liegt seit 1976 bei etwa 7 %. Hier liegt die durchschnittliche Verweildauer der Gäste mit rund 2 Tagen deutlich niedriger als im Landesdurchschnitt (5 Tage).
- Am 1. April 1980 wurden in den Fremdenverkehrsgemeinden Baden-Württembergs insgesamt 342 028 Betten angeboten. Die Kapazität wurde demzufolge innerhalb von 5 Jahren um 9 % ausgedehnt. 1980 wurden allein von Hotels, Gasthöfen und Pensionen über die Hälfte aller Gästebetten (54 %) bereitgestellt; auf Privatquartiere entfiel ein Anteil von 26 %.
- Die Übernachtungen ausländischer Gäste erhöhten sich von 1976 bis 1980 überdurchschnittlich um 28 % auf 3,9 Mill.. Insbesondere seit 1978 sind die Ausländerübernachtungen stärker gestiegen als die Übernachtungen von Inländern. Dies kann als Hinweis für besondere Entwicklungschancen in diesem Bereich gewertet werden.
- Absolut die meisten Übernachtungen ausländischer Gäste wurden in den Sonstigen Berichtsgemeinden - meist mittlere und kleine Städte bzw. Ausflugsorte - gebucht; 1980 waren es 1,2 Mill.. Das entspricht in dieser Gemeindegruppe einem Anteil von 16 %. Die entsprechende Quote lag in den Großstädten sogar bei 31 %.
- Hinsichtlich der Herkunftsländer der ausländischen Gäste haben sich zwischen 1976 und 1980 nur geringfügige strukturelle Veränderungen ergeben. Jede vierte ausländische Übernachtung wurde von Niederländern, jede zehnte von Gästen aus den Vereinigten Staaten von Amerika gebucht.
- Von den für den Fremdenverkehr bedeutsamen Bundesländern konnte Baden-Württemberg im Zeitraum von 1976 bis 1980 die höchste Zuwachsrate bei den Übernachtun-

gen vorweisen, so daß der Anteil am entsprechenden Bundesergebnis leicht auf 18,0 % ausgeweitet werden konnte. Die Entwicklung in den baden-württembergischen Heilbädern und Luftkurorten verlief deutlich positiver als im Bundesdurchschnitt.

- Nachdem schon 1981 die Übernachtungszahlen rückläufig waren, stand auch der Fremdenverkehr des Jahres 1982 unter dem Eindruck der nach wie vor anhaltenden wirtschaftlichen Stagnation. In Baden-Württemberg wurden rund 9 % weniger Übernachtungen gemeldet (Bund: - 7 %). Von der rückläufigen Entwicklung bei den Übernachtungen war die im Land bedeutende Gruppe der Heilbäder mit einer Abnahme von 11 % überdurchschnittlich stark betroffen.

2. Wandlungen in den Eigentums- und Pachtverhältnissen der Landwirtschaft

Für den landwirtschaftlichen Betrieb bedeutet die Bodenfläche Produktionsgrundlage und Vermögenswert zugleich. Seit jeher gilt daher den Eigentumsverhältnissen am Grund und Boden das besondere agrarpolitische Interesse. Im allgemeinen vollziehen sich Veränderungen im Bodenbesitz zwar nur langsam, doch hat der tiefgreifende landwirtschaftliche Strukturwandel der letzten Jahrzehnte auch die Eigentumsverhältnisse im Agrarbereich nachhaltig beeinflusst. Allein von 1971 bis 1981 verminderte sich die von landwirtschaftlichen Betrieben selbstbewirtschaftete Eigenfläche um 13,3 % auf 946 690 ha; im gleichen Zeitraum ist bekanntlich die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe insgesamt um 27 % auf rund 138 900 und die der Arbeitskräfte um 32,2 % auf 339 470 zurückgegangen.

Die Ursache für den Rückgang an Eigenfläche ist offensichtlich im Ausscheiden vieler Betriebe aus dem Produktionsprozeß mit anschließender Verpachtung ihrer Eigenflächen zu suchen. Auch dürfte die verstärkte Inanspruchnahme der Flächen für außerlandwirtschaftliche Zwecke wesentlich zum Rückgang der Eigenflächen beigetragen haben: In dem genannten Zeitraum ist die landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) immerhin um fast 5 % auf 1,5 Mill. ha geschrumpft.

Allerdings bestehen zwischen den Größenklassen erhebliche Unterschiede, wie Tabelle 1 verdeutlicht. So verminderte sich die Eigenfläche der Betriebe in den Größenklassen zwischen 1 und 20 ha LF um rund ein Drittel, während sie sich umgekehrt in Betrieben mit 30 und mehr ha LF fast verdoppelte. In der Größenklasse von 20 bis unter 30 ha LF ging die Eigenfläche lediglich geringfügig (- 1,8 %) zurück. Die unter 1 ha großen Betriebe verloren 17,4 % ihrer Eigenfläche. Damit ergibt sich eine tendenziell gleichgerichtete Entwicklung in den Größenklassen der Betriebe wie beim landwirtschaftlichen Strukturwandel¹. Der Abnahme von Betrieben im klein- und mittelbäuerlichen Bereich stehen Zunahmen in den Größenklassen ab 30 ha LF gegenüber, wobei sich die Schwelle zwischen Betriebsrückgang und Betriebsaufstockung zunehmend nach oben verlagert hat. Dies unterstreicht die Feststellung,

daß die Entwicklung der selbstbewirtschafteten Eigenfläche in engem Zusammenhang mit dem betrieblichen Strukturwandel zu sehen ist.²

Je Betrieb steht mehr Eigenfläche zur Verfügung

Ein ganz anderes Bild ergibt sich, wenn man nicht den absoluten Umfang der Eigentumsfläche, sondern die Eigentumsfläche je Betrieb untersucht. Im Jahr 1981 entfielen im Landesdurchschnitt auf einen Betrieb mit Eigenland rund 7 ha Eigentumsfläche, im Jahr 1971 waren es nur 5,9 ha. Demnach hat sich die Eigentumsfläche je Betrieb nicht verringert, sondern sogar um durchschnittlich 1,16 ha (+ 19,5 %) erhöht, offenbar weil die Zahl der Betriebe stärker abnahm als die Eigenfläche selbst. Da von dem allgemeinen Betriebsrückgang im Jahrzehnt 1971 bis 1981 aber nur die Betriebe unter 20 ha LF betroffen waren, läßt sich diese Zunahme der Eigentumsfläche je Betrieb auch nur in den unteren Größenklassen beobachten (vgl. Tabelle 1). In den Betrieben mit 20 und mehr ha LF, deren Zahl stärker zugenommen hat als die Eigentumsfläche, und zwar vorwiegend auf dem Wege der Pacht, verfügt der einzelne Betrieb jetzt sogar auch absolut über weniger Eigenland als zehn Jahre zuvor. Insoweit hat der Strukturwandel hier die Kostenbelastung für Grund und Boden erhöht und die eigentumswirtschaftliche Stabilität verringert.

Es erhebt sich die Frage, aus welchen Quellen der Zuwachs an Eigenfläche je Betrieb in den unteren Größenklassen gespeist wurde. In diesem Zusammenhang sind die Ergebnisse der Kaufwertstatistik³ für landwirtschaftliche Grundstücke aufschlußreich, die für die Jahre 1975 bis 1981 vorliegen. Danach wurden in diesem Zeitraum insgesamt 16 100 ha LF veräußert. Geht man davon aus, daß diese Fläche von den derzeit existenten Betrieben erworben worden ist, so errechnet sich pro Betrieb im Durchschnitt ein Zuwachs an Eigenfläche von rund 12 Ar. Tatsächlich bezifferte sich die Zunahme an Eigenfläche je Betrieb im Beobachtungszeitraum jedoch auf 34 Ar. Demnach läßt sich die Zunahme der Eigenfläche je Betrieb allenfalls zu einem Drittel auf Flächenzukauf zurückführen, während anderen Ursachen, insbesondere dem Erbgang und der Heirat, größere Bedeutung zukommt.

Die vergleichsweise geringe Bedeutung des Zukaufs bei der Erweiterung der Eigenfläche je Betrieb ist einerseits auf die relativ hohen Kaufpreise für Grund und Boden,

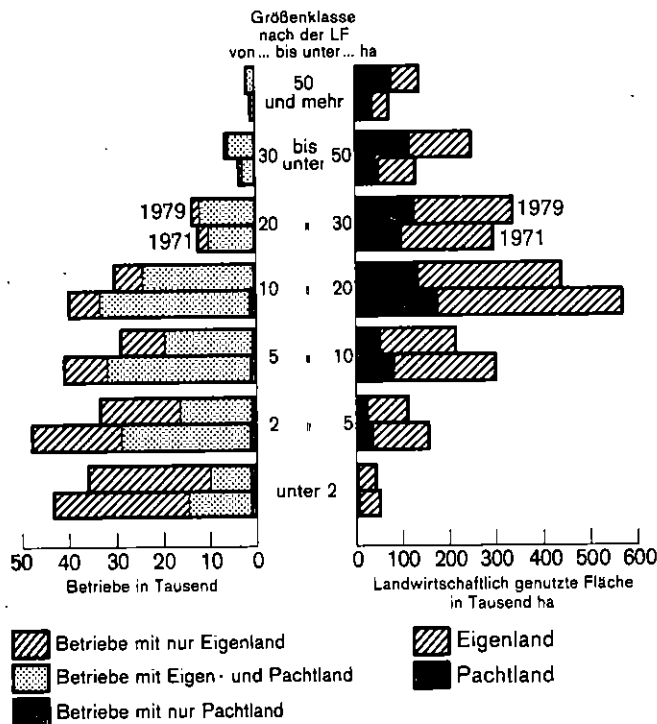
¹ Statistischer und prognostischer Jahresbericht 1980/81, Seite 144; R. Stadler: Die Entwicklung der Landpacht in Baden-Württemberg von 1949 bis 1960, in: Jahrbücher für Statistik und Landeskunde von Baden-Württemberg Jg. 1962, 1. Heft.

² Eine einzelbetriebliche Untersuchung über den Werdegang ausgewählter Betriebsgrößen und -typen im Rahmen einer Verlaufsstatistik würde diesen Zusammenhang zweifellos noch besser verdeutlichen können.

³ Die Kaufwertstatistik erstreckt sich nur auf Kauffälle mit einer Verkaufsfläche von mindestens 10 Ar Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung.

Schaubild 1

Landwirtschaftliche Betriebe mit Eigenland und Pachtland nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) 1971 und 1979



116 63

andererseits auf die geringe Bereitschaft der Grundstücksbesitzer zurückzuführen, Grund und Boden zu veräußern. Bodeneigentum gilt als eine inflationssichere Anlage und hat in den letzten Jahrzehnten ständig an Wert gewonnen. Die veräußerte Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung belief sich daher im langjährigen Mittel auf nur 2630 ha pro Jahr oder 0,2 % der gegenwärtigen LF. Bei der zunehmenden Knappheit an Grund und Boden werden die Kaufwerte der landwirtschaftlichen Flächen auch mehr und mehr durch spekulative und außerlandwirtschaftliche Faktoren beeinflusst. So nahmen die Kaufwerte für landwirtschaftliche Grundstücke seit 1975 im Landesmittel um 77,5 % auf 42 750 DM je ha zu. Bei diesem hohen Preisniveau ist für viele landwirtschaftliche Betriebe eine Aufstockung durch Zukauf kaum noch wirtschaftlich, es sei denn, daß Veräußerungsgewinne aus Baulandverkäufen untergebracht werden müssen. Bekanntlich sind nach dem Einkommensteuergesetz die beim Verkauf von Bauland, das zum Betriebsvermögen gehört, entstandenen Veräußerungsgewinne zu versteuern, wenn sie nicht innerhalb einer gesetzlich vorgegebenen Frist in Grund und Boden reinvestiert werden. Bei Berücksichtigung dieser steuerlichen Gesichtspunkte kann Grunderwerb auch dann wirtschaftlich sinnvoll sein, wenn die aus der landwirtschaftlichen Nutzung zu erwartende Grundrente das nicht mehr rechtfertigt. Im Extremfall ist es sogar noch wirtschaftlich, maximal gut das Doppelte des Verkehrswerts eines Grundstücks

zu bezahlen. Wie groß die wirtschaftliche Bedeutung dieser Zusammenhänge ist, läßt sich daraus ersehen, daß in Baden-Württemberg allein im Jahr 1981 reichlich 1600 ha Bauland im Gesamtwert (Verkaufserlös) von 1,49 Mrd. DM veräußert wurden; bezogen auf die im langjährigen Mittel per anno für Zwecke der landwirtschaftlichen Nutzung erworbenen Flächen (2630 ha) entspräche das immerhin einem Betrag von 570 000 DM je ha Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung.

Vor diesem Hintergrund ist bemerkenswert, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil der landwirtschaftlichen Betriebe ausschließlich mit Eigenland ausgestattet ist. Im Jahr 1979 bewirtschafteten rund 62 400 Betriebe oder 41 % aller Betriebe ausschließlich Eigenflächen mit einem Gesamtumfang von fast 338 600 ha, was 22 % der gesamten Nutzfläche entspricht. Verglichen mit 1971 bedeutet das eine Erhöhung des Anteils um 5 %. Bei einer durchschnittlichen Betriebsgröße von nur 5,43 ha dürfte es sich bei diesen Betrieben teils um Nebenerwerbslandwirte handeln, die ihre Pachtflächen im Zuge der Abstockung zurückgegeben oder weitergegeben haben, teils um Gartenbau- und Sonderkulturbetriebe, die sich bekanntlich mit relativ kleinen Flächen bescheiden können. So wirtschaften in der Größenklasse unter 1 ha LF 78 % und in der Größenklasse von 1 bis unter 2 ha LF 71 % aller Betriebe ausschließlich mit Eigenland, während es in der Größenklasse von 50 bis unter 100 ha LF nur 11 % sind.

Sechs Zehntel aller Betriebe verfügen über Pachtflächen

Von den insgesamt 152 300 Agrarbetrieben verfügten nach der Landwirtschaftszählung 1979 rund 86 200 Betriebe oder 56,6 % über Pachtflächen mit einem Gesamtumfang von reichlich 519 300 ha Pachtland. 7390 Betriebe (4,9 %) hatten sonstige, unentgeltlich erhaltene landwirtschaftlich genutzte Flächen in Bewirtschaftung. Im Gegensatz zu den Betrieben ohne Pachtflächen ist die durchschnittliche Betriebsgröße mit 13,6 ha um ungefähr das Zweieinhalbfache größer als bei den Betrieben mit ausschließlich Eigenland, was auf einen hohen Anteil von Haupterwerbslandwirten in dieser Kategorie schließen läßt. Gegenüber 1971 hat sich die Zahl der Betriebe mit Pachtflächen um beinahe 27 % überdurchschnittlich reduziert, bei allerdings sehr uneinheitlichen Veränderungsraten in den einzelnen Größenklassen. Bis einschließlich 20 ha LF nahmen die Betriebe ab, während in den darüber liegenden Größenklassen durchweg Zunahmen zu verzeichnen sind. Die geringste Abnahmerate (- 10,5 %) weist die Betriebsgruppe unter 1 ha LF, die höchste (- 43,5 %) diejenige mit 2 bis unter 5 ha LF auf. Von 20 ha an aufwärts nehmen die Betriebszahlen mit steigender Betriebsgröße rasch zu; in der Größenklasse über 50 ha beinahe um das 1,5fache.

Tabelle 1

Landwirtschaftliche Betriebe mit selbstbewirtschaftetem Eigenland 1981

Größenklassen nach der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) von ... bis unter ... ha	Landwirtschaftliche Betriebe		Darunter Betriebe mit selbstbewirtschafteter Eigenfläche			Veränderung 1981 gegen 1971		Durchschnittliche Eigenfläche je Betrieb mit Eigenland		Veränderung 1981 gegen 1971
	insgesamt	LF	Betriebe	LF	Eigenfläche	Betriebe	Eigenfläche	1971	1981	
	Anzahl	ha	Anzahl	ha		%		ha		
unter 1	8 656	4 981	8 161	4 773	4 419	- 19,3	- 17,4	0,53	0,54	+ 0,01
1 - 2	21 426	30 289	20 788	29 420	26 380	- 35,2	- 33,3	1,23	1,27	+ 0,04
2 - 5	31 134	104 107	29 870	100 219	84 509	- 35,8	- 31,0	2,63	2,83	+ 0,20
5 - 10	26 475	193 998	25 190	184 919	141 587	- 37,3	- 35,2	5,44	5,62	+ 0,18
10 - 20	28 445	412 181	27 526	399 315	281 470	- 29,1	- 28,5	10,14	10,22	+ 0,09
20 - 30	13 084	319 439	12 635	308 415	194 735	+ 4,7	- 1,8	16,43	15,41	- 1,02
30 - 50	7 695	285 577	7 388	274 169	148 361	+ 119,1	+ 89,1	23,26	20,08	- 3,18
50 und mehr	1 951	154 605	1 780	136 924	65 229	+ 200,2	+ 82,3	60,35	36,65	- 23,70
Insgesamt	138 866	1 505 177	133 338	1 438 154	946 690	- 27,4	- 13,3	5,94	7,10	+ 1,16

Betriebe ohne Eigenflächen sind in der baden-württembergischen Landwirtschaft nur selten anzutreffen; ihre Zahl bezifferte sich 1979 auf nur 4723 oder 3,1 %, ihr Flächenanteil auf 3,6 %. Daraus ergibt sich eine über dem Durchschnitt liegende Betriebsgröße von 11,6 ha. Von 1971 bis 1979 reduzierte sich diese Betriebsgruppe um insgesamt 24 %, da vermutlich der Eigentümer die Bewirtschaftung selbst übernommen hat. Andererseits sind wohl auch etliche Betriebe ohne Eigenland an Landwirte mit schon vorhandenem Eigenland verpachtet worden, oder die Pächter haben selbst zum reinen Pachtbetrieb Eigenland hinzuerworben. So werden heute nur noch 23 % der Betriebe mit 100 und mehr ha LF als Pachtbetriebe bewirtschaftet, während es 1971 noch 38 % waren.

Pachtfläche hat zugenommen

Im Zeitraum von 1971 bis 1979 erhöhte sich die Pachtfläche um jährlich gut 4920 ha, in den zwei darauffolgenden Jahren sogar um jeweils 13 400 ha. Insgesamt hat sich die Pachtfläche zwischen 1971 und 1981 um fast 14 % auf 546 218 ha erweitert, obwohl gleichzeitig die landwirtschaftlich genutzte Fläche um 5 % zurückging. Da die Zahl der Betriebe mit Pachtflächen sogar um 30,8 % abnahm, erhöhte sich die durchschnittliche Pachtfläche je Betrieb von 4,1 auf 6,8 ha.

In den einzelnen Betriebsgrößenklassen verlief die Entwicklung der Pachtflächen im wesentlichen korrespondierend zu den Veränderungen der Betriebszahlen. So nahm die Pacht-

Tabelle 2

Landwirtschaftliche Betriebe mit Pachtland 1981

Größenklassen nach der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) von ... bis unter ... ha	Landwirtschaftliche Betriebe		Darunter Betriebe mit Pachtfläche			Veränderung 1981 gegen 1971		Durchschnittliche Pachtfläche je Betrieb mit Pachtland		Veränderung 1981 gegen 1971
	insgesamt	LF	Betriebe	LF	Pachtfläche	Betriebe	Pachtfläche	1971	1981	
	Anzahl	ha	Anzahl	ha		%		ha		
unter 1	8 656	4 981	1 877	1 138	515	- 12,2	- 22,1	0,31	0,27	- 0,04
1 - 2	21 426	30 289	5 907	8 710	3 518	- 46,8	- 48,1	0,61	0,60	- 0,01
2 - 5	31 134	104 107	13 349	45 686	17 547	- 50,3	- 47,4	1,24	1,31	+ 0,07
5 - 10	26 475	193 998	17 543	130 778	49 660	- 43,6	- 36,6	2,52	2,83	+ 0,31
10 - 20	28 445	412 181	22 899	334 162	127 908	- 30,7	- 26,3	5,25	5,59	+ 0,34
20 - 30	13 084	319 439	11 369	277 790	122 963	+ 13,3	+ 26,2	9,71	10,82	+ 1,11
30 - 50	7 695	285 577	6 814	253 557	135 853	+ 147,7	+ 167,2	18,48	19,94	+ 1,46
50 und mehr	1 951	154 605	1 733	131 578	88 254	+ 174,2	+ 126,7	61,61	50,93	- 10,68
Insgesamt	138 866	1 505 177	81 491	1 183 397	546 218	- 30,8	+ 13,8	4,08	6,70	+ 2,62

fläche in Betrieben unter 20 ha LF ab, in den darüber liegenden Größenklassen stärker zu (vgl. Tabelle 2). Am geringsten war der Rückgang der Pachtfläche mit 22 % in der Größenklasse unter 1 ha, gefolgt von der Klasse 10 bis unter 20 ha LF (- 26 %). Dagegen verloren die Größenklassen von 1 bis unter 2 ha LF bzw. 2 bis unter 5 ha LF fast die Hälfte ihrer Pachtflächen. In der Größenklasse von 30 bis unter 50 ha LF erweiterte sich die Pachtfläche am stärksten (+ 167 %), gefolgt von Betrieben über 50 ha (+ 127 %).

In den einzelnen Betrieben schwankt allerdings das Verhältnis von Pachtfläche zu Eigenfläche und damit auch die Pachtquote in weiten Grenzen (vgl. Tabelle 3). Unter Pachtquote versteht man den relativen Anteil der Pachtfläche an der landwirtschaftlich genutzten Fläche. Die Pachtquote verändert sich daher, wenn Eigen- und Pachtflächen sich unterschiedlich entwickeln. Im Zeitraum von 1971 bis 1981 erhöhte sich die Pachtquote in Baden-Württemberg um immerhin 6 Punkte auf 36,3 % beträchtlich; in der Bundesrepublik liegt der entsprechende Anteil mit 31,7 % deutlich niedriger. Demnach zeichnet sich Baden-Württemberg durch eine überdurchschnittlich große Mobilität der landwirtschaftlich genutzten Flächen aus. Maßgebend hierfür sind eine Reihe von Gründen, etwa die besondere Eignung der Standorte für Intensivkulturen, die relativ starke Flurzersplitterung, hohe Besiedlungsdichte und immer noch ausgeprägte klein- und mittelbäuerliche Betriebsstruktur sowie die weit verbreitete Erbsitte der Realteilung. In diesem Zusammenhang ist auch bemerkenswert, daß immerhin reichlich ein Drittel des landwirtschaftlich genutzten Bodeneigentums für Zwecke der Bewirtschaftung an Landwirte in Pachtform weitergegeben wird, so daß den Grundeigentümern daraus ein regelmäßi-

Tabelle 3
Landwirtschaftliche Betriebe nach dem Anteil des Eigenlands an der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF)

Betriebe	1971		1979	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Landwirtschaftliche Betriebe insgesamt ¹⁾	190 013	100	152 279	100
davon Betriebe mit Eigenfläche von ... bis unter ... % der LF insgesamt				
100	68 354	36,0	62 397	40,0
75 - 100	49 615	26,1	32 756	21,5
50 - 75	35 921	18,9	26 687	17,5
25 - 50	20 256	10,7	16 919	11,1
0,01 - 25	9 570	5,0	8 484	5,6
0 ¹⁾	6 297	3,3	5 036	3,3

1) Einschließlich Betriebe, die nur sonstige Flächen bewirtschaften.

Tabelle 4

Pachtquote nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF)

Größenklassen nach der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) von ... bis unter ... ha	Pachtland in % der LF insgesamt		Veränderung 1981 gegen 1971 in ha
	1971	1981	
0 - 1	10,9	10,3	- 0,6
1 - 2	14,4	11,6	- 2,8
2 - 5	21,0	16,9	- 4,1
5 - 10	26,1	25,6	- 0,5
10 - 20	30,5	31,0	+ 0,5
20 - 30	32,8	38,5	+ 5,7
30 - 50	39,2	47,6	+ 8,4
50 und mehr	51,8	57,1	+ 5,3
Insgesamt	30,3	36,3	+ 6,0

ges Einkommen in Form der Landpacht zufließt. Umgekehrt folgt daraus, daß von der insgesamt von Landwirten bewirtschafteten LF nur knapp zwei Drittel sich als Vermögenswerte in der Hand der Landwirte befinden.

Pachtquote steigt mit der Betriebsgröße

Mit zunehmender Betriebsgröße nimmt die Pachtquote rasch zu. So bezifferte sie sich 1981 in Betrieben unter 1 ha LF auf 10 %, in der Größenklasse von 5 bis unter 10 ha LF auf 25 %, in der Klasse von 30 bis unter 50 ha LF auf fast 48 %. Größere Betriebe haben sogar 57 % der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche gepachtet (vgl. Tabelle 4).

Vergleicht man diese Pachtquoten mit denen der Landwirtschaftszählung 1971, so läßt sich bis zur Größenklasse von 10 ha LF eine leichte Abnahme verzeichnen. Offensichtlich haben die kleineren Betriebe nach der Abstockungsphase die Bewirtschaftung vorwiegend auf Eigenflächen konzentriert. Im Gegensatz dazu nahm die Pachtquote in Betrieben über 10 ha LF erheblich zu. In Betrieben mit 30 bis unter 50 ha LF erhöhte sie sich sogar um 8 Punkte. Diese Betriebe dürften wohl hauptsächlich durch eine vermehrte Aufnahme von Pachtflächen in höhere Betriebsgrößenklassen aufgerückt sein.

Bezogen auf die Gesamtheit aller Betriebe hat der Pachtflächenumfang je Betrieb von 2,5 ha (1971) auf 3,9 ha (1981) um mehr als die Hälfte zugenommen. Lediglich bei Betrieben mit weniger als 10 ha LF nahm der durchschnittliche Pachtflächenumfang je Betrieb ab. Im ganzen kann man davon ausgehen, daß die Summe aus Eigenflächenzuwachs und Erweiterung der Pachtfläche etwa dem durchschnittlichen Gesamflächenzuwachs je Betrieb entspricht und demgemäß die Aufstockung der Betriebe etwa je zur Hälfte auf Pachtflächenerweiterung bzw. auf Ausdehnung der Eigenflächen zurückzuführen ist.

Tabelle 5

Gliederung der Pachtflächen nach Preiskategorien

Durchschnittliches Jahrespachtentgelt von ... bis unter ... DM/ha	1971		1981	
	Pachtfläche ¹⁾ in ha	%	Pachtfläche ¹⁾ in ha	%
unter 200	294 202	70,0	192 690	41,3
200 – 400	117 035	27,8	205 792	44,1
400 – 500	6 172	1,5	39 574	8,5
500 – 600	1 211	0,3	17 231	3,7
600 und mehr	1 643	0,4	11 091	2,4
Insgesamt	420 263	100	466 378	100

1) Mit Angabe des Pachtentgeltes.

Auch die Pachtpreise zogen stark an

Die Kosten der Landpacht stiegen im letzten Jahrzehnt relativ noch stärker als die Pachtfläche an. Allerdings ist ein exakter Vergleich nicht möglich, weil den Ergebnissen der Landwirtschaftszählung 1971 und der Agrarberichterstattung 1981 unterschiedliche Erhebungsmodalitäten zugrunde liegen⁴, doch lassen sich die Entwicklungstendenzen mit hinreichender Genauigkeit beschreiben. So lag der Durchschnittspreis zugepachteter Einzelgrundstücke im Jahr 1971 im Landesmittel bei 176 DM/ha, während 1975 für Flächen, die von familienfremden Personen gepachtet waren, schon 206 DM/ha entrichtet werden mußten. Im Jahr der Landwirtschaftszählung 1979 waren es bereits 228 DM/ha, zwei Jahre später sogar 254 DM/ha; im ganzen haben sich die Pachtpreise damit fast um die Hälfte verteuert. Wie eine Gliederung der Pachtflächen nach Preiskategorien zeigt (vgl. Tabelle 5), schwanken die Pachtentgelte in einem weiten Bereich um den Mittelwert, was wohl auf eine Reihe von Gründen, insbesondere auf die Nachfrageverhältnisse, aber auch auf unterschiedliche Bodenqualitäten zurückzuführen ist. Im Landesmittel wurden 1981 immerhin 41 % der Pachtflächen zu Preisen unter 200 DM/ha abgegeben, weitere 44 % zu Preisen von 200 bis unter 400 DM/ha und knapp 9 % zu Pachtpreisen zwischen 400 und 500 DM/ha; bei gut 6 %

⁴ Während bei der Landwirtschaftszählung 1971 nur die Preise der zugepachteten Einzelgrundstücke ohne geschlossene Hofpachtungen und unabhängig vom bestehenden Verwandtschaftsverhältnis zwischen Pächter und Verpächter erhoben wurden, erfaßte man 1981 nur die Pachtpreise von familienfremden Pachtungen einschließlich geschlossener Hofpachtungen; infolge des Ausschlusses der Hofpachtungen sind die Preise für 1971 tendenziell etwas überhöht; andererseits bewirkt der Einfluß der Familienpachtungen eine tendenzielle Untererfassung. Bei den Daten des Jahres 1981 sind die Verhältnisse gerade umgekehrt. Da beide Erhebungen sich gegenseitig aufhebende Komponenten enthalten und auf Familienpachtungen und Hofpachtungen 1971 nur 16,7 bzw. 11,8% der Fläche entfallen, halten sich die methodisch bedingten Vergleichsfehler in vertretbaren Grenzen.

der Flächen lagen die Pachtentgelte sogar über 500 DM/ha. Im Verlauf der letzten 10 Jahre hat sich der Anteil der Pachtflächen deutlich zu den höheren Preiskategorien verschoben. So kosteten 1971 noch fast 70 % aller zugepachteten Grundstücke weniger als 200 DM/ha und knapp 28 % zwischen 200 und 400 DM/ha. Auf die Preisklasse von 500 und mehr DM/ha entfällt heute ein neunmal so großer Flächenanteil wie 1971.

Da die Pachtpreise meist auf mehrere Jahre im voraus festgelegt werden, spielt in diesem Zusammenhang der Zeitpunkt des Vertragsabschlusses eine wichtige Rolle: Von den Preisveränderungen sind nämlich immer nur die Neuabschlüsse, also ein kleiner Teil der Pachtfläche betroffen. Im Einzelfall erhöhen sich die Pachtpreise nicht wie Lebenshaltungskosten jährlich, sondern in größeren zeitlichen Abständen bei Neuverpachtungen oder neuen Preisabschlüssen für die gleichen Pachtflächen. Für die Betriebe, die ihre Flächen aufstocken möchten, sind andererseits nicht die Durchschnittspreise, sondern die jeweils geltenden Pachtpreise für Neuabschlüsse maßgebend. Um dieses aktuellere Preisniveau festzustellen, wurden erstmals bei der Agrarberichterstattung 1981 die Nutzungsentgelte der Einzelgrundstücke bei Neupachtungen sowie nach Preisänderungen erfaßt⁵.

Dabei ergaben sich Pachtentgelte für nach dem 1. Mai 1979 von familienfremden Personen gepachtete Einzelgrundstücke von immerhin 320 DM/ha, das sind rund ein Viertel höhere Pachtpreise, als dem Mittelwert aller Pachtflächen entspricht (254 DM/ha). Die Pachtentgelte für Einzelgrundstücke mit preislichen Vertragsveränderungen seit 1.5.1979 beziffern sich dagegen nur auf 270 DM/ha. Auch nach den Ergebnissen der Betriebs- und Marktwirtschaftlichen Berichterstattung liegen die Nutzungsentgelte nach einer Pachtpreisaktualisierung bedeutend unter denen von Neuverpachtungen. Der Pachtzins für nach dem 1.7.1981 zugepachtete Einzelgrundstücke betrug beispielsweise 358 DM/ha, der nach Vertragserneuerung lediglich 308 DM/ha. Vermutlich verzichteten die Verpächter auf eine höhere Rendite, weil entweder ein bestehender Vertrag höhere Steigerungsraten nicht zuließ, oder dem Pächter aus langjähriger Verbundenheit heraus keine Höchstpreise zugemutet werden sollten.

An dieser Stelle erhebt sich die Frage, wie sich die Pachtpreisentwicklung zur allgemeinen Einkommensentwicklung in der Landwirtschaft verhält. Ein langfristiger Vergleich der durchschnittlichen Arbeitseinkommen ist zwar aus vielerlei Gründen methodisch problematisch, doch läßt sich aus dem Betriebsergebnis der Buchführungsbetriebe

⁵ R. Stadler: Zum Wandel der Betriebs- und Besitzstruktur in der Landwirtschaft, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 9/1980, S. 308.

des Ernährungsministeriums ableiten, daß sich im Jahrzehnt von 1971 bis 1979 die Nettowertschöpfung je Arbeitskraft im Durchschnitt des Landes etwa verdoppelt hat. Dieser Verdoppelung des Arbeitseinkommens steht langfristig im Landesmittel eine etwa ebenso große Verteuerung der Pachtpreise für landwirtschaftlich genutzte Flächen gegenüber, wenn man die für Neupachtungen maßgeblichen aktuellen Pachtpreise zugrundelegt. Kurzfristig stiegen die Pachtpreise in den letzten Jahren sogar stärker an als die Arbeitsproduktivität.

Vor dem Hintergrund eines noch gebremsten gesamtwirtschaftlichen Aufschwungs dürfte die Konkurrenz um den Boden eher zunehmen, da einerseits weniger Landwirte auszuschneiden bereit sind und andererseits Bodeneigentümer geneigt sind, verpachtete Flächen zur Eigenbewirtschaftung zurückzunehmen. Es muß daher davon ausgegangen werden, daß sich die Tendenz der Pachtpreissteigerung langfristig zumindest in dem Maße fortsetzen wird, in dem die Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft ansteigt.

Man sollte jedoch bei der Betrachtung der Pachtpreisentwicklung nicht außer acht lassen, daß die Qualität der Pachtflächen innerhalb der letzten zehn Jahre sich nicht unerheblich verbessert hat, etwa durch die Schaffung größerer Flächeneinheiten im Rahmen der Flurbereinigung⁶. Seit 1971 wurden in Baden-Württemberg immerhin 268 100 ha, das sind rund 18 % der heutigen landwirtschaftlichen Nutzfläche, bereinigt. Außerdem erhöhen Nutzungsänderungen, wie die Umwandlung von Grünland in Ackerland, sowie der Übergang von landwirtschaftlicher Nutzung in Weinbaunutzung den Wert der Pachtflächen.

Die kleinsten Betriebe pachten am teuersten

Qualitätsbedingte Unterschiede, wirtschaftliche Gründe und die vergleichsweise starke Spezialisierung auf Gartenbau- und Sonderkulturbetriebe führten auch in den Betriebsgrößen zu abgestuften Pachtpreisen. Wie Tabelle 6 erkennen läßt, schwanken die Pachtpreise schon auf Landesebene zwischen den einzelnen Größenklassen beträchtlich um den Mittelwert; gegenüber dem Vergleichsjahr 1971 haben sich diese Preisschwankungen sogar noch erheblich verstärkt, wenn auch die relative Abstufung zwischen den Größenklassen prinzipiell die gleiche geblieben ist.

Im einzelnen treten besonders die Betriebe mit weniger als 1 ha LF hervor, die mit 1607 DM/ha

⁶ Inwieweit die bisherige Pachtpreissteigerung auf veränderte Qualitäten zurückzuführen ist, kann leider nicht quantifiziert werden, da die Pachtentgelte unabhängig von der Größe der Parzellen, Ertragsmaßzahlen sowie Nutzungsarten erhoben wurden. Eine nach diesen Gesichtspunkten differenzierte Erfassung wäre vor allem für Baden-Württemberg wegen seiner vielgestaltigen Landwirtschaft von großem Nutzen, was aber mit einem höheren Kostenaufwand verbunden sein dürfte.

Tabelle 6

Pachtpreise nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF)

Größenklassen nach der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) von ... bis unter ... ha	1971	1981	Veränderung 1981 gegen 1971	
			DM/ha	%
0 - 1	469	1 607	+ 1 138	+ 242,6
1 - 2	183	353	+ 170	+ 92,9
2 - 5	166	322	+ 156	+ 94,0
5 - 10	168	235	+ 67	+ 39,9
10 - 20	185	257	+ 72	+ 38,9
20 - 30	186	272	+ 86	+ 46,2
30 - 50	162	250	+ 88	+ 54,3
50 - 100	126	218	+ 92	+ 73,0
100 und mehr	119	241	+ 122	+ 102,5
Insgesamt	176	254	+ 78	+ 44,3

die höchsten Pachten bezahlten und auch gegenüber 1971 die stärkste Pachtverteuerung, nämlich um rund 1140 DM/ha oder fast das Ein- einhalbfache, verkräften mußten. Bei dieser Betriebsgruppe handelt es sich wohl vornehmlich um Sonderkulturbetriebe (Weinbau-, Obstbau-, Gärtnereibetriebe), deren hohe Flächenproduktivität ein solch hohes Preisniveau überhaupt nur ökonomisch rechtfertigt. Die starke Pachtpreisverteuerung dürfte auch mit durch die Erhöhung des Sonderkulturanteils an der Gesamtpachtfläche begründet sein. In der anschließenden Größenklasse der Betriebe von 1 bis unter 2 ha LF liegen die Pachtentgelte schon deutlich niedriger (353 DM/ha), in der Größenklasse von 5 bis unter 10 ha LF sinken sie auf 235 DM/ha. Hier dürften verschiedene Einflüsse nebeneinander wirksam sein. Soweit nicht arbeitsintensive Sonderkulturen im Haupterwerb angebaut werden, handelt es sich vielfach um Nebenerwerbsbetriebe, für die aufgrund begrenzter Arbeitskapazität eine Zupachtung nur zu günstigen Konditionen erstrebenswert ist, die auch noch bei geringer Intensität einen ausreichenden Gewinn ermöglichen. Vermutlich ist auch der Anteil der Neuzupachtungen bei Nebenerwerbslandwirten geringer. Andererseits gibt es auch Hobbylandwirte, die über Einkommenstransfer aus anderer Erwerbstätigkeit relativ hohe Pachtpreise in Kauf zu nehmen bereit sind.

In den Größenklassen von 10 bis unter 30 ha LF sind wieder etwas höhere Pachtpreise üblich (260 bis 270 DM/ha). In diesen Betriebsgruppen befindet sich ein Großteil der Haupterwerbsbetriebe, bei denen die Fläche den begrenzenden Produktionsfaktor darstellt; diese Betriebe versuchen deshalb - gegebenenfalls auch im Zusammenhang mit einer Intensitätssteigerung - vor allem über eine Flächenaufstockung die vorhandene Arbeitskapazität besser auszulasten, wobei vorrangig Neuzupachtungen mit bekanntlich höherem Preisniveau in Frage kommen.

Tabelle 7

Landwirtschaftliche Betriebe mit Familienpachtungen 1981

Größenklassen nach der land- wirtschaftlich genutzten Fläche (LF) von ... bis unter ... ha	Betriebe mit Pachtland insgesamt		Darunter Betriebe mit Familienpachtungen					Veränderung 1981 gegen 1971	
			Betriebe	LF	Pacht- fläche ¹⁾	Flächenanteil an der Gesamtpachtfläche		Betriebe	Pachtfläche
	Betriebe	Pachtfläche				1981	dagegen 1971		
	Anzahl	ha	Anzahl	ha	%				
unter 1	1 877	515	821	502	250	48,5	25,0	+ 47,9	+ 51,5
1 — 2	5 907	3 518	1 984	3 014	1 276	36,3	25,0	- 35,8	- 24,6
2 — 5	13 349	17 547	4 738	16 530	6 555	37,4	24,9	- 36,7	- 21,0
5 — 10	17 543	49 660	5 010	36 510	13 195	26,6	22,2	- 35,2	- 24,1
10 — 20	22 899	127 908	5 167	74 836	21 927	17,1	18,7	- 37,1	- 32,5
20 — 30	11 369	122 963	2 703	65 909	16 317	13,3	14,4	+ 6,0	+ 16,0
30 — 50	6 814	135 853	1 638	60 772	13 127	9,7	9,3	+ 148,9	+ 177,0
50 und mehr	1 733	88 254	362	24 446	4 361	4,9	3,8	+ 311,4	+ 213,5
Insgesamt	81 491	546 218	22 423	282 519	77 008	14,1	16,7	- 26,2	- 4,0

1) Nur von Familienangehörigen gepachtete Fläche.

In den Größenklassen über 30 ha LF, die bereits in erheblichem Umfang Aufstockungsbetriebe aufgenommen haben, werden im allgemeinen wieder etwas niedrigere Pachtentgelte bezahlt. Dies mag auf den größeren absoluten Flächenumfang der Pachtländereien je Betrieb, die geringere allgemeine Nutzungsintensität und den geringeren Zwang zur weiteren Flächenaufstockung zurückzuführen sein. Allerdings ist die Teuerungsrate für Landpacht in diesen Größenklassen aufgrund eines höheren Anteils von Neupachtungen vergleichsweise stärker angestiegen.

Familienpachtungen rückläufig

Außer den zuvor behandelten Pachtungen von Flächen, die sich in der Hand von familienfremden Verpächtern befinden, wird ein nicht unbeträchtlicher Teil der Pachtflächen von Familienangehörigen gepachtet. Die Höhe der dabei vereinbarten Pachtentgelte ist allerdings nicht bekannt, da bei der Landwirtschaftszählung nur die entsprechenden Flächen ohne die zugehörigen Pachtpreise erfragt wurden; die Pachtentgelte liegen aber erfahrungsgemäß bedeutend niedriger.

Im Vergleichszeitraum verminderte sich die von Familienangehörigen gepachtete Fläche um 4 % auf rund 77 000 ha, während die Pachtfläche insgesamt um rund 14 % zunahm. Da sich die Zahl der Betriebe mit Familienpachtungen weitaus stärker verminderte (- 26 %), nahm die durchschnittliche Pachtfläche je Betrieb um 0,8 ha (+ 30 %) auf 3,43 ha merklich zu. Dabei waren die Veränderungen der Betriebe und Pachtflächen in den Größenklassen sehr uneinheitlich (vgl. Tabelle 7).

Offensichtlich haben im Zusammenhang mit dem Strukturwandel auch die Familienpachtungen in den klein- und mittelbäuerlichen Betrieben unter 20 ha LF starke Einbußen erlitten, während sie in den größeren Betrieben und in der Größenklasse unter 1 ha an Terrain gewannen. Der Anteil der von Familienangehörigen gepachteten Fläche an der Gesamtpachtfläche folgte dieser Entwicklung jedoch nicht, sondern hat sich - abgesehen von den Größenklassen von 10 bis unter 30 ha LF - durchweg erhöht. Die abnehmende Bedeutung der Familienpachtung im kritischen Größenbereich zwischen 10 und 30 ha LF, in dem die Entscheidungen über Ab- oder Aufstockung der Betriebe fallen, ist wohl darauf zurückzuführen, daß Aufstockungen vermehrt aus Zupacht von familienfremden Verpächtern erfolgt sein müssen, weil die Möglichkeiten der Familienpachtungen hier offensichtlich begrenzt sind. Während sich in der Größenklasse unter 1 ha LF die Hälfte der Pachtfläche in den Händen von Familienangehörigen befindet, sind bei Betrieben ab 50 ha LF nur noch knapp 5 % Familienpachtungen. Bei den Überlegungen zur Familienpacht ist auch zu berücksichtigen, daß die landwirtschaftliche Alterskasse nur dann die Rente gewährt, wenn die Leistungsempfänger ihren Hof entweder übereignen oder verpachten.

Viele ehemalige Betriebsinhaber bevorzugten früher den Weg der Verpachtung, um einerseits neben der Rente ein zusätzliches Einkommen zu erhalten und andererseits auf den Betrieb als Eigentümer noch größeren Einfluß ausüben zu können. Die veränderten Altersstrukturen in den Betrieben, die zunehmende Konsolidierung der Alterssicherung in der Landwirtschaft und die allgemeine Wirtschaftsentwicklung mögen dazu beigetra-

gen haben, daß die Höfe jetzt vermehrt ohne den Umweg über die Familienpachtungen übergeben werden. Da in letzter Zeit auch in Realteilungsgebieten die existenzfähigen Betriebe vielfach geschlossen übergeben werden, schmälern sich auch die Möglichkeiten, Flächen von Familienangehörigen (wie z.B. Geschwistern) zu pachten.

Bedeutsame regionale Unterschiede

Bei regionaler Betrachtung der landwirtschaftlichen Besitzverhältnisse ergeben sich aufgrund der inhomogenen landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen in Baden-Württemberg erhebliche Differenzierungen, insbesondere hinsichtlich der Pachtquoten und Pachtpreise. Allerdings sind die Voraussetzungen für einen Regionalvergleich begrenzt, da tiefgegliederte, regionale Daten nur für die Jahre der Landwirtschaftszählung 1971 und 1979 vorliegen, während die aktuelleren Ermittlungen im Rahmen der repräsentativen Agrarberichterstattung auf Landesergebnisse beschränkt sind. Bei der starken Abhängigkeit der landwirtschaftlichen Produktionsstrukturen von den natürlichen Voraussetzungen empfiehlt es sich auch, der regionalen Betrachtung nicht die übliche Verwaltungsgliederung, sondern die sogenannten landwirtschaftlichen Vergleichsgebiete zugrunde zu legen⁷. Vergleichsgebiete sind bekanntlich Räume mit gleichen oder ähnlichen natürlichen Ertragsverhältnissen. Da die einzelnen Vergleichsgebiete einen sehr unterschiedlichen absoluten Flächenumfang aufweisen, muß sich der Regionalvergleich in erster Linie auf Relativbezüge erstrecken.

So ergibt sich beispielsweise, daß der Rückgang der selbstbewirtschafteten Eigenfläche der landwirtschaftlichen Betriebe von 1971 bis 1979 in den Vergleichsgebieten zwischen 2 und 14 % und damit deutlich um den Landesdurchschnitt (- 9 %) schwankt (vgl. Anhangtabelle 20). Am stärksten verminderte sich die Eigenfläche in den Vergleichsgebieten Neckar-Nagold/nördliche Schwarzwaldrandplatte, Ost-Schwarzwald und in den Gäulandschaften, also in Gebieten mit überproportionalem Rückgang der Betriebszahlen und landwirtschaftlich genutzten Flächen. Dagegen wurde die selbstbewirtschaftete Eigenfläche in den Vergleichsgebieten Hohenlohe, Unterland/Bergstraße und West-Schwarzwald weitaus weniger eingeschränkt, was vermutlich auf den hier unterproportionalen Rückgang des Betriebsbestands zurückzuführen ist. Auffallenderweise hat sich die Eigenfläche im Vergleichsgebiet Hochschwarzwald nicht verringert, sondern sogar um rund 4 % erhöht.

⁷ Vgl. Statistisch-prognostischer Bericht 1981/82 S. 147. Aus technisch-methodischen Gründen weichen die bei den Besitzverhältnissen ausgewiesenen Vergleichsgebiete, die sich aus einzelnen politischen Gemeinden zusammensetzen, von den für die Pachtpreise nachgewiesenen Vergleichsgebieten, die aus Gemeindeteilen gebildet und damit feiner abgegrenzt sind, geringfügig ab.

Dies beruht wohl vornehmlich auf einer um gut 8 % erweiterten landwirtschaftlich genutzten Fläche.

Hohe Pachtanteile in Realteilungsgebieten

Noch deutlicher sind die regionalen Unterschiede zwischen den Vergleichsgebieten hinsichtlich der Pachtquote. Bei einem Landesmittel von 34 % schwankt die Pachtquote 1979 zwischen den Vergleichsgebieten von 12 bis 51 %.

Dabei zeichnen sich insbesondere die Vergleichsgebiete Hochschwarzwald und West-Schwarzwald durch auffallend geringe Pachtanteile aus. Etwas höhere, aber dennoch unterdurchschnittliche Pachtquoten findet man am Östlichen Bodensee, im Allgäu und in Hohenlohe (vgl. Anhangtabelle 21). Hierbei handelt es sich vor allem um die Gebiete mit größeren Betrieben, in denen seit jeher beim Erbgang das Anerbenrecht angewandt wird. Dabei werden die Höfe geschlossen an den Betriebsnachfolger übergeben, während die nachgeborenen Söhne und Töchter mit einem finanziellen Betrag abgefunden werden. Eine Zersplitterung des landwirtschaftlichen Grundbesitzes, wie etwa in Realteilungsgebieten, wird dadurch verhindert; deshalb sind hier auch Vollerwerbsbetriebe besonders stark vertreten. Der hohe Anteil an Vollerwerbsbetrieben begrenzt einerseits das Pachtflächenangebot und bewirkt andererseits eine starke Nachfrage nach Pachtflächen für die weitere Aufstockung der Betriebe. Der allgemeine "Landhunger" führt bei der gegebenen Knappheit des Grund und Bodens zwangsläufig auch zu hohen Nutzungsentgelten für die Pachtflächen.

Die Realteilungsgebiete zeichnen sich demgegenüber durch bedeutend höhere Pachtquoten aus. Die höchsten Pachtquoten sind im Vergleichsgebiet Unterland/Bergstraße (51 %), gefolgt von den Gäulandschaften und der Rheinebene (beide 49 %) zu beobachten, also in Gebieten, die sich schon seit jeher durch ausgesprochene Klein- und Kleinstbetriebsstruktur auszeichnen. Offenbar wurden in diesen Gebieten die Betriebe im Erbgang weiterhin so lange geteilt, bis viele davon nicht mehr existenzfähig und daher zur Aufgabe ihrer Landwirtschaft oder zum Übergang auf landwirtschaftlichen Nebenerwerb gezwungen waren. In der Regel bot die reichlich vorhandene Zahl von gewerblichen und Dienstleistungsbetrieben auch überdurchschnittlich gute Möglichkeiten für den Wechsel zu außerlandwirtschaftlichen Tätigkeiten. Die freigesetzten Flächen wurden vorwiegend an aufstockungswillige Betriebe verpachtet, wodurch sich die Pachtquote auf das heutige Niveau erhöht hat.

Bemerkenswerterweise hat die Pachtquote im letzten Jahrzehnt nicht überall in gleichem Maße zugenommen: In Realteilungsgebiete

ten, wie im Vergleichsgebiet Unterland/Bergstraße, unterscheidet sich der Pachtlandanteil von 1979 nur geringfügig von dem des Jahres 1971, und auch in den Vergleichsgebieten Östlicher Bodensee und West-Schwarzwald nahm die Pachtquote nur geringfügig zu. Demgegenüber stieg sie im Vergleichsgebiet Ost-Schwarzwald um 5, auf der Baar sogar um fast 8 Punkte an. Diese Differenzen hängen mit dem unterschiedlichen zeitlichen Ablauf des Strukturwandels zusammen, der bekanntlich die durch kleinbäuerliche und Kleinbetriebe geprägten Realteilungsgebiete viel früher und vergleichsweise stärker erfaßte als die Gebiete mit mittel- und großbäuerlicher Ausgangsstruktur.

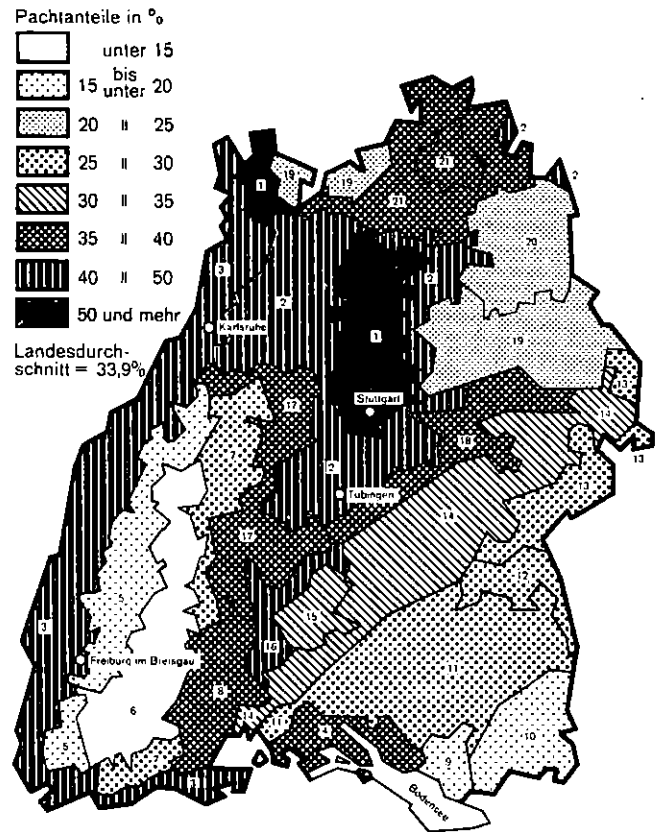
Höchste Pachtpreise im Vergleichsgebiet Unterland/Bergstraße

Zwischen den Vergleichsgebieten bestehen bezüglich des Pachtentgeltes noch bedeutend größere Unterschiede als bei den Pachtquoten. Während für Flächen, die von familienfremden Personen gepachtet wurden, im Landesmittel 228 DM/ha bezahlt werden mußten, schwankten die Pachtentgelte zwischen 50 DM/ha und 381 DM/ha. Mit durchschnittlich 381 DM/ha sind die Pachten im Vergleichsgebiet Unterland/Bergstraße am teuersten, was wohl unter anderem auf die sehr günstigen Produktionsverhältnisse zurückzuführen ist. Die hohe Fruchtbarkeit der Böden ermöglicht bei einer durchschnittlichen Jahrestemperatur von über 9°C in großem Maße den Anbau von Sonderkulturen mit hoher Flächenproduktivität (Obst, Wein, Feldgemüse). Der weit überwiegende Teil der landwirtschaftlich genutzten Fläche ist ackerfähig; gegenwärtig werden gut 70 bis 100 % der gesamten LF ackerbaulich genutzt. An zweiter und dritter Stelle folgen mit einem Pachtentgelt von 360 bzw. 341 DM/ha das Allgäu und der Östliche Bodensee. Im Allgäu herrschen bei einer Höhenlage von 600 bis 900 m über N.N., Bodenklimazahlen von 30 bis 50 und Jahresniederschlägen zwischen 1000 und 1600 mm besonders günstige Produktionsbedingungen für die Grünlandnutzung vor. Außerdem gehören im Allgäu mehr als die Hälfte aller Betriebe und am Östlichen Bodensee knapp die Hälfte zur Kategorie der Vollerwerbslandwirte, während auf Landesebene dieser Anteil nur etwa halb so hoch ist. In diesen Vergleichsgebieten erhöht sich demzufolge auch die Pachtpreise gegenüber 1971 beträchtlich. Im Vergleichsgebiet Östlicher Bodensee stiegen die Pachtentgelte sogar um fast 60 %, im Allgäu um die Hälfte (vgl. Tabelle 8).

Obwohl die Rheinebene und die Gäulandschaften unumstritten zu den von Natur aus begünstigten Gegenden gehören, liegen die Pachtentgelte mit 247 DM/ha im Vergleichsgebiet Gäulandschaften nur etwa 8 % über dem Landesmittel, was gegenüber 1971 lediglich einer Steigerung um rund ein Drittel entspricht. Im Vergleichsgebiet Rheinebene werden sogar 3 % unter dem Durchschnitt liegen-

Schaubild 2

Pachtquote nach landwirtschaftlichen Vergleichsgebieten 1979



Anmerkung: Zur Nummerierung der Vergleichsgebiete vgl. Tabelle 8.
176 83

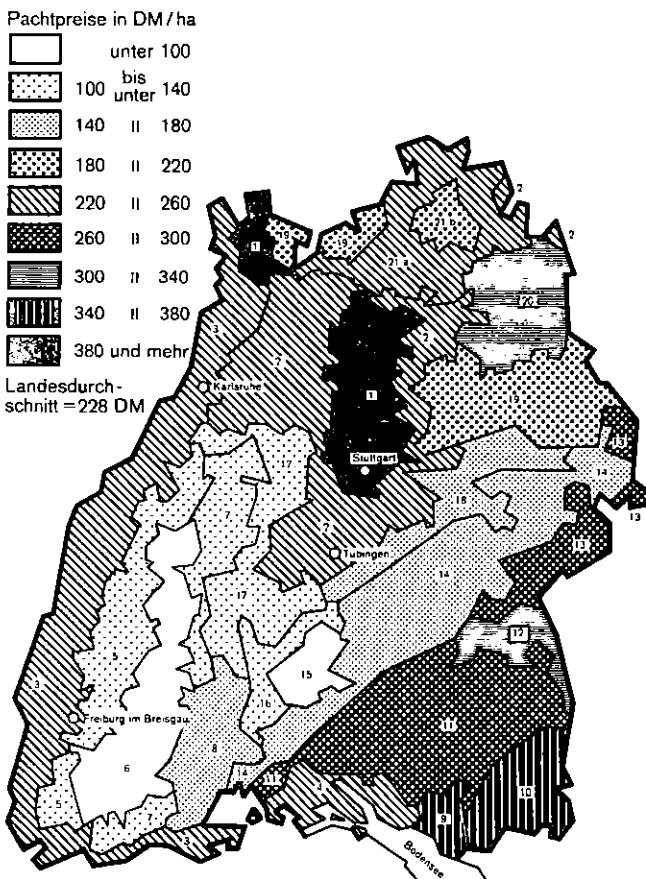
de Pachtentgelte entrichtet. Vermutlich hängt dieses geringe Preisniveau mit der vorherrschenden Nebenerwerbslandwirtschaft in diesen Gebieten zusammen. In den von Natur aus benachteiligten Gebieten sind die Pachtpreise aus einsichtigen Gründen bedeutend niedriger. So zahlte man am Heuberg mit nur 50 DM/ha die geringsten Pachten überhaupt, gefolgt vom Hochschwarzwald (88 DM/ha). Etwas höhere Preise werden im Westlichen Albvorland (101 DM/ha) sowie im Ost-Schwarzwald (112 DM/ha) bezahlt. Dabei lassen sich auch gewisse Abhängigkeiten von der Betriebsgröße feststellen. Im allgemeinen nimmt das durchschnittliche Pachtentgelt mit steigender Betriebsgröße deutlich ab. Allerdings bilden die Vergleichsgebiete Allgäu, Oberland, Donau-Iller und Hohenlohe eine Ausnahme. Es wird vermutet, daß hier die größeren Betriebe einen beträchtlichen Anteil von Neupachtungen aufweisen, deren Preisniveau bekanntlich über dem Durchschnitt liegt; darin kommt zugleich der erhebliche Aufstockungszwang der hier vorherrschenden Vollerwerbsbetriebe zum Ausdruck. Andererseits sind die Pachtentgelte in den unteren Größenklassen auch deshalb relativ gering, weil der Anbau von Sonderkulturen fehlt oder von nur geringer Bedeutung ist.

Da das Pachtpreisniveau offenbar von der Qualität der Flächen und durch die Betriebsstruktur bedingten Nachfrageverhältnissen bestimmt wird, wurden die Einflußfaktoren auch noch getrennt untersucht, indem zur Ausschaltung des Qualitätseinflusses das Pachtentgelt auf die Ertragsmeßzahl (EMZ) bezogen wurde. Dabei zeigte sich, daß zwischen den Vergleichsgebieten auch hinsichtlich der Pachtpreise je Ertragsmeßzahl Unterschiede bestehen: Während am Heuberg 2 DM je EMZ üblich sind, liegen die vergleichbaren Werte im Vergleichsgebiet Allgäu immerhin bei 9 DM je EMZ, was einem Verhältnis von 1 : 4,5 entspricht. In den Vergleichsgebieten Östlicher Bodensee und Hohenlohe beziffert sich der Pachtzins auf rund 7,50 DM je EMZ, während er im Neckar-Nagold-Gebiet und Östlichen Albvorland bei nur 3,50 DM je EMZ liegt. Es wird deutlich, daß die Qualität der Flächen bei der Vereinbarung der Pachtentgelte doch wohl nur eine untergeordnete Rolle spielt, wenn man von der unterschiedlichen Beschaffenheit der Pachtgrundstücke, wie Größe, Gestalt, Lage, Entfernung vom Betrieb absieht, die im statistischen Material nicht berücksichtigt sind. Maßgebend für die Preisfindung ist vielmehr die allgemeine und individuelle Konkurrenzsituation am Pachtlandmarkt, also das jeweilige

Tabelle 8
Pachtpreise nach landwirtschaftlichen Vergleichsgebieten

Landwirtschaftliche Vergleichsgebiete	1971	1979	Veränderung 1979 gegen 1971	
	DM/ha			%
1 Unterland/Bergstraße	320	381	+ 61	+ 19,1
2 Bessere und geringere Gäulandschaft	187	247	+ 60	+ 32,1
3 Bessere und geringere Rheinebene	170	222	+ 52	+ 30,6
4 Westlicher Bodensee	161	228	+ 67	+ 41,6
5 West-Schwarzwald	142	136	- 6	- 4,2
6 Hochschwarzwald	63	88	+ 25	+ 39,7
7 Östlicher Schwarzwald	101	112	+ 11	+ 10,9
8 Baar	137	168	+ 31	+ 22,6
9 Östlicher Bodensee	214	341	+ 127	+ 59,3
10 Allgäu	240	360	+ 120	+ 50,0
11 Oberland	189	272	+ 83	+ 43,9
12 Donau-Iller	206	318	+ 112	+ 54,4
13 Bessere Alb	210	278	+ 68	+ 32,4
14 Geringere Alb	107	158	+ 51	+ 47,7
15 Heuberg	43	50	+ 7	+ 16,3
16 Westliches Albvorland	75	101	+ 26	+ 34,7
17 Neckar-Nagold/nördliche Schwarzwaldrandplatte	102	131	+ 29	+ 28,4
18 Östliches Albvorland	126	170	+ 44	+ 34,9
19 Schwäbischer Wald/Odenwald	167	190	+ 23	+ 13,8
20 Hohenlohe	205	301	+ 96	+ 46,8
21a Besseres Bauland/Odenwaldrand/Main-Tauber-Gebiet	180	225	+ 45	+ 25,0
21b Geringeres Bauland	201	192	- 9	- 4,5
Insgesamt	176	228	+ 52	+ 29,5

Schaubild 3
Pachtpreise nach landwirtschaftlichen Vergleichsgebieten 1979



Angebots- und Nachfrageverhältnis. Daher dürften die Unterschiede bei kleinräumlicher Betrachtung noch weitaus stärker zum Ausdruck kommen als lediglich bei regionaler Differenzierung nach Vergleichsgebieten. Allerdings sind die statistischen Nachweismöglichkeiten hierfür leider begrenzt.

Zusammenfassung

- Die selbstbewirtschaftete Eigenfläche der Betriebe ist seit 1971 um fast 14 % geschrumpft, da ehemalige Betriebsinhaber nach der Aufgabe der Landwirtschaft bzw. Abstockung zum Nebenerwerb die Eigentumsflächen größtenteils nicht veräußerten, sondern an aufstockende oder Sonderkulturbetriebe verpachteten. Der Rückgang der Eigentumsfläche entspricht insoweit in den Größenklassen weitgehend der Entwicklung der Zahl der Betriebe und damit dem Strukturwandel. Auch bei einem in Zukunft abgeschwächten Strukturwandel dürft-

- te der Umfang der selbstbewirtschafteten Eigenfläche weiter abnehmen, wenn auch langsamer.
- In den oberen Größenklassen von 20 und mehr ha LF ist heute auch absolut gesehen die Eigentumsfläche je Betrieb kleiner als zehn Jahre zuvor, weil die Aufstockung der in diese Größenklassen aufgestiegenen Betriebe in erster Linie durch Zupachtungen erfolgte; die Kosten für die Nutzung des Bodens haben sich in diesen Betrieben entsprechend erhöht, die durch Bodeneigentum abgesicherte Stabilität verringert.
 - Umgekehrt ist in den Größenklassen unter 20 ha LF, in denen wesentlich mehr Betriebe ausschieden, als dem Rückgang der Eigentumsfläche entspricht, die durchschnittliche Eigenfläche je Betrieb heute größer als vor zehn Jahren. Für die Gesamtheit aller Betriebe mit Eigenland ergibt sich dadurch eine Erweiterung der durchschnittlichen Eigenfläche je Betrieb um 1,16 ha. Diese Zunahme beruht aber nur zu einem Drittel auf Flächenzukauf. Bei den stark angestiegenen Grundstückspreisen für Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung ist für viele Betriebe - abgesehen von Reinvestitionen - ein Zukauf wirtschaftlich nicht mehr vertretbar.
 - Die Pachtquote hat sich seit 1971 um insgesamt 6 Punkte auf 36,3 % erhöht. Zwischen den Vergleichsgebieten schwankt sie in einem weiten Bereich (12 % bis 51 %), was vor allem ein Ergebnis des jeweils herrschenden Erbrechtes und der natürlichen Produktionsbedingungen ist. Im Regelfall sind in Realteilungsgebieten hohe und in Anerbengebieten geringere Pachtquoten anzutreffen. Die Pachtquote hat sich im allgemeinen um so mehr erhöht, je stärker der Strukturwandel war.
 - Die Pachtentgelte entwickelten sich langfristig im ganzen etwa in gleichem Maße wie die Einkommen je Arbeitskraft. Auf der Ebene der Vergleichsgebiete waren die Steigerungsraten jedoch sehr uneinheitlich, was vor allem auf die unterschiedlichen Nachfrageverhältnisse zurückzuführen ist; in den bäuerlichen Gebieten mit einem hohen Anteil größerer Betriebe sind die Teuerungsraten besonders groß. Die Unterschiede hinsichtlich der Pachtentgelte haben sich zwischen den Vergleichsgebieten vergrößert.
 - Die Qualität der Pachtflächen, gemessen an der Ertragsmeßzahl, hat einen vergleichsweise geringen Einfluß auf das Pachtpreisniveau; es kommt vielmehr entscheidend auf die regionale und örtliche Nachfrage- und Angebotssituation an.
 - Die Pachtfläche, die von Familienangehörigen als Verpächter übernommen wird, weist eine rückläufige Tendenz auf. Dies dürfte auf verschiedene Ursachen, nicht zuletzt auf die veränderten Altersstrukturen, die konsolidierte Alterssicherung in den Betrieben, die allgemeine Wirtschaftsentwicklung und darauf zurückzuführen sein, daß sich die Chancen für Familienpachtungen im Zuge des Strukturwandels allgemein vermindert haben. Dieser Trend dürfte sich in Zukunft weiter fortsetzen.

3. Sozialstruktur

3.1 Zur Entwicklung wichtiger

Vermögensbestandteile privater Haushalte

Problemstellung

In jüngster Zeit wird insbesondere im wirtschafts- und tarifpolitischen Bereich eine investive Verwendung von Lohnbestandteilen in betrieblicher oder überbetrieblicher Form als möglicher Ansatzpunkt für eine breitere Streuung des Produktivvermögens, aber auch als potentiell Mittel zur Überwindung der anhaltenden Wachstumsschwäche diskutiert. Damit rücken Fragen der Vermögensbildung breiter Bevölkerungsschichten bzw. der personellen Vermögensverteilung im Zusammenhang mit beschäftigungspolitischen Problemen erneut ins Blickfeld des öffentlichen Interesses, aus dem sie nach einer Phase intensiver Diskussion in den 60er und 70er Jahren zumindest scheinbar etwas verdrängt worden waren.

Vor diesem Hintergrund ist die Kenntnis des bestehenden Privatvermögens und seiner Verteilung auf die Bevölkerung von entscheidender Bedeutung. Zwar ist es bisher noch nicht gelungen, ein umfassendes und statistisch fundiertes Gesamtbild zu liefern. Durch die Schlußinterviews im Rahmen der neueren Einkommens- und Verbrauchsstichprobe sowie darauf aufbauende Schätzungen¹ konnten aber unzweifelhaft Fortschritte in Richtung auf eine höhere Transparenz der Vermögensstrukturen erzielt werden. In diesem Sinne sollen im folgenden Beitrag anhand der Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben 1973 und 1978 (Stichtag jeweils 31.12.) bei ausgewählten Vermögensformen wesentliche Strukturmerkmale, bestehende Entwicklungstendenzen und charakteristische Unterschiede zwischen den Verhältnissen auf Bundes- und Landesebene herausgearbeitet und analysiert werden. Obwohl die neuesten Daten von 1978 stammen und damit nicht ganz aktuell sind, verlieren sie doch wenig an Aussagekraft, denn die Vermögensbestände sind das Resultat längerfristiger Sparprozesse und verändern sich in ihren Strukturen deshalb nur relativ langsam.

Zunächst sei aber auf die wesentlichsten Probleme hingewiesen, die einer vollständigen und

¹ Vgl. Mierheim, H. und Wicke, L.: Die personelle Vermögensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland, Tübingen 1978. In dieser Arbeit wird ausgehend von der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1973 und unter Zuhilfenahme anderer statistischer Daten der Umfang, die Zusammensetzung und die Verteilung des einbezogenen Privatvermögens auf Haushalte und Personen ermittelt, wobei allerdings in weiten Bereichen statistische Lücken durch Plausibilitätsannahmen geschlossen wurden.

genauen Erfassung des Vermögens entgegenstehen und die bei der Interpretation der Ergebnisse stets zu berücksichtigen sind²:

Bereits die Abgrenzung des Vermögensbegriffs ist nicht unumstritten. So kann man neben den zweifelsfrei zum privaten Vermögen zählenden Formen des Geld- und Sachvermögens je nach Sichtweise auch das Humankapital (Barwert der zukünftigen Arbeitserträge in Abhängigkeit von der Ausbildung), den Wert langlebiger Gebrauchsgegenstände, die Ansprüche gegen die gesetzliche Rentenversicherung, die betriebliche Altersversorgung oder öffentliche Pensionskassen oder das letztlich allen Bürgern gehörende staatliche Vermögen zum relevanten Vermögen rechnen, denn allen Formen ist gemeinsam, daß zumindest potentiell in der Zukunft eine persönliche Nutzung eines vorhandenen Bestandes in monetärer oder realer Form denkbar ist.

Weitere Probleme ergeben sich bei der statistischen Vermögenserfassung, insbesondere bei der Datenerhebung und der Bewertung der Vermögensbestände. Aufgrund der Freiwilligkeit der Auskünfte im Rahmen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe gelang es bisher nicht, alle Bevölkerungsschichten mit hinreichender Repräsentanz in diese Erhebung einzu beziehen: Nicht erfaßt werden die Haushalte von Ausländern und die Anstaltsbevölkerung, und die Haushalte im obersten Einkommensbereich nehmen nur unzureichend teil, so daß Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen über 20 000 DM in der vorliegenden Untersuchung nicht miteinbezogen sind; dies sind allerdings zugleich Haushalte, die in der Regel auch ein besonders hohes Vermögen besitzen. Bei den mitwirkenden Haushalten sind die verbleibenden gesellschaftlichen Gruppen zwar auch mit unterschiedlichen Erfassungsquoten beteiligt, durch eine Hochrechnung auf Basis der Mikrozensusdaten erfolgt aber eine Anpassung an die tatsächliche Haushaltsstruktur, so daß die Ergebnisse in Bezug auf die einbezogenen Haushaltstypen als repräsentativ gelten können³.

² Vgl.: Euler, M.: Probleme der Erfassung von Vermögensbeständen privater Haushalte in Einkommens- und Verbrauchsstichproben, in: *Wirtschaft und Statistik* Heft 4/81, S. 249 - 252.

³ Vgl. dazu Anhangtabelle 22. Wenn im folgenden von "den" privaten Haushalten die Rede ist, liegt immer diese Abgrenzung zugrunde.

Konkret werden in die Untersuchung folgende Bestandteile des Privatvermögens einbezogen: Zunächst das Geldvermögen, das sich aus den Guthaben auf Sparbüchern, den Beständen an Wertpapieren sowie den Bausparguthaben zusammensetzt. Nach Abzug der Kreditverpflichtungen (ohne Hypotheken u.ä.) ergibt sich das Nettogeldvermögen. Zusätzlich werden die Lebensversicherungsverträge als positive Komponente des Geldvermögens mitberücksichtigt, sie können aber nicht vollständig in die Rechnung integriert werden, da die Angabe der angesammelten Guthaben wegen Bewertungsproblemen (Trennung der Risiko-, Spar- und Gebührenkomponente, Berücksichtigung von Gewinnanteilen) fehlt. Als Anhaltspunkte für den Zeit- und den Bund-Land-Vergleich können aber hier neben dem Vorhandensein von Verträgen die Versicherungssummen und die Einzahlungen im Erhebungsjahr herangezogen werden.

Weiterhin wird das Grundvermögen einbezogen, soweit es privat genutzt wird. In diesem Bereich liegen Angaben über den Anteil der Haus- und Grundbesitzer, über den steuerlichen Einheitswert und die Restschuld aus Hypotheken, Baudarlehen u.ä. je Haushalt mit Grundvermögen und bezogen auf alle Haushalte vor. Eine Saldierung von Einheitswert und Restschuld wird nicht vorgenommen, da der steuerliche Einheitswert erheblich unter dem hier relevanten Verkehrs- bzw. Marktwert liegt, also keine direkte Aussage über die tatsächliche Werthöhe, sondern nur über Wertstrukturen zuläßt. Auf Landesebene sind zusätzlich Verkehrswerte erfragt worden.

Aus der Freiwilligkeit der Erhebung ergibt sich die Anforderung, den mitwirkungsbereiten Haushalten nur Fragen zu stellen, zu deren Beantwortung sie angesichts der schwierigen Materie einerseits willig und andererseits fähig sind. In diesem Zusammenhang ergeben sich Schwierigkeiten bei der Erfassung besonders kurzfristig variierender Vermögensbestände (Bargeld, Sicht- und Terminguthaben), vor allem aber bei diffizilen Abgrenzungs- und Bewertungsfragen. So wurde auf die Erfassung des (Nichtaktien-) Produktionsvermögens, die Bewertung der Guthaben bei Lebensversicherungen und eine Trennung der nicht vermögensrelevanten Zinskomponente von der noch zu leistenden Tilgung bei aufgenommenen Krediten verzichtet. Beim Grundvermögen wurden die steuerlichen Einheitswerte erfragt, die den Haushalten aus den Steuerbescheiden bekannt sind. In landesinternen Zusatzerhebungen zu den Einkommens- und Verbrauchsstichproben 1973 und 1978 jeweils zum Jahresbeginn wurde der Versuch unternommen, die Verkehrswerte des Grundvermögens zu erfragen. Obwohl die Antworten wegen des weitgehend fiktiven Charakters dieser Größe keinen Anspruch auf Exaktheit erheben können, werden diese Ergebnisse beim Grundvermögen auf Landesebene hier zusätzlich herangezogen, da sie im Vergleich zu den vom Marktwert

deutlich abweichenden steuerlichen Einheitswerten einen zusätzlichen Informationsgehalt besitzen⁴.

Die Darstellung bezieht sich immer auf den Haushalt als kleinste Einheit, da in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe im Vermögensbereich keine personenbezogenen Angaben erfragt werden. Streng genommen können also keine Aussagen zur personellen Vermögenssituation gemacht werden. Diese Einschränkung erscheint aber insofern wenig gravierend, als in Mehrpersonenhaushalten die (formalen) Vermögensbestände der einzelnen Mitglieder, selbst wenn sie nicht zur gemeinsamen Disposition stehen, doch üblicherweise entweder gemeinsam genutzt werden oder im Falle der Auflösung zur gemeinsamen Verwendung bestimmt sind. Gleichwohl kann sich auch bei einem mit der Haushaltsgröße zunehmenden Vermögen ein abnehmendes Vermögen bezogen auf einzelne Haushaltsmitglieder bzw. pro Kopf ergeben.

Trotz der verschiedenen genannten Einschränkungen kann davon ausgegangen werden, daß das vorliegende Datenmaterial aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe zumindest wesentliche Strukturmerkmale im Vermögensbereich annähernd zutreffend wiedergibt.

Insbesondere bei der Frage nach dem Niveau des durchschnittlichen Gesamtvermögens je Haushalt sind allerdings die genannten Einschränkungen hinsichtlich der einbezogenen Haushalte und der erfragten Vermögensarten zu berücksichtigen. Schon deshalb ist z.B. ein Vergleich mit der vor kurzem erschienenen Studie des Instituts für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik (IWG)⁵ nicht möglich. Dort wird der Versuch unternommen, für das Jahr 1983 das gesamte Vermögen der (deutschen) Haushalte in einer weiten Abgrenzung zu ermitteln, was allerdings nur über umfangreiche Schätzungen möglich ist.

Die IWG-Studie bezieht einerseits auch die Haushalte mit sehr hohem Einkommen (und Vermögen) in die Schätzung mit ein. Zum anderen sind dort weitere Vermögensbestandteile eingeschätzt, also auch Bargeld, Sicht- und Termineinlagen, Ansprüche aus Lebensversicherungen, langlebige Gebrauchsgüter wie z.B. PKW, Kunst- und Wertgegenstände sowie auch das Betriebsvermögen. Dies bedeutet, daß beim Haus- und Grundvermögen die eigen-

4 Beim Grundvermögen ergibt sich ein weiteres Erfassungsproblem, denn es wurde zwar ausdrücklich nur nach privatgenutzten Grundstücken, Häusern und Wohnungen gefragt, es bleibt aber zweifelhaft, ob nicht insbesondere bei Landwirten, aber auch bei anderen Selbständigen teilweise Betriebsgrundstücke enthalten sind.

5 Miegel, Meinhard, Die verkannte Revolution (I). Einkommen und Vermögen der privaten Haushalte, mit einem Vorwort v. Kurt H. Biedenkopf, Bonn 1983.

genutzten betrieblichen Teile mitberücksichtigt sind. Daneben weist die Studie des IWG - getrennt von den übrigen Vermögensarten - auch die kapitalisierten Versorgungsansprüche (z.B. Ansprüche an die gesetzliche Rentenversicherung) aus.

9 von 10 Haushalten haben ein Sparbuch

Das Sparbuch ist eine Vermögensanlage, die 1978 bereits in über 9 von 10 Haushalten genutzt wurde und damit die mit Abstand größte Verbreitung aller Sparformen aufweist. Das hohe Niveau in praktisch allen Bevölkerungsschichten und die Stagnation im betrachteten Zeitraum deuten darauf hin, daß der Spielraum zur Erschließung neuer Anlegergruppen nur noch äußerst begrenzt ist (Tabelle 1 und Anhangtabelle 23). Eine deutlich unterdurchschnittliche Inanspruchnahme läßt sich vor allem auf Bundesebene nur im untersten Einkommensbereich und bei den Nichterwerbstätigen feststellen. Gerade die merklich höheren Bestandsquoten in diesen Gruppen auf Landesebene sorgen dafür, daß sich der Gesamtdurchschnitt in Baden-Württemberg sichtbar vom Bundesergebnis abhebt.

Tabelle 1

Guthaben auf Sparbüchern nach ausgewählten Schichtungsmerkmalen 1978

Gegenstand der Nachweisung	Bundesgebiet		Baden-Württemberg	
	Anteil ¹⁾ in %	Betrag ²⁾ in DM	Anteil ¹⁾ in %	Betrag ²⁾ in DM
Haushalte insgesamt	91,1	10 801	93,5	11 349
Soziale Stellung des Haushaltsvorstands				
Landwirt	91,8	16 500	90,5	15 967
Selbständiger (ohne Landwirt)	90,3	15 939	91,9	14 800
Beamter	96,8	10 478	97,6	9 912
Angestellter	95,7	10 594	96,4	11 193
Arbeiter	94,8	9 302	95,8	9 566
Nichterwerbstätiger	86,0	10 779	90,2	11 951
Monatliches Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... DM ³⁾				
unter 800	73,2	5 327	82,2	6 954
800 - 1 400	87,8	7 969	91,5	9 503
1 400 - 2 000	94,0	9 741	94,9	10 629
2 000 - 2 500	95,5	11 643	96,1	11 589
2 500 - 3 000	95,5	12 656	95,9	12 663
3 000 - 20 000	95,0	16 074	96,8	14 760

1) Anteil der Haushalte mit Guthaben auf Sparbüchern an den Haushalten der vorgenannten Gruppe. - 2) Durchschnittliches Guthaben je Haushalt mit Sparbüchern. - 3) Selbsteinstufung der Haushalte; ohne Haushalte von Landwirten.

Bei den auf Sparbüchern angesparten Beträgen, die 1978 bei den Haushalten mit Sparbüchern durchschnittlich deutlich über 10 000 DM lagen, ergeben sich wesentlich stärkere Abweichungen zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen, aber auch im Zeitvergleich und zwischen dem Bundesgebiet und Baden-Württemberg.

Deutlich ausgeprägt ist die positive Beziehung zwischen dem Haushaltseinkommen und den Guthaben. Dabei dürfte weniger der direkte Zusammenhang zwischen aktueller Sparfähigkeit und der Neubildung von Ersparnissen eine Rolle spielen als eine indirekte Beziehung zwischen dem gegenwärtigen und den vergangenen Einkommen, aus denen die Bestände überwiegend angespart wurden. Der Einfluß dieses Zeitfaktors wird insbesondere bei der Schichtung nach dem Alter des Haushaltsvorstands deutlich, denn hier wird im unteren und mittleren Altersbereich eine schrittweise Zunahme der Guthaben sichtbar, die eine Ansparphase nach der Gründung eines eigenen Haushalts und dem Eintritt ins Erwerbsleben symbolisiert (Schaubild 1). In den Altersgruppen ab 45 Jahren dagegen unterscheiden sich die Guthaben nicht mehr gravierend, was darauf hindeutet, daß nach Abschluß dieser Aufbauperiode ein mehr oder weniger konstantes Sicherheitspolster auf Sparbüchern gehalten wird.

Bei der Schichtung nach der sozialen Stellung fallen die im Vergleich zur Einkommenlage hohen Sparbuchguthaben der Landwirte und der Nichterwerbstätigen auf, während sich in den Beständen der anderen Gruppen in etwa die Einkommensrelationen widerspiegeln. Bei den Nichterwerbstätigen, die überwiegend von Rentnern gestellt werden, dürften die vergleichsweise hohen Guthaben die Folge einer bereits lange andauernden Spartätigkeit sein, während bei den Landwirten auf eine spezifische Neigung zur Geldanlage auf Sparbüchern geschlossen werden kann.

Im Vergleich zu allen bundesdeutschen Haushalten mit Sparbüchern verfügen die entsprechenden Baden-Württemberger durchschnittlich über höhere Rücklagen auf Sparbüchern. Allerdings hat sich die Differenz zwischen 1973 und 1978 bei einer allgemeinen Zunahme der Beträge abgeschwächt: Die Guthaben im Land sind 1978 im Durchschnitt um 5,4 % höher als im Bund, während es 1973 10,9 % waren, wofür das im Land stärkere Interesse am Bausparen ursächlich sein dürfte. Während auf Landesebene die Aufstockung der Sparsummen in dieser Periode nur geringfügig über der Inflationsrate von 25,0 % (Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Baden-Württemberg, Jahresdurchschnitt 1978 gegenüber 1973) lag, wuchsen auf Bundesebene die Guthaben auch real merklich (nominal: 35,8 %). Diese Entwicklung deutet in Anbetracht der unvermindert stärkeren Sparfähigkeit der baden-württembergischen Haushalte darauf hin, daß es sich bei der Anla-

ge auf Sparbüchern um eine Grundform des Sparens im wesentlichen zur Sicherung gegen Wechselfälle des Lebens und zum Erwerb höherwertiger Gebrauchsgüter handelt, die auf dem Landesniveau, insbesondere nach Abschluß der typischen Ansparphase, bereits nahe an Sättigungsgrenzen stößt, wenn man von einer reinen Anpassung an die Geldentwertung absieht.

Die auch 1978 noch insgesamt um gut 500 DM höheren Guthaben auf Landesebene lassen sich auf nahezu alle Altersklassen, vor allem aber auf die unteren Einkommensgruppen und die Nichterwerbstätigen zurückführen. Im oberen Einkommensbereich und bei den überwiegend dort angesiedelten sozialen Schichten dagegen scheint sich eine Nivellierung abzuzeichnen, denn die bestehenden Unterschiede sind entweder nicht gravierend oder sie lassen sich auf mehr oder weniger zufällige Ereignisse zurückführen.

Wertpapieranlage in 30% der Haushalte

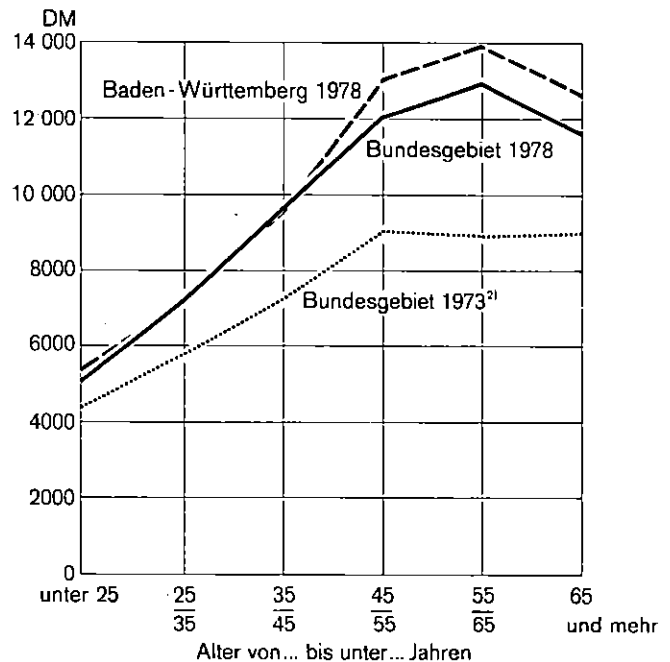
Im Vergleich zum Sparsbuch handelt es sich bei den Wertpapieren um eine Anlageform, die zum einen eine wesentlich geringere Verbreitung aufweist, denn sie spricht nur ein gutes Viertel der Haushalte an, und die zum anderen von den verschiedenen Bevölkerungsgruppen in wesentlich unterschiedlicherem Maß in Anspruch genommen wird. Vor allem bei den Selbständigen und den Besserverdienenden, zu denen auch Teile der Angestellten und Beamten zu zählen sind, fällt die Wahl bei der Geldanlage überdurchschnittlich oft auf Wertpapiere. Dagegen läßt sich im unteren Einkommensbereich, der schwerpunktmäßig von den Nichterwerbstätigen und den Arbeitern besetzt wird, sowie bei den Landwirten eine deutliche Zurückhaltung gegenüber dieser Anlageform registrieren (Tabelle 2).

In Baden-Württemberg besitzen in allen Bevölkerungsschichten relativ mehr Haushalte Wertpapiere als im gesamten Bundesgebiet. Im Durchschnitt sind es 29,9 % der Haushalte gegenüber 26,3 % im Bundesgebiet, allerdings hat sich die Differenz zwischen 1973 und 1978 durch eine zunehmende Verbreitung im Bundesgebiet bei gleichzeitiger Stagnation in Baden-Württemberg abgeschwächt.

Diese Annäherungstendenz zwischen Bundesgebiet und Baden-Württemberg läßt sich auch bei den Beständen beobachten, die von den Wertpapierbesitzern in dieser Anlageform gehalten werden, allerdings mit zwei Besonderheiten: Der Prozeß vollzog sich ausgehend von einem im Vergleich zum Sparsbuch höheren Niveau von gut 10 000 DM (Bundesgebiet) bzw. gut 11 000 DM (Baden-Württemberg) bei einer ausgeprägt starken Erhöhung der angelegten Werte, die weit über einen Inflationsausgleich hinausgeht, und er mündete Ende 1978 in einem Zustand, der bereits als weitgehende Nivellierung bei einem Durchschnittsbestand von 18 000 DM charakterisiert werden kann

Schaubild 1

Sparsbuchguthaben der Haushalte mit Sparsbüchern nach dem Alter des Haushaltsvorstands¹⁾



1) Jeweils am 31. Dezember. — 2) 1973 kein Nachweis für Baden-Württemberg.

168 83

(Baden-Württemberg: + 58 %, Bundesgebiet: + 74 %). An dem deutlichen Zuwachs waren die Wertpapierhalter aus allen Bevölkerungsschichten beteiligt, die relativ stärkste Zunahme war allerdings bei den Selbständigen einschließlich den Landwirten und bei den Nichterwerbstätigen zu verzeichnen. Die Nivellierung zwischen Bundesgebiet und Baden-Württemberg betrifft nicht nur den Durchschnitt aller Haushalte mit Wertpapieren, sondern auch nahezu alle Untergruppen. Lediglich bei den Selbständigen und in der obersten Einkommensklasse läßt sich ein signifikanter Vorsprung der bundesdeutschen Wertpapierbesitzer konstatieren, während bei den Arbeitern und in relativ geringerem Umfang bei den Nichterwerbstätigen die entsprechenden Haushalte Baden-Württembergs höhere Werte angesammelt haben.

Wie bei den Sparsbuchguthaben und im übrigen auch bei allen anderen Anlageformen besteht auch bei den Wertpapieren ein generell positiver Zusammenhang zwischen dem Einkommen und den Vermögenswerten, allerdings ist hier die Beziehung bis in den mittleren Einkommensbereich nur schwach ausgeprägt, während er im obersten Bereich besonders markant zutage tritt. Die Schichtung nach der sozialen Stellung des Haushaltsvorstands zeigt, welche Gruppen für diesen Verlauf verantwortlich sind: Im Vergleich zu ihrem aktuellen Einkommen verfügen die nichterwerbstätigen Wertpapierhalter über auffällig hohe Bestände. Dieses Ergebnis dürfte überwiegend auf Rentner zurückzuführen sein, die insbesondere in den letzten Jahren ihrer Erwerbstätigkeit die vor-

Tabelle 2

Bestände an Wertpapieren¹⁾ nach ausgewählten Schichtungsmerkmalen

Gegenstand der Nachweisung	1973				1978			
	Bundesgebiet		Baden-Württemberg		Bundesgebiet		Baden-Württemberg	
	Anteil ²⁾ in %	Betrag ³⁾ in DM	Anteil ²⁾ in %	Betrag ³⁾ in DM	Anteil ²⁾ in %	Betrag ³⁾ in DM	Anteil ²⁾ in %	Betrag ³⁾ in DM
Haushalte insgesamt	23,6	10 382	30,0	11 258	26,3	18 101	29,9	17 815
Soziale Stellung des Haushaltsvorstands								
Landwirt	14,0	8 977	23,4	9 304	19,1	19 035	(24,3)	(17 066)
Selbständiger (ohne Landwirt)	36,7	19 227	45,0	18 406	39,2	40 861	42,0	33 062
Beamter	} 33,9	9 099	39,1	9 927	31,9	13 479	34,4	13 746
Angestellter					36,8	14 773	40,2	14 347
Arbeiter	14,5	5 056	17,6	7 250	19,6	8 137	21,6	9 325
Nichterwerbstätiger	21,5	11 899	30,0	12 488	22,6	20 932	26,9	21 854
Monatliches Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... DM								
unter 800	12,0	7 550	18,2	6 802				
800 – 1 200	18,7	7 540	22,7	10 033				
1 200 – 1 800	23,9	7 781	28,1	8 686				
1 800 – 2 500	32,0	10 390	38,9	11 583				
2 500 – 15 000	44,2	18 366	51,6	17 609				
unter 800					9,7	10 559	(11,6)	(11 348)
800 – 1 400					17,4	13 386	21,1	14 348
1 400 – 2 000					23,9	11 939	27,0	11 533
2 000 – 2 500					30,8	13 274	32,9	13 823
2 500 – 3 000					34,9	16 700	39,6	17 651
3 000 – 20 000					44,6	31 307	46,5	28 491

1) Aktien, Obligationen, Pfandbriefe, Sparbriefe, Investmentzertifikate usw. – 2) Anteil der Haushalte mit Wertpapieren an den Haushalten der vorgenannten Gruppe. – 3) Durchschnittlicher Tageskurs der Wertpapiere je Haushalt mit Wertpapieren.

handenen Mittel schwerpunktmäßig in diese Anlageform gelenkt haben. Der steile Anstieg im oberen Einkommensbereich dagegen läßt sich im wesentlichen auf die Selbständigen zurückführen, die – auch aus Gründen der Alterssicherung – als "klassische" Anlegergruppe für Wertpapiere angesehen werden können.

Die vergleichsweise geringe Verbreitung in Verbindung mit den hohen Beständen bei den Wertpapierhaltern läßt ebenso wie die zeitliche Entwicklung und die strukturelle Zusammensetzung den Schluß zu, daß Wertpapiere überwiegend von Haushalten erstanden werden, die bereits über Rücklagen in anderer Form verfügen und die das vorhandene Sparpotential gezielt als Geldvermögen anlegen möchten, ohne sich damit wie z.B. beim Bausparen bei einer eventuellen Auflösung an einen bestimmten Verwendungszweck binden zu wollen. Bei den Wertpapieren mit fixierter Verzinsung dürfte dafür die vergleichsweise hohe und sichere Rendite bei kurzfristiger Verfügbarkeit der Mittel eine vorrangige Rolle spielen, während bei der Aktie und den Investmentzertifikaten neben dem Aspekt der Bereitstellung von Risikokapital auch spekulativen Momenten eine stärkere Bedeutung zukommt.

Bausparen in Baden-Württemberg stärker ausgeprägt

Auch die Geldanlage im Rahmen von Bausparverträgen findet in den verschiedenen Bevölkerungsgruppen sehr unterschiedliche Verbreitung, sie wird aber im Vergleich zu den Wertpapieren insgesamt und auch in fast allen Schichten von einem größeren Teil der Haushalte wahrgenommen, ohne allerdings auch nur annähernd die Breitenwirkung des Sparbuches zu erreichen. Besonders auffallend ist der hohe Anteil der Haushalte mit einem Bausparvertrag in Baden-Württemberg, der mit 48 % weit über dem Bundesdurchschnitt von 37 % liegt. Er hat sich allerdings seit 1973 nicht verändert, während er im Bundesgebiet leicht zunahm. Der in Baden-Württemberg wesentlich stärkere Einstieg in diese Anlageform ist dabei durchgehend für alle ausgewiesenen Gruppierungen zu verzeichnen (Tabelle 3), besonders markant ist er bei der Gruppe der Arbeiter, die sich zu 60 % am Bausparen beteiligen, während es im Bundesgebiet 47 % sind (Schaubild 2).

Die unterschiedliche Inanspruchnahme des Bausparens gegenüber dem Sparbuch und der Wertpapieranlage läßt sich aus den Besonderheiten dieser Anlage relativ einfach erklären:

Da die Liquidierung der Guthaben - in der Regel in Verbindung mit einem zusätzlichen Darlehen - zweckgebunden nur für Bau- und Renovierungsvorhaben möglich ist, sind Bausparverträge nur für Personen bzw. Haushalte interessant, die in absehbarer Zeit einen Wohnungserwerb bzw. Baumaßnahmen planen. Bei denjenigen, die noch keinen eigenen Wohnraum besitzen, erfordert der käufliche Erwerb zumeist zunächst das Ansparen größerer Summen und anschließend eine längerfristige Rückzahlung von ebenfalls größeren Krediten. Daraus ergeben sich einige faktische Voraussetzungen dafür, daß der Abschluß eines Bausparvertrags für einen Haushalt ohne Wohnungseigentum überhaupt sinnvoll ist: Es muß genügend Einkommen vorhanden sein, um das Ziel überhaupt realisierbar erscheinen zu lassen, und zwar nicht nur in der Gegenwart, sondern insbesondere auch auf längere Sicht und mit einer

Tabelle 3

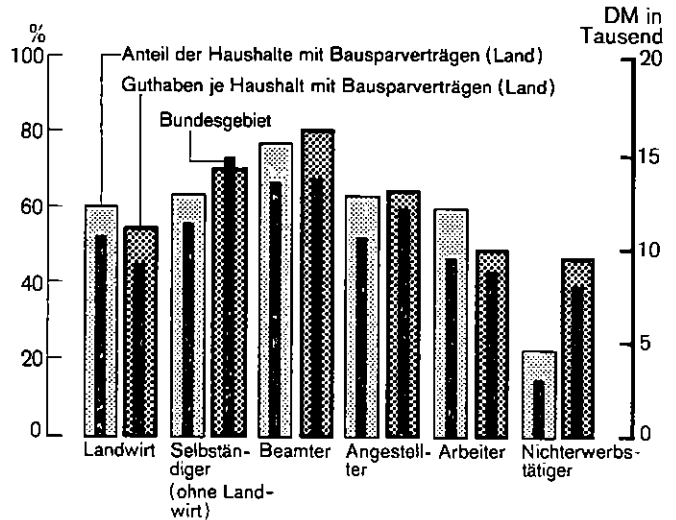
Bausparguthaben nach ausgewählten Schichtungsmerkmalen 1978

Gegenstand der Nachweisung	Bundesgebiet		Baden-Württemberg	
	Anteil ¹⁾ in %	Betrag ²⁾ in DM	Anteil ¹⁾ in %	Betrag ²⁾ in DM
Haushalte insgesamt	37,3	10 753	47,9	11 741
Monatliches Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... DM				
unter 800	8,6	5 018	10,0	(4 681)
800 - 1 400	18,9	6 834	26,1	7 581
1 400 - 2 000	35,8	8 435	47,1	9 495
2 000 - 2 500	49,0	10 236	61,7	11 561
2 500 - 3 000	54,5	11 638	66,2	12 482
3 000 - 20 000	59,6	15 496	68,8	16 108
Alter des Haushaltsvorstands von ... bis unter ... Jahren				
unter 25	41,9	7 166	(45,2)	(6 226)
25 - 35	59,9	12 713	70,8	14 668
35 - 45	56,7	11 698	68,8	12 206
45 - 55	45,3	9 810	57,6	10 736
55 - 65	31,5	9 453	41,3	10 364
65 und mehr	13,2	8 553	20,9	9 967
Haushaltstyp				
Alleinlebende Frau	13,3	7 068	18,9	8 324
Alleinlebender Mann	21,4	9 293	(26,7)	(12 976)
Elternteil mit 1 Kind	31,3	8 577	(42,8)	(11 369)
Ehepaar ohne Kind	30,1	11 504	41,1	11 253
Ehepaar mit 1 Kind	53,6	11 465	67,3	13 724
Ehepaar mit 2 Kindern	61,1	11 227	71,5	12 538
Ehepaar mit 3 und mehr Kindern	60,2	10 233	69,0	10 305

1) Anteil der Haushalte mit noch nicht zugeteilten Bausparverträgen an den Haushalten der vorgenannten Gruppe. - 2) Durchschnittliches Guthaben je Haushalt mit Bausparverträgen.

Schaubild 2

Anteil der Haushalte mit Bausparverträgen sowie Guthaben je Haushalt mit Bausparverträgen nach der sozialen Stellung des Haushaltsvorstands in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet 1978¹⁾



1) Jeweils am 31. Dezember.

169 83

gewissen Sicherheit. Wegen der Langfristigkeit der finanziellen Belastung sollte auch noch genügend Zeit zur Verfügung stehen, um den Prozeß insgesamt noch durchleben bzw. in nicht zu hohem Alter abschließen zu können.

Bei denjenigen, die bereits über Grundvermögen verfügen, kann sich das Interesse beim Abschließen eines Bausparvertrages auf unterschiedliche Ziele richten. So kann der Erwerb wertvolleren oder die Erweiterung oder Verbesserung bzw. Renovierung des vorhandenen Wohnraums angestrebt werden, was in der Regel mit geringeren Mitteln als ein Neubau oder Neukauf durchzuführen ist. Weiterhin ist auch der Fall denkbar, daß insbesondere in Familien mit älteren Kindern bereits für diese der Grundstock für späteren Wohnraum-erwerb gelegt werden soll. Insgesamt spricht also einiges dafür, daß die Immobilienbesitzer unter den Bausparern im Durchschnitt geringere Summen ansparen als diejenigen, die noch nicht über Grundvermögen verfügen.

Die angeführten Zusammenhänge spiegeln sich deutlich in den statistisch nachgewiesenen Relationen wider: Die Verbreitung von Bausparverträgen nimmt mit den Einkommen stark zu, der altersmäßige Schwerpunkt liegt zwischen 25 und 45 Jahren, einer Altersgruppe also, in der bei vielen der Ansparprozeß noch nicht abgeschlossen ist, aber eine hinreichende Perspektive für die Realisierbarkeit des Vorhabens besteht, und die höchste Beteiligung läßt sich bei den Beamten registrieren, die unter allen Gruppen über die sicherste Basis bei der Kalkulation zukünftiger Einkommen verfügen. Daneben fällt

die starke Verbreitung von Bausparverträgen in Familien mit Kindern auf, die sich auf verschiedene Ursachen zurückführen läßt: Zum Teil handelt es sich um Haushalte, bei denen der Erwerb eigenen Grundvermögens wegen der Probleme von Familien mit Kindern bei der Anmietung angemessenen Wohnraumes besonders dringlich erscheint und die deshalb ihre Sparanstrengungen auf das Bausparen konzentrieren. Daneben ist hier auch eine nicht unwesentliche⁶ Gruppe enthalten, die bereits über Wohnungseigentum verfügt und für die die dort angeführten Beweggründe ausschlaggebend sein dürften.

Neben diesen vom Bausparen besonders angesprochenen Gruppen findet sich aber auch in allen anderen Schichten eine mehr oder weniger große Zahl von Haushalten, die diese Anlageform wahrnimmt, weil zumindest eines der angesprochenen Motive durchschlägt. Bei den zwar relativ wenigen, aber gleichwohl vorhandenen Bausparern selbst im unteren Einkommensbereich, in der höchsten Altersgruppe und bei den überwiegend von Rentnern gestellten Haushalten mit nichterwerbstätigem Vorstand dürfte es sich überwiegend bereits um Grundvermögensbesitzer handeln, es ist aber z.B. auch an Studenten mit eigenem Haushalt zu denken, die frühzeitig - und eventuell in Verbindung mit einer zielgerichteten Unterstützung aus dem Elternhaus - auf den Erwerb einer eigenen Unterkunft zusteuern.

Bei den angesparten Guthaben der bausparenden Haushalte lassen sich die angeführten Zusammenhänge in sehr ähnlicher Form beobachten. In den Gruppen, die sich besonders vom Bausparen angesprochen fühlen, verfügen die Bausparer also in der Regel auch über höhere Guthaben als in anderen Gruppen.

Eine Abweichung von dieser Regel läßt sich lediglich bei der Schichtung nach dem Haushaltstyp und hier insbesondere in Baden-Württemberg registrieren: Trotz eines zunehmenden Anteils der Bausparer mit der Haushaltgröße nehmen die angesparten Beträge der entsprechenden Haushalte ab 2 Personen kaum noch zu bzw. ab 2 Kindern sogar ab. Wie bereits angedeutet, dürfte dafür ein zunehmender Anteil von Wohnungseigentümern an den Bausparern mit vergleichsweise niedrigen Bausparsummen und ebenfalls noch niedrigen Guthaben auf Bausparverträgen für Kinder verantwortlich sein.

Bezogen auf alle repräsentierten Bausparere Haushalte wiesen die Baden-Württemberger sowohl 1973 wie 1978 Guthaben auf, die um

⁶ Ende 1978 verfügten z.B. in Baden-Württemberg 71,5% aller Ehepaare mit 2 Kindern über Bausparverträge und 60,8% derselben Gruppe über Grundvermögen. Selbst wenn alle Ehepaare mit 2 Kindern, die noch nicht über Grundvermögen verfügen, Bausparer wären, müßten noch 45% aller Bausparer dieser Gruppe gleichzeitig über Haus- und Grundbesitz verfügen.

gut 1000 DM und damit jeweils knapp 10 % über dem Bundesniveau lagen (vgl. dazu auch Anhangtabelle 24). Die höheren Werte lassen sich mit wenigen Ausnahmen wiederum auf annähernd alle sozialen Gruppen zurückführen, wobei deutlich überdurchschnittliche Abstände bei den Beamten, in der Altersgruppe von 25 bis 35 Jahren und bei den Ehepaaren mit einem Kind zu registrieren sind.

Das Niveau der Bausparguthaben in Händen der Bausparhaushalte lag Ende 1978 mit durchschnittlich knapp 11 000 DM (Bundesgebiet) bzw. knapp 12 000 DM (Baden-Württemberg) in einem ähnlichen Bereich wie die von den Haushalten mit Sparbüchern auf diesen angesparten Vermögenswert, nachdem es Ende 1973 noch deutlich darüber gelegen hatte. Auffällig ist also die mit 12,3 % (Bundesgebiet) bzw. 11,7 % (Baden-Württemberg) geringe Zuwachsrate der nominalen Bausparguthaben, die deutlich hinter der Inflationsrate von 25,0 % bzw. der Erhöhung der Baupreise von 21,0 % zurückblieb⁷, geschweige denn mit der Entwicklung der Baulandpreise Schritt hielt⁸. Diese Veränderung dürfte aber weniger Ausdruck einer verminderten Attraktivität der Grundvermögensbildung sein, die letztlich als Motiv hinter der Geldvermögensbildung in Form des Bausparens steht, sondern vielmehr auf dem (später noch näher ausgeführten) Umstand beruhen, daß sich in der Zwischenzeit viele den Traum von den eigenen vier Wänden erfüllen konnten. Damit hat auch die Zahl derer zugenommen, bei denen das Bausparen überwiegend zur Deckung der Folgekosten des Wohnungseigentums bestimmt ist und die sich daher auf vergleichsweise niedrige Bausparsummen bzw. Sparleistungen beschränken können. Auch bei einer realen Aufrechterhaltung oder sogar einer Ausweitung der angesparten Summen bei denen, die das Wohnungseigentum erst noch anstreben, kann allein diese dämpfend wirkende Verlagerung der Gewichte innerhalb der Bausparer zu der realen Abnahme der Durchschnittsguthaben geführt haben. Für diese These spricht unter anderem auch, daß auf Bundesebene die stärkste Erhöhung der Guthaben in der Altersgruppe zwischen 25 und 45 Jahren zu registrieren war, in denen der Anteil der noch grundvermögenslosen Bausparer besonders hoch sein dürfte, während in den Gruppen mit Bausparern mit überwiegend schon vorhandenem Wohnungseigentum (obere Altersgruppen, Nichterwerbstätige) nur geringere oder gar keine Zuwächse mehr erzielt wurden⁹.

⁷ Preisindex für Bauwerke, Bauleistungen am Bauwerk in Baden-Württemberg, Jahresdurchschnitt 1978 gegenüber 1973.

⁸ Durchschnittliche Kaufwerte für baureifes Land in Baden-Württemberg 1978 gegenüber 1973: + 66,3%.

⁹ Vgl. dazu auch Anhangtabelle 24. Für das Land liegen Werte für 1973 nicht vor.

Lebensversicherungsverträge als vielfältige Vorsorge

Lebensversicherungsverträge weisen gegenüber den bisher betrachteten Formen des Geldvermögens sowohl inhaltliche Besonderheiten (Risikokomponente neben dem reinen Sparen) als auch solche im Bund-Land-Verhältnis und in der zeitlichen Entwicklung auf. Diese nach dem Sparbuch mit Abstand verbreitetste Geldanlage wird auf Landesebene im Vergleich zum Bundesgebiet weniger wahrgenommen, und die Verbreitung nahm zwischen 1973 und 1978 ab, und zwar in Baden-Württemberg von 71 % aller Haushalte auf 65 % und im Bundesgebiet von 76 % auf 70 %. Allerdings gilt für die von den Versicherten gezahlten Beiträge genau das Gegenteil, denn sie sind in Baden-Württemberg deutlich höher und sie wurden im Land (23,4 %) und im Bundesgebiet (26,7 %) im betrachteten Zeitraum etwa im Umfang der Geldentwertung aufgestockt. Dabei sind die Unterschiede bzw. die Veränderungen bei den Beiträgen relativ stärker ausgeprägt als bei den Beteiligungsquoten. Obwohl zwischen den Jahresbeiträgen und den angesammelten Guthaben wegen der unterschiedlichen zurückgelegten Beitragszeiten kein konstantes Verhältnis besteht, läßt sich doch der vorsichtige Schluß ableiten, daß die südwestdeutschen Haushalte im Durchschnitt zumindest nicht über geringere Guthaben bei Lebensversicherungen verfügen dürften als alle Bundesdeutschen und daß die Guthaben auf beiden Ebenen zwischen 1973 und 1978 noch leicht zugenommen haben.

Die stärkste Verbreitung und auch die deutlich höchsten Beiträge lassen sich erwartungsgemäß bei den Selbständigen feststellen, denn diese Gruppe ist teilweise ganz, teilweise als Ergänzung zur gesetzlichen Rentenversicherung (Handwerker) oder zu berufsständischen Vorsorgeeinrichtungen auf eine eigene Alters- und Invaliditätsvorsorge in Form der Lebensversicherung angewiesen (Tabelle 4). Die geringsten Werte werden bei den Nichterwerbstätigen verzeichnet, die überwiegend bereits in höherem Alter stehen und bei denen eine Zukunftsvorsorge bei Versicherungen nur noch in geringem Umfang stattfindet. Die deutlich unterdurchschnittlichen Beiträge dieser Gruppe dürften nicht zuletzt auf einen hohen Anteil kleinerer Versicherungsverträge - hier ist insbesondere an Sterbegeldversicherungen zu denken - zurückzuführen sein.

Etwas überraschend wirkt dagegen der hohe Anteil von Versicherten innerhalb der Arbeitnehmerschaft, denn durch ein relativ gut ausgebautes System aus gesetzlicher Rentenversicherung bzw. Beamtenversorgung, das teilweise durch eine betriebliche Alterssicherung oder Zusatzversorgungseinrichtungen ergänzt wird, müßten die meisten Arbeitnehmer normalerweise im Alter bzw. in Invaliditätsfall hinreichend gegen einen allzu starken

Einkommensabfall gesichert sein. Offensichtlich ist aber der Wunsch nach finanzieller Unabhängigkeit im Alter derart ausgeprägt, daß sich viele Arbeitnehmer gleichzeitig auf verschiedene Formen der Alterssicherung stützen möchten, um nicht allein von den staatlichen Vorsorgeeinrichtungen abhängig zu sein. Außerdem steht bei vielen Versicherungsnehmern nicht primär die Sicherung des (Haupt-) Einkommensbeziehers als vielmehr die von Hinterbliebenen, und unter diesen insbesondere von Kindern, im Vordergrund, denn damit lassen sich die deutlichen Sprünge von den 1- zu den 2-Personen-Haushalten und von diesen wiederum zu den noch größeren Haushalten erklären.

Neben diesen Zusammenhängen spielen auch die hier nicht extra aufgeführten Komponenten "Alter" und "Einkommen" eine ähnliche Rolle wie bei den anderen Formen der Geldvermögensbildung; die Verbreitung und die Beiträge nehmen also mit dem Einkommen zu und weisen die höchsten Werte im mittleren Altersbereich auf.

Steigende Kreditverpflichtungen

Neben den positiven Komponenten beeinflussen die Kreditverpflichtungen die Nettogeldvermögenslage der Bevölkerung. Allerdings wird hier zunächst nur ein Teil der Kreditverpflichtungen berücksichtigt, nämlich die über-

Tabelle 4

Lebensversicherungsverträge¹⁾ nach ausgewählten Schichtungsmerkmalen 1978

Gegenstand der Nachweisung	Bundesgebiet		Baden-Württemberg	
	Anteil ²⁾ in %	Beitrag ³⁾ in DM	Anteil ²⁾ in %	Beitrag ³⁾ in DM
Haushalte insgesamt	70,0	893	65,1	1 059
Soziale Stellung des Haushaltsvorstands				
Landwirt	67,9	1 456	55,6	1 177
Selbständiger (ohne Landwirt)	86,1	2 527	87,1	2 650
Beamter	78,7	921	77,5	1 275
Angestellter	78,4	1 209	76,4	854
Arbeiter	81,9	732	81,1	854
Nichterwerbstätiger	55,3	377	43,9	482
Haushaltsgröße				
1 Person	50,8	351	40,2	438
2 Personen	67,9	734	60,9	899
3 Personen	81,9	1 048	79,2	1 171
4 Personen	86,4	1 256	84,8	1 330
5 und mehr Personen	85,5	1 378	84,2	1 513

1) Einschl. Aussteuer-, Ausbildungs-, Sterbegeldversicherungen u.ä. -

2) Anteil der Haushalte mit Lebensversicherungsverträgen an den Haushalten der vorgenannten Gruppe. - 3) Durchschnittlicher Jahresbeitrag je Haushalt, der im jeweiligen Jahr mindestens einen Lebensversicherungsbeitrag entrichtete.

Tabelle 5

Kreditverpflichtungen¹⁾ nach ausgewählten Schichtungsmerkmalen 1978

Gegenstand der Nachweisung	Bundesgebiet		Baden-Württemberg	
	Anteil ²⁾ in %	Betrag ³⁾ in DM	Anteil ²⁾ in %	Betrag ³⁾ in DM
Haushalte insgesamt	14,6	7 144	13,4	7 613
Soziale Stellung des Haushaltsvorstands				
Landwirt	(7,2)	(17 290)	/	(11 658)
Selbständiger (ohne Landwirt)	12,8	16 995	(13,9)	(16 018)
Beamter	23,5	7 362	21,7	9 392
Angestellter	21,6	7 225	19,0	7 587
Arbeiter	21,4	6 410	19,0	6 325
Nichterwerbstätiger	6,5	4 790	5,6	5 351
Alter des Haushaltsvorstands von ... bis unter ... Jahren				
unter 25	28,3	5 350	(17,1)	(4 066)
25 — 35	30,4	7 821	25,5	7 193
35 — 45	21,5	7 858	22,0	8 733
45 — 55	16,1	7 059	14,3	8 384
55 — 65	10,2	5 995	(7,9)	(6 812)
65 und mehr	4,1	5 053	(3,9)	(4 925)
Haushaltstyp				
Alleinlebende Frau	6,2	3 628	(4,4)	(2 524)
Alleinlebender Mann	16,5	5 688	(18,8)	(5 863)
Elternteil mit 1 Kind	18,5	4 784	(17,8)	(4 772)
Ehepaar ohne Kind	11,0	6 651	9,3	6 220
Ehepaar mit 1 Kind	19,5	7 810	14,4	10 010
Ehepaar mit 2 Kindern	21,1	7 582	20,3	9 102
Ehepaar mit 3 und mehr Kindern	22,8	9 568	23,7	7 837

1) Ohne Kreditverpflichtungen aus Hypotheken, Baudarlehen u.ä. —
 2) Anteil der Haushalte mit Kreditverpflichtungen an den Haushalten der vorgenannten Gruppe. — 3) Durchschnittliche Restschuld je Haushalt mit Kreditverpflichtungen.

wiegend kurzfristigen Konsumentenkredite, während die meist längerfristigen Kredite im Zusammenhang mit dem Erwerb von Grund- und Wohnungseigentum (Hypotheken, Baudarlehen u.ä.) als negativer Bestandteil beim Grundvermögen erfaßt werden.

Die Konsumentenkredite, die überwiegend zum Kauf von langlebigen Gebrauchsgütern wie Kraftfahrzeugen, Möbeln, Haushaltsgeräten und Geräten aus dem Bereich der Unterhaltungselektronik aufgenommen werden, treffen in den meisten Fällen in denselben Haushalten mit positiven Geldvermögensguthaben zusammen, während Haushalte mit ausschließlich negativen Beständen eine Minorität

darstellen¹⁰. Kredite werden also überwiegend von Haushalten aufgenommen, deren vorhandene Reserven für größere Anschaffungen nicht ausreichen oder die diese nicht über Gebühr beanspruchen möchten bzw. wegen einer festen Bindung nicht können.

Insgesamt hatte Ende 1978 sowohl in Baden-Württemberg wie im Bundesgebiet jeder siebte Haushalt Verpflichtungen in Höhe von gut 7000 DM gegenüber Banken oder anderen Gläubigern, wobei in Baden-Württemberg etwas weniger Haushalte etwas höhere Schulden zu begleichen hatten (Tabelle 5). Der Anteil der Kreditnehmer weist in den verschiedenen Bevölkerungsgruppen deutliche Unterschiede auf. Eine weit überdurchschnittliche Verbreitung haben Konsumentenkredite bei Arbeitnehmern. Bei den Selbständigen lassen sich knapp mittlere Werte nachweisen, während Landwirte, insbesondere aber Nichterwerbstätige eine deutliche Zurückhaltung beim Eingehen von Kreditverpflichtungen üben. Aus der Schichtung nach Altersgruppen wird ersichtlich, daß Konsumentenkredite insbesondere im unteren und mittleren Altersbereich aufgenommen werden, also überwiegend im Zusammenhang mit der kostenaufwendigen Gründung eines eigenen Hausstandes oder einer Etablierung auf einem als angemessen angesehenen Niveau stehen. Als auslösender Faktor für eine Verbesserung der Haushaltsausstattung auf Kreditbasis läßt sich bei vielen Familien das Hinzukommen von Kindern ausmachen. Besonders mißtrauisch gegenüber einem Kauf mit Kreditverpflichtung sind alleinlebende Frauen, während die alleinlebenden Männer wesentlich weniger Scheu vor dieser Finanzierungsform zeigen. Neben diesen Determinanten erweist sich das (nicht in der Tabelle aufgeführte) Einkommen als limitierender Faktor für eine Kreditaufnahme, denn im unteren Einkommensbereich sind wesentlich weniger Haushalte mit Rückzahlungsverpflichtungen anzutreffen als im mittleren bzw. oberen. Dazu mag einerseits eine restriktive Kreditvergabepraxis der Gläubiger beitragen, aber auch eine rationale Kalkulation der Haushalte, die Verpflichtungen erst bei hinreichender Tragbarkeit auf sich nehmen.

Die Restverpflichtungen der Schuldner unterscheiden sich in ihrer Höhe zwischen den einzelnen Schichten in der Regel nicht so stark wie der Grad der Inanspruchnahme, wenn man von den deutlich überdurchschnittlich hohen Beträgen der selbständigen Kreditnehmer absieht. Im allgemeinen sind die Restschulden so bemessen, daß sie in absehbarer Zeit aus dem laufenden Einkommen getilgt werden können, in den Relationen zwischen den einzelnen Gruppen spiegeln sich also in etwa die Einkommensverhältnisse wider.

10 Auf Bundesebene wiesen 1978 nur 3,6% aller Haushalte überhaupt keine positiven Geldvermögensbestände auf.

Im Vergleich zu 1973 nahmen 1978 sowohl im Bundesgebiet (15 % gegenüber 16 %) als auch auf Landesebene (13 % gegenüber 16 %) etwas weniger Haushalte Kredite in Anspruch, dafür erhöhten sich die Verpflichtungen der Betroffenen kräftig um 39,8 % im Bundesgebiet bzw. um 29,8 % in Baden-Württemberg. In dieser Entwicklung kommt zum Ausdruck, daß wegen des allgemein gestiegenen Einkommens- und auch Vermögensniveaus weniger Haushalte auf Konsumentenkredite angewiesen waren, daß die Betroffenen aber teilweise wegen Preiserhöhungen und teilweise wegen erhöhter qualitativer Ansprüche bei den gekauften langlebigen Gebrauchsgütern höhere Beträge aus Krediten finanzierten. Obwohl sich bei einzelnen Schichten in Baden-Württemberg teilweise deutliche Abweichungen von den Bundesergebnissen erkennen lassen, kann daraus nicht auf längerfristig stabile landestypische Besonderheiten geschlossen werden, denn Differenzen dieser Größenordnung ergeben sich meist zwangsläufig aus zeitpunktbezogenen Besonderheiten. Auffällig bleibt allerdings bei der Schichtung nach dem Alter auf Landesebene die deutlich geringere Zahl von Kreditnehmern in den beiden untersten Altersklassen.

Höhere Geldvermögensbestände im Land

Die Haushalte Baden-Württembergs partizipieren an den hier dargestellten positiven Geldvermögensbeständen zum Teil deutlich stärker als die des gesamten Bundesgebietes. Gleichzeitig liegen weder die Guthaben der jeweiligen Vermögensbesitzer nennenswert unter, noch die Kreditverpflichtung wesentlich über den entsprechenden Bundeswerten. Damit ergeben sich in Baden-Württemberg im Durchschnitt aller repräsentierten Haushalte um 17 % höhere Nettogeldvermögenswerte¹¹. Unter Berücksichtigung der insgesamt gestiegenen Werte hat sich allerdings der Vorsprung abgeschwächt, da die Haushalte im Bundesdurchschnitt sowohl bei der Beteiligung an der jeweiligen Vermögensart wie auch im Hinblick auf die angelegten Beträge aufgeholt haben. Unter Berücksichtigung der zwischenzeitlichen Preissteigerungen von 25 % fällt diese tendenzielle Verringerung des Abstandes zwischen Baden-Württemberg und dem Bundesgebiet in realen Werten noch etwas deutlicher aus.

11. Bei dieser Berechnung wird wie folgt vorgegangen: Nachdem die einzelnen Komponenten des Nettogeldvermögens in der hier zugrundeliegenden Abgrenzung isoliert betrachtet wurden, soll nun die durchschnittliche Gesamthöhe des Nettogeldvermögens und seine Verteilung auf die einzelnen Bestandteile analysiert werden. Im Gegensatz zur bisherigen Darstellung werden hierfür die Durchschnitte für *alle* Haushalte der jeweiligen Schicht zugrundegelegt, denn nur diese Werte beziehen sich immer auf denselben Personenkreis und erlauben so eine Addition der verschiedenen Vermögensarten. Da die gegebenen Vermögensbestände auf eine größere Zahl von Haushalten verteilt werden, sind die jetzt verwendeten Durchschnitte durchgehend geringer als die bisher dargestellten. Der Unterschied zwischen beiden Durchschnitten ist dabei umso größer, je weniger Haushalte eine Vermögensart nutzen (Anhangtabelle 25).

Der 1978 nach wie vor bestehende Vorsprung des Landes bei den Geldvermögensbeständen beruht teilweise auf einem Struktureffekt, der darin besteht, daß in Baden-Württemberg jeweils relativ mehr Haushalte an der Erhebung teilgenommen haben, deren Vorstand erwerbstätig ist, und daß gleichzeitig das Durchschnittseinkommen der Haushalte im Lande höher ist als im Bundesgebiet. Daß dieser Zusammenhang aber nur einen Teil des Unterschiedes erklären kann, wird an der Schichtung nach dem Einkommen ersichtlich: Die Haushalte Baden-Württembergs halten in allen Einkommensklassen, außer der obersten, bei jeweils gleichem Einkommen deutlich höhere Geldvermögen als alle repräsentierten Bundeshaushalte. Auch bei allen anderen Schichtungsmerkmalen, mit Ausnahme der Selbständigen, liegen die Landeswerte über denen des Bundesgebietes. Die relativ stärksten Unterschiede weisen die untersten Einkommensgruppen, die Nichterwerbstätigen und die Haushalte mit einem Vorstand über 65 Jahren auf, die sich mit den Rentnerhaushalten teilweise überschneiden. Damit läßt sich der Landesvorsprung zum Teil auch mit einer Konservierung bereits vorher bestehender Unterschiede in dieser und auch in der jeweils nachfolgenden Alterskohorte erklären. Dies läßt sich auch mit der Entwicklung des Gesamtdurchschnitts belegen, denn das Geldvermögen wuchs im betrachteten Zeitraum auf Landesebene etwas schwächer als im Bundesgebiet, der Unterschied kann also nicht auf eine höhere Neubildung von Geldvermögen zwischen 1973 und 1978 zurückgeführt werden, sondern er beruht auf einer höheren Geldvermögensbildung in der Zeit vorher. Allerdings ist auch diese Erklärung nicht ganz hinreichend, wie ein ebenfalls bestehender Unterschied bei den Jüngeren, insbesondere in der jüngsten Altersklasse beweist. In diesen Jahrgängen ist also bereits wieder eine Entwicklung angelegt, die auf ein Fortbestehen des Landesvorsprungs zumindest auf nähere und mittlere Sicht hinauslaufen dürfte.

Zusammenfassend ergibt sich für die höheren Geldvermögensbestände in Baden-Württemberg Ende 1978 also folgende Erklärung: Der Vorsprung rührt überwiegend aus der Zeit bis 1973 her, er wird gestützt durch eine relativ starke Besetzung der Erwerbstätigen, die überwiegend im mittleren und oberen Einkommensbereich angesiedelt sind, und durch eine überdurchschnittliche Geldvermögensneubildung in den jüngeren Jahrgängen.

Neben seiner Höhe unterscheidet sich das Geldvermögen auch in seiner Zusammensetzung zwischen dem Bundesgebiet und Baden-Württemberg: Zwar ist generell das Sparbuch die dominierende Anlageform, in Baden-Württemberg wird aber in praktisch allen Bevölkerungsgruppen ein höherer Teil des

Geldvermögens in Form von Bausparguthaben und ein in etwa entsprechend geringerer Teil auf Sparbüchern gehalten (Anhangtabelle 25). Bereits daran wird erkennbar, daß bei den südwestdeutschen Haushalten innerhalb der Vermögensbildung eine Priorität beim Grundvermögen liegt, auf dessen Erwerb mit der Bildung von Geldvermögen im Rahmen von Bausparverträgen letztlich abgezielt wird. Allerdings ist der Anteil der Bausparguthaben auf Landesebene ebenso wie im Bundesgebiet zwischen Ende 1973 und Ende 1978 überwiegend zugunsten der Wertpapierbestände zurückgegangen. Das mag – wie bereits ausgeführt – im wesentlichen auf einem erhöhten Anteil der Haus- und Grundbesitzer beruhen, die in der Regel nur noch vergleichsweise geringere Beiträge oder gar keine mehr für das Bausparen abzweigen¹².

12 Weiteren Aufschluß über die speziellen Präferenzen der einzelnen Bevölkerungsgruppen wie auch über die Entwicklung im Lebenszyklus gibt die schichtspezifische Zusammensetzung des Geldvermögens. Die erste Form des Sparens ist und bleibt die Anlage auf Sparbüchern. Hier werden meist bereits in jungem Alter und auch bei geringem Einkommen Grundbeträge angespart, um einem Sicherheitsbedürfnis gegenüber den Wechselfällen des Lebens zu genügen. Darauf aufbauend dürfte sie auch die primäre Sparform zur Bildung von Mitteln für geplante größere Anschaffungen im Konsumbereich sein, also dem Zwecksparen dienen. Von einem kleineren Teil der Haushalte wird aber insbesondere bei der Haushaltsgründung bzw. beim Hinzu kommen von Kindern zu diesem Zweck auf Kredite zurückgegriffen, deren Rückzahlung sich dann erst später als positive Nettovermögensbildung niederschlägt. Gleichzeitig beginnen viele Haushalte in Verbindung mit einer Vergrößerung der Familie und einer verbesserten Einkommenslage und in der Hoffnung auf ein relativ sicheres Einkommen auch in der Zukunft in Form von Lebensversicherungen eine zusätzliche Absicherung der Familie insbesondere für das Alter zu schaffen und in Form von Bausparguthaben den Grundstock für den künftigen Erwerb einer eigenen Unterkunft zu legen. Insbesondere in einem Alter bis etwa 35 Jahren werden die zusätzlich verfügbaren Mittel oft gezielt in Bausparverträge gelenkt. Wenn der Traum von den eigenen vier Wänden nach mehr oder weniger langer Zeit in Erfüllung gegangen ist, stehen für die Geldvermögensbildung wegen der Rückzahlungsverpflichtungen im Zusammenhang mit dem Grunderwerb in der Regel nur noch relativ geringe Beträge zur Verfügung, die je nach persönlicher Neigung für weitere Anschaffungen auf Sparbücher oder zur Verbesserung des Sicherheitspolsters ebenfalls auf Sparbücher und/oder in Lebensversicherungen oder zur Abdeckung von Folgekosten des Grundeigentums erneut in Bausparverträge fließen oder vor allem bei sehr gutem Einkommen zum Kauf von Wertpapieren verwendet werden. Der steigende Anteil der Wertpapierguthaben mit dem Alter dürfte zum Teil auch auf diejenigen zurückzuführen sein, die entweder nicht gezielt auf den Erwerb von Wohnungseigentum hin arbeiten oder die durch Erbschaft ohne größere eigene finanzielle Anstrengungen zu Grundeigentum gelangen und die deshalb die freien Mittel schwerpunktmäßig in diese Anlageform transformieren können. Der Kauf von Wertpapieren dürfte also zu meist die Sparform sein, die erst nach der Erfüllung der beiden Grundfunktionen der anderen Anlagen zum Tragen kommt, also nach dem Sicherungsmotiv (Sparbuch, Lebensversicherung) und dem Zwecksparen (Sparbuch, Rückzahlung von Krediten, Bausparen). Allerdings sollte dabei berücksichtigt werden, daß diese Motive teilweise durch finanzielle Anreize im Rahmen des Vermögensbildungsgesetzes unterstützt werden. So hätten 1982 immerhin 91% aller tarifbetroffenen Arbeitnehmer einen Anspruch auf vermögenswirksame Leistungen. Da sich diese Anreize aber nur auf eine relativ geringe Sparleistung beziehen, können sie den Gesamtumfang der jeweiligen Anlagearten für sich allein nicht erklären. Die hinter dem Wertpapiererwerb stehenden Ertrags- und/oder Machtmotive scheinen also bezogen auf das Sparen im Sinne einer hierarchischen Gliederung überwiegend erst an letzter Stelle zu stehen, wobei allerdings die Erträge auch im Rahmen der anderen Anlageformen eine sekundäre Rolle spielen dürften.

Baden-Württemberg: Jeder zweite Haushalt hat Haus- und Grundbesitz

Das Grundvermögen weist gegenüber dem Geldvermögen einige grundsätzliche Besonderheiten auf: So ist der Kauf von bebauten oder unbebauten Grundstücken an große Beträge gebunden. Bei längerfristig niedrigem Einkommen scheidet die Möglichkeit des Grunderwerbs aus eigenen Mitteln damit nahezu aus, und selbst bei mittlerem und höherem Einkommen ist er an eine längerfristige Anspar- und/oder Tilgungsphase gebunden. Weiterhin wird infolge der zunehmenden Verknappung des Wohnraums, die nicht zuletzt aus einer hohen Nachfrage bei natürlich begrenztem Umfang der bebaubaren Grundstücke herrührt, der Wert bebauter Grundstücke trotz Abnutzung im Zeitablauf in der Regel nicht sinken, sondern steigen. Das gilt in verstärktem Maß für unbebaute Grundstücke, denn hier entfällt eine Abnutzung. Im Gegensatz dazu wird der Realwert eines nominal gleichbleibenden Geldvermögens im Zuge des Inflationsprozesses gemindert. Schließlich spielt die Vererbung, der beim Geldvermögen nur eine untergeordnete Bedeutung zukommen dürfte, hier insbesondere wegen des hohen Wertes und der langen Wertbeständigkeit der einzelnen Objekte eine stärkere Rolle. Allerdings läßt sich das Ausmaß der Vererbung von Grundvermögen anhand der vorliegenden Daten nicht genau ermitteln, da nicht nach der Herkunft des Vermögens gefragt wird.

Trotz der großen finanziellen Anstrengungen, die die Haushalte zum käuflichen Erwerb von Immobilien auf sich nehmen müssen, weist diese Vermögensform eine relativ große Verbreitung auf. In Baden-Württemberg verfügen 1978 bereits über die Hälfte der Haushalte in der Abgrenzung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe bzw. knapp 1,6 Millionen Haushalte über Haus- und Grundbesitz, während es im ganzen Bundesgebiet mit 44 von 100 Haushalten deutlich weniger waren. Wie bereits innerhalb des Geldvermögens beim Bausparen, so findet also auch hier die sprichwörtliche Neigung der Baden-Württemberger zum Eigenheim in den statistischen Werten deutlich ihren Niederschlag.

Bei einer Differenzierung nach den verschiedenen Schichtungsmerkmalen zeigen sich merkbare Unterschiede in der Versorgung mit eigenem Wohnraum auch im Vergleich zum Bundesgebiet (Tabelle 6): Am häufigsten verfügen die Landwirte über privates Grundeigentum. Darin spiegelt sich die traditionelle Einheit zwischen eigenem landwirtschaftlichem Betrieb und privatgenutzter Wohnung wider, die im Zuge der Vererbung bei rückläufiger Zahl von Landwirten weitgehend erhalten blieb. Auch die sonstigen Selbständigen besitzen überwiegend eigene Wohnungen bzw. Grundstücke, wobei zum Teil auch hier – vor allem auch bei Handwerkern – eine Verknüpfung von Wohnung

Tabelle 6

Private Haushalte¹⁾ mit Grundvermögen²⁾

Gegenstand der Nachweisung	1973		1978					
	Bundesgebiet	Baden-Württemberg	Bundesgebiet			Baden-Württemberg		
	Anteil ³⁾		Einheitswert ⁴⁾	Restschuld ⁵⁾	Anteil ³⁾	Einheitswert ⁴⁾	Restschuld ⁵⁾	
	%		1000 DM		%		1000 DM	
Haushalte insgesamt	39,5	45,1	43,6	39,5	32,8	51,1	40,3	32,6
Soziale Stellung des Haushaltsvorstands								
Landwirt	92,3	90,7	89,9	33,7	20,2	87,3	45,2	33,2
Selbständiger (ohne Landwirt)	67,4	65,1	70,4	74,7	60,8	73,8	76,9	61,9
Beamter	38,0	40,5	50,8	41,3	59,7	49,6	41,7	67,7
Angestellter			46,0	42,4	52,8	51,5	41,2	51,6
Arbeiter	40,4	47,6	46,7	32,6	27,0	56,3	34,0	27,6
Nichterwerbstätiger	29,9	36,6	32,9	32,4	10,1	41,7	33,3	8,1
Haushaltsgröße								
1 Person	18,8	24,6	21,2	29,8	15,0	32,0	28,7	10,7
2 Personen	37,8	44,4	43,9	37,1	23,3	51,3	37,8	22,4
3 Personen	42,7	50,0	51,5	41,5	37,5	59,3	39,5	37,5
4 Personen	50,6	55,1	59,1	43,9	47,2	61,2	48,9	52,4
5 und mehr Personen	63,8	62,2	70,3	44,3	41,8	69,1	48,2	43,3

1) Ohne Haushalte von Ausländern, ohne Privathaushalte in Anstalten und ohne Haushalte mit besonders hohen monatlichen Haushaltsnettoeinkommen. — 2) Haus- und Grundbesitz ohne eigengenutzte Betriebsgrundstücke und -gebäude. — 3) Anteil der Haushalte mit Grundvermögen an den Haushalten der vorgenannten Gruppe. — 4) Durchschnittlicher steuerlicher Einheitswert (Stand: 1964) je Haushalt mit Grundvermögen. — 5) Durchschnittliche Restschuld (noch zu zahlende Tilgungen und Zinsen aus Hypotheken, Baudarlehen u.ä.) je Haushalt mit Grundvermögen.

und Betrieb eine Rolle spielen dürfte. Eine in etwa durchschnittliche bzw. leicht überdurchschnittliche Verbreitung weist das Grundvermögen bei den breiten Schichten der Arbeitnehmer auf, wobei in Baden-Württemberg etwas überraschend die normalerweise eher nicht so finanzkräftigen Arbeiter an der Spitze stehen. Die bei dieser Gruppe rasche Zunahme der Haus- und Grundeigentümer zwischen Ende 1973 und Ende 1978 weist darauf hin, daß Vererbungsprozesse dabei zumindest keine dominierende Rolle spielen. Die Erklärung dürfte eher darin zu suchen sein, daß bei den handwerklich geschulten Arbeitern durch Eigenleistung und gegenseitige Nachbarschaftshilfe der Preis von Baumaßnahmen in einem erschwinglichen Bereich gehalten werden kann. Am Ende der Skala stehen die Nichterwerbstätigen, von denen aber immer noch ein beachtlicher Anteil über Vermögen in dieser Form verfügt. Die Zunahme im betrachteten 5-Jahres-Zeitraum deutet darauf hin, daß sich darin insbesondere auch Kaufprozesse aus der gesamten Nachkriegszeit widerspiegeln.

Wie bereits beim Bausparen erweist sich auch beim Grundbesitz die Haushaltsgröße bzw. der Haushaltstyp (Anhangtabelle 26) als wesentliche Determinante für die Verbreitung, denn es zeigen sich deutliche Sprünge zwischen den 1-Personen-Haushalten und den kinderlosen

Ehepaaren und innerhalb der Ehepaare eine weitere Zunahme der Haus- und Grundbesitzer mit der Kinderzahl. Bei den kleineren Haushalten bis zu drei Personen verfügen im Bundesland-Vergleich deutlich mehr Baden-Württemberger über Vermögen in Immobilienform, während bei den größeren Haushalten eine gewisse Nivellierung sichtbar wird.

In der Gliederung nach dem Alter liegt der Schwerpunkt des Haus- und Grundbesitzes im mittleren Bereich (35 - 55 Jahre), was sich zum Teil durch die Vererbung in Abhängigkeit vom altersmäßigen Generationenunterschied, aber auch den Verlauf des käuflichen Eigentumserwerbs im Lebenszyklus erklären läßt. Wie bei den meisten anderen Vermögensformen kann auch hier der geringere Anteil in der Altersgruppe ab 65 Jahren als Ausfluß der wirtschaftlichen Entwicklung zu Lebzeiten dieser Alterskohorte interpretiert werden. Gleichzeitig spiegelt sich in dem besonders deutlichen Vorsprung Baden-Württembergs in diesem Altersbereich ebenso wie bei den eng damit verknüpften kleineren Nichterwerbstätigenhaushalten im unteren Einkommensbereich die bereits traditionelle Vorliebe für Grundeigentum wider, wobei unter Berücksichtigung der vorher gewonnenen Ergebnisse vermutet werden kann, daß dazu insbesondere die ehemaligen Arbeiter beitragen.

Insgesamt hat sich im 5-Jahres-Zeitraum zwischen Ende 1973 und Ende 1978 der Anteil der Grundvermögensbesitzer sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene relativ stark erhöht, wobei der bereits 1973 vorhandene Vorsprung Baden-Württembergs – anders als bei den Geldanlagen – sogar noch leicht ausgedehnt wurde.

Eine gewisse Aussage über die wertmäßigen Relationen des Grundvermögens zwischen den einzelnen Schichten läßt sich aus den steuerlichen Einheitswerten je Haushalt mit Immobilien ableiten. Allerdings sollten hier die Landwirte unberücksichtigt bleiben, denn durch besondere Bewertungsvorschriften bei Wohngebäuden in landwirtschaftlichen Anwesen, im Rahmen des Steuerrechts, fehlt für einen Vergleich mit den anderen Gruppen die gemeinsame Basis. Ebenfalls problematisch ist der Zeitvergleich zwischen 1973 und 1978¹³.

Bei den Einheitswerten je Haushalt mit Grundvermögen bestehen insgesamt und auch bei allen Gruppen keine nennenswerten Bund-Land-Unterschiede. In der Höhe der Einheitswerte spiegeln sich im wesentlichen die Einkommensverhältnisse der einzelnen sozialen Schichten wider. Die deutlich höchsten Beträge wurden dementsprechend bei den Selbständigen und im obersten Einkommensbereich ermittelt. Innerhalb der Arbeitnehmer fallen die Haushalte von Arbeitern gegenüber denen von Beamten und Angestellten deutlich ab. Entsprechend dem Wohnraumbedarf nimmt der Einheitswert mit der Haushaltsgröße zu. In der altersmäßigen Gliederung liegen die höchsten Einheitswerte im mittleren Bereich, was sich durch den größeren Anteil relativ höherwertiger Neubauten in diesen Altersgruppen in Verbindung mit den Einkommensverhältnissen erklären läßt.

Die Höhe der Restschulden aus dem Grundvermögenserwerb steht zwar in einem losen Verhältnis zu den Einheitswerten, denn beim Immobilienerwerb hängt die Höhe der Kreditaufnahme auch von dem Preis des Kaufobjektes ab, sie wird aber stärker von anderen Zusammenhängen beeinflusst, die eine gewisse Ähnlichkeit zu denen bei den Konsumentenkrediten aufweisen. Wie die Staffelung der noch zu tilgenden Beträge nach dem Lebensalter zeigt, hängt die Höhe entscheidend vom Zeitabstand zum teilweise fremdfinanzierten Grundvermögenskauf ab. Die höchsten Verpflichtungen

weisen die relativ jungen Altersgruppen auf, in denen viele noch am Anfang des Rückzahlungsprozesses stehen. Mit zunehmendem Alter nimmt dann die Gruppe derer schrittweise zu, die bei der Tilgung bereits weiter fortgeschritten sind. Dieser Zusammenhang erklärt auch den Rückgang der Kreditverpflichtungen von den 4-Personen- zu den größeren Haushalten, denn Familien mit mehreren Kindern sind in der Regel etwas älter. Die Schichtungen nach der sozialen Stellung und dem Einkommen zeigen, daß neben dem Alter das Rückzahlungspotential in Form des Einkommens und die zukünftige Sicherheit dieser Bonität, die bei den Beamten in besonderem Maß gegeben ist, ebenfalls eine wesentliche Rolle für den Umfang der Kreditaufnahme und in Abhängigkeit davon auch der Restverpflichtungen spielen.

Verkehrswert zwischen 1973 und 1978 um ein Drittel gestiegen

Die mangelnde Eignung der steuerlichen Einheitswerte als Maßstab für die Höhe des in Immobilien gebundenen Vermögens wird auch an der Einschätzung der Verkehrs- bzw. Marktwerte des Grundvermögens durch die Eigner in Baden-Württemberg deutlich: Die Haus- und Grundbesitzer glauben im Durchschnitt, 1978 bei einem Verkauf das Fünffache des Einheitswerts bzw. ca. 200 000 DM erlösen zu können. 1973 wurde der Verkehrswert noch sechseinhalbfach so hoch wie der Einheitswert veranschlagt. Die Steigerung des ausgewiesenen Verkehrswertes im betrachteten 5-Jahres-Zeitraum betrug 34 % und ging damit erheblich über die Inflationsrate von 25 % hinaus. Sie ist durch zwei Faktoren zu erklären, zum einen durch die marktbedingte Wertsteigerung bereits vorhandener Bestände, zum anderen durch die Verbesserung bzw. Erneuerung der Bausubstanz.

Die Relation der Verkehrswerte zwischen den einzelnen Schichten entspricht in etwa der der Einheitswerte, allerdings mit einer Ausnahme: Die Landwirte wiesen vergleichsweise bescheidene Einheitswerte, aber die mit Abstand höchsten Verkehrswerte nach. Diese Diskrepanz läßt sich einerseits durch das von den anderen Gruppen abweichende steuerliche Bewertungsverfahren und andererseits durch eine eventuelle Einbeziehung von Betriebsvermögen in den Verkehrswert erklären.

Der durchschnittliche Nettowert des Grundvermögens ergibt sich durch Subtraktion der Restschulden vom (Brutto-) Verkehrswert. Je Grundbesitzer ergibt sich damit für 1978 ein durchschnittlicher Bestand von knapp 170 000 DM (Tabelle 7). Über den mit Abstand wertvollsten Grundbesitz verfügen Selbständige – er ist fast doppelt so hoch – und, unter methodischen Vorbehalten, die Landwirte. Die Arbeitnehmer liegen demgegenüber unter dem Durchschnitt. Bei den Beamten und

13 Die ermittelte durchschnittliche Steigerung des Einheitswertes pro Grundbesitzerhaushalt um etwa zwei Drittel läßt sich nur zum Teil durch eine Verbesserung der Bausubstanz erklären, zum anderen Teil dürfte sie auf einem systematischen Fehler beruhen: Zwar wurde bei beiden Einkommens- und Verbrauchsstichproben der steuerliche Einheitswert nach dem Stand von 1964 erfragt, es steht aber zu vermuten, daß Ende 1973 zumindest ein Teil der befragten Haushalte irrtümlich oder wegen verzögerter Bescheiderteilung durch die Finanzämter noch die niedrigeren Einheitswerte nach dem Stand von 1935 zugrundegelegt hat. So auch Euler, M.: Privates Grundvermögen Ende 1978, in: Wirtschaft und Statistik 6/1981, S. 393 f.

Angestellten läßt sich das auf einen relativ großen Anteil neueren Eigentums mit noch hohen Restschulden zurückführen, bei den Arbeitern dagegen ist vor allem der Verkehrswert unterdurchschnittlich, allerdings bei vergleichsweise geringen Restschulden. Dazu mag neben der starken Bedeutung der preisgünstigen Eigenleistungen auch das begrenzte Einkommen als restriktiver Faktor bei der Kreditaufnahme beitragen. Die nicht-erwerbstätigen Grundbesitzer verfügten 1978 mit 167 000 DM über ein durchschnittliches und damit im Vergleich zu den Arbeitnehmern höheres Nettovermögen in Immobilienform. Erklärlich wird das durch einen Verkehrswert, der in einem ähnlichen Bereich wie bei den Arbeitnehmern liegt, in Verbindung mit nur noch geringen Restschulden. Die Nettogrundvermögenswerte steigen zwar erwartungsgemäß mit dem Einkommen, sie divergieren aber weniger stark als die Verkehrswerte, da die Restschulden stärker einkommensabhängig sind als die Marktwerte.

Dabei mag insbesondere der Umstand eine Rolle spielen, daß in den unteren Einkommensklassen die Haus- und Grundbesitzer überwiegend von Rentnern gestellt werden, die ihre Kredite bereits weitgehend getilgt haben bzw. im Zuge der Vererbung zu Grundvermögen gekommen sind. Bei der Schichtung nach der Haushaltsgröße kristallisieren sich drei Gruppen heraus; und zwar die 1-Personen-Haushalte mit Immobilien geringeren Wertes, die Haushalte von zwei bis vier Personen mit mittleren Nettobeständen und die größeren Haushalte mit überdurchschnittlichen Beträgen. Bei den Haushalten mit drei bzw. vier Personen werden im Vergleich zu den 2-Personen-Haushalten jeweils höhere Verkehrswerte, aber auch entsprechend höhere Kreditverpflichtungen nachgewiesen, bei den noch größeren Haushalten liegt der Erwerb noch höherwertigen Grundbesitzes dagegen in der Regel bereits länger zurück, so daß ein größerer Teil der Darlehen bereits getilgt werden konnte.

Tabelle 7

Höhe und Zusammensetzung der durchschnittlichen Nettogrundvermögensbestände¹⁾

Gegenstand der Nachweisung	1973			1978		
	Verkehrswert ²⁾	Restschuld ³⁾	Nettogrundvermögen	Verkehrswert ²⁾	Restschuld ³⁾	Nettogrundvermögen
1000 DM						
Haushalte insgesamt	150,7	26,5	124,2	201,3	32,6	168,7
Soziale Stellung des Haushaltsvorstands						
Landwirt	285,4	16,2	269,2	464,2	33,2	431,0
Selbständiger (ohne Landwirt)	236,2	43,8	192,4	385,1	61,9	323,2
Beamter	146,5	44,0	102,5	187,7	67,7	120,0
Angestellter				184,4	51,6	132,8
Arbeiter	116,1	22,5	93,6	155,4	27,6	127,8
Nichterwerbstätiger	115,9	8,3	107,6	175,3	8,1	167,2
Monatliches Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... DM						
unter 800				(132,9)	/	(130,5)
800 — 1 400				129,9	(9,5)	120,4
1 400 — 2 000				171,0	18,7	152,3
2 000 — 2 500				202,7	33,8	168,9
2 500 — 3 000				212,8	41,1	171,7
3 000 — 20 000				293,7	60,7	233,0
Haushaltsgröße						
1 Person				133,7	10,7	123,0
2 Personen				182,4	22,4	160,0
3 Personen				190,3	37,5	152,8
4 Personen				216,3	52,4	163,9
5 und mehr Personen				261,5	43,3	218,2

1) Verkehrswert abzüglich Restschuld von Haus- und Grundbesitz; ohne eigengenutzte Betriebsgrundstücke und -gebäude. — 2) Durchschnittlicher Verkehrswert des Haus- und Grundbesitzes je Haushalt mit Grundvermögen. Ergebnisse landesinterner Zusatzerhebungen im Januar 1973 bzw. 1978. — 3) Durchschnittliche Restschuld (noch zu zahlende Tilgungen und Zinsen aus Hypotheken, Bankdarlehen u.ä.) je Haushalt mit Grundvermögen.

Höhere Sparquote in Baden-Württemberg

Aus methodischen Gründen können das Geld- und Grundvermögen nicht exakt addiert werden. Doch lassen sich aus einer überschlägigen Zusammenfassung Größenordnungen sowie vergleichende Aussagen über Vermögensumfang und -strukturen ableiten. So läßt sich auch unter Berücksichtigung der Ungenauigkeiten bei der Bewertung des Grundvermögens und nicht eindeutig quantifizierbarer, aber unbestritten zum privaten Vermögen gehörender Formen (Bar-, Sicht- und Terminguthaben, Guthaben bei Lebensversicherungen, Beteiligungen, Schmuck u.ä.) eine überragende Bedeutung des Grundvermögens innerhalb der Vermögensanlagen breiter Bevölkerungsschichten konstatieren. Der rein rechnerische Anteil von ca. vier Fünfteln in Baden-Württemberg für 1978 ist zwar wegen der Nichtberücksichtigung der angeführten Vermögensbestandteile zu hoch gegriffen, ein Anteil von zwei Dritteln bis drei Viertel dürfte aber in etwa den tatsächlichen Gegebenheiten entsprechen. Das Ergebnis würde sich allerdings wesentlich verändern, wenn man z.B. die Anwartschaften an die Rentenversicherungsträger einbeziehen würde.

Für den Zeitraum zwischen 1973 und 1978 lassen sich folgende Tendenzen festhalten: Das durchschnittliche Nettovermögen in der zugrundeliegenden Abgrenzung hat sich sowohl im Bundesgebiet als auch in Baden-Württemberg nominal um etwa die Hälfte und real um etwa ein Fünftel erhöht, wobei sich auf Bundesebene eine leichte, in Baden-Württemberg aber eine deutliche Verlagerung vom Geld- zum Grundvermögen ergeben hat. Das läßt sich einerseits auf eine in Baden-Württemberg überdurchschnittliche Ausweitung des Kreises der Haus- und Grundbesitzer zurückführen, andererseits aber auch auf die damit verbundene Werterhöhung durch eine Verbesserung bzw. Erneuerung der Bausubstanz sowie eine marktbedingte Wertesteigerung der bereits vorhandenen Bestände. Die beiden letzten Faktoren dürften dabei in beiden regionalen Abgrenzungen in ähnlichem Umfang zum Tragen gekommen sein.

Innerhalb des Bundesgebietes weichen die baden-württembergischen Haushalte von denen anderer Bundesländer insofern ab, als sie bei der Vermögensbildung eine Priorität für Immobilien zeigen, während die Geldvermögensbestände nur in etwa der Geldentwertung angepaßt werden. Auch innerhalb des Geldvermögens manifestiert sich diese Vorliebe in Form des Bausparens vor allem bei den Haushalten, bei denen ein Grunderwerb bzw. eine qualitative Verbesserung vorhandener Bauwerke als einigermäßen realistische Möglichkeit in Betracht kommt. Auf Bundesebene dagegen scheint eher eine annähernd gleichwertige Ausweitung des Geld- und Grundvermögens im Vordergrund zu stehen, wobei allerdings in einer etwas ver-

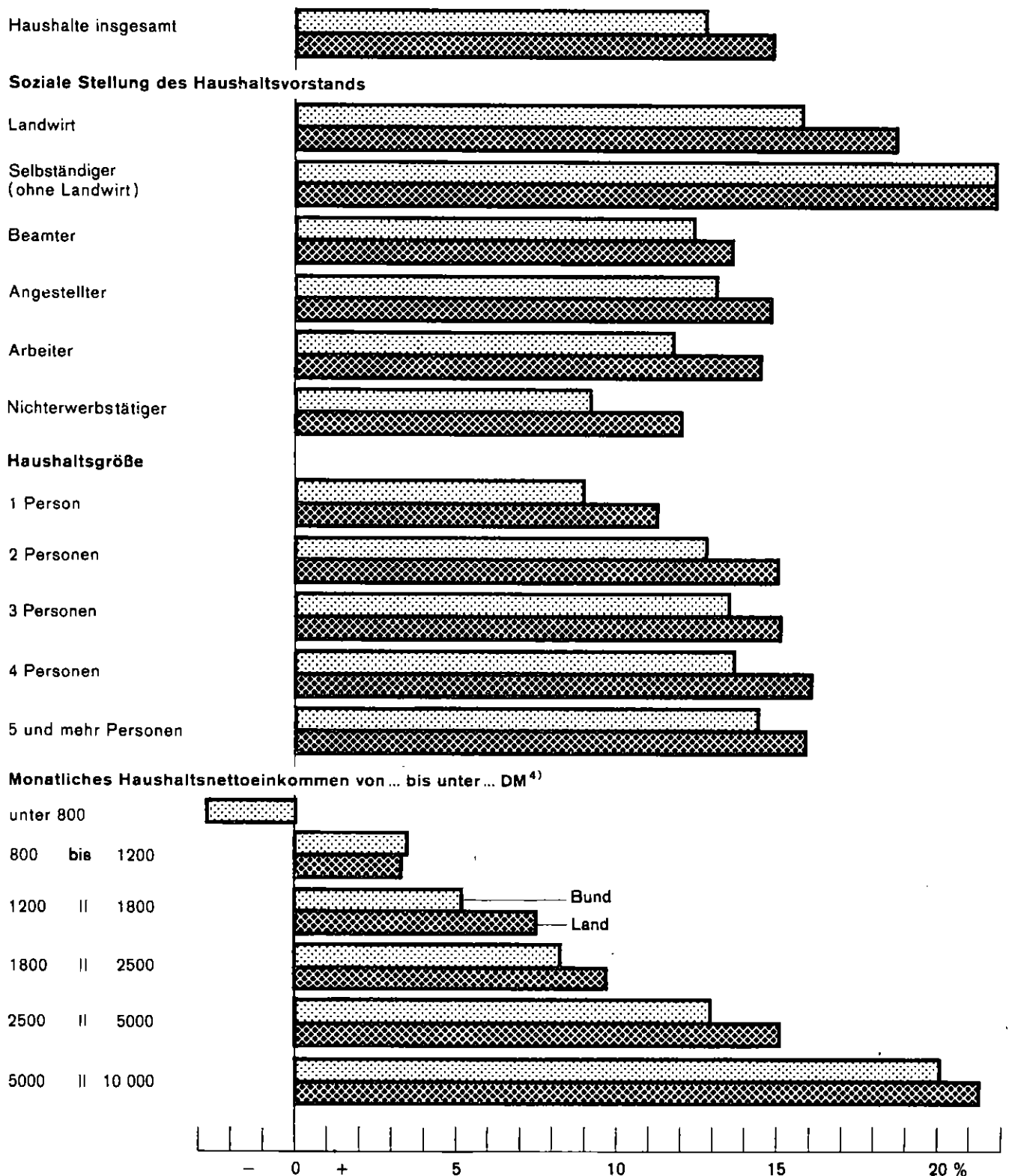
stärkten Wahrnehmung der Möglichkeit des Bausparens eine gewisse Verschiebung zum Grundvermögen angelegt sein könnte. Die auch hier feststellbare leicht überproportionale Ausweitung der Nettovermögenswerte beim Grundbesitz dagegen dürfte weniger ein Ausdruck einer Präferenz im Sinne bewußten aktiven Handelns als vielmehr eine Folge der marktbedingten Wertsteigerung der bereits vorhandenen Bausubstanz sein.

Da bei beiden Vermögensgruppen und damit auch insgesamt das Ausgangsniveau der Nettobestände 1973 auf Landesebene über dem insgesamten Bundesgebiet lag, erhöhte sich bis 1978 bei etwa gleichbleibendem relativem Abstand der Vorsprung Baden-Württembergs in absoluten Werten noch deutlich. Die wesentlichste Ursache für das Bestehen des Bund-Land-Unterschieds, aber auch für seine absolute Vergrößerung, läßt sich aus den Ergebnissen der Jahresrechnung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1978 ableiten, die zwar im langfristig angelegten Prozeß der Vermögenskumulation nur einen kleinen zeitlichen Ausschnitt wiedergeben, aber gleichwohl längerfristig stabile Relationen abbilden dürften: Wie aus Schaubild 3 ersichtlich wird, sparen die Haushalte Baden-Württembergs einen größeren Teil ihres Einkommens, und zwar praktisch in allen sozialen Schichten. Die 1978 um gut 2 Prozentpunkte höhere Sparquote läßt sich nur zu einem geringen Teil mit dem etwas höheren Einkommen auf Landesebene erklären, denn auch bei vergleichbaren Einkommen wird in Baden-Württemberg mehr gespart. Die Entwicklung der Vermögensbestände und ihrer Zusammensetzung zwischen 1973 und 1978 legt den Schluß nahe, daß die entsprechenden Mehrbeträge nahezu vollständig in die Bildung von Grundvermögen fließen, sei es in Form von Immobilienkäufen, von Verbesserungsmaßnahmen an vorhandenen Bauwerken, von der Rückzahlung von Hypotheken, Baudarlehen u.ä. oder auch über den "Umweg" der Geldvermögensbildung auf Bausparverträgen.

Die Analyse der Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben 1973 und 1978 hat also neben vielen Detailerkennnissen im Vermögensbereich vor allem eine statistische Bestätigung zweier sprichwörtlicher Eigenschaften der Baden-Württemberger gebracht: Sie sind besonders fleißige Sparer, und sie haben eine auffällige Vorliebe für Immobilien. Da die Vermögensbestände zu einem bestimmten Zeitpunkt das Resultat langfristiger Prozesse sind und deshalb die Vermögensstruktur in mittlerer zeitlicher Sicht wesentlich vorbestimmen, und da mentalitätsmäßige Besonderheiten ebenfalls eher langfristiger Natur sind und sich nicht kurzfristig radikal verändern, läßt sich auf mittlere Sicht zumindest ein Fortbestehen des Landesvorsprungs bei der Vermögenshaltung prognostizieren, und zwar insbesondere beim Grundvermögen.

Schaubild 3

Sparquoten¹⁾ der privaten Haushalte²⁾ 1978³⁾



1) Nettovermögensbildung in Prozent der ausgabenfähigen Einkommen und Einnahmen; Nettovermögensbildung = Ausgaben für Vermögensbildung und Kreditrückzahlung abzüglich nichtentnommener Gewinne (soweit auf Bundes- und Landesebene nachgewiesen) abzüglich Zinsen für Hypotheken u.ä. abzüglich Einnahmen aus Minderung von Sach- und Geldvermögen, Kreditaufnahme. — 2) Ohne Haushalte von Ausländern, ohne Privathaushalte in Anstalten und ohne Haushalte mit besonders hohem monatlichem Haushaltsnettoeinkommen (über 20 000 DM). — 3) Ergebnisse der Jahresrechnung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1978. — 4) Einstufung nach den Ergebnissen der Jahresrechnung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1978. Landeswert in Klasse "unter 800" = 0.

Allerdings lassen sich die zwischen 1973 und 1978 sichtbaren Tendenzen nicht beliebig in die nachfolgende Zeit bzw. in die Zukunft projizieren, wie insbesondere die tiefgreifende Baukrise in Verbindung mit einer Hochzinsphase zu Beginn der 80er Jahre verdeutlicht, in der offensichtlich die Geldvermögensbildung Vorrang vor der Grundvermögensbildung hatte. Gleichwohl ginge es sicher zu weit, daraus auf eine Sättigung in der Versorgung mit eigenem Wohnraum zu schließen. Vielmehr dürfte es wesentlich von einer Stabilisierung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen abhängen, ob sich die weiterhin vorhandenen Bedürfnisse in diesem Bereich realisieren lassen.

Zusammenfassung

- Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe liefert zwar über die Vermögensverhältnisse der Gesamtbevölkerung wegen der schwierigen Materie, die sich insbesondere in Problemen der statistischen Datenerhebung niederschlagen, keinen lückenlosen Überblick, sie vermag aber gleichwohl interessante Einblicke in strukturelle Zusammenhänge und Entwicklungstendenzen zu liefern.
- Dabei ist zum einen zu beachten, daß Haushalte mit sehr hohem Einkommen (und in der Regel auch hohem Vermögen) sowie ausländische Haushalte ausgeschlossen bleiben. Zum anderen sind bei dem durch die Erhebung repräsentierten Personenkreis nur ausgewählte Vermögensarten erfaßt. So fehlen Angaben über die Vermögensbestände in Form von Bargeld, Sicht- und Termineinlagen, Ansprüche aus Lebensversicherungen sowie das Betriebsvermögen. Dies bedeutet auch, daß beim Haus- und Grundvermögen nur die privatgenutzten Teile enthalten sind. Im weiteren Sinn wären für eine umfassende Bestandsaufnahme der Vermögensbeträge auch Informationen über Wertgegenstände, langlebige Gebrauchsgüter wie PKW und über die kapitalisierten Ansprüche aus der Rentenversicherung, die sonstigen Versorgungsansprüche u.ä. erforderlich.
- Ende 1978 besaßen in Baden-Württemberg von 100 repräsentierten Haushalten 94 Sparbücher (Bundesgebiet: 91), 65 hatten Guthaben auf Lebensversicherungsverträgen angesammelt (Bundesgebiet: 70), 51 konnten - wenn auch teilweise zum Preis beträchtlicher Verpflichtungen - auf den Rückhalt von Haus- und Grundbesitz bauen (Bundesgebiet: 44), 48 nutzten die Möglichkeit des Bausparens (Bundesgebiet: 37) und 30 verfügten über Wertpapiere (Bundesgebiet: 26). 13 von 100 Haushalten hatten auch noch Konsumentenkredite zu tilgen (Bundesgebiet: 15 %). Die Beteiligung an verschiedenen Vermögensformen war also auf Landesebene, mit Ausnahme der Lebensversicherungen, höher als im Bundesgebiet, wobei die deutlichsten Abstände beim Bausparen und beim Grundvermögen zu registrieren waren.
- Im Vergleich zu Ende 1973 nahmen die Verbreitung der Lebensversicherungsverträge und die Inanspruchnahme von Konsumentenkrediten sowohl im Bundesgebiet als auch in Baden-Württemberg leicht ab. Demgegenüber hat sich der Kreis der Haus- und Grundbesitzer insbesondere auf Landesebene deutlich erweitert. So stieg die Zahl der Haus- und Grundbesitzer je 100 Haushalte in Baden-Württemberg von 45 auf 51 und im Bundesgebiet von 40 auf 44. Bei den restlichen Vermögensarten ergaben sich nur unwesentliche Veränderungen.
- Aus dem hohen Verbreitungsgrad der unterschiedlichen Anlageformen läßt sich unschwer erkennen, daß die überwiegende Zahl der Haushalte mehrere Formen der Rücklagenbildung gleichzeitig nutzt. Insbesondere das Sparbuch und mit Einschränkungen auch die Lebensversicherungsverträge sind Geldanlagen, auf die auch bei der Bildung zusätzlichen Vermögens in anderer Form nicht verzichtet wird.
- Die durchschnittlichen Vermögenswerte der jeweiligen Besitzer beliefen sich Ende 1978 bei jeder nachgewiesenen positiven Geldvermögenskomponente (Sparbücher, Wertpapiere, Bausparverträge) auf über 10 000 DM, wobei die Wertpapiere mit 18 000 DM an der Spitze standen. Mit Ausnahme dieser Anlageform war auch hier ein leichter Vorsprung Baden-Württembergs zu registrieren. Die Schuldner von Konsumentenkrediten hatten noch durchschnittlich gut 7000 DM zu tilgen, jedoch kann vermutet werden, daß auch diese Gruppe daneben über positive Geldanlagen verfügt.
- Im Zeitraum zwischen Ende 1973 und Ende 1978 nahmen die Guthaben (bzw. auch die Schulden) in allen Geldvermögensformen nominal deutlich zu, unter Berücksichtigung der zwischenzeitlichen Preissteigerungsrate von 25 % ergab sich für die realen Bestände allerdings ein unterschiedliches Bild: Während die Bausparguthaben real sowohl im Bundesgebiet als auch in Baden-Württemberg zurückgingen und die Guthaben auf Sparbüchern ebenso wie die Kreditverpflichtungen in Baden-Württemberg leicht und im gesamten Bundesgebiet etwas stärker zunahmen, wurden die Wertpapiervermögen in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet auch real deutlich aufgestockt.
- Ein merklicher realer Vermögenszuwachs war in diesem Zeitraum auch bei den Grundvermögen zu verzeichnen. In den Händen der Grundbesitzer befanden sich auch nach Abzug der damit verbundenen Schulden

Werte, die wesentlich über die des Geldvermögens hinausgehen. Das Nettogrundvermögen je Haus- und Grundbesitzer betrug 1979 in Baden-Württemberg rund 170 000 DM. Dabei sind Haus- und Grundbesitzer wie auch Haushalte ausschließlich mit Geldvermögen in allen Bevölkerungsschichten zu finden, wenn auch mit unterschiedlicher Gewichtung.

- Bei einer differenzierten Betrachtung der Inanspruchnahme einzelner Vermögensformen und der darin gebundenen Werte nach unterschiedlichen Schichtungsmerkmalen erwiesen sich das Einkommen (höheres Vermögen mit zunehmendem Einkommen) und das Alter (schrittweise Zunahme des Vermögens im erwerbsfähigen Alter, danach meist leichter Rückgang) als wichtigste Determinanten. Allerdings werden diese generellen Zusammenhänge bei der Wahl und der Höhe einzelner Vermögensanlagen modifiziert durch typenspezifische Besonderheiten in Verbindung mit der sozialen Stellung des Haushaltsvorstands (z.B. Vorliebe der Selbständigen für Wertpapiere) und der Haushaltsgröße bzw. dem Haushaltstyp (z.B. überdurchschnittliche Ausstattung mit eigenem Wohnraum bei Ehepaaren mit mehreren Kindern.)
- Im Vergleich zum gesamten Bundesgebiet zeichneten sich die Haushalte Baden-Württembergs durch insgesamt höhere Vermögenswerte aus, wobei insbesondere die stärkere Verbreitung des Haus- und Grundbesitzes und der eng damit verbundenen Bausparverträge ins Gewicht fielen. Dieser bereits traditionelle Vorsprung der südwestdeutschen Haushalte beruht neben einer bei den längerfristig determinierten Vermögensverhältnissen immanenten Neigung zur Konservierung vorhandener Unterschiede und dem etwas höheren Einkommensniveau in Baden-Württemberg vor allem auf der überdurchschnittlichen Sparneigung. Wurden in Baden-Württemberg im Durchschnitt 1978 von 100 DM Einkommen DM 15 gespart, so waren es im Bund DM 13. In diesen Zusammenhängen ist auch eine Tendenz zum Fortbestehen des Landesvorsprungs angelegt.

3.2 Das Wanderungsverhalten der Ausländer

Entwicklung, Struktur und räumliche Verteilung der Bevölkerung eines Landes werden in erheblichem Maße von der Wanderungsbewegung beeinflusst. Das gilt besonders für den ausländischen Teil der Wohnbevölkerung. Im vorliegenden Beitrag stehen die aus den früheren Hauptanwerbeländern stammenden Ausländer (Griechenland, Italien, Jugoslawien, Portugal, Spanien und Türkei) im Mittelpunkt der Betrachtung, da sie mit 757 300 Personen (Stand 30.9.82) über vier Fünftel aller in Baden-Württemberg gegenwärtig ansässigen Ausländer ausmachen.

Als Anfang der 60er Jahre im Zuge des wirtschaftlichen Aufschwungs in der Bundesrepublik ein starker Ausländerzuström einsetzte, waren hierfür ganz überwiegend beschäftigungs- und arbeitsmarktbezogene Gründe¹ ausschlaggebend. Durch Geburtenausfälle im 1. Weltkrieg und Verluste vor allem an Männern im 2. Weltkrieg waren die Jahrgänge im Erwerbsalter in diesem Jahrzehnt verhältnismäßig schwach besetzt. Außerdem wurde das zur Verfügung stehende Erwerbspersonenpotential durch den Ausbau des Bildungssystems reduziert. Der zunehmende Arbeitskräftebedarf wurde daher durch Hereinholen ausländischer Arbeitnehmer gedeckt. Dies war insofern leicht möglich, als in einer ganzen Reihe von Ländern, besonders des Mittelmeerraumes, im Vergleich zur Bundesrepublik ein erhebliches Gefälle im Lebensstandard bestand und außerdem nur unzureichende Arbeitsmöglichkeiten vorhanden waren.

Durch die gezielte Anwerbung von Arbeitskräften entwickelte sich in unserem Lande ein Ausländerbestand, der sich Anfang der 70er Jahre überwiegend aus Erwerbspersonen zusammensetzte und dessen demographische Struktur ein sehr unregelmäßiges Bild aufwies (Tabelle 1). So waren die Jahrgänge im mobilen Alter (zwischen 18 und 30 Jahren) überproportional stark vertreten, während Kinder und Jugendliche sowie ältere Erwerbspersonen und Personen im Rentenalter zahlenmäßig nicht stark vertreten waren. Außerdem handelte es sich bei den zuwandernden ausländischen Arbeitskräften in erster Linie um Männer.

Im Juni 1961 standen 126 600 Männern nur 41 000 Frauen gegenüber, auf 100 Frauen entfielen damit 309 Männer. Schließlich haben sich die Ausländer nicht gleichmäßig

über das Land verteilt, sondern sind dort ansässig geworden, wo der Arbeitsmarkt die günstigsten Voraussetzungen bot, also insbesondere in den bereits dicht besiedelten Industrieräumen.

War somit die Entwicklung der ausländischen Bevölkerung anfangs überwiegend von der Wanderungsseite her bestimmt, so erlangte in der Folgezeit – insbesondere seit Beginn der 70er Jahre – die natürliche Bevölkerungsentwicklung ein immer größeres Gewicht (Tabelle 2). Bedingt durch Familiennachzüge und -gründungen ergaben sich aufgrund der günstigen Altersgliederung und der höheren Geburtenrate bei den ausländischen Frauen hohe Geburtenüberschüsse. Dadurch ergaben sich erhebliche Verschiebungen in der demographischen Struktur des Ausländerbestandes, die durch Änderungen in der Zusammensetzung nach Nationalitäten (Tabelle 3) – besonders durch die starke Zunahme des türkischen Bevölkerungsteils – noch verstärkt wurden.

Aus heutiger Sicht ist davon auszugehen, daß die Gesamtzahl der Ausländer in Baden-Württemberg auch ohne Wanderungsüberschüsse, also allein durch die natürliche Bevölkerungsentwicklung, in den kommenden Jahren weiterhin anwachsen wird, und zwar auch bei einer allmählichen Anpassung des generativen Verhaltens an das der deutschen Bevölkerung, wie sie seit einigen Jahren zu beobachten ist. So ergibt sich aus den Ergebnissen der neuesten langfristigen Modellrechnungen² des Statistischen Landesamtes zur voraussichtlichen Entwicklung der Gesamtbevölkerung und der deutschen Bevölkerung (Basis jeweils 1.1.82) durch Differenzbildung, daß die Ausländer ohne Ansatz einer Wanderung bis zum Jahr 1990 auf 1,02 Mill. und bis zum Jahr 2000 auf 1,09 Mill. Personen anwachsen. Sie dürften damit nach diesem Ansatz allein durch die natürliche Bevölkerungsentwicklung gegenüber heute um etwa 100 000 bzw. 170 000 Personen zunehmen.

Wanderungsverhalten deutlich vom Konjunkturverlauf beeinflusst

Daß die Wanderung der Ausländer³ überwiegend in der Erwartung einer verbesserten Erwerbsmöglichkeit begründet ist, zeigt sich deutlich in ihrer Konjunkturabhängigkeit. Wie schon während der Rezession 1966/67 kehrten auch im Laufe der wirtschaftlichen Abwärtsentwicklung der Jahre 1973/77 mehr Ausländer in ihre Heimatländer zurück, als in die Bundesrepublik zuzogen. Dies wurde in erster Linie durch ein Ausbleiben der Zuzüge bewirkt. Zusätzlich wirkte sich dabei der im

¹ Zu den Wanderungsursachen vgl. Gröner, Gerhard, Zur statistischen Erfassung der Wanderungsbewegung, in: Angewandte Statistik und Wirtschaftsforschung heute. Hrsg. Pietsch, W. und Förster, W., Göttingen 1982, S. 46 ff.

² Statistische Berichte AI 8 - Basis 1982 vom 14.9.82 und AI 8 - Basis 1982 vom 8.10.82.

³ Die im vorliegenden Beitrag dargestellten Ergebnisse betreffen die Wanderung über die Landesgrenze ins Ausland.

Tabelle 1

Ausländer und ausländische Erwerbspersonen nach Altersgruppen¹⁾

Altersgruppen in Jahren	Ausländer insgesamt				Darunter			
	1973		1982		Männer		Erwerbspersonen	
	1000	%	1000	%	1973	1982	1973	1982
unter 15	203,7	23,6	255,2	27,3	51,9	52,4	0,7	—
15 bis unter 20	60,3	7,0	70,4	7,5	54,9	52,7	79,8	44,7
20 bis unter 35	342,0	39,6	274,3	29,3	59,7	51,4	88,4	79,2
35 bis unter 45	163,4	18,9	185,2	19,8	71,1	61,2	93,0	87,0
45 und älter	93,6	10,8	150,0	16,0	63,8	64,3	78,3	77,6
Insgesamt	863,0	100	935,1	100	60,1	55,8	66,9	56,3

1) Jeweils April; Ergebnisse des Mikrozensus.

November 1973 verhängte Anwerbestopp für alle Nicht-EG-Ausländer aus. Deutlich kommt dies darin zum Ausdruck, daß 1974 die Zuzüge von Erwerbspersonen⁴ aus den früheren Hauptanwerbeländern, die nicht Mitglied der Europäischen Gemeinschaft waren, überdurchschnittlich abnahmen. Die höchsten Abweichungen vom Durchschnittswert (- 58,4 %) verzeichneten die beiden kleineren Nationalitätengruppen (vgl. Anhangtabelle 33) der Portugiesen (- 89,2 %) und der Spanier (- 83,7 %), gefolgt von den großen Gruppen der Türken (- 70,8 %) und der Jugoslawen (- 62,7 %). Eine Ausnahme machten - zumindest 1974 - die Griechen (seit 1.1.1981 Mit-

glied der EG), bei denen die Zuzüge nur um 47,7 % zurückgingen. Bei den der Europäischen Gemeinschaft angehörenden Italienern wirkte sich mit einem Rückgang der Zuzüge um 53,9 % dagegen nur der konjunkturelle Effekt aus.

Auch die jüngste wirtschaftliche Entwicklung, die 1981 zunächst durch rückläufige und im weiteren Jahresverlauf stagnierende Tendenzen gekennzeichnet war, um sich dann 1982 in zunehmendem Maße zu verschlechtern, fand ihren Niederschlag in der Wanderungsbewegung. Der Wanderungssaldo gegenüber dem Ausland verringerte sich von 39 600 Personen im Jahr 1980 auf 1900 Personen im folgenden Jahr und erreichte 1982 mit - 37 000 Personen einen negativen Wert.

Untersucht man mit Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung der vergangenen Jahre neben den Wanderungssalden die quantitative

⁴ Es muß hier darauf hingewiesen werden, daß die Unterscheidung zwischen Erwerbs- und Nichterwerbsperson in der Wanderungsstatistik nicht im strengen Sinne des erwerbsstatistischen Konzepts des Mikrozensus oder der Volkszählung erfolgt. Vielmehr wird als Erwerbsperson (Nichterwerbsperson) derjenige erfaßt, der im An- oder Abmeldeschein eine (keine) Berufsbezeichnung angibt.

Tabelle 2

Entwicklung der Zahl der Ausländer

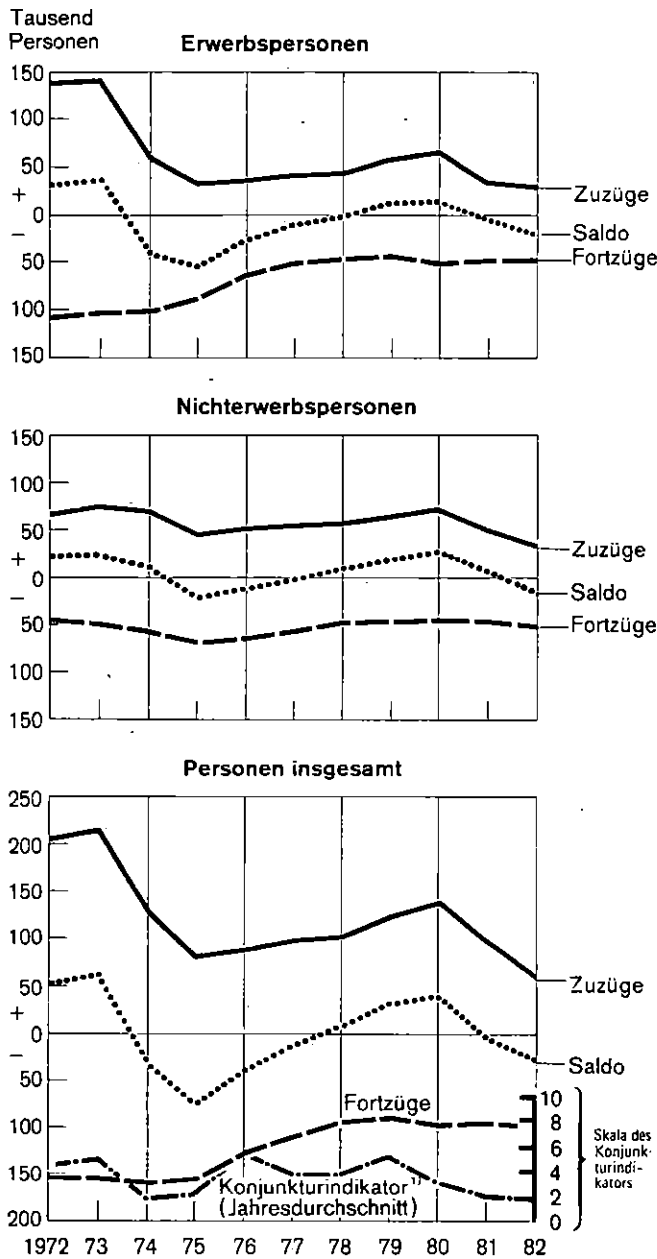
Jahr	Geburten- überschuß bzw.-defizit (-)	Zuzüge	Fortzüge	Wanderungssaldo		Ausländische Wohnbevölkerung am Jahresende ¹⁾
		über die Landesgrenze		insgesamt	darunter mit dem Ausland	
1973	20 980	249 353	190 354	58 999	60 543	907 717
1974*	22 737	149 056	183 913	- 34 857	- 30 947	895 597
1975	19 466	91 517	168 367	- 76 850	- 75 026	838 213
1976	17 358	97 752	140 040	- 42 288	- 40 347	813 283
1977	15 246	109 551	123 124	- 13 573	- 12 920	813 245
1978	14 618	114 572	108 981	5 591	5 991	829 207
1979	14 621	136 659	103 967	32 692	32 366	873 436
1980	15 843	151 356	111 314	40 042	39 588	926 353
1981	15 601	111 603	108 399	3 204	1 928	942 424
1982 ¹⁾	13 833	75 131	112 067	- 36 936	- 37 020	916 871

1) Ab 1977 unter Berücksichtigung der Einbürgerungen.

Quelle: Bevölkerungsforschung.

Schaubild 1

Wanderungsbewegung der Ausländer über die Auslandsgränze



1) In diesen Konjunkturindikator (Mengenindikator) gehen neun konjunkturrelevante Zeitreihen ein. Diese Zeitreihen werden zu einem Gesamtindex zusammengefaßt, der zwischen 1 und 10 (Rezession und Hochkonjunktur) streuen kann.

112 83

Veränderung der Zu- und Fortzüge, so kann man feststellen, daß die Zuwanderung wesentlich konjunktur reagibler ist als die Abwanderung (vgl. Schaubild 1). So ergaben sich die Wanderungsdefizite der Jahre 1974 bis 1977 (insgesamt 159 200 Personen) nicht, wie man vielleicht hätte erwarten können, wegen verstärkter Fortzüge, sondern weil die hohen Zuzüge der Vorjahre ausblieben. Die Fortzüge dagegen verringerten sich während der Abschwungphase und minderten damit die Wanderungsverluste.

Ein entsprechendes Wanderungsverhalten läßt auch die seit 1981 andauernde Rezessionsphase erkennen. Während 1981 nahezu 30 % weniger Ausländer nach Baden-Württemberg zuwanderten als im Jahr zuvor, gingen auch die Fortzüge zunächst noch um 3,0 % zurück. Erst von der zweiten Jahreshälfte 1982 an stiegen auch die Fortzüge. Insgesamt kehrten binnen Jahresfrist 5,5 % mehr Ausländer in ihre Heimat zurück als 1981. Die Abnahme der Zuzüge setzte sich 1982 verstärkt fort (- 35,1 %).

Die Erklärung für das Abwanderungsverhalten während wirtschaftlicher Abschwungphasen dürfte hauptsächlich darin zu sehen sein, daß ein großer Teil der Ausländer sich schon recht lange in unserem Land aufhält. Im September 1975 waren rund ein Viertel der in Baden-Württemberg lebenden Ausländer zwischen sechs und zehn Jahren und nahezu ein Fünftel zehn Jahre und länger in der Bundesrepublik ansässig. 1982 machte die letztgenannte Gruppe schon über die Hälfte der anwesenden Ausländer aus. Zweifellos führen derartig lange Aufenthaltszeiten zu einer Verminderung der Mobilität, so daß eine Verschlechterung des Arbeitsplatzangebots eher eine abwartende Haltung zur Folge hat als eine Rückkehr ins Heimatland.

Generell ist die Reaktion auf konjunkturelle Schwankungen bei den Erwerbspersonen stärker und länger andauernd als bei den Nichterwerbspersonen. Diese schon in der Vergangenheit gemachte Beobachtung findet auch gegenwärtig wieder ihre Bestätigung. So gingen die Zuzüge der Erwerbspersonen - durch den gleichzeitig wirksam werdenden Anwerbestopp verstärkt - im Jahr 1974 um 58,4 % gegenüber dem Vorjahr zurück (von 140 300 auf 58 400 Personen), während sich die Nichterwerbspersonen nur um 6,4 % verringerten. Letztere hatten zudem nur in den Jahren 1975 bis 1977 Wanderungsverluste (insgesamt -

Tabelle 3

Ausländer nach ausgewählter Staatsangehörigkeit

Staatsangehörigkeit	1973 ¹⁾		1982 ¹⁾	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Ausland insgesamt	891 520	100	919 845	100
Europäisches Ausland	848 709	95,2	855 895	93,0
darunter				
Hauptanwerbeländer	762 858	85,6	757 293	82,3
Griechenland	100 866	11,3	73 453	8,0
Italien	207 355	23,3	188 046	20,4
Jugoslawien	213 394	23,9	184 009	20,0
Portugal	20 766	2,3	17 662	1,9
Spanien	48 973	5,5	28 803	3,1
Türkei	171 504	19,2	265 320	28,8

1) Stand 30. September.

Quelle: Ausländerzentralregister.

- 34 600 Personen), während die Erwerbspersonen von 1974 bis 1978 negative Salden aufwiesen (insgesamt - 139 000 Personen). Auch in den beiden vergangenen Jahren kehrten per Saldo mehr Erwerbspersonen in ihre Heimatländer zurück, als nach Baden-Württemberg zuzogen (1981: - 3800 Personen, 1982: - 20 700 Personen). Für die Nichterwerbspersonen ergab sich demgegenüber 1981 noch ein Wanderungsüberschuß (5700 Personen), dem erst 1982 ein Verlust folgte (- 16 300 Personen).

Die vom Konjunkturverlauf beeinflusste Wanderungsbewegung der Ausländer tangiert auch deren Geburtenentwicklung, soweit es sich bei den Zu- und Fortzügen um Frauen im gebärfähigen Alter handelt. So hatten die Wanderungsdefizite der Jahre 1974 bis 1977 von insgesamt 28 900 Ausländerinnen im Alter von 15 bis unter 45 Jahren einen Rückgang der ausländischen Geburtenüberschüsse in den Jahren 1975 bis 1978 zur Folge (vgl. Schaubild 2). Ein entsprechender Zusammenhang ist - etwas weniger ausgeprägt - auch wieder seit 1981 zu beobachten. Dabei dürften neuerdings zusätzlich eine allmähliche Anpassung an das niedrigere Fruchtbarkeitsniveau der deutschen Bevölkerung sowie die überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit der Ausländer eine gewisse Rolle spielen.

Nach Anwerbestopp höherer Anteil der Familiennachzüge

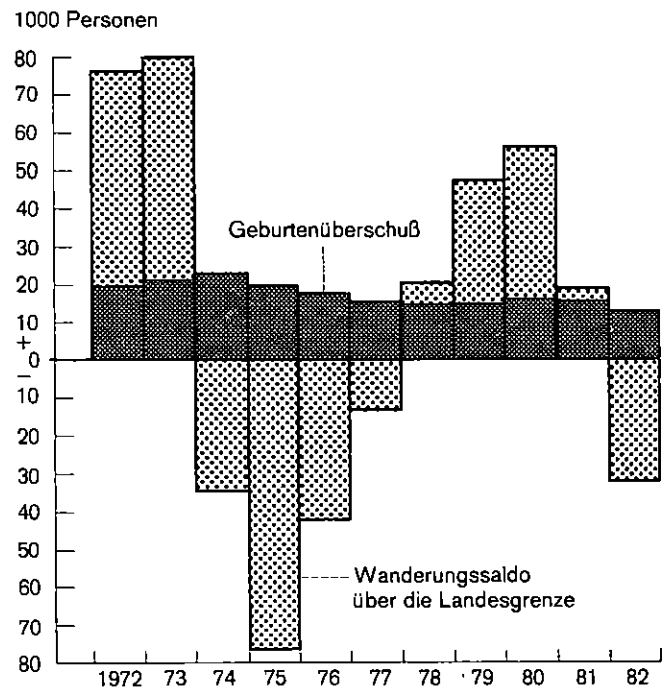
Neben der wirtschaftlichen Entwicklung als der wichtigsten Determinante für das Wanderungsverhalten der Ausländer hat die Familienzusammenführung in den letzten Jahren ein immer stärkeres Gewicht erlangt. Da in der Wanderungsstatistik keine Wanderungsgründe erhoben werden, können Erkenntnisse über Umfang und Struktur von Familienzusammenführungen allerdings nur auf indirektem Wege, nämlich über die erfaßten Merkmale Erwerbsperson/-Nichterwerbsperson sowie Geschlecht und Alter, gewonnen werden.

Mit der Verfügung des Anwerbestopps für Ausländer aus Nicht-EG-Ländern hat sich die Struktur der Zuzüge aus dem Ausland im Vergleich zu den vorausgegangenen Jahren entscheidend verändert. Waren 1973 von den 215 000 Zuwanderern noch 140 300 Erwerbspersonen (65,3 %), so kamen bereits 1974 mehr Nichterwerbspersonen (69 800) als Erwerbspersonen (58 400) über die Auslandsgrenze nach Baden-Württemberg (vgl. dazu auch Tab. 4).

Der Strukturwandel bei den Zuzügen, der bis heute anhält, fand aus den bereits oben erwähnten Gründen einen gleichgerichteten Niederschlag in den Wanderungssalden (vgl. Anhangtabelle 33). Von 1973 bis 1982 ergab sich bei den ausländischen Erwerbspersonen ein Wanderungsverlust von insgesamt 100 500, wobei das männliche Geschlecht mit mehr als zwei Dritteln überwog. Die Nichterwerbs-

Schaubild 2

Veränderung der ausländischen Wohnbevölkerung

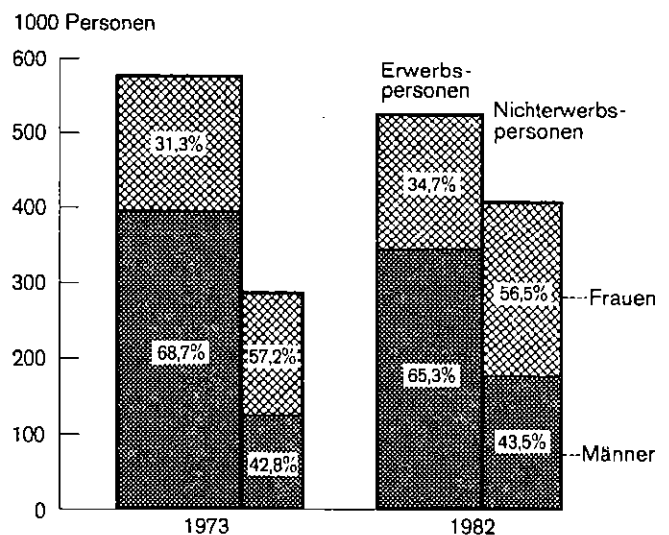


114 83

personen hatten demgegenüber einen Überschuß von 44 700; hier dominierten umgekehrt mit zwei Dritteln die Frauen. Wie Schaubild 3 zeigt, hat diese Entwicklung bei der ausländischen Wohnbevölkerung neben einer Veränderung in der Geschlechterproportion gleichzeitig eine erhebliche Verschiebung in der Relation von Erwerbspersonen zu Nichterwerbspersonen verursacht. Im Jahr 1973 standen 577 200 Erwerbspersonen 285 800 Nichterwerbspersonen

Schaubild 3

Ausländische Erwerbs- und Nichterwerbspersonen nach Geschlecht 1973 und 1982



115 83

Tabelle 4

Anteil der Erwerbspersonen an den Zuzügen aus den früheren Hauptanwerbeländern

Jahr	Ausländer insgesamt	Darunter					
		Griechen	Italiener	Jugoslawen	Portugiesen	Spanier	Türken
%							
1973	65,3	41,9	73,3	71,2	76,9	70,7	59,3
1974	45,5	25,0	62,1	51,4	26,0	36,2	28,9
1975	41,2	25,4	56,7	43,3	18,9	31,1	26,0
1976	41,4	28,7	63,5	36,1	15,1	32,6	20,4
1977	42,7	29,2	63,6	34,6	19,2	34,1	18,7
1978	43,3	31,8	63,9	33,7	15,6	32,4	16,7
1979	46,9	33,6	65,8	31,2	20,9	34,1	28,6
1980	47,9	34,6	62,4	33,6	24,7	43,8	37,6
1981	46,2	39,4	58,2	31,7	23,9	34,0	16,7
1982	44,8	37,3	55,3	33,4	27,9	38,3	21,3

Quelle: Bevölkerungsfortschreibung.

nen gegenüber, das heißt auf 100 Erwerbspersonen kamen 50 Nichterwerbspersonen. 1982 war diese Relation schon auf 78 gestiegen. Im gleichen Zeitraum hat sich das Verhältnis Erwerbspersonen zu Nichterwerbspersonen bei den männlichen Ausländern von 100 zu 31 auf 100 zu 52, bei den weiblichen Ausländern von 100 zu 90 auf 100 zu 127 verändert. Hierbei ist allerdings zu beachten, daß nachziehende Ehegatten in der Regel nach 4jährigem Aufenthalt und Kinder, die vor Erreichen des 18. Lebensjahres eingereist sind, nach 2jährigem Aufenthalt eine Arbeitserlaubnis erhalten und damit als Nachfrager auf dem Arbeitsmarkt auftreten können.

Unterschiedliche Strukturveränderungen in der Wanderung der Hauptanwerbeländer

Der Anwerbestopp Ende 1973 und der Konjunkturverlauf der nachfolgenden Jahre haben nicht nur das Ausmaß der Ausländerwanderung deutlich reduziert, sondern auch die Strukturen der Zu- und Fortzüge der einzelnen Nationalitäten unterschiedlich stark verändert (vgl. Anhangtabelle 33). So blieben die Zuzüge 1974 im Durchschnitt um 40,4 % hinter denen des Vorjahres zurück. Überdurchschnittliche Abnahmen verzeichneten dabei die Spanier (- 68,2 %), die Portugiesen (- 68,1 %), die Jugoslawen (- 48,3 %) und die Italiener (- 45,6 %), während die Türken (- 40,2 %) im Durchschnitt lagen und die Griechen (- 12,4 %) den geringsten Rückgang hatten.

Betrachtet man den Zeitraum von 1974 bis 1982 als Ganzes, so ergeben sich rund 912 000 Zuzüge vom Ausland nach Baden-Württemberg, denen 1,028 Mill. Fortzüge über die Bundesgrenze gegenüberstehen. Daraus errechnet sich ein wanderungsbedingter Rückgang der nichtdeutschen Wohnbevölkerung um 116 000 Personen. Von den Zuzügen dieses Zeitrau-

mes entfielen 67,9 % auf die sechs Hauptanwerbeländer; bei den Fortzügen waren es 76,9 %. Beide Quoten weisen seit Verhängung des Anwerbestopps einen Abwärtstrend auf. 1973 stammten 84,3 % der zugewanderten Ausländer aus den Hauptanwerbeländern, 1982 waren es nur noch knapp die Hälfte (49,2 %). Bei den Fortzügen sind die Anteile von 83,0 % auf 66,4 % zurückgegangen.

Eine Zusammenfassung der Wanderungssalden der Jahre 1974 bis 1982 ergibt nur bei den türkischen Staatsangehörigen einen Wanderungsüberschuß von 25 000 Personen (darunter 22 000 weiblich, das sind 88 %). Bei den übrigen fünf Nationalitäten kehrten dagegen jeweils mehr Personen in ihr Heimatland zurück, als nach Baden-Württemberg zuwanderten. Zusammen machten diese Defizite 197 100 Personen aus. Auf den betreffenden Bevölkerungsstand vom September 1973 bezogen, hatten die Spanier von 1974 bis 1982 mit 54,6 % den relativ höchsten Wanderungsverlust (- 26 700 Personen). Es folgten die Griechen mit 46,6 % (- 47 000 Personen), die Portugiesen mit 46,4 % (- 9600 Personen), die Jugoslawen mit 28,5 % (- 60 700 Personen) und die Italiener mit 25,6 % (- 53 000 Personen). Schaubild 4 zeigt den Effekt dieser Bewegungen sowie auch den der natürlichen Bevölkerungsentwicklung auf die Struktur nach Nationalitäten in Verbindung mit der Relation von Männern zu Frauen.

Da Angehörige aus EG-Ländern wegen der vertraglich gewährleisteten Freizügigkeit in der Wahl des Arbeits- und Aufenthaltsortes grundsätzlich ohne Einschränkung zuwandern können, wurden die Italiener von dem 1973 verfügbaren Anwerbestopp nicht berührt. Während der Anteil der Erwerbspersonen an den Zuzügen bei den übrigen Hauptanwerbeländern von 1973 auf 1974 signifikant zurückging - zwischen 28 % bei den Jugoslawen und 66 % bei den Portugie-

sen -, wirkte sich bei der Abnahme des Erwerbspersonenanteils an den Zuwanderungen aus Italien (- 15 %) offenbar nur die rezessive Wirtschaftsentwicklung aus, was auch die weitere Entwicklung bis 1982 bestätigt (vgl. Tabelle 4).

Ganz deutlich hat sich der zum 1. Januar 1981 erfolgte EG-Beitritt Griechenlands im Anteil der Erwerbspersonen an den Zuzügen niedergeschlagen; dieser erhöhte sich trotz rückläufiger Konjunktur entgegen der allgemeinen Tendenz um nahezu 14 % und hat sich damit wieder dem Wert von 1973 angenähert.

Eine starke Abweichung von der generellen Entwicklung ist bei den Zuzügen der Türken in den Jahren 1979 und 1980 festzustellen. Die sprunghafte Zunahme des Erwerbspersonenanteils von 16,7 % im Jahr 1978 auf 28,6 % im Jahr 1979 und weiter auf 37,6 % im Jahr 1980 findet ihre Erklärung zweifellos in dem explosionsartigen Anstieg der Asylbewerber, von denen 60 % türkische Staatsangehörige waren. Nachdem der Zustrom der Asylbewerber im Laufe des Jahres 1980 durch eine Reihe von Maßnahmen abgebremst worden war (z.B. Verbot der Arbeitsaufnahme und Unterbringung in Sammelunterkünften für die Dauer des Asylverfahrens, Versagung des Kindergeldes, Einführung der Visumpflicht für verschiedene Staatsangehörige, darunter ab Mitte Oktober 1980 für die Türken), ging auch der Erwerbspersonenanteil an den Zuzügen bei den Türken wieder auf das Ausgangsniveau von 1978 zurück.

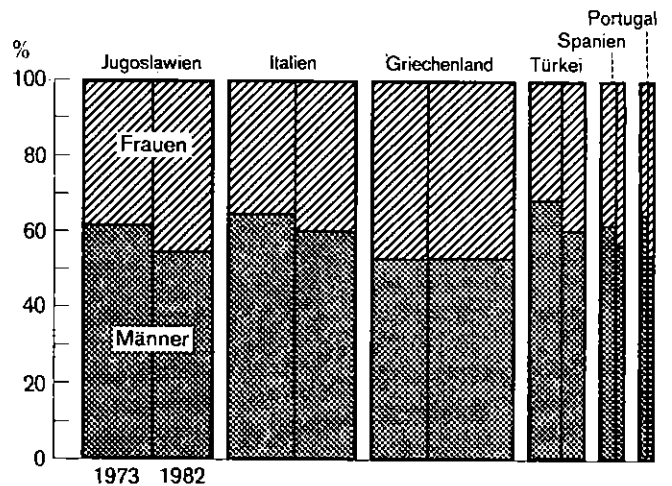
Zunehmende Bedeutung der 10- bis unter 18jährigen an der Wanderung

Die Zuwanderung der ausländischen Erwerbspersonen bewegt sich seit dem starken Einbruch im Jahr 1974 auf einem bedeutend niedrigeren Niveau als zuvor und wird seither von den Zuzügen der Nichterwerbspersonen übertroffen (Anhangtabelle 29). Dennoch spielt die Wanderung aus Erwerbsgründen bei den Ausländern nach wie vor eine ganz wesentliche Rolle. Dies geht u.a. auch aus der Altersstruktur der Wanderungsströme hervor. So liegt der Schwerpunkt der Wanderungsbewegung bei den 18- bis unter 35jährigen. Allerdings hat ihr Gewicht etwas abgenommen. Entfielen im Jahr 1973 bei den Zuzügen auf diese Gruppe im sog. mobilen Alter noch 56,3 %, so waren es 1982 knapp 50 % (Fortzüge: 50,5 % bzw. 46,5 %). Betrachtet man nur die Wanderung der Erwerbspersonen so machten hier die 18- bis unter 35jährigen 69,2 % (66,1 %) der Zuzüge und 61,2 % (60,2 %) der Fortzüge aus. Die Relationen sind hier also nahezu unverändert.

Obwohl somit diese mobilen Altersgruppen nach wie vor den Hauptteil der Wanderungsbewegung ausmachen, bestimmen sie in Jahren mit Wanderungsüberschüssen immer weniger

Schaubild 4

Ausländer aus den Hauptanwerbeländern nach Geschlecht 1973 und 1982



142 83

den Bevölkerungsteil, der schließlich im Lande verbleibt (Tabelle 5). Betrug 1973 der Anteil der per Saldo in der Altersgruppe der 18- bis unter 35jährigen an der Summe der Wanderungsüberschüsse in den einzelnen Altersgruppen noch fast 70 %, so sank dieser Anteil über 64 % (1978) auf 55,6 % im Jahr 1980 und schließlich auf knapp 40 % 1981. Zunehmende Bedeutung gewann demgegenüber die Altersgruppe der 10- bis unter 18jährigen, deren entsprechender Anteil von knapp 20 % über 32 % und 33,5 % auf schließlich 60,7 % (1981) stieg. In den Jahren mit einem insgesamt negativen Wanderungssaldo verzeichnete dieser Altersbereich entweder noch deutliche Zunahmen (so 1974) oder - im Vergleich zu anderen Altersgruppen - nur sehr geringe Abnahmen (so 1976 und 1982). Diese problematischen Altersgruppen prägen somit zunehmend den ausländischen Bevölkerungsteil, der Jahr für Jahr im Lande verblieb, - problematisch insofern, als sie mit zunehmendem Alter immer schwieriger in das deutsche Bildungssystem eingegliedert werden können. Letzteres ist jedoch Voraussetzung für eine erfolgreiche Ausbildung und für bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Eine weitere Untergliederung nach Nationalitäten ergibt, daß die meisten der zugewanderten Jugendlichen dieser Altersgruppe - mit Anteilen um 70 % in den Jahren 1978, 1980, 1981 - die türkische Nationalität haben.

In den Altersgruppen ab 45 Jahren (bei den Erwerbspersonen ab 40 Jahren) kehrten im Beobachtungszeitraum regelmäßig mehr Ausländer in ihr Heimatland zurück, als nach Baden-Württemberg zuwanderten, und zwar auch in den Jahren wirtschaftlicher Aufwärtsentwicklung. Die Verluste ergaben sich dabei ganz überwiegend aus der Wanderung der Männer.

Tabelle 5

Wanderungssaldo der Ausländer nach Altersgruppen

Jahr	Staatsangehörigkeit	Wanderungssaldo insgesamt	Davon waren im Alter von ... bis unter ... Jahren				
			unter 10	10 – 18	18 – 35	35 – 45	45 und mehr
1973	Ausländer insgesamt	60 543	5 165	12 044	42 682	1 498	– 846
	darunter Türken	29 813	3 575	5 386	18 435	2 303	114
1974	Ausländer insgesamt	– 30 947	2 842	4 801	– 18 591	– 13 305	– 6 695
	darunter Türken	4 575	3 880	3 068	– 195	– 1 807	– 372
1976	Ausländer insgesamt	– 40 347	– 9 087	– 436	– 11 490	– 12 459	– 6 875
	darunter Türken	– 6 535	– 1 393	720	– 1 673	– 3 259	– 930
1978	Ausländer insgesamt	5 991	– 805	4 944	8 509	– 3 470	– 3 187
	darunter Türken	7 170	2 229	3 461	2 411	– 651	– 282
1980	Ausländer insgesamt	39 588	3 604	13 562	22 560	794	– 933
	darunter Türken	25 505	3 851	10 052	9 837	1 386	379
1981	Ausländer insgesamt	1 928	– 1 346	6 599	956	2 271	– 2 009
	darunter Türken	– 891	– 9	4 499	– 3 785	– 894	– 702
1982	Ausländer insgesamt	– 37 020	– 7 380	– 1 627	– 15 215	– 6 594	– 6 204
	darunter Türken	– 10 954	– 1 991	– 653	– 5 615	– 1 480	– 1 215

Quelle: Bevölkerungsfortschreibung.

Unterschiedliches Wanderungsverhalten der Nationalitäten

Das Wanderungsverhalten der Ausländer in den Rezessionsjahren 1981/82 unterscheidet sich von dem in der vorangegangenen Abschwungphase 1974/76 insofern, als damals durch den verhängten Anwerbestopp eine neue Situation geschaffen worden war. Die ergriffene Maßnahme führte nicht nur zu einer zusätzlichen Verringerung der Zuwanderung von Erwerbspersonen aus Nicht-EG-Ländern, sondern hatte gleichzeitig einen verstärkten Familiennachzug, insbesondere aus den früheren Hauptanwerbeländern, zur Folge. So sind z. B. einerseits die Zuzüge der 18- bis unter 40jährigen 1974 um die Hälfte gegenüber 1973 zurückgegangen (bei den Erwerbspersonen betrug die Abnahme sogar rd. 61 %), andererseits ist dabei der Anteil der Nichterwerbspersonen an den Zuwanderungen von nicht ganz 20 % auf über ein Drittel angestiegen (darunter drei Viertel Frauen). Bei den Kindern im Alter von 3 bis unter 10 Jahren waren die Zuzüge 1974 sogar höher als im Vorjahr, und die unter 3jährigen sowie die 10- bis unter 15jährigen hatten nur relativ geringe Abnahmen zu verzeichnen.

Demgegenüber wurde 1981 lediglich bei den 55- bis unter 65jährigen ein kleiner Anstieg der Zuzüge gegenüber dem Vorjahr registriert, während insgesamt die Zuzüge um rd. 30 % zurückgingen. 1982 nahmen sie dann in sämtlichen Altersgruppen nochmals um insgesamt 35,1 % ab. Besonders ragte dabei die Gruppe der 15- bis unter 18jährigen heraus, deren Zuzüge einen weit überdurchschnittlichen Rückgang (– 59,0 %) aufwiesen. Diese Entwicklung läßt erkennen, daß die Ende September 1981 beschlossene Herabsetzung des Nachzug-

alters für ausländische Jugendliche aus Nicht-EG-Staaten auf 16 Jahre offensichtlich nicht ohne Wirkung geblieben ist. Während der Anteil der einzelnen Altersgruppen an den gesamten Zuzügen sich kaum verändert hat bzw. durchgehend leicht zunahm, sank er in der Gruppe der 15- bis unter 18jährigen deutlich von 7,1 % auf 4,5 % (Anhangtabelle 32).

Das unterschiedliche Wanderungsverhalten der Ausländer in den Rezessionsphasen 1973/74 und 1981/82 wird mitbestimmt durch ein jeweils unterschiedliches Verhalten der Nationalitäten (Anhangtabelle 33). 1974 wanderten besonders viele Italiener, Jugoslawen und Spanier per Saldo über die Auslandsgrenze ab, verstärkt 1975 und auch noch 1976/77 um Angehörige der griechischen Nationalität. Demgegenüber wanderte der türkische Bevölkerungsteil 1974 per Saldo weiterhin zu und ist an den Abwanderungen der Jahre 1975 bis 1977 weit unterdurchschnittlich beteiligt, während er wiederum die Zuwanderungswelle der Jahre 1978 bis 1980 im wesentlichen bestimmt. So waren von den 77 945 in dieser Zeit insgesamt zugewanderten Ausländern fast 70 % (68,9 %) Türken. 1981 bestimmte die Zuwanderung von Asylanten mit außereuropäischen Nationalitäten die Wanderungsbilanz, wobei knapp 900 Personen türkischer Staatsangehörigkeit das Land per Saldo verließen. Der sich hier abzeichnende Umschwung im Wanderungsverhalten der Türken setzte sich 1982 fort. Erstmals im Beobachtungszeitraum wanderten sie in merkbarem Ausmaß zurück und bestimmten mit einem Anteil von 30 % zusammen mit den Italienern (39 %) den Abwanderungssaldo.

Die Wanderungsschwerpunkte einzelner Nationen unterscheiden sich auch in den Altersgruppen zum Teil erheblich voneinander (Anhang-

tabellen 30 und 32). Besonders starke Abweichungen vom Durchschnitt lassen sich im Beobachtungszeitraum bei den Türken feststellen. Im Jahr 1973 lagen die Schwerpunkte der Wanderungsbewegung in den Altersgruppen von 21 bis unter 35 Jahren (46,8 % der Zuzüge) bzw. von 25 bis unter 40 Jahren (38,9 % der Fortzüge) und damit durchaus im durchschnittlichen Rahmen. Nach Verhängung des Anwerbstopps fand dann 1974, als Folge verstärkten Familiennachzugs und ausbleibender Zuwanderungen von Erwerbspersonen (Rückgang gegenüber 1973: -70,8 %), bei den Zuzügen eine außergewöhnliche Verlagerung des Schwerpunkts statt: rund 35 % der Zuzüge waren Kinder und Jugendliche im Alter von 3 bis unter 15 Jahren, während nur noch 28,4 % der Zuwanderer auf die Gruppe der 21- bis unter 35jährigen entfielen.

Die 3- bis unter 15jährigen bildeten bis 1978 den Schwerpunkt (42,3 %). 1979 verlagerte sich dann das Hauptgewicht in die Gruppe der 6- bis unter 18jährigen, wo der Anteil 1981 nicht weniger als 52,4 % erreichte. 1982 lag der Schwerpunkt der Zuzüge mit 35,6 % bei den 6- bis unter 15jährigen.

Bei den Griechen ist bereits 1973 ein Schwerpunkt bei den Zuzügen der 3- bis unter 15jährigen zu erkennen (30,9 %), der durch den Anwerbstopp deutlich an Gewicht gewonnen hat (1974: 45,4 %). Einen zweiten Schwerpunkt bildeten die Zuzüge der 21- bis unter 25jährigen. Die Fortzüge der Griechen erfolgten von 1973 bis 1976 hauptsächlich im Alter von 25 bis unter 40 Jahren, danach wurde ihre altersbezogene Verteilung gleichmäßiger.

Bei den Italienern lag das altersbezogene Hauptgewicht sowohl der Zuzüge als auch der Fortzüge während des ganzen Beobachtungszeitraums bei den 18- bis unter 30jährigen. Die Ergebnisse weisen ansonsten keine Auffälligkeiten auf, was sich zweifellos aus der Zugehörigkeit Italiens zur Europäischen Gemeinschaft erklärt.

Die Jugoslawen wandern in verstärktem Umfang im Alter zwischen 21 und 30 Jahren in unser Land ein und haben die höchsten Rückkehranteile im Alter von 21 bis unter 35 Jahren. Auch bei ihnen hat der Anwerbstopp zu einem vorübergehenden Anstieg der Zuzüge im Alter bis unter 6 Jahren geführt.

Seit 1978 ist in der Gruppe der 6- bis unter 10jährigen ein auffallend hoher Anteil der Fortzüge festzustellen, was darauf hindeuten könnte, daß die Kinder mit Beginn der Schulpflicht in verstärktem Maße in ihr Heimatland zurückgebracht werden.

Dieselbe Beobachtung kann übrigens schon für einige Jahre früher bei den Portugiesen und Spaniern festgestellt werden.

Zusammenfassung

- Für die Entwicklung der ausländischen Bevölkerung waren ursprünglich ganz überwiegend beschäftigungs- und arbeitsmarktbezogene Gründe ausschlaggebend. Durch eine gezielte Anwerbung von Arbeitskräften aus bestimmten Ländern entwickelte sich in unserem Lande eine Ausländerpopulation, die hauptsächlich aus männlichen Erwerbspersonen im Alter von 18 bis 30 Jahren bestand.
- Neben der Wanderungsseite erlangte in der Folgezeit - insbesondere seit Beginn der 70er Jahre - auch die natürliche Bevölkerungsentwicklung ein immer größeres Gewicht. Aus heutiger Sicht kann davon ausgegangen werden, daß die Gesamtzahl der Ausländer in Baden-Württemberg längerfristig gesehen auch ohne Wanderungsüberschüsse zunehmen wird, und zwar bis zum Jahr 1990 auf 1,02 Mill. und bis zum Jahr 2000 auf 1,09 Mill. Personen.
- Außer von verschiedenen Maßnahmen wurde das Wanderungsverhalten der Ausländer nach wie vor deutlich vom Konjunkturverlauf beeinflußt. Dabei ist die Zuwanderung wesentlich konjunkturreegibler als die Abwanderung. Deutlich zeigt dies wieder die seit 1981 anhaltende Rezessionsphase. Während 1981 nahezu 30 % weniger Ausländer nach Baden-Württemberg zuwanderten als im Jahr zuvor, gingen auch die Fortzüge zunächst noch um 3,0 % zurück. Erst von der zweiten Jahreshälfte 1982 an nahmen auch sie zu. Insgesamt kehrten binnen Jahresfrist 5,5 % mehr Ausländer in ihre Heimat zurück als 1981. Die Abnahme der Zuzüge setzte sich 1982 verstärkt fort (- 35,1 %). Außerdem ist die Reaktion auf konjunkturelle Schwankungen bei Erwerbspersonen generell stärker und länger anhaltend als bei Nichterwerbspersonen.
- Nach der Verfügung des Anwerbstopps für Ausländer aus Nicht-EG-Ländern im November 1973 hat sich der Anteil der Familiennachzüge erheblich erhöht. Waren 1973 von den 215 000 Zuwanderern noch zwei Drittel Erwerbspersonen (140 300), so kamen bereits ein Jahr später mehr Nichterwerbspersonen (69 800) als Erwerbspersonen (58 400) über die Auslandsgrenze nach Baden-Württemberg.
- Der Schwerpunkt der Wanderungsbewegung der Ausländer insgesamt liegt bei den 18- bis unter 35jährigen. Im Jahr 1982 entfielen auf diese Gruppe die Hälfte der Zuzüge und 46 % der Fortzüge. Noch deutlicher kommt dies bei den Erwerbspersonen zum Ausdruck. Hier betragen die betreffenden Werte sogar zwei Drittel und 60 %.
- In den Altersgruppen ab 45 Jahren (bei den Erwerbspersonen ab 40 Jahren) kehr-

ten im Beobachtungszeitraum regelmäßig mehr Ausländer in ihr Heimatland zurück, als nach Baden-Württemberg zuwanderten, und zwar auch in den Jahren wirtschaftlicher Aufwärtsentwicklung. Die Verluste ergaben sich dabei ganz überwiegend aus der Wanderung der Männer.

- Die Wanderungsschwerpunkte einzelner Nationen unterscheiden sich zum Teil erheblich voneinander. Dabei spielt eine Rolle, ob es sich um EG- oder Nicht-EG-Länder handelt. Besonders starke Abweichungen vom Durchschnitt lassen sich in den Jahren 1974 bis 1982 bei den Türken feststellen. Seit Verhängung des Anwerbestopps liegt hier das Hauptgewicht der Zuzüge bei den Kindern und Jugendlichen. Ein Höhepunkt wurde 1981 erreicht, wo die 6- bis unter 18jährigen mehr als die Hälfte der Zuwanderung ausmachten. Insgesamt gesehen ergibt sich im Beobachtungszeitraum nur für die Türken ein Wanderungsüberschuß (25 000 Personen); bei den Ausländern aus den übrigen fünf Hauptanwerbeländern kehrten dagegen jeweils mehr Personen in ihre Heimat zurück (insgesamt rund 602 000 Personen), als nach Baden-Württemberg zuwanderten (insgesamt rund 405 000 Personen).

4. Bildung und Forschung

4.1 Die Berufsausbildung im dualen System

Das duale System der Berufsausbildung ist dadurch gekennzeichnet, daß sowohl die Schule als auch der Betrieb an der Vermittlung theoretischer wie praktischer Kenntnisse und Fähigkeiten beteiligt sind. Der Staat wirkt an der Berufsausbildung vor allem über die schulische Unterrichtung der Auszubildenden (Lehrlinge) und über die Festlegung des gesetzlichen Rahmens mit. Entscheidend für den Abschluß von Ausbildungsverträgen, für die praktische Seite der Berufsausbildung und schließlich ihre Beendigung in Form einer Prüfung sind die Kammern von Industrie und Handel, Handwerk und freien Berufen; zu diesen quantitativ wichtigsten Trägern der Berufsausbildung gesellt sich noch für den Öffentlichen Dienst sowie die Haus- und Landwirtschaft der Staat als Ausbildungsträger. Nicht zum dualen System rechnen Ausbildungsgänge an Vollzeitschulen, beispielsweise in Krankenpflege- oder Assistentenberufen. Zum dualen System im weiteren Sinne zählen auch die Berufsakademien. Diese Einrichtungen sind ausschließlich Abiturienten vorbehalten und werden dem Tertiärbereich zugeordnet, weshalb sie hier außer Betracht bleiben.

Das duale System der Berufsausbildung hatte eine große Bewährungsprobe am Ende der 70er Jahre zu bestehen, als die Zahl der Schulabgänger infolge geburtenstarker Jahrgänge sehr stark anwuchs. In dieser Situation gelang es durch Anstrengung aller Beteiligten, für die wachsende Absolventenzahl eine erheblich größere Zahl an Ausbildungsplätzen bereitzustellen. Als Resultat dieser Bemühungen ist die Zahl der Lehrlinge allein zwischen 1977 und 1980 von knapp 198 000 auf über 260 000 (+ 31,6 %) angewachsen. Es hat sich weiterhin gezeigt, daß die Zahl der weiblichen Lehrlinge in dem genannten Dreijahres-Zeitraum überproportional (+ 40,8 %) angestiegen ist (Tabelle 1). Trotz dieser Entwicklung sind die Mädchen bei der dualen Ausbildung immer noch unterrepräsentiert und besuchen wesentlich häufiger als Jungen nach dem Abgang aus dem allgemeinbildenden Schulwesen eine berufliche Vollzeitschule.

Diese positive Entwicklung sowohl bei der Gesamtzahl der Lehrlinge als auch hinsichtlich des überdurchschnittlichen Zuwachses bei den weiblichen Lehrlingen hat sich 1981 nicht entsprechend fortgesetzt, obwohl die Zahl

der Schulabgänger noch nicht rückläufig ist. Die Gesamtzahl der Auszubildenden ging 1981 um 1,8 % zurück, für 1982 ist nach vorläufigen Zahlen ebenfalls mit einem Rückgang gegenüber dem Vorjahr (- 0,9 %) zu rechnen.

Ausbildungsnachfrage hängt von vielen Faktoren ab

Die Gesamtzahl der Lehrlinge berücksichtigt alle diejenigen, die sich am Stichtag (31.12.) des Berichtsjahres in der dualen Berufsausbildung befunden haben, also beispielsweise auch diejenigen, die 2 oder 3 Jahre zuvor ihren Vertrag abgeschlossen und am Stichtag ihre Ausbildung noch nicht abgeschlossen hatten. Für die aktuelle Lage auf dem Lehrstellenmarkt ist ein Vergleich der jeweils im Berichtsjahr abgeschlossenen Ausbildungsverträge von höherer Aussagekraft. Hier war im Jahre 1980 mit über 100 000 Neuverträgen ein Höhepunkt erreicht worden. 1981 ging die Zahl der neu abgeschlossenen Verträge auf knapp 96 000 zurück und stieg 1982 wieder auf 97 000 an (Tabelle 1). Dabei zeigt sich bei Betrachtung der Nachfragekomponente, daß sich die Gesamtzahl der Abgänger aus allgemeinbildenden Schulen noch nicht verringert hat, aber eine Verschiebung zu den mittleren und höheren Abschlüssen erfolgt ist. Diese Unterscheidung nach Abschlußniveau ist deshalb von Bedeutung, weil die Abgänger aus Gymnasien - auch die mit mittlerer Reife - nicht in gleichem Maße als Nachfrager nach Ausbildungsplätzen auftreten wie die Absolventen der Haupt- und Sonderschule. Bei der zuletzt 1981 durchgeführten Befragung der Entlassschüler nach ihren Berufs- und Ausbildungszielen strebten rund zwei Drittel der männlichen Hauptschüler eine Lehre an, während von den männlichen Abgängern aus den Klassenstufen 10 bis 12 des Gymnasiums nur 28 % eine Ausbildung im dualen System beabsichtigten¹. Doch selbst wenn man eine nach Schularten bzw. Abschlußniveau gestaffelte Ausbildungsquote berücksichtigt, ergab sich im Jahre 1982 noch ein leicht steigender Bedarf an Lehrstellen. Das zeigt sich auch an der Bilanz von Angebot und Nachfrage im Berufsbildungs-

¹ Stichtag der Befragung der Entlassschüler im Schuljahr 1980/81 war der 14.5.1981.

Tabelle 1

Auszubildende neu abgeschlossene Ausbildungsverträge und Schulabgänger

Berichtsjahr	Auszubildende		Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge	Schulabgänger aus allgemeinbildenden Schulen		
	insgesamt	darunter weiblich		insgesamt	ohne Hauptschulabschluß	darunter mit
1977	197 742	70 926	81 699	140 231	16 817	68 805
1978	222 495	81 723	91 796	147 189	16 538	70 717
1979	244 111	92 074	97 690	147 459	14 319	72 232
1980	260 190	99 850	100 892	151 503	14 592	70 153
1981	255 437	98 803	95 933	150 199	13 376	62 311
1982 ¹⁾	253 054	98 444	97 592	153 417	13 160	61 717

1) Vorläufige Zahlen.

Quelle: Amtliche Schulstatistik bzw. Angaben der Kammern im Rahmen der Berufsbildungsstatistik.

bericht 1983², die in Tabelle 2 für Baden-Württemberg und das Bundesgebiet dargestellt ist. Danach überstieg noch 1981 die Zahl der unbesetzten Plätze die Zahl der unvermittelten Bewerber jeweils sehr deutlich, während 1982 für Baden-Württemberg eine erhebliche Reduzierung dieses positiven Saldos und für das Bundesgebiet insgesamt sogar ein negativer Saldo zu verzeichnen ist. Nach den Statistischen Angaben des Landesarbeitsamtes, die allerdings kein vollständiges Bild ergeben, ist in der Zeit vom Oktober 1982 bis März 1983 die Zahl der unbesetzten Berufsausbildungsstellen weiter zurückgegangen, während die Zahl der nichtvermittelten Bewerber angestiegen ist.

Über die Ausbildungsplatzsituation gibt auch die amtliche Statistik der Berufsschulen gewisse Aufschlüsse. Von den im Schuljahr 1982/83 in die Berufsschulen³ neueingetretenen knapp 95 000 Schüler hatten rund 12 100 keinen Ausbildungsvertrag. Stellt man diese Relation in einen längerfristigen Zusammenhang (Tabelle 3), so zeigt sich hinsichtlich des Lehrstellenmarkts hier eher eine positive Entwicklung.

Alle hier vorgestellten Indikatoren für die Versorgung mit Ausbildungsplätzen weisen gewisse Mängel auf. Sie beruhen im wesentlichen auf globalen Betrachtungen und vernachlässigen die Struktur des Ausbildungsplatzangebots bzw. der Nachfrage. Infolge der Konzentration des Angebots auf bestimmte Branchen und Regionen und der Nachfrage auf bestimmte Berufe kommt es nicht in allen Fällen zum Ausgleich dieser Bedarfsfaktoren.

Dies dürfte dazu führen, daß Jugendliche, nachdem sie ihren Ausbildungswunsch nicht realisieren konnten, durch den weiteren Besuch einer Vollzeitschule sich bessere Chancen verschaffen wollen oder die Realisierung ihrer Berufswünsche auf andere Weise zeitlich verschieben.

Vorbildungsniveau der Berufsschüler angehoben

Die vor allem bei Mädchen sich verstärkende Tendenz, durch eine Verlängerung des allgemeinen oder beruflichen (Vollzeit-) Schulbesuchs die Chancen auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt zu erhöhen, hat zusammen mit der Änderung des Übergangsverhaltens auf weiterführende Schulen in den 70er Jahren zu einer deutlichen Verschiebung der Qualifikationsstruktur beim Eintritt in die Berufsschule geführt. In Schaubild 1 sind die Neuzugänge an den Teilzeitschulen nach dem zuletzt erreichten Schulabschluß für die Schuljahre 1977/78 und 1982/83 aufgegliedert. Dem-

Tabelle 2

Netto-Angebot und -Nachfrage nach Ausbildungsplätzen¹⁾

Netto-Angebot bzw. -Nachfrage	Baden-Württemberg		Bundesgebiet	
	1981	1982	1981	1982
	Anzahl			
1. Unbesetzte Plätze	8 831	5 152	37 348	20 155
2. Unvermittelte Bewerber	2 716	4 213	22 140	35 991
3. Saldo (1. ./ 2.)	+ 6 115	+ 939	+ 15 208	-15 836

1) Es sind nur die bei den Arbeitsämtern bekannten unbesetzten Plätze bzw. unvermittelten Bewerber berücksichtigt. Die abgeschlossenen Verträge (Tabelle 1, Spalte 3) bleiben außer Betracht. Quelle: Berufsbildungsbericht 1983, Tabelle 2/3, Seite 107.

2 Schriftenreihe "Berufliche Bildung 15", herausgegeben vom Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Bonn 1983.

3 Einschl. Sonderberufsschulen und Teilzeit-Berufsgrundbildungsjahr.

nach hat sich innerhalb von 5 Jahren der Anteil der Berufsschulanfänger mit mindestens mittlerem Abschluß mehr als verdoppelt und beträgt jetzt 46,1 % gegenüber 20,2 % im Schuljahr 1977/78. Beschränkt man sich auf die Schüler mit Ausbildungsvertrag, so hat jetzt nahezu die Hälfte (49,5 %) der Neueintritte in die beruflichen Teilzeitschulen mindestens einen mittleren Abschluß. Der entsprechende Anteil bei den weiblichen Zugängen mit Ausbildungsvertrag beträgt bereits 60 %. In dieser Quote sind auch die im beruflichen Schulwesen erreichten zusätzlichen Qualifikationen enthalten. So kann über den erfolgreichen Besuch einer Berufsfachschule - aufbauend auf einem erfolgreichen Hauptschulabschluß - innerhalb von 2 Jahren die Fachschulreife erworben werden, die dem mittleren Abschluß an einer allgemeinbildenden Schule gleichgestellt ist.

Die Statistik der beruflichen Ausbildung liefert erstmals für das Berichtsjahr 1982 Angaben über die Vorbildung der Auszubildenden, allerdings beschränkt auf einzelne Ausbildungsbereiche und ohne Differenzierung nach Zugängen und Altbestand. Für den Bereich Industrie und Handel sind die Ergebnisse in Anhangtabelle 34 zusammengestellt. Daraus ist zu entnehmen, daß zu den kaufmännischen Ausbildungsberufen bereits in erheblichem Maße Abiturienten Zugang gefunden haben; auch der Anteil der Realschul- und Berufsfachschulabsolventen ist bei den kaufmännischen Berufen höher als im gewerblichen Ausbildungssektor. Allerdings gibt es auch im gewerblichen Bereich einzelne Berufsfelder, die zunehmend von Schülern mit mittlerem Abschluß besucht werden. Als Beispiel ist in Anhangtabelle 34 das Berufsfeld Elektrotechnik aufgeführt, in dem etwa zwei Drittel aller Lehrlinge zuvor einen mittleren Bildungsabschluß erworben hatten.

Tabelle 3

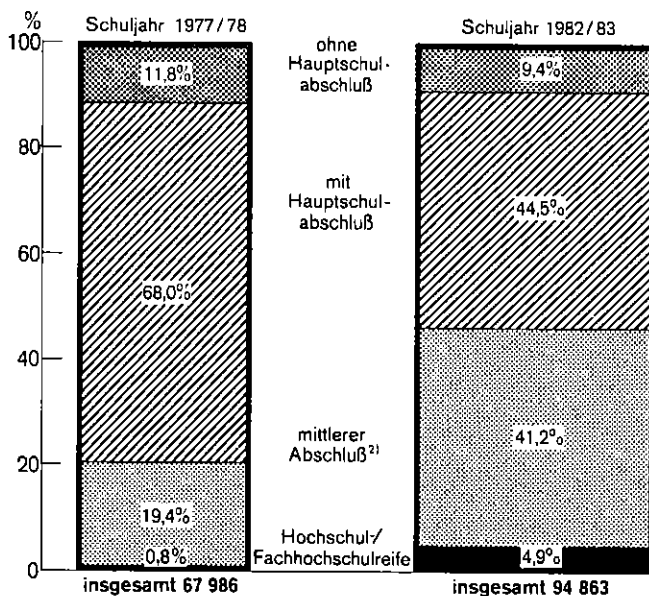
Neueingetretene Schüler an den beruflichen Teilzeitschulen¹⁾

Schuljahr	Neueingetretene Schüler		
	insgesamt	darunter ohne Ausbildungsvertrag	
		Anzahl	%
1975/76	62 888	10 527	16,7
1977/78	67 986	11 467	16,9
1978/79	92 852	13 405	14,4
1979/80	99 496	13 389	13,3
1980/81	101 552	13 846	13,6
1981/82	94 840	13 649	14,4
1982/83	94 863	12 095	12,7

1) Öffentliche und private Berufs- und Sonderberufsschulen einschl. kooperatives Berufsprüfungsjahr.

Schaubild 1

Neueingetretene Berufsschüler¹⁾ nach schulischer Vorbildung



1) Öffentliche und private Berufs- und Sonderberufsschulen. 1977/78 einschl. gewerblichem Berufsprüfungsjahr, 1982/83 einschl. Teilzeit-Berufsprüfungsjahr. - 2) Realschul- oder gleichwertiger Abschluß (einschl. Fachschulreife).

171 83

Handwerkliche Ausbildung expandierte stärker

Im Bereich des Handwerks sind anders als in Industrie und Handel die Schüler mit Hauptschulabschluß deutlich in der Überzahl. In diesem Zusammenhang ist es bemerkenswert, daß das Handwerk seine Ausbildungskapazitäten stärker ausgedehnt hat als der Bereich Industrie und Handel. Außerdem ist die überdurchschnittliche Zunahme der besetzten Ausbildungsplätze (+ 30,7 % in den letzten 5 Jahren) im Handwerk in besonderem Maße den Mädchen zugute gekommen, die in diesem Bereich im Zeitraum von 1977 bis 1982 mit 45,5 % eine überdurchschnittliche Zuwachsrate erreichten (Anhangtabelle 36). Im quantitativ wichtigsten weiblichen Handwerksberuf "Friseur" wurde nur noch eine geringe Steigerung erreicht, die größten Zuwachsraten für Mädchen sind in den Ausbildungsberufen "Maler und Lackierer", "Tischler", "Bäcker" und "Konditor" festzustellen. Insgesamt gesehen sind die Mädchen allerdings in den gewerblichen Berufen stark unterrepräsentiert. Dies gilt auch für gewerbliche Berufe in Industrie und Handel, wo das Schwergewicht der weiblichen Ausbildungsbeteiligung nach wie vor in den kaufmännischen Berufen zu finden ist; deren Bedeutung hat aber in den vergangenen Jahren im Vergleich zu den gewerblichen Ausbildungsplätzen nachgelassen. So hat beispielsweise der Beruf des Verkäufers bei der Zahl der Lehrstellen im betrachteten 5-Jahres-Zeitraum nur einen Gesamtzuwachs von 2,7 % zu verzeichnen und liegt damit unter dem Durchschnitt al-

ler Ausbildungsberufe. In den unterschiedlichen Zuwachsraten der einzelnen Berufe bei der Zahl der Lehrstellen kommen auch Verschiebungen in der Wirtschaftsstruktur zum Ausdruck. So verzeichnen etwa die elektronischen Berufe eine starke Expansion, während traditionelle Metallberufe am globalen Lehrstellenzuwachs kaum partizipierten.

Trotz mancher Modellversuche mit dem Ziel, Mädchen auch in traditionellen Männerberufen auszubilden, ist die quantitative Auswirkung im Blick auf eine Umorientierung der Mädchen gering. In Industrie und Handel werden nach dem Stand vom Jahresende 1982 68,2 % der männlichen Lehrlinge in einem gewerblichen Beruf ausgebildet, während bei den Mädchen der entsprechende Anteil 15,6 % beträgt und der Rest einen kaufmännischen Ausbildungsplatz besitzt. Es scheint bei den weiblichen Schulabgängern bzw. deren Eltern ein Trend zu sein, eher in "Wartestellung" zu gehen, als solche Berufe in Erwägung zu ziehen, die sich nicht in das tradierte Rollenbild einfügen lassen. Wohl auch aus diesem Grunde ergibt sich für die weiblichen Schulabgänger eine niedrigere Übergangsquote in das duale System (vgl. Anhangtabelle 37), da diese bei schlechten Aussichten in typischen "Frauen"-Berufen häufig über den Besuch einer Vollzeitschule noch zum gewünschten Berufsziel kommen wollen.

Schulische Grundbildung auf Berufsebene

Während bei den Trägern der Berufsausbildung entsprechend der Kammerorganisation die Bereiche Industrie/Handel, Handwerk, Landwirtschaft, Öffentlicher Dienst, Hauswirtschaft und Freie Berufe unterschieden werden, ist für die Unterrichtung in den Berufsschulen die Einteilung in Berufsfelder maßgebend. Im ersten Jahr der Ausbildung gilt beim Berufsschulbesuch im allgemeinen noch keine Einzelberufsdifferenzierung, vielmehr wird der Unterricht auf der Ebene des Berufsfelds erteilt. Unter den 14 Berufsfeldern ist gegenwärtig das Berufsfeld "Wirtschaft und Verwaltung", in dem vor allem die kaufmännischen Berufe vertreten sind, von der Zahl der Lehrlinge her gesehen das größte. An zweiter Stelle folgt "Metalltechnik", dem quantitativ wichtigsten gewerblichen Berufsfeld. In Anhangtabelle 38 sind neben den gegenwärtigen Schülerzahlen auch die Veränderungsdaten seit 1977/78 dargestellt. Danach haben die Berufsfelder "Holztechnik", "Bautechnik" und "Drucktechnik" die höchsten Zuwachsraten bei der Zahl der Schüler mit Ausbildungsvertrag vorzuweisen. Die enorme Steigerungsrate im Berufsfeld Holztechnik ist auf die wachsende Beliebtheit des Tischlerberufs zurückzuführen. Eine Abnahme ist - sicherlich eine Folge struktureller Anpassungen im Wirtschaftsprozess - im Berufsfeld "Textiltechnik und Bekleidung"

festzustellen. Das Berufsfeld "Körperpflege" besteht nur aus dem Ausbildungsberuf "Friseur", der einen sehr geringen Zuwachs bei der Zahl der Lehrlinge erzielen konnte.

Das erste Jahr der Berufsausbildung, die sogenannte Grundstufe, kann auch in Form des Berufsgrundbildungsjahres oder der einjährigen Berufsfachschule absolviert werden. In dieser Darstellung wurde bislang die Ausbildung im dualen System auf der schulischen Seite mit dem Besuch einer Teilzeitschule gleichgesetzt. Tatsächlich wird aber das erste Ausbildungsjahr oft auch in einer beruflichen Vollzeitschule - meist in Form der einjährigen gewerblichen Berufsfachschule - abgeleistet und dieser Schulbesuch entspricht einer Verordnung des Bundes auf die Gesamtdauer der Lehrzeit angerechnet. Obwohl es auch Fälle gibt, in denen sich Berufsfachschüler erst am Ende dieses Vollzeitschuljahres um eine Lehrstelle bemühen, ist es doch der Regelfall, daß sich Schulabgänger aus dem allgemeinbildenden Schulwesen vor Eintritt in die Berufsfachschule (BFS) um einen Ausbildungsplatz beworben und eine feste Zusage für den Abschluß eines Ausbildungsvertrags nach Beendigung des BFS-Besuchs erhalten haben. Obwohl diese Schüler auf Wunsch des zukünftigen Betriebs den ersten Ausbildungsabschnitt an der BFS absolvieren, gelten sie im rechtlichen Sinne noch nicht als Auszubildende und sind deshalb in der Berufsbildungsstatistik nicht enthalten. Da diese Schüler mit Vorvertrag nicht bei allen Trägern registriert werden, ist die Berechnung der Übergangsquoten ins duale System (Anhangtabelle 37) mit zusätzlichen Fehlern behaftet.

Die geschilderte Form der Arbeitsteilung zwischen Schulwesen und Trägern der Berufsbildung erlaubt es vor allem solchen Handwerksbetrieben, Lehrlinge auszubilden, die sonst wegen ihrer Ausstattung oder Spezialisierung nicht in der Lage wären, den Auszubildenden die grundlegenden Fertigkeiten des ersten Ausbildungsabschnitts zu vermitteln. Wegen des wachsenden Bedarfs wurde von seiten des Landes die einjährige gewerbliche BFS, die vor allem die handwerklichen Berufe abdeckt, sehr stark ausgebaut. Dort stieg die Schülerzahl von 7427 im Jahre 1975 über 15 668 im Jahre 1978 auf 19 052 im laufenden Schuljahr. Allerdings ist die Zahl der bei der Handwerkskammer registrierten Berufsfachschüler mit Vorvertrag seit 1982 rückläufig, jedoch liegen über die Entwicklung der entsprechenden Zahlen im Bereich Industrie und Handel keine Daten vor.

Theorie und Fachpraxis an der Berufsschule

Nach der Grundstufen-Ausbildung in Berufsschule oder BFS wechselt der Lehrlinge in die sogenannte Fachstufe der Berufsschule. Auf dieser Stufe werden Schüler des gleichen Ausbildungsberufs oder eng verwandter Berufe in gesonderten Klassen ("Fachklassen")

unterrichtet. Der Lehrling besucht in der Regel ein- oder eineinhalb Tage die Berufsschule, die restliche Zeit verbringt er im Betrieb. Im Durchschnitt aller Klassen für Ausbildungsberufe werden gegenwärtig gut 10 Stunden Unterricht pro Woche erteilt (vgl. Tabelle 4). Die beste Unterrichtsversorgung weisen die kaufmännischen Ausbildungsberufe mit durchschnittlich mehr als 11 Wochenstunden auf. Der Wert von 9,63 Stunden pro Woche im gewerblichen Bereich wird durch die 4. Klassenstufe, in der eine reduzierte Sollstundenzahl gilt, gedrückt. Wenn man nur die Klassenstufen 1 bis 3 berücksichtigt, so erhöht sich die mittlere Wochenstundenzahl in den gewerblichen Ausbildungsklassen auf knapp 10 Stunden (9,94). Die genannten Werte werden meist - wie in Tabelle 4 - als "Iststunden je Klasse" bezeichnet, jedoch sind darin keine Teilungen enthalten. Sie geben also die Zahl der Unterrichtsstunden wieder, die der einzelne Schüler erhält. Infolge der Teilungen in einzelnen Fächern liegt der tatsächliche Lehrereinsatz höher.

Der Teilzeitunterricht an der Berufsschule muß nicht über das ganze Jahr hinweg kontinuierlich erteilt werden. Aus organisatorischen Gründen kann es in manchen Fällen sinnvoll sein, den Ausbildungsanteil der Berufsschule in komprimierter Form zu absolvieren. Im gewerblichen Bereich beträgt der Anteil dieses "Blockunterrichts" über 25 %, in den kaufmännischen Ausbildungsberufen ist er sogar noch höher. Außerdem wird dort teilweise Unterricht in sogenannten Kurzzeitklassen erteilt, das heißt der für die gesamte Ausbildungsdauer bestimmte Unterrichtsstoff wird konzentriert erteilt, beispielsweise nur in 2 statt 3 Jahren. Da in diesen Kurzzeitklassen meist mehr Wochenstunden erteilt werden, andererseits aber eine Umrechnung auf die gesamte Ausbildungsdauer statistisch gesehen nicht erfolgt, liegt schon aus diesem Grund die Wochenstundenzahl im kaufmännischen Bereich über der der anderen Schul-

typen. Die Konzentration des Unterrichts in Block- oder Kurzzeitklassen hängt unter anderem mit dem Einzugsbereich der Berufsschulen zusammen. Um möglichst alle Berufe in speziellen Fachklassen unterrichten zu können, wird an den einzelnen Berufsschulen selten der Unterricht für alle Ausbildungsberufe abgedeckt. Insbesondere für zahlenmäßig schwach besetzte Berufe können die entsprechenden Fachklassen nur an wenigen Orten eingerichtet werden. Zur Bildung von Fachklassen in den unterschiedlich starken Berufsfeldern bzw. Einzelberufen sind bei den Berufsschulen im Vergleich zu den allgemeinbildenden Schulen wesentlich größere Einzugsbereiche erforderlich. Dies führt dazu, daß von den rund 280 000 Teilzeitschülern im Schuljahr 1982/83 nur gut ein Viertel (26,7 %) eine Schule in der Gemeinde seines ständigen Wohnsitzes besucht; weitere 44,7 % müssen von ihrem Wohnort aus zur Schule in eine andere Gemeinde des gleichen Kreises gehen. 25,6 % der Teilzeitschüler müssen - bezogen auf ihren Wohnort - in die Schule eines anderen Kreises pendeln. Schließlich haben 3 % aller Berufsschüler ihren ständigen Wohnsitz außerhalb Baden-Württembergs.

Die Größe der Klassen liegt im Durchschnitt über alle Ausbildungsberufe hinweg gegenwärtig bei 23 Schülern (Tabelle 4, letzte Spalte); sie hat sich in den letzten Jahren trotz geburtenstarker Jahrgänge nicht erhöht. Diese Klassenfrequenz gilt jedoch nur für den theoretischen Unterricht. Im fachpraktischen Unterricht der gewerblichen und haus- bzw. landwirtschaftlichen Typen werden normalerweise maximal 16 Schüler in einer Gruppe unterwiesen. Aus diesem Grunde ergibt sich beispielsweise für den Werkstattunterricht im gewerblichen Typ eine durchschnittliche Gruppengröße von 14,0, die damit deutlich unter der mittleren Klassenstärke von 23,5 liegt. Der Anteil der Fachpraxis am Gesamtunterricht ist je nach Typ und Ausbildungsberuf unterschiedlich; am höchsten ist er in der Hauswirtschaft, am geringsten im kaufmännischen Bereich.

Tabelle 4

Unterrichtssituation an Berufsschulen¹⁾ nach Typen im Schuljahr 1982/83

Schultyp	Zahl der					
	Schüler	Klassen	Gruppen für Fachpraxis	erteilten Wochenstunden ²⁾ insgesamt	Schüler je Klasse	
Gewerblich	166 284	7 072	11 837	68 128,5	9,63	23,5
Kaufmännisch	73 116	3 193	1 184	35 353,2	11,07	22,9
Haus- und landwirtschaftlich	12 373	518	909	5 154,7	9,95	23,9
Insgesamt	251 773	10 783	13 930	108 636,4	10,07	23,3

1) Nur Klassen für Ausbildungsberufe an öffentlichen Berufsschulen (ohne Jungarbeiterklassen und Stütz-/ Erweiterungsunterricht), einschl. Blockunterricht und Kurzzeitklassen. - 2) Ohne Klassenteilungen.

Dauer der Ausbildung unterschiedlich

Da das erste Jahr der beruflichen Ausbildung zunehmend im Vollzeitbereich absolviert wird, verkürzt sich für solche Lehrlinge der Besuch der Berufsschule um ein Jahr. Auch Abiturienten und Abgänger aus allgemeinbildenden Schulen mit mittlerer Reife haben oft nur eine reduzierte Lehrzeit und damit verbunden eine kurze Berufsschulzeit zu durchlaufen. Die quantitative Bedeutung dieses "Seiteneinstiegs" verdeutlicht Schaubild 2, in dem die Schülerzahlen der Teilzeitschulen für die einzelnen Klassenstufen in den Schuljahren 1981/82 und 1982/83 gegenübergestellt sind. Bei einem Vergleich der Schülerzahl in Klassenstufe 1 des Schuljahres 1981/82 mit der Schülerzahl in Stufe 2 im darauffolgenden Schuljahr stellt man fest, daß - wenn man eventuelle Wiederholer außer Betracht läßt - ca. 27 000 Auszubildende oder ein Drittel aller neu eingetretenen Teilzeitschüler mit Ausbildungsvertrag den "Seiten-Einstieg" in die Klassenstufe 2 realisiert haben.

Sieht man von den Anrechnungsbestimmungen für ehemalige Berufsfachschüler oder Gymnasiasten und dergleichen ab, so ist für die Mehrzahl aller Berufe eine dreijährige Dauer vorgeschrieben. Einen Beruf mit zweijähriger Dauer im Normalfall erlernen nur noch rund 7 % der Lehrlinge. Ein Teil dieser Berufe kann durch eine 12- oder 18monatige Zusatzausbildung aufgestockt werden. So können Jugendliche mit abgeschlossener Verkäufer(innen)-Ausbildung durch einen erweiterten Ausbildungsvertrag noch den Kaufmanns-Gehilfenbrief erwerben. Eine Abweichung von der 3-Jahres-Norm ist auch bei vielen Metallberufen anzutreffen. Auf der einen Seite existieren für bestimmte Personengruppen nach § 48 BBiG besondere Ausbildungsgänge mit verkürzter Lehrzeit wie etwa die zweijährige

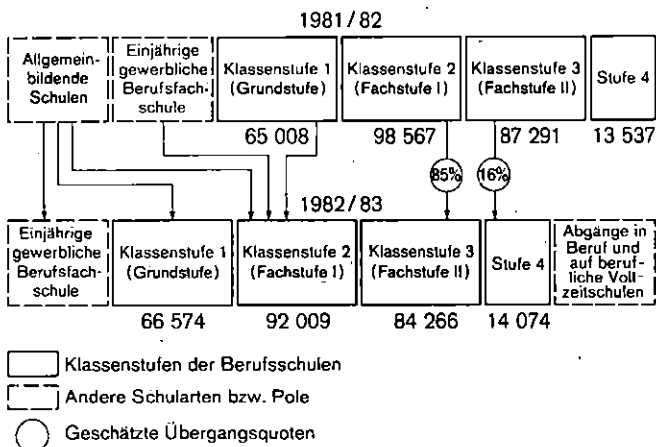
Ausbildung zum Metallwerker. Andererseits wird für die verschiedenen Mechaniker-Berufe eine dreieinhalbjährige Lehrzeit gefordert. Der Anteil der Lehrlinge in Berufen mit mehr als dreijähriger Ausbildungsdauer beträgt gegenwärtig rund ein Sechstel. Durch den Vergleich der Klassenstufen 3 und 4 in zwei aufeinanderfolgenden Schuljahren, wie er in Schaubild 2 dargestellt ist, läßt sich eine fiktive Übergangsquote errechnen. Unter vereinfachenden Annahmen wechseln danach 16 % der "Drittkläbler" in der Berufsschule noch in die 4. Klassenstufe über. Zu beachten ist bei dieser rechnerischen Gegenüberstellung insbesondere, daß in manchen Fällen die Berufsschulpflicht schon vor Beendigung des Ausbildungsverhältnisses enden kann.

Erfolgsquote im dualen System

Wenn man berücksichtigt, daß pro Jahr etwa 5 % aller bestehenden Ausbildungsverträge vorzeitig beendet werden, so darf man bei einer durchschnittlich dreijährigen Laufzeit der Verträge und einer multiplikativen Verknüpfung der jährlichen "Verweilquote" von 95 % davon ausgehen, daß etwa 86 % aller Lehrlinge bis zur Abschlußprüfung gelangen. In Anhangtabelle 35 ist die Zahl der 1982 vorzeitig gelösten Verträge nach Ausbildungsbereichen und Geschlecht differenziert dargestellt. Danach werden in den gewerblichen Berufen von Industrie und Handel relativ weniger Ausbildungsverträge vorzeitig beendet als im kaufmännischen Bereich. Wesentliche Unterschiede zwischen den Geschlechtern sind kaum festzustellen; bemerkenswert erscheint höchstens, daß die wenigen Mädchen in den gewerblichen Berufen im Vergleich zu den Jungen häufiger die Lehre abbrechen. Für das Handwerk liegen hierzu keine (geschlechtsspezifischen) Daten vor, doch ist der Anteil der vorzeitigen Lösungen höher als in den anderen Ausbildungsbereichen. Die geringste Fluktuation ist im öffentlichen Dienst gegeben. In diesem Bereich werden vor allem Fernmeldehandwerker der Bundespost sowie Fach- und Dienstleistungsangestellte verschiedener Behörden ausgebildet.

Schaubild 2

Schüler an Berufsschulen nach Klassenstufen¹⁾



¹⁾ Schüler mit Ausbildungsvertrag an öffentlichen und privaten Berufs- und Sonderberufsschulen einschl. kooperatives Berufsgrundbildungsjahr.

Die Berechnung von Erfolgsquoten durch Bezug der vorzeitigen Beendigungen auf die Zahl der Verträge bzw. auf die Zahl der Neuverträge (Berufsbildungsbericht) kann nur eine Näherungslösung darstellen, die infolge des Fehlens einer Verlaufsstatistik gewählt wird. Bei dieser Methode blieben insbesondere spätere Wiedereintritte in das duale System durch Abschluß eines neuen Ausbildungsvertrags unberücksichtigt. Infolgedessen dürfte die tatsächliche Erfolgsquote im dualen System unter Einbeziehung des Lehrstellenwechsels höher ausfallen, doch liegen hierüber keine Zahlen vor.

Die in den einzelnen Ausbildungsbereichen abweichende Fluktuation korrespondiert meist mit einer entsprechenden Erfolgsquote bei der Abschlußprüfung. Der Öffentliche Dienst

meldet hierbei für 1982 mit 97,7 % die höchste Erfolgsquote, während im Handwerk 92,7 % aller Teilnehmer die Gesellenprüfung bestanden haben. Insgesamt gesehen haben 1982 von den Teilnehmern an Lehrabschlußprüfungen 5,3 % die Prüfung nicht bestanden. Die genannten und in Anhangtabelle 35 ausgewiesenen Zahlen beziehen sich auf die Prüfungen der Ausbildungsträger wie IHK, Handwerkskammer usw. In die Ergebnisse der von den Kammern abgenommenen Prüfungen gehen auch die Leistungen in der Berufsschulabschlußprüfung ein. Dieser Teil der Prüfung wird von besonderen Kommissionen gestaltet, in denen sowohl die Berufsbildungsträger als auch die Schulen bzw. Schulaufsicht vertreten sind. Trotzdem werden für Berufsschule und Lehrabschluß getrennte Zeugnisse ausgegeben: Das Zeugnis der Kammern umfaßt auch das Ergebnis der Prüfung im praktischen Ausbildungsteil, während im Berufsschul-Zeugnis noch die Leistungen des gesamten Schuljahres berücksichtigt werden. Auszubildende, die das Ziel der Berufsschule nicht erreicht haben, erhalten ein Abgangszeugnis, erfolgreiche Absolventen erhalten ein Abschlußzeugnis.

Verschiedene Weiterbildungsmöglichkeiten

Für die erfolgreichen Absolventen im dualen System besteht eine Reihe von zusätzlichen Bildungsmöglichkeiten sowohl allgemeiner als auch beruflicher Art. Schon im Rahmen der Berufsausbildung kann durch Zusatzunterricht die Fachschulreife erworben werden (A 1-Programm). Wegen der Doppelbelastung wird diese Möglichkeit nur von 0,2 % der Absolventen wahrgenommen⁴. Im Anschluß an die berufliche Ausbildung führt die Abendrealschule zur mittleren Reife. Auch hier ist die jahrelange doppelte Belastung von schulischer und beruflicher Tätigkeit einer erfolgreichen Weiterbildung oft im Wege. Deswegen wird der Besuch der Berufsaufbauschule als einjähriger Vollzeiteinrichtung im Abschluß an eine mehrjährige berufliche Tätigkeit häufiger gewählt; die Erfolgsquote an dieser Schulart ist zudem wesentlich höher als an der Abendrealschule.

Auch die Fachschulen setzen wie die Berufsaufbauschule eine berufliche Tätigkeit voraus. Für den weiteren beruflichen Aufstieg ist die Meisterschule wohl die wichtigste Einrichtung. Der Abschluß besteht aus einer schulischen und einer Kammerprüfung. Gegenwärtig legen jährlich etwa 6000 bis 7000 ehemalige Berufsschüler die Meisterprüfung ab. Auf vergleichbarer Ebene liegt der Abschluß des Technikers und des Betriebswirts, der ebenfalls an Fachschulen verliehen wird.

Insgesamt gesehen hat das duale System auch im Zeitraum der geburtenstarken Jahrgänge

seine Leistungsfähigkeit bewiesen. Der Wert einer qualifizierten beruflichen Ausbildung zeigt sich auch daran, daß Facharbeiter eine wesentlich geringere Arbeitslosenquote aufweisen als ungelernete Kräfte und ihre Wiedervermittlungschance größer ist als die von Nichtfacharbeitern oder Angestellten⁵.

Zusammenfassung

- Der wachsenden Nachfrage geburtenstarker Jahrgänge nach Lehrstellen wurde von der Wirtschaft und den übrigen Trägern der Berufsausbildung bis 1980 mit einer starken Vermehrung der Zahl der Ausbildungsplätze auf 100 000 Neuverträge begegnet.
- Nach dem Rückgang im Jahre 1981 war im Jahr 1982 wieder ein Anstieg auf 97 000 Neuverträge zu verzeichnen. Auch unter Berücksichtigung der noch angestiegenen Zahl der Schulabgänger ergibt sich bei einer Bilanzierung für Baden-Württemberg eine günstigere Situation als für das gesamte Bundesgebiet.
- Die Zahl der Ausbildungsplätze wurde vor allem im Handwerk vermehrt. In Industrie und Handel wuchs die Zahl der gewerblichen Ausbildungsplätze stärker als die der kaufmännischen.
- Überdurchschnittlich stark zugenommen hat der weibliche Anteil vor allem in handwerklichen Ausbildungsberufen. Trotzdem konzentrieren sich die Mädchen immer noch auf wenige "typische" Ausbildungsberufe.
- Das veränderte Verhalten beim Übergang auf weiterführende Schulen und der häufigere Besuch beruflicher Vollzeitschulen vor Eintritt in die Berufsausbildung hat dazu geführt, daß das Vorbildungs-niveau der Lehrlinge angehoben wurde.
- Unter den Lehrlingen in handwerklichen Berufen sind fast zwei Drittel Schüler mit Hauptschulabschluß. In Industrie und Handel überwiegen die Absolventen mit mittlerem und höherem Abschluß.
- Das erste Jahr der beruflichen Ausbildung dient dem Erwerb grundlegender Kenntnisse und Fertigkeiten und wird nicht selten an schulischen Vollzeitschulen absolviert; im Rahmen dieser Entwicklung wurde insbesondere die einjährige gewerbliche BFS sehr stark ausgebaut.

⁴ Einschließlich derjenigen, die die Versetzung in die 12. Klassenstufe eines Beruflichen Gymnasiums erreicht haben (1982 : 47 Schüler).

⁵ "Strukturmerkmale der Arbeitslosen und der offenen Stellen nach Zugängen und Abgängen sowie Analyse der Vermittlungstätigkeit", veröffentlicht in: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, Heft 10/1982, Seite 1388.

- Das zweite und dritte - bei einem Sechstel der Lehrlinge noch das vierte - Jahr der schulischen Unterrichtung erfolgt in der Regel in Fachklassen, d.h. es werden Lehrlinge aus gleichen oder verwandten Berufen zusammengefaßt.
- Über 80 % der Lehrlinge in einem anerkannten Ausbildungsberuf schließen die betreffende Ausbildung erfolgreich ab, wobei die Erfolglosen überwiegend aus vorzeitigen Vertragslösungen (vor allem in der Probezeit) resultieren und nur zu einem geringen Teil aus nicht bestandenen Abschlußprüfungen; bei Berücksichtigung der Wiedereintritte dürfte die Erfolgsquote für das duale System als Ganzes noch höher liegen.

4.2 Entwicklungen im Fachhochschulwesen

Ausbau des Fachhochschulwesens

Ein wichtiger Teil der Neuordnung im Hochschulbereich Baden-Württembergs war der Auf- und Ausbau des Fachhochschulwesens. Die rechtlichen Voraussetzungen dazu schuf in Baden-Württemberg das "Gesetz über die Fachhochschulen (Fachhochschulgesetz FHG)". Dieses Gesetz, das 1972 durch die Rechtsverordnung der Landesregierung über die Bildung der Fachbereiche an Fachhochschulen ergänzt wurde, gliedert unter anderem die Fachhochschulen in staatliche und nichtstaatliche Institutionen, sieht die Einrichtung von Fachhochschulen für die öffentliche Verwaltung vor und regelt die Umwandlung privater Ingenieur- und Höherer Fachschulen. Nachdem die Bundesregierung 1976 das Hochschulrahmengesetz erlassen hatte und damit neue rechtliche Rahmenbedingungen auch für die Fachhochschulen entstanden waren, wurde in Baden-Württemberg das Fachhochschulgesetz 1977 dieser neuen gesetzlichen Regelung angepaßt.

Durch eine 1972 erlassene Rechtsverordnung wurden aus dem staatlichen Bereich 15 frühere Ingenieurschulen, 2 Werkkunstschulen (Pforzheim, Schwäbisch Gmünd), 1 Höhere Wirtschaftsfachschule (Pforzheim), 1 Höhere Fachschule für Frauenberufe (Sigmaringen), 2 Höhere Fachschulen für Sozialpädagogik und Sozialarbeit (Stuttgart, Mannheim) sowie das Bibliothekarlehrinstitut (Stuttgart) zu Fachhochschulen umgewidmet. Aus dem nichtstaatlichen Bereich wurden in dieser Eingangsphase die Höheren Fachschulen für Sozialpädagogik und Sozialarbeit in Freiburg (2) und Reutlingen sowie die städtische Werkkunstschule Mannheim einbezogen; hinzu kamen das in Heidelberg bestehende Rehabilitationszentrum mit seiner Höheren Fachschule sowie eine private Ingenieurschule (Isny). Diese insgesamt 28 Institutionen wurden zusammen mit 2 Höheren Verwaltungsfachschulen (Kehl, Stuttgart) nach Erlass des Fachhochschulgesetzes in den Hochschulbereich übergeführt.

Der Bestand an Fachhochschulen hat sich in den nächsten Jahren laufend erhöht, zunächst durch Zugänge von weiteren Verwaltungsfachhochschulen für Forstwirtschaft, Finanzen, Rechtspflege und Polizeiwesen, ab 1981 dann auch durch die Errichtung von Außenstellen der Fachhochschule des Bundes. Diese sind aus Gründen der Vergleichbarkeit in den Auswertungen nicht berücksichtigt worden.

Im Wintersemester 1982/83 zählten schließlich in Baden-Württemberg 37 Institutionen zum Fachhochschulbereich, 7 mehr als es im Erlassjahr des Fachhochschulgesetzes waren.

Spezifische Elemente des Fachhochschulstudiums

Die Fachhochschulausbildung ist durch verbindliche Studienpläne gekennzeichnet, wobei ein umfassendes System studienbegleitender Leistungsnachweise in die einzelnen Lehrveranstaltungen integriert ist. Zu den Besonderheiten gehören eine längere Vorlesungszeit und höhere Belegungsverpflichtungen als sie sonst im Hochschulbereich üblich sind. Die vorlesungsfreie Zeit ist an Fachhochschulen auf drei bis vier Monate im Jahr beschränkt gegenüber fünf Monaten an den Universitäten.

Das Fachhochschulwesen ist im Bundesgebiet nicht einheitlich organisiert, vor allem wegen der in den Ländern abweichenden Regelung über die praktische Ausbildung. In Baden-Württemberg besteht der Ausbildungsgang aus sechs Studien- und zwei Praxissemestern (Industriesemester), die fest in den Studiengang einbezogen sind. Die Praxissemester werden je nach Ausbildungsrichtung zu unterschiedlichen Zeiten im Ausbildungsgang abgeleistet: Das erste Praxissemester ist vor dem ersten, dritten oder fünften Studiensemester, das zweite Praxissemester stets vor dem fünften Studiensemester nachzuweisen. Eine ähnliche Regelung besteht bisher nur in Bayern. In den anderen Bundesländern wird eine praktische Ausbildung entweder nicht oder lediglich als Voraussetzung vor Studienbeginn verlangt. Der Wissenschaftsrat hat sich in seinen "Empfehlungen zu Aufgaben und Stellung der Fachhochschulen" vom 10. Juli 1981 für die in Baden-Württemberg bestehende Regelung (Einrichtung von zwei Praxissemestern) ausgesprochen, so daß erwartet werden kann, daß diese Regelung langfristig auch von den anderen Bundesländern übernommen wird.

Zahl der Fachhochschulstudenten mehr als verdoppelt

Vollständige und vergleichbare Ergebnisse der Fachhochschulstatistik liegen wegen des schrittweisen Übergangs nichtstaatlicher Institutionen erst ab dem Wintersemester 1973/74 vor, so daß dieses zum Ausgangspunkt der Betrachtung gewählt werden mußte. Seit dieser Zeit hat die Zahl der Studenten an Fachhochschulen kontinuierlich zugenommen. Die mittlere Zunahmerate pro Jahr liegt bei 9,7 % und ist damit mehr als doppelt so hoch wie bei den Universitäten.

Insgesamt hat sich die Zahl der Studierenden zwischen den Wintersemestern 1973/74 und

1982/83 mehr als verdoppelt. Die Zunahme um 19 800 Studenten entspricht einem Zuwachs von 128 % (Tabelle 1).

Diese Gesamtzunahme wurde durch den Aufbau von Verwaltungsfachhochschulen mit weitgehender Spezialisierung auf einzelne Verwaltungszweige beeinflusst. Trotzdem weist die Fächergruppe "Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften", bei der auch die Verwaltungswissenschaften einbezogen sind, mit einer Zunahmerate von 124 % nur eine dem allgemeinen Durchschnitt entsprechende Veränderungsrate auf.

Die stärksten Bestandsveränderungen ergeben sich für die Fächergruppen "Agrarwissenschaften" (+ 350 %) sowie "Mathematik und Naturwissenschaften" (+ 222 %), wo in den Studienbereichen Informatik (+ 244 %) und Chemie (+ 198 %) die Zahl der Studierenden überdurchschnittlich stark angestiegen ist.

Für die Fächergruppe "Ingenieurwissenschaften", in denen die "klassischen" Studienfächer der ehemaligen Ingenieurschulen zusammengefaßt sind, errechnet sich eine Zuwachsrate von 114 %. Berücksichtigt man allerdings

die engen Verflechtungen zu den Naturwissenschaften, so errechnet sich für diese Studienbereiche eine Veränderung von 132 %, die über dem Landesdurchschnitt liegt.

Der überdurchschnittlich starke Anstieg im Studienbereich Wirtschaftsingenieurwesen um 289 % beruht im wesentlichen auf dem Ausbau gerade dieses Fachs besonders an den Fachhochschulen Esslingen und Karlsruhe.

Jetzt mehr als 11 000 Studienanfänger

Wie bereits aus Tabelle 1 deutlich wird, überwiegen an den Fachhochschulen zahlenmäßig die Studienbereiche der Natur- und Ingenieurwissenschaften. Die überragende Bedeutung dieser Fachbereiche kommt bei der Betrachtung der Zahl der Erstimmatrikulierten in Tabelle 2 noch klarer zum Ausdruck.

Insgesamt haben im Studienjahr 1981/82 9746 Studenten im ersten Hochschulsemester ein Fachhochschulstudium begonnen, das sind 5013 mehr als zu Beginn des Vergleichszeitraumes. Von der Gesamtzunahme entfallen

Tabelle 1

Studierende an Fachhochschulen

Fächergruppe Studienbereich	Wintersemester								
	73/74	74/75	75/76	76/77	77/78	78/79	79/80	80/81	81/82 ²⁾
Kultur- und Kunstwissenschaft	578	710	929	984	927	977	1 142	1 068	1 112
davon									
Bibliothekswesen	244	374	407	426	355	361	368	393	416
Produktgestaltung	334	336	371	558	572	611	638	675	696
Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften	5 417	6 266	6 874	7 749	7 850	7 911	9 355	10 362	11 266
Betriebswirtschaftslehre	1 916	2 211	2 539	2 889	3 019	3 140	3 274	3 507	4 123
Sozialwesen	2 246	2 625	2 774	3 010	3 002	3 092	3 174	3 372	3 572
Verwaltungswesen	1 255	1 430	1 561	1 850	1 829	1 679	2 907	3 483	3 571
Mathematik u. Naturwissensch.	1 033	1 416	1 806	2 120	2 291	2 394	2 545	2 626	2 969
Chemie	277	395	501	561	612	638	678	745	758
Informatik	680	933	1 220	1 451	1 583	1 644	1 736	1 751	2 074
Mathematik	76	88	85	108	96	112	131	130	137
Agrarwissenschaften	235	285	446	576	654	721	766	866	984
Ingenieurwissenschaften	8 193	8 869	10 444	11 990	12 546	12 670	12 846	14 263	15 811
Architektur	1 171	1 264	1 390	1 473	1 359	1 299	1 137	1 305	1 535
Bauingenieurwesen ¹⁾	1 001	1 075	1 411	1 701	1 806	1 851	1 981	2 079	2 160
Elektrotechnik	1 896	1 897	2 269	2 586	2 626	2 609	2 626	2 797	3 075
Maschinenbau	3 691	4 158	4 892	5 699	6 173	6 270	6 340	6 700	7 536
darunter									
Feinwerktechnik	673	721	980	1 175	1 235	1 215	1 154	1 214	1 328
Fertigungstechnik	498	509	590	763	817	800	692	649	716
Verfahrenstechnik	244	252	272	457	473	463	585	579	640
Wirtschaftsingenieurwesen	434	475	482	531	582	641	762	1 382	1 505
Insgesamt	15 456	17 546	20 498	23 419	24 268	24 673	26 654	29 185	32 142
Zunahme gegen Vorjahr in %	5,2	13,5	16,8	14,3	3,6	1,7	8,0	9,5	10,1

1) Einschl. Vermessungswesen. — 2) Ohne Studenten der Fachhochschule des Bundes in Baden-Württemberg: 1981/82 — 3 240.

3451 auf die Ingenieur- und Naturwissenschaften. Die Veränderungsraten betragen, bei einem Durchschnitt von + 106 %, für diese Fachbereiche + 140 %. Die Zahl der Studienanfänger, die sich im Studienjahr 1982 im ersten Fachsemester an Fachhochschulen befanden, liegt mit insgesamt 11 408 sogar noch deutlich über den Erstimmatrikulierten.

Über die Hälfte der Studienanfänger kommt von Gymnasien

Besonders interessant ist es zu sehen, wie sich die Vorbildung der Studienanfänger im Verlauf der letzten Jahre verändert hat. Bei der Beurteilung muß allerdings die Entwicklung des Bildungsstandes der Schulabgänger insgesamt Berücksichtigung finden. So ist beispielsweise die Zahl der Abiturienten im Vergleichszeitraum von 1973 bis 1982 von 20 000 auf 36 000 angestiegen; bezogen auf einen Geburtsjahrgang haben nunmehr nicht durchschnittlich 13 %, sondern bereits 21 % die Hochschulreife erworben. Noch stärker sind die mittleren Bildungsabschlüsse gestiegen. Über den zweiten Bildungsweg kann mit diesen Abschlüssen die Fachhochschulreife erworben werden.

82/83 ²⁾	Veränderung 82/73 in %	Anteile an allen Studienbereichen in %	
		1973/74	1982/83
1 219	110,9	3,7	3,5
443	81,6	1,6	1,3
776	132,3	2,2	2,2
12 134	124,0	35,0	34,4
4 782	149,6	12,4	13,6
3 643	62,2	14,5	10,3
3 709	195,5	8,1	10,5
3 322	221,6	6,7	9,4
825	197,8	1,8	2,3
2 341	244,3	4,4	6,6
156	105,3	0,5	0,4
1 057	349,8	1,5	3,0
17 544	114,1	53,0	49,7
1 735	48,2	7,6	4,9
2 357	135,5	6,5	6,7
3 375	78,0	12,3	9,6
8 388	127,3	23,9	23,8
1 572	133,6	4,4	4,5
887	78,1	3,2	2,5
744	204,9	1,6	2,1
1 689	289,2	2,8	4,8
35 276	128,2	100	100 ¹⁾
9,8	-	-	-

1982/83 - 3 811.

In der Übersicht über die Vorbildung der deutschen Studienanfänger (siehe Tabelle 3) ist das Verwaltungswesen ausgeklammert, weil es sich hierbei in der Regel um bereits ausgebildete Beamte handelt, deren Ausbildungsverlauf durch den Berufseintritt bereits vorgezeichnet ist.

An dieser Übersicht wird deutlich, in welchem starkem Maße sich die Zahl der Abiturienten an den Fachhochschulen erhöht hat. Einschließlich der Studienanfänger, die mit Versetzung in die 13. Klassenstufe der Gymnasien die Fachhochschulreife erworben haben und deren Anzahl seit 1973 mit etwas über 300 fast unverändert geblieben ist, haben die direkten Zugänge aus den Gymnasien mit Hochschulreife jetzt einen Anteil von 55 % gegenüber etwas mehr als 30 % im Jahre 1973. Berücksichtigt man, daß sich an Fachhochschulen rund 26 % Studienanfänger - gegenüber etwa 14 % an Universitäten - befinden, deren Vater "Arbeiter" ist, so läßt sich daraus folgern, daß diese Studienanfänger vergleichsweise stärker eine praxisorientierte Hochschulausbildung bevorzugen.

Unter den vielfältigen Möglichkeiten des Zugangs zu Fachhochschulen sind die Vorbereitungskurse zu nennen. In ihnen werden Schüler mit abgeschlossener Berufsausbildung und mittlerem Bildungsabschluß auf die Fachhochschulreifeprüfung vorbereitet. Es ist vorgesehen, diese Vorbereitungskurse nach und nach durch das einjährige Berufskolleg zum Erwerb der Fachhochschulreife zu ersetzen, wobei die gleichen Zugangsvoraussetzungen gelten wie bei den Vorbereitungskursen. Von 1979 bis 1982 wurden 2000 Studienplätze am einjährigen Berufskolleg bereitgestellt.

Als Folge des starken Schülerzustroms aus den Gymnasien haben für den Zugang zu den Fachhochschulen seit 1973 die anderen Ausbildungsgänge zwar etwas an Gewicht verloren, dennoch darf nicht übersehen werden, daß im Wintersemester 1982/83 von den 5500 deutschen Studienanfängern (ohne Verwaltungswissenschaften) immerhin rund 2500 die Zugangsvoraussetzung nicht an den Gymnasien, sondern an anderen Bildungseinrichtungen erworben haben. In diesen Zahlen kommt die wichtige Funktion der Fachhochschulen im Rahmen der Durchlässigkeit des gesamten Bildungssystems zum Ausdruck.

Regionale Bedeutung der Fachhochschulen

Nach Auffassung der Landesregierung erfüllt die Fachhochschule eine wichtige Aufgabe in der Region, was zu einer dezentralen Standortkonzeption führte¹⁾. Die räumliche Nähe zum Wohnort bedeutet demnach für potentielle Fachhochschüler eine nicht zu unter-

1 Vgl. Landtagsdrucksache 8/1788 vom 21.09.81, Fachhochschulen in Baden-Württemberg in den 80er und 90er Jahren, S. 5, 9.

Tabelle 2

Erstimmatrikulierte an Fachhochschulen

Fächergruppe Studienbereich	Erstimmatrikulierte ¹⁾		Veränderung	Anteil an den Studienbereichen insgesamt		Anteil an den Studierenden insgesamt ²⁾	
	1982 ³⁾	1974		1982	1974	1982	1974
	Anzahl		%				
Kultur- und Kunstwissenschaften	278	170	63,5	2,9	3,6	25,0	29,4
darunter							
Bibliothekswesen	105	72	45,8	1,1	1,5	25,0	29,5
Produktgestaltung	173	98	76,5	1,8	2,1	24,9	29,3
Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften	3 544	2 090	69,6	36,4	44,2	31,5	38,6
Betriebswirtschaftslehre	1 302	668	94,9	13,4	14,1	31,6	34,9
Sozialwesen	764	672	13,7	7,8	14,2	21,4	29,9
Verwaltungswesen	1 478	750	97,1	15,2	15,9	41,4	59,8
Mathematik und Naturwissenschaften	958	359	166,9	9,8	7,6	32,2	34,8
Chemie	243	59	311,9	2,5	1,3	32,1	21,3
Informatik	668	272	145,6	6,9	5,7	32,2	40,0
Mathematik	47	28	67,9	0,5	0,6	34,2	36,8
Agrarwissenschaften	311	110	182,7	3,2	2,3	31,6	46,8
Ingenieurwissenschaften	4 655	2 004	132,3	47,8	42,3	29,4	24,5
Architektur	423	422	0,2	4,3	8,9	27,6	36,0
Bauingenieurwesen	611	356	71,6	6,3	7,5	28,3	35,6
Elektrotechnik	879	408	115,4	9,0	8,6	28,6	21,5
Maschinenbau	2 363	747	216,3	24,3	15,8	31,4	20,2
darunter							
Feinwerktechnik	438	95	361,1	4,5	2,0	33,0	14,1
Fertigungstechnik	276	39	607,7	2,8	0,8	38,6	7,8
Verfahrenstechnik	267	102	161,8	2,7	2,2	41,7	41,8
Wirtschaftsingenieurwesen	379	71	433,8	3,9	1,5	25,2	1,4
Insgesamt	9 746	4 733	105,9	100,0	100,0	30,2	30,6

1) Jeweils Studienjahr (WS 1973/74 und SS 1974 bzw. WS 1981/82 und SS 1982. — 2) Bezogen auf die Studierenden des jeweiligen Wintersemesters. — 3) Ohne Studierende an der Fachhochschule des Bundes in Baden-Württemberg.

schätzende Attraktivität bei der Wahl des Studiums und zugleich eine Stärkung des ländlichen Raumes, insbesondere der sogenannten strukturschwachen Gebiete.

Die besondere Beziehung des Fachhochschulstudenten zum Wohnort spiegelt sich auch im Studenten-Import-Saldo wieder. Dieser ist mit rund 4000 Studenten wesentlich niedriger als der an Universitäten. Dies bedeutet, daß sich an den Fachhochschulen Baden-Württembergs rund 4000 Studenten aus anderen Bundesländern mehr befinden, als Baden-Württemberger in anderen Bundesländern studieren. Dieser Saldo ist erst durch die besonderen Verhältnisse in den Studiengängen der Verwaltungswissenschaften angestiegen, bei denen Baden-Württemberg teilweise die Ausbildungsfunktion für andere Bundesländer mitübernimmt, teilweise durch die Außenstellen der Fachhochschule des Bundes, an denen Studierende aus allen Bundesländern die vorgeschriebenen Studiengänge absolvieren müssen. Ohne diese besonderen Studienverhältnisse beläuft sich der Importsaldo an Fach-

hochschulen dagegen nur noch auf etwas mehr als 1600 gegenüber rund 5400 an Wissenschaftlichen- und Kunsthochschulen.

Als Fachhochschulen mit anteilig vielen Studenten aus anderen Bundesländern sind vor allem die in den Grenzbereichen des Landes zu nennen: die drei Fachhochschulen im Mannheimer Raum sowie die Fachhochschulen Aalen, Biberach, Karlsruhe und Ulm. Starkes Interesse zeigen Studenten aus anderen Bundesländern aber auch für spezielle Studiengänge an den Fachhochschulen Heilbronn, Karlsruhe, Pforzheim und Stuttgart (Druck).

In der Tabelle 4 sind die Veränderungen der Studentenzahlen an den im Wintersemester 1973/74 bereits vorhandenen staatlichen Fachhochschulen dargestellt. Erkennbar werden die stark unterschiedlichen Entwicklungen nach Hochschulstandorten, die teils auf Zulassungsbeschränkungen, teils auf zusätzlich eingerichtete Studiengänge oder einem allgemeinen Ansteigen der Studierendenzahlen beruhen. Die besonders starke Zunahme an der Fachhochschule Ravensburg (+ 408 %) er-

klärt sich zum Teil mit der Neueinrichtung des Studienganges Sozialwesen (ab Wintersemester 1980/81).

Das folgende Schaubild 1 gibt die Anzahl der an Fachhochschulen Studierenden (Deutsche) mit Wohnsitz in Baden-Württemberg, bezogen auf je 1 000 der deutschen Wohnbevölkerung im Alter von 20 bis unter 25 Jahren wieder, wobei die Zuordnung nach Stadt- und Landkreisen erfolgte. Dabei kann jedoch das Problem entstehen, daß Studenten in höheren Semestern ihren ständigen Wohnsitz an den Studienort verlegen - auf diese Weise erhalten sie unter Umständen eine höhere Förderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz -, so daß die eigentliche Heimatgemeinde nicht zu identifizieren ist. Dies führt dazu, daß für Kreise mit Hochschulen, beziehungsweise deren Randkreise, die in der Regel bereits ohnehin über eine vergleichsweise höhere Studentendichte verfügen, zusätzlich überhöhte Zahlen ausgewiesen werden zu Lasten von hochschulfernen Kreisen.

Unter Berücksichtigung dieser Einschränkungen lassen sich die Werte für die einzelnen Kreise beurteilen. Die höchste Fachhochschulstudentendichte weist danach der Landkreis Biberach mit 57 Studenten je 1000 Personen der Wohnbevölkerung im Alter von 20 bis unter 25 Jahren auf, gefolgt von Heilbronn mit 56, der Stadt Pforzheim mit 52 und den

Tabelle 3
Deutsche Studienanfänger nach Studienbereichen und Vorbildung

Studienbereich Vorbildung ¹⁾	Wintersemester			
	1973/74	1976/77	1979/80	1982/83
	Anzahl			
Kultur- und Kunstwissenschaften	141	160	291	251
Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften	1 761	1 913	2 417	3 796
Mathematik und Naturwissenschaften	153	295	465	564
Agrarwissenschaften	94	125	149	261
Ingenieurwissenschaften	1 282	2 284	1 909 ²⁾	2 750
Insgesamt	3 431	4 777	5 231	7 622
	%			
Vorbereitungskurse	53,7	41,6	20,1	16,7
Fachschule usw. ³⁾		6,4	7,0	7,2
Fachoberschule		11,9	10,0	7,6
Berufskolleg			3,6	10,8
Versetzung in Klasse 13	11,5	10,8	13,2	6,7
Abitur	19,3	22,7	43,5	48,0
Sonstige	15,5 ⁴⁾	6,6	2,7	2,9

1) Semesterberichte: ohne Verwaltungsfachhochschulen und private Fachhochschulen. - 2) Fachrichtung Informationstechnik aus dem Studienbereich Elektrotechnik in den Studienbereich Informatik übergegangen. - 3) Fachschule, Berufsfachschule, Techniker mit Beiprogramm. - 4) Einschließlich Fachschulen und Fachoberschulen.

Tabelle 4
Studierende ¹⁾ nach Schulort an Fachhochschulen

Standort der Fachhochschule	Wintersemester		Ver- änderung 82/73
	1973/74	1982/83	
	Anzahl		%
Aalen	805	1 473	83,0
Biberach	229	643	180,8
Esslingen, Technik	966	2 348	143,1
Esslingen ²⁾ , Sozialwesen	274	701	155,8
Furtwangen	633	1 192	88,3
Heilbronn	804	2 275	183,0
Karlsruhe	1 469	3 263	122,1
Konstanz	1 039	1 729	66,4
Mannheim, Technik	938	1 710	82,3
Mannheim, Sozialwesen	444	506	15,0
Nürtingen	326	1 501	360,4
Offenburg	304	957	214,8
Pforzheim, Wirtschaft	987	2 146	117,4
Pforzheim, Gestaltung	189	328	73,5
Ravensburg	170	864	408,2
Reutlingen	485	1 566	220,3
Schwäbisch Gmünd	138	215	55,8
Sigmaringen	144	459	218,8
Stuttgart, Technik	962	1 776	84,6
Stuttgart, Bibliothekswesen	258	442	71,3
Stuttgart, Druck	341	951	178,9
Ulm	532	1 504	182,7
Kehl, Verwaltung	560	846	51,1
Stuttgart, Verwaltung	716	1 133	58,2
Insgesamt	13 713	30 528	122,6
darunter ohne Verwaltung	12 437	28 549	129,6

1) Studenten (einschl. Praxissemester) an Fachhochschulen (ohne private Fachhochschulen), die bereits 1973/74 bestanden haben. - 2) Bis SS 1978 in Stuttgart geführt.

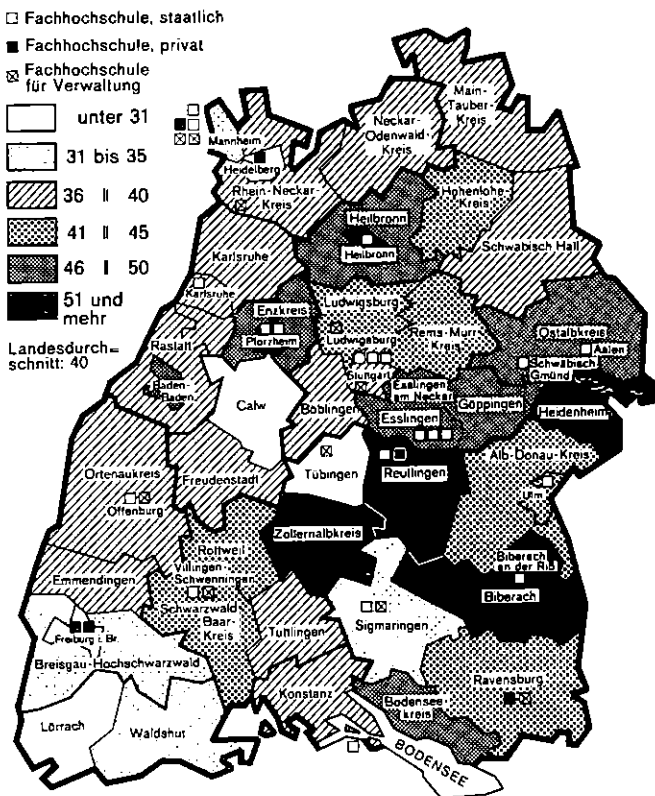
Quelle: Semesterbericht des Ministeriums für Wissenschaft und Kunst (MWK).

Landkreisen Zollernalbkreis mit 52 und Reutlingen mit 51 Studenten; der Landesdurchschnitt beträgt 40. Standort für eine wissenschaftliche Hochschule ist keiner dieser Stadt- und Landkreise, so daß hierdurch eine gewisse Präferenz für die Entscheidung zur Fachhochschule der ansässigen Bevölkerung vermutet werden kann. Dies um so mehr, als auch in hochschulfernen Gebieten (Main-Tauber-Kreis, Schwäbisch-Hall) noch mittlere Studentendichten zwischen 36 und 40 anzutreffen sind.

Ganz im Gegensatz hierzu stehen die Ergebnisse in Kreisen mit den niedrigsten Dichten, zu denen die Kreise Calw (30), Lörrach (28) und Tübingen (25) gehören, sowie die Städte Freiburg (30) und Heidelberg (21). Zwei Städte und ein Kreis sind, neben dem Fachhochschul-, auch gleichzeitig Universitätsstandort. Zumindest in diesen Fällen wird sich die Ausrichtung der Bildungsanstrengung wesentlich an den Möglichkeiten einer Universitätsstadt orientieren und - auch aufgrund der Bildungsstruktur der Bevölkerung - eher zu einem Universitätsstudium führen. Diese Standorte weisen zusätzlich eine über

Schaubild 1

Anteil der Fachhochschüler¹⁾ an der Bevölkerung in den Stadt- und Landkreisen



1) Deutsche Fachhochschulstudenten im Wintersemester 1980/81 mit jeweiligem Wohnsitz je 1000 der deutschen Wohnbevölkerung zum 31. Dezember 1980 im Alter von 20 bis unter 25 Jahren.

200 83

dem Landesdurchschnitt liegende Studentendichte, bezogen auf Wissenschaftliche Hochschulen, auf 2. Calw und Lörrach gehören zwar nicht zu den hochschulfernen Gebieten des Landes, sie sind aber unter Umständen durch ihre Verkehrsstruktur benachteiligt und verfügen auch nicht über besonders hohe Industrialisierungsgrade, was sich im allgemeinen, neben einigen anderen Faktoren, auch negativ auf das Studentenaufkommen auswirkt.

Dauer des Fachhochschulstudiums

Die im Hochschulgesetz verankerte individualisierte Statistik der Prüfungskandidaten erlaubt es, Aussagen hinsichtlich der durchschnittlichen Zeitdauer zwischen Studienaufnahme und Studienende zu machen. In Tabelle 5 ist der Zusammenhang zwischen Art der Diplom-Prüfung an Fachhochschulen, dem Zeitaufwand bis zur Erreichung des Studienzieles und dem Alter der Prüflinge dargestellt. Weil für die dargestellten Beobachtungsgrößen im allgemeinen eine gewisse zeitliche Konstanz aufgrund der im Fachhochschulgesetz geregelten Studienzeiten und den

2 Vgl. Das Bildungswesen 1982, Statistik von Baden-Württemberg, Band 308, S. 73.

Semesternachweisen (Eignungsprüfung nach jedem Semester) anzunehmen ist, kann auf eine längere Zeitreihe verzichtet werden.

Insgesamt zeigt sich ein allgemein früherer Studienbeginn nach Erwerb der Hochschulreife bei den Studentinnen. Obwohl er teilweise nur geringfügig von dem jeweiligen durchschnittlichen Zeitaufwand der Studenten abweicht (vgl. Agrarwissenschaft, Maschinenbau/Verfahrenstechnik), erreicht die Differenz auch die Größenordnung von Jahren (vgl. Bibliotheksdienst/Dokumentation/Publizistik, Gestaltung).

Von diesen rechnerischen Durchschnittswerten, die aufgrund der individuellen Entscheidungen und Restriktionen auch innerhalb der Fächergruppen/Prüfungsgruppen unterschiedlich sind, weichen die Zeiten von der Erstimmatrikulation bis zur abgelegten Prüfung deutlich ab, da die Studienordnungen einen Zeitrahmen eingrenzen und somit die Zeit nach der Immatrikulation bis zum Studienerfolg im großen und ganzen festliegt. Zu Buche schlagen jedoch hier Zeiten der Unterbrechung (Beurlaubungen), die sich erhöhend auswirken. Der besonders niedrige Wert von durchschnittlich 2,7 Jahren bei den Studenten bzw. 2,5 Jahren bei den Studentinnen in der Fächergruppe Verwaltungswissenschaften/Verwaltungswesen kommt durch die besondere Situation an den verwaltungsinternen Fachhochschulen zustande.

Neben der Gesamtstudienzeit von der Ersteinschreibung bis zum Abschluß enthält die Prüfungsstatistik noch Angaben zu den Hochschulsemestern und den Fachsemestern.

Während für die Hochschulsemester alle an den Hochschulen zugebrachten Zeiten einschließlich der abgebrochenen Studiengänge (Fachwechsel) gezählt werden, gelten als Fachsemester nur diejenigen Semester, für die der Student in dem Studiengang eingeschrieben war, den er mit der betreffenden Prüfung abschließt. Hierbei zeigen sich insgesamt zwischen den männlichen und weiblichen Studenten nur geringfügige Abweichungen in dem nach Fachsemester benötigten Zeitaufwand. Bedingt durch die bereits erwähnten Besonderheiten der Verwaltungsfachhochschulen liegt in diesem Bereich die Fachstudiendauer nur unwesentlich über 2 Jahren, während in den übrigen Fällen - bis auf die Fächergruppe Bibliothekswesen, Dokumentation, Publizistik - durchschnittlich etwas mehr als 8 Fachsemester benötigt wurden bzw. auch ein Semester (Wirtschaftswissenschaften, Maschinenbau/Verfahrenstechnik) mehr.

Studienerfolg

Eine wichtige Frage nach der Effizienz des Studiums von Fachhochschulern bezieht sich auf Erfolgsquote, die angibt, wieviele der

Tabelle 5

Verweilzeiten der deutschen Fachhochschulabsolventen 1981

Prüfungsgruppe Fächergruppe Studienbereich	Männliche Studierende					Weibliche Studierende				
	Alter	Hochschul- berechtigung	Erst- immatri- kulation	Hoch- schul- seme- ster	Fach- semester	Alter	Hochschul- berechtigung	Erst- immatri- kulation	Hoch- schul- seme- ster	Fach- semester
		bis Abschluß		bis Abschluß						
Durchschnitt in Jahren ¹⁾										
Diplome an Fachhochschulen ²⁾										
Agrarwissenschaft	25,4	5,7	4,2	4,2	4,1	25,8	5,8	4,5	4,4	4,3
Bibliothekswesen, Dokumentation, Publizistik	27,0	7,3	5,7	4,5	3,1	23,8	4,9	4,1	3,8	3,0
Chemie	25,7	5,7	4,5	4,4	4,4	24,3	5,1	4,5	4,5	4,4
Elektrotechnik	26,2	5,5	4,5	4,4	4,3	25,2	5,2	4,5	4,3	4,3
Gestaltung	26,7	6,2	4,8	4,6	4,2	25,0	5,2	4,3	4,3	4,2
Informatik	26,4	5,8	4,8	4,5	4,3	24,7	5,5	4,5	4,5	4,4
Maschinenbau/Verfahrenstechnik	26,2	5,5	4,5	4,5	4,3	24,7	5,4	4,7	4,7	4,6
Sozialwesen	28,2	6,7	5,1	4,7	4,3	27,1	6,0	4,6	4,5	4,3
Theologie, Religionslehre	28,3	6,7	4,3	4,2	4,2	25,0	5,2	4,2	4,2	4,2
Verwaltungswissenschaft, Verwaltungswesen	26,2	5,2	2,7	2,5	2,3	24,0	4,5	2,5	2,3	2,2
Wirtschaftswissenschaften	26,6	5,8	4,8	4,7	4,4	25,3	5,3	4,6	4,6	4,6

1) Ergebnisse der Individual-Prüfungsstatistik. — 2) Ohne Fachhochschule des Bundes:

jeweiligen Erstimmatrikulierten die angestrebte Abschlußprüfung ablegen. Eine Verlaufsstatistik, die die einzelnen Studentendaten semesterweise zusammenführt, ist aus finanziellen Gründen noch nicht realisiert. Es wurden deshalb unterschiedliche Methoden der Berechnung des Studienerfolges bzw. der Abbrecherquoten (sogenannter "drop-out") entwickelt, die zumindest Größenordnungen erkennen lassen.

Danach ergaben sich, trotz einem nach Studienfächern unterschiedlichen Studienerfolg, bisher für Studiengänge der Universitäten zusammen übereinstimmende Abbrecherquoten in der Größenordnung von 20 bis 30 %. An den Fachhochschulen ist nach den Ergebnissen verschiedener Untersuchungen dagegen von einer Abbrecherquote von etwa 15 bis 20 % auszugehen.

Für Baden-Württemberg stehen für die Zeit vom Sommersemester 1975 bis Wintersemester 1977/78 in unterschiedlicher Vollständigkeit Angaben über den Abbruch des Studiums aufgrund von fehlenden Leistungsnachweisen, Regelstudienzeitüberschreitungen und "sonstigen Gründen" zur Verfügung.

Danach schwankt der Anteil der Exmatrikulationen pro Semester an Fachhochschulen zwischen 4,1 % der eingeschriebenen Studenten im Wintersemester 1976/77 und 4,9 % im Sommersemester 1977. Die Mehrzahl der Ab-

brüche wird dabei unter den "sonstigen Gründen" notiert, zu denen auch Studienort- und Fachwechsel gehören, gefolgt von fehlenden Leistungsnachweisen (nicht bestandene Semesterleistungsprüfungen). Geht man davon aus, daß etwa die Hälfte der Exmatrikulierten echte Studienabbrecher darstellen, so wird sich, über alle Semester hinweg, die vorstehend genannte Quote von 15 bis 20 % bestätigen. Somit wirken sich tendenziell die Besonderheiten des Fachhochschulstudiums mit den vorgegebenen Regelstudienzeiten und den zu erbringenden Leistungsnachweisen positiv auf den Studienverlauf in bezug auf die Studienabbrüche aus. Abbrecherquoten wie an den Universitäten dürften an Fachhochschulen nicht erreicht werden.

Die besondere Bedeutung des Fachhochschulwesens wird in dem von der Landesregierung im Jahre 1978 vorgelegten Stufenplan³ dokumentiert, der heute zu etwa zwei Drittel verwirklicht ist.

Zusammenfassung

- Seit Erlass des Fachhochschulgesetzes 1971 hat sich im Rahmen der gesetzlichen Regelungen die Zahl der in den Fachhochschulbereich eingegliederten Institutionen um 7 auf nunmehr 37 erhöht.

³ Vgl. Landtagsdrucksache 7/4131 vom 15.09.78, Stufenplan für den Ausbau der Fachhochschulen.

- Ursachen für den relativ starken Zuwachs im Fachhochschulbereich dürften in der Attraktivität einer praxisnahen Ausbildung zu suchen sein.
- Im Wintersemester 1982/83 war die Zahl der Studierenden an Fachhochschulen insgesamt mehr als doppelt so hoch (+ 128 %) wie 10 Jahre zuvor. Die stärksten Zunahmen entfallen auf die Ingenieur- und Naturwissenschaften mit + 12 462 (+ 132 %).
- Im Studienjahr 1981/82 wurden in Baden-Württemberg mehr als 11 000 Studienanfänger gezählt, wobei die Schwerpunkte bei den Natur- und Ingenieurwissenschaften liegen.
- Einschließlich derjenigen, die mit der Versetzung in die 13. Klassenstufe die Fachhochschulreife erwarben, haben die direkten Zugänge über die Gymnasien jetzt einen Anteil von 55 % gegenüber etwas mehr als 30 % im Wintersemester 1973/74.
- Fast 26 % der Studienanfänger an Fachhochschulen kommen aus Arbeiterfamilien (Universitäten: 14 %); dadurch wird bei dieser Bevölkerungsgruppe die hohe Priorität für eine praxisorientierte Hochschulbildung deutlich.
- Wie die Anteile der Fachhochschule an der Wohnbevölkerung nach (Stadt-, Land-) Kreisen deutlich werden läßt, erfüllt das Fachhochschulwesen wichtige regionalpolitische Bildungsaufgaben in der Fläche. Neben der jeweiligen Verkehrsstruktur, dem Industrialisierungsgrad und weiteren Faktoren beeinflussen auch Bildungswahlmöglichkeiten das Qualifikationsstreben. Hohe Präferenzen für den Besuch der Fachhochschule lassen sich demnach in Kreisen ohne, niedrige dagegen in Kreisen mit (gleichzeitigem) Hochschulstandort finden.
- Bis auf einige Ausnahmen benötigen Fachhochschüler bis zum Studienabschluß - einschließlich Praxissemestern - durchschnittlich etwas mehr als 8 Fachsemester. Die Erfolgsquote liegt dabei, nach unterschiedlichen Methoden berechnet, deutlich über der von Universitätsabsolventen.

4.3 Struktur der Forschungskapazitäten im öffentlichen Bereich und in der Wirtschaft

Problemstellung

Der Wettbewerb zwischen den fortgeschrittenen Industrieländern vollzieht sich zunehmend auch als Innovationswettbewerb. Angesichts von Sättigungserscheinungen bei bestimmten Produkten und einer wachsenden Beherrschung herkömmlicher Technologien durch die Schwellenländer ist die Bundesrepublik als rohstoffarmes und außenhandelsintensives Land besonders stark auf die Innovationsfähigkeit seiner Wirtschaft angewiesen. Auch bei der inländischen Nachfrage kommt es angesichts der bestehenden Stagnationstendenzen entscheidend darauf an, durch die Markteinführung von neuen oder verbesserten Produkten bzw. Produktionsverfahren neue Nachfragepotentiale und damit Wachstumsquellen zu erschliessen.

Nur durch Innovationen kann es auch gelingen, Engpaßfaktoren in Form der absehbaren Erschöpfbarkeit herkömmlicher natürlicher Ressourcen zu überwinden, sei es durch energie- und rohstoffsparende Innovationen, die Erschließung neuer Energieformen, Rohstoffgewinnungsverfahren und Werkstoffarten oder den Übergang zu umweltschonenden Produktionsverfahren.

Die Innovationsfähigkeit der heimischen Volkswirtschaft ist sowohl von quantitativ wie auch qualitativ auf hohem Niveau stehenden Forschungskapazitäten abhängig. Die Forschungskapazitäten lassen sich prinzipiell mit Input- und Output-Größen messen. Output-Größen sind z.B. neue Produkte mit hohem Technologiegehalt, Patente, Erfindungen usw.; statistisch faßbare und aussagekräftige Indikatoren hierfür existieren bisher kaum¹, so daß sich diese Untersuchung im wesentlichen auf Input-Faktoren beschränkt. Solche Input-Größen sind Forschungsausgaben und Forschungspersonal. Die Ausgabenströme lassen sich dabei prinzipiell an zwei Stellen darstellen: einmal von der Durchführungsseite her, also bei den Institutionen, die Forschung betreiben, zum anderen von der Finanzierungsseite her.

Diese Arbeit stellt den ersten Versuch dar, alle Forschungskapazitäten in Baden-Württemberg aus datenorientierter Sicht systematisch darzustellen. Eine vollständige Darstellung und Verknüpfung der Finanzströme in Form

eines Forschungsbudgets war jedoch im Rahmen dieser Untersuchung nicht möglich; hierzu wären längerfristige Anstrengungen notwendig².

Die vorliegende Untersuchung war ohnehin nur möglich durch die Kooperationsbereitschaft zahlreicher anderer Institutionen³.

Nicht differenzieren läßt sich im Rahmen dieser Arbeit zwischen den einzelnen Stufen des Forschungsprozesses, also zum Beispiel zwischen Grundlagenforschung und angewandter Forschung.

Im folgenden schließt der Begriff der Forschung - verstanden als wissenschaftliche Tätigkeit mit dem Ziel, neue Erkenntnisse zu gewinnen - den Begriff der Entwicklung mit ein, also die Auswertung und Anwendung von Forschungsergebnissen, vor allem technologischer Art, um zu neuen oder verbesserten Produkten und Verfahren zu gelangen. Die Begriffe "Forschung" und "Forschung und Entwicklung" (FuE) werden im folgenden synonym gebraucht. In zwei Abschnitten dieser Arbeit wird jedoch stattdessen der umfassendere Begriff "Wissenschaft" verwendet, der die Forschung mit einschließt. Dies ist zweckmäßig zum einen bei den Hochschulen, wo neben der Forschung die wissenschaftliche Ausbildung (bei den Universitätskliniken auch die Krankenversorgung) weitere wissenschaftliche Funktionen bilden, sowie bei den öffentlichen Ausgaben, bei denen wiederum die Ausgaben für Hochschulen, aber auch in kleinerem Umfang die Zuwendungen an wissenschaftliche Service-Einrichtungen mit enthalten sind.

Die Arbeit ist wie folgt gegliedert: Nach einem kurzen internationalen Überblick wird die Struktur der Forschungskapazitäten bei den Forschung durchführenden Institutionen beschrieben. Dies sind

- Hochschulen
- Forschungseinrichtungen außerhalb der Hochschulen im öffentlichen Bereich
- Wirtschaft (Unternehmen und Industrielle Gemeinschaftsforschung)⁴

² Die statistische Beschreibung der Forschungskapazitäten war insbesondere auch dadurch erschwert, daß auf Bundesländerebene eine Forschungsstatistik im Rahmen der amtlichen Statistik nur ansatzweise existiert. Ein bundesweites Forschungsbudget erstellt das Bundesministerium für Forschung und Technologie, zuletzt im Faktenbericht 1981 zum Bundesbericht Forschung, sowie Bundesbericht Forschung 1979.

³ Hier sind zu nennen der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, die Arbeitsgemeinschaft industrieller Forschungsvereinigungen (AIF), das Statistische Bundesamt, die Deutsche Bundesbank und die Landeszentralbank in Baden-Württemberg, sowie das Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr und das Ministerium für Wissenschaft und Kunst.

⁴ Hier werden nur die naturwissenschaftlich-technischen FuE-Kapazitäten statistisch erfaßt.

¹ Siehe hierzu BMFT (Hrsg.), Die Messung wissenschaftlicher und technischer Tätigkeiten (Frascati-Handbuch), Bonn 1982, S. 170 ff.

Als (einzige) Outputgröße der Forschung wird anschließend die Patent- und Lizenzbilanz der baden-württembergischen Unternehmen mit dem Ausland dargestellt. Gerade bei kleinen und mittleren Unternehmen ist der Aufbau eigener bzw. die Nutzung externer FuE-Kapazitäten mit besonderen Schwierigkeiten verbunden. Weitere Schwierigkeiten bereitet der Schritt von der Forschung zur Entwicklungsphase und der Schritt bis zur Produktionsreife und Markteinführung. Ein eigener Abschnitt behandelt daher die öffentliche FuE- und Innovationsförderung der Wirtschaft. Abschließend wird die Finanzierung von Wissenschaft und Forschung durch die öffentlichen Haushalte behandelt.

FuE-Ausgaben im internationalen Vergleich

Gemessen am Anteil der FuE-Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt nimmt die Bundesrepublik eine Spitzenposition ein. Nach Berechnungen (und in der Abgrenzung) der OECD betrug hier 1979 der prozentuale Anteil 2,4 %, gleichauf lagen die USA, mit geringem Abstand folgten Großbritannien (Anteil 2,2 %), Japan (2,0 %) und Frankreich (1,8 %). Besonders stark ist die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der FuE-Ausgaben in Japan gestiegen, wo deren Anteil am Bruttoinlandsprodukt 1971 noch 1,6 % betrug, aber auch in der Bundesrepublik (1971: 2,1 %), während dieser Anteil in Großbritannien, Frankreich und den USA leicht rückläufig war.

Für die Bundesrepublik liegen in nationaler FuE-Abgrenzung aktuellere Zahlen vor. Danach haben die FuE-Ausgaben 1981 mit 41,5 Mrd. DM einen Anteil von 2,7 % am Bruttoinlandsprodukt erreicht gegenüber jeweils 2,6 % in den Jahren 1979 und 1975. Seit 1975 sind die FuE-Ausgaben um fast 50 % gestiegen.

Hochschulen

Bei den Hochschulen ist durch die kleinzellige Struktur der Forschungskapazitäten (Lehrstühle, Institute) eine äußerst vielgestaltige Forschungslandschaft in allen Wissensgebieten vorhanden, auch im geistes- und sozialwissenschaftlichen Bereich.

Die Entwicklung der Forschungskapazitäten war in der Vergangenheit in starkem Maß durch den enormen Anstieg der Zahl der Studierenden beeinflusst - so stieg beispielsweise an den Universitäten des Landes die Studentenzahl von 41 100 (WS 1961/62) über 84 200 (WS 1974/75) auf rund 116 400 (WS 1982/83). Zum einen führten die stetig steigenden Studentenzahlen zwar zum Neu- und Ausbau der Hochschulen, was von einer Erhöhung der Personalkapazität und damit auch der Forschungskapazität begleitet war. Zum anderen aber konnte etwa ab der zweiten Hälfte der 70er Jahre bei anhaltender wirtschaftlicher Stagnation der weitere Ausbau der Personalstellen nicht mehr mit den wei-

ter steigenden Studentenzahlen Schritt halten, wodurch die Belange der Lehre und Ausbildung zwangsläufig mehr in den Vordergrund rückten. Dies hatte entsprechende Auswirkungen auf die Forschungskapazitäten. Traditionell ist Baden-Württemberg ein besonders hochschulreiches Bundesland. So waren hier 1972 bundesweit 20 % des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals der Hochschulen tätig. Insbesondere in den 70er Jahren haben alle Länder große Anstrengungen gemacht, den Aus- und Neubau der Hochschulen zu forcieren, insbesondere auch in den Ländern, wo ein besonders großer Nachholbedarf bestand. Daraus ergab sich zwangsläufig, daß der Anteil der baden-württembergischen Hochschulen am bundesweiten wissenschaftlichen und künstlerischen Personal bis 1981 auf 16,4 % sank⁵, - ein Wert, der immer noch überdurchschnittlich ist, gemessen am Anteil an der Wohnbevölkerung im Alter von 18 bis 21 Jahre (1981: 15,6 %) ⁶.

Die überdurchschnittlich stark ausgebaute Hochschullandschaft Baden-Württembergs wirkt sich auch in einem stetigen "Studentenimport" aus anderen Bundesländern aus: Trotz der inzwischen stark erweiterten Hochschulkapazitäten in den anderen Bundesländern erreichte so im WS 1981/82 die Differenz zwischen der Zahl der Studierenden in Baden-Württemberg und der Zahl der (an heimischen oder auswärtigen Hochschulen studierenden) Studenten aus Baden-Württemberg immer noch einen Wert von 9400, davon 5355 an Universitäten und Pädagogischen Hochschulen.

In den einzelnen Fächergruppen ist der Anteil der baden-württembergischen Hochschulen, wieder gemessen an der Zahl der Wissenschaftler, durchaus differenziert. Während 1981 der Anteil am Bundesgebiet bei den Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften 12,4 %, in der Fächergruppe Kunst und Kunstwissenschaften 13,9 % betrug, belief er sich bei den Sprach- und Kulturwissenschaften auf 16,4 %. Bei der Humanmedizin betrug der Anteil 15,5 %, in der Fächergruppe Mathematik, Naturwissenschaften 18,3 %, bei den Ingenieurwissenschaften 19,5 % und bei den Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften 20,7 %. Insgesamt gesehen deuten diese Zahlen darauf hin, daß die Forschungskapazitäten der baden-württembergischen Hochschulen im Bundesvergleich ihren Schwerpunkt mehr in den naturwissenschaftlich-technischen Fächern haben.

An den 9 Universitäten des Landes betrug 1981 die Zahl der Stellen für Lehr- und Forschungspersonal rund 7000. Einschließlich der Hochschulkliniken erhöht sich die Zahl der

⁵ Hier wie im folgenden ohne Personal bzw. Ausgaben der baden-württembergischen Berufsakademien, die nicht zum Hochschulbereich zählen.

⁶ Vgl. hierzu Bericht des Ministeriums für Wissenschaft und Kunst zum Staatshaushaltsplan 1983 und 1984, S. 162.

Stellen für Lehr- und Forschungspersonal auf 9400 (im folgenden kurz als Wissenschaftler bezeichnet). Insgesamt waren zu diesem Zeitpunkt an den Universitäten und Kliniken 15 328 Wissenschaftler (Personen) beschäftigt. Die Differenz erklärt sich durch die Berücksichtigung von nebenberuflichen und teilzeitbeschäftigten Personen sowie durch Arbeitsverhältnisse, die durch Sachmittel, insbesondere durchlaufende Drittmittel, finanziert werden.

Von den Wissenschaftlern waren 11 725 hauptberuflich, 3603 nebenberuflich tätig. Von der Gesamtzahl der Wissenschaftler waren 4431 (29 %) im Bereich Mathematik und Naturwissenschaften tätig, davon 1110 im Fach Chemie und 1039 im Fach Biologie. In den Ingenieurwissenschaften waren 2266 Wissenschaftler tätig (15 %), davon 1013 im Bereich Maschinenbau und Verfahrenstechnik. In der Humanmedizin betrug die Zahl der Wissenschaftler 3176, im Bereich Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften 590 Personen. Eine große Bedeutung, vor allem in der naturwissenschaftlich-technischen Forschung an den Universitäten kommt dabei dem aus durchlaufenden

Sachmitteln finanzierten "Drittmittel-Personal" zu. An den Universitäten wurden 1981 2581 Wissenschaftler (17 % der Wissenschaftler) aus Drittmitteln finanziert, darunter 845 im Bereich Mathematik und Naturwissenschaften (20 % der dort beschäftigten Wissenschaftler), 770 in den Ingenieurwissenschaften (34 %), 255 im Bereich der Humanmedizin (8 %) und 135 in den Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften (23 %) (Tabelle 1).

Die wachsende Bedeutung der Drittmittel für die Forschung an Universitäten zeigt sich auch an den Drittmiteleinnahmen (Schaubild 1). Im Jahr 1981 betragen die Drittmiteleinnahmen der baden-württembergischen Universitäten 271 Mill. DM gegenüber 183 Mill. DM 1977 (+ 48,2 %). Quellen von Drittmitteln sind Forschungsaufträge und Zuweisungen des Bundes, Forschungsaufträge bzw. Zuweisungen Privater (insbesondere Unternehmen) und Zuweisungen des Landes; der größte Teil der Drittmittel stammt jedoch von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG); 1981 betragen die Sachbeihilfen der DFG 83 Mill. DM, die Zuweisungen der DFG für Sonderforschungs-

Tabelle 1

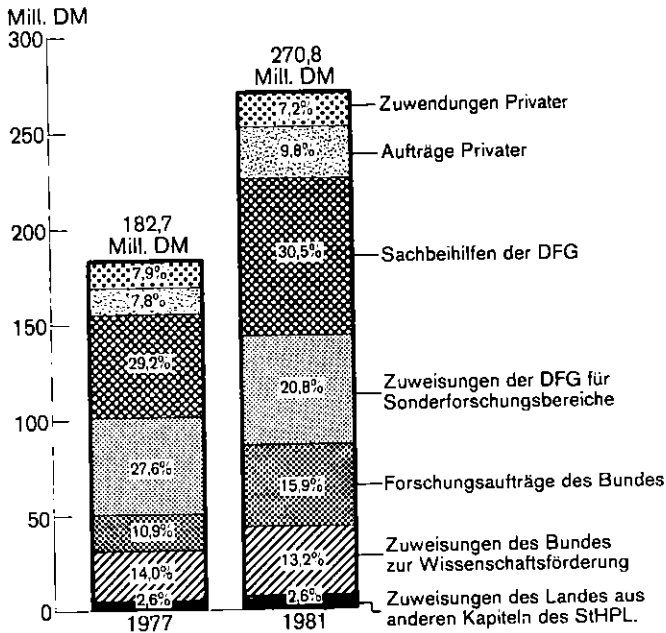
Wissenschaftliches und künstlerisches Personal¹⁾ an Universitäten und Fachhochschulen 1981

Fächergruppe	Personal an ...		
	Universitäten		Fachhochschulen ²⁾ insgesamt
	insgesamt	dar. aus Drittmitteln finanziert	
Mathematik, Naturwissenschaften	4 431	845	79
Mathematik, Naturwissenschaften allgemein	202	—	—
Mathematik	315	14	8
Informatik	181	57	6
Physik, Astronomie	975	224	23
Chemie	1 110	200	42
Pharmazie	164	13	—
Biologie	1 039	208	—
Geowissenschaften (ohne Geographie)	321	101	—
Geographie	125	28	—
Ingenieurwissenschaften	2 266	770	1 750
Ingenieurwissenschaften allgemein (nur für Lehrerausbildung)	8	—	—
Maschinenbau, Verfahrenstechnik	1 013	401	1 099
Elektrotechnik	303	81	191
Architektur, Innenarchitektur	202	11	138
Raumplanung	55	8	172
Bauingenieurwesen	645	267	103
Vermessungswesen	40	2	47
Sprach- und Kulturwissenschaften	2 047	164	66
Sport	137	3	—
Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften	1 494	104	734
Humanmedizin	3 176	255	—
Veterinärmedizin	23	8	—
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	590	135	46
Kunst, Kunstwissenschaften	51	3	118
Zentrale Einrichtungen und ohne Angaben	1 115	294	51
Insgesamt	15 329	2 581	2 844

1) Hauptberufliches und nebenberufliches Personal. — 2) Ohne Verwaltungsfachhochschulen.

Schaubild 1

Drittmittel-einnahmen¹⁾ der Universitäten



1) Den Universitäten und Universitätslehrern im Rahmen ihrer Dienstaufgaben zugewiesene Finanzmittel Dritter; einschließlich Einnahmen der Kliniken.

Quelle: Ministerium für Wissenschaft und Kunst.

143 83

bereiche 56 Mill. DM. Sonderforschungsbereiche sind langfristige, aber nicht auf Dauer angelegte Einrichtungen, in denen Wissenschaftler im Rahmen eines fächerübergreifenden Forschungsprogramms zusammenarbeiten. Die Kosten werden zu 75 % vom Bund, von den Ländern zu 25 % getragen. Anfang 1983 waren in Baden-Württemberg 31 Sonderforschungsbereiche eingerichtet, das sind rund ein Viertel aller Sonderforschungsbereiche in der Bundesrepublik.

Die in Baden-Württemberg eingerichteten Sonderforschungsbereiche sind sehr breit gefächert. Die Schwerpunkte liegen bei den Biowissenschaften, den Ingenieurwissenschaften und auf medizinischem Gebiet, aber auch andere Forschungszweige wie Geschichte, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sind vertreten.

Die Bedeutung der Universitäten zeigt sich auch an deren Ausgaben. Im Jahr 1981 betragen die Ausgaben der Hochschulen (hier wie im folgenden ohne Universitätskliniken) 1,89 Mrd. DM. Hiervon entfielen 1,5 Mrd. DM (80 %) auf die Universitäten (Schaubild 2). Gegenüber 1980 haben sich die gesamten Ausgaben der Universitäten zwar verringert (- 6,7 %), jedoch stiegen die Ausgaben 1981 gegenüber dem Vorjahr noch in den naturwissenschaftlichen Fächern. Der Anteil der Mathematik und Naturwissenschaften an den Ausgaben der Universitäten erhöhte sich dadurch von 22 % (1980) auf 26 % (1981), der Anteil der Ingenieurwissenschaften von 14 % auf 16 %. Die Ausgabenstruktur von 1981 zeigt Tabelle 2.

Die Ausgaben der Universitätskliniken, die einen erheblichen Teil der Ausgaben durch eigene Einnahmen im Rahmen der Krankenversorgung decken, betragen (brutto) 967 Mill. DM.

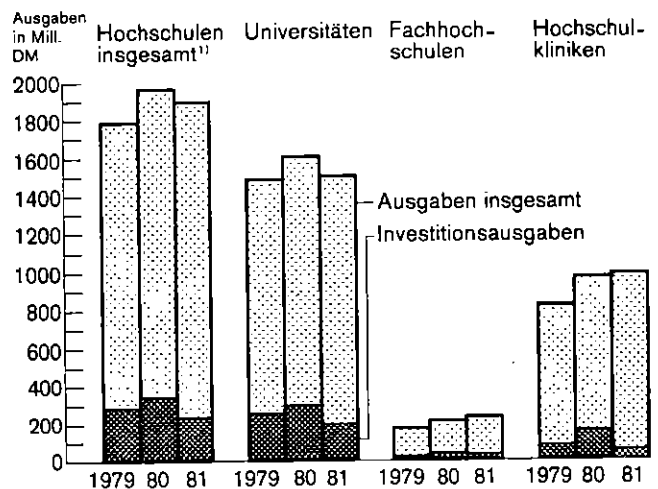
Für Investitionen im Hochschulbereich (einschließlich Baumaßnahmen) wurden 1981 233 Mill. DM ausgegeben, davon 196 Mill. DM bei den Universitäten. Hinzu kommen die Investitionsausgaben der Universitätskliniken in Höhe von 52 Mill. DM (Schaubild 2).

An den Fachhochschulen (ohne Verwaltungsfachhochschulen) in Baden-Württemberg waren 1981 rund 1250 Stellen für wissenschaftliches Personal ausgewiesen. Wie bei den Universitäten lag die Zahl der Wissenschaftler nach dem Personenkonzept höher, insgesamt waren 2844 Wissenschaftler beschäftigt, davon waren 1393 hauptberuflich, 1451 nebenberuflich tätig. Von den Wissenschaftlern waren 1750 (62 %) in den Ingenieurwissenschaften tätig. Die Ausgaben aller in Baden-Württemberg gelegenen Fachhochschulen betragen 1981 226 Mill. DM, dies waren 6,1 % mehr als im Vorjahr. Darunter waren Investitionsausgaben (einschließlich Bauausgaben) in Höhe von 26 Mill. DM (Schaubild 2).

Durch ihre Praxisorientiertheit kommt den Fachhochschulen eine bedeutende Rolle im Technologietransfer gerade auch für mittelständische Unternehmen zu. Hier ist in erster Linie der technische Beratungsdienst der Steinbeis-Stiftung an Fachhochschulen zu nennen; 1981 existierte dieser Beratungsdienst an 16 Fachhochschulen des Landes, in diesem Jahr wurden ca. 600 Kurzberatungen und 1500 Untersuchungs- und Entwicklungsaufträge durchgeführt. Das Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr übernimmt dabei die Kosten für die Beratungsdienstleiter der Fachhoch-

Schaubild 2

Ausgaben der Hochschulen



1) Ohne Hochschulkliniken.

144 83

Tabelle 2

Ausgaben der Universitäten¹⁾ 1981

Fächergruppe	Ausgaben insgesamt	Anteil
	1000 DM	%
Sprach- und Kulturwissenschaften	132 398	8,8
Mathematik, Naturwissenschaften	390 954	26,0
Humanmedizin	123 001	8,2
Ingenieurwissenschaften	241 633	16,1
Sonstige ²⁾	172 979	11,5
Hochschulen insgesamt, zentrale Einrichtungen	443 138	29,5
Insgesamt	1 504 103	100

1) Ohne Ausgaben der Hochschulkliniken. — 2) Sport, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften, Kunst und Kunstwissenschaften.

schulen und Teile der Beratungskosten⁷. Besonders zu nennen ist das "Furtwanger Modell", in dessen Rahmen Wissenschaftler an der dortigen Fachhochschule von einem Teil ihres Lehrdeputats zugunsten von Beratungstätigkeiten freigestellt werden. Beratungsdienste für die Wirtschaft sind auch an verschiedenen Universitäten eingerichtet worden.

Forschungseinrichtungen außerhalb der Hochschulen im öffentlichen Bereich

Anders als bei den Hochschulen sind bei den außeruniversitären Forschungseinrichtungen des öffentlichen Bereichs die Forschungskapazitäten mehr auf ausgewählte Schwerpunktbereiche hin ausgerichtet. Zum öffentlichen Bereich gehören neben Bundes- und Landesanstalten — also Einrichtungen, die brutto mit ihren gesamten Einnahmen und Ausgaben in den Haushaltsplänen der Gebietskörperschaften nachgewiesen werden — zahlreiche weitere Institutionen, im allgemeinen Organisationen ohne Erwerbszweck, die auf Dauer überwiegend öffentlich finanziert werden. Nicht eingeschlossen sind hier die Institute für industrielle Gemeinschaftsforschung, die zum Wirtschaftssektor gezählt werden. Nicht in die Untersuchung einbezogen werden konnten im allgemeinen solche Institutionen, die neben anderen Funktionen auch Tätigkeiten im Bereich von Wissenschaft und Forschung ausüben. Wie die Forschungskommission Baden-Württemberg feststellte, sind dies Arbeitseinheiten, die sowohl Wissenstransfer als auch in gewissem Umfang selbst eigenständige Analyse betreiben sowie Vorleistungen für Forschungsaktivitäten anderer Einrichtungen erbringen. Sie sind zum Beispiel integriert in die Arbeitsverwaltung, in die amtliche Statistik, in die Deutsche Bundesbank bzw. Landeszentralbanken oder auch in Verbände. Nicht selten kommt es zu Kooperationen dieser Einrichtungen mit Hochschulen bzw. außeruniversitären Forschungseinrichtungen.

⁷ Forschungskommission Baden-Württemberg (Hrsg.), Abschlussbericht, Stuttgart 1982.

Im Bereich der öffentlichen Forschungsanstalten außerhalb der Hochschulen waren 1981 in Baden-Württemberg 11 000 Personen beschäftigt, davon rund 3400 Wissenschaftler (als Näherungsgröße hierfür gelten die Beschäftigten im höheren Dienst)⁸. Von 1978 bis 1981 ist die Beschäftigtenzahl um 8 % gestiegen, darunter bei den Wissenschaftlern um 13 %. Im Jahr 1981 waren rund 13 % des Personals teilzeitbeschäftigt, bei den Wissenschaftlern waren es 3 % (Tabelle 3).

Die Forschungsanstalten des Bundes zählten in Baden-Württemberg 1981 760 Beschäftigte. Nur wenige dieser Einrichtungen liegen in Baden-Württemberg: die Bundesanstalt für Wasserbau, die Bundesanstalt für Ernährung und die Bundesanstalt für Viruskrankheiten; andere Bundeseinrichtungen haben hier kleine Außenstellen. Nur rund 5 % des Personals der Forschungseinrichtungen des Bundes hat seinen Dienstsitz in Baden-Württemberg.

In den 11 Forschungseinrichtungen des Landes waren 1981 660 Personen tätig, dies waren 12 % der bundesweit in derartigen Ländereinrichtungen Beschäftigten. Vom Ausgabenvolumen her die bedeutendsten Einrichtungen sind hier die Forstliche Versuchs- und Forschungsanstalt, das Geologische Landesamt, die Staatliche landwirtschaftliche Untersuchungs- und Forschungsanstalt und die Landesanstalt für Pflanzenbau und Tabakzüchtung.

Max-Planck-Institute betreiben vorwiegend Grundlagenforschung in ausgewählten Schwerpunktgebieten.

In den 14 im Lande gelegenen Einrichtungen der Max-Planck-Gesellschaft waren 2150 Personen beschäftigt; hier nimmt Baden-Württemberg mit einem Anteil am Bundesgebiet von 26 % eine herausgehobene Position ein. Dies gilt auch für die in Baden-Württemberg liegenden 14 Institute der Fraunhofer-Gesellschaft; hier war mit 1180 Beschäftigten bundesweit sogar jeder zweite Beschäftigte dieser Institute in Baden-Württemberg tätig. Da die Fraunhofer-Institute auf angewandte Forschung und Vertragsforschung hin ausgerichtet sind, kommt ihnen im Technologietransfer, gerade auch für mittelständische Unternehmen, eine wichtige Rolle zu.

In Baden-Württemberg befinden sich an Großforschungseinrichtungen das Kernforschungszentrum Karlsruhe, das Deutsche Krebsforschungszentrum Heidelberg und das Forschungszentrum Stuttgart der in mehreren Bundesländern tätigen Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt (DFVLR). Charakteristisch für Großforschungseinrichtungen sind komplexe, technisch aufwendige, langfristig angelegte Forschungsvorhaben; das Spektrum reicht dabei von der

⁸ Hier wie im folgenden nach dem Personenkonzept.

Tabelle 3.

Personal¹⁾ in Forschungseinrichtungen im öffentlichen Bereich außerhalb der Hochschulen

Forschungseinrichtung	1978		1981		Veränderungsrate		Anteil am Bundesgebiet	
	insgesamt	dar.höherer Dienst	insgesamt	dar.höherer Dienst	insgesamt	dar.höherer Dienst	1978	1981
	Anzahl				%			
Forschungseinrichtungen des Bundes	750	152	760	178	1,3	17,1	5,7	5,4
Forschungseinrichtungen der Länder	692	176	662	185	-4,3	5,1	12,8	12,3
Sonstige juristische Personen ²⁾ im Bereich Forschung	8 680	2 660	9 510	3 025	9,6	13,7	22,9	23,8
Max-Planck-Gesellschaft	1 940	680	2 150	760	10,8	11,8	25,4	25,7
Fraunhofer-Gesellschaft	1 080	450	1 180	505	9,3	12,2	54,2	50,6
Sonstige (insbesondere Großforschungseinrichtungen)	5 660	1 530	6 180	1 760	9,2	15,0	20,0	21,2
Insgesamt ²⁾	10 122	2 988	10 932	3 388	8,0	13,4	17,9	18,4

1) Voll- und Teilzeitbeschäftigte. – 2) Ohne Europäisches Laboratorium für Molekularbiologie Heidelberg.

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen (teilweise geschätzt).

Grundlagenforschung bis zur anwendungsreifen Entwicklung. Trotz der in den Institutsbezeichnungen zum Ausdruck kommenden Schwerpunkte bieten gerade die Einrichtungen in Karlsruhe und Stuttgart ein breit angelegtes Potential an Technologietransfer an.

Außerdem gibt es in Baden-Württemberg noch rund 25 meist kleinere Forschungseinrichtungen, die überwiegend im geistes- oder sozialwissenschaftlichen Bereich tätig sind. Beispielhaft seien genannt das Institut für Deutsche Sprache in Mannheim und das Deutsche Institut für Fernstudien in Tübingen. Diese Institute sind in Tabelle 3 mit den Großforschungseinrichtungen zum Bereich "Sonstige" zusammengefaßt. Hier waren 1981 rund 6200 Personen beschäftigt (Anteil am Bundesgebiet: 21 %).

Baden-Württemberg hat so eine überdurchschnittlich gut ausgebaute Infrastruktur an Forschungseinrichtungen im öffentlichen Bereich. Einschließlich des Europäischen Laboratoriums für Molekularbiologie in Heidelberg, einer supranationalen Einrichtung, entfallen 19 % des Personalbestandes auf Baden-Württemberg.

Die Bedeutung der außeruniversitären Forschungseinrichtungen läßt sich anhand der Ausgabenströme näher beschreiben (Tabelle 4). Im Jahr 1980 hatte dieser Bereich ein Ausgabenvolumen von 1,2 Mrd. DM. Von 1977 bis 1980 sind die Ausgaben der in Baden-Württemberg liegenden Einrichtungen um ein Fünftel gestiegen, allerdings zeigt Tabelle 4 auch einen Ausgabenrückgang von 1979 bis 1980. Ursächlich hierfür war eine Investitionsspitze im Jahr 1979 bei einer der Großforschungseinrichtungen. Bei dem hohen Strukturwandel der kapitalintensiven Großforschungs-

einrichtungen schlug der nachfolgende Rückgang der Investitionen in diesem Institut bis zu den Gesamtausgaben aller Institutsgruppen durch.

Dominierend bei den Ausgaben waren die "kapitalintensiven" Großforschungseinrichtungen, auf die mit 736 Mill. DM allein über 60 % der Ausgaben entfielen, dies waren über 35 % der bundesweiten Ausgaben für Großforschungseinrichtungen. Mit 196 Mill. DM entfielen auf die Max-Planck-Institute 16 % der Ausgaben (Anteil am Bundesgebiet 27 %), auf die Fraunhofer-Institute mit 104 Mill. DM gut 8 % der Ausgaben (Anteil am Bundesgebiet 48 %).

Die Tabelle zeigt auch die Struktur der Ausgaben nach Forschungszielen. Hierzu werden die einzelnen Institute nach ihrem Forschungsschwerpunkt einem der von der OECD definierten Forschungsziele zugeordnet⁹. In Baden-Württemberg entfielen - bedingt durch das hohe Ausgabenvolumen des Kernforschungszentrums Karlsruhe - 1980 allein 53 % der Ausgaben auf die Kernforschung. Die Sonstigen Naturwissenschaften hatten einen Anteil von 5 %, auf Forschung im Bereich des Gesundheitswesens entfielen 11 %, auf Raumfahrtforschung 7 % der Ausgaben.

Im Vergleich zur Struktur des Bundesgebiets fällt insbesondere der vergleichsweise hohe Anteil der Verteidigungsforschung auf. Obwohl dieser Anteil in Baden-Württemberg nur 3 % beträgt, lägen hier doch gut 70 % der Forschungskapazität des Bundesgebiets in Baden-Württemberg. Ursächlich hierfür sind

⁹ Diese Zuordnung hat z.B. zur Folge, daß Aktivitäten der DFVLR im Bereich Energieforschung ebenfalls dem schwerpunktmäßigen Forschungsziel "Raumfahrt" zugeordnet werden.

insbesondere die drei in Baden-Württemberg gelegenen verteidigungsbezogenen Institute der Fraunhofer-Gesellschaft. Die Art der im Lande liegenden Großforschungseinrichtungen ist auch für den Anteil an den bundesweiten Forschungsausgaben bei den Forschungszielen Kernenergieforschung (gut 40 %), Gesundheitswesen (29 %) und Raumfahrt (18 %) maßgeblich.

Der herausragenden Position der in Baden-Württemberg gelegenen Einrichtungen im naturwissenschaftlich-technischen Bereich steht ein unterproportionaler Anteil bei Forschungsinstituten im Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften gegenüber; hier betrug, gemessen am Ausgabenvolumen, der Anteil am Bundesgebiet lediglich 13 %. Hier ist allerdings zu berücksichtigen, daß alle Bundesanstalten dieses Forschungsbereichs nicht in Baden-Württemberg liegen. Allgemein muß betont werden, daß bei der relativ geringen Zahl von Forschungseinrichtungen einzelne große Institute (insbesondere Großforschungseinrichtungen) bereits strukturprägend sein können.

Die bedeutende Rolle der in Baden-Württemberg gelegenen außeruniversitären Forschungseinrichtungen im bundesweiten Forschungsverbund kommt bei den Ausgaben besonders deutlich zum Ausdruck.

Rund ein Viertel der bundesweiten Ausgaben entfiel auf heimische Einrichtungen, während der Anteil beim Personal knapp ein Fünftel betrug. Im höheren Ausgabenanteil drückt sich wieder aus, daß der Schwerpunkt der Forschungseinrichtungen deutlicher als im gesamten Bundesgebiet bei den investitionsintensiveren naturwissenschaftlich-technischen Disziplinen liegt, und hier wiederum bei den besonders "kapitalintensiven" Großforschungseinrichtungen.

Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft

Der mit Abstand bedeutendste Träger von Forschung und Entwicklung in der Bundesrepublik ist - sowohl was die Finanzierung als auch die Durchführung betrifft - die Wirtschaft. Dabei ist der Anteil der Wirtschaft

Tabelle 4

Forschungsausgaben im öffentlichen Bereich außerhalb der Hochschulen nach Institutionen und Forschungszielen

Institution — Forschungsziel 1)	Forschungsausgaben			Veränderungsrate 1980 gegen 1977	Anteil Baden- Württembergs an den Forschungsausgaben des Bundesgebiets 2)	Ausgabenstruktur		
	1977	1979	1980			Baden- Württemberg		Bund 1979
						1979	1980	
	Mill. DM.			%				
Insgesamt ³⁾	1 009,2	1 257,7	1 216,7	20,6	25	100	100	100
	nach Institutionen							
Bundesanstalten	55,4	58,5	64,0	15,5	7	4,7	5,3	18,2
Länderanstalten	33,0	38,1	40,3	22,1	13	3,0	3,3	6,2
Großforschungseinrichtungen	604,6	802,6	735,9	21,7	36	63,8	60,5	44,0
Max-Planck-Institute	178,2	194,5	195,6	9,8	27	15,5	16,1	14,5
Fraunhofer-Institute	71,8	89,7	103,7	44,5	48	7,1	8,5	3,8
Sonstige Forschungseinrichtungen ³⁾	57,2	60,8	62,2	8,7	17	4,8	5,1	7,7
Wissenschaftliche Bibliotheken und Museen außerhalb der Hochschulen ⁴⁾	9,0	13,6	15,0	66,2	5	1,1	1,2	5,5
	nach Forschungszielen							
Kernenergie	544,5	716,0	645,1	18,5	41	56,9	53,0	34,6
Raumfahrt	76,3	83,3	80,9	6,1	18	6,6	6,6	9,4
Verteidigung	26,0	29,3	32,3	24,3	72	2,3	2,7	0,8
Landwirtschaft	37,7	39,0	40,4	7,0	13	3,1	3,3	6,1
Bauwesen, Raum- und Städteplanung	30,9	33,8	39,8	29,0	31	2,7	3,3	2,3
Verkehrswesen, Nachrichtenwesen	—	—	—	—	—	—	—	0,6
Gesundheitswesen	101,0	124,6	129,8	28,6	29	9,9	10,7	8,9
Industrielle Technologie	13,3	17,5	20,8	55,9	11	1,4	1,7	2,8
Sonstige Naturwissenschaften	128,9	160,1	170,9	12,1	12	4,3	4,7	9,4
Sonstige Geistes- und Sozialwissenschaften	50,6	54,2	56,7	32,6	13	12,7	14,0	25,0

1) Zuordnung zu den Forschungszielen entsprechend dem Forschungsschwerpunkt der Institutionen; Systematik: OECD-Objektives. —

2) Arithmetisches Mittel aus 1977/1979. — 3) Einschl. Europäisches Laboratorium für Molekularbiologie Heidelberg. — 4) Forschungsanteile geschätzt.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Landeshaushaltsrechnungen, eigene Schätzung.

im Lauf der letzten Jahre angestiegen. Bei der Finanzierung von FuE stieg der Anteil der Wirtschaft an den bundesweiten FuE-Ausgaben von 51 % (1975) auf 54 % (1981)¹⁰, bei der Durchführung der Forschung entfielen 1975 noch 63 %, 1981 bereits 66 % auf die Wirtschaft.

Auch hier ist ein kurzer internationaler Vergleich der OECD-Länder interessant¹¹. Der Finanzierungsanteil der Wirtschaft war 1979 mit Ausnahme von Japan (59 %) in der Bundesrepublik am höchsten, er beträgt in den USA 46 %, in Großbritannien und Frankreich je 43 %. Bei der Durchführungsseite von FuE ist der Anteil der Wirtschaft in der Bundesrepublik etwa gleichauf mit den USA am höchsten; mit Abstand geringer ist der Anteil der Wirtschaft in Japan (58 %) und Frankreich (60 %).

Daten über Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft werden in zweijährlichem Turnus vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft auf freiwilliger Basis erhoben¹². Die Abgrenzung der FuE von Produktionsstätigkeiten ist besonders schwierig, FuE-Tätigkeiten sind dabei relativ eng gefaßt. Nicht zu FuE gehören insbesondere Versuchsproduktion, Erprobung und Standardisierung, Qualitätskontrollen sowie Entwurf und Konstruktion, soweit auf den Produktionsprozeß selbst entfallend. Außerdem sind hier nur naturwissenschaftliche Forschungen einbezogen.

Aufgrund einer vom Stifterverband im Auftrag des Statistischen Landesamtes durchgeführten Sonderauswertung ist es hiermit erstmals möglich, tiefgegliedertes Datenmaterial über Forschungsaktivitäten der Wirtschaft auch für Baden-Württemberg vorzulegen. Da für Baden-Württemberg nur über FuE-Personal, nicht aber über die Aufwendungen der Wirtschaft originär erhobenes Datenmaterial vorliegt, können allerdings über die Aufwendungen der Wirtschaft für FuE in Baden-Württemberg nur einige globale Aussagen gemacht werden. Die gesamten Aufwendungen der Wirtschaft (einschließlich öffentlicher Finanzierungsanteile) betragen 1981 nach einer Schätzung des Stifterverbands bundesweit 27,5 Mrd. DM gegenüber 26,1 Mrd. DM 1980

(Schätzung aufgrund erhobener Plan-Daten) und 23,8 Mrd. DM 1979 (erhobene Ist-Daten)¹³.

Von den gesamten Forschungsaufwendungen der deutschen Wirtschaft entfielen 1979 98 % auf Unternehmen, der verbleibende Anteil - der allerdings in einzelnen Branchen durchaus ins Gewicht fällt - auf die Institutionen für Gemeinschaftsforschung (IfG), zu denen sich jeweils in der Regel Unternehmen der gleichen Branche auf Verbandsebene zusammengeschlossen haben. Von den bundesweiten FuE-Aufwendungen der Unternehmen - also ohne IfG - in Höhe von 23,3 Mrd. DM dürften schätzungsweise 4,9 Mrd. DM (21 %) auf in Baden-Württemberg gelegene Forschungsstätten der Unternehmen entfallen.

Nur ein geringer Teil der Forschungsaktivitäten der Unternehmen wird "extern" als Vertragsforschung durchgeführt. Die "internen" Aufwendungen der Unternehmen - also für Forschung und Entwicklung "im eigenen Haus" - betragen bundesweit mit 22,2 Mrd. DM 93 % ihrer FuE-Gesamtaufwendungen. Von den internen Aufwendungen dürften mit rund 4,7 Mrd. DM ebenfalls 21 % auf Baden-Württemberg entfallen.

Ein Strukturbild der Forschungskapazitäten der Wirtschaft in Baden-Württemberg läßt sich über das FuE-Personal gewinnen. Da es insbesondere in kleinen Unternehmen vorkommen kann, daß Beschäftigte nur zeitweise mit FuE-Tätigkeiten betraut sind, wurden die folgenden Daten bereits auf Vollzeitäquivalente umgerechnet. In Baden-Württemberg waren 1979 in Forschungsstätten der Wirtschaft (Unternehmen und industrielle Gemeinschaftsforschung) 52 000 Personen (Vollzeitäquivalente) beschäftigt¹⁴, der Anteil am FuE-Personal des Bundesgebiets (238 000 Personen) betrug 22 %. Davon waren in den Forschungsstätten der Unternehmen in Baden-Württemberg 51 400 Personen tätig, in Institutionen für Gemeinschaftsforschung (IfG) 530 Personen (Tabelle 5). Von 1977 bis 1979

10 Faktenbericht S. 12 f.

11 Faktenbericht S. 53, internationale Angaben in der Abgrenzung der OECD.

12 Vgl. hierzu Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft (Herausgeber) Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft 1977, Arbeitsschrift A 1980. Definition und Abgrenzung von FuE erfolgen dabei entsprechend den im sog. "Frascati-Handbuch" enthaltenen Richtlinien der OECD.

13 Die Angaben für 1979 (sowohl bezüglich Aufwendungen als auch bezüglich FuE-Personal) schließen erstmals einen erweiterten Berichtskreis von kleinen und mittleren Unternehmen ein; diese zusätzlichen Daten wurden durch die Integration der durch die Teilnahme an einem Förderungsprogramm des Bundes (FuE-Personalkostenzuschußprogramm) anfallenden statistischen Angaben gewonnen, siehe hierzu: Helga Echterhoff-Severitt, Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft 1979 in: Deutsche Universitätszeitung 20/1981.

14 Diese Forschungsstätten können also auch zu Unternehmen gehören, die ihren Sitz außerhalb unseres Landes haben, umgekehrt können heimische Unternehmen Forschungsstätten unterhalten, die als außerhalb der Landesgrenzen liegend nicht mitgezählt sind.

Tabellé 5

FuE-Personal der Unternehmen nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen in Baden-Württemberg¹⁾ und im Bundesgebiet 1979

Wirtschaftsbereich ²⁾	Baden-Württemberg		Bundesgebiet		Anteil Baden-Württembergs am Bundesgebiet
	FuE-Personal	Anteil am Insgesamt	FuE-Personal	Anteil am Insgesamt	
	Anzahl	%	Anzahl	%	
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	13	0	3 545	1,5	0,4
Verarbeitendes Gewerbe	51 235	99,6	226 299	96,7	22,6
Chemische Industrie usw., Mineralölverarbeitung	5 587	10,9	54 358	23,2	10,3
Herstellung von Kunststoff- und Gummiwaren	720	1,4	3 456	1,5	20,8
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden usw.	192	0,4	2 252	1,0	8,5
Metallerzeugung und -bearbeitung	396	0,8	5 816	2,5	6,8
Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau usw.	19 087	37,1	80 184	34,3	23,8
Maschinenbau	7 594	14,8	33 751	14,4	22,5
Herstellung von Büromaschinen, ADV-Geräten und -Einrichtungen	2 107	4,1	—	—	—
Herstellung von Kraftwagen und deren Teilen, Straßenfahrzeugbau	8 196	15,9	28 956 ³⁾	12,4	28,3
Elektrotechnik, Feinmechanik, Herstellung von EBM-Waren usw.	24 367	47,4	75 397	32,2	32,3
Elektrotechnik	21 323	41,5	66 354	28,3	32,1
Holz-, Papier- und Druckgewerbe	461	0,9	1 681	0,7	27,4
Leder-, Textil- und Bekleidungs-gewerbe	181	0,4	1 069	0,5	16,9
Ernährungsgewerbe	244	0,5	2 085	0,9	11,7
Restliche Wirtschaftsabteilungen	178	0,3	4 254	1,8	4,2
Unternehmen insgesamt	51 427	100	234 098	100	22,0
Nachrichtlich: Institute für Gemeinschaftsforschung (IfG)	532	—	3 864	—	13,8
Wirtschaft insgesamt	51 959	—	237 962	—	21,8

1) FuE-Personal der in Baden-Württemberg gelegenen Forschungsstätten (Vollzeitäquivalente). — 2) Zuordnung nach dem Schwerpunkt des Unternehmens, Systematik der Wirtschaftszweige (WZ) 1979. — 3) Ohne WZ-Nr. 245.

Quelle: Stifterverband, AIF, eigene Berechnungen.

ist das in Baden-Württemberg beschäftigte FuE-Personal der Wirtschaft um 5 % gewachsen¹⁵⁾.

Im folgenden wird zunächst die Branchenstruktur des FuE-Personals der Unternehmen untersucht; die IfG werden anschließend behandelt.

In Baden-Württemberg waren mit 51 200 nahezu alle FuE-Beschäftigten der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe beschäftigt. Eine herausragende Stellung mit 21 300 FuE-Beschäftigten nimmt hier die Elektrotechnik ein, hier entfällt ein Drittel der bundesweiten Forschungskapazität auf Forschungsstätten in Baden-Württemberg.

Weitere Schwerpunkte der FuE-Tätigkeit sind die KFZ-Herstellung mit 8 200 Beschäftigten (Anteil am Bundesgebiet 28 %) und der Maschinenbau (Anteil am Bundesgebiet 23 %).

Entsprechend der Dominanz der Branchen der Investitionsgütererzeugung in der heimischen Wirtschaft entfällt der weitaus überwiegende

15 Schätzung des Statistischen Landesamtes. Diese Zuwachsrate bezieht sich — im Gegensatz zu den übrigen Angaben — nur auf einen eingeschränkten Berichtskreis (insbesondere ohne Unternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten).

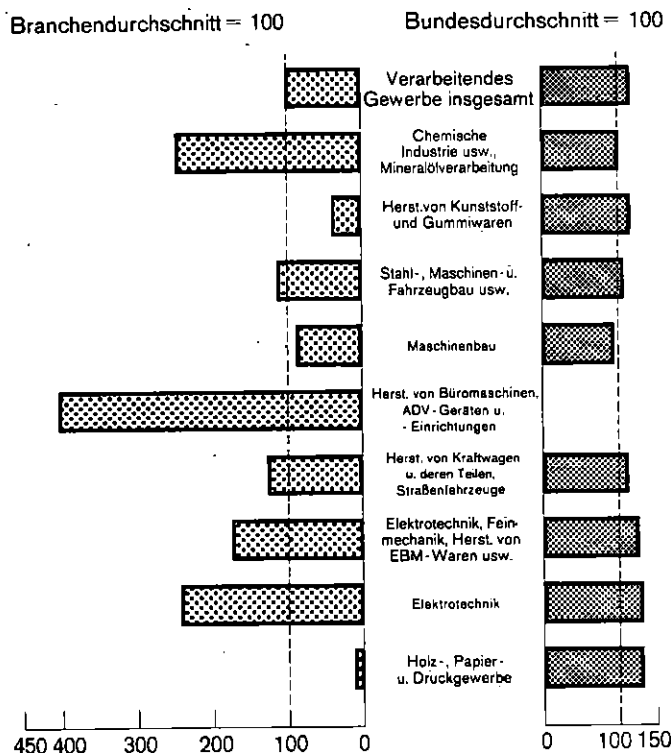
Teil des baden-württembergischen FuE-Personals der Unternehmen auf diesen Bereich. So entfällt allein auf die Elektrotechnik ein Anteil von 42 % (im Bundesgebiet: 28 %), auf den Maschinenbau ein Anteil von 15 % (im Bundesgebiet: 14 %), auf die KFZ-Herstellung 16 % (im Bundesgebiet: 12 %) und auf die Herstellung von Büromaschinen und ADV-Geräten 4 % (hier liegen keine Angaben für das Bundesgebiet vor). Schwächer vertreten ist entsprechend der Bereich der Grundstoff- und Produktionsgütererzeugung. So betrug der Strukturanteil der Chemischen Industrie und Mineralölverarbeitung 11 % (im Bundesgebiet: 23 %).

Im Verarbeitenden Gewerbe, das weit mehr als andere Wirtschaftsbereiche dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt ist, interessiert nicht nur, in welcher Höhe in den einzelnen Branchen Forschungskapazitäten vorhanden sind, sondern auch, in welchem Ausmaß Forschungskapazitäten in Relation zur Größe der Branchen unterhalten werden. Dies führt zur Frage nach der "Forschungsintensität" der Branchen des Verarbeitenden Gewerbes.

Die Forschungsintensität wird im folgenden definiert als der Anteil des FuE-Personals an der Gesamtbeschäftigtenzahl der Branche. AI-

Schaubild 3

Forschungsintensität¹⁾ ausgewählter Branchen des Verarbeitenden Gewerbes 1979 im Vergleich zum Branchen- bzw. Bundesdurchschnitt



1) FuE-Personal (Vollzeitäquivalente) bezogen auf Beschäftigte in Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes mit im allgemeinen mindestens 20 Beschäftigten, Zuordnung zu den Branchen nach dem Schwerpunkt des Unternehmens.
Quelle: Stifterverband, eigene Schätzung.

155 83

lerdings wirft eine Berechnung dieser Art, insbesondere auf Bundesländerebene, erhebliche methodische Probleme auf¹⁶, so daß die weiteren Angaben nur den Charakter einer Schätzung haben können, aber doch einige aufschlußreiche Tendenzaussagen erlauben. Schaubild 3 zeigt die Forschungsintensität ausgewählter Branchen des Verarbeitenden Gewerbes zum einen im Vergleich zur Forschungsintensität des Verarbeitenden Gewerbes insgesamt, erlaubt also Aussagen darüber in welchem Ausmaß eine Branche forschungsintensiver ist als der Branchen-

16 Insbesondere muß angenommen werden, daß die Untererfassungen bei der Erhebung des Stifterverbandes über die Branchen und (beim Land-Bund-Vergleich) in den entsprechenden Branchen von Land und Bund gleich verteilt sind. Außerdem sind die Probleme zu berücksichtigen, die bei der Verknüpfung zweier von verschiedenen Stellen durchgeführter Erhebungen entstehen. Die Beschäftigtenzahlen umfassen Unternehmen mit mindestens 20 Beschäftigten, so daß weiter unterstellt wird, daß der Anteil des FuE-Personals der Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten am FuE-Personal der Branche in allen Branchen gleich hoch (bzw. vernachlässigbar) ist. Die Beschäftigtenzahlen (der Nenner der Forschungsintensität) umfassen die Betriebe in Baden-Württemberg von Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes. Die Zuordnung zu den Branchen erfolgt sowohl bei den Beschäftigten der Betriebe als auch beim FuE-Personal nach dem wirtschaftlichen Schwerpunkt des Unternehmens.

durchschnitt. Zum anderen wird für jede Branche aufgezeigt, in welchem Ausmaß sie mehr bzw. weniger forschungsintensiv ist als die entsprechende Branche im gesamten Bundesgebiet.

Das Schaubild 3 zeigt zunächst, daß das Verarbeitende Gewerbe in Baden-Württemberg insgesamt um etwa 15 % forschungsintensiver als im Bundesgebiet ist. Dabei konnte anhand einer Komponentenzerlegung (Shift-Analyse) gezeigt werden, daß dies nicht nur darauf zurückzuführen ist, daß in Baden-Württemberg die besonders forschungsintensiven Branchen ein großes Gewicht haben, sondern teilweise auch dadurch, daß auch die einzelnen Branchen in Baden-Württemberg im allgemeinen etwas forschungsintensiver als im Bundesdurchschnitt sind.

Der Bereich der Chemischen Industrie und Mineralölverarbeitung gehört zu den besonders forschungsintensiven Bereichen, seine Forschungsintensität liegt mehr als das Doppelte über dem Branchendurchschnitt sowie auf gleichem Niveau wie im Bundesgebiet. Etwa von gleicher Forschungsintensität ist die Elektrotechnik; hier liegt die Forschungsintensität über dem Bundesdurchschnitt. Leicht über dem Branchendurchschnitt liegt die KFZ-Herstellung, auch hier ist die Forschungsintensität im Vergleich zum Bundesgebiet überdurchschnittlich. Mit Abstand am forschungsintensivsten ist in Baden-Württemberg jedoch die Herstellung von Büromaschinen und ADV-Geräten, hier ist in Baden-Württemberg deutlich mehr als jeder zehnte Beschäftigte dieser Branche mit FuE-Tätigkeiten betraut, (für das Bundesgebiet liegen keine Angaben vor).

Eine Ausnahme bildet dagegen der Maschinenbau. Dessen Forschungsintensität dürfte sowohl unter dem Branchendurchschnitt liegen als auch im Vergleich zum bundesweiten Maschinenbau geringer sein, wenn auch nur geringfügig.

Vor allem zwei Gründe könnten hier eine Rolle spielen. Zum einen dürfte die Struktur der Unternehmen mit Forschungsstätten in Baden-Württemberg mehr mittelständisch orientiert sein. Exakte Zahlen hierzu liegen nicht vor. Jedoch kann als ungefähre Vergleichsgröße die Größenklassenstruktur der Unternehmen des Maschinenbaus mit Sitz in Baden-Württemberg herangezogen werden. Hier waren 64 % der Beschäftigten¹⁷ in Unternehmen in der dem Mittelstand zuzurechnenden Größenklasse unter 500 Beschäftigten (im Bundesgebiet: 61 %) tätig. Betrachtet man zum Vergleich noch das gesamte Investitionsgüter erzeugende Gewerbe, so betrug dieser Anteil nur 29 % (im Bundesgebiet: 32 %).

17 Ohne Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten.

Zum anderen ist zu beachten, daß die Zuordnung des FuE-Personals bzw. der Beschäftigten in den einzelnen Branchen nach dem wirtschaftlichen Schwerpunkt des Unternehmens erfolgte. Es ist bekannt, daß gerade technologisch fortgeschrittene Maschinenbauerzeugnisse wie NC-Maschinen, Industrieroboter auch in Baden-Württemberg von Unternehmen hergestellt werden, deren wirtschaftlicher Schwerpunkt in anderen Wirtschaftszweigen liegt (insbesondere in der Elektrotechnik). Die traditionelle Abgrenzung Maschinenbau/-Elektrotechnik wird so zunehmend weniger aussagekräftig, da auch im Maschinenbau die Elektronisierung an Bedeutung gewinnt. Zudem ist auch nicht bekannt, in welchem Ausmaß hier FuE-intensive Güter zum Beispiel von Mikroelektronik-Herstellern als Vorleistungen bezogen werden.

Gerade kleine und mittlere Unternehmen haben besondere Schwierigkeiten, eigene Forschungskapazitäten zu unterhalten. Deshalb dürfte es von besonderem Interesse sein, daß durch die Sonderauswertung des Stifterverbandes im Auftrag des Statistischen Landesamtes auch erstmals Zahlen über das in Baden-Württemberg tätige FuE-Personal der Unternehmen, gegliedert nach Unternehmens-Größenklassen, vorgelegt werden können¹⁸. Tabelle 6 zeigt, daß mit 27 000 Personen mehr als die Hälfte (53 %) des FuE-Personals in Baden-Württemberg in Unternehmen tätig ist, die 5000 und mehr Beschäftigte haben. Weitere 21 % entfallen auf Unternehmen mit 1000 bis

18 Die Zuordnung zu den einzelnen Größenklassen erfolgte bei Mehrländerunternehmen nach der Gesamtbeschäftigtenzahl des Unternehmens im ganzen Bundesgebiet.

unter 5000 Beschäftigten, 9 % auf Unternehmen von 500 bis unter 1000 Beschäftigten.

Unternehmen mit 100 bis 499 Beschäftigten besitzen 13 %, Unternehmen mit 50 bis 99 und Klein-Unternehmen mit unter 50 Beschäftigten jeweils knapp 3 % der FuE-Kapazitäten des Unternehmenssektors. Berücksichtigt man, daß sich die Forschungstätigkeit der Unternehmen faktisch ausschließlich im Verarbeitenden Gewerbe abspielt, so kann man feststellen, daß auf den vom Mittelstandsprogramm des Landes abgegrenzten Bereich der mittelständischen Unternehmen (1 bis 500 Beschäftigten) mit 9300 Personen ein knappes Fünftel (18 %) des FuE-Personals der Unternehmen entfällt.

Ein direkter Vergleich der entsprechenden Anteile der Beschäftigten-Zahlen ist nicht möglich, als allerdings nur grobe Näherung kann folgende Zahl dienen: In den Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes mit Sitz in Baden-Württemberg war knapp die Hälfte der Beschäftigten in mittelständischen Unternehmen tätig¹⁹.

Die Belastung kleinerer Unternehmen durch das Unterhalten eigener FuE-Kapazitäten soll noch durch folgende bundesweite Zahlen verdeutlicht werden. Betrachtet man nur diejenigen Unternehmen, die nach der Erhebung des Stifterverbandes Forschung betreiben, so betragen die FuE-Aufwendungen, gemessen am Umsatz, in den Größenklassen bis 100 Be-

19 Hans-Hermann Steiger, Der Mittelstand im Verarbeitenden Gewerbe in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 7/1980.

Tabelle 6

FuE-Personal in Unternehmen in Baden-Württemberg¹⁾ und im Bundesgebiet nach Beschäftigtengrößenklassen 1979

Unternehmen mit ... bis ... Beschäftigten ²⁾	Baden-Württemberg			Bundesgebiet		
	FuE-Personal	Anteil am Insgesamt	Anteil kumuliert	FuE-Personal	Anteil am Insgesamt	Anteil kumuliert
	Anzahl	%		Anzahl	%	
unter 50	1 322	2,6	2,6	5 106	2,2	2,2
50 – 99	1 350	2,6	5,2	4 498	1,9	4,1
100 – 499	6 619	12,9	18,1	22 290	9,5	13,6
500 – 999	4 583	8,9	27,0	15 818	6,8	20,4
1 000 – 4 999	10 558	20,5	47,5	36 049	15,4	35,8
5 000 und mehr	26 995	52,5	100	150 339	64,2	100
Insgesamt	51 427	100	–	234 098	100	–

1) FuE-Personal der in Baden-Württemberg gelegenen Forschungsstätten der Unternehmen (Vollzeitäquivalente). – 2) Größenklassenzuordnung entsprechend der Beschäftigtenzahl des Unternehmens im Bundesgebiet.

Quelle: Stifterverband, AIF, eigene Berechnungen.

schäftigte mehr als das Doppelte wie im Durchschnitt. Dies zeigt, daß eigene Forschung in kleinen Unternehmen - auch wegen der Mindestanforderungen an den Umfang erfolversprechender FuE-Inputs - ungleich mehr finanzielle Ressourcen erfordert und damit risikoreich ist.

Neben der Unterhaltung eigener Forschungsstätten bietet Forschung in Institutionen für Gemeinschaftsforschung (IfG) gerade den mittelständischen Unternehmen eine weitere Möglichkeit, Forschungskapazitäten zu nutzen. Eine Zuordnung des FuE-Personals nach Branchen liegt für Baden-Württemberg nicht vor. Aus anderen Quellen (zum Beispiel dem Faktenbericht) läßt sich die Branchen-Gliederung jedoch schätzen. Auch wenn das Gewicht der IfG global gesehen gering ist - hier war in Baden-Württemberg 1979 mit 530 Personen nur 1 % des FuE-Personals beschäftigt -, sind die IfG doch gerade für einige mittelständisch orientierte Branchen von erheblicher Bedeutung. Dies gilt in Baden-Württemberg insbesondere für das Leder-, Textil- und Bekleidungs-gewerbe; in diesem Wirtschaftsbereich dürfte sogar der Schwerpunkt der FuE-Tätigkeit eindeutig auf die IfG entfallen. Während in Baden-Württemberg die IfG praktisch ausschließlich in Branchen des Verarbeitenden Gewerbes tätig sind, ist bundesweit ein erheblicher Anteil (41 %) in anderen Wirtschaftsbereichen tätig, insbesondere im Bergbau. Deshalb ist der baden-württembergische Anteil des IfG-Forschungspersonals auch recht gering (14 %). Betrachtet man jedoch das Verarbeitende Gewerbe allein, liegt der Anteil Baden-Württembergs am Bundesgebiet bei rund 23 %. Das Unterhalten eigener FuE-Kapazitäten durch die Wirtschaft - sei es in den Unternehmen selbst oder in den Instituten für Gemeinschaftsforschung - ist allerdings nur einer unter mehreren Wegen, neues technisches Wissen nutzbar zu machen. Neben der bereits erwähnten Vertragsforschung (zum Beispiel mit außeruniversitären öffentlichen Forschungseinrichtungen) gibt es auch direkte Kooperationsformen zwischen Unternehmen (zum Beispiel zwischen einem Hersteller von Textilmaschinen und einem Unternehmen der Textilindustrie).

Der "alltägliche" Weg, vom technischen Fortschritt zu profitieren, dürfte jedoch der Kauf von aus der Forschung heraus entstandenen neuen oder verbesserten Gütern sein, seien es Vorleistungen, wie zum Beispiel neue Werkstoffe, oder Investitionsgüter. Dies erklärt auch zum guten Teil, daß die typischen "Zuliefererindustrien" der Grundstoff- und Produktionsgütererzeugung und des Investitionsgüter erzeugenden Gewerbes im allgemeinen besonders forschungsintensiv sind. Andere Formen der Nutzbarmachung von Forschungsergebnissen sind der Erwerb von in- oder ausländischen Lizenzen oder das Eingehen von Kapitalverflechtungen.

Patent- und Lizenzbilanz der baden-württembergischen Unternehmen mit dem Ausland

Erstmals können hier Daten über den Patent- und Lizenzverkehr mit dem Ausland auch für baden-württembergische Unternehmen vorgelegt werden²⁰. Die Patent- und Lizenzbilanz umfaßt dabei die Zahlungen für den entgeltlichen Erwerb oder für die entgeltliche Nutzung und Auswertung von Patenten, Erfindungen, Verfahren und sonstigem technischem "Know-how"²¹.

Um Mißverständnisse auszuschließen, muß betont werden, daß diese Daten, isoliert betrachtet, nicht als Indikator für den technologischen Stand im Vergleich zum Ausland angesehen werden können, worauf auch die Deutsche Bundesbank in ihren Veröffentlichungen hinweist.

Insbesondere muß beachtet werden, daß darüber hinaus zahlreiche weitere Wege existieren, mit dem Ausland technologisches Wissen auszutauschen. Hierzu gehören die Lieferung technologie-intensiver Produkte bis hin zu kompletten Industrie-Anlagen und - worauf noch einzugehen sein wird - die Gründung von Tochtergesellschaften im Partnerland. Die Daten für Baden-Württemberg beziehen sich auf Unternehmen, in Ausnahmefällen auch auf Konzerne mit Sitz in Baden-Württemberg.

Die Patent- und Lizenzbilanz ist in Baden-Württemberg - wie auch im Bundesgebiet - negativ. Im Jahr 1981 betrug das Defizit 724 Mill. DM bei Einnahmen in Höhe von 170 Mill. DM und Ausgaben in Höhe von 894 Mill. DM (Tabellen 7 und 8).

Ein völlig unterschiedliches Bild bietet sich, wenn man die Zahlungen danach differenziert, ob sie heimische Unternehmen mit bzw. ohne maßgebliche ausländische Kapitalbeteiligung betreffen. Während die Patent- und Lizenzbilanz bei den Unternehmen ohne ausländische Kapitalbeteiligung fast ausgeglichen war (Defizit: 4 Mill. DM), betrug das Defizit bei Unternehmen in mehrheitlich ausländischem Besitz 720 Mill. DM. Von den Einnahmen aus dem Patent- und Lizenzverkehr entfielen 20 % auf die Unternehmen in ausländischem Besitz, von den Ausgaben dagegen 85 % (Tabelle 7). Hier ist allerdings auch zu berücksichtigen, daß es zum Beispiel aufgrund steuerrechtlicher oder devisenrechtlicher Bestimmungen

²⁰ Dies wurde durch eine Sonderauswertung der Deutschen Bundesbank in Verbindung mit der Landeszentralbank in Baden-Württemberg ermöglicht. Beiden Institutionen sei an dieser Stelle für ihre Bereitschaft hierzu herzlich gedankt.

²¹ Nicht erfaßt werden damit z.B. alle Arten des Austausches von technischem Wissen bzw. Forschungsergebnissen, die nicht zu einer Zahlung führen, also z.B. solche, die auf Gegenseitigkeit beruhen. Siehe hierzu Monatshefte der Deutschen Bundesbank Heft 7/1982. Auf diese Quelle stützen sich auch die folgenden technischen Erläuterungen.

Tabelle 7

Einnahmen und Ausgaben im Patent- und Lizenzverkehr mit dem Ausland 1981

Land	Einnahmen					Ausgaben				
	insgesamt	davon Unternehmen				insgesamt	davon Unternehmen			
		ohne maßgebliche(r) ausländische(r) Kapitalbeteiligung		mit ausländische(r) Kapitalbeteiligung			ohne maßgebliche(r) ausländische(r) Kapitalbeteiligung		mit ausländische(r) Kapitalbeteiligung	
		Mill. DM	%	Mill. DM	%		Mill. DM	%	Mill. DM	%
Baden-Württemberg ¹⁾										
Insgesamt	170	135	79	35	21	894	139	16	755	84
darunter										
Frankreich	12	9	75	3	25	51	3	6	48	94
Österreich	12	11	95	1	5	1	1	95	0	5
Schweiz	5	3	70	1	30	170	40	24	129	76
USA	32	11	33	22	67	645	79	12	566	88
Japan	36	36	99	0	1	4	2	44	2	56
Bundesgebiet										
Insgesamt	1 095	993	91	102	9	2 143	536	25	1 607	75
darunter										
Frankreich	51	43	84	8	16	111	33	30	78	70
Niederlande	13	10	77	3	23	269	23	9	246	91
Schweiz	37	31	84	6	16	394	99	25	295	75
USA	290	259	89	31	11	1 159	263	23	896	77
Japan	139	129	93	10	7	28	19	68	9	32

1) Unternehmen mit Sitz in Baden-Württemberg.

Quelle: Deutsche Bundesbank in Verbindung mit der Landeszentralbank in Baden-Württemberg.

durchaus zu Verschiebungen zwischen Gewinnausschüttungen einerseits und Patent- bzw. Lizenzzahlungen andererseits kommen kann.

Noch deutlicher wird der Unterschied zwischen Unternehmen mit und ohne ausländische Kapitalbeteiligung, wenn man die bundesweiten Zahlen betrachtet. Im Bundesgebiet war die Bilanz bei den inländischen Unternehmen ohne ausländische Kapitalbeteiligung sogar positiv (+ 457 Mill. DM); ursächlich für das Gesamtdefizit (- 1,048 Mrd. DM) waren hier somit allein die Unternehmen mit maßgeblich ausländischer Beteiligung (- 1,505 Mrd. DM).

Von den gesamten bundesweiten Einnahmen aus dem Patent- und Lizenzverkehr entfielen 16 %, von den gesamten Ausgaben dagegen 42 % auf Unternehmen mit Sitz in Baden-Württemberg. Die Patent- und Lizenzbilanz ist daher für Baden-Württemberg vergleichsweise defizitärer als im Bundesgebiet. Dies gilt auch, wenn Unternehmen ohne maßgebliche ausländische Kapitalbeteiligung allein betrachtet werden: Bei diesem Unternehmenskreis entfielen 14 % der bundesweiten Einnahmen, aber 26 % der Ausgaben auf baden-württembergische Unternehmen.

In Baden-Württemberg wird somit das Defizit fast ausschließlich, im gesamten Bundesgebiet ausschließlich durch die Unternehmen

mit ausländischer Kapitalbeteiligung verursacht. Bei diesem Unternehmenskreis entfielen 34 % der bundesweiten Einnahmen und 47 % der Ausgaben auf Unternehmen mit Sitz in Baden-Württemberg.

Zur Erklärung der vergleichsweise defizitären Patentbilanz der Unternehmen mit Sitz in Baden-Württemberg dürften mehrere Faktoren in Frage kommen.

Zum einen spielt, wie die Daten zeigen, die internationale Kapitalverflechtung der Unternehmen, also die Höhe des Bestandes an Direktinvestitionen, eine Rolle. Dies gilt nicht nur für die Ausgabenseite (also Zahlungen inländischer Tochterunternehmen an das Ausland), sondern auch für die Einnahmenseite (Zahlungen ausländischer Tochterfirmen an inländische Muttergesellschaften)²².

Bezüglich der Direktinvestitionen sind nun baden-württembergische Unternehmen in einer ausgeprägteren Schuldnerposition als die Unternehmen bundesweit. Vom Bestand an den bundesweiten Direktinvestitionen im Ausland entfielen Anfang 1980 nur knapp 13 %

²² Wie die Deutsche Bundesbank in dem zitierten Monatsheft-Aufsatz feststellt, dürften in der Regel Zahlungen von Tochterunternehmen an das Ausland den Muttergesellschaften zufließen.

auf baden-württembergische Unternehmen; andererseits waren über 16 % des Bestandes an ausländischen Direktinvestitionen in Baden-Württemberg angelegt. Somit ist Baden-Württemberg, was den Saldo der (unmittelbaren) Direktinvestitionen mit dem Ausland betrifft, in einer ausgeprägteren Netto-Kapitalimportsituation, als dies bundesweit der Fall ist; die Nettoschuldnerposition bezüglich der Direktinvestitionen der baden-württembergischen Unternehmen machte Anfang 1980 mit 3,9 Mrd. DM fast 40 % des bundesweiten Defizits aus²³. Diese Tatsache hat sicherlich Auswirkungen auf die Patent- und Lizenzbilanz.

Eine weitere Ursache dürfte in der Branchenstruktur zu suchen sein. Dies läßt sich allerdings nur indirekt schließen, da hierzu keine baden-württemberg-spezifischen Zahlen vorliegen. Bundesweit entfielen 30 %, unter den Unternehmen mit ausländischer Beteiligung fast 40 % der Ausgaben im Patent- und Lizenzverkehr allein auf den (von der Bundesbank nicht näher aufgegliederten) Wirtschaftsbereich Elektrotechnik einschließlich Datenverarbeitung. Gerade diesem Wirtschaftsbereich, insbesondere der Herstellung von ADV-Geräten, kommt in Baden-Württemberg ein besonders hohes Gewicht zu. Im Bereich "Herstellung von Büromaschinen und ADV-Geräten" hatten 1980 über 60 % der Unternehmen²⁴ ihren Sitz in Baden-Württemberg; in diesen Unternehmen

23 Jahresbericht der Landeszentralbank in Baden-Württemberg 1981. Die Daten beziehen sich auf die unmittelbaren Direktinvestitionen (Bestandsstatistik der Deutschen Bundesbank bzw. Landeszentralbank).

24 Ohne Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten.

waren rund 45 % der Beschäftigten dieses Wirtschaftsbereichs tätig. Es kann vermutet werden, daß hier ein Schwerpunkt der defizitären Patent- und Lizenzbilanz liegt. Auch hier dürften wieder Unternehmen mit ausländischer Beteiligung eine erhebliche Rolle spielen.

Im folgenden wird noch die Struktur der Patent- und Lizenzbilanz der baden-württembergischen Unternehmen nach Ländern untersucht. Es zeigt sich, daß mit weitem Abstand insbesondere der Austausch von Know-how mit den USA defizitär (Saldo - 613 Mill. DM) und somit zum größten Teil für das Gesamtdefizit (- 724 Mill. DM) ursächlich ist. Mit Abstand die zweitgrößte "Quelle" für das Defizit liegt in der Schweiz (Saldo: - 165 Mill. DM). Hier ist allerdings zu berücksichtigen, daß der Schweiz als Sitz zahlreicher Holding- und Patentverwertungsgesellschaften sicherlich eine Sonderstellung zukommt. Leicht defizitär ist der Saldo des Patent- und Lizenzverkehrs auch mit Frankreich (- 39 Mill. DM) sowie den Niederlanden (- 4 Mill. DM); positiv ist der Saldo bei Österreich (+ 11 Mill. DM) und Japan (+ 32 Mill. DM).

Ein längerfristiger Zeitvergleich ist nur mit bundesweiten Zahlen möglich. Hier konnte beobachtet werden, daß ab 1976 das Defizit in der Patent- und Lizenzbilanz kaum noch gewachsen ist, während es früher, etwa seit Mitte der 60er Jahre, kräftig angestiegen war. Von 1980 bis 1981 sank das Defizit bundesweit leicht von 1,068 Mrd. DM auf 1,048 Mrd. DM, während bei in Baden-Württemberg ansässigen Unternehmen 1981 das Defizit mit 724 Mill. DM gegenüber dem Vorjahr (701 Mill. DM) leicht

Tabelle 8
Saldo der Patent- und Lizenzbilanz mit dem Ausland 1981

Land	Baden-Württemberg 1)			Bundesgebiet		
	Saldo der Unternehmen					
	insgesamt	ohne	mit	insgesamt	ohne	mit
		maßgebliche(r) ausländische(r) Kapitalbeteiligung			maßgebliche(r) ausländische(r) Kapitalbeteiligung	
Mill. DM						
Insgesamt	- 724	- 4	- 720	- 1 048	+ 457	- 1 505
darunter						
Frankreich	- 39	+ 6	- 45	- 60	+ 10	- 70
Niederlande	- 4	- 2	- 2	- 256	- 13	- 243
Österreich	+ 11	+ 10	+ 1	+ 49	+ 48	+ 1
Schweiz	- 165	- 37	- 128	- 357	- 68	- 289
USA	- 613	- 68	- 544	- 869	- 4	- 865
Japan	+ 32	+ 32	± 0	+ 111	+ 110	+ 1

1) Unternehmen mit Sitz in Baden-Württemberg.

Quelle: Deutsche Bundesbank in Verbindung mit der Landeszentralbank in Baden-Württemberg.

anstieg. Ursächlich war hier allein die Ausgabenseite; während hier baden-württembergische Unternehmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung 1981 45 Mill. DM weniger Zahlungen leisteten als im Vorjahr, flossen von den Unternehmen ohne ausländische Kapitalbeteiligung 67 Millionen DM mehr als 1980 für Patente und Lizenzen ins Ausland.

Bei der Bewertung der negativen Patent- und Lizenzbilanz ist im Hinblick auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit auch zu berücksichtigen, daß der Standort der Produktion nur teilweise abhängig ist vom Entstehungsort der eingeflossenen Forschungsergebnisse; fehlendes Know-how zur Produktion hochinnovativer Güter kann im In- oder Ausland erworben werden. Entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit ist vielmehr, dieses Know-how schnell zu beschaffen, anzuwenden und marktfähig umzusetzen, so daß technologieintensive Güter der Konkurrenz auf dem Weltmarkt nach Zeit, Produkt und Preis standhalten können. So hat Japan in den letzten Jahren spektakuläre Erfolge auf dem Weltmarkt gerade bei Gütern mit hohem Technologiegehalt erzielt, andererseits war die japanische Patent- und Lizenzbilanz (in internationaler Abgrenzung einschließlich Urheberrechte) im Jahr 1980 (- 1,8 Mrd. DM) defizitärer als die deutsche (- 1,5 Mrd. DM).

Öffentliche Forschungsförderung für die Wirtschaft

Von den Aufwendungen der deutschen Wirtschaft für Forschung und Entwicklung, die 1981 27,4 Mrd. DM betragen, wurden 17 % von den (inländischen) öffentlichen Haushalten finanziert²⁵.

Die öffentlichen Förderungsmaßnahmen sind also auch für die Wirtschaft von nicht unerheblicher Bedeutung.

In einem weiteren Sinn ist öffentliche Forschungsförderung jedoch umfassender zu verstehen, als es in diesen finanziellen Mitteln zum Ausdruck kommt: Darüber hinaus hat der Staat zunächst durch die Ausgestaltung der Rahmenbedingungen mittelbar Einfluß auf die Forschungs- und Innovationstätigkeit der Wirtschaft. Hierzu gehören neben den ökonomischen Rahmenbedingungen die technischen und juristischen, zum Beispiel in Form der Patentgesetzgebung, Regelungen über Arbeitnehmer-Erfinder, technische Normen usw. Wirkungen können auch von anderen gesetzlichen Regelungen ausgehen, wie zum Beispiel im Umweltschutz, Lebensmittelrecht oder Arzneimittelrecht²⁶.

Mittelbar von Bedeutung für die Wirtschaft ist aber auch die Tatsache, daß Bund und Länder durch die Unterhaltung von Forschungskapazi-

täten im öffentlichen Bereich den Transfer von Forschungsergebnissen und Technologie in die Unternehmen ermöglichen. So flossen im Rahmen der institutionellen Förderung des BMFT 1981 670 Millionen DM nach Baden-Württemberg, dies waren 32 % der bundesweiten Zuschußsumme²⁷. In diesem hohen Anteil spiegelt sich insbesondere die große Zahl von öffentlichen Forschungseinrichtungen in Baden-Württemberg wider.

In diesem Abschnitt soll die öffentliche Forschungsförderung der Wirtschaft im Mittelpunkt stehen. Ein wichtiger Punkt wird dabei die Frage sein, in welchem Ausmaß auch mittelständische Unternehmen an der Förderung teilhaben, da dieser Unternehmenskreis insbesondere durch niedrige Kapitalkraft und schwereren Zugang zu Finanzierungsquellen besonders große Schwierigkeiten hat, FuE-Kapazitäten aufzubauen bzw. zu nutzen sowie Forschungsergebnisse in neue Produkte bzw. Verfahren zu transformieren. Dies drückt sich bei der Unterhaltung eigener FuE-Kapazitäten darin aus, daß Forschungsschwellen überwunden werden müssen, also Mindestanforderungen an Ausstattung und Personal bestehen. Auch der Risikoausgleich durch Parallelforschung ist schwieriger. Wenn die Unterhaltung eigener FuE-Kapazitäten nicht zweckmäßig ist, kommt der öffentlichen Förderung der Vertragsforschung und Gemeinschaftsforschung besondere Bedeutung zu. Vor allem kleinere Unternehmen haben nicht nur besondere Probleme, externes technisches Wissen zu nutzen, sondern bereits dabei, geeignete Technologieanbieter zu finden, weshalb die Förderung der Technologieberatung und -vermittlung besonders wichtig ist. Schließlich übersteigen die zur Verwertung des intern oder extern erworbenen technischen Know-hows erforderlichen Finanzierungsmittel in vielen Fällen die Möglichkeiten der kleineren Unternehmen, sei es bei der Einführung eines neuen Produktionsverfahrens oder bei der Produktion und Markteinführung eines neuen oder verbesserten Produkts. Kleine und mittlere Unternehmen bedürfen so in allen Stufen des Innovationsprozesses in besonderem Maß öffentlicher Förderung.

Andererseits kommt den kleineren Unternehmen im FuE-Prozeß eine besondere gesamtwirtschaftliche Bedeutung zu. Sie sind flexibler und risikofreudiger als große Organisationseinheiten. Während große Unternehmen eher in der Lage sind, Basisinnovationen durchzusetzen, in erster Linie in Form von Massengütern, sind kleinere Unternehmen insbesondere befähigt, Verbesserungsinnovationen, Speziallösungen und die Verbreitung vorhandenen technischen Wissens in Richtung auf neue Produktarten bzw. Verfahren in ihrer ganzen Vielfalt zu gewährleisten. Es kommt also ent-

²⁵ Faktenbericht 1981 S. 9.

²⁶ Vgl. hierzu Jutta Gerjets, Forschungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1982, S. 153 ff.

²⁷ Bundestagsdrucksache 9/1760.

scheidend darauf an, ob die öffentliche Forschungs- und Innovationsförderung dazu beiträgt, die Arbeitsteilung zwischen kleinen und großen Unternehmen im FuE-Prozeß aufrechtzuerhalten und zu vertiefen²⁸.

Im folgenden werden zunächst die großen Förderungsprogramme des Bundes, dann die landeseigenen Programme beschrieben. Hier ist in erster Linie die Projektförderung des BMFT²⁹ zu nennen, die überwiegend (1981 zu rund 75 %) von der Wirtschaft in Anspruch genommen wird. Im Rahmen der Projektförderung flossen 1981 518 Mill. DM nach Baden-Württemberg, dies waren 16,6 % der bundesweiten Förderungssumme; für 1982 waren nach vorläufigen Angaben 549 Mill. DM bewilligt³⁰, von 1977 bis 1981 stieg diese Fördersumme um die Hälfte an.

In Baden-Württemberg dürften gut 70 % dieser Summe an Unternehmen der Wirtschaft gehen; im Jahr 1980 waren dies 351 Mill. DM gegenüber 231 Mill. DM 1977 (+ 52 %) ³¹.

Die Projektförderung dient vor allem der Entwicklung finanziell risikoreicher, komplexer Technologien mit langer Ausreifungszeit und begünstigt daher in erster Linie große Unternehmen, auch wenn die starke Konzentration der Förderung auf wenige Zuwendungsempfänger inzwischen abgenommen hat. So entfielen bundesweit auf die 50 größten Zuwendungsempfänger 1973 noch 93 % der Mittel, 1980 dagegen 68 %.

Die Projektförderung erstreckt sich auf Projekte der Unternehmen, die, vom BMFT vorgegebenen, "Fachprogrammen" entsprechen müssen. Bei dieser Förderungsart fördert der Staat also bewußt solche Forschungsziele, die als volkswirtschaftlich bedeutsam angesehen werden, wobei auf breiter Basis eine Konsensbildung mit Wissenschaft und Verbänden über die Auswahl vorgenommen wird. Wettbewerbspolitisch ist von Bedeutung, daß die Zuwendungsempfänger bei der Durchsetzung einer hierdurch ermöglichten Innovation einen Marktvorsprung erhalten. Darüber hinaus können die geförderten Unternehmen das erworbene Know-how möglicherweise auch zur Verbesserung der Marktstellung bei anderen Produktparten benutzen. Allerdings gilt dies im Prinzip für alle Förderungsformen, die an irgendeine Voraussetzung, und sei es nur die Stellung eines Antrags, anknüpfen.

Der programmbezogenen Projektförderung stehen die aufwandsbezogenen ("indirekten") Förderungsarten gegenüber, die im allgemeinen auf mittelständische Unternehmen zugeschnitten sind. Hier sind die Vorausset-

zungen zur Förderung nur allgemeiner Natur, das heißt jedes Unternehmen, das zum Beispiel eine bestimmte Größenklasse nicht überschreitet, kann prinzipiell gefördert werden, unabhängig davon, welchen speziellen Forschungszweck es verfolgt. Hier ist neben kleineren Programmen - wie der Investitionszulage und der Förderung der externen Vertragsforschung - in erster Linie das Personalkostenzuschußprogramm zu nennen. Mit diesem auf kleine und mittlere Unternehmen beschränkten Programm wurde 1979 ein neuer Weg zur Forschungsförderung beschritten, der größte Breitenwirksamkeit hat³². Berücksichtigt wird bei dieser Förderungsart vor allem, daß der Personalkostenanteil bei den Forschungsaufwendungen bei dieser Unternehmensgruppe besonders groß ist, wie zum Beispiel die Erhebungen des Stifterverbandes zeigen.

Bei diesem Förderungsprogramm ist die Beteiligung der baden-württembergischen Unternehmen besonders hoch. Seit Beginn der Förderung fließen pro Jahr über 25 % der vergebenen Mittel nach Baden-Württemberg. In der "Antragsrunde" des Jahres 1981 gingen Zuschüsse in Höhe von 115 Mill. DM an heimische Unternehmen (Anteil am Bundesgebiet: 26,4 %). Damit wurden in Baden-Württemberg 1620 Unternehmen gefördert, die im Durchschnitt knapp 200 Beschäftigte hatten. Die Zuschußsumme je Unternehmen betrug dabei 70 700 DM (im Bundesdurchschnitt: 67 500 DM) bei Gesamtaufwendungen für FuE-Personalkosten von durchschnittlich 390 000 DM je Unternehmen (im Bundesdurchschnitt: 358 000 DM).

Auch 1982 war die Beteiligung baden-württembergischer Unternehmer weiter rege: Im Antragsjahr 1982 wurden 1639 Anträge mit einer beantragten Zuschußsumme von gut 90 Millionen DM gestellt (Anteil an der bundesweit beantragten Zuschußsumme: 24,5 %). Von den Anträgen waren 398 Neuanträge. Gut 40 % der Anträge entfielen auf Unternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten.

Insgesamt gesehen ist die FuE-Förderung des Bundes jedoch schwerpunktmäßig nicht mittelstandsbezogen, auch wenn das Gewicht der kleinen und mittleren Unternehmen im Zeitverlauf deutlich angestiegen ist. So betrug bundesweit die Förderung von konzernunabhängigen Unternehmen mit weniger als 200 Mill. DM Jahresumsatz 1981 mit 819 Mill. DM rund 25 % der FuE-Wirtschaftsförderung des Bundes (ohne Verteidigungsforschung), während es 1974 nur 6 % gewesen waren³³.

²⁸ Siehe hierzu Jutta Gerjets, a.a.O. S. 27 ff.

²⁹ BMFT-Förderungskatalog 1981.

³⁰ Bundestagsdrucksache 9/1760.

³¹ Faktenbericht S. 204 ff. sowie S. 37 f.

³² Das Programm betraf ursprünglich (konzernunabhängige) Unternehmen mit bis zu 1000 Beschäftigten oder einem Jahresumsatz unter 150 Mill. DM. Seit 1982 wurde die Fördergrenze auf Unternehmen herabgesetzt, die bis zu 500 Beschäftigten und unter 50 Millionen Umsatz haben. Siehe hierzu wie im folgenden AIF-Mitteilungen 1/1982.

³³ Faktenbericht 1981, S. 42 ff.

Baden-Württemberg ist in erheblichem Umfang durch eigene Maßnahmen bei der Förderung von Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft tätig. Das 1977 angelaufene Innovationsförderungsprogramm hat zum Ziel, mittelständische Unternehmen durch finanzielle Förderung sowie Beratung und Betreuung bei der Durchführung von Innovationen zu unterstützen³⁴. Das Programm gliedert sich in vier Teilprogramme.

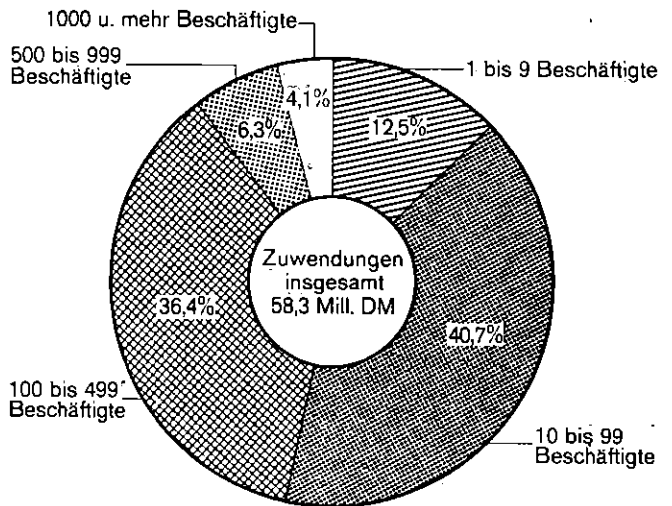
Im Programm "Entwicklungsvorhaben kleiner und mittlerer Unternehmen" fördert das Land die Entwicklung von neuen Produkten und Verfahren durch bedingt rückzahlbare Zuschüsse, um den Unternehmen die hiermit verbundenen finanziellen Risiken teilweise abzunehmen. In diesem Programm wurden von 1977 bis 1981 58,3 Mill. DM bewilligt, 1982 nach vorläufigen Angaben weitere 10 Mill. DM. Daß bei dieser Förderungsart gerade Kleinstunternehmen im Vordergrund stehen, zeigt Schaubild 4. So flossen 1977 bis 1981 mit 31 Mill. DM rund 53 % der Mittel dieses Programms in Unternehmen mit weniger als 100 Beschäftigten. Mit dem Programm "Einrichtung der Fertigung für neue Produkte" werden bei kleineren und mittleren Unternehmen Investitionen gefördert, die der Fertigung für ein neues Produkt oder der Produktion nach einem neuen Verfahren dienen. Die Förderung erfolgt in Form von bedingt rückzahlbaren Darlehen der Landeskreditbank. Hierzu gewährt das Land Zinszuschüsse.

Von 1977 bis 1982 konnten Darlehen in Höhe von insgesamt fast 19 Mill. DM gewährt werden, davon allein 1982 7,9 Mill. DM.

Ein weiteres Landesprogramm umfaßt die Förderung der anwendungsorientierten Forschung insbesondere durch institutionelle und projektbezogene Förderung der anwendungsorientierten außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Institute für industrielle Gemeinschaftsforschung. Von 1977 bis 1982 wurden im Rahmen dieses Programms insgesamt rund 118 Mill. DM aufgewendet, davon 1982 allein 25 Mill. DM. Die Struktur der geförderten Forschungsgebiete zeigt, daß die hierdurch ermöglichten Leistungen im Bereich der Technologieberatung und der Technologievermittlung in hohem Maße mittelständisch orientierten Branchen zugute kommen. Bestandteil des Innovationsförderungsprogramms ist nicht zuletzt auch die inzwischen weitgehend verwirklichte Schaffung eines flächendeckenden dezentralen Netzes von Anlauf- und Beratungsstellen, das vom Landesgewerbeamt koordiniert wird. Hierzu gehören die Zentralstelle für Technologieberatung und Technologievermittlung beim Landesgewerbeamt, Innovationsberatungsstellen der Kammern und Verbände sowie des RKW, der technische Beratungsdienst der Steinbeis-Stiftung an Fach-

Schaubild 4

Bewilligte Zuwendungen für Entwicklungsvorhaben kleiner und mittlerer Unternehmen nach Beschäftigtengrößenklassen 1977/81



151 83

hochschulen sowie Anlaufstellen bei Universitäten, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Instituten für industrielle Gemeinschaftsforschung.

Die Landesregierung hat einen Regierungsbeauftragten für Technologietransfer berufen, der die Aufgabe hat, den Einsatz moderner Technologien in der mittelständischen Wirtschaft anzuregen und zu fördern.

Die FuE-Förderung des Bundes hat, wie die Monopolkommission feststellte³⁵, in den zurückliegenden Jahren große Unternehmen begünstigt. Dies liegt, wie dort festgestellt wird, nicht nur an den sogenannten Struktureffekten, das heißt an der Tatsache, daß Großunternehmen deshalb von der Förderung besonders profitieren, weil sie in überdurchschnittlichem Maße förderungswürdige FuE-Vorhaben durchführen. Vielmehr deuten die Daten darauf hin, daß die großen Unternehmenseinheiten auch relativ zu ihren eigenen FuE-Aufwendungen höhere FuE-Subventionen erhalten.

Bei der strukturpolitischen Bewertung dieser Tatsache ist allerdings zu berücksichtigen, inwieweit die Förderung von Großunternehmen aus technologischen Gründen unvermeidlich ist (zum Beispiel im Flugzeugbau). Die FuE-Förderung Baden-Württembergs und anderer Bundesländer, die hauptsächlich auf die mittelständische Wirtschaft ausgerichtet ist, dürfte jedoch zur Erhaltung einer ausgewogenen Größenklassenstruktur der Unternehmen beigetragen haben.

³⁴ Siehe hierzu z.B. die Broschüre "Ohne Forschung kein Fortschritt. Innovationsförderung in Baden-Württemberg", Hrsg. Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr, Stuttgart o.J., sowie Landtagsdrucksache 8/3446 (Mittelstandsbericht).

³⁵ Monopolkommission, Hauptgutachten 1980/81, Baden-Baden 1982, S. S. 214 ff.

Finanzierung: Die Bedeutung der öffentlichen Haushalte

In den vorausgegangenen Abschnitten wurden die Forschungskapazitäten bei Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und in der Wirtschaft dargestellt, also in den Institutionen, die Forschung durchführen. Dabei zeigte sich, daß auf der Finanzierungsseite den öffentlichen Haushalten eine Schlüsselrolle zukommt. In diesem Abschnitt soll daher, wieder nach einem kurzen internationalen Vergleich, die Struktur dieser Finanzströme dargestellt werden.

Der Anteil der öffentlichen Forschungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt war unter den EG-Ländern im Jahr 1980 am höchsten in der Bundesrepublik (Anteil: 1,14 %), etwa gleichauf lag Frankreich (1,13 %), knapp darunter Großbritannien (1,11 %). Die Europäische Gemeinschaft veröffentlicht auch Zahlen für die USA, hier war der Anteil mit 1,21 % höher als in allen Ländern der EG. Bei diesen Zahlen ist allerdings zu berücksichtigen, daß in vielen Staaten ein erheblicher Teil der öffentlichen Forschungsausgaben der Verteidigungsforschung dient, dieser Anteil liegt in der Bundesrepublik allerdings nur bei 10 %. Nach diesem internationalen Vergleich werden nun die Ausgaben der inländischen Gebietskörperschaften beschrieben. Die folgende Darstellung erstreckt sich auf die Ausgaben für Wissenschaft und Forschung. Wie bereits in der Einleitung erwähnt, schließt der Bereich Wissenschaft den Bereich der Forschung mit ein. Dies bedeutet, daß Aufwendungen für Hochschulen, wissenschaftliche Bibliotheken und Museen nicht nur mit (geschätzten) Forschungsanteilen, sondern vollständig nachgewiesen werden, und daß auch Ausgaben für andere wissenschaftliche Einrichtungen mit enthalten sind (zum Bei-

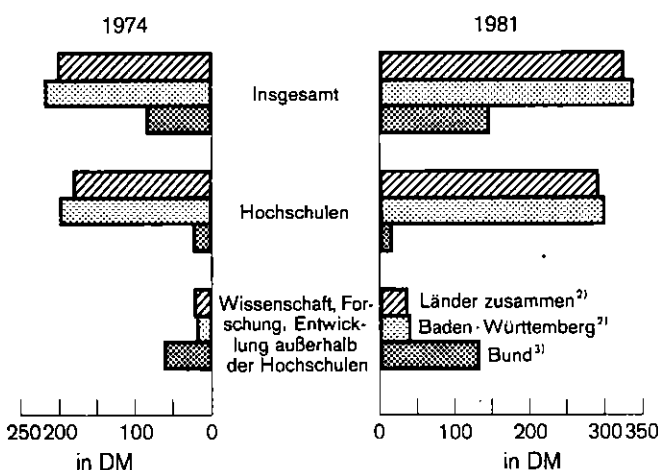
spiel die Fachinformationszentren), die nicht selbst Forschung betreiben, sondern eher Service-Funktionen für die Forschung erfüllen.

Aufgrund der Arbeitsteilung zwischen Bund und Ländern fließen im Wissenschaftsbereich nicht zu vernachlässigende Finanzströme zwischen den einzelnen Gebietskörperschaften. Um die öffentlichen Ausgaben im Bundesländervergleich beschreiben zu können, werden im folgenden stets die Nettoausgaben verwendet, die die aus eigenen Einnahmequellen finanzierten Ausgaben der jeweiligen Gebietskörperschaften darstellen ("Belastungsprinzip").

Im Jahr 1981 betrug die Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden für Wissenschaft und Forschung 28,8 Mrd. DM³⁶. (Nicht enthalten sind dabei die Ausgaben des Bundes für Verteidigungsforschung, die 1980 1,67 Mrd. DM betrug). Davon entfielen mit 19,9 Mrd. DM knapp 70 % auf die Länder (einschließlich Gemeinden). Die Ausgaben Baden-Württembergs betragen 3,1 Mrd. DM, dies sind 15,6 % der Länderausgaben. Die Finanzierung der Hochschulen ist im wesentlichen Aufgabe der Länder. Von den Ausgaben für Hochschulen (1981: 18,6 Mrd. DM) finanzierten die Länder mit 17,8 Mrd. rund 96 %. Mit 2,8 Mrd. DM betrug der Anteil Baden-Württembergs an der Ländersumme 15,5 %. Bei den Ausgaben für Wissenschaft und Forschung außerhalb der Hochschulen liegt der Schwerpunkt beim Bundeshaushalt. Von den 10,3 Mrd. DM wurden 8,1 Mrd. DM vom Bund, 2,2 Mrd. DM (21 %) von den Ländern (einschließlich Gemeinden) aufgebracht, davon entfielen auf Baden-Württemberg knapp 349 Mill. DM (16,0 % der Ländersumme). Hier leisten auch die Gemeinden einen Beitrag. Von den baden-württembergischen Ausgaben kamen 1980 rund 7,5 Mill. DM von den Gemeinden des Landes, insbesondere durch Zuwendungen an Forschungseinrichtungen und wissenschaftliche Bibliotheken und Museen. Die Stellung Baden-Württembergs unter den Bundesländern zeigt Schaubild 5 anhand der Pro-Kopf-Ausgaben für Wissenschaft und Forschung. Im Jahr 1974 lagen die Pro-Kopf-Ausgaben hier mit 221 DM gut 8 %, 1981 mit 335 DM immer noch knapp 4 % über dem Länderdurchschnitt. Hier überlagern sich zwei gegenläufige Entwicklungen. Im Hochschulbereich ist ein Aufholprozeß der übrigen Länder zu verzeichnen, hier waren die baden-württembergischen Ausgaben pro Kopf 1974 mit 201 DM gut 10 %, 1981 mit 297 DM noch 3 % über dem Durchschnitt. Dagegen vergrößerte Baden-Württemberg den Vorsprung bei den Ausgaben für den Bereich außerhalb der Hochschulen; hier gaben die heimischen öffentlichen Haushalte 1981 mit 38 DM pro

Schaubild 5

Pro-Kopf-Ausgaben¹⁾ für Wissenschaft und Forschung



1) Nettoausgaben. – 2) Einschl. Gemeinden. – 3) Einschl. Sondervermögen, ohne Ausgaben für Verteidigungsforschung.

³⁶ Die Angaben enthalten die Nettoausgaben der Gebietskörperschaften. Länderangaben jeweils einschließlich Gemeinden, Ausgaben des Bundes einschließlich Sondervermögen (ERP, LAF), ohne Verteidigungsforschung.

Kopf ründ 9 % mehr als im Durchschnitt der Länder aus. Da die Ausgaben für Hochschulen dominieren - in Baden-Württemberg entfielen 1981 89 % der Wissenschaftsausgaben auf die Hochschulen -, ist auch insgesamt gesehen ein Aufholprozeß der übrigen Länder zu beobachten. Dies zeigt auch Schaubild 6. Hier wird deutlich, daß von 1970 bis 1982 in Baden-Württemberg die gesamten Wissenschaftsausgaben (+ 280 %) zwar stärker als das Bruttoinlandsprodukt (+ 240 %) gestiegen sind, aber weniger stark als bei den Ländern insgesamt (+ 330 %) und beim Bundeshaushalt (+ 340 %), auch aufgrund des hohen Niveaus, das Baden-Württemberg seit jeher erreicht hat.

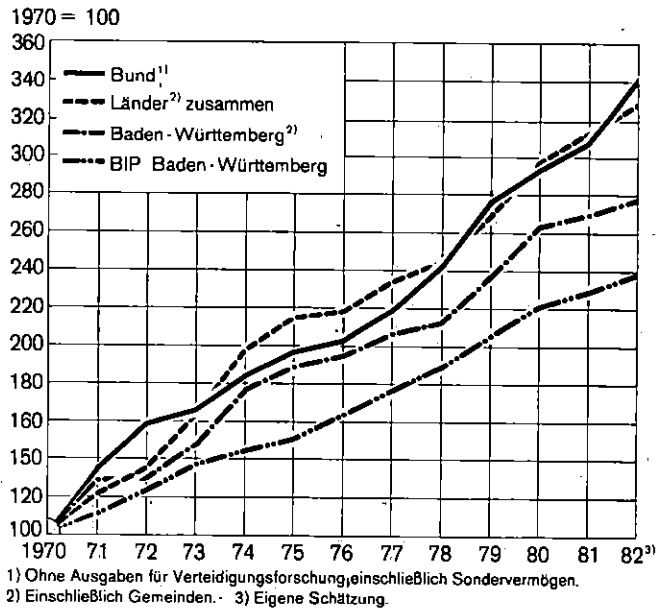
Diese Tendenz trat auch in jüngster Zeit zutage. Von 1980 bis 1981 stiegen die Hochschulausgaben in Baden-Württemberg um 1,3 %, die Ausgaben für Wissenschaft und Forschung außerhalb der Hochschulen um 10,3 % (Wissenschaftsausgaben insgesamt: + 2,2 %). Bei der Gesamtheit der Länder wuchsen die Hochschulausgaben stärker (+ 5,3 %), die Wissenschaftsausgaben außerhalb der Hochschulen schwächer (+ 5,7 %; insgesamt: + 5,4 %). Nach den Zahlen der Haushaltspläne trat auch von 1981 bis 1982 eine ähnliche Tendenz auf. In Baden-Württemberg dürften danach die Hochschulausgaben um 3,1 %, die Ausgaben außerhalb der Hochschulen um 5,8 %, die Wissenschaftsausgaben insgesamt um 3,4 % gestiegen sein. Im Länderdurchschnitt betrug die Zuwachsrates bei den Hochschulen 5,2 %, außerhalb der Hochschulen 4,1 %, bei den gesamten Wissenschaftsausgaben 5,1 %. Beim Länderanteil bezüglich der Hochschulausgaben ist zu berücksichtigen, daß diese Ausgaben auch durch den Ausbaustand der Hochschulen beeinflusst werden, der in den einzelnen Ländern unterschiedlich verlief und besonders in Baden-Württemberg bereits frühzeitig recht hoch war. So betrug der Anteil Baden-Württembergs an den Hochschulausgaben der Länder 1970 noch fast 19 %, sank dann bis 1974 auf 16,4 % und blieb auf etwa diesem Niveau noch bis 1980 (Anteil: 16,2 %).

Außerdem sind die Ausgaben für die baden-württemberg-spezifischen Berufsakademien, die eine praxisorientierte Alternative zum Hochschulstudium bieten, nicht in den Wissenschaftsausgaben enthalten.

Nach diesem globalen Überblick wird nun die Struktur der Ausgaben des Landes für Wissenschaft und Forschung im Jahr 1981 dargestellt (Tabelle 9). Von den Gesamtausgaben für diesen Aufgabenbereich in Höhe von 3,1 Mrd. DM entfielen 2,8 Mrd. (89 %) auf Hochschulen (einschließlich Universitätskliniken). Hier von gingen 1,4 Mrd. DM (46 % der Wissenschaftsausgaben) an Universitäten (ohne Kliniken), 950 Mill. DM (31 %) an die Universitätskliniken. Bei den Klinikausgaben ist allerdings zu berücksichtigen, daß mehr als die Hälfte dieser Ausgaben durch Eigeneinnah-

Schaubild 6

Entwicklung der Nettoausgaben für Wissenschaft und Forschung und des Bruttoinlandsprodukts



141 83

men der Kliniken aus der Krankenversorgung gedeckt wird, die Belastung des Landeshaushalts hier also effektiv deutlich niedriger ist. Rund 349 Mill. DM flossen in den Bereich außerhalb der Hochschulen. Hierbei gingen 114 Mill. DM (4 % der Gesamtausgaben für Wissenschaft und Forschung) an fächerübergreifende Förderungs- und Trägerorganisationen und an Sonderforschungsbereiche der DFG.

Zu diesem Ausgabenposten gehören Zuwendungen an die Max-Planck-Gesellschaft, die vom Bund und den Ländern je zur Hälfte finanziell gefördert wird. Der auf die Länder entfallende Anteil wird zu 12,5 % vom jeweiligen Sitz-Land, zu 87,5 % von allen Ländern gemeinsam aufgebracht. Weitere Bestandteile dieser Ausgabenrubrik sind die Zuwendungen an die Institute der Fraunhofer-Gesellschaft - hier bringt der Bund 90 %, die 7 beteiligten Sitz-Länder 10 % auf - sowie Zuwendungen an die DFG und die Förderung der von der DFG betreuten Sonderforschungsbereiche an Hochschulen. Die Ausgaben des Landes für Sonderforschungsbereiche betragen 18 Mill. DM.

An wissenschaftliche Bibliotheken, Archive u.ä. gingen 1981 36 Mill. DM, davon stammten 0,3 Mill. DM von den Gemeinden. Zu diesem Bereich zählt auch das Fachinformationszentrum Energie, Physik, Mathematik in Karlsruhe, eine Service-Einrichtung für die Forschung und die Technologievermittlung.

An wissenschaftliche Museen gingen 14 Mill. DM davon rund 4 Mill. von den Gemeinden. Die Zuwendungen an die Vielzahl der Forschungsinstitute außerhalb der Max-Planck- und Fraunhofer-Gesellschaft sowie die wirtschaftsbezogenen Forschungs- und Innovationsförderungs-

programme spiegeln sich im Aufgabenbereich "Sonstige Forschung", der in Tabelle 10 untergliedert ist. Im Jahr 1981 betragen hier die Ausgaben des Landes 180 Mill. DM, das waren 18,8 % der bundesweiten Länderausgaben. Bei der Struktur der "Sonstigen Forschung" ist allerdings einzuschränken, daß die verwendete Gliederung einige Unschärfen aufweisen dürfte, was nicht zuletzt bei dem im Bundesländervergleich unterschiedlich stark besetzten Restposten "Sonstiges" zum Ausdruck kommt. Ein Zeitvergleich und ein detaillierter Bundesländervergleich sind daher nicht möglich. In den Ausgaben des Landes für Kernforschung (44 Mill. DM) und Weltraumforschung (8 Mill. DM) spiegeln sich insbesondere die Zuwendungen an die beiden im Lande gelegenen Großforschungseinrichtungen wider, die jedoch über ihren Forschungsschwerpunkt hinaus in weitem Umfang Aufgaben in der Technologievermittlung erfüllen. Auch im Ausgabenposten Soziale Fragen, Arbeitsmarkt, Gesundheitswesen (16,5 Mill. DM) sind Zuwendungen an ein im Land gelegenes Großforschungszentrum (Krebsforschungszentrum Heidelberg) enthal-

ten. Großforschungszentren werden zu 90 % vom Bund, zu 10 % vom Sitz-Land (bei der DFVLR von den beteiligten 4 Sitz-Ländern) finanziert.

Im Ausgabenbereich "Wirtschaft einschließlich Infrastruktur" sind Zuwendungen an die Unternehmen und wirtschaftsnahen Forschungsinstitute im Rahmen des Innovationsförderungsprogrammes sowie in kleinerem Umfang Zuschüsse für wirtschaftswissenschaftliche Forschungsinstitute enthalten. Hier betrug der Anteil an den Ausgaben der Bundesländer 37 %. Auf den Ausgabenbereich Ernährung, Land- und Forstwirtschaft entfielen rund 28 Mill. DM (Anteil an den Länderausgaben rund 24 %). In den Bereich "Sonstiges" flossen rund 22 Mill. DM. Er enthält neben den Zuwendungen für einige Forschungsinstitute des Landes insbesondere auch die Zuschüsse, die das Land im Zuge der Rahmenvereinbarungen Forschungsförderung nach Artikel 91b des Grundgesetzes für diejenigen Forschungseinrichtungen und Einrichtungen mit Service-Charakter für die Forschung erbringt, die außerhalb Baden-Württembergs liegen.

Tabelle 9

Ausgaben¹⁾ der Gebietskörperschaften für Wissenschaft und Forschung 1981

Funktionsbereich	Ausgaben ¹⁾					
	insgesamt	Bund, LAF, ERP zusammen	Länder zusammen	Baden-Württemberg		
				insgesamt	Struktur- anteil	Anteil an der Ländersumme
Mill. DM				%		
Hochschulen, Wissenschaft, Forschung und Entwicklung außerhalb der Hochschulen ²⁾	28 844,4	8 915,7	19 928,6	3 107,5	100	15,6
davon Hochschulen	18 593,2	842,3	17 751,0	2 759,0	88,8	15,5
darunter Universitäten, Technische Hochschulen, Technische Universitäten, Gesamthochschulen, Hochschulkliniken ³⁾	9 323,3 7 477,2	740,1	8 900,7 7 159,8	1 437,8 950,0	46,3 30,6	16,2 13,3
Wissenschaft, Forschung und Entwicklung außerhalb der Hochschulen ²⁾	10 251,1		8 073,5	2 177,6	348,5	11,2
davon Fächerübergreifende Förder- und Trägerorganisationen in Wissenschaft und Forschung; Sonderforschungsbereiche	1 587,9	910,6	677,3	114,4	3,7	16,9
Wissenschaftliche Bibliotheken, Archive, Dokumentation usw.	503,5	206,2	297,3	35,5	1,1	11,9
Wissenschaftliche Museen	226,1	21,9	204,2	13,9	0,4	6,8
Sonstige Forschung ⁴⁾	7 893,4	6 932,4	961,0	180,3	5,8	18,8
Wissenschafts- und Forschungsverwaltung	40,3	2,4	37,9	4,4	0,1	11,6

1) Nettoausgaben: Länder einschl. geschätzter Ausgaben der Gemeinden. — 2) Einschl. Verwaltung, einschl. Zuschüssen zu den Sonderforschungsbereichen, ohne Forschung der Verteidigung. — 3) Einschl. kaufmännisch buchende Krankenhäuser (Bruttoverbuchung); — 4) Einschl. FKZ 179 "Sonstiges"; Aufgliederung der "Sonstigen Forschung" siehe Tabelle 10.

Tabelle 10

Ausgaben¹⁾ der Gebietskörperschaften für "Sonstige Forschung" 1981

Forschungsbereich	Ausgaben ¹⁾			
	insgesamt	Bund, LAF, ERP zusammen	Länder zusammen	Baden-Württemberg
Sonstige Forschung ²⁾	7 893,4	6 932,4	961,0	180,2
davon				
Kernforschung	2 059,6	1 938,8	120,8	43,5
Sonstige Energieforschung	693,7	689,5	4,2	—
Weltraumforschung und -technik	811,2	782,4	28,8	8,1
Informatik, Datenverarbeitung	151,9	126,0	25,9	9,4
Technologische Forschung und Entwicklung	440,9	440,9	—	—
Wirtschaft einschließlich Infrastruktur	889,1	770,9	118,2	44,4
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	562,2	550,9	11,3	0,5
Reinhaltung von Luft, Wasser und Erde, Lärmbekämpfung, Reaktorsicherheit, Strahlenschutz	271,5	252,3	19,2	—
Ernährung, Land- und Forstwirtschaft	382,5	266,2	116,2	28,4
Soziale Fragen, Arbeitsmarkt, Gesundheitswesen	637,2	563,2	74,0	16,5
Bau- und Wohnungswesen, Raum- und Städteplanung	50,7	33,4	17,3	1,9
Boden- und Meeresforschung	437,4	346,9	90,4	5,1
Bildungswesen	51,9	22,7	29,3	0,9
Sonstiges	453,6	148,3	305,3	21,6

1) Nettoausgaben. — 2) Einschließlich FKZ 179 "Sonstiges". Ohne Forschung der Verteidigung.

Schlußbemerkungen: Forschung und Innovationen

Die Darstellung der Forschungskapazitäten konnte zeigen, daß die Forschung in der Bundesrepublik und besonders in Baden-Württemberg einen hohen Rang einnimmt, zumindest was die statistisch faßbare quantitative Ausstattung mit Personal und Finanzmitteln betrifft. Zwischen Forschung als Inputfaktor und der Umsetzung der Forschungsergebnisse in Innovationen als Output besteht zwar ein Zusammenhang, jedoch keineswegs in Form eines Automatismus.

Das gilt verstärkt dort, wo Forschung nicht vollständig im Unternehmen selbst durchgeführt wird, und dies dürfte — insbesondere in kleinen und mittleren Unternehmen — der häufigste Fall sein. Hier muß zunächst das Problem des Transfers der Forschungsergebnisse von der Entstehungsseite in die Verwertungsseite, das heißt in das Unternehmen, überwunden werden. Dies ist erst in zweiter Linie ein finanzielles Problem, in erster Linie jedoch ein Problem der Information, Kommunikation und Motivation. Als Hilfestellung hierzu gibt es bereits eine Infrastruktur von Technologieberatungs- und Vermittlungseinrichtungen, die in Baden-Württemberg bisher am weitesten entwickelt wurde, wie eine Studie der OECD³⁷ feststellte.

Aber auch in der Phase der Umsetzung der intern oder extern erworbenen FuE-Ergebnisse in anwendungsreife Verfahren und Produkte und bei der Markteinführung tauchen neue Engpässe und Risiken auf, die in erster Linie finanzieller Art sind. So ergab eine Befragung von kleinen und mittleren Unternehmen, daß eines der größten Innovationsprobleme neben der Finanzierung der eigentlichen FuE-Arbeiten die Finanzierung der Produktions- und Markteinführung ist³⁸.

Vor allem hier scheint ein Nachholbedarf zum Beispiel gegenüber den USA zu bestehen, was weniger öffentliche Förderungsmaßnahmen betrifft als die Mobilisierung des privaten Kapitalmarkts zur Risikokapital-Finanzierung, sei es durch Banken, andere institutionelle Kapitalanlagegesellschaften bei speziellen Investment-Fonds oder Wagniskapitalgesellschaften³⁹.

Dies gilt sowohl für Kapitalhilfen für bereits bestehende Unternehmen als auch für technologie-intensive Neugründungen, die sich oft in Form von "spin-offs" von Erfinderunternehmen vollziehen, die bisher in Forschungseinrichtungen oder Unternehmen tätig waren. In den USA gibt es inzwischen ganze "Stammbäume" von inzwischen weltweit bekannten Unternehmen, zum Beispiel in der Computer- und Halbleiter-Branche im

38 F. Meyer-Krahmer, G. Gielow, H. Kuntze, Innovationsförderung in kleinen und mittleren Unternehmen, Frankfurt 1982, S. 161 ff.

37 OECD (Hrsg.), Innovation in Small and Medium Firms, Paris 1982.

39 Dies läßt sich z.B. der erwähnten OECD-Studie entnehmen.

sprichwörtlich bekannten "Silicon Valley", die aus solchen spin-offs hervorgegangen sind.

Was hier die öffentliche Förderung betrifft, so gibt es auch in der Bundesrepublik einige Ansätze (zum Beispiel die Deutsche Wagnis-Finanzierungsgesellschaft) und Existenzgründungsprogramme; besonders in Baden-Württemberg ist das Förderungssystem durch das landeseigene Innovationsförderungsprogramm und Existenzgründungshilfen relativ weit entwickelt, wie die erwähnte OECD-Studie betont.

Zusammenfassung

- Der Wettbewerb zwischen den fortgeschrittenen Industrieländern vollzieht sich zunehmend auch als Innovationswettbewerb. Voraussetzung für die Innovationsfähigkeit sind auf hohem Niveau stehende Forschungskapazitäten. Diese Arbeit versucht erstmals, alle Forschungskapazitäten in Baden-Württemberg, gemessen an den Ausgaben und am Forschungspersonal, systematisch darzustellen.
- Forschung erfolgt in Hochschulen, in im allgemeinen überwiegend öffentlich geförderten außeruniversitären Forschungseinrichtungen und im Wirtschaftssektor.
- An den 9 Universitäten des Landes waren 1981 rund 7000 Stellen für Lehr- und Forschungspersonal ausgewiesen, einschließlich der Hochschulkliniken erhöht sich die Stellenzahl auf 9400. Insgesamt jedoch waren an den Universitäten und Kliniken - einschließlich der nebenberuflich- und teilzeitbeschäftigten Personen sowie der aus durchlaufenden Drittmitteln finanzierten Arbeitsverhältnisse - 15 300 Wissenschaftler tätig, davon 11 700 hauptberuflich. Rund 4400 (28 % der Wissenschaftler) entfielen auf den Bereich Mathematik und Naturwissenschaften, 2300 (15 %) auf die Ingenieurwissenschaften, 3200 (21 %) auf die Humanmedizin. Von wachsender Bedeutung für die universitäre Forschung sind die aus Drittmitteln bezahlten Wissenschaftler (2600 Personen). Die Drittmiteleinnahmen - insbesondere öffentliche und private Forschungsaufträge und Zuwendungen der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) - betrugen 1981 271 Mill. DM, bei Gesamtausgaben der Universitäten (ohne Kliniken) von 1,5 Mrd. DM. Eine wichtige Funktion im Drittmittelbereich haben die von der DFG betreuten Sonderforschungsbereiche. Anfang 1983 waren in Baden-Württemberg 31 Sonderforschungsbereiche eingerichtet, das war ein Viertel aller Sonderforschungsbereiche der Bundesrepublik.
- Den praxisorientierten Fachhochschulen kommt eine wichtige Rolle bei der Technologieberatung und Technologievermittlung zu. An den Fachhochschulen waren (ohne Verwaltungsfachhochschulen) 1981 rund 1250 Stellen für wissenschaftliches Personal ausgewiesen. Ähnlich wie bei den Universitäten liegt auch hier die Zahl der Wissenschaftler (Personen) höher, es waren 2850 Wissenschaftler beschäftigt, davon 1400 hauptberuflich. Gut 60 % der Wissenschaftler waren in den Ingenieurwissenschaften tätig.
- An den baden-württembergischen Hochschulen waren 1981 16,4 % (1972 noch 20 %) des bundesweiten wissenschaftlichen Hochschulpersonals beschäftigt. Dieser Anteil ist immer noch überdurchschnittlich, auch wenn die anderen Bundesländer beim Ausbau der Hochschulen inzwischen stark aufgeholt haben. Im Vergleich zum Bundesgebiet haben die heimischen Hochschulen den Schwerpunkt mehr in den naturwissenschaftlich-technischen Fächern.
- In den öffentlichen außeruniversitären Forschungseinrichtungen waren 1981 rund 11 000 Personen beschäftigt. Zu diesem Bereich gehören die Institute der Max-Planck- und der Fraunhofer-Gesellschaft, Großforschungseinrichtungen, Forschungsanstalten des Bundes und des Landes und rund 25 weitere, meist kleinere Forschungseinrichtungen.
- Die bedeutende Rolle Baden-Württembergs im bundesweiten Forschungsverbund zeigt sich darin, daß knapp ein Fünftel des Personals sowie rund ein Viertel der Ausgaben der außeruniversitären Forschungseinrichtungen auf in Baden-Württemberg gelegene Einrichtungen entfallen. Im höheren Anteil bei den Ausgaben drückt sich aus, daß die heimischen Einrichtungen ihren Schwerpunkt mehr in den sachkostenintensiven naturwissenschaftlich-technischen Bereichen haben.
- Besonders stark vertreten sind neben den Großforschungseinrichtungen die Max-Planck-Institute mit 2150 Beschäftigten (Anteil am Bundesgebiet 26 %) und vor allem die Fraunhofer-Institute, bei denen mit 1200 Beschäftigten knapp die Hälfte des Personalbestands in Baden-Württemberg tätig ist.
- Der bedeutendste Träger von Forschung und Entwicklung (FuE) ist der Wirtschaftssektor. Hierauf entfielen 1981 bundesweit, von der Durchführungsseite her betrachtet, zwei Drittel aller FuE-Ausgaben.
- In den in Baden-Württemberg gelegenen Forschungsstätten des Wirtschaftssektors waren 1979, in Vollzeitäquivalenten ausgedrückt, 52 000 Personen im Bereich FuE tätig. Der Anteil am Bundesgebiet beträgt 22 %. Mit enthalten sind hier 530 FuE-Beschäftigte in den auf Branchenebene orga-

- nisierten Instituten für industrielle Gemeinschaftsforschung. Von 1977 bis 1979 wuchs die Zahl des FuE-Personals um 5 %.
- Eine herausragende Stellung im Unternehmensbereich nimmt beim FuE-Personal die Elektrotechnik ein (21 300 Personen), gefolgt von der KFZ-Herstellung (8200 Personen), dem Maschinenbau (7600 Personen), der Chemischen Industrie einschließlich Mineralölverarbeitung (5600 Personen) und der ADV-Herstellung (2100 Personen).
 - Die mit Abstand höchste Forschungsintensität - gemessen an der Relation FuE-Personal bezogen auf die Gesamtzahl der Beschäftigten der jeweiligen Branche - weist die ADV-Herstellung auf; hier ist deutlich mehr als jeder zehnte Beschäftigte im FuE-Bereich tätig. Eine im Branchenvergleich überdurchschnittliche Forschungsintensität hat auch die Elektrotechnik und die KFZ-Herstellung, während der Maschinenbau leicht unter dem Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes liegen dürfte.
 - Im Vergleich zum Bundesgebiet weist das heimische Verarbeitende Gewerbe eine um etwa 15 % höhere Forschungsintensität auf. Leicht unter dem Niveau des bundesweiten Maschinenbaus dürfte dagegen der Maschinenbau in Baden-Württemberg liegen.
 - Die Unterhaltung eigener Forschungskapazitäten ist allerdings nur eine von mehreren Möglichkeiten für Unternehmen, Forschungsergebnisse zu nutzen. Weitere Möglichkeiten sind zum Beispiel die eben erwähnte industrielle Gemeinschaftsforschung, Vertragsforschung sowie der Erwerb von Patenten, Lizenzen und Know-how aus dem In- oder Ausland.
 - Die Patent- und Lizenzbilanz der badenwürttembergischen Unternehmen mit dem Ausland ist - noch stärker als im Bundesgebiet - negativ; das Defizit betrug 1981 724 Mill. DM (bundesweit 1,05 Mrd. DM). Ursächlich hierfür waren nahezu ausschließlich die in Baden-Württemberg besonders stark vertretenen Unternehmen mit maßgeblicher ausländischer Kapitalbeteiligung, die so in hohem Maß ausländisches Know-how nutzen. Dies deutet darauf hin, daß der Produktionsort technologieintensiver Güter teilweise unabhängig vom Herkunftsland des technischen Wissens ist.
 - Bundesweit wurden 1981 die FuE-Ausgaben des Wirtschaftssektors zu 17 % von Bund und Ländern finanziert.
 - Die wirtschaftsbezogene Forschungsförderung des Bundes ist schwerpunktmäßig immer noch auf Großunternehmen zugeschnitten, auch wenn insbesondere durch das FuE-Personalkostenzuschußprogramm
- ein auf kleine und mittlere Unternehmen begrenztes Förderungsinstrument große Breitenwirksamkeit hat, das von badenwürttembergischen Unternehmen in hohem Maße genutzt wird; jährlich fließen hier von über ein Viertel der Fördermittel an heimische Unternehmen. 1981 waren dies 115 Mill. DM, womit 1620 Unternehmen gefördert wurden.
- Die Forschungsförderung des Landes ist stark mittelstandsbezogen und berücksichtigt in hohem Maße, daß kleinere Unternehmen, vor allem in den marktnahen Stufen des Forschungs- und Innovationsprozesses besondere Schwierigkeiten haben, genügend Risiko-Kapital bereitzustellen. Bestandteil des Innovationsförderungsprogramms des Landes ist auch ein breites flächendeckendes Netz von Anlauf- und Beratungsstellen zur Technologievermittlung.
 - Die Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden für Wissenschaft und Forschung betragen 1981 28,8 Mrd. DM, davon entfielen - vor allem bedingt durch die Hochschulausgaben - 70 % auf die Länder. Die Ausgaben Baden-Württembergs betragen mit 3,1 Mrd. DM 15,6 % der Länderausgaben.
 - Bei den Ausgaben für Hochschulen, wo ein Aufholprozeß der anderen Bundesländer in Gang ist, lagen die Pro-Kopf-Ausgaben mit 297 DM noch 3 % über dem Länderdurchschnitt. Dagegen lag das Land (einschließlich Gemeinden) bei den Ausgaben für Wissenschaft und Forschung außerhalb der Hochschulen mit 38 DM pro Kopf um 9 % über dem Durchschnitt.
 - Von den Wissenschaftsausgaben des Landes flossen 1981 2,8 Mrd. DM in den Hochschulbereich, 349 Mill. DM in den Bereich außerhalb der Hochschulen; hier spiegelt sich bei der Ausgabenstruktur die Art der in Baden-Württemberg gelegenen Forschungseinrichtungen wider, bei deren Finanzierung das Sitz-Land beteiligt ist. Besonders hoch, gemessen am Länderdurchschnitt, sind die Ausgaben für Forschungsziele im naturwissenschaftlich-technischen, medizinischen und landwirtschaftlichen Bereich sowie insbesondere bei der Forschungsförderung der Wirtschaft.

Anhang

Zu II, 1.1: Investitionsentwicklung und Altersaufbau des Produktionskapitals

Methode der Anlagevermögensberechnung

Unterdurchschnittlicher Auslastungsgrad

Tabelle 1

Investitions-, Nettoinvestitions- und Ersatzquote nach Wirtschaftsbereichen

Tabelle 2

Investitionen von Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes nach Wirtschaftsgruppen und -bereichen 1981

Tabelle 3

Verteilung des Bruttoanlagevermögens nach Wirtschaftsbereichen in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet

Tabelle 4

Anteil der Ausrüstungen und Bauten an den Anlagen nach Wirtschaftsbereichen in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet

Tabelle 5

Modernitätsgrad des Ausrüstungs- und Bauvermögens in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet

Zu II, 1.2: Die Konkurrenzsituation Baden-Württembergs auf dem Weltmarkt

Methodische Erläuterungen

Tabelle 6

Internationale Konkurrenzsituation Baden-Württembergs bei wichtigen Exportgütern

Tabelle 7

Internationale Konkurrenzsituation Baden-Württembergs auf wichtigen Auslandsmärkten bei landwirtschaftlichen Maschinen 1980

Tabelle 8

Internationale Konkurrenzsituation Baden-Württembergs auf wichtigen Auslandsmärkten bei Maschinen für die Textil- und Lederindustrie 1980

Tabelle 9

Internationale Konkurrenzsituation Baden-Württembergs auf wichtigen Auslandsmärkten bei nichtelektrischen Teilen und Zubehör für Maschinen 1980

Tabelle 10

Internationale Konkurrenzsituation Baden-Württembergs auf wichtigen Auslandsmärkten bei elektrischen Geräten zum Schließen, Öffnen, Schützen oder Verbinden von elektrischen Stromkreisen 1980

Tabelle 11

Internationale Konkurrenzsituation Baden-Württembergs auf wichtigen Auslandsmärkten bei elektrischen und nichtelektrischen Haushaltsgeräten (a.n.g.) 1980

Tabelle 12

Internationale Konkurrenzsituation Baden-Württembergs auf wichtigen Auslandsmärkten bei elektrischen Maschinen, Apparaten und Geräten (a.n.g.) 1980

Tabelle 13

Internationale Konkurrenzsituation Baden-Württembergs auf wichtigen Auslandsmärkten bei Kraftfahrzeugen 1980

Tabelle 14

Internationale Konkurrenzsituation Baden-Württembergs auf wichtigen Auslandsmärkten bei Teilen und Zubehör für Kraftfahrzeuge 1980

Tabelle 15

Internationale Konkurrenzsituation Baden-Württembergs auf wichtigen Auslandsmärkten bei Möbeln 1980

Tabelle 16

Internationale Konkurrenzsituation Baden-Württembergs auf wichtigen Auslandsmärkten bei medizinischen Instrumenten, Apparaten und Geräten (a.n.g.) 1980

Tabelle 17

Internationale Konkurrenzsituation Baden-Württembergs auf wichtigen Auslandsmärkten bei Uhrmacherwaren 1980

Tabelle 18

Internationale Konkurrenzsituation Baden-Württembergs auf wichtigen Auslandsmärkten bei Musikinstrumenten 1980

Zu II, 1.3: Struktur und Entwicklung des Fremdenverkehrs

Tabelle 19

Fremdenverkehr in den Stadt- und Landkreisen 1981

Zu II, 2: Wandlungen in den Eigentums- und Pachtverhältnissen der Landwirtschaft

Tabelle 20

Landwirtschaftliche Betriebe mit Eigenland in den landwirtschaftlichen Vergleichsgebieten 1979

Tabelle 21

Pachtflächen und Pachtquoten in den landwirtschaftlichen Vergleichsgebieten 1979

Zu II, 3.1: Zur Entwicklung wichtiger Vermögensbestandteile privater Haushalte

Tabelle 22

Verteilung der hochgerechneten Haushalte nach ausgewählten Schichtungsmerkmalen

Tabelle 23

Guthaben auf Sparbüchern nach ausgewählten Schichtungsmerkmalen 1973

Tabelle 24

Bausparguthaben nach ausgewählten Schichtungsmerkmalen 1973

Tabelle 25

Höhe und Zusammensetzung der durchschnittlichen Nettogeldvermögensbestände

Tabelle 26

Private Haushalte mit Grundvermögen

Zu II, 3.2: Das Wanderungsverhalten der Ausländer

Tabelle 27

Ausländische Zu- und Fortzüge über die Auslandsgrenze

Tabelle 28

Wanderungsbewegung der Ausländer insgesamt über die Auslandsgrenze nach Altersgruppen

Tabelle 29

Wanderungsbewegung der ausländischen Erwerbspersonen insgesamt über die Auslandsgrenze nach Altersgruppen

Tabelle 30

Wanderungsbewegung der Türken über die Auslandsgrenze nach Altersgruppen

Tabelle 31

Wanderungsbewegung der türkischen Erwerbspersonen über die Auslandsgrenze nach Altersgruppen

Tabelle 32

Anteil der Zu- und Fortzüge über die Auslandsgrenze nach ausgewählter Staatsangehörigkeit und Altersgruppen

Tabelle 33

Wanderungsbewegung der Ausländer nach ausgewählter Staatsangehörigkeit über die Auslandsgrenze

Zu II, 4.1: Die Berufsausbildung im dualen System

Tabelle 34

Schulische Vorbildung der Auszubildenden in Industrie und Handel 1982

Tabelle 35

Ausbildungserfolg bei der Berufsbildung 1982

Tabelle 36

Auszubildende in ausgewählten Berufen und Ausbildungsbereichen

Tabelle 37

Übergang in das duale System nach Geschlecht und Abschlußart

Tabelle 38

Schüler an Berufsschulen mit Ausbildungsvertrag nach Berufsfeldern

Da es keine ausreichenden statistischen Unterlagen mit Angaben über Vermögensbestände gibt, müssen die Anlagevermögensgrößen auf indirektem Wege berechnet werden. Die Schätzmethode, die sich hierzu am besten eignet, ist die sogenannte Perpetual-Inventory-Method. Bei dieser Methode wird von der Überlegung ausgegangen, daß sich der heute vorhandene Vermögensbestand aus Zugängen, also den Investitionen der Vergangenheit abzüglich der Abgänge, zusammengesetzt. Die Abgänge sind von den Abschreibungen zu unterscheiden. Sie werden dann nachgewiesen, wenn die Anlagegüter effektiv aus dem Bestand ausscheiden; sie werden mit dem Neuwert ausgewiesen. Mit den Abgängen ist daher stets eine Verkleinerung der Produktionskapazität verbunden. Die Abschreibungen messen dagegen die Wertminderung des Anlagevermögens im Laufe der Periode durch Verschleiß und wirtschaftliches Veralten.

Für die Berechnung des Bruttoanlagevermögens zum Zeitpunkt t gilt

$$BAV_t = BAV_{t-1} + I_{t-1} - A_{t-1}$$

wobei BAV_t das Bruttoanlagevermögen am Jahresanfang der Berichtsperiode, BAV_{t-1} das Bruttoanlagevermögen der Vorperiode, I_{t-1} die Zugänge der Vorperiode und A_{t-1} die Abgänge der Vorperiode darstellen. Für das Nettoanlagevermögen gilt entsprechend

$$NAV_t = NAV_{t-1} + I_{t-1} - D_{t-1}$$

NAV_t stellt das Nettoanlagevermögen am Jahresanfang der Berichtsperiode, NAV_{t-1} das Nettoanlagevermögen der Vorperiode und D_{t-1} die Abschreibung dar. Bei den Zugängen kann im wesentlichen auf die Investitionsdaten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder zurückgegriffen werden. Hier werden bei den Bauten die neuen Bauten berücksichtigt, während die Zugänge zum Ausrüstungsvermögen auch die Käufe abzüglich der Verkäufe von gebrauchten Ausrüstungen enthalten. Als Investitionen werden neben neuen Anlagen auch große Reparaturen und Umbauten, die den Wert der vorhandenen Anlagen durch Steigerung der Leistungsfähigkeit oder Verlängerung der Lebensdauer erhöhen, berücksichtigt. Die Abgänge und Abschreibungen stehen dagegen nicht zur Verfügung; sie müssen geschätzt werden. Für die Festlegungen der Abgänge und Abschreibungen ist die Länge der Nutzungsdauer, die von den zugrundeliegenden Güterarten abhängt, von grundlegender Bedeutung. Das hier verwendete Rechenmodell enthält nämlich die Implikationen, das Investitionsjahrgänge einzelner Gütergruppen einer bestimmten ökonomischen

Nutzungsdauer unterliegen, und daß altersbedingte Abgänge eines jeden Jahrgangs um die durchschnittliche Nutzungsdauer streuen. So wird davon ausgegangen, daß die Güter eines Investitionsjahrganges nicht geschlossen zu einem bestimmten Zeitpunkt ausscheiden, sondern daß beispielsweise 1 % der Güter nach einem Jahr, 1,5 % nach 2 Jahren, 3 % nach 3 Jahren ausscheiden, bis schließlich nach einer maximalen Nutzungsdauer alle Güter ausgeschieden sind. Beim Statistischen Bundesamt wurde die Form der Streuung der Abgänge einzelner Gütergruppen geschätzt und die Dichtefunktion der Gammaverteilung als Abgangsfunktion ausgewählt. Durch Gewichtung mit den einzelnen Gütergruppen wurden schließlich Abgangs- und Abschreibungsanteile berechnet. Auf diesen Überlegungen basieren auch die vorliegenden Schätzungen. Dabei werden die vom Statistischen Bundesamt zur Verfügung gestellten bundesdurchschnittlichen Abschreibungs- und Abgangsanteile den Berechnungen zugrunde gelegt.

Die Abgänge (A_t) und Abschreibungen (D_t) berechnen sich dann wie folgt:

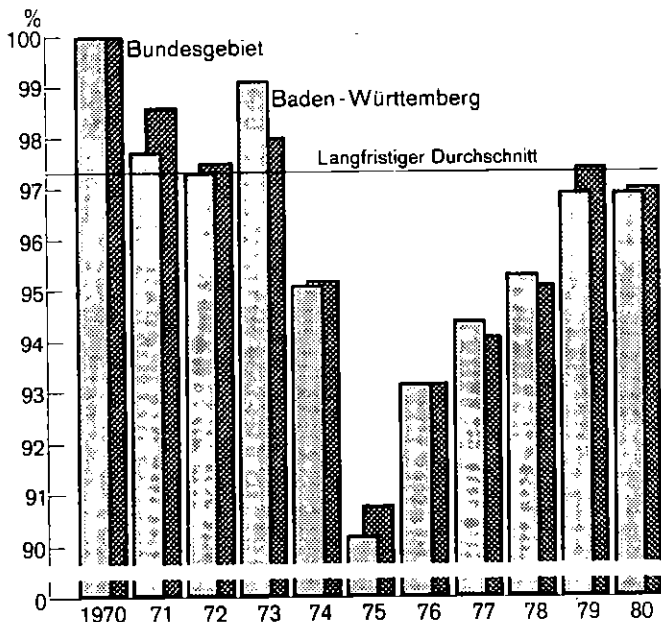
$$A_t = \sum_{i < t} I_i \cdot g(i, t);$$

$$D_t = \sum_{i < t} I_i \cdot a(i, t),$$

wobei I_i die Zugänge des Investitionsjahrs i und $g(i, t)$ die Abgangsanteile sowie $a(i, t)$ die Abschreibungsanteile darstellen. Da bei der Perpetual-Inventory-Method weit zurückreichende Investitionsreihen berücksichtigt werden müssen, gehen die Zugänge auf Bundesebene bei den Bauten bis ins 19. Jahrhundert zurück, die Ausrüstungsinvestitionen bis etwa 1920. Auf Länderebene stehen aber die Investitionsdaten erst ab 1960 zur Verfügung, so daß als Ausgangsjahr für die Originärberechnung das Jahr 1960 gewählt wurde. Der Vermögensbestand Baden-Württembergs (Brutto- und Nettoanlagevermögen) zu Anfang des Jahres 1960 mußte somit aus Bundeswerten geschätzt werden. Gleiches gilt für die aus den Investitionen vor 1960 folgenden Abgänge und Abschreibungen in den Jahren danach. Hierzu wurde auf eine Sonderrechnung des Statistischen Bundesamtes zurückgegriffen. Zur Zerlegung der Bundeswerte wurde, soweit es sich um Bauten handelt, auf Angaben der Statistik über Bautätigkeit zurückgegriffen.

Zur Zerlegung des Ausrüstungsvermögens wurden die Investitionen selbst benutzt. Darüber hinaus wurden hier aber auch Ergebnisse der Arbeitsstättenzählungen und der Gebäude- und Wohnungszählung 1961 berücksichtigt. Da die so geschätzten Vermögensgrößen des Jahres 1960 auf den laufenden Kapitalstock von Jahr

Auslastungsgrad des Produktionspotentials



Quelle: Daten für das Bundesgebiet stammen aus dem Jahresgutachten 1982/83 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der Gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

165 83

zu Jahr einen geringeren Einfluß haben, ist diese Schätzung zu verantworten. So dürfte der Einfluß der vor 1960 investierten Güter insbesondere bei den Ausrüstungen im Laufe der Zeit immer mehr abnehmen, da einerseits die alten Anlagen allmählich aus dem Bestand ausscheiden und andererseits der Vermögensbestand von Jahr zu Jahr mehr durch die Investitionstätigkeit nach 1960 bestimmt wird. Bei den Berechnungen wurde das Ziel verfolgt, Anlagevermögensgrößen für Baden-Württemberg zu berechnen, die mit den vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Größen für das Bundesgebiet unmittelbar vergleichbar sind. (Für Literatur zur Methode vergleiche Fußnote 2).

Unterdurchschnittlicher Auslastungsgrad

Ursächlich für die zurückhaltende Investitionstätigkeit und damit für die verlangsamte Modernisierung und Erweiterung des Anlagenbestandes dürfte u.a. auch die niedrige Kapazitätsauslastung sein. So hat, wie bereits erwähnt, der Bestand an Produktionsanlagen in Baden-Württemberg von 1970 bis 1980 um 55 % zugenommen (Bundesgebiet: 49 %), während das Bruttoinlandsprodukt um rund 34 % anstieg (Bundesgebiet: 32 %), wobei sich die Zunahme zum Anlagevermögen allerdings verlangsamte. Darüber hinaus sank die Kapitalproduktivität (Verhältnis von Bruttowertschöpfung zu Kapitalstock), mit der der Angebotsspielraum geschätzt wird, im Trend, das bedeutet, daß heute mehr Kapital (zur Erstellung einer Produktionseinheit) eingesetzt wird als beispielsweise in den 60er Jahren, was auf kapitalintensivere Pro-

duktionsmethoden bei einem Rückgang der Beschäftigten zurückzuführen ist. Der Angebotsspielraum, das heißt das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential, ist damit in Baden-Württemberg nach eigenen Schätzungen - die in Anlehnung an das Verfahren des Sachverständigenrates¹ durchgeführt wurden - im Zeitraum 1970 bis 1980 um rund 38 % und im Bundesgebiet um 34 % (Berechnungen des Sachverständigenrates) gestiegen. Genutzt wurde der größere Spielraum jedoch nicht. Vielmehr hat der Auslastungsgrad des Produktionspotentials bei gleicher Auslastung der Sachkapazitäten wie 1970 deutlich abgenommen. So war im Jahr 1980 das Produktionspotential in Baden-Württemberg nur etwa zu 97 % ausgelastet (Schaubild). Die Auslastung der Betriebe lag damit 1980 - wie schon in den Jahren zuvor - unter dem langfristigen Durchschnitt. Über die Höhe des Auslastungsgrades speziell des Verarbeitenden Gewerbes gibt die Unternehmensbefragung des Ifo-Instituts Auskunft. So errechnet sich aus den vom Ifo-Institut² veröffentlichten Ergebnissen für das Verarbeitende Gewerbe im Jahr 1981 ein jahresdurchschnittlicher Auslastungsgrad in Höhe von rund 79 % der betrieblichen Vollaustausung. Für das Jahr 1979 konnte dagegen der höchste Auslastungsgrad seit 1975 festgestellt werden (84,7 %), während sich für 1975 ein Durchschnitt von nur rund 76 % errechnete.

1 Das Produktionspotential des Sektors Unternehmen ohne Wohnungsvermietung wird über die Kapitalproduktivitäten (Bruttowertschöpfung/Kapitalstock) geschätzt, wobei zunächst mittels einer logarithmischen Trendfunktion aus den empirisch ermittelten Kapitalproduktivitäten die potentiellen Kapitalproduktivitäten bestimmt werden. Das Produktionspotential der Unternehmen ohne Wohnungsvermietung eines Jahres errechnet sich schließlich als Produkt aus der potentiellen Kapitalproduktivität und dem Kapitalstock des jeweiligen Jahres. Beim Staat und bei den übrigen Bereichen außerhalb des Sektors Unternehmen ohne Wohnungsvermietung wird dagegen davon ausgegangen, daß das Produktionspotential stets voll ausgelastet ist und daher mit den jeweiligen Beiträgen zur Bruttowertschöpfung identisch ist. Die Kapazitätsauslastung (Auslastungsgrad) des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials ist dann das Verhältnis von Bruttoinlandsprodukt zu gesamtwirtschaftlichem Produktionspotential (Angebotsspielraum). Vgl. dazu: Jahresgutachten 1982/83 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

2 J.D. Zindlbauer, Niedrige Auftragsreserven - sinkende Auslastung der Industriekapazitäten, Ifo-Schnelldienst 22/82, Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München.

Tabelle 1

Investitions-, Nettoinvestitions- und Ersatzquote nach Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereiche	Investitionsquote ¹⁾			Nettoinvestitionsquote ²⁾			Ersatzquote ³⁾		
	1970	1975	1980	1970	1975	1980	1970	1975	1980
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	28,7	27,0	33,1	10,1	2,0	1,3	65	92,4	96
Warenproduzierendes Gewerbe	15,1	10,0	13,0	7,0	0	3,8	54	99,6	71
Energie- und Wasserversorgung	53,4	46,0	42,0	27,8	22,3	19,0	48	51,5	53
Verarbeitendes Gewerbe	14,5	8,4	12,0	6,8	1,3	3,0	53	114,9	74
Baugewerbe	9,3	6,3	7,0	3,0	0,7	1,0	68	110,7	85
Handel	12,9	10,1	11,0	6,2	2,1	4,0	52	79,1	67
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	35,7	31,7	27,0	17,6	12,4	8,0	51	60,9	72
Dienstleistungsunternehmen ⁴⁾	27,4	34,6	36,0	14,3	22,5	20,0	48	35,1	40
Wohnungsvermietung	143,0	107,4	119,0	104,0	69,1	75,0	27	35,6	38
Staat	28,6	17,0	16,0	21,7	11,1	9,5	24	35,0	42
Alle Wirtschaftsbereiche ⁵⁾	26,0	19,1	24,0	14,0	8,0	10,0	42	58,3	54
darunter									
Unternehmen zusammen	22,6	18,7	21,5	12,6	7,2	10,0	44	61,5	55

1) Anteil der Investitionen an der Bruttowertschöpfung bzw. dem Bruttosozialprodukt. - 2) Anteil der Nettoinvestitionen (Investitionen ./. Abschreibungen) an der Bruttowertschöpfung bzw. dem Bruttosozialprodukt. - 3) Anteil der Abschreibungen an den Investitionen. - 4) Ohne Wohnungsvermietung. - 5) Einschließlich Organisationen ohne Erwerbscharakter.

Tabelle 2

Investitionen von Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes nach Wirtschaftsgruppen und -bereichen 1981

Sypro Nr.	Wirtschaftsgruppen Wirtschaftsbereiche	Bruttoanlageinvestitionen					je Beschäftigten	
		Grundstücke und Bauten	Ausrüstungen	insgesamt	Anteil	Veränderung 1981/80	absolut	Veränderung 1981/80
		1000 DM			%		DM	%
22	Mineralölverarbeitung							
25	Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	69 898	299 871	369 769	3,8	- 6,1	14 645	- 1,9
27	Eisenschaffende Industrie							
28	NE-Metallerzeugung, NE-Metallhalbzeugwerke	17 912	92 206	110 118	1,1	13,9	9 351	28,4
29	Gießerei	13 067	63 797	76 864	0,8	- 7,0	4 429	- 1,3
30	Ziehereien, Kaltwalzwerke, Stahlverformung usw.	36 445	176 936	213 381	2,2	- 16,2	5 990	- 12,5
31	Stahl- und Leichtmetallbau, Schienenfahrzeugbau	19 152	59 096	78 248	0,8	- 19,9	3 826	- 20,2
32	Maschinenbau	263 568	956 115	1 219 683	12,5	- 9,9	4 673	- 8,9
33	Straßenfahrzeugbau, Reparaturen von Kfz. usw.	567 927	1 661 194	2 229 121	22,9	21,9	10 484	21,5
34	Schiffbau	16	633	649	0,0	- 35,3	1 844	- 32,0
35	Luft- und Raumfahrzeugbau	19 758	19 926	39 684	0,4	38,9	6 649	34,2
36	Elektrotechnik, Reparaturen von Haushaltsgeräten	163 086	1 021 830	1 184 916	12,2	- 9,7	4 962	- 6,8
37	Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren	55 792	186 506	242 298	2,5	1,6	3 964	8,3
38	Herstellung von EBM-Waren	82 579	276 066	358 645	3,7	5,4	5 595	6,3
39	Herstellung von Musikinstrumenten, Spielwaren, Füllhaltern usw.	8 434	57 441	65 875	0,7	- 9,0	2 971	- 1,6
40	Chemische Industrie	138 095	454 493	592 588	6,1	7,4	9 296	7,2
50	Herstellung von Büromaschinen, ADV-Geräten und -Einrichtungen	134 802	216 070	350 872	3,6	6,7	15 702	- 17,2
51	Feinkeramik	4 451	21 274	25 725	0,3	7,6	6 285	7,8
52	Herstellung und Verarbeitung von Glas	17 241	49 459	66 700	0,7	8,4	8 090	11,8
53	Holzbearbeitung	7 629	34 442	42 071	0,4	- 29,5	6 631	- 23,9
54	Holzverarbeitung	70 335	133 364	203 699	2,1	- 20,7	4 188	- 16,6
55	Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Papperzeugung	42 918	288 955	331 873	3,4	3,4	22 636	4,2
56	Papier- und Pappeverarbeitung	34 018	171 421	205 439	2,1	49,7	9 314	51,3
57	Druckerei, Vervielfältigung	63 355	227 106	290 461	3,0	9,1	7 987	9,3
58	Herstellung von Kunststoffwaren	69 863	237 270	307 133	3,2	9,7	7 376	10,8
59	Gummiverarbeitung	30 737	88 421	119 158	1,2	22,6	6 587	24,1
61	Ledererzeugung	2 306	8 958	11 264	0,1	46,0	4 354	44,9
62	Lederverarbeitung	8 028	17 863	25 891	0,3	- 28,8	1 933	- 24,6
63	Textilgewerbe	51 368	228 670	280 038	2,9	- 30,9	3 056	- 25,0
64	Bekleidungs-gewerbe	8 800	29 121	37 921	0,4	- 20,4	1 171	- 13,6
65	Reparatur von Gebrauchsgütern (ohne elektrische-Geräte)	6	177	183	0,0	- 45,2	2 731	123,3
68	Ernährungsgewerbe	129 653	415 321	544 974	5,6	- 4,1	9 599	- 3,2
69	Tabakverarbeitung	1 347	16 426	17 773	0,2	63,8	8 439	82,1
	Verarbeitendes Gewerbe	2 136 052	7 599 350	9 735 402	100	1,3	6 654	3,5
	davon							
	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	328 268	1 437 977	1 766 245	18,1	2,7	10 614	5,6
	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1 338 576	4 547 500	5 886 076	60,5	2,9	6 422	4,1
	Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	338 206	1 182 123	1 520 329	15,6	- 4,7	4 731	0,2
	Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	131 002	431 746	562 748	5,8	- 2,8	9 558	- 1,5

Tabelle 3

Verteilung des Bruttoanlagevermögens nach Wirtschaftsbereichen in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet

Wirtschaftsbereiche	Ausrüstungen		Bauten		Anlagen	
	Baden-Württemberg	Bundesgebiet	Baden-Württemberg	Bundesgebiet	Baden-Württemberg	Bundesgebiet
1970						
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	8,9	10,3	4,4	4,4	5,4	5,8
Warenproduzierendes Gewerbe	64,3	57,8	12,6	13,8	24,5	24,4
Energie- und Wasserversorgung,						
Bergbau	8,3	10,9	3,4	4,0	4,5	5,6
Verarbeitendes Gewerbe	50,1	42,6	8,4	9,3	18,0	17,4
Baugewerbe	5,9	4,4	0,7	0,5	1,9	1,4
Handel	5,8	6,6	3,1	3,5	3,7	4,2
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	10,2	15,0	3,9	4,6	5,3	7,1
Dienstleistungsunternehmen ¹⁾	6,3	5,4	6,1	6,2	6,2	6,0
Staat	3,6	3,8	10,4	8,6	8,9	7,4
Alle Wirtschaftsbereiche ²⁾	100	100	100	100	100	100
darunter						
Unternehmen zusammen	95,4	95,0	86,7	89,1	88,7	90,5
1981						
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	7,5	7,9	3,0	3,1	4,0	4,3
Warenproduzierendes Gewerbe	58,6	52,5	12,8	13,5	23,8	23,3
Energie- und Wasserversorgung,						
Bergbau	8,0	10,1	3,9	4,5	4,9	5,9
Verarbeitendes Gewerbe	46,7	39,3	8,1	8,4	17,4	16,2
Baugewerbe	3,0	3,1	0,8	0,6	1,6	1,2
Handel	5,7	6,4	3,2	3,6	3,8	4,3
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	9,5	14,5	4,2	5,1	5,5	7,5
Dienstleistungsunternehmen ¹⁾	13,6	13,1	7,3	8,2	8,8	9,4
Staat	4,2	4,5	10,8	8,8	9,2	7,7
Alle Wirtschaftsbereiche ²⁾	100	100	100	100	100	100
darunter						
Unternehmen zusammen	94,8	94,3	63,2	88,9	88,4	90,2

1) Ohne Wohnungsvermietung. - 2) Einschließlich Organisationen ohne Erwerbscharakter.

Tabelle 4

Anteil der Ausrüstungen und Bauten an den Anlagen nach Wirtschaftsbereichen in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet

Wirtschaftsbereiche	Anteil der Ausrüstungen an den Anlagen		Anteil der Bauten		Anteil Baden-Württembergs am Bund	
	Baden-Württemberg	Bundesgebiet	Baden-Württemberg	Bundesgebiet	Baden-Württemberg	Bundesgebiet
1970						
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	37,9	42,8	62,1	57,2	12,7	15,6
Warenproduzierendes Gewerbe	60,4	57,2	39,6	42,8	16,4	14,3
Energie- und Wasserversorgung,						
Bergbau	42,0	46,7	58,0	53,3	11,2	13,5
Verarbeitendes Gewerbe	57,4	59,3	42,6	40,7	17,3	14,2
Baugewerbe	70,3	73,8	29,7	26,2	20,0	23,7
Handel	35,6	37,5	64,4	62,5	12,9	14,0
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	43,9	51,3	56,1	48,7	10,0	13,4
Dienstleistungsunternehmen ¹⁾	23,4	21,6	76,6	78,4	19,3	15,5
Staat	9,4	12,4	90,6	87,6	14,0	19,1
Alle Wirtschaftsbereiche ²⁾	23,0	24,2	77,0	75,8	14,7	15,7
darunter						
Unternehmen zusammen	24,7	25,4	75,3	74,6	14,8	15,3
1981						
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	44,3	46,4	55,7	53,6	14,4	15,6
Warenproduzierendes Gewerbe	59,1	56,7	40,9	43,3	16,9	15,4
Energie- und Wasserversorgung,						
Bergbau	39,4	42,9	60,6	57,1	12,0	13,9
Verarbeitendes Gewerbe	64,5	61,2	35,5	38,8	18,0	15,6
Baugewerbe	59,7	64,8	40,3	35,2	19,1	23,8
Handel	35,8	37,6	64,2	62,4	13,6	14,7
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	41,6	49,0	58,4	51,0	10,0	13,4
Dienstleistungsunternehmen ¹⁾	36,9	35,1	63,1	64,9	15,7	14,5
Staat	11,0	14,8	89,0	85,2	14,2	19,9
Alle Wirtschaftsbereiche ²⁾	24,0	25,2	76,0	74,2	15,2	16,2
darunter						
Unternehmen zusammen	25,7	26,3	74,3	73,7	15,2	15,7

1) Ohne Wohnungsvermietung. - 2) Einschließlich Organisationen ohne Erwerbscharakter.

Tabelle 5

Modernitätsgrad des Ausrüstungs- und Bauvermögens in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet

Wirtschaftsbereiche	Ausrüstungen				Bauten			
	1970		1981		1970		1981	
	Baden- Württemberg	Bundesgebiet	Baden- Württemberg	Bundesgebiet	Baden- Württemberg	Bundesgebiet	Baden- Württemberg	Bundesgebiet
	x							
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	56,6	55,2	52,3	51,3	56,0	56,9	54,5	55,0
Warenproduzierendes Gewerbe	57,0	56,7	53,5	52,2	69,0	69,8	63,9	62,6
Energie- und Wasserver- sorgung, Bergbau	57,6	54,5	54,3	53,8	78,2	78,2	75,5	74,0
Verarbeitendes Gewerbe	57,6	57,8	53,6	51,9	64,0	66,7	57,6	55,6
Baugewerbe	51,2	52,0	50,1	50,6	82,7	81,0	71,6	71,4
Handel	55,3	54,6	54,5	54,6	77,4	77,0	73,6	72,6
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	55,6	55,8	54,6	54,6	65,8	65,7	65,3	65,2
Dienstleistungsunternehmen ¹⁾	62,6	65,5	64,2	65,5	79,1	79,3	77,5	78,3
Wohnungsvermietung	-	-	-	-	75,2	74,4	74,2	73,1
Staat	59,6	59,2	58,6	58,1	74,1	72,2	74,4	72,9
Alle Wirtschaftsbereiche ²⁾	57,2	56,9	55,4	54,7	73,4	72,9	72,2	71,2
darunter								
Unternehmen zusammen	57,1	56,8	55,3	54,5	73,2	72,8	71,8	70,9

1) Ohne Wohnungsvermietung. - 2) Einschließlich Organisationen ohne Erwerbcharakter.

Quelle: Die Bundeswerte wurden nach Angaben des Statistischen Bundesamtes errechnet.

Bei den Daten dieser Untersuchung handelt es sich um Ergebnisse von Sonderauswertungen von UN-Statistiken und bundesdeutschen Statistiken für den Außenhandel. Für die warenauspezifischen Daten der ersten Abschnitte wurde zur Berechnung auf Methoden zurückgegriffen, die bereits im Statistisch-prognostischen Bericht 1981/82 (S. 97) genannt wurden. Anders als in der seinerzeitigen Untersuchung konnte jetzt einheitlich auf offiziell ausgewiesene Daten der Systematik SITC II auch für die Jahre vor 1979 zurückgegriffen werden.

Neuartig ist demgegenüber die Untersuchung der baden-württembergischen Wettbewerbsposition bei länderspezifischen Warenmärkten (Tabelle 3 und 4 sowie Anhangtabellen 7 bis 18), die zusätzlich einige besonders gravierende Datenprobleme aufweist. Bei einigen Warenarten weichen in den UN-Statistiken die Angaben des Importlandes von denjenigen des Exportlandes für die prinzipiell gleiche Außenhandelsbewegung in so beträchtlichem Umfang ab, daß eine befriedigende und sinnvolle Untersuchung nicht möglich ist. In einigen Fällen nehmen die Abweichungen zwischen den Exportangaben des Exportlandes und den Importangaben des Importlandes für dieselbe Transaktion einen so großen Betrag an, daß sie nicht mehr nur mit Bewertungsdifferenzen für Frachtkosten etc. oder mit konzeptionellen Unterschieden (Generalhandel, Spezialhandel) zu erklären sind. Wie die UN selbst ausführt, ist in solchen Fällen damit zu rechnen, daß das vom Exportland angegebene Importland nicht das tatsächliche Verbrauchsland ist, vielmehr dieses Land die importierte Ware selbst wieder exportiert.

Waren, bei denen diese Abweichungen besonders groß sind, sind in dieser Analyse nicht aufgenommen. Für die anderen Waren ergibt sich aus diesen Überlegungen, daß eine Bezugnahme auf die Importangaben der Importländer vorzuziehen ist, da hierin in der Regel das tatsächliche Verbrauchsland erfaßt wird und - zumindest bei gewerblichen Produkten - eine Zuweisung der Importe auf das tatsächliche Produktionsland möglich ist.

Dies bedeutet, daß die nachfolgende waren- und länderspezifische Untersuchung der Weltmarktsituation sich prinzipiell auf die Importmärkte (basierend auf Importdaten) bezieht. Dieses Prinzip muß jedoch in den beiden folgenden Punkten aus Datengründen aufgegeben werden.

- Während aus den genannten Gründen bei der länderspezifischen Betrachtung der Warenströme stets auf die Importdaten Bezug genommen wird, muß bei der Betrachtung des Welthandels mit den jeweiligen Waren auf die Exportdaten zurückgegriffen werden. Dies hängt damit zusammen, daß die warenauspezifischen Weltimporte in den UN-Statistiken nicht nach den Export- bzw. Herstellungsländern differenziert sind. Folglich werden in der jeweils ersten Spalte der Tabellen 3 und 4 sowie Anhangtabellen 7 bis 18 die Weltexporte ausgewiesen; in den Fußnoten ist aus Vergleichsgründen der betreffende Weltimport nachgewiesen. Die Differenzen zwischen Weltexport und Weltimport sind bei den hier aufgeführten Waren in der Regel gering.

- Für die Betrachtung Baden-Württembergs auf den Weltmärkten kann nur auf Exportdaten dieses Bundeslandes (in DM) zurückgegriffen werden. Dies steht im Gegensatz zur geschilderten Heranziehung von Importdaten auf den Märkten der einzelnen Länder, die überdies einheitlich in US-Dollar ausgewiesen sind.

Um dennoch Aussagen über die Bedeutung baden-württembergischer Exporte machen zu können, wurde folgendermaßen vorgegangen:

Für die Importe aus der Bundesrepublik Deutschland insgesamt wurden - wie für die Importe aus den anderen Staaten - die Importangaben der entsprechenden Importländer (in US-Dollar) betrachtet. Der betreffende Import aus Baden-Württemberg bzw. aus den anderen Bundesländern wurde sodann über den Anteil dieser beiden bundesdeutschen "Regionen" an den bundesdeutschen Exporten in die betrachteten Importländer bestimmt. Hierbei konnte wiederum warenauspezifisch (SITC II) vorgegangen werden, und zwar auf DM-Basis; letzteres ist relativ unproblematisch, da ja auch den UN-Statistiken die bundesdeutschen Zahlen in DM zugrunde liegen, die dann über Wechselkursparitäten in Dollar umgerechnet wurden, und da entsprechende bundesdeutsche Zahlen auf DM-Basis veröffentlicht sind. Durch die Kombination von Exportdaten der bundesdeutschen Regionen (bezüglich ihrer Exporte in Export-

länder) mit Importdaten der Importländer (bezüglich ihrer Importe aus der Bundesrepublik) handelt es sich bei den Daten Baden-Württembergs bzw. der anderen Bundesländer aber nicht mehr um offiziell ausgewiesene, sondern "berechnete" Zahlen. Da wie ausgeführt grundsätzlich nur solche Waren untersucht werden, bei denen für die prinzipiell gleiche Warentransaktion die Exportangaben der Bundesrepublik von den Importangaben des Importlandes nur geringfügig abweichen, dürfte dies eigentlich auch für Baden-Württemberg keine Probleme bereiten.

Schließlich ist darauf hinzuweisen, daß aus zwei Gründen nicht alle für Baden-Württemberg bedeutsamen Importmärkte untersucht werden konnten. Zum ersten sind in den UN-Statistiken die Daten nur für die zwanzig generell wichtigsten Importländer ausgewiesen, die nicht unbedingt auch für die baden-württembergischen Exporteure wichtig sein müssen; zum zweiten ergeben sich in einigen wenigen Einzelfällen so hohe Abweichungen zwischen der Export- und der Importbetrachtung, daß eine weitergehende Analyse nicht mehr ratsam erscheint.

Tabelle 6

Internationale Konkurrenzsituation Baden-Württembergs bei wichtigen Exportgütern

Jahr	Weltexport insgesamt Mill. US-Dollar	Darunter aus							
		Baden- Württemberg	anderen Bundesländern	Staaten außerhalb der Bundesrepublik, und zwar					
				Land	Z	Land	Z	Land	Z
Kolbenverbrennungsmotoren									
1979	13 445	6,0	14,6	USA	25,5	Japan	10,6	Großbritannien	10,5
1980	14 778	6,5	13,0	USA	25,2	Großbritannien	12,4	Japan	12,1
Rotierende elektrische Kraftmaschinen									
1979	5 814	5,3	12,7	USA	16,7	Japan	14,1	Großbritannien	10,2
1980	6 361	5,6	13,6	USA	18,7	Japan	14,4	Großbritannien	10,7
Landwirtschaftliche Maschinen und Geräte									
1979	4 868	2,7	15,0	USA	22,5	Kanada	11,1	Frankreich	7,3
1980	5 277	2,4	14,4	USA	24,6	Kanada	10,9	Frankreich	7,4
Ackerschlepper									
1979	5 766	8,1	6,3	USA	27,1	Großbritannien	15,7	Japan	13,4
1980	6 379	8,3	6,6	USA	28,7	Großbritannien	16,9	Japan	12,2
Maschinen und Geräte für die Textil- und Lederindustrie									
1979	8 488	7,6	21,3	Japan	13,3	Schweiz	13,2	Italien	9,0
1980	9 472	7,7	20,1	Schweiz	15,1	Japan	14,2	Italien	9,8
Maschinen für die Papier- und Papierhalbstoffherstellung									
1979	2 065	7,4	22,1	USA	11,1	Finnland	8,1	Schweiz	7,7
1980	2 563	6,4	20,3	USA	12,3	Großbritannien	8,9	Kanada	7,4
Druckerei- und Buchbindereimaschinen									
1979	2 973	16,2	23,5	USA	19,0	Großbritannien	11,0	Schweiz	7,6
1980	3 526	15,5	22,2	USA	19,5	Großbritannien	11,7	Schweiz	7,6
Maschinen und Geräte zur Verarbeitung von Lebens- und Futtermitteln									
1979	2 077	6,0	15,5	USA	12,8	Großbritannien	9,8	Italien	8,2
1980	2 087	6,0	14,8	USA	16,1	Großbritannien	10,7	Italien	9,6
Andere Maschinen und Geräte für besondere Zwecke									
1979	13 642	5,8	25,2	USA	13,4	Italien	10,4	Großbritannien	8,5
1980	14 853	5,7	20,0	USA	15,5	Italien	11,4	Großbritannien	9,4
Werkzeugmaschinen zur Bearbeitung von Metallen									
1979	9 769	11,2	18,8	Japan	13,8	USA	10,5	Schweiz	9,7
1980	11 206	11,6	17,7	Japan	14,0	USA	11,4	Schweiz	9,4
Flüssigkeitspumpen									
1979	4 596	6,7	17,8	USA	19,6	Frankreich	9,7	Großbritannien	9,5
1980	5 515	6,8	16,9	USA	18,9	Großbritannien	10,8	Frankreich	9,4
Andere nichtelektrische Maschinen und Geräte, Werkzeuge									
1979	5 924	10,3	19,5	USA	18,1	Italien	8,1	Großbritannien	7,1
1980	6 984	9,7	19,4	USA	18,6	Italien	8,8	Großbritannien	7,5
Teile und Zubehör für Maschinen und Geräte (nichtelektrisch)									
1979	13 299	4,9	21,1	Japan	12,0	USA	10,7	Frankreich	9,7
1980	15 866	4,9	20,8	Japan	11,6	USA	11,5	Großbritannien	9,6
Elektrische Geräte zum Schließen, Öffnen usw.									
1979	10 792	6,1	18,1	USA	13,6	Japan	11,8	Frankreich	11,4
1980	12 663	5,8	17,9	USA	14,1	Japan	12,9	Frankreich	11,6
Elektrische und nichtelektrische Haushaltsgeräte									
1979	7 490	5,3	15,5	Italien	17,8	Japan	9,7	USA	8,8
1980	8 242	5,4	15,7	Italien	12,8	Japan	12,6	USA	9,6

Darunter aus						Aufgeführte Länder zusammen	Jahr
Staaten außerhalb der Bundesrepublik, und zwar							
Land	%	Land	%	Land	%	%	
Kolbenverbrennungsmotoren							
Frankreich	8,3	Kanada	5,8	Italien	4,0	85,3	1979
Frankreich	8,3	Italien	4,8	Kanada	3,1	85,4	1980
Rotierende elektrische Kraftmaschinen							
Frankreich	9,0	Schweiz	5,0	Italien	4,4	77,4	1979
Frankreich	10,4	Italien	4,7	Schweiz	4,3	82,4	1980
Landwirtschaftliche Maschinen und Geräte							
Großbritannien	6,5	Italien	6,4	Belgien/Luxemburg	5,4	76,9	1979
Großbritannien	6,3	Italien	6,1	Belgien/Luxemburg	4,9	77,0	1980
Ackerschlepper							
Italien	10,4	Frankreich	4,1	Belgien/Luxemburg	3,8	88,9	1979
Italien	11,8	Frankreich	3,6	Belgien/Luxemburg	2,7	90,8	1980
Maschinen und Geräte für die Textil- und Lederindustrie							
USA	7,8	Großbritannien	7,3	Frankreich	5,4	84,9	1979
USA	7,7	Großbritannien	7,4	Frankreich	5,2	87,2	1980
Maschinen für die Papier- und Papierhalbstoffherstellung							
Großbritannien	6,8	Schweden	6,6	Italien	6,2	76,0	1979
Schweiz	7,2	Schweden	7,1	Italien	6,4	76,0	1980
Druckerei- und Buchbindereimaschinen							
Italien	5,1	Frankreich	4,1	Japan	3,8	90,3	1979
Japan	5,2	Italien	5,0	Frankreich	3,9	90,6	1980
Maschinen und Geräte zur Verarbeitung von Lebens- und Futtermitteln							
Niederlande	6,7	Frankreich	5,9	Schweiz	5,1	70,0	1979
Frankreich	8,8	Niederlande	8,0	Schweiz	5,9	79,9	1980
Andere Maschinen und Geräte für besondere Zwecke							
Frankreich	7,2	Japan	7,0	Schweiz	4,3	81,8	1979
Japan	7,9	Frankreich	7,2	Schweiz	4,4	81,5	1980
Werkzeugmaschinen zur Bearbeitung von Metallen							
Italien	8,1	Großbritannien	6,4	Frankreich	5,9	84,4	1979
Italien	8,7	Großbritannien	7,7	Frankreich	5,9	86,4	1980
Flüssigkeitspumpen							
Japan	7,8	Italien	6,4	Schweden	3,6	81,1	1979
Japan	8,0	Italien	7,1	Niederlande	3,6	81,2	1980
Andere nichtelektrische Maschinen und Geräte, Werkzeuge							
Schweden	7,0	Japan	5,8	Schweiz	5,1	81,0	1979
Schweden	7,5	Japan	6,1	Schweiz	4,9	82,5	1980
Teile und Zubehör für Maschinen und Geräte (nichtelektrisch)							
Italien	8,6	Großbritannien	8,4	Schweiz	3,0	78,4	1979
Frankreich	9,1	Italien	9,1	Niederlande	2,9	79,5	1980
Elektrische Geräte zum Schließen, Öffnen usw.							
Großbritannien	6,7	Schweiz	6,4	Italien	4,6	78,7	1979
Großbritannien	8,0	Schweiz	5,8	Italien	4,7	80,8	1980
Elektrische und nichtelektrische Haushaltsgeräte							
Frankreich	8,8	Großbritannien	4,6	Niederlande	4,6	75,1	1979
Frankreich	8,6	Großbritannien	5,2	Niederlande	4,4	74,3	1980

Internationale Konkurrenzsituation Baden-Württembergs bei wichtigen Exportgütern

Jahr	Weltexport insgesamt Mill. US-Dollar	Darunter aus							
		Baden- Württemberg	anderen Bundesländern	Staaten außerhalb der Bundesrepublik, und zwar					
				Land	%	Land	%	Land	%
Elektrische Maschinen, Apparate und Geräte									
1979	12 934	6,6	16,5	USA	15,2	Japan	13,3	Frankreich	8,4
1980	14 190	5,6	13,4	USA	16,4	Japan	16,0	Großbritannien	9,0
Personenkraftwagen einschließlich Kombi-Kraftwagen									
1979	55 039	6,5	19,3	Japan	21,7	Frankreich	13,0	USA	8,9
1980	58 881	6,6	18,2	Japan	27,4	Frankreich	11,5	Belgien/Luxemburg	7,8
Lastkraftwagen und Sonderkraftfahrzeuge									
1979	19 030	3,5	13,5	Japan	24,0	Kanada	13,6	USA	11,8
1980	21 779	3,3	14,4	Japan	29,5	Kanada	10,8	USA	9,8
Omnibusse, Sattelschlepper									
1979	2 970	13,8	16,1	USA	14,9	Japan	11,9	Niederlande	10,7
1980	3 616	11,6	18,2	Japan	15,7	USA	13,1	Niederlande	9,9
Kfz.-Teile und Zubehör									
1979	30 822	4,0	15,9	USA	24,0	Kanada	10,6	Frankreich	10,5
1980	32 835	4,4	15,8	USA	23,1	Frankreich	11,3	Großbritannien	11,0
Anhänger ohne mechanischen Antrieb									
1979	3 151	4,9	18,4	Japan	12,1	Frankreich	11,6	Großbritannien	7,9
1980	3 540	4,3	19,4	Japan	14,1	Frankreich	13,4	Großbritannien	6,9
Möbel									
1979	8 871	4,2	17,4	Italien	22,3	Belgien/Luxemburg	7,0	Frankreich	6,1
1980	9 997	4,1	16,4	Italien	21,8	Belgien/Luxemburg	7,3	Frankreich	6,5
Optische Instrumente und Geräte									
1979	923	15,1	16,0	Japan	22,6	USA	13,8	Niederlande	5,8
1980	1 184	11,3	14,4	Japan	20,9	USA	13,0	Schweiz	12,2
Medizinische Instrumente, Apparate und Geräte									
1979	2 484	8,6	11,9	USA	21,3	Japan	10,0	Großbritannien	9,8
1980	2 961	8,3	10,8	USA	21,0	Großbritannien	10,4	Japan	10,3
Zähler, Tachometer etc.									
1979	556	16,2	12,2	Schweiz	16,1	Japan	11,6	Großbritannien	9,8
1980	629	15,4	10,8	Schweiz	14,6	Großbritannien	11,2	Frankreich	10,3
Instrumente, Apparate und Geräte zum Messen, Prüfen etc.									
1979	12 252	5,0	12,6	USA	30,0	Großbritannien	10,8	Frankreich	8,5
1980	14 837	4,9	12,3	USA	30,6	Großbritannien	11,9	Frankreich	8,3
Optische Erzeugnisse									
1979	2 103	7,5	12,0	Japan	31,9	Frankreich	12,5	USA	6,9
1980	2 283	7,1	11,4	Japan	33,8	Frankreich	12,0	USA	7,2
Uhrmacherwaren									
1979	6 312	6,0	2,3	Schweiz	31,1	Japan	20,4	Hongkong	17,7
1980	7 515	5,2	2,0	Schweiz	28,2	Japan	23,1	Hongkong	22,4
Schmuckwaren, Gold- und Silberschmiedewaren									
1979	4 581	7,1	3,1	Italien	39,2	Schweiz	9,3	Frankreich	6,4
1980	5 149	7,2	3,6	Italien	30,0	Schweiz	10,0	Frankreich	7,5
Musikinstrumente									
1979	3 511	5,1	9,4	Japan	22,1	USA	20,0	Großbritannien	7,2
1980	4 113	4,0	8,5	Japan	26,1	USA	20,1	Großbritannien	7,2

Darunter aus						Aufgeführte Länder zusammen	Jahr
Staaten außerhalb der Bundesrepublik, und zwar							
Land	%	Land	%	Land	%	%	
Elektrische Maschinen, Apparate und Geräte							
Großbritannien	6,9	Niederlande	5,9	Italien	4,5	77,3	1979
Frankreich	8,6	Niederlande	5,4	Italien	4,7	79,1	1980
Personenkraftwagen einschließlich Kombi-Kraftwagen							
Belgien/Luxemburg	8,6	Kanada	6,7	Italien	5,0	89,7	1979
USA	7,2	Kanada	6,7	Italien	4,2	89,6	1980
Lastkraftwagen und Sonderkraftfahrzeuge							
Großbritannien	6,3	Frankreich	6,3	Schweden	5,8	84,8	1979
Frankreich	7,0	Großbritannien	6,0	Schweden	5,4	86,2	1980
Omnibusse, Sattelschlepper							
Italien	7,9	Frankreich	4,8	Belgien/Luxemburg	4,6	84,7	1979
Italien	7,4	Frankreich	6,1	Belgien/Luxemburg	4,2	86,2	1980
Kfz.-Teile und Zubehör							
Großbritannien	10,5	Japan	6,1	Italien	5,4	87,0	1979
Kanada	8,3	Japan	6,6	Italien	5,9	86,4	1980
Anhänger ohne mechanischen Antrieb							
USA	6,8	Italien	6,0	Südkorea	5,4	73,1	1979
USA	6,9	Südkorea	6,4	Italien	5,2	76,6	1980
Möbel							
Großbritannien	5,5	Schweden	4,8	USA	4,4	71,7	1979
Großbritannien	5,6	USA	5,3	Schweden	5,1	72,1	1980
Optische Instrumente und Geräte							
Großbritannien	5,4	Frankreich	3,8	Schweiz	3,2	85,7	1979
Niederlande	5,5	Großbritannien	5,4	Frankreich	3,5	86,2	1980
Medizinische Instrumente, Apparate und Geräte							
Frankreich	4,8	Schweiz	4,6	Irland	4,5	75,5	1979
Frankreich	5,8	Irland	4,6	Schweiz	4,2	75,4	1980
Zähler, Tachometer etc.							
Frankreich	9,3	USA	9,2	Italien	2,1	86,5	1979
Japan	10,2	USA	10,2	Jugoslawien	2,3	85,0	1980
Instrumente, Apparate und Geräte zum Messen, Prüfen etc.							
Japan	6,6	Schweiz	6,4	Niederlande	3,7	83,6	1979
Japan	6,0	Schweiz	6,0	Niederlande	3,5	83,5	1980
Optische Erzeugnisse							
Italien	6,7	Österreich	3,5	Hongkong	2,5	83,5	1979
Italien	7,0	Österreich	4,3	Großbritannien	2,8	85,6	1980
Uhrmacherwaren							
Frankreich	5,6	USA	2,5	Großbritannien	2,4	88,0	1979
Frankreich	4,9	Südkorea	2,5	USA	2,2	90,5	1980
Schmuckwaren, Gold- und Silberschmiedewaren							
Großbritannien	6,0	USA	5,2	Hongkong	4,7	81,0	1979
USA	7,1	Großbritannien	6,7	Hongkong	4,9	77,0	1980
Musikinstrumente							
Italien	7,1	Frankreich	6,4	Niederlande	5,6	82,9	1979
Frankreich	6,7	Italien	5,8	Niederlande	5,5	83,9	1980

Tabelle 7

Internationale Konkurrenzsituation Baden-Württembergs auf wichtigen Auslandsmärkten bei landwirtschaftlichen Maschinen 1980

Exportregion ¹⁾	Weltexport		Importland ²⁾											
			Frankreich		Österreich		Schweiz		Großbritannien		Niederlande		USA	
	Mill. US-\$	z ³⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾
Alle Exportländer	5 277,3	100	574,0	100	100,4	100	85,0	100	315,6	100	159,4	100	779,8	100
darunter aus														
Baden-Württemberg	125,5	2,4	34,3	6,0	14,5	14,4	13,7	16,1	10,2	3,2	9,9	6,2	7,6	1,0
anderen Bundesländern	763,4	14,5	144,8	25,2	42,5	42,3	23,3	27,4	65,2	20,7	57,5	36,1	27,8	3,6
USA	1 300,1	24,6	86,5	15,1	3,4	3,4	5,7	6,7	33,4	10,6	14,0	8,8	X	X
Kanada	573,3	10,9	3,9	0,7	0,3	0,3	0,1	0,1	11,7	3,7	1,0	0,6	614,7	78,8
Frankreich	391,0	7,4	X	X	7,7	7,7	10,9	12,8	36,9	11,7	9,5	6,0	18,0	2,3
Großbritannien	332,6	6,3	42,7	7,4	1,6	1,6	1,9	2,2	X	X	14,0	8,8	23,9	3,1
Italien	322,9	6,1	61,9	10,8	10,3	10,3	9,0	10,6	8,0	2,5	6,8	4,3	8,2	1,1
Belgien/Luxemburg	260,0	4,9	68,6	12,0	1,7	1,7	2,3	2,7	39,0	12,4	24,0	15,1	4,7	0,6
Niederlande	256,7	4,9	43,5	7,6	6,1	6,1	4,5	5,3	37,2	11,8	X	X	14,6	1,9
Dänemark	228,7	4,3	24,3	4,2	3,9	3,9	1,6	1,9	21,8	6,9	5,0	3,1	6,0	0,8
Schweden	174,6	3,3	16,3	2,8	2,6	2,6	2,8	3,3	11,2	3,5	5,8	3,6	5,6	0,7
Japan	141,6	2,7	11,9	2,1	0,2	0,2	1,0	1,2	6,0	1,9	1,2	0,8	9,9	1,3
Österreich	61,7	1,2	8,0	1,4	X	X	6,4	7,5	2,3	0,7	2,4	1,5	0,8	0,1
Norwegen	61,7	1,2	6,0	1,0	1,5	1,5	0,8	0,9	8,1	2,6	0,9	0,6	0,9	0,1
Australien	60,7	1,2	0,3	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	2,5	0,8	0,3	0,2	3,6	0,5
Spanien	46,7	0,9	6,8	1,2	0,0	0,0	0,1	1,2	0,7	0,2	3,1	1,9	5,2	0,7
Finnland	36,0	0,7	1,3	0,2	0,3	0,3	0,1	1,2	2,4	0,8	0,4	0,3	0,3	0,0
Schweiz	34,1	0,6	3,0	0,5	2,9	2,9	X	X	0,8	0,3	0,6	0,4	0,2	0,0

1) In Spalte 1 sind die Weltexporte der in der Vorspalte genannten Exportregionen aufgeführt, nichtdeutsche Exportländer sind nach dem Umfang ihrer Weltexporte geordnet. Bei Vergleichen mit den Werten der Spalten 3 ff. ist zu beachten, daß die Summe der Weltimporte (5 203,3 Mill. US-\$) von den Weltexporten (5 277,3 Mill. US-\$) geringfügig abweicht. - 2) In den Spalten 3 ff. sind die Importe der in der Kopfzeile genannten Importländer aufgeführt; sie sind nach dem Umfang ihrer Importe aus Baden-Württemberg geordnet. - 3) Anteil der Exporte der in der Vorspalte aufgeführten Exportregionen am Weltexport. - 4) Anteil der Importe aus den in der Vorspalte aufgeführten Exportregionen am Import des in der Kopfzeile genannten Importlandes.

Tabelle 8

Internationale Konkurrenzsituation Baden-Württembergs auf wichtigen Auslandsmärkten bei Maschinen für die Textil- und Lederindustrie 1980

Exportregion ¹⁾	Weltexport		Importland ²⁾											
			Italien		Frankreich		USA		Großbritannien		Schweiz		Jugoslawien	
	Mill. US-\$	z ³⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾
Alle Exportländer	9 471,8	100	571,0	100	496,7	100	936,2	100	410,9	100	233,9	100	181,9	100
darunter aus														
Baden-Württemberg	733,0	7,7	91,9	16,1	65,0	13,1	58,7	6,3	38,3	9,3	29,9	12,8	25,2	13,9
anderen Bundesländern	1 903,7	20,1	168,0	29,4	125,0	25,2	203,5	21,7	80,0	19,5	79,2	33,9	58,5	32,2
Schweiz	1 428,3	15,1	113,2	19,8	63,6	12,8	213,8	22,8	33,0	8,0	X	X	23,5	12,9
Japan	1 344,3	14,2	22,6	4,0	28,4	5,7	139,3	14,9	40,5	9,9	4,0	1,7	4,3	2,4
Italien	932,3	9,8	X	X	78,9	15,9	68,1	7,3	71,2	17,3	24,5	10,5	23,9	13,1
USA	726,8	7,7	21,5	3,8	27,6	5,6	X	X	51,3	12,5	3,2	1,4	8,7	4,8
Großbritannien	697,7	7,4	42,8	7,5	43,5	8,8	53,3	5,7	X	X	8,7	3,7	3,2	1,8
Frankreich	488,7	5,2	49,9	8,7	X	X	34,9	3,7	28,9	7,0	59,2	25,3	6,7	3,7
Belgien/Luxemburg	303,9	3,2	10,2	1,8	23,9	4,8	22,2	2,4	14,1	3,4	2,0	0,9	4,2	2,3
Niederlande	153,8	1,6	7,2	1,3	6,8	1,4	9,5	1,0	12,7	3,1	14,5	6,2	1,8	1,0
Schweden	132,1	1,4	2,2	0,4	5,1	1,0	29,5	3,2	9,9	2,4	4,0	1,7	0,6	0,3
Spanien	124,1	1,3	11,9	2,1	7,3	1,5	5,2	0,6	4,1	1,0	0,3	0,1	0,2	0,1
Hongkong	113,4	1,2	0,4	0,1	0,1	0,0	1,3	0,1	0,7	0,2	0,0	0,0	.	.
Österreich	69,0	0,7	5,1	0,9	1,8	0,4	4,5	0,5	4,1	1,0	6,9	2,9	4,8	2,6
Kanada	62,9	0,7	1,2	0,2	0,8	0,2	21,3	2,3	2,2	0,5	0,4	0,2	.	.
Dänemark	45,7	0,5	2,3	0,4	2,1	0,4	1,2	0,1	2,9	0,7	1,1	0,5	0,6	0,3
Jugoslawien	41,3	0,4	2,2	0,4	0,0	0,0	0,2	0,0	0,4	0,1	0,0	0,0	X	X
Südkorea	32,0	0,3	0,2	0,0	2,0	0,4	3,1	0,3	2,1	0,5	0,0	0,0	.	.

1) In Spalte 1 sind die Weltexporte der in der Vorspalte genannten Exportregionen aufgeführt, nichtdeutsche Exportländer sind nach dem Umfang ihrer Weltexporte geordnet. Bei Vergleichen mit den Werten der Spalten 3 ff. ist zu beachten, daß die Summe der Weltimporte (8 605,9 Mill. US-\$) von den Weltexporten (9 471,8 Mill. US-\$) geringfügig abweicht. - 2) In den Spalten 3 ff. sind die Importe der in der Kopfzeile genannten Importländer aufgeführt; sie sind nach dem Umfang ihrer Importe aus Baden-Württemberg geordnet. Aus Gründen fehlender Daten konnten Österreich, Japan und die Sowjetunion nicht untersucht werden, die baden-württembergischen Exporte in diese Länder betragen 25,4 Mill. US-\$, 23,2 Mill. US-\$ bzw. 21,8 Mill. US-\$. - 3) Anteil der Exporte der in der Vorspalte aufgeführten Exportregionen am Weltexport. - 4) Anteil der Importe aus den in der Vorspalte aufgeführten Exportregionen am Import des in der Kopfzeile genannten Importlandes.

Tabelle 9

Internationale Konkurrenzsituation Baden-Württembergs auf wichtigen Auslandsmärkten bei nichtelektrischen Teilen und Zubehör für Maschinen 1980

Exportregion ¹⁾	Weltexport		Importland ²⁾											
			Frankreich		Italien		Schweiz		Österreich		Niederlande		Großbritannien	
	Mill. US-\$	z ³⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾
Alle Exportländer	15 866,3	100	1 388,6	100	881,0	100	423,8	100	395,4	100	743,4	100	1 006,2	100
darunter aus														
Baden-Württemberg	776,2	4,9	138,6	10,0	78,5	8,9	68,0	16,0	63,7	16,1	50,1	6,7	44,1	4,4
anderen Bundesländern	3 298,2	20,8	398,4	28,7	334,4	38,0	170,2	40,2	203,4	51,4	269,8	36,3	191,2	19,0
Japan	1 834,8	11,6	43,3	3,1	14,7	1,7	9,5	2,2	3,4	0,9	18,0	2,4	51,1	5,1
USA	1 822,3	11,5	180,7	13,0	75,5	8,6	25,1	5,9	13,7	3,5	76,4	10,3	246,0	24,4
Großbritannien	1 518,3	9,6	136,1	9,8	87,2	9,9	18,9	4,5	16,6	4,2	102,6	13,8	X	X
Frankreich	1 450,3	9,1	X	X	123,0	14,0	32,9	7,8	12,1	3,1	43,0	5,8	92,9	9,2
Italien	1 441,4	9,1	207,3	14,9	X	X	38,7	9,1	23,6	6,0	47,4	6,4	115,5	11,5
Niederlande	463,6	2,9	21,8	1,6	19,0	2,2	9,7	2,3	3,9	1,0	X	X	53,9	5,4
Schweden	449,7	2,8	34,3	2,5	34,6	3,9	11,0	2,6	9,9	2,5	20,6	2,8	30,9	3,1
Schweiz	447,7	2,8	56,4	4,1	32,0	3,6	X	X	26,6	6,7	22,1	3,0	21,0	2,1
Österreich	365,8	2,3	12,4	0,9	10,2	1,2	20,2	4,8	X	X	7,1	1,0	7,3	0,7
Belgien/Luxemburg	342,9	2,2	48,3	3,5	18,9	2,1	4,8	1,1	2,7	0,7	38,8	5,2	42,7	4,2
Dänemark	339,0	2,1	23,1	1,7	14,2	1,6	7,1	1,7	2,5	0,6	17,0	2,3	24,5	2,4
Kanada	230,5	1,5	8,1	0,6	1,4	0,2	0,4	0,1	0,3	0,1	3,7	0,5	14,9	1,5
Spanien	210,4	1,3	28,5	2,1	10,5	1,2	1,9	0,4	0,8	0,2	8,2	1,1	14,7	1,5
Jugoslawien	205,7	1,3	1,0	0,1	5,1	0,6	0,1	0,0	3,4	0,9	0,9	0,1	0,7	0,1
Singapur	178,4	1,1	0,5	0,0	0,1	0,0	0,3	0,1	0,2	0,1	0,5	0,1	3,4	0,3
Finnland	102,8	0,6	3,1	0,2	1,2	0,1	0,9	0,2	1,8	0,5	1,9	0,3	5,0	0,5

1) In Spalte 1 sind die Weltexporte der in der Vorspalte genannten Exportregionen aufgeführt, nichtdeutsche Exportländer sind nach dem Umfang ihrer Weltexporte geordnet. Bei Vergleichen mit den Werten der Spalten 3 ff. ist zu beachten, daß die Summe der Weltimporte (16 869,1 Mill. US-\$) von den Weltexporten (15 866,3 Mill. US-\$) geringfügig abweicht. - 2) In den Spalten 3 ff. sind die Importe der in der Kopfzeile genannten Importländer aufgeführt; sie sind nach dem Umfang ihrer Importe aus Baden-Württemberg geordnet. - 3) Anteil der Exporte der in der Vorspalte aufgeführten Exportregionen am Weltexport. - 4) Anteil der Importe aus den in der Vorspalte aufgeführten Exportregionen am Import des in der Kopfzeile genannten Importlandes.

Tabelle 10

Internationale Konkurrenzsituation Baden-Württembergs auf wichtigen Auslandsmärkten bei elektrischen Geräten zum Schließen, Öffnen, Schützen oder Verbinden von elektrischen Stromkreisen 1980

Exportregion ¹⁾	Weltexport		Importland ²⁾											
			Frankreich		Schweiz		Italien		Großbritannien		Österreich		Niederlande	
	Mill. US-\$	z ³⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾
Alle Exportländer	12 663,4	100	822,4	100	332,4	100	597,3	100	707,3	100	306,0	100	560,3	100
darunter aus														
Baden-Württemberg	732,6	5,8	128,3	15,6	70,0	21,1	60,2	10,1	55,7	7,9	48,5	15,8	44,2	7,9
anderen Bundesländern	2 264,9	17,9	163,5	19,9	112,8	33,9	179,2	30,0	96,2	13,6	166,9	54,5	198,2	35,4
USA	1 780,1	14,1	159,8	19,4	32,9	9,9	65,9	11,0	205,4	29,0	8,0	2,6	61,9	11,0
Japan	1 629,4	12,9	24,8	3,0	9,2	2,8	25,1	4,2	34,7	4,9	7,6	2,5	6,6	1,2
Frankreich	1 473,6	11,6	X	X	29,3	8,8	123,1	20,6	88,6	12,5	9,7	3,2	41,6	7,4
Großbritannien	1 018,5	8,0	65,4	8,0	14,6	4,4	31,0	5,2	X	X	6,4	2,1	40,7	7,3
Schweiz	728,2	5,8	42,2	5,1	X	X	27,6	4,6	36,6	5,2	28,4	9,3	36,8	6,6
Italien	593,5	4,7	62,8	7,6	15,3	4,6	X	X	24,1	3,4	4,7	1,5	10,9	1,9
Niederlande	408,6	3,2	26,8	3,3	17,8	5,4	24,9	4,2	36,4	5,1	7,7	2,5	X	X
Belgien/Luxemburg	327,3	2,6	57,4	7,0	6,1	1,8	14,2	2,4	16,1	2,3	6,1	2,0	85,1	15,2
Schweden	254,2	2,0	5,9	0,7	2,6	0,8	5,2	0,9	13,3	1,9	2,1	0,7	11,1	2,0
Österreich	223,9	1,8	6,9	0,8	9,5	2,9	7,1	1,2	6,7	0,9	X	X	3,0	0,5
Singapur	187,8	1,5	1,9	0,2	0,2	0,1	0,5	0,1	3,2	0,5	0,1	0,0	0,9	0,2
Jugoslawien	117,5	0,9	1,3	0,2	0,7	0,2	3,7	0,6	1,2	0,2	1,1	0,4	0,2	0,0
Kanada	116,4	0,9	1,5	0,2	0,4	0,1	0,8	0,1	7,8	1,1	0,1	0,0	0,6	0,1
Spanien	102,2	0,8	17,5	2,1	2,4	0,7	7,1	1,2	7,1	1,0	0,5	0,2	1,4	0,2
Dänemark	95,2	0,8	1,3	0,2	2,9	0,9	2,2	0,4	12,0	1,7	1,6	0,5	3,9	0,7
Finnland	74,3	0,6	2,3	0,3	0,9	0,3	1,3	0,2	2,5	0,4	1,0	0,3	0,5	0,1

1) In Spalte 1 sind die Weltexporte der in der Vorspalte genannten Exportregionen aufgeführt, nichtdeutsche Exportländer sind nach dem Umfang ihrer Weltexporte geordnet. Bei Vergleichen mit den Werten der Spalten 3 ff. ist zu beachten, daß die Summe der Weltimporte (12 588,8 Mill. US-\$) von den Weltexporten (12 663,4 Mill. US-\$) geringfügig abweicht. - 2) In den Spalten 3 ff. sind die Importe der in der Kopfzeile genannten Importländer aufgeführt; sie sind nach dem Umfang ihrer Importe aus Baden-Württemberg geordnet. - 3) Anteil der Exporte der in der Vorspalte aufgeführten Exportregionen am Weltexport. - 4) Anteil der Importe aus den in der Vorspalte aufgeführten Exportregionen am Import des in der Kopfzeile genannten Importlandes.

Tabelle 11

Internationale Konkurrenzsituation Baden-Württembergs auf wichtigen Auslandsmärkten bei elektrischen und nichtelektrischen Haushaltsgeräten (a.n.g.) 1980

Exportregion ¹⁾	Weltexport		Importland ²⁾											
			Frankreich		Niederlande		Österreich		Belgien/Luxemburg		Großbritannien		Schweiz	
	Mill. US-\$	z ³⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾
Alle Exportländer	8 242,1	100	915,9	100	499,0	100	267,5	100	455,7	100	716,1	100	228,7	100
darunter aus														
Baden-Württemberg	445,5	5,4	72,1	7,9	58,6	11,7	37,7	14,1	37,0	8,1	35,0	4,9	34,8	15,2
anderen Bundesländern	1 290,1	15,7	186,7	20,4	151,9	30,4	108,2	40,4	126,4	27,7	69,9	9,8	73,9	32,3
Italien	1 058,5	12,8	237,6	25,9	97,7	19,6	42,9	16,0	61,1	13,4	230,5	32,2	29,3	12,8
Japan	1 037,1	12,6	5,5	0,6	2,6	0,5	3,2	1,2	1,5	0,3	25,1	3,5	1,7	0,7
USA	794,9	9,6	20,8	2,3	6,7	1,3	1,7	0,6	7,6	1,7	42,8	6,0	2,9	1,3
Frankreich	705,1	8,6	X	X	44,2	8,9	12,4	4,6	81,1	17,8	77,5	10,8	19,0	8,3
Großbritannien	425,6	5,2	35,9	3,9	20,2	4,0	5,6	2,1	11,3	2,5	X	X	6,5	2,8
Hongkong	422,9	5,1	6,8	0,7	3,3	0,7	0,4	0,1	0,8	0,2	25,5	3,6	0,8	0,3
Niederlande	365,9	4,4	49,3	5,4	X	X	7,4	2,8	42,7	9,4	18,5	2,6	5,7	2,5
Schweden	284,0	3,4	44,6	4,9	10,2	2,0	2,6	1,0	4,5	1,0	25,7	3,6	16,9	7,4
Dänemark	201,4	2,4	11,6	1,3	9,8	2,0	2,5	0,9	8,3	1,8	35,7	5,0	4,3	1,9
Spanien	174,3	2,1	43,1	4,7	11,3	2,3	0,5	0,2	5,5	1,2	8,8	1,2	0,3	0,1
Österreich	164,5	2,0	15,9	1,7	21,3	4,3	X	X	6,2	1,4	7,8	1,1	17,5	7,7
Jugoslawien	147,3	1,8	16,7	1,8	2,6	0,5	6,7	2,5	3,1	0,7	1,6	0,2	0,9	0,4
Singapur	113,6	1,4	2,1	0,2	3,1	0,6	0,2	0,1	0,2	0,0	2,4	0,3	0,1	0,0
Schweiz	107,0	1,3	15,0	1,6	4,0	0,8	9,2	3,4	4,3	0,9	8,1	1,1	X	X
Belgien/Luxemburg	99,4	1,2	20,7	2,3	13,5	2,7	1,9	0,7	X	X	6,3	0,9	2,0	0,9
Norwegen	78,8	1,0	6,4	0,7	0,2	0,0	1,1	0,4	0,3	0,1	1,3	0,2	1,4	0,6

1) In Spalte 1 sind die Weltexporte der in der Vorspalte genannten Exportregionen aufgeführt, nichtdeutsche Exportländer sind nach dem Umfang ihrer Weltexporte geordnet. Bei Vergleichen mit den Werten der Spalten 3 ff. ist zu beachten, daß die Summe der Weltimporte (8 844,5 Mill. US-\$) von den Weltexporten (8 242,1 Mill. US-\$) geringfügig abweicht. - 2) In den Spalten 3 ff. sind die Importe der in der Kopfzeile genannten Importländer aufgeführt; sie sind nach dem Umfang ihrer Importe aus Baden-Württemberg geordnet. - 3) Anteil der Exporte der in der Vorspalte aufgeführten Exportregionen am Weltexport. - 4) Anteil der Importe aus den in der Vorspalte aufgeführten Exportregionen am Import des in der Kopfzeile genannten Importlandes.

Tabelle 12

Internationale Konkurrenzsituation Baden-Württembergs auf wichtigen Auslandsmärkten bei elektrischen Maschinen, Apparaten und Geräten (a.n.g.) 1980

Exportregion ¹⁾	Weltexport		Importland ²⁾											
			Frankreich		Italien		Schweiz		USA		Schweden		Niederlande	
	Mill. US-\$	z ³⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾
Alle Exportländer	14 190,1	100	1 126,3	100	782,2	100	379,9	100	1 515,5	100	461,8	100	799,2	100
darunter aus														
Baden-Württemberg	786,1	5,5	138,6	12,3	91,1	11,6	61,0	16,1	56,1	3,7	52,8	11,4	49,9	6,2
anderen Bundesländern	1 904,2	13,4	200,4	17,8	193,2	24,7	105,6	27,8	104,9	6,9	114,1	24,7	162,9	20,4
USA	2 326,5	16,4	153,5	13,6	69,1	8,8	35,0	9,2	X	X	44,4	9,6	69,3	8,7
Japan	2 263,8	16,0	65,4	5,8	50,6	6,5	30,6	8,1	478,4	31,6	20,0	4,3	29,8	3,7
Großbritannien	1 279,6	9,0	98,4	8,7	62,1	7,9	21,9	5,8	74,8	4,9	45,4	9,8	70,6	8,8
Frankreich	1 214,6	8,6	X	X	90,8	11,6	34,2	9,0	29,5	1,9	47,2	10,2	61,2	7,7
Niederlande	761,2	5,4	35,6	3,2	54,0	6,9	17,4	4,6	8,4	0,6	16,3	3,5	X	X
Italien	667,5	4,7	102,0	9,1	X	X	22,0	5,8	18,1	1,2	11,4	2,5	43,3	5,4
Schweiz	589,3	4,2	54,8	4,9	27,9	3,6	X	X	27,2	1,8	16,3	3,5	23,8	3,0
Belgien/Luxemburg	514,1	3,6	134,5	11,9	47,8	6,1	7,5	2,0	9,6	0,6	15,1	3,3	208,0	26,0
Schweden	235,8	1,7	8,4	0,7	5,5	0,7	7,0	1,8	8,3	0,5	X	X	11,0	1,4
Österreich	228,5	1,6	7,2	0,6	9,5	1,2	21,4	5,6	2,2	0,1	14,1	3,1	22,7	2,8
Spanien	220,8	1,6	42,7	3,8	21,4	2,7	1,6	0,4	3,6	0,2	1,9	0,4	6,5	0,8
Singapur	190,3	1,3	1,9	0,2	2,6	0,3	1,8	0,5	22,1	1,5	0,7	0,2	0,3	0,0
Südkorea	145,2	1,0	3,3	0,3	5,1	0,7	0,3	0,1	42,1	2,8	0,3	0,1	6,1	0,8
Hongkong	141,5	1,0	3,2	0,3	4,0	0,5	1,3	0,3	66,1	4,4	1,0	0,2	2,8	0,4
Jugoslawien	128,1	0,9	14,8	1,3	3,1	0,4	2,2	0,6	1,6	0,1	0,3	0,1	1,0	0,1
Kanada	105,7	0,7	4,8	0,4	1,3	0,2	0,5	0,1	133,4	8,8	3,2	0,7	1,8	0,2

1) In Spalte 1 sind die Weltexporte der in der Vorspalte genannten Exportregionen aufgeführt, nichtdeutsche Exportländer sind nach dem Umfang ihrer Weltexporte geordnet. Bei Vergleichen mit den Werten der Spalten 3 ff. ist zu beachten, daß die Summe der Weltimporte (14 403,0 Mill. US-\$) von den Weltexporten (14 190,1 Mill. US-\$) geringfügig abweicht. - 2) In den Spalten 3 ff. sind die Importe der in der Kopfzeile genannten Importländer aufgeführt; sie sind nach dem Umfang ihrer Importe aus Baden-Württemberg geordnet. - 3) Anteil der Exporte der in der Vorspalte aufgeführten Exportregionen am Weltexport. - 4) Anteil der Importe aus den in der Vorspalte aufgeführten Exportregionen am Import des in der Kopfzeile genannten Importlandes.

Tabelle 13

Internationale Konkurrenzsituation Baden-Württembergs auf wichtigen Auslandsmärkten bei Kraftfahrzeugen 1980

Exportregion ¹⁾	Weltexport		Importland ²⁾									
			USA		Italien		Frankreich		Großbritannien		Schweiz	
	Mill. US-\$	z ³⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾
Alle Exportländer	84 276,6	100	20 352,3	100	5 800,5	100	4 733,3	100	5 760,9	100	2 030,6	100
darunter aus												
Baden-Württemberg	5 027,2	6,0	1 738,5	8,5	436,6	7,5	399,5	8,4	267,1	4,6	186,8	9,2
anderen Bundesländern	14 488,0	17,2	1 802,3	8,9	1 554,9	26,8	1 406,2	29,7	1 578,3	27,4	671,3	33,1
Japan	23 115,3	27,4	9 898,8	48,6	19,1	0,3	258,6	5,5	810,9	14,1	306,0	15,1
Frankreich	8 499,3	10,1	272,3	1,3	2 134,0	36,8	X	X	941,9	16,3	286,1	14,1
USA	6 862,2	8,1	X	X	19,6	0,3	38,3	0,8	28,3	0,5	62,3	3,1
Kanada	6 417,2	7,6	5 471,4	26,9	0,6	0,0	1,7	0,0	3,1	0,1	1,6	0,1
Belgien/Luxemburg	5 484,0	6,5	0,5	0,0	458,5	7,9	514,4	10,9	491,7	8,5	170,6	8,4
Italien	3 541,0	4,2	347,5	1,7	X	X	692,1	14,6	411,6	7,1	202,1	10,0
Großbritannien	3 333,5	4,0	312,0	1,5	158,5	2,7	160,3	3,4	X	X	46,1	2,3
Schweden	2 422,8	2,9	485,4	2,4	64,8	1,1	176,1	3,7	445,8	7,7	53,1	2,6
Spanien	1 751,5	2,1	0,0	0,0	435,3	7,5	770,0	16,3	322,7	5,6	6,8	0,3
Niederlande	1 123,1	1,3	0,7	0,0	191,9	3,3	184,2	3,9	201,3	3,5	15,4	0,8
Österreich	447,9	0,5	.	.	18,3	0,3	6,0	0,1	3,6	0,1	13,7	0,7

1) In Spalte 1 sind die Weltexporte der in der Vorspalte genannten Exportregionen aufgeführt, nichtdeutsche Exportländer sind nach dem Umfang ihrer Weltexporte geordnet. Bei Vergleichen mit den Werten der Spalten 3 ff. ist zu beachten, daß die Summe der Weltimporte (81 762,2 Mill. US-\$) von den Weltexporten (84 276,6 Mill. US-\$) geringfügig abweicht. - 2) In den Spalten 3 ff. sind die Importe der in der Kopfzeile genannten Importländer aufgeführt; sie sind nach dem Umfang ihrer Importe aus Baden-Württemberg geordnet. - 3) Anteil der Exporte der in der Vorspalte aufgeführten Exportregionen am Weltexport. - 4) Anteil der Importe aus den in der Vorspalte aufgeführten Exportregionen am Import des in der Kopfzeile genannten Importlandes.

Tabelle 14

Internationale Konkurrenzsituation Baden-Württembergs auf wichtigen Auslandsmärkten bei Teilen und Zubehör für Kraftfahrzeuge 1980

Exportregion ¹⁾	Weltexport		Importland ²⁾											
			Belgien/Luxemburg		Frankreich		Italien		USA		Österreich		Niederlande	
	Mill. US-\$	z ³⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾
Alle Exportländer	32 835,1	100	3 556,4	100	1 902,6	100	1 010,8	100	5 510,3	100	342,4	100	945,7	100
darunter aus														
Baden-Württemberg	1 440,1	4,4	218,8	6,2	180,9	9,5	146,5	14,5	79,2	1,4	66,8	19,5	62,2	6,6
anderen Bundesländern	5 202,5	15,8	1 811,2	50,9	573,0	30,1	308,5	30,5	451,8	8,2	181,2	52,9	186,2	19,7
USA	7 596,7	23,1	75,7	2,1	109,1	5,7	20,8	2,1	X	X	4,3	1,3	13,8	1,5
Frankreich	3 719,5	11,3	659,2	18,5	X	X	320,9	31,7	251,7	4,6	22,0	6,4	79,8	8,4
Großbritannien	3 597,0	11,0	315,3	8,9	186,8	9,8	110,7	11,0	211,1	3,8	12,2	3,6	92,2	9,7
Kanada	2 715,4	8,3	1,5	0,0	1,9	0,1	0,2	0,0	2 083,2	37,8	0,4	0,1	0,8	0,1
Japan	2 168,4	6,6	10,0	0,3	18,5	1,0	0,5	0,0	1 743,2	31,6	6,5	1,9	12,2	1,3
Italien	1 942,3	5,9	47,3	1,3	347,5	18,3	X	X	146,1	2,7	17,7	5,2	28,5	3,0
Schweden	1 062,8	3,2	232,7	6,5	19,6	1,0	16,1	1,6	29,4	0,5	6,3	1,8	150,7	15,9
Belgien/Luxemburg	837,6	2,6	X	X	103,8	5,5	17,2	1,7	73,9	1,3	2,9	0,8	295,0	31,2
Spanien	417,6	1,3	15,8	0,4	178,1	9,4	26,1	2,6	40,8	0,7	0,6	0,2	1,9	0,2
Mexiko	372,9	1,1	.	.	7,0	0,4	.	.	184,1	3,3	0,1	0,0	0,0	0,0
Niederlande	344,5	1,0	123,8	3,5	44,3	2,3	6,8	0,7	7,4	0,1	2,9	0,8	X	X
Brasilien	262,7	0,8	0,1	0,0	11,1	0,6	4,3	0,4	115,2	2,1	0,1	0,0	5,7	0,6
Jugoslawien	238,1	0,7	3,6	0,1	26,6	1,4	15,0	1,5	2,3	0,0	0,9	0,3	0,0	0,0
Österreich	141,1	0,4	1,0	0,0	6,9	0,4	1,4	0,1	0,7	0,0	X	X	1,4	0,1
Schweiz	109,3	0,3	4,7	0,1	5,0	0,3	6,4	0,6	1,0	0,0	7,5	2,2	0,8	0,1

1) In Spalte 1 sind die Weltexporte der in der Vorspalte genannten Exportregionen aufgeführt, nichtdeutsche Exportländer sind nach dem Umfang ihrer Weltexporte geordnet. Bei Vergleichen mit den Werten der Spalten 3 ff. ist zu beachten, daß die Summe der Weltimporte (34 463,9 Mill. US-\$) von den Weltexporten (32 835,1 Mill. US-\$) geringfügig abweicht. - 2) In den Spalten 3 ff. sind die Importe der in der Kopfzeile genannten Importländer aufgeführt; sie sind nach dem Umfang ihrer Importe aus Baden-Württemberg geordnet. Aus Gründen fehlender Daten konnte Südafrika nicht untersucht werden, die baden-württembergischen Exporte in dieses Land betragen 91,9 Mill. US-\$. - 3) Anteil der Exporte der in der Vorspalte aufgeführten Exportregionen am Weltexport. - 4) Anteil der Importe aus den in der Vorspalte aufgeführten Exportregionen am Import des in der Kopfzeile genannten Importlandes.

Tabelle 15

Internationale Konkurrenzsituation Baden-Württembergs auf wichtigen Auslandsmärkten bei Möbeln 1980

Exportregion ¹⁾	Weltexport		Importland ²⁾							
			Niederlande		Schweiz		Frankreich		Österreich	
	Mill. US-\$	z ³⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾
Alle Exportländer	9 996,6	100	1 026,0	100	532,9	100	1 308,8	100	362,5	100
darunter aus										
Baden-Württemberg	408,1	4,1	76,8	7,5	66,2	12,4	56,6	4,3	51,6	14,2
anderen Bundesländern	1 639,6	16,4	440,1	42,9	144,5	27,1	171,6	13,1	176,6	48,7
Italien	2 179,6	21,8	108,0	10,5	135,3	25,4	524,0	40,0	61,6	17,0
Belgien/Luxemburg	725,4	7,3	190,2	18,5	7,9	1,5	225,4	17,2	4,2	1,2
Frankreich	650,2	6,5	26,5	2,6	53,4	10,0	X	X	6,2	1,7
Großbritannien	556,3	5,6	31,9	3,1	14,2	2,7	37,6	2,9	4,2	1,2
USA	527,5	5,3	6,0	0,6	2,9	0,5	13,3	1,0	0,8	0,2
Schweden	510,1	5,1	20,0	1,9	26,1	4,9	13,2	1,0	11,3	3,1
Dänemark	437,3	4,4	24,6	2,4	12,3	2,3	9,8	0,7	5,7	1,6
Niederlande	346,7	3,5	X	X	7,4	1,4	20,6	1,6	3,2	0,9
Jugoslawien	327,5	3,3	7,5	0,7	6,0	1,1	14,0	1,1	3,2	0,9
Kanada	191,0	1,9	0,2	0,0	0,7	0,1	1,6	0,1	0,1	0,0
Finnland	174,0	1,7	6,5	0,6	3,7	0,7	3,4	0,3	2,3	0,6
Österreich	165,4	1,7	3,1	0,3	30,8	5,8	1,9	0,1	X	X
Spanien	164,0	1,6	3,3	0,3	5,9	1,1	66,1	5,1	0,8	0,2
Japan	153,7	1,5	3,8	0,4	0,4	0,1	1,5	0,1	0,3	0,1
Schweiz	136,0	1,4	5,2	0,5	X	X	9,6	0,7	11,8	3,3
Hongkong	103,8	1,0	1,0	0,1	0,3	0,1	1,9	0,1	0,1	0,0

1) In Spalte 1 sind die Weltexporte der in der Vorspalte genannten Exportregionen aufgeführt, nichtdeutsche Exportländer sind nach dem Umfang ihrer Weltexporte geordnet. Bei Vergleichen mit den Werten der Spalten 3 ff. ist zu beachten, daß die Summe der Weltimporte (11 020,2 Mill. US-\$) von den Weltexporten (9 996,6 Mill. US-\$) geringfügig abweicht. - 2) In den Spalten 3 ff. sind die Importe der in der Kopfzeile genannten Importländer aufgeführt; sie sind nach dem Umfang ihrer Importe aus Baden-Württemberg geordnet. - 3) Anteil der Exporte der in der Vorspalte aufgeführten Exportregionen am Weltexport. - 4) Anteil der Importe aus den in der Vorspalte aufgeführten Exportregionen am Import des in der Kopfzeile genannten Importlandes.

Tabelle 16

Internationale Konkurrenzsituation Baden-Württembergs auf wichtigen Auslandsmärkten bei medizinischen Instrumenten, Apparaten und Geräten (a.n.g.) 1980

Exportregion ¹⁾	Weltexport		Importland ²⁾											
			USA		Italien		Frankreich		Schweiz		Japan		Niederlande	
	Mill. US-\$	z ³⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾
Alle Exportländer	2 960,5	100	257,4	100	183,3	100	265,4	100	75,4	100	153,3	100	110,8	100
darunter aus														
Baden-Württemberg	245,4	8,3	55,0	21,4	22,1	12,1	21,4	8,1	12,3	16,3	11,7	7,6	10,7	9,7
anderen Bundesländern	320,2	10,8	38,9	15,1	26,6	14,5	30,7	11,6	16,6	22,0	12,8	8,3	22,5	20,3
USA	620,6	21,0	X	X	29,8	16,3	62,5	23,5	13,0	17,2	82,4	53,8	30,0	27,1
Großbritannien	308,9	10,4	13,9	5,4	15,8	8,6	18,0	6,8	3,3	4,4	9,1	5,9	7,9	7,1
Japan	304,7	10,3	67,7	26,3	19,1	10,4	17,5	6,6	2,7	3,6	X	X	4,5	4,1
Frankreich	171,0	5,8	2,9	1,1	16,5	9,0	X	X	8,8	11,7	3,7	2,4	3,5	3,2
Irland	137,0	4,6	10,0	3,9	8,2	4,5	27,9	10,5	2,5	3,3	1,2	0,8	3,2	2,9
Schweiz	124,2	4,2	12,3	4,8	9,0	4,9	11,9	4,5	X	X	6,9	4,5	3,0	2,7
Belgien/Luxemburg	120,9	4,1	0,9	0,3	13,0	7,1	24,1	9,1	2,3	3,1	3,5	2,3	12,2	11,0
Italien	110,8	3,7	1,4	0,5	X	X	17,0	6,4	3,7	4,9	1,9	1,2	3,1	2,8
Schweden	103,5	3,5	5,7	2,2	6,5	3,5	7,3	2,8	3,2	4,2	6,3	4,1	4,5	4,1
Niederlande	95,7	3,2	0,5	0,2	5,4	2,9	6,8	2,6	0,8	1,1	2,1	1,4	X	X
Dänemark	58,8	2,0	1,5	0,6	4,8	2,6	4,4	1,7	1,7	2,3	2,1	1,4	3,4	3,1
Australien	41,2	1,4	0,5	0,2	0,6	0,3	0,5	0,2	0,0	0,0	0,1	0,1	0,2	0,2
Kanada	25,3	0,9	4,7	1,8	0,2	0,1	1,2	0,5	0,1	0,1	0,9	0,6	0,2	0,2
Pakistan	23,5	0,8	9,8	3,8	0,6	0,3	1,0	0,4	0,1	0,1	0,3	0,2	0,5	0,5

1) In Spalte 1 sind die Weltexporte der in der Vorspalte genannten Exportregionen aufgeführt, nichtdeutsche Exportländer sind nach dem Umfang ihrer Weltexporte geordnet. Bei Vergleichen mit den Werten der Spalten 3 ff. ist zu beachten, daß die Summe der Weltimporte (3 017,5 Mill. US-\$) von den Weltexporten (2 960,5 Mill. US-\$) geringfügig abweicht. - 2) In den Spalten 3 ff. sind die Importe der in der Kopfzeile genannten Importländer aufgeführt; sie sind nach dem Umfang ihrer Importe aus Baden-Württemberg geordnet. - 3) Anteil der Exporte der in der Vorspalte aufgeführten Exportregionen am Weltexport. - 4) Anteil der Importe aus den in der Vorspalte aufgeführten Exportregionen am Import des in der Kopfzeile genannten Importlandes.

Tabelle 17

Internationale Konkurrenzsituation Baden-Württembergs auf wichtigen Auslandsmärkten bei Uhrmacherwaren 1980

Exportregion ¹⁾	Weltexport		Importland ²⁾									
			USA		Schweiz		Großbritannien		Frankreich		Italien	
	Mill. US-\$	z3)	Mill. US-\$	z4)	Mill. US-\$	z4)	Mill. US-\$	z4)	Mill. US-\$	z4)	Mill. US-\$	z4)
Alle Exportländer	7 515,4	100	1 125,2	100	238,6	100	368,3	100	397,6	100	361,1	100
darunter aus												
Baden-Württemberg	388,0	5,2	47,3	4,2	42,0	17,6	40,4	11,0	37,7	9,5	32,0	8,9
anderen Bundesländern	150,0	2,0	8,2	0,7	13,0	5,4	10,3	2,8	25,7	6,5	13,0	3,6
Schweiz	2 120,6	28,2	209,5	18,6	X	X	69,3	18,8	130,3	32,8	156,1	43,2
Japan	1 733,5	23,1	313,3	27,8	15,7	6,6	48,5	13,2	72,5	18,2	71,8	19,9
Hongkong	1 681,8	22,4	285,6	25,4	24,9	10,4	100,8	27,4	69,7	17,5	47,5	13,2
Frankreich	365,6	4,9	18,0	1,6	51,7	21,7	21,9	5,9	X	X	20,4	5,6
Südkorea	186,2	2,5	38,5	3,4	0,6	0,3	7,7	2,1	9,3	2,3	2,2	0,6
USA	163,6	2,2	X	X	3,2	1,3	9,1	2,5	6,1	1,5	2,1	0,6
Großbritannien	134,4	1,8	18,6	1,7	5,4	2,3	X	X	6,8	1,7	4,4	1,2
Italien	120,9	1,6	3,6	0,3	54,1	22,7	6,0	1,6	12,2	3,1	X	X
Singapur	103,7	1,4	35,9	3,2	8,5	3,6	1,2	0,3	0,9	0,2	0,2	0,1
Philippinen	83,4	1,1	26,2	2,3	0,7	0,3	1,6	0,4	1,3	0,3	.	.
Kanada	41,1	0,5	1,9	0,2	0,3	0,1	3,8	1,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Malaysia	36,8	0,5	6,2	0,6	1,4	0,6	0,3	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Niederlande	33,8	0,4	0,5	0,0	0,6	0,3	4,7	1,3	0,8	0,2	1,4	0,4
Belgien/Luxemburg	28,3	0,4	0,2	0,0	0,5	0,2	1,1	0,3	1,0	0,3	0,5	0,1
Australien	23,7	0,3	0,0	0,0	0,2	0,1	0,6	0,2	0,0	0,0	.	.
Thailand	14,3	0,2	0,6	0,1	3,6	1,5	0,0	0,0	0,5	0,1	.	.

1) In Spalte 1 sind die Weltexporte der in der Vorspalte genannten Exportregionen aufgeführt, nichtdeutsche Exportländer sind nach dem Umfang ihrer Weltexporte geordnet. Bei Vergleichen mit den Werten der Spalten 3 ff. ist zu beachten, daß die Summe der Weltimporte (7 488,1 Mill. US-\$) von den Weltexporten (7 515,4 Mill. US-\$) geringfügig abweicht. - 2) In den Spalten 3 ff. sind die Importe der in der Kopfzeile genannten Importländer aufgeführt; sie sind nach dem Umfang ihrer Importe aus Baden-Württemberg geordnet. - 3) Anteil der Exporte der in der Vorspalte aufgeführten Exportregionen am Weltexport. - 4) Anteil der Importe aus den in der Vorspalte aufgeführten Exportregionen am Import des in der Kopfzeile genannten Importlandes.

Tabelle 18

Internationale Konkurrenzsituation Baden-Württembergs auf wichtigen Auslandsmärkten bei Musikinstrumenten 1980

Exportregion ¹⁾	Weltexport		Importland ²⁾											
			Großbritannien		Frankreich		Italien		Niederlande		Schweiz		USA	
	Mill. US-\$	z3)	Mill. US-\$	z4)	Mill. US-\$	z4)	Mill. US-\$	z4)	Mill. US-\$	z4)	Mill. US-\$	z4)		
Alle Exportländer	4 113,4	100	435,9	100	342,0	100	192,9	100	238,6	100	160,3	100	509,4	100
darunter aus														
Baden-Württemberg	166,1	4,0	21,3	4,9	20,5	6,0	14,0	7,3	13,5	5,7	11,6	7,2	10,5	2,1
anderen Bundesländern	348,5	8,5	22,2	5,1	53,4	15,6	22,7	11,8	46,8	19,6	47,4	29,6	29,5	5,8
Japan	1 072,5	26,1	92,3	21,2	60,8	17,8	26,6	13,8	21,9	9,2	17,0	10,6	260,8	51,2
USA	827,8	20,1	128,2	29,4	71,6	20,9	37,6	19,5	48,6	20,4	21,6	13,5	X	X
Großbritannien	295,2	7,2	X	X	27,3	8,0	21,2	11,0	21,4	9,0	8,0	5,0	24,5	4,8
Frankreich	277,4	6,7	22,8	5,2	X	X	27,4	14,2	16,9	7,1	20,4	12,7	7,7	1,5
Italien	238,2	5,8	30,7	7,0	38,3	11,2	X	X	16,0	6,7	12,8	8,0	11,6	2,3
Niederlande	225,9	5,5	38,5	8,8	18,1	5,3	5,3	2,7	X	X	6,2	3,9	7,4	1,5
Hongkong	124,4	3,0	7,9	1,8	3,9	1,1	0,6	0,3	1,3	0,5	0,9	0,6	25,3	5,0
Korea	76,0	1,8	4,2	1,0	4,3	1,3	3,7	1,9	1,2	0,5	0,4	0,2	18,5	3,6
Singapur	71,5	1,7	2,0	0,5	0,3	0,1	0,0	0,0	0,1	0,0	0,1	0,1	5,1	1,0
Belgien/Luxemburg	64,1	1,6	8,7	2,0	8,0	2,3	5,9	3,1	22,5	9,4	0,9	0,6	0,3	0,1
Schweiz	46,9	1,1	2,3	0,5	4,2	1,2	3,8	2,0	1,8	0,8	X	X	6,2	1,2
Kanada	36,5	0,9	6,6	1,5	0,8	0,2	1,8	0,9	5,5	2,3	1,4	0,9	20,4	4,0
Österreich	35,1	0,9	1,0	0,2	1,7	0,5	2,1	1,1	6,5	2,7	4,0	2,5	2,5	0,5
Schweden	28,7	0,7	2,8	0,6	0,6	0,2	0,1	0,1	0,3	0,1	1,0	0,6	0,4	0,1
Spanien	21,3	0,5	1,5	0,3	2,4	0,7	1,2	0,6	0,6	0,3	1,2	0,7	0,7	0,1
Irland	20,0	0,5	14,2	3,3	1,2	0,4	0,9	0,5	1,3	0,5	0,3	0,2	0,4	0,1

1) In Spalte 1 sind die Weltexporte der in der Vorspalte genannten Exportregionen aufgeführt, nichtdeutsche Exportländer sind nach dem Umfang ihrer Weltexporte geordnet. Bei Vergleichen mit den Werten der Spalten 3 ff. ist zu beachten, daß die Summe der Weltimporte (4 302,8 Mill. US-\$) von den Weltexporten (4 113,4 Mill. US-\$) geringfügig abweicht. - 2) In den Spalten 3 ff. sind die Importe der in der Kopfzeile genannten Importländer aufgeführt; sie sind nach dem Umfang ihrer Importe aus Baden-Württemberg geordnet. - 3) Anteil der Exporte der in der Vorspalte aufgeführten Exportregionen am Weltexport. - 4) Anteil der Importe aus den in der Vorspalte aufgeführten Exportregionen am Import des in der Kopfzeile genannten Importlandes.

Tabelle 19

Fremdenverkehr in den Stadt- und Landkreisen 1981

Kreis- schlüssel	Kreis Region Regierungsbezirk Land	Ankünfte		Übernachtungen			Durchschnittliche	
		insgesamt	darunter von Auslands- gästen	insgesamt	Anteil	darunter von Auslands- gästen	Betten- ausnutzung	Aufent- haltedauer
		1000		%		1000	%	Tage
111	Stadtkreis Stuttgart	461,2	142,4	1 107,1	3,1	310,3	45,7	2,4
	Landkreise							
115	Böblingen	213,5	63,2	460,6	1,3	113,6	35,6	2,2
116	Esslingen	208,4	59,0	445,4	1,3	108,6	34,3	2,1
117	Göppingen	125,6	20,6	429,9	1,2	48,3	35,6	3,4
118	Ludwigsburg	146,7	27,4	321,0	0,9	59,1	33,8	2,2
119	Rems-Murr-Kreis	137,0	9,6	403,0	1,1	29,1	31,3	2,9
11	Region Mittlerer Neckar	1 292,4	322,2	3 167,0	8,9	669,0	37,4	2,5
	Stadtkreis							
121	Heilbronn	57,7	11,5	109,2	0,3	26,0	33,9	1,9
	Landkreise							
125	Heilbronn	152,4	28,0	734,0	2,1	37,7	47,8	4,8
126	Hohenlohekreis	46,7	2,5	123,9	0,4	4,8	29,4	2,7
127	Schwäbisch Hall	104,0	8,9	277,2	0,8	20,5	26,7	2,7
128	Main-Tauber-Kreis	148,9	12,7	1 139,7	3,2	29,4	49,4	7,7
12	Region Franken	509,7	63,6	2 384,0	6,7	118,4	42,4	4,7
	Landkreise							
135	Heidenheim	41,8	5,7	96,6	0,3	12,5	24,0	2,3
136	Ostalbkreis	115,1	16,0	325,4	0,9	36,1	28,5	2,8
13	Region Ostwürttemberg	156,9	21,7	422,0	1,2	48,6	27,4	2,7
1	Regierungsbezirk Stuttgart	1 959,0	407,5	5 973,0	16,9	836,0	38,2	3,0
	Stadtkreise							
211	Baden-Baden	212,8	73,5	817,8	2,3	168,2	46,1	3,8
212	Karlsruhe	195,2	52,8	363,2	1,0	92,2	36,6	1,9
	Landkreise							
215	Karlsruhe	180,7	53,4	676,9	1,9	80,0	43,7	3,7
216	Rastatt	156,7	23,3	569,3	1,6	57,3	29,3	3,6
21	Region Mittlerer Oberrhein	745,4	203,0	2 427,2	6,9	397,7	38,8	3,3
	Stadtkreise							
221	Heidelberg	348,7	192,4	557,3	1,6	285,7	46,0	1,6
222	Mannheim	191,1	60,9	380,5	1,1	120,5	40,3	2,0
	Landkreise							
225	Neckar-Odenwald-Kreis	94,3	6,9	436,3	1,2	23,0	32,3	4,6
226	Rhein-Neckar-Kreis	148,1	97,8	691,9	2,0	155,7	30,0	2,0
22	Region Unterer Neckar	982,2	358,0	2 066,0	5,8	584,9	35,5	2,1
	Stadtkreis							
231	Pforzheim	35,9	10,5	80,8	0,2	23,2	33,6	2,3
	Landkreise							
235	Calw	337,8	22,4	2 569,5	7,3	95,6	40,3	7,6
236	Enzkreis	87,5	21,0	261,3	0,7	33,5	30,8	3,0
237	Freudenstadt	392,1	30,5	2 891,5	8,2	130,2	38,3	7,4
23	Region Nordschwarzwald	853,3	84,4	5 803,1	16,4	282,5	38,6	6,8
2	Regierungsbezirk Karlsruhe	2 580,9	645,4	10 296,3	29,1	1 265,1	38,0	4,0
	Stadtkreis							
311	Freiburg im Breisgau	248,0	68,4	461,3	1,3	107,3	49,1	1,9
	Landkreise							
315	Breisgau-Hochschwarzwald	726,9	87,1	4 296,3	12,1	229,4	38,3	5,9
316	Emmendingen	128,6	14,0	596,5	1,7	39,1	32,3	4,6
317	Ortenaukreis	573,7	132,1	2 411,1	6,8	309,5	36,2	4,2
31	Region Südlicher Oberrhein	1 677,2	301,6	7 765,2	21,9	685,3	37,6	4,6
	Landkreise							
325	Rottweil	91,0	12,7	480,7	1,4	48,3	32,1	5,3
326	Schwarzwald-Baar-Kreis	299,0	41,9	1 647,1	4,7	117,7	38,2	5,5
327	Tuttlingen	51,0	3,6	129,9	0,4	9,1	20,9	2,5
32	Region Schwarzwald-Baar-Heuberg	441,0	58,2	2 257,7	6,4	175,1	35,1	5,1
	Landkreise							
335	Konstanz	295,7	40,8	1 103,0	3,1	81,4	40,1	3,7
336	Lörrach	244,3	32,8	1 126,6	3,2	90,2	33,0	4,6
337	Waldshut	265,6	18,2	1 913,0	5,4	84,0	33,9	7,2
33	Region Hochrhein-Bodensee	805,6	91,8	4 142,6	11,7	255,6	35,1	5,1
3	Regierungsbezirk Freiburg	2 923,8	451,6	14 165,5	40,0	1 116,0	36,4	4,8
	Landkreise							
415	Reutlingen	142,6	15,4	504,2	1,4	41,0	33,4	3,5
416	Tübingen	82,7	14,2	238,7	0,7	28,4	36,8	2,9
417	Zollernalbkreis	70,6	5,6	202,1	0,6	16,3	28,8	2,9
41	Region Neckar-Alb	295,9	35,2	945,0	2,7	85,7	33,0	3,2
	Stadtkreis							
421	Ulm	121,1	34,2	185,4	0,5	50,5	43,4	1,5
	Landkreise							
425	Alb-Donau-Kreis	87,7	20,3	159,5	0,5	26,6	24,0	1,8
426	Biberach	73,2	3,7	576,6	1,6	9,3	59,6	7,9
42	Region Donau-Iller ¹⁾	282,0	58,2	921,5	2,6	86,4	44,7	3,3
	Landkreise							
435	Bodenseekreis	305,0	26,4	1 360,4	3,8	90,2	36,9	4,5
436	Ravensburg	210,2	14,0	1 594,4	4,5	42,6	53,3	7,6
437	Sigmaringen	68,7	4,7	155,4	0,4	10,8	23,4	2,3
43	Region Bodensee-Oberschwaben	583,9	45,1	3 110,2	8,8	143,6	42,3	5,3
4	Regierungsbezirk Tübingen	1 161,8	138,5	4 976,7	14,1	315,7	40,6	4,3
	Baden-Württemberg	8 625,5	1 643,0	35 411,5	100	3 532,8	37,7	4,1

1) Soweit Land Baden-Württemberg.

Tabelle 20

Landwirtschaftliche Betriebe mit Eigenland in den landwirtschaftlichen Vergleichsgebieten 1979

Vergleichsgebiete	Landwirtschaftliche Betriebe insgesamt		Darunter Betriebe mit Eigenland			Veränderung 1979 gegen 1971	
	Betriebe	LF	Betriebe	LF	Eigenfläche	Betriebe	Eigenfläche
	Anzahl	ha	Anzahl	ha		Z	
Unterland/Bergstraße	10 087	85 781	9 737	82 526	41 522	- 15,4	- 4,9
Bessere und geringere Gäulandschaft	18 572	156 261	17 951	150 345	77 343	- 25,2	- 12,5
Bessere und geringere Rheinebene	24 302	152 094	23 263	142 979	76 433	- 19,0	- 10,3
Westlicher Bodensee	3 232	35 219	3 076	33 394	21 288	- 16,5	- 7,6
West-Schwarzwald	5 579	42 660	5 478	41 683	35 251	- 13,9	- 2,1
Hochschwarzwald	5 169	47 010	4 972	45 348	38 895	- 13,7	+ 3,7
Östlicher Schwarzwald	4 924	39 168	4 805	37 809	27 932	- 24,1	- 12,8
Baar	3 487	50 140	3 356	48 735	31 930	- 26,0	- 11,9
Östlicher Bodensee	1 872	19 848	1 818	19 187	16 258	- 9,5	- 6,3
Allgäu	3 869	57 127	3 744	55 163	45 714	- 15,3	- 7,7
Oberland	12 327	174 425	11 944	168 473	127 861	- 15,5	- 8,5
Donau-Iller	2 661	35 958	2 568	34 677	26 071	- 15,8	- 7,8
Bessere Alb	3 563	54 553	3 470	52 855	38 638	- 16,1	- 8,1
Geringere Alb	11 258	151 298	10 912	146 557	102 863	- 20,2	- 10,2
Heuberg	1 995	16 812	1 964	15 990	10 352	- 21,1	- 7,6
Westliches Albvorland	2 483	22 225	2 402	20 834	10 973	- 30,2	- 12,6
Neckar-Nagold ¹⁾	7 847	60 545	7 618	58 399	35 027	- 26,6	- 14,2
Östliches Albvorland	5 298	48 653	5 129	46 687	28 701	- 24,2	- 12,0
Schwäbischer Wald/Odenwald	8 692	83 341	8 520	81 714	63 535	- 18,1	- 8,5
Hohenlohe	6 130	87 744	5 995	85 662	68 571	- 13,6	- 5,7
Besseres ²⁾ und geringeres Bauland	8 805	111 135	8 521	106 675	71 525	- 22,5	- 9,6

1) Einschließlich nördliche Schwarzwaldrandplatte. - 2) Einschließlich Odenwaldrand/Main-Tauber-Gebiet.

Tabelle 21

Pachtflächen und Pachtquoten in den landwirtschaftlichen Vergleichsgebieten 1979

Vergleichsgebiete	Betriebe mit Pachtland			Pachtland in % der LF insgesamt		Veränderung 1979 gegen 1971 Z
	Betriebe	LF	Pachtfläche	1979	dagegen 1971	
	Anzahl	ha	ha			
Unterland/Bergstraße	6 440	75 709	43 624	50,9	50,8	+ 0,1
Bessere und geringere Gäulandschaft	10 787	132 816	76 534	49,0	45,5	+ 3,5
Bessere und geringere Rheinebene	14 044	126 456	73 702	48,5	45,1	+ 3,4
Westlicher Bodensee	2 134	28 559	13 766	39,1	36,9	+ 2,2
West-Schwarzwald	2 133	19 463	6 857	16,1	14,1	+ 2,0
Hochschwarzwald	1 224	15 073	5 426	11,5	11,9	- 0,4
Östlicher Schwarzwald	2 165	26 322	10 651	27,2	21,9	+ 5,3
Baar	2 336	42 376	17 946	35,8	28,3	+ 7,5
Östlicher Bodensee	845	11 145	3 573	18,0	17,0	+ 1,0
Allgäu	2 219	37 489	11 221	19,6	15,5	+ 4,1
Oberland	8 272	135 884	46 012	26,4	21,3	+ 5,1
Donau-Iller	1 895	29 713	9 808	27,3	23,8	+ 3,5
Bessere Alb	2 547	44 624	15 805	29,0	24,5	+ 4,5
Geringere Alb	7 042	119 420	47 545	31,4	26,6	+ 4,8
Heuberg	693	10 806	5 744	34,2	29,5	+ 4,7
Westliches Albvorland	1 173	17 676	10 603	47,7	44,2	+ 3,5
Neckar-Nagold ¹⁾	3 680	46 482	23 916	39,5	34,8	+ 4,7
Östliches Albvorland	2 963	38 944	18 969	39,0	35,4	+ 3,6
Schwäbischer Wald/Odenwald	4 866	60 629	19 428	23,3	19,5	+ 3,8
Hohenlohe	3 809	64 660	18 951	21,6	19,2	+ 2,4
Besseres ²⁾ und geringeres Bauland	4 922	86 947	39 247	35,3	30,5	+ 4,8
Insgesamt	86 189	1 171 193	519 328	33,9	30,3	+ 3,6

1) Einschließlich nördliche Schwarzwaldrandplatte. - 2) Einschließlich Odenwaldrand/Main-Tauber-Gebiet.

Tabelle 22

Verteilung der hochgerechneten Haushalte nach ausgewählten Schichtungsmerkmalen

Gegenstand der Nachweisung	1973		1978			
	Bundesgebiet	Baden-Württemberg	Bundesgebiet	Baden-Württemberg		
Haushalte insgesamt	100	100	100	100		
Soziale Stellung des Haushaltsvorstands						
Landwirt	2,9	3,7	2,4	2,6		
Selbständiger (ohne Landwirt)	7,0	8,0	6,0	6,5		
Beamter	26,7	28,9	6,4	6,1		
Angestellter						
Arbeiter	28,4	28,6	23,7	23,8		
Nichterwerbstätiger	35,0	30,8	41,1	38,8		
Monatliches Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... DM ¹⁾						
unter 800	19,2	17,3	X	X		
800 - 1 200	22,2	18,8				
1 200 - 1 800	28,5	29,1				
1 800 - 2 500	16,8	19,0				
2 500 - 15 000	10,4	12,1				
Zusammen	97,1	96,3				
unter 800	X	X			9,4	9,6
800 - 1 400					22,6	20,2
1 400 - 2 000					24,9	23,0
2 000 - 2 500					15,6	16,8
2 500 - 3 000			9,9	10,8		
3 000 - 20 000			15,3	17,0		
Zusammen			97,7	97,4		

1) Selbsteinstufung der Haushalte in vorgegebene Einkommensklassen im Januar 1973 bzw. 1978; ohne Haushalte von Landwirten.

Tabelle 23

Guthaben auf Sparbüchern nach ausgewählten Schichtungsmerkmalen 1973

Gegenstand der Nachweisung	Bundesgebiet		Baden-Württemberg	
	Anteil ¹⁾ in %	Betrag ²⁾ in DM	Anteil ¹⁾ in %	Betrag ²⁾ in DM
Haushalte insgesamt	90,9	7 955	93,6	8 823
Soziale Stellung des Haushaltsvorstands				
Landwirt	89,4	13 027	94,4	22 199
Selbständiger (ohne Landwirt)	90,7	11 803	93,5	10 533
Beamter	96,1	7 937	96,5	8 199
Angestellter				
Arbeiter	94,1	6 705	94,2	7 402
Nichterwerbstätiger	84,4	7 826	90,4	8 687
Monatliches Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... DM				
unter 800	77,2	4 770	84,4	5 299
800 - 1 200	92,0	6 801	94,1	7 566
1 200 - 1 800	95,1	7 809	95,9	8 329
1 800 - 2 500	95,7	9 289	96,5	9 161
2 500 - 15 000	94,7	12 023	96,0	11 815

1) Anteil der Haushalte mit Guthaben auf Sparbüchern an den Haushalten der vorgenannten Gruppe. - 2) Durchschnittliches Guthaben je Haushalt mit Sparbüchern.

Tabelle 24

Bausparguthaben nach ausgewählten Schichtungsmerkmalen 1973

Gegenstand der Nachweisung	Bundesgebiet		Baden-Württemberg	
	Anteil ¹⁾ in %	Betrag ²⁾ in DM	Anteil ¹⁾ in %	Betrag ²⁾ in DM
Haushalte insgesamt	35,4	9 576	48,4	10 515
Soziale Stellung des Haushaltsvorstands				
Landwirt	47,4	9 717	51,4	9 793
Selbständiger (ohne Landwirt)	57,8	12 455	65,5	12 915
Beamter	52,1	10 530	63,6	11 921
Angestellter				
Arbeiter	36,6	7 948	51,3	9 246
Nichterwerbstätiger	16,1	8 125	26,6	8 266
Monatliches Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... DM				
unter 800	9,2	6 135	18,6	6 366
800 - 1 200	25,5	7 146	34,2	5 824
1 200 - 1 800	39,2	8 362	53,1	9 348
1 800 - 2 500	52,1	10 364	65,5	11 418
2 500 - 15 000	64,2	13 523	74,4	14 931
Alter des Haushaltsvorstands von ... bis unter ... Jahren				
unter 25	40,5	7 245	X	X
25 - 35	55,4	10 280		
35 - 45	48,5	9 986		
45 - 55	39,0	9 162		
55 - 65	27,8	8 956		
65 und mehr	13,8	8 884		
Haushaltstyp				
Alleinlebende Frau	13,1	6 995	X	X
Alleinlebender Mann	-	-		
Elternteil mit 1 Kind	26,0	8 049		
Ehepaar ohne Kind	29,3	9 910		
Ehepaar mit 1 Kind	48,1	10 132		
Ehepaar mit 2 Kindern	52,2	10 039		
Ehepaar mit 3 Kindern	50,5	9 350		

1) Anteil der Haushalte mit noch nicht zugeteilten Bausparverträgen an den Haushalten der vorgenannten Gruppe. - 2) Durchschnittliches Guthaben auf noch nicht zugeteilten Bausparverträgen, je Haushalt mit Bausparverträgen.

Tabelle 25

Höhe und Zusammensetzung der durchschnittlichen Nettogeldvermögensbestände 1) 2)

Gegenstand der Nachweisung	1973		1978									
	Nettogeldvermögen		von den Nettogeldvermögen entfielen auf								Nettogeldvermögen	
			Sparbücher		Wertpapiere		Bausparguthaben		Kredite ³⁾			
	Bundesgebiet	Baden-Württemberg	Bundesgebiet	Baden-Württemberg	Bundesgebiet	Baden-Württemberg	Bundesgebiet	Baden-Württemberg	Bundesgebiet	Baden-Württemberg	Bundesgebiet	Baden-Württemberg
DM		%										DM
Haushalte insgesamt	12 253	15 785	56,0	51,6	27,1	26,0	22,9	27,4	- 5,9	- 5,0	17 574	20 551
Soziale Stellung des Haushaltsvorstands												
Landwirt	16 214	26 387	67,7	59,8	16,2	17,1	21,6	27,5	(- 5,6)	(- 4,4)	22 358	24 187
Selbständiger (ohne Landwirt)	22 984	25 027	39,3	39,6	43,8	40,5	22,8	26,4	- 6,0	(- 6,5)	36 597	34 341
Beamter	15 059	18 166	46,3	38,7	19,6	19,0	42,0	50,5	- 7,9	- 8,2	21 921	24 966
Angestellter			49,7	46,0	26,7	24,6	31,3	35,5	- 7,6	- 6,1	20 383	23 452
Arbeiter	9 084	11 916	67,0	57,6	12,1	12,6	31,4	37,4	- 10,5	- 7,6	13 164	15 913
Nichterwerbstätiger	10 210	13 495	61,9	58,3	31,6	31,8	8,6	11,6	- 2,1	- 1,6	14 969	18 508
Monatliches Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... DM												
unter 800			76,0	78,5	19,9	(18,0)	8,4	(6,4)	- 4,3	(- 3,0)	5 131	7 284
800 - 1 400		69,0	65,6	23,0	22,8	12,7	14,9	- 4,7	(- 3,2)	10 141	13 264	
1 400 - 2 000		65,4	59,5	20,4	18,4	21,6	26,4	- 7,3	- 4,2	13 995	16 957	
2 000 - 2 500		58,7	51,7	21,6	21,1	26,5	33,1	- 6,8	- 5,9	18 936	21 559	
2 500 - 3 000		52,7	46,4	25,4	26,7	27,6	31,6	- 5,7	- 4,7	22 962	26 179	
3 000 - 20 000		41,8	39,3	38,4	36,4	25,3	30,5	- 5,4	- 6,1	36 479	36 384	
Alter des Haushaltsvorstands von ... bis unter ... Jahren												
unter 25	6 635		67,7	58,9	10,7	(16,3)	43,4	(32,9)	- 21,8	(- 9,1)	6 922	8 545
25 - 35	11 267		48,4	39,2	14,2	11,5	54,4	59,8	- 17,0	- 10,5	14 001	17 369
35 - 45	12 702		50,2	46,2	22,5	21,5	36,6	42,0	- 9,3	- 9,6	18 132	19 954
45 - 55	13 779		57,6	53,9	25,6	24,6	22,6	26,8	- 5,8	- 5,2	19 670	23 097
55 - 65	12 253		57,8	55,4	30,7	28,8	14,5	18,2	- 3,0	- 2,3	20 557	23 607
65 und mehr	11 929		60,4	56,3	34,0	34,3	6,8	10,4	- 1,3	(- 1,0)	16 480	20 126
Haushaltsgröße												
1 Person	7 265	8 134	62,7	61,0	30,4	26,9	10,4	14,5	- 3,4	- 2,4	11 281	13 735
2 Personen	13 608	18 358	56,7	53,3	30,3	29,1	16,8	20,2	- 3,8	- 2,6	20 325	23 522
3 Personen	14 273	18 819	54,3	47,3	23,9	21,9	29,5	36,8	- 7,7	- 6,0	20 009	23 612
4 Personen	13 756	17 912	50,4	45,1	22,7	23,0	35,1	40,0	- 8,2	- 8,2	19 546	21 750
5 und mehr Personen	13 267	14 959	54,5	50,2	24,4	27,6	31,6	31,0	- 10,5	- 8,8	19 796	22 829
Haushaltstyp												
Alleinlebende Frau	6 887		65,3	65,3	27,8	23,1	9,1	12,4	- 2,2	(- 0,9)	10 399	12 680
Alleinlebender Mann	-		56,0	49,7	36,7	(36,8)	13,9	(19,7)	- 6,6	(- 6,3)	14 309	17 543
Elternteil mit 1 Kind	10 927		58,8	51,8	29,0	(24,5)	18,2	(28,7)	- 6,0	(- 5,0)	14 762	16 989
Ehepaar ohne Kind	13 795		56,5	53,5	30,6	30,0	16,4	18,9	- 3,5	- 2,4	21 061	24 445
Ehepaar mit 1 Kind	14 036		53,9	46,2	22,8	21,1	30,9	38,8	- 7,6	- 6,1	19 910	23 802
Ehepaar mit 2 Kindern	13 513		50,0	45,8	22,7	21,1	35,6	41,6	- 8,3	- 8,6	19 271	21 545
Ehepaar mit 3 Kindern ⁴⁾	13 260	51,0	47,1	27,7	29,5	33,0	31,7	- 11,7	- 8,3	18 671	22 415	

1) Guthaben auf Sparbüchern, Wertpapieren, Bausparguthaben abzüglich Kredite. Ohne Barbestände, Guthaben auf Girokonten und bei Lebensversicherungen u.ä. Die Durchschnittswerte dieser Tabelle beziehen sich wegen der Addition der einzelnen Vermögensarten auf alle erfaßten Haushalte. - 2) Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. - 3) Ohne Kreditverpflichtungen aus Hypotheken, Baudarlehen u.ä. - 4) 1978 Ehepaar mit 3 und mehr Kindern.

Tabelle 26

Private Haushalte¹⁾ mit Grundvermögen²⁾

Gegenstand der Nachweisung	1973		1978				
	Bundes- gebiet	Baden- Württemberg	Bundesgebiet			Baden-Württemberg	
	Anteil ³⁾		Einheits- wert ⁴⁾	Rest- schuld ⁵⁾	Anteil ³⁾	Einheits- wert ⁴⁾	Rest- schuld ⁵⁾
	%		1000 DM		%		1000 DM

Monatliches Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... DM

	1973	1978					
unter 800	21,8	26,7					
800 - 1 200	32,2	37,9					
1 200 - 1 800	39,5	44,0					
1 800 - 2 500	46,6	50,6					
2 500 - 15 000	61,6	62,5					

	1973	1978	Einheitswert	Restschuld	Anteil	Einheitswert	Restschuld
unter 800		18,4	22,1	(4,5)	(26,3)	(19,8)	/
800 - 1 400		29,5	27,4	11,6	37,1	27,4	(9,5)
1 400 - 2 000		40,4	32,1	19,2	47,8	33,6	18,7
2 000 - 2 500		48,0	37,8	33,9	56,3	40,0	33,8
2 500 - 3 000		53,3	41,3	40,6	56,8	38,8	41,1
3 000 - 20 000		67,2	59,0	62,2	71,1	57,9	60,7

Alter des Haushaltsvorstands von ... bis unter ... Jahren

	1973	1978	Einheitswert	Restschuld	Anteil	Einheitswert	Restschuld
unter 25	(6,9)		(6,9)	(30,8)	(29,4)	/	/
25 - 35	28,5		30,3	39,4	64,1	36,9	39,0
35 - 45	47,1		53,6	43,2	53,6	59,4	43,7
45 - 55	52,2		57,3	42,3	32,6	64,6	45,8
55 - 65	42,9		50,5	38,0	18,7	58,3	37,3
65 und mehr	32,0		32,8	34,0	9,9	43,3	35,4

Haushaltstyp

	1973	1978	Einheitswert	Restschuld	Anteil	Einheitswert	Restschuld
Alleinlebende Frau	19,3		21,2	28,2	11,7	33,2	27,7
Alleinlebender Mann	-		21,3	35,0	17,6	(27,6)	(33,3)
Elternteil mit 1 Kind	34,0		35,5	32,9	24,7	(44,2)	(35,0)
Ehepaar ohne Kind	38,4		45,2	37,5	29,0	52,5	38,1
Ehepaar mit 1 Kind	41,6		51,7	41,2	44,7	59,1	40,1
Ehepaar mit 2 Kindern	49,0		58,5	44,3	44,9	60,8	49,5
Ehepaar mit 3 Kindern ⁶⁾	57,5		67,8	46,2	43,4	68,4	49,1

1) Ohne Haushalte von Ausländern, ohne Privathaushalte in Anstalten und ohne Haushalte mit besonders hohen monatlichen Haushaltsnettoeinkommen. - 2) Haus- und Grundbesitz ohne eigengenutzte Betriebsgrundstücke und -gebäude. - 3) Anteil der Haushalte mit Grundvermögen an den Haushalten der vorgenannten Gruppe. - 4) Durchschnittlicher steuerlicher Einheitswert (Stand: 1964) je Haushalt mit Grundvermögen der sogenannten Gruppe. - 5) Durchschnittliche Restschuld (noch zu zahlende Tilgungen und Zinsen aus Hypotheken, Baulandkredit u.ä.) je Haushalt mit Grundvermögen der vorgenannten Gruppe. - 6) 1978 Ehepaar mit 3 und mehr Kindern.

Tabelle 27

Ausländische Zu- und Fortzüge über die Auslandsgrenze

Jahr	Zuzüge			Fortzüge			Wanderungssaldo		
	insgesamt	davon		insgesamt	davon		insgesamt	davon	
		männlich	weiblich		männlich	weiblich		männlich	weiblich
Personen insgesamt ¹⁾									
1973	214 956	141 131	73 825	154 413	106 320	48 093	60 543	34 811	25 732
1974	128 221	73 944	54 277	159 168	105 689	53 479	- 30 947	- 31 745	798
1975	80 510	45 198	35 312	155 536	95 466	60 070	- 75 026	- 50 268	- 24 758
1976	87 400	49 652	37 748	127 747	74 782	52 965	- 40 347	- 25 130	- 15 217
1977	96 706	55 719	40 987	109 626	64 071	45 555	- 12 920	- 8 352	- 4 568
1978	100 983	59 656	41 327	94 992	55 757	39 235	5 991	3 899	2 092
1979	122 850	77 905	44 945	90 484	55 026	35 458	32 366	22 879	9 487
1980	136 712	89 150	47 562	97 124	62 482	34 642	39 588	26 668	12 920
1981	96 129	56 972	39 157	94 201	59 793	34 408	1 928	- 2 821	4 749
1982	62 372	35 217	27 155	99 392	61 437	37 955	- 37 020	- 26 220	- 10 800
Erwerbspersonen ¹⁾									
1973	140 316	111 866	28 450	104 140	84 726	19 414	36 176	27 140	9 036
1974	58 379	45 887	12 492	101 699	81 437	20 262	- 43 320	- 35 550	- 7 770
1975	33 193	25 780	7 413	87 741	67 196	20 545	- 54 548	- 41 416	- 13 132
1976	36 211	28 518	7 693	64 235	47 493	16 742	- 28 024	- 18 975	- 9 049
1977	41 336	32 868	8 468	52 483	38 909	13 574	- 11 147	- 6 041	- 5 106
1978	43 721	35 326	8 395	45 682	34 445	11 237	- 1 961	881	- 2 842
1979	57 638	47 874	9 764	44 428	34 662	9 766	13 210	13 212	- 2
1980	65 441	54 383	11 058	51 858	41 807	10 051	13 583	12 576	1 007
1981	44 452	34 187	10 265	48 241	38 724	9 517	- 3 789	- 4 537	748
1982	27 972	20 790	7 182	48 694	38 574	10 120	- 20 722	- 17 784	- 2 938
Nichterwerbspersonen ¹⁾									
1973	74 640	29 265	45 375	50 273	21 594	28 679	24 367	7 671	16 696
1974	69 842	28 057	41 785	57 469	24 252	33 217	12 373	3 805	8 568
1975	47 317	19 418	27 899	67 795	28 270	39 525	- 20 478	- 8 852	- 11 626
1976	51 189	21 134	30 055	63 512	27 289	36 223	- 12 323	- 6 155	- 6 168
1977	55 370	22 851	32 519	57 143	25 162	31 981	- 1 773	- 2 311	538
1978	57 262	24 330	32 932	49 310	21 312	27 998	7 952	3 018	4 934
1979	65 212	30 031	35 181	46 056	20 364	25 692	19 156	9 667	9 489
1980	71 271	34 767	36 504	45 266	20 675	24 591	26 005	14 092	11 913
1981	51 677	22 785	28 892	45 960	21 069	24 891	5 717	1 716	4 001
1982	34 400	14 427	19 973	50 698	22 863	27 835	- 16 298	- 8 436	- 7 862

1) Ohne Berlin (Ost), DDR und Deutsche Ostgebiete.

Tabelle 28

Wanderungsbewegung der Ausländer insgesamt über die Auslandsgrenze nach Altersgruppen.

Alter von bis unter ... Jahren	Wanderungsbewegung	1973		1974		1976		1978
		zusammen	darunter männlich	zusammen	darunter männlich	zusammen	darunter männlich	zusammen
0 - 3	Zuzüge	8 630	4 690	8 569	4 782	5 750	3 156	4 973
	Fortzüge	8 532	4 631	9 368	5 211	8 950	4 977	5 045
	Saldo	98	59	- 799	- 429	- 3 200	- 1 821	- 72
3 - 6	Zuzüge	9 704	5 314	10 222	5 686	7 122	3 993	6 607
	Fortzüge	6 500	3 610	7 376	4 049	8 607	4 788	5 974
	Saldo	3 204	1 704	2 846	1 637	- 1 485	- 795	633
6 - 10	Zuzüge	8 679	4 703	8 857	4 732	5 982	3 277	7 048
	Fortzüge	6 816	3 766	8 062	4 417	10 384	5 780	8 414
	Saldo	1 863	937	795	315	- 4 402	- 2 503	- 1 366
10 - 15	Zuzüge	8 873	4 605	7 998	4 002	5 406	2 798	7 334
	Fortzüge	4 018	2 040	4 882	2 533	6 494	3 600	4 864
	Saldo	4 855	2 565	3 116	1 469	- 1 088	- 802	2 470
15 - 18	Zuzüge	12 414	7 471	6 590	3 365	4 765	2 452	5 763
	Fortzüge	5 225	3 164	4 905	2 643	4 113	2 030	3 289
	Saldo	7 189	4 307	1 685	722	652	422	2 474
18 - 21	Zuzüge	23 581	12 743	12 620	6 006	8 684	4 624	10 961
	Fortzüge	14 816	10 335	13 712	8 982	8 036	4 537	7 387
	Saldo	8 765	2 408	- 1 092	- 2 976	648	87	3 574
21 - 25	Zuzüge	39 039	26 046	18 905	10 672	13 436	8 203	16 418
	Fortzüge	21 570	14 410	20 489	12 640	12 509	6 576	11 005
	Saldo	17 469	11 636	- 1 584	- 1 968	927	1 627	5 413
25 - 30	Zuzüge	34 331	25 097	15 969	9 753	10 690	6 447	12 237
	Fortzüge	23 049	16 685	23 819	16 414	16 534	9 365	11 346
	Saldo	11 282	8 412	- 7 850	- 6 661	- 5 844	- 2 918	891
30 - 35	Zuzüge	23 754	18 154	10 739	7 274	6 432	3 948	8 063
	Fortzüge	18 588	14 153	18 804	14 021	13 653	8 637	9 432
	Saldo	5 166	4 001	- 8 065	- 6 747	- 7 221	- 4 689	- 1 369
35 - 40	Zuzüge	16 915	13 049	8 311	5 978	5 094	3 343	5 749
	Fortzüge	15 609	12 472	15 850	12 240	12 171	8 362	7 618
	Saldo	1 306	577	- 7 539	- 6 262	- 7 077	- 5 019	- 1 869
40 - 45	Zuzüge	11 847	9 087	6 746	4 939	3 857	2 589	4 486
	Fortzüge	11 655	9 479	12 512	9 986	9 239	6 494	6 087
	Saldo	192	- 392	- 5 766	- 5 047	- 5 382	- 3 905	- 1 601
45 - 50	Zuzüge	7 008	4 987	4 352	2 992	3 098	1 936	3 518
	Fortzüge	7 377	5 630	7 851	5 953	6 404	4 312	4 719
	Saldo	- 369	- 643	- 3 499	- 2 961	- 3 306	- 2 376	- 1 201
50 - 55	Zuzüge	4 069	2 635	2 910	1 675	2 130	1 103	2 391
	Fortzüge	4 232	2 918	4 796	3 254	4 049	2 379	3 261
	Saldo	- 163	- 283	- 1 886	- 1 579	- 1 919	- 1 276	- 870
55 - 60	Zuzüge	1 914	1 025	1 449	721	1 387	571	1 759
	Fortzüge	2 125	1 250	2 127	1 310	2 150	1 142	2 306
	Saldo	- 211	- 225	- 678	- 589	- 763	- 571	- 547
60 - 65	Zuzüge	1 879	737	1 718	617	1 220	429	1 125
	Fortzüge	2 115	1 025	2 254	1 109	1 848	881	1 497
	Saldo	- 236	- 288	- 536	- 492	- 628	- 452	- 372
65 und mehr	Zuzüge	2 318	787	2 265	749	2 347	783	2 549
	Fortzüge	2 185	751	2 361	927	2 606	922	2 746
	Saldo	133	36	- 96	- 178	- 259	- 139	- 197
Insgesamt	Zuzüge	214 956	141 131	128 221	73 944	87 400	49 652	100 983
	Fortzüge	154 413	106 320	159 168	105 689	127 747	74 782	94 992
	Saldo	60 543	34 811	- 30 947	- 31 745	- 40 347	- 25 130	5 991

1978	1980		1981		1982 ¹⁾		Wanderungsbewegung	Alter von bis unter ... Jahren
	darunter männlich	zusammen	darunter männlich	zusammen	darunter männlich	zusammen		
2 685	4 389	2 379	3 069	1 611	2 088	1 122	Zuzüge	0 - 3
2 742	3 373	1 800	3 303	1 842	3 719	2 015	Fortzüge	
57	1 016	579	234	231	1 631	893	Saldo	
3 653	5 713	3 117	3 658	1 961	2 360	1 250	Zuzüge	3 - 6
3 277	4 127	2 196	3 799	2 104	4 173	2 228	Fortzüge	
376	1 586	921	141	143	1 813	978	Saldo	
3 940	7 532	4 235	5 153	2 756	3 137	1 706	Zuzüge	6 - 10
4 725	6 530	3 598	6 124	3 389	7 073	3 902	Fortzüge	
785	1 002	637	971	633	3 936	2 196	Saldo	
4 055	9 597	5 708	6 702	3 777	4 101	2 245	Zuzüge	10 - 15
2 643	3 667	1 951	3 750	1 987	4 764	2 650	Fortzüge	
1 412	5 930	3 757	2 952	1 790	663	405	Saldo	
3 298	10 869	7 348	6 833	4 218	2 600	1 463	Zuzüge	15 - 18
1 657	3 237	1 839	3 186	1 666	3 764	2 022	Fortzüge	
1 641	7 632	5 509	3 647	2 552	964	559	Saldo	
6 221	16 095	10 227	10 534	5 689	6 658	3 247	Zuzüge	18 - 21
4 487	9 343	6 367	8 217	5 185	7 546	4 201	Fortzüge	
1 734	6 752	3 860	2 317	504	888	954	Saldo	
10 947	23 141	16 702	15 851	10 146	10 287	6 217	Zuzüge	21 - 25
6 746	14 472	10 038	13 902	9 160	13 292	8 321	Fortzüge	
4 201	8 669	6 664	1 949	986	3 005	2 104	Saldo	
7 988	19 702	14 621	12 633	8 512	8 304	5 288	Zuzüge	25 - 30
6 588	14 022	10 016	13 866	10 009	14 090	9 827	Fortzüge	
1 400	5 680	4 605	1 233	1 497	5 786	4 539	Saldo	
4 998	12 286	8 875	8 391	5 666	5 716	3 634	Zuzüge	30 - 35
5 018	10 827	7 504	10 468	7 280	11 252	7 626	Fortzüge	
820	1 459	1 371	2 077	1 614	5 536	3 992	Saldo	
3 717	7 638	5 218	5 655	3 600	3 904	2 463	Zuzüge	35 - 40
5 134	7 123	5 113	6 908	4 894	7 787	5 467	Fortzüge	
1 417	515	105	1 253	1 294	3 883	3 004	Saldo	
2 875	6 000	3 997	4 592	2 904	3 063	1 938	Zuzüge	40 - 45
4 142	5 721	4 117	5 610	4 037	5 774	4 188	Fortzüge	
1 267	279	120	1 018	1 133	2 711	2 200	Saldo	
2 114	4 278	2 740	3 659	2 163	2 359	1 411	Zuzüge	45 - 50
3 131	4 307	2 937	4 251	2 902	4 582	3 130	Fortzüge	
1 017	29	197	592	739	2 223	1 719	Saldo	
1 227	3 005	1 602	2 796	1 496	1 924	1 062	Zuzüge	50 - 55
1 866	3 304	1 903	3 400	2 070	3 563	2 258	Fortzüge	
639	299	361	604	574	1 639	1 196	Saldo	
676	2 103	836	2 231	926	1 782	723	Zuzüge	55 - 60
1 064	2 438	1 133	2 688	1 323	2 969	1 503	Fortzüge	
388	335	297	457	397	1 187	780	Saldo	
395	1 363	510	1 503	551	1 447	542	Zuzüge	60 - 65
714	1 658	802	1 823	794	2 206	1 028	Fortzüge	
319	295	292	320	243	759	486	Saldo	
866	3 000	1 035	2 869	996	2 442	856	Zuzüge	65 und mehr
1 021	2 975	1 168	2 905	1 151	2 838	1 071	Fortzüge	
155	25	133	36	155	396	215	Saldo	
59 656	136 712	89 150	96 129	56 972	62 372	35 217	Zuzüge	Insgesamt
55 757	97 124	62 482	94 201	59 793	99 392	61 437	Fortzüge	
3 899	39 588	26 668	1 928	2 821	37 020	26 220	Saldo	

Tabelle 29

Wanderungsbewegung der ausländischen Erwerbepersonen insgesamt über die Auslandsgrenze nach Altersgruppen

Alter von bis unter ... Jahren	Wanderungsbewegung	1973		1974		1976		1978
		zusammen	darunter männlich	zusammen	darunter männlich	zusammen	darunter männlich	zusammen
0 - 3	Zuzüge Fortzüge Saldo	- - -	- - -	- - -	- - -	- - -	- - -	- - -
3 - 6	Zuzüge Fortzüge Saldo	- - -	- - -	- - -	- - -	- - -	- - -	- - -
6 - 10	Zuzüge Fortzüge Saldo	- - -	- - -	- - -	- - -	- - -	- - -	- - -
10 - 15	Zuzüge Fortzüge Saldo	272 50 222	146 25 121	56 15 41	29 6 23	44 18 26	18 8 10	37 12 25
15 - 18	Zuzüge Fortzüge Saldo	7 586 3 061 4 525	5 294 2 141 3 153	2 626 2 255 371	1 674 1 431 243	1 546 887 659	1 020 493 527	1 707 727 980
18 - 21	Zuzüge Fortzüge Saldo	16 807 11 313 5 494	10 556 8 757 1 799	6 720 10 091 - 3 371	4 274 7 476 - 3 202	4 540 4 877 - 337	3 173 3 258 - 85	5 820 4 375 1 445
21 - 25	Zuzüge Fortzüge Saldo	30 928 16 470 14 458	23 336 12 178 11 158	11 549 14 929 - 3 380	8 293 10 483 - 2 190	8 080 7 704 376	6 245 4 848 1 397	10 471 6 736 3 735
25 - 30	Zuzüge Fortzüge Saldo	28 801 19 470 9 331	23 839 15 529 8 310	10 825 19 410 - 8 585	8 573 15 168 - 6 595	6 734 11 856 - 5 122	5 246 8 101 - 2 855	8 213 7 823 390
30 - 35	Zuzüge Fortzüge Saldo	20 586 16 521 4 065	17 814 13 806 4 008	8 035 16 274 - 8 239	6 866 13 555 - 6 689	4 333 10 647 - 6 314	3 556 8 078 - 4 522	5 511 7 151 - 1 640
35 - 40	Zuzüge Fortzüge Saldo	14 702 14 225 477	12 911 12 324 587	6 576 14 123 - 7 547	5 781 12 051 - 6 270	3 721 10 050 - 6 329	3 145 8 047 - 4 902	4 087 6 119 - 2 032
40 - 45	Zuzüge Fortzüge Saldo	10 148 10 679 - 531	8 980 9 396 - 416	5 432 11 290 - 5 858	4 823 9 875 - 5 052	2 870 7 782 - 4 912	2 482 6 329 - 3 847	3 200 4 910 - 1 710
45 - 50	Zuzüge Fortzüge Saldo	5 664 6 437 - 773	4 903 5 553 - 650	3 349 6 842 - 3 493	2 918 5 872 - 2 954	2 173 5 192 - 3 019	1 844 4 162 - 2 318	2 361 3 675 - 1 314
50 - 55	Zuzüge Fortzüge Saldo	3 009 3 375 - 366	2 547 2 839 - 292	1 911 3 773 - 1 862	1 574 3 176 - 1 602	1 216 2 894 - 1 678	1 005 2 232 - 1 227	1 340 2 210 - 870
55 - 60	Zuzüge Fortzüge Saldo	1 068 1 384 - 316	922 1 177 - 255	731 1 389 - 658	611 1 198 - 587	575 1 280 - 705	460 1 024 - 564	651 1 128 - 477
60 - 65	Zuzüge Fortzüge Saldo	581 915 - 334	481 790 - 309	419 966 - 547	350 852 - 502	249 730 - 481	-211 627 - 416	198 520 - 322
65 und mehr	Zuzüge Fortzüge Saldo	164 240 - 76	137 211 - 74	150 342 - 192	121 294 - 173	130 318 - 188	113 286 - 173	125 296 - 171
Insgesamt	Zuzüge Fortzüge Saldo	140 316 104 140 36 176	111 866 84 726 27 140	58 379 101 699 - 43 320	45 887 81 437 - 35 550	36 211 64 235 - 28 024	28 518 47 493 - 18 975	43 721 45 682 - 1 961

1978	1980		1981		1982		Wanderungsbewegung	Alter von bis unter ... Jahren	
	darunter männlich	zusammen	darunter männlich	zusammen	darunter männlich	zusammen			darunter männlich
-	-	-	-	-	-	-	-	Zuzüge	0 - 3
-	-	-	-	-	-	-	-	Fortzüge	
-	-	-	-	-	-	-	-	Saldo	
-	-	-	-	-	-	-	-	Zuzüge	3 - 6
-	-	-	-	-	-	-	-	Fortzüge	
-	-	-	-	-	-	-	-	Saldo	
-	-	-	-	-	-	-	-	Zuzüge	6 - 10
-	-	-	-	-	-	-	-	Fortzüge	
-	-	-	-	-	-	-	-	Saldo	
22	29	21	31	16	6	3	Zuzüge	10 - 15	
6	6	1	10	5	12	5	Fortzüge		
16	23	20	21	11	6	2	Saldo		
1 263	2 297	1 767	1 315	963	599	407	Zuzüge	15 - 18	
436	876	637	681	440	509	328	Fortzüge		
827	1 421	1 130	634	523	90	79	Saldo		
4 266	8 298	6 357	5 138	3 514	2 894	1 822	Zuzüge	18 - 21	
3 167	5 497	4 331	4 307	3 259	3 636	2 435	Fortzüge		
1 099	2 801	2 026	831	255	742	613	Saldo		
8 469	15 108	12 497	9 767	7 326	5 735	4 117	Zuzüge	21 - 25	
4 903	9 111	7 278	8 107	6 270	7 639	5 689	Fortzüge		
3 566	5 997	5 219	1 660	1 056	1 904	1 572	Saldo		
6 653	14 436	12 202	8 904	6 880	5 594	4 138	Zuzüge	25 - 30	
5 460	10 237	8 295	9 770	8 038	9 726	7 867	Fortzüge		
1 193	4 199	3 907	866	1 158	4 132	3 729	Saldo		
4 535	9 345	8 038	6 354	5 086	4 257	3 216	Zuzüge	30 - 35	
5 326	8 330	6 648	7 898	6 357	8 306	6 653	Fortzüge		
791	1 015	1 390	1 544	1 271	4 049	3 437	Saldo		
3 503	5 662	4 836	4 217	3 373	2 944	2 279	Zuzüge	35 - 40	
4 902	5 740	4 741	5 398	4 443	5 997	4 922	Fortzüge		
1 399	78	95	1 181	1 070	3 053	2 643	Saldo		
2 737	4 314	3 739	3 266	2 687	2 249	1 838	Zuzüge	40 - 45	
3 954	4 552	3 814	4 387	3 692	4 521	3 828	Fortzüge		
1 217	238	75	1 121	1 005	2 272	1 990	Saldo		
1 994	3 006	2 549	2 511	2 005	1 588	1 298	Zuzüge	45 - 50	
2 978	3 320	2 727	3 193	2 633	3 461	2 865	Fortzüge		
984	314	178	682	628	1 873	1 567	Saldo		
1 092	1 764	1 442	1 660	1 305	1 140	907	Zuzüge	50 - 55	
1 714	2 179	1 705	2 292	1 820	2 434	1 976	Fortzüge		
622	415	263	632	515	1 294	1 069	Saldo		
527	810	637	881	699	635	494	Zuzüge	55 - 60	
903	1 149	892	1 324	1 052	1 498	1 208	Fortzüge		
376	339	255	443	353	863	714	Saldo		
157	255	203	293	238	250	201	Zuzüge	60 - 65	
443	555	460	576	454	723	593	Fortzüge		
286	300	257	283	216	473	392	Saldo		
108	117	95	115	95	81	70	Zuzüge	65 und mehr	
253	306	278	298	261	232	205	Fortzüge		
145	189	183	183	166	151	135	Saldo		
35 326	65 441	54 383	44 452	34 187	27 972	20 790	Zuzüge	Insgesamt	
34 445	51 858	41 807	48 241	38 724	48 694	38 574	Fortzüge		
881	13 583	12 576	3 789	4 537	20 722	17 784	Saldo		

Tabelle 30

Wanderungsbewegung der Türken über die Auslandsgrenze nach Altersgruppen¹⁾

Alter von bis unter ... Jahren	Wanderungsbewegung	1973		1974		1976		1978
		zusammen	darunter männlich	zusammen	darunter männlich	zusammen	darunter männlich	zusammen
0 - 3	Zuzüge	2 400	1 483	2 844	1 741	1 840	1 122	1 668
	Fortzüge	2 105	1 322	2 465	1 610	2 783	1 784	1 396
	Saldo	295	161	379	131	- 943	- 662	272
3 - 6	Zuzüge	3 337	2 057	4 098	2 486	2 866	1 772	2 702
	Fortzüge	1 502	980	1 886	1 194	2 440	1 561	1 617
	Saldo	1 835	1 077	2 212	1 292	426	211	1 085
6 - 10	Zuzüge	2 880	1 708	3 210	1 884	2 442	1 447	3 471
	Fortzüge	1 435	892	1 921	1 213	3 318	2 113	2 599
	Saldo	1 445	816	1 289	671	- 876	- 666	872
10 - 15	Zuzüge	3 135	1 855	3 177	1 747	2 386	1 306	3 833
	Fortzüge	682	412	995	604	2 032	1 234	1 474
	Saldo	2 453	1 443	2 182	1 143	354	72	2 359
15 - 18	Zuzüge	3 983	2 762	1 889	1 085	1 425	693	1 911
	Fortzüge	1 050	836	1 003	692	1 059	575	809
	Saldo	2 933	1 926	886	393	366	118	1 102
18 - 21	Zuzüge	3 421	1 392	1 822	719	1 135	495	1 556
	Fortzüge	1 666	1 344	2 446	1 903	1 431	844	877
	Saldo	1 755	48	- 624	- 1 184	- 296	- 349	679
21 - 25	Zuzüge	6 489	3 730	2 585	1 125	1 963	1 125	2 076
	Fortzüge	1 406	809	1 768	911	1 293	512	1 017
	Saldo	5 083	2 921	817	214	670	613	1 059
25 - 30	Zuzüge	9 023	6 478	3 171	1 582	1 595	589	1 544
	Fortzüge	2 458	1 799	2 924	1 885	2 118	928	1 018
	Saldo	6 565	4 679	247	- 303	- 523	- 339	526
30 - 35	Zuzüge	8 068	6 429	2 784	1 759	1 329	570	1 389
	Fortzüge	3 036	2 506	3 419	2 684	2 853	1 783	1 242
	Saldo	5 032	3 923	- 635	- 925	- 1 524	- 1 213	147
35 - 40	Zuzüge	4 237	3 295	1 932	1 328	1 104	597	1 177
	Fortzüge	2 473	2 120	2 943	2 407	2 989	2 192	1 553
	Saldo	1 764	1 175	- 1 011	- 1 079	- 1 885	- 1 595	376
40 - 45	Zuzüge	2 096	1 560	1 386	980	758	437	867
	Fortzüge	1 557	1 377	2 182	1 880	2 132	1 597	1 142
	Saldo	539	183	- 796	- 900	- 1 374	- 1 160	275
45 - 50	Zuzüge	619	401	533	337	459	202	659
	Fortzüge	580	460	808	625	1 021	716	803
	Saldo	39	59	- 275	- 288	- 562	- 514	144
50 - 55	Zuzüge	212	108	221	119	247	101	308
	Fortzüge	204	150	329	228	523	293	402
	Saldo	8	42	- 108	- 109	- 276	- 192	94
55 - 60	Zuzüge	113	34	103	30	117	26	146
	Fortzüge	101	39	113	58	164	72	172
	Saldo	12	5	- 10	- 28	- 47	- 46	26
60 - 65	Zuzüge	140	35	152	39	132	38	121
	Fortzüge	119	40	150	50	140	44	136
	Saldo	21	5	2	11	- 8	6	15
65 und mehr	Zuzüge	160	41	167	30	224	50	229
	Fortzüge	126	35	148	31	261	60	232
	Saldo	34	6	19	1	- 37	- 10	3
Insgesamt	Zuzüge	50 313	33 368	30 075	16 992	20 022	10 570	23 659
	Fortzüge	20 500	15 121	25 500	17 975	26 557	16 308	16 489
	Saldo	29 813	18 247	4 575	- 983	- 6 535	- 5 738	7 170

1) Diese Tabellen liegen weiterhin für folgende Nationalitäten vor: Italiener, Jugoslawen, Spanier, Griechen, Portugiesen.

1978	1980		1981		1982		Wanderungsbewegung	Alter von bis unter ... Jahren
darunter männlich	zusammen	darunter männlich	zusammen	darunter männlich	zusammen	darunter männlich		
999 863 136	1 239 747 492	762 481 281	540 789 249	316 498 182	332 891 559	188 565 377	Zuzüge Fortzüge Saldo	0 - 3
1 652 1 030 622	2 088 840 1 248	1 251 511 740	904 859 45	552 579 27	580 931 351	355 572 217	Zuzüge Fortzüge Saldo	3 - 6
2 069 1 681 388	3 512 1 401 2 111	2 111 899 1 212	1 706 1 511 195	979 961 18	920 2 001 1 081	570 1 294 724	Zuzüge Fortzüge Saldo	6 - 10
2 299 905 1 394	5 421 877 4 544	3 485 552 2 933	3 178 1 002 2 176	1 991 623 1 368	1 649 1 590 59	1 000 1 050 50	Zuzüge Fortzüge Saldo	10 - 15
1 122 466 656	6 246 738 5 508	4 600 470 4 130	3 015 692 2 323	2 078 404 1 674	527 1 239 712	308 802 494	Zuzüge Fortzüge Saldo	15 - 18
758 522 236	4 374 1 861 2 513	3 343 1 553 1 790	1 015 1 203 188	541 922 381	375 1 298 923	210 794 584	Zuzüge Fortzüge Saldo	18 - 21
1 252 580 672	5 293 2 289 3 004	4 394 1 949 2 445	937 1 588 651	608 1 248 640	456 1 583 1 127	271 1 148 877	Zuzüge Fortzüge Saldo	21 - 25
709 431 278	6 159 3 323 2 836	5 230 2 941 2 289	894 2 826 1 932	608 2 451 1 843	479 2 593 2 114	330 2 134 1 804	Zuzüge Fortzüge Saldo	25 - 30
472 668 196	3 595 2 111 1 484	2 748 1 763 985	606 1 620 1 014	280 1 304 1 024	327 1 778 1 451	175 1 312 1 137	Zuzüge Fortzüge Saldo	30 - 35
536 1 089 553	2 265 1 395 870	1 483 1 131 352	666 1 136 470	271 890 619	404 1 212 808	207 897 690	Zuzüge Fortzüge Saldo	35 - 40
398 799 401	1 620 1 104 516	924 -830 94	551 975 424	209 732 523	411 1 083 672	213 801 588	Zuzüge Fortzüge Saldo	40 - 45
275 536 261	1 020 790 230	592 575 17	422 677 255	167 481 314	308 807 499	136 564 428	Zuzüge Fortzüge Saldo	45 - 50
113 210 97	537 450 87	216 248 32	251 422 171	93 271 178	212 556 344	95 359 264	Zuzüge Fortzüge Saldo	50 - 55
47 70 23	249 233 16	71 109 38	155 290 135	54 142 88	105 292 187	42 165 123	Zuzüge Fortzüge Saldo	55 - 60
36 48 12	132 113 19	42 48 6	79 125 46	32 43 11	54 122 68	17 54 37	Zuzüge Fortzüge Saldo	60 - 65
69 65 4	311 284 27	90 107 17	144 239 95	46 75 29	83 200 117	35 66 31	Zuzüge Fortzüge Saldo	65 und mehr
12 807 9 963 2 844	44 061 18 556 25 505	31 342 14 167 17 175	15 063 15 954 891	8 825 11 624 2 799	7 222 18 176 10 954	4 152 12 577 8 425	Zuzüge Fortzüge Saldo	Insgesamt

Tabelle 31

Wanderungsbewegung der türkischen Erwerbspersonen über die Auslandsgrenze nach Altersgruppen

Alter von bis unter ... Jahren	Wanderungsbewegung	1973		1974		1976		1978
		zusammen	darunter männlich	zusammen	darunter männlich	zusammen	darunter männlich	zusammen
0 - 3	Zuzüge	-	-	-	-	-	-	-
	Fortzüge	-	-	-	-	-	-	-
	Saldo	-	-	-	-	-	-	-
3 - 6	Zuzüge	-	-	-	-	-	-	-
	Fortzüge	-	-	-	-	-	-	-
	Saldo	-	-	-	-	-	-	-
6 - 10	Zuzüge	-	-	-	-	-	-	-
	Fortzüge	-	-	-	-	-	-	-
	Saldo	-	-	-	-	-	-	-
10 - 15	Zuzüge	95	68	20	11	16	6	18
	Fortzüge	16	11	5	4	6	3	3
	Saldo	79	57	15	7	10	3	15
15 - 18	Zuzüge	2 229	1 867	569	435	179	117	182
	Fortzüge	686	608	468	385	140	81	71
	Saldo	1 543	1 259	101	50	39	36	111
18 - 21	Zuzüge	2 322	1 163	701	514	335	283	335
	Fortzüge	1 416	1 243	2 011	1 717	871	607	337
	Saldo	906	- 80	- 1 310	- 1 203	- 536	- 324	- 2
21 - 25	Zuzüge	4 988	3 453	1 123	889	1 027	947	979
	Fortzüge	981	656	1 232	734	715	369	562
	Saldo	4 007	2 797	- 109	155	312	578	417
25 - 30	Zuzüge	7 495	6 359	1 617	1 430	569	488	618
	Fortzüge	2 042	1 732	2 182	1 764	1 281	826	494
	Saldo	5 453	4 627	- 565	- 334	- 712	- 338	124
30 - 35	Zuzüge	6 956	6 395	1 796	1 691	579	534	473
	Fortzüge	2 719	2 487	2 875	2 639	2 059	1 717	783
	Saldo	4 237	3 908	- 1 079	- 948	- 1 480	- 1 183	- 310
35 - 40	Zuzüge	3 511	3 274	1 370	1 295	605	573	537
	Fortzüge	2 252	2 115	2 578	2 386	2 403	2 146	1 183
	Saldo	1 259	1 159	- 1 208	- 1 091	- 1 798	- 1 573	- 646
40 - 45	Zuzüge	1 636	1 549	994	950	436	419	392
	Fortzüge	1 432	1 369	1 972	1 867	1 731	1 567	857
	Saldo	204	180	- 978	- 917	- 1 295	- 1 148	- 465
45 - 50	Zuzüge	409	384	344	327	204	193	270
	Fortzüge	481	447	668	615	766	699	560
	Saldo	- 72	- 63	- 324	- 288	- 562	- 506	- 290
50 - 55	Zuzüge	110	98	114	108	87	81	90
	Fortzüge	158	148	241	223	321	269	215
	Saldo	- 48	- 50	- 127	- 115	- 234	- 188	- 125
55 - 60	Zuzüge	34	31	30	23	17	13	34
	Fortzüge	41	34	51	49	71	61	65
	Saldo	- 7	- 3	- 21	- 26	- 54	- 48	- 31
60 - 65	Zuzüge	23	20	14	10	18	17	9
	Fortzüge	29	24	31	26	30	23	18
	Saldo	- 6	- 4	- 17	- 16	- 12	- 6	- 9
65 und mehr	Zuzüge	5	5	4	4	7	6	11
	Fortzüge	4	4	5	3	13	11	8
	Saldo	1	1	- 1	1	- 6	- 5	3
Insgesamt	Zuzüge	29 813	24 666	8 696	7 687	4 079	3 677	3 948
	Fortzüge	12 257	10 878	14 319	12 412	10 407	8 379	5 156
	Saldo	17 556	13 788	- 5 623	- 4 725	- 6 328	- 4 702	- 1 208

1978	1980		1981		1982		Wanderungsbewegung	Alter von bis unter ... Jahren
	zusammen	darunter männlich	zusammen	darunter männlich	zusammen	darunter männlich		
-	-	-	-	-	-	-	Zuzüge	0 - 3
-	-	-	-	-	-	-	Fortzüge	
-	-	-	-	-	-	-	Saldo	
-	-	-	-	-	-	-	Zuzüge	3 - 6
-	-	-	-	-	-	-	Fortzüge	
-	-	-	-	-	-	-	Saldo	
-	-	-	-	-	-	-	Zuzüge	6 - 10
-	-	-	-	-	-	-	Fortzüge	
-	-	-	-	-	-	-	Saldo	
13	12	10	12	8	1	-	Zuzüge	10 - 15
1	1	-	4	1	2	1	Fortzüge	
12	11	10	8	7	1	1	Saldo	
139	582	492	151	115	24	20	Zuzüge	15 - 18
44	124	100	57	38	81	58	Fortzüge	
95	458	392	94	77	57	38	Saldo	
267	1 969	1 846	288	242	137	116	Zuzüge	18 - 21
226	1 049	966	602	527	546	385	Fortzüge	
41	920	880	314	285	409	269	Saldo	
898	3 609	3 444	488	433	213	182	Zuzüge	21 - 25
418	1 618	1 516	972	868	988	830	Fortzüge	
480	1 991	1 928	484	435	775	648	Saldo	
552	4 714	4 546	527	482	290	261	Zuzüge	25 - 30
315	2 684	2 579	2 222	2 123	1 927	1 813	Fortzüge	
237	2 030	1 967	1 695	1 641	1 637	1 552	Saldo	
426	2 605	2 500	290	248	190	157	Zuzüge	30 - 35
624	1 685	1 590	1 258	1 176	1 301	1 173	Fortzüge	
198	920	910	968	928	1 111	1 016	Saldo	
503	1 410	1 358	270	249	216	190	Zuzüge	35 - 40
1 055	1 109	1 056	882	809	900	824	Fortzüge	
552	301	302	612	560	684	634	Saldo	
368	866	842	199	188	205	193	Zuzüge	40 - 45
764	832	770	741	679	794	722	Fortzüge	
396	34	72	542	491	589	529	Saldo	
253	556	533	151	144	131	123	Zuzüge	45 - 50
512	562	531	480	435	565	506	Fortzüge	
259	6	2	329	291	434	383	Saldo	
84	190	187	88	81	89	82	Zuzüge	50 - 55
184	226	212	253	229	366	316	Fortzüge	
100	36	25	165	148	277	234	Saldo	
29	43	38	38	37	28	26	Zuzüge	55 - 60
56	89	80	116	102	147	135	Fortzüge	
27	46	42	78	65	119	109	Saldo	
9	11	10	13	12	8	8	Zuzüge	60 - 65
16	18	15	23	20	41	34	Fortzüge	
7	7	5	10	8	33	26	Saldo	
10	7	7	8	8	4	4	Zuzüge	65 und mehr
7	20	20	20	17	15	14	Fortzüge	
3	13	13	12	9	11	10	Saldo	
3 551	16 574	15 813	2 523	2 247	1 536	1 362	Zuzüge	Insgesamt
4 222	10 017	9 435	7 630	7 024	7 673	6 811	Fortzüge	
671	6 557	6 378	5 107	4 777	6 137	5 449	Saldo	

Tabelle 32

Anteil der Zu- und Fortzüge über die Auslandsgrenze nach ausgewählter Staatsangehörigkeit und Altersgruppen

Lfd. Nr.	Alter von ... bis unter ... Jahren	Wanderungsbewegung	Ausländer insgesamt			Darunter Hauptanwerbeländer					
						Griechenland			Italien		
			1973	1981	1982	1973	1981	1982	1973	1981	1982
1	0 - 3	Zuzüge	4,0	3,2	3,3	6,1	3,2	2,9	4,4	4,9	5,0
2		Fortzüge	5,5	3,5	3,7	10,9	3,7	3,5	4,2	4,9	5,5
3		Saldo	98	- 234	- 1 631	- 874	9	- 65	349	- 244	- 855
4	3 - 6	Zuzüge	4,5	3,8	3,8	9,0	4,2	4,9	4,1	4,8	4,7
5		Fortzüge	4,2	4,0	4,2	7,3	4,2	4,0	4,1	5,1	6,0
6		Saldo	3 204	- 141	- 1 813	- 118	35	- 30	248	- 326	- 1 026
7	6 - 10	Zuzüge	4,0	5,4	5,0	12,0	8,8	6,9	3,6	5,1	5,3
8		Fortzüge	4,4	6,5	7,1	9,2	7,5	7,6	4,4	7,0	7,8
9		Saldo	1 863	- 971	- 3 936	- 84	118	- 124	- 180	- 774	- 1 456
10	10 - 15	Zuzüge	4,1	7,0	6,6	9,9	7,7	8,3	4,3	5,8	5,9
11		Fortzüge	2,6	4,0	4,8	6,0	7,3	7,9	2,7	4,3	4,8
12		Saldo	4 855	2 952	- 663	141	78	- 99	1 052	114	- 538
13	15 - 18	Zuzüge	5,8	7,1	4,5	6,7	6,9	6,9	8,7	8,1	7,6
14		Fortzüge	3,4	3,4	3,8	3,3	4,4	4,9	4,6	4,6	4,2
15		Saldo	7 189	3 647	- 964	195	145	- 8	2 506	530	- 142
16	18 - 21	Zuzüge	11,0	11,0	10,7	7,1	10,4	11,1	14,6	16,2	15,7
17		Fortzüge	9,6	8,7	7,6	6,3	12,1	12,1	13,5	11,4	9,6
18		Saldo	8 765	2 317	- 888	- 161	27	- 196	1 428	494	- 586
19	21 - 25	Zuzüge	18,2	16,5	16,5	13,2	19,8	16,7	16,8	20,4	19,3
20		Fortzüge	14,0	14,8	13,4	5,9	9,3	8,8	14,6	17,0	15,5
21		Saldo	17 469	1 949	- 3 005	462	543	110	2 102	- 107	- 1 718
22	25 - 30	Zuzüge	16,0	13,1	13,3	9,8	9,0	10,8	12,1	11,1	11,9
23		Fortzüge	14,9	14,7	14,2	10,5	8,0	9,1	13,9	13,0	13,6
24		Saldo	11 282	- 1 233	- 5 786	- 462	112	- 76	- 134	- 1 070	- 2 181
25	30 - 35	Zuzüge	11,1	8,7	9,2	6,3	6,4	6,4	7,5	6,8	7,2
26		Fortzüge	12,0	11,1	11,3	11,2	7,4	7,4	9,7	9,3	9,3
27		Saldo	5 166	- 2 077	- 5 536	- 885	18	- 134	- 594	- 1 018	- 1 607
28	35 - 40	Zuzüge	7,9	5,9	6,3	7,1	5,3	6,0	7,0	4,4	4,7
29		Fortzüge	10,1	7,3	7,8	12,6	8,1	7,8	8,2	5,6	6,0
30		Saldo	1 306	- 1 253	- 3 883	- 1 001	- 58	- 160	- 159	- 534	- 1 053
31	40 - 45	Zuzüge	5,5	4,8	4,9	4,9	5,7	5,0	6,3	4,0	3,7
32		Fortzüge	7,5	6,0	5,8	7,6	8,0	6,8	6,9	5,1	4,6
33		Saldo	192	- 1 018	- 2 711	- 544	- 38	- 149	106	- 505	- 786
34	45 - 50	Zuzüge	3,3	3,8	3,8	2,7	4,4	3,8	5,2	3,3	3,3
35		Fortzüge	4,8	4,5	4,6	4,3	6,4	6,2	5,8	4,1	4,1
36		Saldo	369	- 592	- 2 223	- 316	- 36	- 159	- 15	- 386	- 703
37	50 - 55	Zuzüge	1,9	2,9	3,1	1,3	2,9	3,3	3,2	2,3	2,4
38		Fortzüge	2,7	3,6	3,6	1,4	5,4	5,0	3,7	3,2	3,2
39		Saldo	- 163	- 604	- 1 639	- 66	- 69	- 121	- 21	- 367	- 569
40	55 - 60	Zuzüge	0,9	2,3	2,9	1,1	1,6	2,0	1,2	1,2	1,5
41		Fortzüge	1,4	2,9	3,0	1,0	2,9	3,5	1,8	2,4	2,7
42		Saldo	- 211	- 457	- 1 187	- 30	- 31	- 92	- 199	- 373	- 543
43	60 - 65	Zuzüge	0,9	1,6	2,3	1,2	1,0	1,3	0,6	0,6	0,8
44		Fortzüge	1,4	1,9	2,2	1,2	1,8	2,0	1,2	1,4	1,8
45		Saldo	- 236	- 320	- 759	- 44	- 18	- 52	- 267	- 263	- 388
46	65 und mehr	Zuzüge	1,1	3,0	3,9	1,6	2,8	3,6	0,3	0,9	1,2
47		Fortzüge	1,4	3,1	2,9	1,4	3,5	3,3	0,6	1,4	1,3
48		Saldo	133	- 36	- 396	- 34	- 7	- 39	- 87	- 163	- 192
49	Insgesamt	Zuzüge	100	100	100	100	100	100	100	100	100
50		Fortzüge	100	100	100	100	100	100	100	100	100
51		Saldo	60 543	1 928	- 37 020	- 3 821	834	- 1 394	6 136	- 4 992	- 14 343

Darunter Hauptanwerbeländer												Lfd. Nr.
Jugoslawien			Portugal			Spanien			Türkei			
1973	1981	1982	1973	1981	1982	1973	1981	1982	1973	1981	1982	
3,9	4,2	4,6	2,6	2,3	3,2	4,0	3,9	4,4	4,8	3,6	4,6	1
5,4	3,9	4,2	3,1	4,0	3,4	4,8	4,0	3,5	10,3	4,9	4,9	2
67	61	226	125	42	49	67	25	36	295	249	559	3
3,7	6,3	5,5	3,7	4,2	6,2	3,6	4,0	4,2	6,6	6,0	8,0	4
2,8	5,8	5,0	3,5	4,8	4,1	4,2	5,6	5,6	7,3	5,4	5,1	5
912	71	267	200	42	50	52	49	74	1 835	45	351	6
2,6	8,3	7,3	2,8	8,9	9,6	3,6	6,5	5,4	5,7	11,3	12,7	7
2,5	12,1	12,3	3,5	13,5	12,1	5,2	9,9	9,1	7,0	9,5	11,0	8
454	627	1 044	133	136	182	135	90	131	1 445	195	1 081	9
2,3	7,4	7,0	3,3	16,4	12,6	3,4	10,0	6,9	6,2	21,1	22,8	10
1,2	4,3	4,6	1,5	8,1	9,1	3,0	4,3	5,2	3,3	6,3	8,7	11
734	204	123	232	13	115	28	24	52	2 453	2 176	59	12
3,6	6,3	5,0	1,8	10,7	4,7	2,7	6,4	5,4	7,9	20,0	7,3	13
2,2	3,2	3,6	1,2	4,5	4,3	1,8	3,2	3,4	5,1	4,3	6,8	14
1 051	232	123	112	2	59	73	9	29	2 933	2 323	712	15
9,8	7,9	6,5	2,6	12,0	7,2	13,3	10,5	7,7	6,8	6,7	5,2	16
6,1	5,5	4,9	1,7	5,3	3,6	5,4	5,3	5,4	18,1	7,5	7,1	17
2 868	122	187	160	1	36	616	13	50	1 755	188	923	18
23,2	13,7	11,8	10,7	14,1	20,7	17,2	14,0	19,6	12,9	6,2	6,3	19
14,5	8,6	7,2	4,8	6,3	5,6	10,8	7,9	7,0	6,9	10,0	8,7	20
6 670	310	147	739	2	19	493	6	7	5 083	651	1 127	21
15,7	10,4	9,9	34,8	7,6	8,9	19,8	12,7	16,1	17,9	5,9	6,6	22
16,2	9,4	8,3	22,9	5,0	3,8	18,9	7,9	8,8	12,0	17,7	14,3	23
2 280	99	392	2 201	23	34	60	6	61	6 565	1 932	2 114	24
11,4	7,6	8,8	16,6	5,0	5,2	10,4	8,0	9,1	16,0	4,0	4,5	25
14,2	12,3	12,3	21,5	9,6	8,4	13,8	12,1	10,5	14,8	10,2	9,8	26
803	705	952	748	105	133	282	110	133	5 032	1 014	1 451	27
9,1	4,9	5,8	12,7	6,7	7,7	8,9	6,9	4,9	8,4	4,4	5,6	28
12,3	8,0	9,6	17,8	12,8	16,0	12,3	9,9	9,8	12,1	7,1	6,7	29
277	467	811	531	140	262	276	86	145	1 764	470	808	30
6,8	4,7	5,7	5,5	3,4	4,9	6,9	3,2	3,5	4,2	3,7	5,7	31
10,0	6,3	7,1	10,9	11,0	12,0	9,5	7,0	5,5	7,6	6,1	6,0	32
31	278	516	140	134	199	211	77	77	539	424	672	33
3,5	4,6	5,1	1,8	3,4	3,0	3,4	3,8	4,5	1,2	2,8	4,3	34
5,5	5,3	5,8	4,3	7,3	8,5	5,5	6,4	7,9	2,8	4,2	4,4	35
130	176	389	22	82	144	164	63	114	39	255	499	36
1,8	3,8	3,9	0,6	1,9	2,0	1,3	3,1	2,0	0,4	1,7	2,9	37
3,0	4,8	4,6	1,7	3,5	4,8	2,1	5,6	5,8	1,0	2,6	3,1	38
140	198	321	4	38	80	69	56	92	8	171	344	39
0,9	3,5	4,0	0,2	1,0	2,0	0,4	1,5	2,2	0,2	1,0	1,5	40
1,3	3,9	3,7	0,7	1,9	2,8	0,9	3,7	4,7	0,5	1,8	1,6	41
25	123	204	7	21	43	37	42	71	12	135	187	42
1,0	2,5	3,7	0,1	1,0	1,0	0,5	1,0	0,8	0,3	0,5	0,7	43
1,5	2,9	3,3	0,4	1,1	0,8	0,7	3,4	4,3	0,6	0,8	0,7	44
46	97	172	5	9	10	14	42	72	21	46	68	45
0,8	4,0	5,3	0,2	1,3	1,2	0,6	4,7	3,4	0,3	1,0	1,1	46
1,3	3,8	3,5	0,5	1,3	0,7	1,2	3,9	3,5	0,6	1,5	1,1	47
41	61	101	2	10	7	47	17	43	34	95	117	48
100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	49
100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	50
15 703	2 095	5 975	5 333	796	1 422	85	611	1 187	29 813	891	10 954	51

Tabelle 34

Schulische Vorbildung der Auszubildenden in Industrie und Handel 1982

Berufsgruppe	Auszubildende insgesamt		Von den Auszubildenden zuletzt erreichter Schulabschluß							
			ohne		mit		Mittlerer Abschluß	Hochschul- oder Fachhochschulreife	Berufsfachschule	sonstige/ ohne Angabe
			Hauptschulabschluß		Z					
Anzahl		Z								
Gewerbliche Ausbildungsberufe	58 030	100	1,0	50,7	32,9	1,6	10,8	3,0		
darunter										
Elektrotechnik	8 386	100	0	30,6	53,0	1,4	13,0	2,0		
Kaufmännische Ausbildungsberufe	67 884	100	0,7	30,2	34,9	8,6	18,0	7,6		
Industrie und Handel insgesamt	125 914	100	0,8	39,6	34,0	5,4	14,7	5,5		

Tabelle 35

Ausbildungserfolg bei der Berufsbildung 1982¹⁾

Ausbildungsbereiche	Vorzeitige Lösung von Ausbildungsverträgen						Erfolg bei der Abschlußprüfung 1982					
	Vorzeitig gelöste Verträge 1982 ¹⁾		Bestand an Verträgen 1981		Lösungen in Z des Vorjahresbestands		Teilnehmer		davon bestanden die Abschlußprüfung		Erfolgsquote	
	insgesamt	weiblich	insgesamt	weiblich	insgesamt	weiblich	insgesamt	weiblich	insgesamt	weiblich	insgesamt	weiblich
	Anzahl				Z		Anzahl				%	
Industrie und Handel	5 150	2 447	129 114	55 286	4,0	4,4	55 951	26 372	53 465	25 183	95,6	95,5
davon												
gewerblich	1 743	334	58 804	8 835	3,0	3,8	22 350	4 190	21 341	4 063	95,5	97,0
kaufmännisch	3 407	2 113	70 310	46 451	4,8	4,5	33 601	22 182	32 124	21 120	95,6	95,2
Handwerk	6 219	.	92 737	20 818	6,7	.	33 485	6 863	31 048	6 518	92,7	95,0
Landwirtschaft	280	.	7 433	1 822	3,8	.	2 838	763	2 733	743	96,3	97,4
Öffentlicher Dienst	104	42	8 239	3 320	1,3	1,3	2 875	1 083	2 799	1 064	97,4	98,2
Hauswirtschaft	65	65	1 127	1 124	5,8	5,8	642	637	627	622	97,7	97,6
Freie Berufe	535	519	16 787	16 433	3,2	3,2	6 839	6 636	6 532	6 394	95,5	96,4
Insgesamt	12 353	.	255 437	98 853	4,8	.	102 571	42 354	97 116	40 524	94,7	95,7

1) Vorläufige Zahlen. - 2) Für den Bereich Landwirtschaft geschätzt, Freie Berufe ohne Patentanwaltskammer (1981: 6 Lösungen).

Quelle: Angaben der Kammern zur Berufsbildungsstatistik.

Tabelle 36

Auszubildende in ausgewählten Berufen und Ausbildungsbereichen

Ausbildungsbereich Ausbildungsberuf	Auszubildende				Veränderung 1982 gegen 1977	
	1982 ¹⁾		1977		Auszubildende insgesamt	Weibliche Auszubildende ²⁾
	insgesamt	darunter weiblich	insgesamt	darunter weiblich		
Anzahl					%	
Industrie und Handel	125 914	52 969	101 194	39 592	24,4	33,8
darunter						
Maschinenschlosser	8 895	83	7 659	7	16,1	2)
Mechaniker	8 368	348	6 561	9	27,5	
Technische Zeichner	2 854	1 876	2 190	1 241	30,3	51,2
Werkzeugmacher	5 627	67	5 029	6	11,9	2)
Elektroanlageninstallateur	1 384	18	1 537	3	9,9	
Energieanlagenelektroniker	2 329	29	1 334	-	74,6	
Informationselektroniker	942	46	453	6	107,9	
Bauzeichner	2 445	1 549	1 569	778	55,8	99,1
Betonbauer	140	-	182	-	23,1	-
Kaufmann im Groß- und Außenhandel	6 749	3 111	5 926	2 403	13,9	29,5
Verkäufer	9 610	7 767	9 358	7 477	2,7	3,9
Einzelhandelskaufmann	7 234	4 784	5 359	3 490	35,0	37,1
Industriekaufmann	10 850	7 218	9 778	5 344	11,0	35,1
Bankkaufmann	8 684	4 831	6 156	3 188	41,1	51,5
Versicherungskaufmann	1 375	566	1 003	370	37,1	53,0
Bürokaufmann	5 223	4 284	4 148	3 389	25,9	26,4
Handwerk	91 962	21 476	70 377	14 759	30,7	45,5
darunter						
Maurer	4 713	22	2 659	3	77,2	2)
Zimmerer	3 413	16	2 091	5	63,2	
Maler und Lackierer	4 396	604	3 478	53	26,4	
Schlosser	2 717	12	2 044	4	32,9	
Kraftfahrzeugmechaniker	8 209	91	8 431	23	2,6	
Gas- und Wasserinstallateur	4 416	30	3 239	2	36,3	
Elektroinstallateur	7 351	47	5 720	11	28,5	
Tischler	5 712	358	3 387	66	68,6	
Bäcker	4 230	469	3 068	72	37,9	
Konditor	1 687	886	1 194	332	41,3	
Friseur	7 778	7 266	7 480	7 030	4,0	3,4
Landwirtschaft	7 433	1 822	5 617	1 101	32,3	65,5
Öffentlicher Dienst	8 768	3 771	6 577	1 836	33,3	105,4
Hauswirtschaft	1 257	1 252	910	910	38,1	37,6
Freie Berufe	17 196	16 797	13 067	12 728	31,6	32,0
Alle Auszubildende zusammen	252 530	98 087	197 742	70 926	27,7	38,3

1) Vorläufige Zahlen. - 2) Nur ausgewiesen in Ausbildungsberufen mit mindestens 100 weiblichen Auszubildenden im Jahre 1977.

Tabelle 37

Übergang in das duale System nach Geschlecht und Abschlußart

Zuletzt erreichter Schulabschluß	Schulabgänger im Schuljahr 1981/82			Neueingetretene Berufsschüler 1982 ¹⁾			Rechnerische Übergangsquote ²⁾		
	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen
	Anzahl						%		
Ohne Hauptschulabschluß	7 621	5 539	13 160	2 331	798	3 129	50,6	14,4	23,8
Mit Hauptschulabschluß	33 993	27 724	61 717	24 741	14 004	38 745	72,8	50,5	62,8
Realschulabschluß ³⁾	23 134	27 172	50 306	13 944	15 017	28 961	60,3	55,3	57,6
Fachschulreife	6 068	9 771	15 839	2 597	4 649	7 246	42,8	47,6	45,7
Abitur/Fachhochschul- reife ⁴⁾	23 108	18 785	41 893	2 054	2 633	4 687	8,9	14,0	11,2
Insgesamt	93 924	88 991	182 915	45 667	37 101	82 768	48,6	41,7	45,2

1) Nur Schüler mit Ausbildungsvertrag an öffentlichen und privaten Berufs- und Sonderberufsschulen einschließlich Teilzeit-Berufgrundbildungsjahr. -
 2) Zeitliche Verschiebungen zwischen dem Erwerb des jeweiligen Abschlusses und dem Übergang in das duale System bleiben unberücksichtigt. Dies gilt insbesondere für die Abgänger aus einjährigen Berufsschulen mit Vorvertrag, die erst beim Eintritt in die Teilzeit-Berufsschule erfaßt sind. -
 3) Oder gleichwertiger Abschluß einer allgemeinbildenden Schule. - 4) Einschließlich Berufliche Schulen.

Tabelle 38

Schüler an Berufsschulen¹⁾ mit Ausbildungsvertrag nach Berufsfeldern

Berufsfeld	Schüler im Schuljahr		Veränderung	
	1977/78	1982/83 ³⁾	1982/83 gegen 1977/78	
	Anzahl		%	
Wirtschaft und Verwaltung	54 818	68 673	+ 13 855	+ 25,3
Metalltechnik	54 758	63 958	+ 9 200	+ 16,8
Elektrotechnik	16 568	20 873	+ 4 305	+ 26,0
Bautechnik	11 141	18 068	+ 6 927	+ 62,2
Holztechnik	5 294	9 981	+ 4 687	+ 88,5
Textiltechnik und Bekleidung	4 561	3 672	- 889	- 19,5
Chemie/Physik/Biologie	1 392	1 877	+ 485	+ 34,8
Drucktechnik	2 548	4 051	+ 1 503	+ 59,0
Farbtechnik und Raumgestaltung	4 438	6 829	+ 2 391	+ 53,9
Gesundheit	12 292	15 375	+ 3 083	+ 25,1
Körperpflege	7 421	7 768	+ 347	+ 4,7
Ernährung und Hauswirtschaft	21 765	27 087	+ 5 322	+ 24,5
Agrarwirtschaft und Sonstige	6 358	8 711	+ 2 353	+ 37,0
Insgesamt	203 354 ²⁾	256 923	53 569	+ 26,3

1) Öffentliche und private Berufs- und Sonderberufsschule einschließlich kooperatives Berufgrundbildungsjahr. - 2) Einschließlich 1 642 Praktikanten.
 - 3) Ohne Praktikanten.